

Aus dem Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung  
der Universität zu Lübeck  
Direktor: Prof. Dr. med. Cornelius Borck

---

# **Das Lübecker Impfunglück 1930 in der Wahrnehmung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen**

Inauguraldissertation  
zur  
Erlangung der Doktorwürde  
der Universität zu Lübeck  
- Aus der Sektion Medizin -

vorgelegt von  
**Hanna Elisabeth Jonas**  
aus Oldenburg

Lübeck 2017

1. Berichterstatter: Prof. Dr. med. Cornelius Borck
2. Berichterstatter: Prof. Dr. med. Christoph Meißner

Tag der mündlichen Prüfung: 08.01.2018

Zum Druck genehmigt. Lübeck, den 08.01.2018

-Promotionskommission der Sektion Medizin-



Meinen Gesprächspartnerinnen und -partnern

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Fragestellung.....	6
2. Das Lübecker Impfunglück .....	9
3. Das Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks 1930“ .....	17
3.1 Forschungsstand .....	18
3.2 Material und Methode .....	27
3.3 Die Ausstellung „Das Lübecker Impfunglück 1930. Bilder und Erinnerungen von Zeitzeugen“ .....	35
4. Die Nachgeschichte des Lübecker Impfunglücks – Persönlicher und öffentlicher Umgang mit einer Katastrophe.....	38
4.1 Durchführung der Impfung – Leid und Bestürzung nach Entdeckung der Katastrophe .....	38
4.2 Behandlung der erkrankten Säuglinge – Dr. Genter und sein ominöses Heilmittel ..	51
4.3 Durchuntersuchungen aller geimpften Kinder – Staatliche Fürsorge.....	58
4.4 Organisation der betroffenen Eltern – Einflussnahme durch Berliner Impfgegner ..	77
4.5 Calmette-Prozess und Revision – Erinnerungen an Ernst Altstaedt und Heinrich Wibel.....	85
4.6 Frühe Kindheit im Krankenhaus und in Sanatorien – Lange Trennung von den Eltern .....	102
4.7 Schadensersatz für die „Calmette-Kinder“ – Schiedsgerichtsbarkeit und unvorhergesehener Verlust .....	112
4.8 Fortgang der Interessengemeinschaft – Letzte Nachuntersuchungen .....	135
4.9 Leben mit dauerhaften Gesundheitsschäden – Jahrzehntelange Nachwirkungen einer Säuglingsimpfung .....	149
4.10 Denkanstöße – Konfrontation und Umgang mit der eigenen Vergangenheit .....	170
5. Schluss.....	187
6. Zusammenfassung .....	195
7. Archivalien-, Literatur- und Abbildungsverzeichnis .....	197

8. Anhänge.....	221
8.1 Tafeln und Wandfahnen der Ausstellung „Das Lübecker Impfunglück 1930. Bilder und Erinnerungen von Zeitzeugen“ .....	221
8.2 Interviewleitfaden.....	233
8.3 Transkript des Interviews 1.....	236
8.4 Votum der Ethikkommission .....	255
9. Danksagungen .....	256
10. Lebenslauf .....	257

## 1. Einleitung und Fragestellung

1930 sollte Lübeck zum Vorreiter im Kampf gegen die Volkskrankheit Tuberkulose in Deutschland werden – tatsächlich wurde es Schauplatz einer der größten medizinischen Katastrophen des frühen 20. Jahrhunderts. Lübecker Ärzte wollten hier zum ersten Mal in Deutschland großflächig die BCG-Impfung gegen Tuberkulose einführen. Bei der Herstellung im Lübecker Krankenhauslaboratorium wurde der Impfstoff allerdings mit menschlichen Tuberkulosebakterien verunreinigt. Die Säuglinge, die die Schluckimpfung erhielten, wurden mit Tuberkulose infiziert, anstatt vor dieser Krankheit geschützt zu werden. 72 der insgesamt 251 geimpften Kinder starben in ihrem ersten Lebensjahr an einer ausgedehnten Tuberkulose oder erlagen Krankheiten, die durch ihre Tuberkuloseinfektion bedingt oder verschlimmert worden waren.<sup>1</sup> Diese Tragödie sollte als „Lübecker Impfunglück“ bekannt werden und bis heute in Erinnerung bleiben – zumindest in Lübeck und in medizinischen Fachkreisen. Damals beschäftigten die Geschehnisse eine große Öffentlichkeit und flossen auch in medizinkritische Diskussionen der Weimarer Republik um Impfungen und Menschenversuche ein. Die rechtliche Aufarbeitung der Katastrophe im sogenannten „Calmette-Prozess“ 1931/32 – benannt nach einem der Erfinder der BCG-Impfung, Albert Calmette – fand internationale Aufmerksamkeit und endete mit der Verurteilung von zwei beteiligten Ärzten zu Gefängnisstrafen. Seitdem war das Impfunglück Gegenstand verschiedener Forschungen, die sich neben der Rekonstruktion der damaligen Ereignisse z. B. mit der Bewertung als Humanexperiment beschäftigten oder das Impfunglück im Kontext der Einführung und Verbreitung der BCG-Impfung oder der allgemeinen Geschichte der Schutzimpfungen betrachteten. Die Nachgeschichte des Impfunglücks in Lübeck blieb dabei weitgehend unbeleuchtet.

Diese Arbeit widmet sich nun den bisher kaum beachteten Betroffenen des Impfunglücks, den damals geimpften Kindern und ihren Familien. Ihre Geschichten und damit das persönliche Erleben des Impfunglücks sind bislang unerforscht geblieben. Mit ihrer Hilfe sollen Antworten auf die Frage gefunden werden, was es bedeutete, an dieser Katastrophe beteiligt gewesen und damit ein sogenanntes „Calmette-Kind“ geworden zu sein.<sup>2</sup> So kann

---

<sup>1</sup> vgl. Moegling, Albert: Die „Epidemiologie“ der Lübecker Säuglingstuberkulose, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 7-9

<sup>2</sup> Der Begriff des „Calmette-Kinds“ oder der „Calmettekinder“ wurde sowohl von Betroffenen selbst (vgl. z. B. Interview 9, Z. 33-34) als auch von offizieller Seite verwendet (vgl. Schreiben des Senats an den Herrn Reichsminister des Innern – Berlin –, Lübeck, 23.12.1930 [vermutlich Entwurf], Archiv der Hansestadt Lübeck (AHL), Neues Senatsarchiv (NSA), Sign. 01901). Der Lübecker Senat als offizielles Gremium sprach hier von der „Oberleitung über die Calmettekinder“, die ein bestimmter Arzt innehatte.

das Wissen über das Lübecker Impfunglück um diese persönlichen Einsichten bereichert und ein Stück weit menschlicher und greifbarer gemacht werden. Anhand der Erinnerungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Unglücks und mithilfe von Dokumenten und Archivalien aus dieser Zeit werden die Nachwirkungen der Katastrophe im Leben der Betroffenen, die Rolle Lübecks in der Unterstützung und Versorgung der geimpften Kinder sowie von den betroffenen Familien selbst ergriffene Maßnahmen dargestellt.<sup>3</sup> Die Nachgeschichte des Impfunglücks lässt sich dabei bis ins Heute verfolgen, die Arbeit kann damit eine Langzeitperspektive von über 80 Jahren abbilden. Anhand des Lübecker Impfunglücks kann auch beispielhaft gezeigt werden, welche Langzeitfolgen derartige Unglücke nach sich ziehen können.

Eine Einführung in dieses Feld des persönlichen Erlebens und Erleidens des Impfunglücks können vielleicht die Todesanzeigen dreier Säuglinge vermitteln. Wie die meisten Opfer starben auch sie im Alter von drei bis vier Monaten im Sommer 1930. Die Anzeigen wurden in der Lübecker Tagespresse veröffentlicht und geben einen Einblick in die Dramatik der damaligen Geschehnisse und in die Stimmung, die in diesem Sommer in Lübeck geherrscht haben muss:

*„Sonntag morgen, den 6. Juli, ist unser lieber kleiner Günther nach 8wöchiger, schwerer Krankheit im Alter von 16 Wochen an den entsetzlichen Folgen der Calmette-Impfung gestorben. Mit größtem Schmerz beklagen wir den Tod unseres hoffnungsvollen Kindes, an dem Aerzte ohne unser Wissen einen gefährlichen Versuch vorgenommen haben.“*

*„Sonabend morgen, den 12. Juli, ist unsere liebe kleine Luise nach 12wöchiger, schwerer Krankheit, im Alter von 16 Wochen an den entsetzlichen Folgen der Calmette-Impfung gestorben.“*

*„Trotz tapferster Gegenwehr wurde heute vorm. 11 Uhr nach schwerem Leiden auch unser erstes Kind, unsere liebe klein-Irmgard im Alter von 16 Wochen ein Opfer der Deycke'schen Calmette-Fütterung.“<sup>4</sup>*

Das in den Anzeigen greifbare Leid der Eltern, die ihr wenige Monate altes Kind dahinsiechen und sterben sahen, lässt sich nur noch auf diese Weise einfangen, die

---

<sup>3</sup> Im Folgenden wird aus Gründen der Übersichtlichkeit nur noch von „Zeitzeugen“ bzw. „Gesprächspartnern“ die Rede sein, obwohl es sich selbstverständlich um weibliche und männliche Betroffene oder Nahestehende handelt.

<sup>4</sup> Abbildungen dieser drei Todesanzeigen wurden in einer Berliner Zeitung veröffentlicht: Bellmann, Hans Olaf (Sonderberichterstatter): Die Geißel von Lübeck. Müssen alle gegen Tuberkulose geimpften Kinder sterben? in: Hackebeils IZ. Illustrierte Zeitung (07.08.1930), 6. Jg., Nr. 32, S. 862-864 (Unterlagen Interview 1)

betroffenen Eltern sind längst verstorben. Anlässlich des 80-jährigen Gedenkens der Katastrophe 2010 gab es aber durchaus Hoffnung, noch überlebende ehemalige „Calmette-Kinder“ zu finden – das war der Anstoß für das Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks 1930“.

Mit seiner Umsetzung wurde deutlich, dass die Nachgeschichte des Impfunglücks mit dem Tod der 72 Säuglinge noch lange nicht ihr Ende gefunden hatte. Die überlebenden Geimpften hatten die akute Bedrohung durch die Infektion mit Tuberkulose zwar zunächst überstanden, erholten sich aber teils nur langsam von ihren schweren Erkrankungen. Einige von ihnen hatten lebenslange gesundheitliche Schädigungen erlitten. Der Lübecker Staat musste rasch Hilfe für die Betroffenen leisten und dabei auch soziale Unterstützungsmaßnahmen gewähren, die über die bloße Krankenversorgung hinausgingen. Sie reichten von Nahrungsmittelbeigaben zur Stärkung der Konstitution bis hin zu Haushaltshilfen oder Kuraufenthalten. Weiterhin musste die Frage der Entschädigung der Geimpften gelöst werden. Da es sich bei der Impfung um eine staatlich eingeleitete Maßnahme handelte, war auch hier der Lübecker Staat gefragt. Mithilfe eines Schiedsgerichts, das einzig zu diesem Zweck gegründet wurde, sollten schnelle und gerechte Entscheidungen bezüglich der Höhe des Schadensersatzes getroffen werden. Abgesehen von diesen staatlichen Maßnahmen blieben auch die Eltern der „Calmette-Kinder“ keineswegs untätig. Sie organisierten sich gleich nach Entdeckung der Katastrophe in einem Elternausschuss und gründeten später die „Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten“.

Mit dem Erwachsenwerden der Geimpften und den Umbrüchen im Rahmen des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit verblasste die Bedeutung des Lübecker Impfunglücks. Doch bis heute leben noch Betroffene mit dem Schicksal, ein „Calmette-Kind“ zu sein. Mit dem Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks 1930“ wurde die letzte Gelegenheit ergriffen, den damals selbst Beteiligten eine Stimme zu geben und so einen ganz persönlichen Einblick in die Geschichte der „Calmette-Kinder“ zu erlangen.

## 2. Das Lübecker Impfunglück

1882 war Robert Koch die Entdeckung des Erregers der Infektionskrankheit Tuberkulose, des *Mycobacterium tuberculosis*, gelungen.<sup>5</sup> Dieses Ereignis war zwar für den Fortschritt der Bakteriologie sehr wichtig, allerdings hatte man damit noch kein Heilmittel für diese auch noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts bedrohliche Krankheit gefunden.<sup>6</sup> Umso bedeutsamer wurde in der Folgezeit die Suche nach einem Impfstoff, der die Erkrankung selbst verhindern sollte.<sup>7</sup> Eine Reihe von Wissenschaftlern befasste sich mit der Herstellung eines solchen Impfstoffs aus abgetöteten oder auch aus lebenden Bakterien, die meisten dieser Bemühungen blieben jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Die Franzosen Albert Calmette und Camille Guérin widmeten sich ebenfalls jahrelang dieser Suche: Ihr Ergebnis war der sogenannte „BCG“ (Bacille-Calmette-Guérin). Dabei handelte es sich um einen Impfstoff aus attenuierten, d. h. abgeschwächten lebenden Bakterien der Art *Mycobacterium bovis*, des Erregers der Rindertuberkulose. Diese Impfung sollte Säuglingen in den ersten Lebenswochen oral verabreicht werden, da die Darmschleimhaut in dieser Zeit laut Calmette besonders durchlässig für Bakterien sei. Außerdem sollte durch die sehr frühe Impfung eine Ansteckung schon im Säuglingsalter verhindert werden. Seit 1924 wurde Calmettes Verfahren in Frankreich in größerem Umfang angewandt, die Herstellung des Impfstoffs oblag dabei dem Institut Pasteur in Paris. Ausgehend von Frankreich wurde auch in anderen Ländern mit BCG-Impfungen begonnen, in Deutschland blieb dieser Impfstoff aber umstritten. Der Reichsgesundheitsrat erklärte 1927, vor der Einführung dieser und ähnlicher Impfungen in größerem Maßstab weitere Untersuchungen

---

<sup>5</sup> Die vorliegende Zusammenfassung der Ereignisse und ihrer Vorgeschichte sowie der Urteile des Strafprozesses beruhen auf der schriftlichen Urteilsausfertigung des Calmette-Prozesses: vgl. Urteil gegen Prof. Dr. F. G. B. Deycke: Calmette-Prozess. Eigenverlag, Lübeck 1932, S. 1-62 und S. 197-216. Im Folgenden werden nur wörtliche Zitate aus dem Urteil sowie die Verwendung von weiteren Quellen gesondert gekennzeichnet.

Seine Erkenntnisse gab Robert Koch im Rahmen eines Vortrags am 24.03.1882 bekannt (vgl. Robert Koch-Institut: Robert Koch, online unter: [http://www.rki.de/DE/Content/Institut/Geschichte/robert\\_koch\\_node.html](http://www.rki.de/DE/Content/Institut/Geschichte/robert_koch_node.html) (Tag des Zugriffs: 21.07.2016)).

<sup>6</sup> Die Bedrohlichkeit der Tuberkulose lässt sich z. B. an einer Mortalitäts-Statistik des Deutschen Reichs von 1925 erkennen: In diesem Jahr erlagen 30% aller verstorbenen Männer und 40% aller verstorbenen Frauen zwischen 15 und 30 Jahren einer (nicht näher spezifizierten) Form der Tuberkulose. Damit war sie gerade für das junge Erwachsenenalter eine bedeutsame Todesursache. Vgl. Condrau, Flurin: Lungenheilanstalt und Patientenschicksal. Sozialgeschichte der Tuberkulose in Deutschland und England im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2000, S. 42

<sup>7</sup> In dieser Zeit wurden verschiedene Formen der Impfung entwickelt: Bereits 1796 war die Möglichkeit einer Impfung gegen Pocken mit Kuhpockenviren entdeckt worden, die Herstellung weiterer Impfstoffe, z. B. gegen Diphtherie und Tetanus auf Basis von Toxoiden, gelang 1923 bzw. 1926. Mit abgetöteten Bakterien konnte man seit 1896 gegen Typhus und Cholera und seit 1926 gegen Keuchhusten impfen. Vgl. Spiess, Heinz; Heininger, Ulrich; Jilg, Wolfgang (Hgg.): Impfkompodium. 7. Aufl., Georg Thieme Verlag, Stuttgart 2012, S. 1-3

eines dafür gegründeten Unterausschusses abwarten zu wollen, denn es gebe noch keinen ausreichenden Wirksamkeitsnachweis der Verfahren. Allerdings führten schon zu dieser Zeit einzelne Ärzte in Deutschland BCG-Impfungen in kleinem Umfang durch, so in der Eifel, Breslau und Berlin.<sup>8</sup> 1928 setzte sich eine Kommission des Völkerbunds mit der BCG-Impfung auseinander. Sie beurteilte den Impfstoff als unschädlich und fähig, „einen gewissen Grad von Immunität“ zu erzeugen.<sup>9</sup>

Diese Entwicklungen verfolgten die Lübecker Ärzte Prof. Dr. Georg Deycke, Direktor des Allgemeinen Krankenhauses, und Obermedizinalrat Dr. Ernst Altstaedt, Stadtphysikus und damit „leitender Fachbeamter des Gesundheitsamts“.<sup>10</sup> Beide hatten sich in ihrer ärztlichen Tätigkeit der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose gewidmet, Altstaedt war vor Übernahme des Physikats Leiter der Lübecker Tuberkulosefürsorgestelle gewesen. 1929 beschlossen sie auf Anregung des früheren Direktors der Landesversicherungsanstalt die Einführung der BCG-Impfung in Lübeck. Eine BCG-Kultur wurde von Calmette nach Lübeck gesandt, Deycke veranlasste die Weiterzüchtung dieser Kultur durch seine technische Assistentin Schwester Anna Schütze im Laboratorium des Allgemeinen Krankenhauses. Aus diesen weitergezüchteten Kulturen sollte später der Impfstoff hergestellt werden. Seit September 1929 befanden sich daneben humane, d. h. für Menschen ansteckende Tuberkulosebakterien des Stamms „Werner“ aus Kiel in diesem Labor, die für andere Versuche benötigt wurden. Sie wurden zum Teil im selben Brutschrank wie BCG-Kulturen gelagert. Deycke und Schütze sagten später aus, dass gerade diese BCG-Kulturen allerdings nie für die Herstellung des Impfstoffs verwendet worden seien.

Die Vorbereitungen zur Einführung der Impfung begannen: Nach Rücksprache mit Kollegen, unter anderem mit Prof. Dr. Max Klotz, dem Leiter des Kinderkrankenhauses, und dem Vorsitzenden des Gesundheitsamts, wurde das Vorhaben dem Lübecker Gesundheitsrat vorgestellt. Dieser empfahl die allgemeine Einführung. Auch der ärztliche Verein äußerte nach einem Vortrag zum selben Thema keine Bedenken. Schließlich wurden die Hebammen über die Impfung als solche und ihre praktische Durchführung informiert. Pro Impfung sollte als Entgelt für die zusätzliche Arbeit eine Reichsmark in die Unterstützungskasse des Hebammenvereins eingezahlt werden. Hebammen oder behandelnde Ärzte sollten die werdenden Eltern auf die Impfung und ihren Nutzen

---

<sup>8</sup> Die drei Ärzte in der Eifel, Breslau und Berlin werden im Urteil namentlich aufgeführt (vgl. Urteil, S. 21-22).

<sup>9</sup> Urteil, S. 22

<sup>10</sup> Urteil, S. 14. Das Allgemeine Krankenhaus befand sich an der Stelle der heutigen Sana Kliniken Lübeck.



hinweisen. Die Eltern konnten sich dann mithilfe eines vorgefertigten Antrags mit der Verabreichung der insgesamt drei Impfdosen einverstanden erklären. Der Antrag wurde an das Laboratorium des Allgemeinen Krankenhauses weitergeleitet und der Impfstoff am folgenden Tag in drei kleinen Fläschchen ausgegeben. Der Inhalt dieser Fläschchen sollte den Kindern im Abstand von je mindestens einem Tag während der ersten zehn Lebenstage mit etwas Milch auf einem Löffelchen gefüttert werden. Dabei sollte ein halbstündiger Abstand zur nächsten Mahlzeit bestehen.<sup>11</sup>

Zur Aufklärung der Eltern wurde ein Flugblatt entworfen, in dem für das kostenlose und „völlig unschädlich[e]“ Mittel geworben wurde (Abb. 1). Weitere Informationen zu seinem genauen Inhalt wurden im Flugblatt nicht genannt.

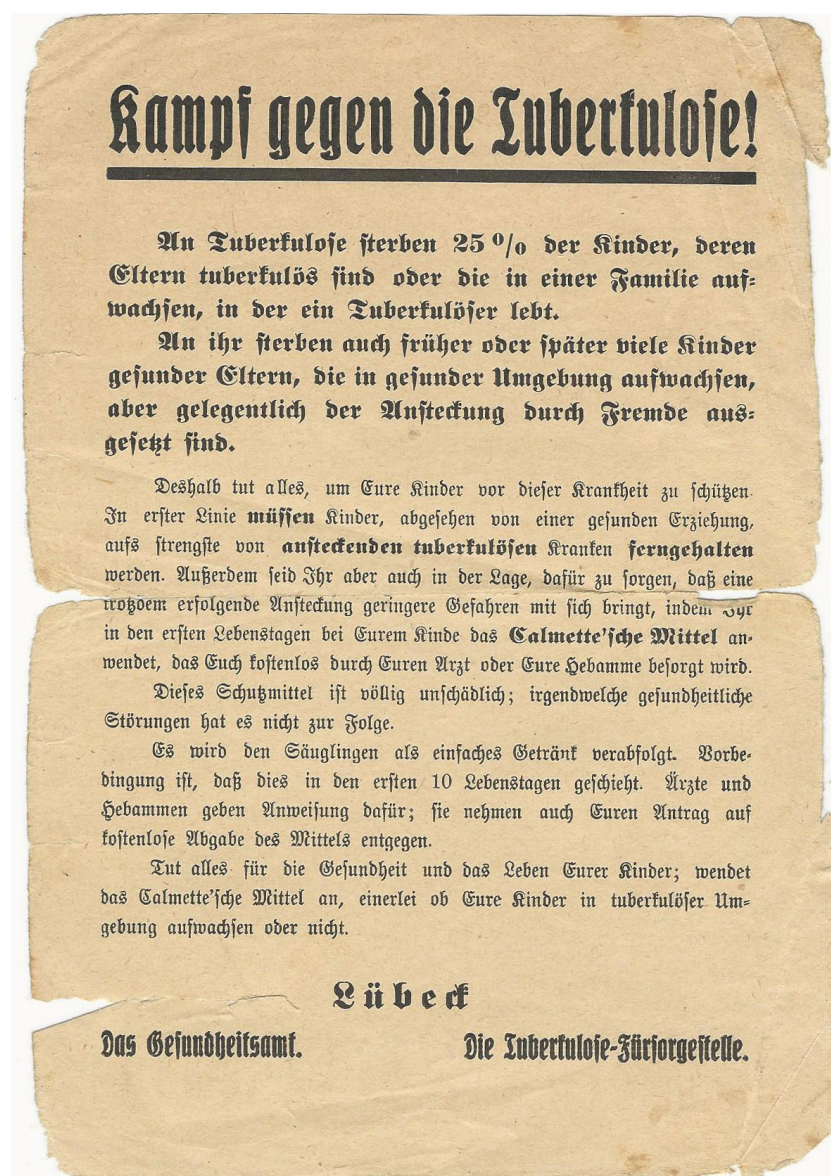


Abb. 1: Das Flugblatt „Kampf gegen die Tuberkulose!“

<sup>11</sup> So wurden die Impfvorschriften Calmettes in der Urteilsausfertigung wiedergegeben (vgl. Urteil S. 12-13).

Zum Hergang der Immunisierung wurde lediglich erläutert, dass der als „Schutzmittel“ oder „Calmette’sche[s] Mittel“ bezeichnete Impfstoff den Neugeborenen „als einfaches Getränk“ verabreicht werden sollte. Das Wort „Impfung“ fand im Flugblatt keine Erwähnung. Diese Umschreibung der heutzutage als Schluckimpfung bezeichneten Maßnahme und die Vermeidung einer klaren Benennung als Impfung erfolgte auf Anregung eines Mitglieds des Gesundheitsrats. Seiner Ansicht nach hätte man „in der Allgemeinheit mit einem gewissen, wenn auch nicht gerechtfertigten Widerstand gegen das Verfahren“ rechnen müssen, wenn es als Impfung bezeichnet worden wäre.<sup>12</sup>

Im Februar 1930 stand der Einführung der BCG-Impfung nichts mehr im Wege. Eine Bekanntmachung des Gesundheitsamts, die in den Lübecker Zeitungen am 20.02.1930 veröffentlicht wurde, stellte das Verfahren der Bevölkerung vor. An dieser Stelle wurde die Verabreichung von „unschädlich gemachte[n] Tuberkelbazillen“ erwähnt.<sup>13</sup> Wie auch in dem an die Eltern gerichteten Flugblatt wurde weiterhin darauf hingewiesen, dass die Impfung für alle Kinder und nicht nur für die aus tuberkulöser Umgebung empfohlen sei – also unabhängig von der jeweiligen Ansteckungsgefahr. Am 24.02.1930 begann das offizielle Impfverfahren. Seit Dezember 1929 hatte man bereits drei Kinder geimpft, die für besonders ansteckungsgefährdet gehalten worden waren. In den folgenden zwei Monaten bis zum 30.04.1930 wurde die Schluckimpfung weiteren 248 Säuglingen verabreicht. Bei insgesamt 412 Geburten in diesem Zeitraum wurde so eine Impfquote von über 60 Prozent erzielt – „ein Beweis für das Vertrauen der Bevölkerung zu der vom Gesundheitsamt Lübeck vorgeschlagenen Maßnahme“.<sup>14</sup> Die Impfungen fanden ein jähes Ende, als am 26.04.1930 die Ursache für die bereits aufgetretenen Erkrankungen und Todesfälle mehrerer Säuglinge entdeckt wurde: Sie litten an „Fütterungstuberkulose“. Anstatt durch die Impfung vor Tuberkulose geschützt zu werden, waren sie offenbar durch den verabreichten Impfstoff mit Tuberkulose infiziert worden. Bedingt durch die orale Gabe und den Aufnahmeweg des Impfstoffs trat die Tuberkulose dabei vor allem im Darm auf.

---

<sup>12</sup> Urteil, S. 30. Altstaedt begründete die Vermeidung im Rahmen des Calmette-Prozesses damit, dass es sich bei dieser Maßnahme um keine „Verletzung der Haut“ gehandelt habe (Urteil, S. 95). Offenbar war die damals übliche Bedeutung einer Impfung eine Injektion und dieser Ausdruck hätte entsprechende Assoziationen geweckt.

<sup>13</sup> Urteil, S. 37

<sup>14</sup> Moegling, S. 6-7. Im Prozessurteil wird im Gegensatz zu den bei Moegling genannten 60 Prozent angegeben, dass sogar „etwa 84 % aller Neugeborenen“ BCG-geimpft worden seien; insgesamt hätten 244 Kinder die Impfung erhalten (Urteil, S. 40 und S. 62). Wieso sich die Zahlen derart unterscheiden, ließ sich anhand des vorhandenen Materials nicht klären. Von darüber hinausgehenden Recherchen wurde abgesehen, da den Abweichungen für diese Arbeit keine besondere Relevanz beigemessen wurde.

Aus heutiger Sicht erscheint die Zeitspanne bis zur Aufdeckung des Unglücks lang. Ein Grund dafür war wohl die völlige Überzeugung von der Unschädlichkeit der Impfung: Als beim ersten, schon im Dezember 1929 geimpften Kind im Februar 1930 eine Tuberkulose diagnostiziert wurde, hielt man diese bei einer tuberkulosekranken Mutter für kongenital übertragen. Bereits im März 1930 bemerkten einige Wärterinnen und Hebammen-schwestern im Allgemeinen Krankenhaus Ausschlag, Müdigkeit und häufiges Erbrechen bei geimpften Kindern. Allerdings wurden diese Auffälligkeiten entweder nicht weitergegeben oder aber für normale Erscheinungen nach der Impfung gehalten – auch von den darüber in Kenntnis gesetzten Ärzten. Erst im April 1930 begannen sich Erkrankungen bei den geimpften Kindern zu häufen, fast täglich wurden ab Mitte dieses Monats Säuglinge ins Kinderkrankenhaus eingewiesen. Ihre Symptome reichten von Hautausschlag und Lymphknotenschwellungen über schweres Erbrechen und Abmagerung bis zu Lungenentzündungen.<sup>15</sup> Einige Eltern äußerten gegenüber den behandelnden Kinderärzten in der Praxis und im Kinderkrankenhaus den Verdacht, dass ein Zusammenhang zwischen Impfung und Erkrankung ihres Kindes bestünde. Den niedergelassenen Lübecker Kinderärzten Dr. Wundt, Dr. Schmidt und Frau Dr. Degner, die alle mehrere geimpfte Kinder behandelten, waren die Erscheinungen bis dahin nicht verdächtig erschienen.<sup>16</sup> Ab dem 23.04.1930 richteten sie aber unabhängig voneinander vertrauliche Anfragen über „eventuelle Calmetteschäden“ an Klotz als den Leiter der Kinderklinik.<sup>17</sup> Frau Dr. Degner tat dies beispielsweise, als ihr zum wiederholten Male ein geimpfter Säugling mit Lymphknotenschwellungen vorgestellt wurde. Auch Deycke wurde dieses Kind am 25.04.1930 von seinen Eltern vorgeführt. Er stellte fest, dass es tuberkulös sei, lehnte jedoch eine Verbindung zur Impfung ab. Erst am nächsten Tag, dem 26.04.1930, erkannte Deycke bei der Sektion des dritten verstorbenen geimpften Kindes die Fütterungstuberkulose. Beim ersten Todesfall am 22.04.1930 war in der Sektion noch die Diagnose einer aerogen erworbenen Tuberkulose gestellt worden. Daraufhin ließ Deycke die Ausgabe des Impfstoffs sofort einstellen und noch im Laboratorium vorhandenen vernichten. Um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen, wurde statt des BCG ein anderes, sicher unschädliches Präparat ausgegeben – die sogenannten „Deycke-Much’schen

---

<sup>15</sup> Die jeweiligen, in ihrer Schwere sehr unterschiedlichen Krankheitsbilder und die vor Bekanntwerden des Unglücks gestellten (Fehl-)Diagnosen bezüglich ihrer Ursache sowie die Häufung der Einweisungen geimpfter Kinder – bis zu drei am Tag – werden in der Urteilsausfertigung ausführlich dargestellt (vgl. Urteil, S. 46-52).

<sup>16</sup> Im Prozessurteil wird der Name der Kinderärztin „Degener“, in verschiedenen anderen Dokumenten „Degner“ geschrieben.

<sup>17</sup> Schreiben von Klotz in der Sitzungsniederschrift Nr. 8 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, 17.06.1930, AHL, NSA, Sign. 01897

Partigene“.<sup>18</sup> Bereits ausgegebener Impfstoff wurde allerdings nicht zurückgefordert, sodass manche Kinder noch bis zum 30.04.1930 die zweite und dritte Impfdosis erhielten. Nach der Entdeckung der Fütterungstuberkulose bei den verstorbenen Säuglingen ließ sich diese Diagnose auch bei anderen erkrankten Kindern mit vorher unerklärlichen Symptomen stellen. Das Ausmaß des Unglücks wurde aber erst am 05.05.1930 klar, als die Erkrankung eines Kindes festgestellt wurde, das mit Impfstoff eines anderen Ausgabetags gefüttert worden war als alle bisher erkrankten und verstorbenen Säuglinge. Zuvor hatte man angenommen, dass nur eine Impfstoffcharge vergiftet sei. Erst dann wurde der Vorsitzende des Gesundheitsamts über die Todesfälle informiert und der Gesundheitsrat für den 13.05.1930 einberufen. In seiner Versammlung veranlasste der Gesundheitsrat die sofortige Einstellung der Impfung, die zu diesem Zeitpunkt ohnehin nur noch mit Partigenen erfolgte. Weiterhin beschloss er, die geimpften Kinder zu beobachten, Eltern, Ärzte, Hebammen und Schwestern über das Unglück zu unterrichten, eine Mitteilung an das Reichsgesundheitsamt zu machen und eine Abschrift dieser an die Staatsanwaltschaft zu geben sowie Calmette zu benachrichtigen und die Presse über die Vorfälle in Kenntnis zu setzen. So erfuhr die Öffentlichkeit schließlich am 14.05.1930 von der Katastrophe. Zur Klärung der Unglücksursache wurden am 15.05.1930 die Sachverständigen Prof. Ludwig Lange vom Reichsgesundheitsamt und Prof. Bruno Lange vom Robert Koch-Institut nach Lübeck entsandt. Der ebenfalls aus Berlin stammende Prof. Paul Schürmann übernahm die Obduktionen der verstorbenen Kinder. 76 geimpfte Säuglinge verstarben in ihrem ersten und ein Kind in seinem zweiten Lebensjahr, bei 72 von ihnen wurde eine Fütterungstuberkulose als Todesursache oder zumindest ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Tuberkulose und der letztlich tödlichen Erkrankung festgestellt.<sup>19</sup>

Lübeck leitete außerdem eigene Ermittlungen ein: Die Lübecker Bürgerschaft beauftragte den Ausschuss für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege am 26.05.1930, „die mit der

---

<sup>18</sup> Dieses von Georg Deycke selbst mitentwickelte Präparat war zwar unschädlich, aber als Impfstoff wohl auch unwirksam (vgl. Moses, Julius: Der Totentanz von Lübeck. Verlag Dr. Madaus & Co., Radebeul b. Dresden 1930, S. 42).

<sup>19</sup> 77, also 30,7% der geimpften Kinder starben; 72 von ihnen, also 28,7%, „an oder mit einer ausgedehnten Tuberkulose“. In 68 Fällen wurde die Diagnose „durch die Leichenöffnung“ gesichert. „Von den gleichzeitig geborenen 164, nicht mit ‚BCG‘ behandelten Kindern sind im 1. Lebensjahr 16 = 9,8%, im 2. und 3. Lebensjahr zusammen 3, insgesamt also 19 = 11,5% gestorben, darunter keines an Tuberkulose.“ (Moegling, S. 7) Dass immerhin 19 Kinder in ihren ersten Lebensjahren verstarben, veranschaulicht die höhere Kindersterblichkeit dieser Zeit. Dass keines von ihnen einer Tuberkulose erlag, führt den Sinn der Impfung zwar nicht ad absurdum – sie sollte die Neugeborenen ja über einen langen Zeitraum und nicht nur als Kleinkinder vor dieser Krankheit schützen –, hinterlässt aber eine gewisse Unsicherheit, ob ihre Durchführung in Lübeck wirklich so dringend erforderlich war. Allerdings lässt sich über die Gruppe der nicht-geimpften Kinder nicht sagen, ob es sich bei ihnen vielleicht gerade um Neugeborene handelte, die keinem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt waren.

Durchführung des Calmette-Verfahrens im Zusammenhang stehenden Vorgänge zu untersuchen und ihr darüber zu berichten“.<sup>20</sup> Deycke, Altstaedt und Klotz wurden nach Abschluss dieser Untersuchung im Juli 1930 von ihren Ämtern suspendiert.<sup>21</sup> Die rechtliche Aufarbeitung des Unglücks fand schließlich im Rahmen des Calmette-Prozesses unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Heinrich Wibel vom 12.10.1931 bis zum 06.02.1932 statt. Angeklagt waren die Ärzte Altstaedt, Deycke und Klotz sowie die technische Assistentin Schütze. Mithilfe eines großen Aufgebots an Sachverständigen versuchte das Gericht, die Ursache des Unglücks zu klären. Die Möglichkeit eines „Rückschlages“ des BCG in seine ursprüngliche Virulenz wurde zwar für theoretisch möglich gehalten.<sup>22</sup> Für das Lübecker Unglück kam das Gericht aber zu dem Ergebnis, dass sich eine Verwechslung oder Verunreinigung der Impfkulturen mit dem ebenfalls im Laboratorium gelagerten Kieler Stamm „Werner“ aus humanen Tuberkulosebakterien ereignet haben müsse. Wie es dazu gekommen war, konnte letztlich nicht aufgedeckt werden. Es habe sich um ein „unerkanntes Versehen“ gehandelt, in dessen Natur es liege, dass es sich im Nachhinein nicht mehr aufklären lasse.<sup>23</sup> Die Angeklagten Deycke und Altstaedt wurden wegen Vergehen der fahrlässigen Tötung sowie der fahrlässigen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, ersterer zu zwei Jahren, letzterer zu einem Jahr und drei Monaten. Der Angeklagte Klotz wurde freigesprochen, da er nach Ansicht des Gerichts keine strafbare Handlung begangen hatte. Deyckes Assistentin Schütze wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen, weil nicht mit Sicherheit festzustellen war, dass sie selbst den mutmaßlichen „verhängnisvollen Fehler“ im Labor begangen hatte.<sup>24</sup>

Der Calmette-Prozess hatte damit zumindest die strafrechtlichen Fragen klären können. Auch die Ursache des Unglücks war, so weit mit damaligen Untersuchungsmethoden möglich, aufgedeckt worden. Hinsichtlich der Versorgung der Betroffenen hatte der Lübecker Staat zu diesem Zeitpunkt bereits umfangreiche unterstützende Maßnahmen ergriffen. Der Gesundheitszustand der überlebenden Kinder war in mehreren

---

<sup>20</sup> Schreiben von der Behörde für die innere Verwaltung, gez. Mehrlein, an den Hohen Senat in Lübeck, Lübeck, 14.07.1930, AHL, NSA, Sign. 01898

<sup>21</sup> vgl. Schreiben „Betrifft: Professor Dr. Deycke und Obermedizinalrat Dr. Altstaedt.“, enthält u. a.: „Sowohl Professor Dr. Deycke als Dr. Altstaedt sind am 18. Juli 1930 ihres Dienstes enthoben unter Einbehaltung von einem Viertel der Dienstbezüge vom 1. August 1930 ab.“ AHL, NSA, Sign. 01903

<sup>22</sup> Urteil, S. 126

<sup>23</sup> Urteil, S. 152

<sup>24</sup> Urteil, S. 198. Im Labor waren außer Schütze noch Deycke und eine weitere Laboratoriumsschwester tätig und damit möglicherweise verantwortlich für den Fehler, auch wenn abgesehen von den ersten Impfstoff-Emulsionen, die Deycke selbst hergestellt hatte, nur Schütze mit der Herstellung dieser betraut war (vgl. Urteil, S. 38).

Durchuntersuchungen überprüft worden. Auch bezüglich einer Entschädigung der Geimpften waren bereits erste Schritte eingeleitet worden. Trotzdem sollten sich die betroffenen Familien, aber auch die Stadt Lübeck noch über die nächsten Jahre mit den Folgen des Impfunglücks auseinandersetzen müssen. Das Leben der Geimpften war nach diesem Ereignis in ihrer frühesten Kindheit für immer verändert. Der Prozess und die dort ausgesprochenen Verurteilungen bedeuteten dementsprechend noch lange nicht das Ende der Nachgeschichte des Impfunglücks.

Das Impfunglück blieb über die Jahre nicht nur den Betroffenen und ihren Angehörigen im Gedächtnis, sondern es sollte auch Teil der Lübecker Stadtgeschichte werden. So finden sich auf dem Vorwerker Friedhof in Lübeck bis heute die Grabplatten einiger Opfer dieser Katastrophe. Das Lübecker Impfunglück ist damit weiterhin im Gedächtnis der Stadt verankert, auch wenn es nur diese kleine Form der Erinnerung und kein offizielles Mahnmal gibt. An der Lübecker Universität sind die damaligen Geschehnisse ebenfalls nicht ganz in Vergessenheit geraten: Den Lübecker Medizinstudierenden wird diese lokalhistorisch so bedeutsame Katastrophe in der mikrobiologischen Vorlesung nahegebracht. In Zukunft soll nicht mehr nur der Hergang des Unglücks selbst, sondern auch seine vielschichtige Nachgeschichte thematisiert werden können. Gerade diese Langzeitperspektive soll im Folgenden genauer beleuchtet werden.

### **3. Das Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks 1930“**

Das Lübecker Impfunglück war als große medizinische Katastrophe des frühen 20. Jahrhunderts Gegenstand der öffentlichen Diskussion und veranlasste seitdem verschiedene Forschungen und Publikationen. Allerdings wurde ein wichtiger Bereich bisher vernachlässigt: Die Betroffenen des Impfunglücks und ihre Familien traten abgesehen von ihrer Erkrankung als Säuglinge nicht weiter in Erscheinung. Dabei gibt es auch in dieser Richtung viele Fragen zu beantworten, von denen hier einige beispielhaft aufgeführt werden sollen: Welche Bedeutung hatte die Beteiligung am Impfunglück für die geimpften Kinder – oder für die Familien, die ihr Kind verloren hatten? Welche Rolle spielte die Impfung als Säugling im weiteren Leben? Kam es zu langfristigen Gesundheitsschädigungen? Wie wurde vonseiten der Hansestadt Lübeck mit den Betroffenen umgegangen? Wurden sie nach der Impfung unterstützt oder entschädigt?

Mit der Hilfe von Zeitzeugen der Katastrophe sollten auf diese und weitere Fragen Antworten gefunden werden, um jene Leerstelle in der Forschung zu schließen. So entstand im Frühjahr 2011 das Dissertationsvorhaben am Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Universität zu Lübeck (IMGWF). Ziel dieses Projekts sollte eine möglichst umfassende Dokumentation der Erinnerungen an das Lübecker Impfunglück sein – soweit das mit einem damals bereits 81-jährigen Abstand zu bewerkstelligen wäre. Nur auf diese Weise konnte es gelingen, eine persönliche Sicht auf das Unglück und seine Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen zu erhalten. Die so gewonnenen Ergebnisse sollen die vorhandene Forschung ergänzen und bereichern und damit auch die bisherige Wahrnehmung des Impfunglücks verändern. Dabei bilden die zeitgenössischen und neueren Publikationen den Hintergrund der vorliegenden Arbeit und helfen, das Impfunglück in größere Zusammenhänge einzuordnen. Ihre im Folgenden dargestellten Schwerpunkte sind einerseits wichtig zum Verständnis der weiteren Arbeit, bieten andererseits aber auch einen Einblick in jene Forschungsbereiche, die in diesem Projekt nicht erneut untersucht werden sollten. Anschließend werden der Ablauf der Suche nach Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks sowie die Herausforderungen eines solchen „Oral History“-Vorhabens genauer dargestellt. Die im Rahmen dieses Projekts gesammelten Erinnerungen und die Dokumente der Zeitzeugen waren so zahlreich, dass ihnen die Darstellung allein im Rahmen dieser Arbeit nicht gerecht geworden wäre. Nur eine Ausstellung konnte die umfangreichen Ergebnisse einer größeren Öffentlichkeit nahebringen. Die Entstehung und Präsentation der Ausstellung „Das Lübecker

Impfunglück 1930. Bilder und Erinnerungen von Zeitzeugen“ sollen abschließend thematisiert werden.

### **3.1 Forschungsstand**

Wie bereits geschildert, bemühte man sich nach dem Impfunglück zunächst um die Aufklärung der Unglücksursache, die auch für den Calmette-Prozess 1931/32 von entscheidender Bedeutung war. Eine Reihe von Sachverständigen wurde mit der Aufgabe betraut, das Impfunglück aufzuarbeiten. 1935 veröffentlichte das Reichsgesundheitsamt die Ergebnisse der bakteriologischen Untersuchungen, die auch schon im Prozess vorgestellt worden waren und laut denen der Impfstoff mit dem Kieler Stamm „Werner“ verunreinigt war, zusammen mit weiteren Berichten zur Epidemiologie, Klinik, Pathologie und Therapie im Sammelband „Die Säuglingstuberkulose in Lübeck“. In diesem Werk wurden auch die Ergebnisse der Reihenuntersuchungen aller geimpften Kinder nach der Entdeckung der Katastrophe und ihre Behandlung und Versorgung im Säuglingsalter thematisiert.<sup>25</sup>

Weiterhin wurde das Lübecker Impfunglück in der zeitgenössischen Diskussion um Impfungen im Allgemeinen und um Schaden und Nutzen der BCG-Impfung im Speziellen aufgegriffen. Eine derartige Katastrophe bot selbstverständlich manchen Autoren Gelegenheit, auf die ihrer Ansicht nach bestehenden grundsätzlichen Gefahren und Nebenwirkungen der Impfung einzugehen. Der Berliner Arzt Dr. Walther Kröner war z. B. überzeugt, dass die Theorie einer Verunreinigung der Kulturen absurd sei und der BCG-Impfstoff selbst die Schuld am Unglück trage. Dafür führte er in seiner teils sehr polemisch gehaltenen sogenannten Dokumentensammlung „Unsere Kinder = Versuchskaninchen? Die Sachverständigen-Komödie von Lübeck“ 1930 mehrere Gegenstimmen und Todesfälle in verschiedenen Ländern an, die durch die Impfung verursacht sein sollten.<sup>26</sup> Im Folgejahr richtete er sich mit seinem Mitautor Ernst-Viktor Noack im Buch „Anti-Calmette. Die Lübecker Calmette-Katastrophe im Lichte der Wissenschaft“ nicht nur gegen die BCG-

---

<sup>25</sup> vgl. Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt. 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935

<sup>26</sup> vgl. Kröner, Walther: Unsere Kinder = Versuchskaninchen? Die Sachverständigen-Komödie von Lübeck. Das Calmette-Verfahren wissenschaftlich gerichtet. Herausgegeben vom Arbeitsausschuss zur Verfolgung der Lübecker Kindertötung, Berlin 1930



Impfung, sondern propagierte zugleich einen alternativen Impfstoff gegen Tuberkulose, die sogenannte Friedmann-Impfung.<sup>27</sup>

Ähnliche Thesen wurden auch in medizinkritischen Medien wie der „Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung“, dem „Zentralorgan des ‚Vereins der durch Aerzte Geschädigten‘“, vertreten. Diese Zeitschrift veröffentlichte mehrere Artikel gegen Calmette und sein Verfahren, auch Kröner war an einem von ihnen beteiligt. Das Blatt hatte schon vor Beginn der Lübecker Impfkampagne vor der Einführung der BCG-Impfung gewarnt, ihre Durchführung in Lübeck wurde als Zeichen der Experimentierlust der Ärzteschaft gewertet.<sup>28</sup> Unter dem Titel „Lübecker Kinderlied“ wurde hier auch ein mit Schmähungen gegen Calmette und seine Impfung gespicktes Gedicht über den „Mord durch Impfen“ veröffentlicht (Abb. 2).

Das Lübecker Impfunglück wurde allerdings nicht nur von diesen extrem impf- und medizinkritischen Kreisen als Menschenversuch aufgefasst. Auch Julius Moses, Arzt und Reichstagsabgeordneter der SPD, wertete die Geschehnisse in seinem Buch „Der Totentanz von Lübeck“ als Versuch im Kontext einer allgemein grassierenden menschenverachtenden Experimentierfreude.<sup>29</sup> Damit wurde die Lübecker Katastrophe Teil der politischen Diskussion um Humanexperimente, die gegen Ende der Weimarer Republik geführt wurde. Generell gab es in der Weimarer Republik eine große medizinkritische Bewegung, die sich aus verschiedenen Gruppierungen der Lebensreformbewegung zusammensetzte – von Vegetariern und Nudisten bis zu Anhängern alternativer Heilkunde wie z. B. der „Biochemie nach Schüßler“. Zu dieser Zeit wurde eine sogenannte „Krise der Medizin“ konstatiert: Laut ihren Kritikern hatte sich die Ärzteschaft immer weiter einer rein wissenschaftlichen, forschenden Medizin zugewandt und dabei den Kontakt zum Volk bzw.

---

<sup>27</sup> vgl. Kröner, Walther; Noack, Ernst-Viktor: Anti-Calmette. Die Lübecker Calmette-Katastrophe im Lichte der Wissenschaft. Horodisch & Marx Verlag, Berlin 1931. Bei der Friedmann-Impfung handelte es sich um ein Serum, das von Friedrich F. Friedmann aus lebenden Bakterien tuberkulosekranker Schildkröten hergestellt wurde. Friedmann war zeitweise sogar Professor für Tuberkuloseforschung und -bekämpfung an der Universität Berlin. Heute vermutet man, dass er damals gar keine Tuberkulosebakterien, sondern einen anderen Bakterienstamm aus den Schildkröten isolierte. Sein Mittel hätte damit nie eine immunisierende Wirkung gegen Tuberkulose haben können. Vgl. hierzu Jütte, Robert: Spannend rekonstruiert. Dtsch Arztebl 99 (2002), S. 1509; vgl. Zankl, Heinrich: Fälscher, Schwindler, Scharlatane. Betrug in Forschung und Wissenschaft. Wiley VCH, Weinheim 2003, S. 116-120

<sup>28</sup> vgl. Autor ungenannt: In Lübeck sollen Kinder durch die Calmette-Impfung sterben! Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung 3 (1930), S. 14-16; vgl. Autor ungenannt: Der geplante Kindermord in Lübeck durch die Calmette-Impfung zur Tatsache geworden! Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung 3 (1930), S. 44-45; vgl. Autor ungenannt: Zum Säuglingsmord durch die Calmette-Impfung in Lübeck. Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung 3 (1930), S. 64-66; vgl. Bachmann; Kröner, W.; Hennes (Medizinisch-Biologische Gesellschaft): Irreführung der Öffentlichkeit über die Calmette-Impfung auf dem Internationalen Tuberkulosekongress in Oslo durch Prof. Calmette (Paris) und Prof. Neufeld (Berlin). Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung 3 (1930), S. 89-90

<sup>29</sup> vgl. Moses

zum einzelnen Patienten verloren. Impfgegner und Kritiker von Menschenexperimenten einte in dieser Debatte der Wunsch nach einer Stärkung der Rechte des Individuums.<sup>30</sup>

## Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung

Zentralorgan des „Vereins der durch Aerzte Geschädigten“, Sitz Kiel

Die Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung erscheint monatlich und kostet im Abonnement 1.95 RM vierteljährlich frei Haus, jede Einzelnummer RM. 0,65. Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet. Anzeigenpreis 1/4 Seite 80.-RM, 1/2 Seite 45.-RM, 3/4 Seite 26.-RM, 1 Seite 15.-RM, 1/2 Seite 8.-RM, 1/4 Seite 4.-RM Wiederholungs-  
rabatte: 3malige Aufnahme 10%, 6malige 15%, 12malige 20% — Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Kiel  
Verantw. Schriftleiter: Walter Eberding, Kiel, Franckestraße 23. Postscheckkonto: Hamburg 852 35.

Nr. 9

Ausgegeben September 1930

3. Jahrgang

### Lübecker Kinderlied.

Am welschen Institut Pasteur,  
Da wirkt Calmette als Professeur  
Fürs Impfen.

Die Rede fließt ihm honigsüß,  
Der Kinder wahres Paradies  
Sei's Impfen.

Impfschäden sieht er dabei nie,  
Ihn schützt davor die Theorie  
Vom Impfen.

Seit 13 Jahren zieht der Mann  
Sich seinen B. C. G.<sup>2</sup> heran  
Zum Impfen.

Jetzt ist er „zahn“ — und hochbeglückt  
Wird er in alle Welt verschickt  
Zum Impfen.

Herr Deycke, Arzt in Lübeck nur,  
Erbittet von Calmette Kultur  
Zum Impfen

Seit wann bezieht ein Deutscher nur  
Statt Moden von Paris Kultur?  
— Und wär's auch nur  
— Zum Impfen.

Ein kleiner Fehler im Labor —  
Nicht nur in Lübeck kommt das vor,  
Beim Impfen.

Drob wird er „wild“, B. C. Guérin<sup>3</sup>,  
Spuckt Gift und Galle, wird „Toxin“  
Beim Impfen.

Zweihundert Kinder, statt gefeit,  
Sind jetzt dem sichern Tod geweiht  
Durchs Impfen.

Den armen Deycke, Gott erbarm,  
Ergreift des Staatsanwaltes Arm  
Fürs Impfen.

Doch der die Teufelsbrüh<sup>4</sup> erfand,  
Schwärmt nach wie vor am Seinstrand  
Fürs Impfen.

Er kommt mir vor wie Vogel Strauß,  
Den Kopf im Sand, den Steiß hinaus,  
Beim Impfen.

Welt-lächerlich und Welt-Malheur,  
Das ist Calmette, der Professeur  
Am welschen Institut Pasteur,  
Fürs Impfen.

Und selbst in unserm Spreeathen  
Will man nichts hören mehr und seh'n  
Vom Impfen.

Im Norden in der Straße Föhr,  
Da liegt das deutsche Haus Pasteur  
Fürs Impfen.

Da geht der Pleitegeier um,  
Der Impfprofessor wurde stumm  
Vom Impfen.

Und es wird Herbst im ministère  
Für Volkswohlfahrt, kein Lenz kommt mehr  
Fürs Impfen.

Des Volkes Wohlfahrt? Leeres Wort!  
Zweihundert Mütter klagen: **Mord**  
**Durch Impfen!**

Hirudo medicinalis.

<sup>1</sup> Sonderdruck aus „Secessio medica“, Zeitschrift für berufliche Freiheit und wissenschaftlichen Fortschritt der Aerzte, 3. Jahrgang, August 1930, herausgegeben von der Aerztlichen Secession, e. V., Berlin, Geschäftsstelle Hannover, Rühmkorfstraße 13<sup>1</sup>.

<sup>2</sup> Bacillus Calmette Guérin, ein künstlich abgeschwächter, auf Kartoffelscheiben gezüchteter Rindertuberkulose-Bazillus, der, wie Lübeck lehrt, auf anderem Nährboden wieder seine natürliche Giftigkeit erlangen kann.

<sup>3</sup> Nasal, à la française, auszusprechen.

<sup>4</sup> B. C. G. wird weder mit der Impflanzette eingepflanzt, noch mit der Pravazspritze injiziert, sondern in einer wie Milch aussehenden und schmeckenden Emulsion den Säuglingen und kleinsten Kindern zum Trinken gegeben!

Abb. 2: Das „Lübecker Kinderlied“

<sup>30</sup> vgl. Neumann, Josef N.: Hauptströmungen der medizinischen Theoriediskussion in ihrer Bedeutung für die Medizinethik zur Zeit der Weimarer Republik, in: Frewer, Andreas; Neumann, Josef N. (Hgg.): Medizingeschichte und Medizinethik. Kontroversen und Begründungsansätze 1900-1950. Campus Verlag, Frankfurt (Main) 2001, S. 88-92; vgl. Hau, Michael: Experten für Menschlichkeit? Ärztliche Berufsethik, Lebensreform und die Krise der Medizin in der Weimarer Republik, in: Frewer, Andreas; Neumann, Josef N. (Hgg.): Medizingeschichte und Medizinethik. Kontroversen und Begründungsansätze 1900-1950. Campus Verlag, Frankfurt (Main) 2001, S. 124-129; vgl. Hahn, Susanne: „Der Lübecker Totentanz“. Zur rechtlichen und ethischen Problematik der Katastrophe bei der Erprobung der Tuberkuloseimpfung 1930 in Deutschland. Medizinhist J 30 (1995), S. 72-79

Tatsächlich wurden damals hinsichtlich der Frage der Menschenexperimente auch politische Schritte eingeleitet: Der Reichsgesundheitsrat erarbeitete dazu bereits im März 1930, also Wochen vor Entdeckung der Lübecker Katastrophe, die sogenannten „Richtlinien für neuartige Heilbehandlung und für die Vornahme wissenschaftlicher Versuche am Menschen“. Zu einer Anwendung dieser Richtlinien sollte es nach dem Ende der Weimarer Republik aber nicht mehr kommen.<sup>31</sup> Auch die öffentliche Aufmerksamkeit wandte sich spätestens mit der sogenannten „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wieder anderen Themen zu und es wurde stiller um das Lübecker Impfungsglück.

Erst in der jüngeren Vergangenheit widmete man sich dann wieder den Ereignissen, die inzwischen historisch geworden waren. So verfasste der gebürtige Lübecker Julius Edelhoff den Aufsatz „Der Calmette-Prozess“, der 1984 in der Sammelpublikation „Der Wagen“ der Lübecker „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit“ erschien. Hier stellte er den Hergang des Unglücks und den sich anschließenden Prozess dar. Diese Geschehnisse habe er damals noch als Medizinstudent mit Interesse verfolgt. Neben der Wiedergabe der Ereignisse betonte er besonders, dass das Impfungsglück in eine politisch unruhige Zeit gefallen sei und verschiedene radikale Gruppierungen versucht hätten, das Unglück für ihre Zwecke zu nutzen. Zur Untermauerung dieser These führte er mehrere Äußerungen aus der Lübecker Bürgerschaft, dem Prozess und der deutschen Presse an.<sup>32</sup> Sie vermitteln einen Eindruck der aufgewühlten Stimmung, die zu dieser Zeit in Lübeck geherrscht haben muss.

Weitere Arbeiten reichten über die Darstellung der historischen Tatsachen hinaus und setzten das Impfungsglück in den politischen Kontext seiner Zeit. Susanne Hahn ging dabei in ihrem Aufsatz „Der Lübecker Totentanz“. Zur rechtlichen und ethischen Problematik der Katastrophe bei der Erprobung der Tuberkuloseimpfung 1930 in Deutschland“ auf die bereits erwähnten, vom Reichsgesundheitsamt veröffentlichten Ergebnisse zum sozialen Stand der geimpften Kinder, zu ihrer Versorgung und Therapie ein. Sie bemängelte die dort und ebenso im Prozess fehlende Erinnerung an die Opfer, während den angeklagten Ärzten von verschiedenen Seiten Mitgefühl ausgesprochen worden sei. Damit machte sie bereits auf diese Lücke in der bisherigen Forschung aufmerksam. Weiterhin betrachtete sie die Auswirkungen des Unglücks in der deutschen Bevölkerung. Beispielsweise sei das Misstrauen gegenüber kleinen Eingriffen wie Tuberkulinproben im Rahmen der Tuberkulosefürsorge deutlich gewachsen. Außerdem griff sie die zeitgenössische

---

<sup>31</sup> vgl. Hahn 1995, S. 71-79

<sup>32</sup> vgl. Edelhoff, Julius: Der Calmette-Prozess, in: Saltzwedel, Rolf (Hg.): Der Wagen. Ein Lübeckisches Jahrbuch. Hansisches Verlagskontor, Lübeck 1984, S. 62-68

Diskussion um Menschenversuche und Julius Moses' Thesen auf und widmete sich der Frage, ob die Lübecker Ereignisse als ein solches Experiment gewertet werden könnten. Diese Frage stellte man sich schon 1930 in Lübeck, wie sich an einer der bereits gezeigten Todesanzeigen erkennen lässt. Dort wurde die Impfung von einem Lübecker Elternpaar als „Versuch“ bezeichnet. Zur Bewertung des Impfunglücks und der agierenden Ärzte aus heutiger Sicht ist sie auch für diese Arbeit von Interesse; einige Positionen zu dieser Frage sollen deshalb hier vorgestellt werden. Hahn stellte fest, dass die bereits genannten Richtlinien schon vor Entdeckung des Impfunglücks und damit unabhängig von dieser Katastrophe verfasst worden seien. Die Umsetzung der Richtlinien und weitere Konsequenzen aus der Lübecker Katastrophe seien allerdings in der Politik des Nationalsozialismus untergegangen. Bei ihrer eigenen Wertung des Impfunglücks betonte Hahn, dass ein Menschenversuch damals eine andere Bedeutung gehabt habe als aus heutiger, von den Geschehnissen im Nationalsozialismus geprägter Sicht und eine Beurteilung nach einer jahrelangen Anwendung der BCG-Impfung erschwert sei. Moralisch habe das Vorgehen der Lübecker Ärzte zumindest experimentelle Züge gehabt, hätten doch z. B. die Gegebenheiten für eine korrekte Herstellung des Impfstoffs gefehlt.<sup>33</sup> Der Frage, ob die in Lübeck durchgeführte Impfung als Menschenversuch bezeichnet werden dürfte oder sogar sollte, widmete sich auch Reinhard Steinmann in seiner Dissertation „Die Debatte über medizinische Versuche am Menschen in der Weimarer Zeit“. Er stellte fest, dass der experimentelle Charakter der Impfung schon unter Zeitgenossen kontrovers beurteilt worden sei. Für die These eines Versuchs habe damals erstens gesprochen, dass die BCG-Impfung unter Wissenschaftlern umstritten gewesen sei. Dazu habe die Warnung des Reichsgesundheitsrats von 1927 gehört, vor einer groß angelegten Einführung der Impfung weitere Untersuchungen abzuwarten. Zweitens sei die Erforderlichkeit einer Impfung aller Lübecker Neugeborenen und nicht nur jener mit hoher Ansteckungsgefahr fraglich und möglicherweise dem wissenschaftlichen Ehrgeiz der beteiligten Ärzte geschuldet gewesen. Drittens sei die Aufklärung der Eltern z. B. mithilfe eines Flugblatts des Gesundheitsamts, in dem das Wort „Impfung“ nicht erwähnt wurde, mangelhaft gewesen. Steinmann schloss sich dieser zeitgenössischen Argumentation zumindest in Teilen an.<sup>34</sup>

---

<sup>33</sup> vgl. Hahn 1995. Außerdem existiert ein älterer Aufsatz zum selben Thema: vgl. Hahn, Susanne: Der „Lübecker Totentanz“ (1930), ein Beispiel für ethische Debatten zum Problem der Tuberkulose, in: Kaiser, Wolfram; Hübner, Hans (Hgg.): Robert Koch (1843-1910) (Hallesches Symposium 1982), Halle (Saale) 1983, S. 91-98.

<sup>34</sup> vgl. Steinmann, Reinhard: Die Debatte über medizinische Versuche am Menschen in der Weimarer Zeit. Med. diss. Tübingen, 1975, S. 48-59

Andreas Reuland kam in seinem Buch „Menschenversuche in der Weimarer Republik“ zu einem etwas anderen Ergebnis: Er hielt die Einführung der Impfung in Lübeck für gerechtfertigt, da man die Warnung des Reichsgesundheitsamts nach der Sachverständigenkonferenz des Völkerbunds 1928 mit ihren positiven Ergebnissen für den BCG als überholt habe ansehen können. Allerdings sah er Fahrlässigkeit bei der Einführung der Impfung z. B. darin, dass keine Tierversuche zur Prüfung der Unschädlichkeit des selbst hergestellten Impfstoffs durchgeführt worden waren, sowie Fehlverhalten bei der Entdeckung des Unglücks. So habe der bereits ausgegebene Impfstoff umgehend zurückgefordert werden müssen. Außerdem bemängelte auch er die Art der Aufklärung, bei der es sich eher um Werbung für die Impfung statt um sachliche Informationen gehandelt habe.<sup>35</sup>

Auch Christian Bonah befasste sich im Rahmen seiner Forschungen zur BCG-Impfung in einem gemeinsamen Aufsatz mit Philippe Menut – „BCG vaccination around 1930: dangerous experiment or established prevention? Debates in France and Germany“ – mit dem experimentellen Charakter der Lübecker Impfungen. Dabei habe es sich nach Ansicht der Ärzte, die die Impfung einführten, nicht um ein Experiment gehandelt. Sie seien von der Sicherheit und Wirksamkeit des BCG völlig überzeugt und gegenüber kritischen Stimmen taub gewesen – genau diese Überzeugung verzögerte vermutlich auch die Entdeckung des Unglücks. Darüber hinaus gingen Bonah und Menut auf Experimente Calmettes in der Entwicklungsphase der BCG-Impfung ein. Da diese ohne größere Unglücksfälle abgelaufen seien, habe ihn niemand der Menschenversuche beschuldigt. Die Lübecker Vorfälle hätten in Frankreich bis auf wenige Ausnahmen keine Beachtung gefunden.<sup>36</sup> Damit verdeutlichten Bonah und Menut zum einen, wie viel unreflektierter damals Versuche am Menschen durchgeführt wurden, zum anderen aber auch, wie nötig es war, in Deutschland eine entsprechende Diskussion zu führen. Tragisch für die beteiligten Lübecker Ärzte war, dass die BCG-Impfungen, wären sie denn gelungen, wahrscheinlich als großer sozialhygienischer Erfolg gefeiert worden wären. Die Frage, ob es sich dabei um ein Experiment handelte oder nicht, wäre wahrscheinlich – ähnlich wie in Frankreich – nie gestellt worden.

Bonah setzte sich mit dem umstrittenen Status der Impfung – erprobtes Verfahren oder Experiment – noch genauer in seinem Aufsatz „Fortschritt und Fortschrittsglaube. Ein

---

<sup>35</sup> vgl. Reuland, Andreas: Menschenversuche in der Weimarer Republik. Books on Demand GmbH, Norderstedt 2004, S. 201-224

<sup>36</sup> vgl. Bonah, Christian; Menut, Philippe: BCG vaccination around 1930: dangerous experiment or established prevention? Debates in France and Germany, in: Roelcke, Volker; Maio, Giovanni (Hgg.): Twentieth Century Ethics of Human Subjects Research. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2004, S. 111-127

Rückblick auf den Lübecker Impfskandal von 1930 und seine Bedeutung für die Biomedizin des 20. Jahrhunderts“ auseinander. Er betrachtete ihn beispielhaft für ein generelles Problem des medizinischen Fortschritts und ging dabei auf Ludwik Flecks Werk „Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache“ ein. Fleck beschreibe die „wissenschaftliche Tatsache“ als eine immer nur im Kollektiv erarbeitete vorläufige Feststellung, die dann für die Kommunikation mit Laien vereinfacht werde. Des für ihre Gültigkeit eigentlich erforderlichen wissenschaftlichen Kontexts beraubt, werde sie ungenauer und von der vorläufigen Feststellung zu einer unumstößlichen Tatsache. Absolute Sicherheit könne es demzufolge in der medizinischen Forschung nicht geben. Die Frage, wie man auf dieser eigentlich unsicheren Basis Entscheidungen treffen könne, stelle sich nach Bonahs Ansicht heute noch.<sup>37</sup>

Darüber hinaus befasste Bonah sich in „Packaging BCG: Standardizing an anti-tuberculosis vaccine in Interwar Europe“ mit der Entwicklung, der Standardisierung und dem nationalen und internationalen Vertrieb des BCG selbst. Dabei stellte er fest, dass das Lübecker Impfunglück den Fortgang der Impfungen in Frankreich kaum beeinflusst habe, da im Calmette-Prozess der Fehler in der Herstellung gesehen worden sei. Der internationalen Verbreitung des Impfstoffs habe dieses Ereignis aber geschadet. In Deutschland habe der Reichsgesundheitsrat im Winter 1930 weitere Impfungen gegen Tuberkulose mit lebenden Bakterien abgelehnt. Die ersten großen BCG-Impfkampagnen in Deutschland habe erst 1947 das dänische Rote Kreuz begonnen.<sup>38</sup> Gerade in Deutschland sorgte die Lübecker Katastrophe also für eine deutliche Verzögerung bei der Einführung der BCG-Impfung. Eine lang anhaltende Ablehnung dieser Impfung wurde auch in den Gesprächen mit Zeitzeugen und in Zuschriften an die Autorin thematisiert.

Wie bedeutend in diesem Zusammenhang das Urteil im Calmette-Prozess 1931/32 war, stellte Philippe Menut in seinem Aufsatz „The Lübeck catastrophe and its consequences for anti-tuberculosis BCG vaccination“ fest. Er beschäftigte sich dafür mit der Rolle der verschiedenen Sachverständigen im Prozess, zu denen u. a. einige der Verfasser der bereits erwähnten „Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt“ gehörten. Menuts Meinung nach

---

<sup>37</sup> vgl. Bonah, Christian: Fortschritt und Fortschrittsglaube. Ein Rückblick auf den Lübecker Impfskandal von 1930 und seine Bedeutung für die Biomedizin des 20. Jahrhunderts. (focus) uni lübeck 28 (2011), S. 20-29. Bonah setzte sich in einem anderen Aufsatz noch genauer mit Flecks Buch auseinander und stellte die Hypothese auf, dass Fleck damit Fragen beantworten wollte, die sich zumindest zum Teil aus dem Lübecker Prozess ergeben hätten: vgl. Bonah, Christian: ‘Experimental rage’: the development of medical ethics and the genesis of scientific facts. Ludwik Fleck: an answer to the crisis of modern medicine in Interwar Germany? Soc Hist Med 15 (2002), S. 187-207.

<sup>38</sup> vgl. Bonah, Christian: Packaging BCG: Standardizing an anti-tuberculosis vaccine in Interwar Europe. Sci Context 21 (2008), S. 279-310

habe die Entscheidung des Gerichts auf eine Verwechslung damals die Bakteriologie gerettet, da Variabilität bei Bakterien wie z. B. in Form eines Virulenzumschlags mit ihren damaligen Theorien unvereinbar gewesen wäre.<sup>39</sup>

Hans L. Rieder widmete sich in seinem Aufsatz „Die Abklärung der Lübecker Säuglingstuberkulose“ ebenfalls den Verfassern der „Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt“. Die Qualität der bakteriologischen, pathologisch-klinischen und epidemiologischen Ergebnisse und die erfolgreiche Zusammenarbeit dieser Forscher über das eigene Fachgebiet hinaus seien bemerkenswert gewesen und hätten den BCG-Impfstoff selbst schnell entlastet. Zur Unglücksursache, die sich 1931/32 nicht mit letzter Sicherheit feststellen ließ, konstatierte er, dass die Möglichkeit einer Kreuzkontamination mykobakterieller Kulturen heute belegt sei. Damit unterstützte er die damals vom Gericht gewählte Erklärung einer Verunreinigung der Kulturen. Die Befürchtungen Calmettes in diese Richtung und seine deshalb gegebenen Anweisungen zur Impfstoffherstellung seien in Lübeck nicht ausreichend beachtet worden.<sup>40</sup>

Die Bedeutung des Impfunglücks über Lübeck hinaus sollte nicht unterschätzt werden. Denn außer auf die Einführung der BCG-Impfung und auf die politische Diskussion um Humanexperimente hatte es auch Einfluss auf die allgemeine Entwicklung des deutschen Impfwesens. In seinem Aufsatz „Vom immunisierten Volkskörper zum ‚präventiven Selbst‘“ zählte Malte Thießen das Lübecker Impfunglück zu den Ursachen eines Paradigmenwechsels zwischen der Impfpolitik der 1920er Jahre und der der frühen 1930er Jahre und des Nationalsozialismus. Seit 1874 habe bei der Immunisierung gegen Pocken Impfzwang geherrscht und dieser sei insbesondere in der Weimarer Republik auch umgesetzt worden. Nach dem Impfunglück habe dieser Impfzwang zwar offiziell fortbestanden, entsprechende Maßnahmen zu seiner Durchsetzung seien aber ausgesetzt worden. Der Fokus habe von nun an darauf gelegen, Eltern vom Sinn der Impfungen zu überzeugen, so dass sie ihre Kinder freiwillig immunisieren ließen. Das Impfunglück habe zu diesem Umdenken beigetragen, obwohl es sich bei der BCG-Impfung im Gegensatz zur Pockenimpfung weder um eine deutschlandweit angeordnete Impfung noch um eine Pflichtimpfung gehandelt habe. Dieser Wandel in der Impfpolitik sei sogar während des

---

<sup>39</sup> vgl. Menut, Philippe: The Lübeck catastrophe and its consequences for anti-tuberculosis BCG vaccination, in: Moulin, Anne Marie; Cambrosio, Alberto (Hgg.): Singular Selves. Historical Issues and Contemporary Debates in Immunology. Elsevier, Amsterdam 2001, S. 202-210

<sup>40</sup> vgl. Rieder, Hans L.: Die Abklärung der Lübecker Säuglingstuberkulose. Pneumologie 57 (2003), S. 402-405. Calmette hatte 1927 zur Vermeidung einer Verunreinigung z. B. eine Herstellung des Impfstoffs in Räumlichkeiten und mit Instrumenten vorgeschrieben, die für keine anderen Arbeiten verwendet wurden (vgl. Urteil, S. 10-11).

Nationalsozialismus beibehalten worden, obwohl doch das Interesse an einer „Vorsorge für den ‚Volkskörper‘“ in Form von Zwangsimpfungen gerade unter den Nationalsozialisten zu erwarten gewesen wäre.<sup>41</sup> Den weiterhin fehlenden Zwang erklärte Thießen außer mit den aus dem Impfunglück resultierenden Bedenken damit, dass Impfungen dem nationalsozialistischen Gedankengut von „Abhärtung und Auslese“ stark widersprochen hätten.<sup>42</sup> Als Beispiel dafür, wie wirkungsvoll die politische Wende hin zur Freiwilligkeit habe umgesetzt werden können, führte er die Diphtherieimpfung an. Bei dieser freiwilligen Impfung seien mit entsprechendem propagandistischen und organisatorischen Aufwand häufig bessere Durchimpfungsraten als bei der eigentlich verpflichtenden Pockenimpfung erzielt worden. Die Nachwirkungen des Lübecker Impfunglücks seien laut Thießen noch 15 Jahre später erkennbar gewesen, als gegen Kriegsende im Januar 1945 die Tuberkulose-Impfung auf freiwilliger Basis wieder eingeführt worden sei. Dabei habe das Reichsinnenministerium ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Ursache des Lübecker Unglücks eine Verwechslung und nicht die Impfung selbst gewesen sei.<sup>43</sup>

Neben der hier vorgestellten Forschungsliteratur zum Impfunglück existieren insbesondere in Lübeck als Schauplatz des Geschehens noch verschiedene Archivalien aus dieser Zeit. Katrin Kießling führte für ihre Dissertation „Der Lübecker Ärzteprozess 1931/32 in der zeitgenössischen Diskussion“ eine umfangreiche Analyse der in Lübeck, Hamburg und Kiel vorhandenen Presseberichterstattung lokaler und überregionaler Blätter sowie medizinischer Fachzeitschriften zum Impfunglück und zum Calmette-Prozess durch. Auf dieser Basis stellte sie die unterschiedlichen Positionen der Justiz, der Ärzteschaft, der durch bestimmte politische Richtungen geprägten Presse und der Öffentlichkeit zu Fragen der Verantwortung und Schuld dar. Darüber hinaus sichtete sie Archivalien im Lübecker Stadtarchiv, die auch im Rahmen dieses Projekts eingesehen wurden. Kießlings Schwerpunkt war dabei allerdings ein ganz anderer als der der vorliegenden Arbeit: Sie ging auf die Umstrukturierung des Lübecker Gesundheitswesens nach dem Unglück ein und beleuchtete die Auswirkungen der Geschehnisse auf die medizinische Wissenschaft

---

<sup>41</sup> Thießen, Malte: Vom immunisierten Volkskörper zum „präventiven Selbst“. Impfen als Biopolitik und soziale Praxis vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Vierteljahr Zeitges 61 (2013), S. 46

<sup>42</sup> Thießen 2013, S. 46

<sup>43</sup> vgl. Thießen 2013. In einem weiteren Aufsatz ging Thießen noch genauer auf die Praktik der Zwangsimpfungen in der Weimarer Republik sowie auf die genaue Durchführung der Impfungen in der Kaiserzeit ein, wobei er u. a. auf die Beschreibung einer Zwangsimpfung 1922 sowie auf Schreiben betroffener Mütter an Gesundheitsamt oder Presse zurückgriff: vgl. Thießen, Malte: Praktiken der Vorsorge als Ordnung des Sozialen: Zum Verhältnis von Impfungen und Gesellschaftskonzepten im „langen 20. Jahrhundert“, in: Hähner-Rombach, Sylvelyn (Hg.): Geschichte der Prävention. Akteure, Praktiken, Instrumente. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2015, S. 203-227.



und speziell auf die Tuberkulosebehandlung. Außerdem erstellte sie eine Übersicht über die geimpften Kinder und ihre Befunde 1930 sowie bei einer Nachuntersuchung 1942, die sich auch für die vorliegende Arbeit als nützlich erwies. Die Diskussion um ein mögliches Humanexperiment in Lübeck griff Kießling erneut auf. Ihrer Ansicht nach habe es sich im Kontext der damaligen ethischen Vorstellungen zumindest bei der Einführung der Impfung nicht um einen Menschenversuch gehandelt.<sup>44</sup>

Aus der Durchsicht der bereits publizierten Forschungsliteratur ergibt sich, dass der „öffentliche“ Teil des Impfunglücks, seine politischen Auswirkungen und auch der Calmette-Prozess bereits untersucht und manche Bereiche wie z. B. die Frage eines Menschenversuchs geradezu erschöpfend behandelt wurden. Die schon von Susanne Hahn entdeckte Lücke wurde allerdings niemals geschlossen: Die Betroffenen des Impfunglücks blieben in der zeitgenössischen und neueren Forschung weitgehend unberücksichtigt. Erkenntnisse zu ihrem späteren Leben und Erleben oder auch zur direkten Nachgeschichte des Impfunglücks, also z. B. zur weiteren Versorgung der geimpften Kinder und ihrer Familien oder zur Frage nach einer Entschädigung der Betroffenen, fehlen bislang. Hier setzt diese Arbeit an und widmet sich den Nachwirkungen einer Katastrophe, die nicht nur die betroffenen Familien geprägt, sondern auch Lübeck noch lange beschäftigt hat.

### **3.2 Material und Methode**

Die Gespräche mit selbst Betroffenen oder Nahestehenden Geimpfter sollten die Basis des Projekts „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks 1930“ bilden. Bei diesem mündlichen Erfragen von Geschichte, der sogenannten „Oral History“, musste klar sein, dass Zeitzeugen keine objektive Quelle darstellen. Allerdings fehlt auch vielen schriftlichen Quellen diese Objektivität; die Schriftform führt nur häufig dazu, dass man das dort Festgehaltene bereitwilliger für „wahr“ hält als bei einer mündlich überlieferten Quelle.<sup>45</sup> Wichtiger Unterschied zwischen diesen beiden Quellengattungen ist aber, dass die schriftliche Quelle fixiert ist, während im Fall der Oral History die Quelle durch das Interview erst geschaffen und dementsprechend auch durch die Fragen des Forschenden geformt wird.<sup>46</sup> Weiterhin war zu bedenken, dass sich Erinnerungen über die Jahre

---

<sup>44</sup> vgl. Kießling, Katrin: Der Lübecker Ärztesprozess 1931/32 in der zeitgenössischen Diskussion. Med. diss. Hamburg, 2007

<sup>45</sup> Portelli nennt diesen Umstand „holiness of writing“, also die Heiligkeit des geschriebenen Worts, die ihre fehlende Objektivität vergessen lässt. Portelli, Alessandro: What makes oral history different, in: Perks, Robert; Thomson, Alistair (Hgg.): The oral history reader. 2. Aufl., Routledge, London 2006, S. 38

<sup>46</sup> vgl. Portelli, S. 38-39

verändern können.<sup>47</sup> In diesem speziellen Fall würde es sich außerdem zum Teil nicht um eigene, sondern erzählte Erinnerungen handeln.

Der Kontakt zu einem ersten Zeitzeugen war bereits im Dezember 2010 bei einem öffentlichen Vortrag zum Impfungsglück in der Lübecker Universität geknüpft worden.<sup>48</sup> Die Aussicht, dass es noch weitere Betroffene oder nahestehende Personen geben könnte, die bereit wären, ihre Erinnerungen an das Impfungsglück zu teilen, war Anstoß zu diesem Projekt. In Anbetracht des Alters der damals Geimpften war es nötig, die Suche möglichst bald zu beginnen. Nach Einholen des Votums der Lübecker Ethikkommission wurde auf mehreren Wegen auf das Vorhaben aufmerksam gemacht.<sup>49</sup> Am 21.09.2011 erschien ein Aufruf in den „Lübecker Nachrichten“, in dem das Projekt und die Doktorandin vorgestellt wurden. Primär wurde in diesem Aufruf nach Zeitzeugen gesucht – der Begriff umfasste dabei sowohl direkt Betroffene als auch Angehörige oder Nahestehende. Zusätzlich wurde aber das Interesse an Dokumenten zum Impfungsglück bekundet, bei denen es sich z. B. um Berichte ärztlicher Untersuchungen, Gerichtsakten, Zeitungsausschnitte oder Fotografien handeln konnte. So sollte eine möglichst breite Öffentlichkeit angesprochen werden.

---

<sup>47</sup> Herwart Vorländer verwendete zur Beschreibung dieser Besonderheit der Oral History Lothar Steinbachs Ausdruck „Erinnerte Geschichte“. Er erklärte diese seiner Ansicht nach hervorstechende, aber auch problematische Eigenschaft der Oral History so, dass „das Berichtete zum Zeitpunkt des Interviews zurückliegt und erst durch das Filter der Erinnerung gehen“ müsse. Vorländer, Herwart: Mündliches Erfragen von Geschichte, in: Vorländer, Herwart (Hg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, S. 7-8.

Karen Hagemann ging auf diese Veränderungen genauer ein: So werde die Qualität der Erinnerungen u. a. durch die individuelle Bedeutung des Erinnerungsgegenstands geprägt; „einmalige Ereignisse“ und „Schlüsselerlebnisse“ würden genauer erinnert als „strukturlose, sich alltäglich wiederholende Handlungsabläufe“. Hagemann, Karen: „Ich glaub’ nicht, dass ich Wichtiges zu erzählen hab’...“ Oral History und historische Frauenforschung, in: Vorländer, Herwart (Hg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, S. 40-41

<sup>48</sup> Anlässlich des 80-jährigen Gedenkens an die Ereignisse hielt Christian Bonah, Professor für Medizingeschichte an der Universität Straßburg, am 16.12.2010 im Rahmen des „Studium generale“ zum Thema „Dem Fortschritt verfallen“ einen Vortrag mit dem Titel „Fortschritt und Fortschrittsglaube: Ein Rückblick auf den Lübecker Impfskandal von 1930 und seine Bedeutung für die Biomedizin des 20. Jahrhunderts“. An diesem Vortrag nahm auch ein 1930 selbst BCG-geimpfter Herr teil. Im später mit der Autorin geführten Interview erzählte er, dass er dort vom ebenfalls anwesenden Norddeutschen Rundfunk als einziger Zuhörer im passenden Alter „ausgemacht“ worden sei. Obwohl er nicht viel habe erzählen können, habe der NDR Interesse an einem Interview mit ihm bekundet und er sei auf diese Weise „ins Fernsehen geraten“. (Interview 11, Z. 46-48, Z. 54-56; vgl. auch Unterkapitel 4.10) Der entsprechende Beitrag über das Impfungsglück wurde am 30.01.2011 im „Schleswig-Holstein Magazin“ ausgestrahlt (Schleswig-Holstein Magazin. Beitrag 06: Der Impfskandal. Regie/Drehbuch: Martina Gawaz. D: Produktionsfirma ungenannt 2010/11, Norddeutscher Rundfunk, Sendedatum 30.01.2011, ca. 6 Min.). Neben dem Zeitzeugen traten Prof. Dr. Cornelius Borck, Direktor des IMGWF, sowie Christian Bonah auf.

<sup>49</sup> Der Antrag an die Ethikkommission der Universität zu Lübeck wurde am 20.07.2011 von der Autorin dieser Arbeit und ihrem Betreuer Prof. Dr. Cornelius Borck gestellt. In der Sitzung vom 23.08.2011 kam die Ethikkommission zu folgendem Ergebnis: „Die Kommission hat nach der Berücksichtigung folgenden Hinweises keine Bedenken: Konzept und Methodik der qualitativen Auswertung sind genauer zu beschreiben.“ (Aktenzeichen: 11-141) Das Votum der Ethikkommission findet sich im Anhang.

Außerdem wurden Aufrufe in kürzerer Form im „focus uni lübeck“, auf der Homepage des IMGWF sowie in der Zeitung des Lübecker Ärztevereins veröffentlicht. Die „Kieler Nachrichten“ wiesen im Rahmen eines Beitrags zum Impfunglück noch im Februar 2012 auf das Projekt hin.

Für die größte Resonanz sorgte der Artikel in den „Lübecker Nachrichten“, auf den sich neben einem Großteil der späteren Gesprächspartner auch viele weitere interessierte Lübecker meldeten, die wertvolle Hinweise für das Projekt liefern konnten. Dadurch ergab sich z. B. die Möglichkeit einer Führung zum Grabfeld der Opfer des Impfunglücks auf dem Vorwerker Friedhof, das speziell für diese Toten angelegt worden war. Ein anderer Lübecker stellte seine vollständige Sammlung der Artikel einer Lübecker Tageszeitung zum Calmette-Prozess zur Verfügung. Über die Vermittlung von Bekannten wurde der Kontakt zu zwei mittlerweile außerhalb Lübecks lebenden Zeitzeugen geknüpft.

Nahezu sämtliche späteren Gesprächspartner stellten also den Kontakt zur Autorin selbst her. Nach dieser ersten Kontaktaufnahme wurde keine weitere Auswahl getroffen, sondern es wurden Interviews mit allen Personen geführt, die sich als Zeitzeugen gemeldet hatten oder von der Autorin im Gespräch als solche identifiziert worden waren.<sup>50</sup> Auf Versuche der Kontaktaufnahme vonseiten der Autorin (z. B. mithilfe von Namenslisten der 1930 geimpften Kinder) wurde bewusst verzichtet, um nicht in diese persönliche Entscheidung für oder gegen ein Interview einzugreifen. Die Arbeit kann dementsprechend nicht für alle Betroffenen des Lübecker Impfunglücks stehen, sondern repräsentiert einen Kreis an Betroffenen – dargestellt aus ihrer eigenen Sicht oder der ihnen nahestehender Personen. Eine umfassende Darstellung war schon deshalb nicht möglich, weil ein vermutlich nicht unerheblicher Teil der Betroffenen 81 Jahre später bereits verstorben war.

Im Oktober und November 2011 wurden die ersten zwölf Gespräche mit Zeitzeugen geführt, vier weitere im Herbst 2012. Von diesen 16 Gesprächspartnern waren acht 1930 selbst BCG-geimpft worden, bei den anderen acht handelte es sich um Geschwister, Ehepartner oder anderweitig den Geimpften nahestehende Personen. Sämtliche Gespräche wurden von der Autorin persönlich in der häuslichen Umgebung der Gesprächspartner geführt, teilweise waren Ehepartner oder andere Verwandte anwesend. Die Interviews wurden nach schriftlichem Einverständnis der Gesprächspartner aufgezeichnet und dauerten von 20 oder 30 Minuten bis zu zwei Stunden. Die Länge variierte je nach Umfang

---

<sup>50</sup> Manche späteren Gesprächspartner berichteten bei der Kontaktaufnahme zunächst davon, dass sie Unterlagen zum Impfunglück besäßen. Erst im Verlauf der Unterhaltung wurde ihre Verbindung zum Impfunglück und ihre Bedeutung als Zeitzeugen ersichtlich und sie wurden nach ihrer Bereitschaft zu einem Interview gefragt.

der Erinnerungen an das Impfunglück, aber auch abhängig davon, wie viel über andere Themen wie z. B. Kriegserlebnisse, Schulzeit, spätere Berufstätigkeit oder Krankheiten im Alter gesprochen wurde.<sup>51</sup> Die Aufzeichnungen wurden später wortgetreu transkribiert, ohne Korrekturen an Grammatik, Satzbau oder Dialekt vorzunehmen. Pausen, Satzabbrüche oder Lachen im Gespräch wurden gekennzeichnet. Auf eine noch genauere linguistische Aufschlüsselung mit Auszählung von Pausen oder Kennzeichnung von Sprechgeschwindigkeit oder Lautstärke wurde verzichtet.<sup>52</sup> Die Aufzeichnungen wurden mit Ausnahme von Bereichen, in denen es um völlig andere Themen wie z. B. Altersleiden ging, vollständig transkribiert. Auslassungen wurden unter Angabe der genauen Dauer und des dort besprochenen Themas mit eckigen Klammern gekennzeichnet. Für jedes Interview wurde ein Gesprächsprotokoll erstellt, in dem u. a. die interviewte Person vorgestellt und die Art der Kontaktaufnahme beschrieben wurde. Außerdem wurden hier Ort, Zeit und gegebenenfalls mit anwesende Personen genannt sowie Notizen zum Gesprächsverlauf und -fluss gemacht. Dieses Protokoll wurde jedem Transkript als Einleitung vorangestellt.<sup>53</sup>

Zwei weitere Gespräche wurden telefonisch geführt. In diesen beiden Fällen wurden die Aussagen der Gesprächspartnerinnen so genau wie möglich während des Telefonats mitgeschrieben. Beide Gesprächspartnerinnen willigten in die Verwendung der Mitschriften für die vorliegende Arbeit schriftlich ein.<sup>54</sup> Zu dieser Abweichung vom ansonsten persönlich geführten Interview kam es beim ersten Gespräch 2011, weil die Zeitzeugin als jüngere Schwester eines der Opfer des Impfunglücks ihrer Ansicht nach nicht viele Erinnerungen zum Projekt beizutragen hatte. Da sie weit entfernt von Lübeck lebte, besprach sie mit der Autorin, dass eine Anfahrt nicht lohnenswert sei und das Interview telefonisch geführt werden könne. Beim zweiten telefonischen Interview mit der Witwe eines Betroffenen 2014 führten ähnliche Gründe zu dieser Entscheidung. Die Qualität der Mitschriften konnte natürlich nicht denen der Transkripte entsprechen.

---

<sup>51</sup> Die Zeitangaben beziehen sich auf die Dauer der Aufnahme und nicht auf die des Aufenthalts bei den jeweiligen Gesprächspartnern. Das vor Beginn und mehrfach nach Ende der Aufzeichnung geführte Gespräch ohne Bezug zum Thema „Impfunglück“ wurde bei diesen Zeitangaben nicht berücksichtigt.

<sup>52</sup> Der Verlust bestimmter zusätzlicher Informationen begann nicht erst bei der Transkription, sondern schon bei der Tonaufnahme, bei der beispielsweise Mimik und Gestik des Gesprächspartners nicht erfasst werden konnten. Um eine schriftliche und damit auch für andere Personen einsehbare Datenmenge zu erhalten, war eine Transkription aber unvermeidbar. Der Versuch, Teile dieser weggefallenen Dimensionen durch Auszählungen o. Ä. zu ersetzen, hätte ihren Verlust nach Ansicht der Autorin – in Anlehnung an Vorländer – nur noch deutlicher gemacht (vgl. Vorländer, S. 24-25).

<sup>53</sup> Im Anhang findet sich das pseudonymisierte Transkript des Interviews 1 zur Ansicht. Das Interview wurde als Bilddatei in seiner ursprünglichen Formatierung eingefügt, um die Zeilenzählung beizubehalten.

<sup>54</sup> Bei einem weiteren telefonisch geführten Interview (in der Reihenfolge des Entstehens Telefon-Interview 2) willigte der Gesprächspartner nicht in die Verwendung der Mitschrift im Rahmen dieser Arbeit ein. Deshalb werden hier nur Telefon-Interview 1 und 3 genutzt.

Trotzdem wurde diese Interviewform gewählt, weil es nur so möglich war, auch diese beiden Stimmen zum Lübecker Impfunglück einzufangen.<sup>55</sup>

Alle Interviews wurden semistrukturiert geführt. Nach einem offen gewählten Einstieg, bei dem die Gesprächspartner die Möglichkeit hatten, frei von ihren eigenen Erinnerungen zu berichten, konnte auf einen Interviewleitfaden als Unterstützung und zur Strukturierung des Gesprächs zurückgegriffen werden. Dieser Leitfaden war nach Einarbeitung in die Thematik und Herausarbeitung der für das Projekt bedeutsamen bzw. vielversprechenden Themen entworfen worden.<sup>56</sup> Die so formulierten Fragen wurden in drei übergeordnete Kategorien aufgegliedert: Die Fragen der ersten Gruppe beschäftigten sich mit der „Familiengeschichte“ der Betroffenen, also z. B. mit dem Beruf der Eltern, der Wohnsituation und dem Gesundheitsbewusstsein in der Familie. In der zweiten Kategorie, in der es um die Erinnerungen an das Impfunglück selbst bzw. in den allermeisten Fällen um die Erzählungen darüber ging, tauchten z. B. Fragen nach ersten Symptomen, der Schwere der Erkrankung und Krankenhausaufenthalten auf. Die dritte und größte Gruppe an Fragen widmete sich den Folgen des Impfunglücks für die Geimpften und ihre Eltern. Dabei wurden z. B. eine Teilnahme der Eltern am Calmette-Prozess, etwaige Unterstützungen durch die Stadt Lübeck, anhaltende Schädigungen durch die Impfung sowie Sanatoriumsaufenthalte thematisiert. Auch das spätere Verhältnis zum Gesundheitssystem im Allgemeinen und zu Impfungen im Speziellen sowie die Bedeutung des Impfunglücks im späteren Leben kamen hier zur Sprache.<sup>57</sup> Sofern es sich nicht um konkrete Fragen wie z. B. nach dem Beruf der Eltern handelte, wurde eine möglichst offene Struktur der Fragen gewählt. Die Abfolge der Fragen im Interview unterlag keiner festen Reihenfolge und konnte mit dem Gesprächsverlauf abgestimmt werden. Ebenso konnten die Fragen an das jeweilige Gegenüber angepasst werden – je nachdem, ob es sich um Betroffene oder Angehörige bzw. Nahestehende handelte und sie über selbst Erlebtes

---

<sup>55</sup> Eine Kopie der Transkripte und auch der Mitschriften der telefonischen Interviews ist im IMGWF in Lübeck hinterlegt, um auch anderen Personen neben der Autorin eine Einsichtnahme zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wurden sämtliche Transkripte pseudonymisiert und jeder Hinweis auf die Identität der Gesprächspartner entfernt. Alle Zeilenangaben in der vorliegenden Arbeit beziehen sich auf diese pseudonymisierten Versionen.

<sup>56</sup> Laut Vorländer ist es ohne diese Einarbeitung und eine gewisse „Vertrautheit mit der Gesamthematik“ nicht möglich, das in den Interviews „Gehörte in größere Zusammenhänge einzubringen“. Zwar liefere der Antwortende bei einem Oral History-Interview seine persönlichen Informationen und habe dementsprechend einen „Informationsvorsprung“ gegenüber dem Fragenden, dem Interviewer fiel aber durch diese Vorbildung nicht bloß die Rolle des „unwissenden Fragenden“ zu. Vorländer, S. 16-17

<sup>57</sup> Für den vollständigen Interviewleitfaden siehe Anhang.

oder Erzähltes berichteten. Der Leitfaden konnte außerdem im Verlauf des Projekts ergänzt und verbessert werden.<sup>58</sup>

Für zwei Interviews musste dieser Leitfaden verändert werden. Dabei handelte es sich um die Gespräche mit der Tochter Ernst Altstaedts und mit der Enkelin Heinrich Wibels. Beide berichteten über Personen, die eine ganz andere Verbindung zum Impfunglück hatten – der eine als beteiligter Arzt, der andere als Vorsitzender Richter im Calmette-Prozess. Zwar ging es auch dort um die damaligen Ereignisse und die Folgen des Impfunglücks bzw. des Prozesses für Altstaedt und Wibel sowie für die Gesprächspartnerinnen. Die Fragen mussten aber selbstverständlich anders gestellt und um Nachfragen z. B. zum Gefängnisaufenthalt Altstaedts oder zur depressiven Erkrankung Wibels nach Ende des Calmette-Prozesses ergänzt werden. Andere Themengebiete des Leitfadens waren für diese Gespräche irrelevant und wurden ausgeklammert.

Die Verwendung eines Interview-Leitfadens sollte ermöglichen, dass mit dieser durch ein bestimmtes Ereignis verbundenen Gruppe über dieselben Themen gesprochen und eine gewisse Vergleichbarkeit erreicht werden konnte.<sup>59</sup> Diese Vergleichbarkeit ist für die beiden letztgenannten Interviews nur in Teilen gegeben, sie stehen daher eher für sich. Der Gebrauch eines Interview-Leitfadens birgt aber auch die Gefahr, dass nur die Aspekte zur Sprache kommen, die der Fragende im Voraus als interessant ausgewählt hat.<sup>60</sup> Dem sollte durch den offenen Einstieg ins Gespräch und das Zulassen von anderen thematischen Feldern während des Interviews möglichst vorgebeugt werden.<sup>61</sup>

Im Rahmen der Besuche bei den verschiedenen Gesprächspartnern stellten mehrere von ihnen auch eigene Unterlagen wie ärztliche Gutachten, Korrespondenz mit Ämtern und Rechtsanwälten oder Zeitungen zur Verfügung. Diese stammten vornehmlich aus der Zeit des Impfunglücks und den Folgejahren, einige aber auch aus dem Erwachsenenleben der Zeitzeugen. Während es sich manchmal lediglich um ein Gutachten zum

---

<sup>58</sup> Von dieser Möglichkeit wurde im Projekt Gebrauch gemacht, als in Interview 6 regelmäßige Treffen der Geimpften im Kindesalter zur Sprache kamen. Daraufhin wurde eine entsprechende Frage in den Leitfaden aufgenommen und die fünf zuvor interviewten Personen wurden noch einmal bezüglich dieser Treffen telefonisch befragt.

<sup>59</sup> vgl. Ritchie, Donald A.: *Doing Oral History. A Practical Guide*. 2. Aufl., Oxford University Press, Oxford 2003, S. 102

<sup>60</sup> Vorländer verglich dabei die „fragende Mitwirkung des Interviewers“ am Gespräch mit der eines Geburtshelfers, der bestimmte Dinge, die „im Innern des (befragten) Menschen lagern“ heraushebt und ans Licht bringt. Am „Prozeß des Vergegenwärtigens, Reproduzierens und Formulierens von Erinnerung“ sei er somit direkt beteiligt. Vorländer, S. 18-19

<sup>61</sup> Portelli war diese Offenheit des Fragenden dem Antwortenden gegenüber besonders wichtig: „The first requirement, therefore, is that the researcher ‘accept’ the informant, and give priority to what she or he wishes to tell, rather than what the researcher wants to hear, saving any unanswered questions for later or for another interview.“ Portelli, S. 39

Gesundheitszustand als Kleinkind oder die Urteilsausfertigung des Calmette-Prozesses handelte, war in anderen Familien nahezu jedes Schreiben mit Bezug zum Impfunglück aufbewahrt worden. Sämtliche Dokumente, die die Gesprächspartner der Autorin im Original oder in Kopie zur Verfügung stellten, wurden katalogisiert; ein Großteil dieser Unterlagen wurde für die vorliegende Arbeit verwendet. Sie sollen der Öffentlichkeit nach Abschluss des Projekts im IMGWF oder im Lübecker Stadtarchiv zugänglich gemacht werden.

Um die Transkripte der 16 Interviews und die zwei Mitschriften der telefonischen Interviews in dieser Arbeit verwenden zu können, mussten sie zunächst ausgewertet und analysiert werden. Die Auswertung erfolgte angelehnt an die Methodik der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse und induktiven Kategorienbildung Philipp Mayrings.<sup>62</sup> So wurden zunächst für jedes Interview Übersichten mit den inhaltstragenden Aussagen erstellt. Mithilfe dieser Übersichten konnte aus jedem Interview ein „Porträt“ erarbeitet werden. In diesen Porträts konnten alle als wichtig befundenen Inhalte übersichtlicher als in den Transkripten in einer Art „Lebensgeschichte mit Bezug zum Impfunglück“ dargestellt werden. Die Porträtinhalte wurden mit entsprechenden Zitaten aus den jeweiligen Interviews illustriert. Konnte sich die Analyse der Interviews in diesen Auswertungsschritten noch an der Methodik Mayrings orientieren, musste diese Technik im Verlauf teilweise zugunsten der eigenen Methodik verlassen werden. Denn während die Methodik Mayrings ein immer höheres Abstraktionsniveau erreichen will, deren Ziel es ist, hinter das Gesagte zu blicken und fallübergreifende Erkenntnisse zu gewinnen, standen bei dieser Arbeit doch insbesondere die faktisch-historischen Details und auch das gesprochene Wort im Originalton der Zeitzeugen und nicht in seiner abstrahierten Form im Vordergrund.<sup>63</sup> Gerade für die Ausstellung „Das Lübecker Impfunglück 1930. Bilder und Erinnerungen von Zeitzeugen“ waren die Gesprächspartner als Persönlichkeiten von besonderer Bedeutung. Die Erarbeitung der Ausstellung führte damit zu einem wieder

---

<sup>62</sup> vgl. Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. Aufl., Beltz Verlag, Weinheim 2010; zur zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse und zur induktiven Kategorienbildung insbesondere S. 67-85. Bei dieser Form der Inhaltsanalyse werden zuerst alle inhaltstragenden Aussagen im vorliegenden Material paraphrasiert und diese Aussagen dann generalisiert. Die so geschaffenen eigenen Paraphrasen werden in mehreren Durchgängen reduziert, indem gleichbedeutende Aussagen gestrichen bzw. ähnliche oder sich überschneidende Aussagen zusammengefasst werden. So entstehen am Ende dieser induktiven Herangehensweise verschiedene Kategorien bzw. Themengruppen, mit denen weiter gearbeitet werden kann.

<sup>63</sup> Mayring selbst hielt es für wichtig, dass die Inhaltsanalyse „nicht zu starr und unflexibel“ durchgeführt und „auf den konkreten Forschungsgegenstand“ ausgerichtet wird. Dabei müsse die „Gegenstandsangemessenheit“ wichtiger genommen werden als die Systematik“. (Mayring, S. 124) Er selbst legte also eine Verwendung wie in dieser Arbeit nahe, die zwar auf seiner Methodik basiert, sie aber auf das eigene Projekt anwendet.

neuen Ansatz in der Beschäftigung mit den vorhandenen Materialien und machte eine Fokussierung auf besonders wichtige bzw. inhaltstragende Aussagen der Zeitzeugen sowie entscheidende Dokumente erforderlich. Damit wurde auch die Entstehung und Konzeption der Ausstellung Teil der Auswertung.

In den bisher aufgeführten Schritten hatten sich bereits mehrere mögliche Themenbereiche herauskristallisiert, eine Gesamtübersicht über das reichhaltige Material fehlte aber noch. Deshalb wurden anschließend sämtliche Materialien, d. h. alle Transkripte, Porträts und Unterlagen der Zeitzeugen sowie die Dokumente aus dem Lübecker Stadtarchiv, gemeinsam betrachtet. In wiederholten Analysen wurden dabei alle für wichtig gehaltenen Aussagen und Aspekte notiert und dann unabhängig von ihrem Fundort neu geordnet. So konnten schließlich weitere relevante Themenbereiche aufgedeckt und sämtliche vorhandenen Quellen zum jeweiligen Themenblock gesammelt und zusammengefasst werden. Ihre Anordnung erfolgte der Übersichtlichkeit halber entlang einer gewissen zeitlichen Überordnung, die aber für inhaltliche Zusammenhänge unterbrochen werden konnte. Auf dieser Auswertung basiert das folgende vierte Kapitel, das gleichzeitig das Hauptkapitel der vorliegenden Arbeit ist. In ihm werden die Erinnerungen der Geimpften oder jene nahestehender Personen mit den Erkenntnissen aus bereits archivierten und neu hinzugekommenen Quellen verknüpft, um so das Leben der Betroffenen von den historischen Geschehnissen der Impfung und Entdeckung der Katastrophe bis in die Gegenwart zu verfolgen. Dabei werden sowohl Bereiche des persönlichen Lebens der Betroffenen und ihrer Familien als auch der öffentliche Umgang mit dem Impfunglück und die eingeleiteten staatlichen Maßnahmen beleuchtet. Ziel dieser Aufarbeitung ist eine möglichst umfassende Darstellung aller Beteiligten und Bereiche, die vom Impfunglück betroffen waren und von diesem Ereignis beeinflusst wurden, um so die Bedeutung dieser Katastrophe erfassbar zu machen. Im fünften Kapitel werden diese Ergebnisse in einer abschließenden Analyse abstrahiert und das Impfunglück und seine Nachgeschichte u. a. im Kontext medizinischer Forschung und ihrer Irrungen betrachtet.

Die hier durchgeführte, vor allem inhaltlich ausgerichtete Auswertung der Interviews umfasst dabei längst nicht alle Aspekte, nach denen sich Oral History-Dokumente analysieren lassen. So könnte z. B. das vom Gesprächspartner dargestellte „Selbst“, also seine Eigendarstellung im Gespräch, genauer betrachtet werden. Dazu ließe sich schon zählen, dass manche Gesprächspartner für das Interview Erinnerungsstücke hervorgeholt und Tee oder Kaffee vorbereitet hatten.<sup>64</sup> Auch auf die Interaktion zwischen Fragendem

---

<sup>64</sup> Lynn Abrams rechnete diese Aspekte schon zur Vorbereitung eines „Selbst“, das dem Fragenden präsentiert wird (vgl. Abrams, Lynn: Oral History Theory. Routledge, London 2010, S. 60).



und Antwortendem und die in Abhängigkeit von der Person des Interviewers zur Sprache gekommenen Themen ließe sich weiter eingehen.<sup>65</sup> In diesem Projekt wurden der Autorin sicherlich gerade als Medizinstudentin Krankheitsgeschichten aus der jüngeren Vergangenheit der Gesprächspartner erzählt, die andere Interviewer möglicherweise nicht erfahren hätten. Doch selbst wenn derartige Aspekte für andere Vorhaben von Interesse sind, schienen sie für die Forschungsfragen dieses Projekts nicht bedeutsam und für ihre Beantwortung auch nicht erforderlich zu sein. Dabei war auch zu bedenken, dass es sich bei diesem Projekt zwar um eine medizinhistorische, aber doch nicht um eine genuin historische Arbeit handelte und dass eine solche Arbeit manche historischen Teilbereiche schlicht nicht abdecken konnte. Angelehnt an die Aufteilung der Nutzung von Oral History durch Lynn Abrams lag der Fokus dieses Projekts vielmehr auf dem Festhalten von Erinnerungen und ihrer Veröffentlichung.<sup>66</sup> Die Materialsuche und das Aufdecken neuer Informationen sowie ihre inhaltliche Analyse und Einordnung standen dabei im Vordergrund.

### **3.3 Die Ausstellung „Das Lübecker Impfunglück 1930. Bilder und Erinnerungen von Zeitzeugen“**

Angeichts der erfreulich hohen Anzahl an Interviews und der Fülle an gesammelten historischen Dokumenten entstand Ende des Jahres 2013 der Wunsch, diese nicht nur im Rahmen einer schriftlichen Arbeit zu präsentieren. Vielmehr sollte gerade in Lübeck als dem Schauplatz der historischen Ereignisse auch eine größere Öffentlichkeit vom Projekt und seinen Erkenntnissen erfahren. Im Mittelpunkt der deshalb geplanten Ausstellung sollten die Zeitzeugen und ihre Erinnerungen stehen. Dort konnten sie im Gegensatz zur vorliegenden Arbeit die Anonymität verlassen und auch als Persönlichkeiten dargestellt werden.

---

<sup>65</sup> vgl. dazu Kapitel „Subjectivity and intersubjectivity“, Abrams, S. 54-77

<sup>66</sup> vgl. Abrams, S. 15. Abrams teilte hier die Nutzung von Oral History in drei verschiedene Modelle auf: Dem ersten gehe es um die Erinnerungen und ihre Veröffentlichung („reminiscence and community model“), beim zweiten werde das durch Oral History gewonnene Material als Beweis für eine These verwendet („evidential“ model). Das dritte, rein theoretische Modell nutze dieses Material für eine bestimmte analytische Herangehensweise und ziehe aus dieser Analyse Rückschlüsse z. B. auf erzählerische Konventionen in der Gesellschaft („theoretical“ model). Das vorliegende Projekt lässt sich der ersten von Abrams' Kategorien zuordnen, die sie so beschreibt: „This [model – Anm. d. Verf.] encompasses the tradition of undertaking oral history interviews for the sole purpose of recovering voices and placing them on the historical record. [...] With this model of practice the theoretical input is likely to be minimal and the emphasis is upon uncovering information and recording voices before the knowledge they hold is lost.“

Im Zuge dieser Planungen wurden alle Gesprächspartner noch einmal kontaktiert und nach ihrer Bereitschaft zur Mitwirkung an einem solchen Vorhaben befragt: Acht von ihnen waren zu einer Teilnahme bereit. Von ihnen allen wurden daraufhin Porträtaufnahmen angefertigt. Im Rahmen der Anfragen stellte sich leider heraus, dass ein 1930 selbst geimpfter Gesprächspartner bereits im Sommer 2013 verstorben war. Mit dem Einverständnis seiner Witwe konnten seine Erinnerungen trotzdem gezeigt werden – das Interview hatte schließlich bereits 2011 stattgefunden. Seine Witwe stellte für die Ausstellung auch noch verschiedene Fotografien ihres Mannes zur Verfügung.

Die Interviews der insgesamt neun Zeitzeugen wurden nun erneuten Analysen unterzogen, um die prägnantesten Erinnerungen und besonders eindrückliche Zitate zu finden. Da von vornherein feststand, dass nicht sämtliche Inhalte eines Interviews in der Ausstellung abgebildet werden konnten, fokussierten sich die dargestellten Erinnerungen der jeweiligen Zeitzeugen meistens auf einen bestimmten Themenblock wie z. B. auf die Unterstützung und Entschädigung durch den Lübecker Staat. Dieses Thema kam dann bei anderen Zeitzeugen, die möglicherweise ebenfalls darüber berichtet hatten, nicht oder nur noch kurz zur Darstellung. Bewusst wurden für die Texte möglichst viele wörtliche Zitate verwendet, um den Originalton der Zeitzeugen erlebbar zu machen. Für die Ausstellung und damit die öffentliche Präsentation dieser Personen und des von ihnen Gesagten wurden die Zitate im Gegensatz zur vorliegenden Arbeit teils grammatikalisch oder hinsichtlich des Satzbaus leicht verändert.

Die Erinnerungen wurden schließlich zusammen mit den Porträtaufnahmen sowie einigen Fotografien aus der Kindheit der Zeitzeugen bzw. der Betroffenen, über die berichtet wurde, auf großformatige Plakate gedruckt. Begleitet von einer historischen Übersicht über das Impfunglück und einer Projektbeschreibung konnten so insgesamt neun „Zeitzeugen-Persönlichkeiten“ der Öffentlichkeit vorgestellt werden.<sup>67</sup> In der Ausstellung wurden außerdem zahlreiche der von den Gesprächspartnern zur Verfügung gestellten Unterlagen gezeigt. Den über Jahre verwahrten und zum Großteil im Original erhaltenen Dokumenten konnte diese Form der Präsentation endlich gerecht werden.

Die Eröffnung der Ausstellung fand am 14.06.2014 im Rahmen der „Lübecker Nacht der Labore“ im IMGWF statt. Erfreulicherweise waren auch mehrere der Gesprächspartner

---

<sup>67</sup> Die Ausstellungsinhalte mit den sechs Tafeln (Höhe 100 cm, Breite 70 cm) zu Titel, Historie, Projektbeschreibung und der Präsentation von drei Zeitzeugen sowie mit den sechs Wandfahnen (Höhe 200 cm, Breite 85 cm) zu sechs weiteren Zeitzeugen befinden sich im Anhang dieser Arbeit. Um einen Eindruck von den tatsächlichen Ausmaßen der Tafeln und Fahnen gewinnen zu können, wurde ihr ursprüngliches Format belassen und lediglich stark verkleinert. Dadurch kann die Lesbarkeit der jeweiligen Texte eingeschränkt sein.

persönlich anwesend und traten bei dieser Gelegenheit miteinander in Kontakt. Die Ausstellung wurde im Anschluss für zwei Wochen im IMGWF und vom 26.10.2014 bis zum Jahreswechsel 2014/15 in der Medizin- und Pharmaziehistorischen Sammlung Kiel gezeigt. Vom 14.-17.09.2016 war sie außerdem bei der 112. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin in Hamburg zu sehen, da die Autorin auf dieser Tagung am 16.09.2016 einen Vortrag zum Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks 1930“ und seinen Ergebnissen hielt.

Im Rahmen der Vor- und Nachbereitung der Ausstellung wurde der Kontakt zu den Zeitzeugen erneuert. Dabei wurde auch die Vergänglichkeit dieser Form der Forschung deutlich und es zeigte sich, dass bereits wenige Jahre später ein solches Projekt nicht mehr durchführbar gewesen wäre. Denn seit der Ausstellung in Lübeck im Sommer 2014 verstarben leider noch drei weitere selbst geimpfte Gesprächspartner. Umso bedeutsamer ist es, dass ihre Erinnerungen an das Lübecker Impfunglück in dieser Form fortbestehen können.

## 4. Die Nachgeschichte des Lübecker Impfunglücks – Persönlicher und öffentlicher Umgang mit einer Katastrophe

### 4.1 Durchführung der Impfung – Leid und Bestürzung nach Entdeckung der Katastrophe

Die bisherige Aufarbeitung des Lübecker Impfunglücks beschränkte sich auf die abstrakte Darstellung einer Katastrophe und damit auf einen geradezu nüchternen Abriss der historischen Ereignisse, an denen anonym bleibende Menschen beteiligt waren und deren Opfer lediglich in Zahlen dargestellt wurden. Die Interviews mit Betroffenen und Nahestehenden bieten nun die einmalige Chance, einzelne Beteiligte aus dieser Masse herauszuheben, ihre Schicksale zu beleuchten und damit ein Stück weit „persönlich“ zu werden. So gewann schon die Entscheidung zur Einführung der BCG-Impfung in Lübeck im Interview mit der Tochter Ernst Altstaedts eine persönliche Komponente. Denn der ehemalige Leiter der Tuberkulosefürsorgestelle interessierte sich nicht nur beruflich für diese Krankheit, sondern hatte durch sie 1928 auch seine Ehefrau verloren:

*„Seine erste Frau war auch Ärztin, [...], [die] verstarb von, in etwa innerhalb von einer Woche, verstarb die auch an so einer infektiösen Tuberkulose, ganz schnell. [...] das waren ja die ersten Ärztinnen eigentlich. Die haben 1917, glaube ich, geheiratet. [...] Und wenn da jemand schon Ärztin war, das war, dann wollten sie natürlich auch arbeiten. Und da, wahrscheinlich hat sie sich da irgendwo angesteckt. Also ich weiß jedenfalls, dass das absolutes Drama war“.<sup>68</sup>*

Ob dieser Verlust Altstaedt in seinem Kampf gegen die Tuberkulose noch weiter bestärkte, lässt sich nur mutmaßen. Seine Tochter bemerkte dazu, dass er sich auch schon vorher mit dieser Krankheit befasst habe.<sup>69</sup> Der persönliche Schicksalsschlag verstärkte aber sicher das Interesse an einer der damals größten Volksseuchen und erhöhte auch die Bereitschaft,

---

<sup>68</sup> Interview 4, Z. 7-9, Z. 174-178.

Um die Lesbarkeit der Erinnerungen in diesem Kapitel zu verbessern, wurden die zitierten Interviewpassagen zum Teil minimal verändert. So wurden Füllwörter wie „äh“, „ne“, „ja“ oder „nicht“ entfernt und, falls erforderlich, die Grammatik oder Interpunktion angepasst. Alle mit eckigen Klammern gekennzeichneten Kürzungen, Ergänzungen oder Erklärungen stammen von der Autorin. Auf eine weitere Kennzeichnung als „Anmerkung der Verfasserin“ wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.

<sup>69</sup> vgl. Interview 4, Z. 165-169

eine bisher in Deutschland nicht angewandte präventive Maßnahme wie die BCG-Impfung zu etablieren.<sup>70</sup>

Ziel der Kampagne sollte die Impfung möglichst aller Neugeborenen in Lübeck sein – unabhängig davon, ob eine familiäre Belastung mit Tuberkulose vorlag oder nicht. Ernst Altstaedts Tochter erinnerte sich allerdings anders an die Durchführung der Impfung: „Natürlich waren’s meistens so die, ja, in Klammern ärmeren Bevölkerungsteile“, die geimpft worden seien.<sup>71</sup> Damit gab sie den schon 1930 geäußerten Vorwurf wieder, dass nur bestimmte Bevölkerungsgruppen die schädliche Impfung erhalten hätten. Diese Annahme scheint aber unbegründet gewesen zu sein. In einem Zeitungsartikel wurde Ernst Altstaedts Antwort auf eine „Äußerung der Kommunisten, dass nur Arbeiterkinder geimpft worden seien“, veröffentlicht: Es seien „138 Kinder von Mitgliedern der Invalidenversicherung, 55 von Mitgliedern der Angestelltenversicherung, 47 von Angehörigen der freien Berufe und 6 von Akademikern“ geimpft worden.<sup>72</sup> Auch eine nach dem Unglück erfolgte Auswertung, welche Schichten der Bevölkerung ihre Kinder impfen ließen und welche nicht, ergab keinen deutlichen Unterschied in der Zusammensetzung dieser beiden Gruppen.<sup>73</sup> Trotzdem ist es bemerkenswert, dass gerade die Tochter eines der Initiatoren der Kampagne diese anscheinend widerlegte These in Erinnerung behielt. Die Episode zeigt gleich zu Beginn des Kapitels auch die Problematik der Arbeit mit Zeitzeugen auf, in deren Gedächtnissen teils falsche oder über die Jahre veränderte Theorien länger Bestand haben können als die damalige Realität.

Im Hinblick auf ihre eigenen ersten Lebenswochen und -monate konnten sich die selbst geimpften Zeitzeugen nur auf Erzählungen stützen, die sie zum Beispiel von ihren Eltern gehört hatten. Eigene Erinnerungen an diese Zeit waren selbstverständlich nicht vorhanden. Die so ermittelten Informationen konnten dementsprechend nur bruchstückhaft sein. Trotzdem tauchten einzelne Themengebiete wie die Durchführung der Impfung, das persönliche Leid durch die Krankheit oder Theorien zur eigenen Widerstandsfähigkeit gegen den Impfstoff in mehreren Gesprächen auf. Auch die Hebammen als ausführende Kräfte kamen in verschiedenen Interviews zur Sprache. Im Folgenden sollen diese

---

<sup>70</sup> Die höhere Prävalenz und damit auch Präsenz der Tuberkulose im Vergleich zu heute ließ sich auch an den Familien der Geimpften erkennen. Immerhin vier Gesprächspartner berichteten von Tuberkuloseerkrankungen ihrer Eltern oder Geschwister. Ein Vater erkrankte in den 1920er Jahren, die anderen drei Personen, als die Betroffenen bereits Jugendliche oder Erwachsene waren (vgl. Interview 1, Z. 24-27; Interview 3, Z. 39-43, Z. 50-54; Interview 6, Z. 593-594; Interview 9, Z. 205-210).

<sup>71</sup> Interview 4, Z. 25-26

<sup>72</sup> Autor ungenannt: Das Calmette-Verfahren. – Unwürdige Szenen. – Arbeitsbeschaffung. in: Lübecker General-Anzeiger. 5. Beilage: Aus der Lübecker Bürgerschaft (27.05.1930), 49. Jg., Nr. 122, S. 19 (Unterlagen Interview 1)

<sup>73</sup> vgl. Moegling, S. 7

Bruchstücke nun zusammengeführt werden, um einen persönlichen Einblick in die Zeit der Impfungen zu bekommen und auch das damalige Leid in Lübeck vorstellbarer zu machen: So weit rekonstruierbar, wurde etwa die Hälfte der in dieser Arbeit dargestellten Betroffenen im Marienkrankenhaus oder im Allgemeinen Krankenhaus geboren, bei der anderen Hälfte handelte es sich um Hausgeburten. Die Impfungen wurden damals sowohl im Krankenhaus als auch von den zuständigen Hebammen zuhause durchgeführt. Ein Betroffener erinnerte sich, dass er zuhause geimpft worden sei: „Geboren bin ich in der Kupferschmiedestraße, da ist das auch gemacht worden dann“.<sup>74</sup> Insgesamt wurden 199 Kinder außerhalb und nur 52 im Krankenhaus mit dem Schluckimpfstoff gefüttert.<sup>75</sup> Ein anderer, bereits verstorbener Betroffener erzählte später seiner Ehefrau von der Durchführung der Impfung: „Er hat von der Hebamme gesprochen. Die kriegte noch für jedes Kind Geld, das hat er noch gesagt.“<sup>76</sup> Bei der von dieser Gesprächspartnerin angesprochenen Zahlung handelte es sich mit Sicherheit um das bereits erwähnte Entgelt von einer Reichsmark, das als Aufwendung für die zusätzliche Arbeit in die gemeinsame Unterstützungskasse der Hebammen eingezahlt wurde. Die Hebammen erhielten also nie persönlich Geld für die Durchführung der Impfungen.<sup>77</sup> Ob sie selbst von der BCG-Impfung überzeugt waren oder bloß Anweisungen der Ärzteschaft umsetzten, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Doch es gibt verschiedene Anhaltspunkte: Da auch viele Hausgeburten geimpft wurden, die nur im Beisein der Hebammen stattfanden, mussten die Ausführungen der Hebammen zur BCG-Impfung die Eltern überzeugt haben. Gerade in diesem Bereich konnte jede Hebamme recht selbstbestimmt arbeiten und hätte die Impfung nicht unbedingt empfehlen müssen. Offenbar war zumindest eine der Hebammen so von der Impfung überzeugt, dass sie den von ihr auszugebenden Impfstoff selbst einnahm. Sie erkrankte daraufhin an Lungentuberkulose.<sup>78</sup> Einer Gesprächspartnerin wurde von dieser Begebenheit erzählt: „Es hat ja wohl auch 'ne Hebamme das mal genommen. Hat gesagt, da zu den Eltern: ‚Gucken Sie mal her, ich nehme es auch‘, und so, und die war wohl sehr

---

<sup>74</sup> Interview 13, Z. 37-38

<sup>75</sup> vgl. Moegling, S. 19

<sup>76</sup> Telefon-Interview 3, Z. 114-115

<sup>77</sup> vgl. „Niederschrift über eine Besprechung im Reichsgesundheitsamt am 23. Juni 1930 mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Lübecker Bürgerschaft“, angefügt an die Sitzungsniederschrift Nr. 11 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Sitzung vom 02.07.1930, AHL, NSA, Sign. 01897

<sup>78</sup> Im Archiv der Hansestadt Lübeck existieren Unterlagen zu diesem Vorgang: vgl. NSA, Sign. 01804. Diese Hebamme erhielt aufgrund ihrer „Calmette-Schädigung“ auch eine Rente von monatlich 123,71 Reichsmark von der Stadt Lübeck (vgl. Übersicht der laufenden Ausgaben für Calmettefälle, Schreiben der Hauptverwaltung – Rechtsamt – an die Finanz- und an die Sozialverwaltung, betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Verfahren. Lübeck, 23.04.1937, AHL, NSA, Sign. 01900).

krank.“<sup>79</sup> Die Großmutter dieser Gesprächspartnerin war selbst Hebamme und verabreichte den Impfstoff – neben weiteren von ihr entbundenen Kindern – auch ihrem eigenen Enkelsohn.<sup>80</sup> Offenbar wurde die Impfung dabei auf ihre Initiative durchgeführt, denn sie unterschrieb laut der Erinnerung der Zeitzeugin die Einwilligung. Damit war sie letztlich für die Erkrankung ihres eigenen Enkels verantwortlich, obwohl sie in bester Absicht gehandelt hatte:

*„Die hielt das natürlich für gut, gegen Tuberkulose, und, aber mein Vater hätte wahrscheinlich niemals unterschrieben, hat er immer betont, aber meine Großmutter hat das einfach unterschrieben. Und hat es ihm gegeben. Und er soll aber auch dabei, es waren ja wohl drei Fläschchen, und ein bisschen gespuckt haben, also dass er nicht alles zu sich genommen hat.“*<sup>81</sup>

Wie hier wurden in den Gesprächen mehrfach Vermutungen angestellt, warum die Impfung im jeweiligen Fall nicht so schädlich gewesen sei bzw. keine tödliche Erkrankung hervorgerufen habe. Diese Erklärungen stammten vermutlich von den Eltern der Betroffenen, die so für sich begründeten, warum gerade ihr Kind die Erkrankung überstanden hatte. So berichtete die Ehefrau eines Betroffenen: „Ja, mein Mann sagt immer, er hat das ausgespuckt.“ Laut der Urteilsausfertigung des Calmette-Prozesses in ihrem Besitz sei er jedoch dreimal geimpft worden. „Er hat das doch nicht dreimal ausgespuckt. Das kann ich mir auch nicht vorstellen.“ Ihr Mann bemerkte dazu jedoch: „Da ist nichts drin geblieben.“<sup>82</sup> Damit hielt er an dieser tatsächlich zweifelhaften Begründung fest, warum die Impfung in seinem Fall so glimpflich abgelaufen sein sollte. Einer weiteren, selbst geimpften Gesprächspartnerin war folgende Begründung in Erinnerung:

*„Erzählt wurde mir davon, von dem Calmette überhaupt und angeblich hätte meine Mutter sehr viel Besuch gehabt und aus irgendeinem Grunde, weiß ich jetzt nicht, wurde ich dann früher oder später gebracht zum Stillen [...] also dass es bei mir nicht so schlimm geworden ist, weil sich die Muttermilch dann wohl mit dem Serum da vermischt hat.“*<sup>83</sup>

---

<sup>79</sup> Interview 1, Z. 166-169

<sup>80</sup> In der Urteilsausfertigung des Calmette-Prozesses wurden mehrere von ihr geimpfte Kinder genannt (zur Wahrung der Anonymität der Zeitzeugin werden die Seitenzahlen hier nicht aufgeführt). Demzufolge leitete die Großmutter der Gesprächspartnerin nicht nur die Geburt ihres eigenen Enkels, sondern war 1930 offenbar noch berufstätig. Somit war sie mit der Impfung als solcher und den entsprechenden Formalitäten sicher vertraut.

<sup>81</sup> Interview 1, Z. 7-11

<sup>82</sup> Interview 5, Z. 57-64

<sup>83</sup> Interview 16, Z. 4-8

In zwei Gesprächen wurde das Überleben der Geimpften zumindest zum Teil darauf zurückgeführt, dass sie gestillt worden seien. Die Tochter einer Betroffenen berichtete, dass ihre Großmutter bei der Geburt ihres ersten Kindes bereits 33 Jahre alt gewesen sei. Als dieses Kind an Tuberkulose erkrankt sei, habe ihre Großmutter alles in ihrer Macht Stehende für sein Überleben getan:

*„[Es] war ihr auch klar, meiner Großmutter, dass sie keine Kinder mehr bekommen würde, und so hat sie meine Mutter über ein Jahr gestillt, also ganz lange, [...], sie hat dann alles gegessen, was man damals essen musste, von Milchprodukten angefangen über was weiß ich, und sie war dann ganz schön rund geworden, wie 'ne kleine Kugel, aber sie hat im Grunde alles getan, um ihre Tochter rüberzukriegen“.*<sup>84</sup>

Die zweite Gesprächspartnerin erinnerte sich an eine ähnliche Erklärung ihres mittlerweile verstorbenen Mannes:

*„Dass er immer sagte, er ist nur durchgekommen, weil er genährt wurde. [...] Ein Brustkind war. Und deshalb hat er das überstanden. So ist mir das immer gesagt worden. [...] Das sagte meine Schwiegermutter auch, also sie hatten immer Sorgen, dass er das nicht überlebt und übersteht, aber dann haben sie immer wieder gesagt, dadurch, dass sie genährt hat und wohl doch mehr Abwehrstoffe aufgenommen hat, dass sie ihn dann doch durchgekriegt haben“.*<sup>85</sup>

Die Ernährung mit Muttermilch wurde den Müttern geimpfter Kinder auch von ärztlicher Seite empfohlen. Für diese stillenden Mütter wurden bestimmte zusätzliche Nahrungsmittel „auf Staatskosten“ gewährt, „nämlich 1 l Milch, 2 Flaschen Malzbier, Butter und Gemüse“. Anders als von diesen beiden Gesprächspartnerinnen empfunden, zeigten die gestillten Kinder in der Rückschau allerdings keine bessere Prognose als die nicht-gestillten.<sup>86</sup> Für die jeweiligen Mütter war das Stillen jedoch eine der wenigen Möglichkeiten, ihr Kind überhaupt bei der Gesundung zu unterstützen, und wurde deshalb sicher mit besonderem Enthusiasmus praktiziert.

Neben den Erklärungen für das Überleben äußerten manche Gesprächspartner auch eigene Theorien in Hinsicht auf die späte Aufdeckung des Impfunglücks. Schließlich vergingen mehr als zwei Wochen zwischen der Entdeckung des Impfunglücks durch die beteiligten

---

<sup>84</sup> Interview 8, Z. 20-30

<sup>85</sup> Interview 10, Z. 32-36, Z. 125-129

<sup>86</sup> Kleinschmidt, Hans: Einfluß therapeutischer Maßnahmen auf den Ablauf der Lübecker Säuglingstuberkuloseerkrankungen, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 396-397



Ärzte und der Information der Öffentlichkeit und insbesondere der Eltern. So entstand vermutlich bei einer Gesprächspartnerin oder schon ihren Eltern der Eindruck, dass versucht worden sei, das Unglück zu vertuschen. Diese Gesprächspartnerin erinnerte sich weiterhin an Erzählungen, dass das Impfunglück durch einen Pastor aufgeklärt worden sei. Er habe das siebte oder achte Kind beerdigt und sich gefragt, wieso schon wieder ein kleines Kind gestorben sei.<sup>87</sup> Diese Erklärungen wurden der Gesprächspartnerin höchstwahrscheinlich von ihrer Familie gegeben. Passend zum Versuch der Vertuschung wurde das Unglück ihrer Erinnerung nach durch einen Außenstehenden aufgedeckt. Auch wenn diese Darstellung einer historischen Grundlage entbehrt, zeigt sie, wie sehr die Eltern die mangelhafte Information über die Katastrophe beschäftigte. Schließlich ging es um die Gesundheit ihrer Kinder. Die beteiligten Ärzte begründeten die verzögerte Bekanntmachung zwar damit, dass sie sich zuerst Klarheit über die Unglücksursache verschaffen wollten und das ganze Ausmaß der Katastrophe erst später entdeckten; Verständnis dafür konnte von den Eltern aber schwerlich erwartet werden.

Dass die Verzögerungen bei der Aufklärung in einer böswilligen Absicht erfolgten, wurde in einem weiteren Gespräch thematisiert: „Vielleicht haben sie [die verantwortlichen Ärzte] schon langsam gemerkt, dass sie da Mist gebaut haben, aber die haben es nicht so schnell zugegeben, so was habe ich mal gehört.“<sup>88</sup> Das Interview mit der Tochter Ernst Altstaedts beleuchtete einen Teil der ärztlichen Seite zu dieser Frage:

*„Und dann muss es Ende April, Mitte bis Ende April gewesen sein, wo so die ersten Fälle auftraten. [...] dass da Kinder erkrankten und teilweise starben [...]. Zuerst hat wohl mein Vater, so ist es mir jedenfalls erzählt worden, das gar nicht so mitbekommen, weil er ja im Gesundheitsamt war und nicht im Krankenhaus und [...] weder die Herstellung noch die, das überwacht hat, weil, dieser Professor Deycke war ja sein Chef. Und damals hat man eben vor Chefs, ja, Hochachtung gehabt und hat denen auf keinen Fall irgendwie reingeredet. Jedenfalls wurde es ihm dann natürlich gesagt und, weiß ich nicht mehr, wann sie das gestoppt haben.“<sup>89</sup>*

Die persönlichen Beziehungen der beteiligten Ärzte und auch die unklare Aufgabenverteilung erschwerten vermutlich im Moment des Scheiterns der Impfung eine geordnete Aufklärung, die z. B. auch einen Rückruf der bereits ausgegebenen Impfdosen umfasst hätte. Erschwerend kam der Umstand hinzu, dass zu Beginn nur eine

---

<sup>87</sup> vgl. Telefon-Interview 1, Z. 2-4, Z. 10-11

<sup>88</sup> Interview 1, Z. 163-164

<sup>89</sup> Interview 4, Z. 28-36. Altstaedt war vor seiner Ernennung zum Physikus von 1914 bis 1928 Oberarzt im Allgemeinen Krankenhaus, das von Deycke geleitet wurde (vgl. Kießling, S. 159-160).

Impfstoffcharge für „giftig“ gehalten wurde. Nachdem dieser Irrtum aufgedeckt war, fand die Information der betroffenen Eltern schließlich am 14.05.1930 durch ein gemeinsames Schreiben des Gesundheitsamts und der Tuberkulosefürsorgestelle statt. In diesem Schreiben wurden die Eltern darüber in Kenntnis gesetzt, „daß im Anschluß an die Calmette'sche Fütterung bei einigen Kindern aus bisher noch ungeklärter Ursache gesundheitliche Störungen beobachtet“ und die Impfungen daraufhin sofort eingestellt worden seien. Dass es zu diesem Zeitpunkt schon erste Tote gab, wurde nicht erwähnt. Weiterhin wurde dazu geraten, „soweit Ihr Kind nicht schon in ärztlicher Behandlung steht“, dieses „im Falle einer gesundheitlichen Störung“ umgehend beim Arzt „unter Vorlegung dieses Schreibens“ vorzustellen.<sup>90</sup> Welche Reaktionen diese Post bei der Elternschaft hervorrief, lässt sich heute nur noch mutmaßen; die Stimmen der jeweiligen Eltern ließen sich in dieser Arbeit nicht mehr einfangen. Obwohl die Bekanntmachung geradezu verharmlosend formuliert war, bewirkte sie sicher, dass sich ab diesem Zeitpunkt nicht mehr nur die Eltern der bereits erkrankten und möglicherweise schon im Kinderkrankenhaus aufgenommenen Säuglinge um ihre Kinder sorgten, sondern auch diejenigen Eltern, deren Kindern es zu diesem Zeitpunkt (noch) gut zu gehen schien. Welche Sorgen die Eltern ausgestanden haben müssen, lässt sich vielleicht am Beispiel des Vaters einer Gesprächspartnerin erkennen, der die Ausgaben des „Lübecker General-Anzeigers“ mit Bezug zum Impfunglück sammelte. Dort war am Tag nach der oben genannten Bekanntmachung die Überschrift „Bisher acht Opfer des Calmetteschen Verfahrens in Lübeck“ zu lesen, wenige Tage später wurde bereits „Das dreizehnte Todesopfer des Calmetteschen Verfahrens“ bekanntgegeben.<sup>91</sup> Das Schicksal, das möglicherweise auch dem eigenen Kind bevorstand, wurde dadurch dramatisch illustriert. Die Stimmung in der Stadt muss zur Zeit der Entdeckung der Katastrophe bedrückt, wenn nicht verzweifelt gewesen sein. Die ältere Schwester eines Betroffenen berichtete anschaulich von der Situation in Lübeck:

*„Also die Babys hier haben zuerst ja furchtbar geschrien alle, und keiner wusste, was los war. Meine Mutter hat immer erzählt, wenn sie zur Kinderärztin in die Mühlenstraße*

---

<sup>90</sup> Schreiben des Gesundheitsamts und der Tuberkulosefürsorgestelle an die Eltern der geimpften Kinder: „Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß im Anschluß an die Calmette'sche Fütterung bei einigen Kindern aus bisher noch ungeklärter Ursache gesundheitliche Störungen beobachtet wurden [...]“, Lübeck, 14.05.1930 (Unterlagen Interview 1, 10 und 12), ebenfalls abgedruckt in: Moses, S. 43

<sup>91</sup> Autor ungenannt: Bisher acht Opfer des Calmetteschen Verfahrens in Lübeck, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (15.05.1930), 49. Jg., Nr. 112, S. 5-6; Autor ungenannt: Das dreizehnte Todesopfer des Calmetteschen Verfahrens, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (20.05.1930), 49. Jg., Nr. 116, S. 5-6 (Unterlagen Interview 1)

*ging, dann kamen die anderen Frauen mit ihren Kinderwagen, die [Kinder darin] schrien von weitem“.<sup>92</sup>*

Als einzige Zeitzeugin erlebte sie die Erkrankung ihres Bruders selbst genau mit. Auch 80 Jahre später waren ihr die Symptome und ihre einschneidenden Folgen noch vor Augen: Ihr Bruder sei damals „sehr krank“ gewesen. Bei ihm seien eitergefüllte Geschwüre aufgetreten, „immer hier, hinterm Ohr. [...] die kamen dann, mehrere“. Einige seien „vom Arzt schon vorher aufgeschnitten“ worden, andere seien aber „auch einfach im Bettchen aufgegangen“. Der Bereich sei später ganz „zerschnitten“ und vernarbt gewesen. Als ihr Bruder größer war, seien die Narben vom Arzt „ein bisschen geglättet worden“.<sup>93</sup> Die Geschwüre seien aber nicht die einzige Konsequenz seiner Tuberkuloseinfektion gewesen:

*„Später hat mein Vater dann, wie man's so macht mit kleinen Kindern, die Uhr, ‚Hör mal die Uhr ticken‘ [gespielt], da hat er festgestellt, dass er nicht hört. Und da ist es dann natürlich vom Arzt untersucht worden, also es war vollkommen zerfressen, das Ohr. Es war kaputt.“<sup>94</sup>*

Ihr Bruder litt offenbar an einer Tuberkuloseinfektion des Mittelohrs, die ihn auf diesem Ohr ertauben ließ. In einem Schreiben aus den Unterlagen der Zeitzeugin berichtete ihr Vater noch detaillierter von der Erkrankung: Fünf Wochen nach der Geburt habe das rechte Ohr seines Sohnes begonnen zu eitern und mehrere Lymphdrüsen seien angeschwollen. Sein Sohn sei deshalb von der Kinderärztin Frau Dr. Degner behandelt worden: „Das Ohr musste meine Frau dauernd tropfen, ohne dass man einen Erfolg merkte. Diese Tropfen machten dem Kinde dauernd sehr viel Schmerzen, es schrie ca. 5 Minuten lang laut auf.“ Mit elf Monaten habe der erste Lymphknoten eröffnet werden müssen, weitere seien gefolgt.<sup>95</sup>

Eine solche primäre Mittelohrtuberkulose kam bei den Lübecker Kindern insgesamt auffallend häufig vor.<sup>96</sup> So wurde in fünf weiteren Gesprächen von einem Ohrenleiden der Betroffenen berichtet.<sup>97</sup> Warum es gerade bei den Säuglingen so oft zu einer Infektion an diesem eigentlich eher ungewöhnlichen Ort kam, ist zum Beispiel durch Erbrechen der

---

<sup>92</sup> Interview 1, Z. 2-5

<sup>93</sup> Interview 1, Z. 13-14, Z. 173-176

<sup>94</sup> Interview 1, Z. 14-18

<sup>95</sup> Schreiben Dr. Witterns an das ständige Schiedsgericht in Calmette-Sachen, Reg. Nr. 45, Lübeck, 11.07.1932 (Unterlagen Interview 1)

<sup>96</sup> vgl. Schürmann, Paul; Kleinschmidt, Hans: Pathologie und Klinik der Lübecker Säuglingstuberkulose-erkrankungen, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 106

<sup>97</sup> vgl. Interview 6, 7, 10, 11 und 12

Kinder nach der Fütterung erklärbar.<sup>98</sup> Nachforschungen nach dem Unglück ergaben aber auch, dass manchen Impfungen bei der Fütterung die Nase zugehalten worden war, damit sie die Impflösung schneller aufnehmen. So gelangte der Impfstoff bei Pressen der Säuglinge durch die Tuben ins Mittelohr, bei anderen Kindern wurde er in die Lunge aspiriert.<sup>99</sup> Insgesamt wurden in Lübeck 21 Fälle von Mittelohrtuberkulose festgestellt, 12 dieser Kinder überlebten.<sup>100</sup> In Anbetracht dieser Zahl scheint das Krankheitsbild unter den hier dargestellten Betroffenen geradezu überrepräsentiert zu sein. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass die reine Mittelohrtuberkulose ohne generalisierte Infektion zwar ein recht schweres, aber gut zu überstehendes Krankheitsbild darstellte, während die daraus resultierende Taubheit oder starke Schwerhörigkeit ein bleibendes Resultat der Impfung war und sich auf das ganze Leben auswirkte. Noch schwerer erkrankte Säuglinge überlebten die Impfung nicht, leichtere Erkrankungen mit Symptomen wie Lymphknotenschwellungen oder Ausschlag gingen vorüber und waren für das weitere Leben nicht mehr von Bedeutung. Vielleicht war gerade den schwerhörigen Betroffenen oder ihnen nahestehenden Personen die Beteiligung am Lübecker Impfunglück deshalb präsenter als anderen und die Bereitschaft, sich als Zeitzeugen zur Verfügung zu stellen, dementsprechend höher.

Generell zeigte sich die Tuberkulose bei den Lübecker Säuglingen im Frühsommer 1930 in einer Vielzahl von Formen. Die Kinder litten beispielsweise neben dem schon beschriebenen Ohrenausfluss an Ausschlägen, Hauteiterungen, Lymphknotenschwellungen, Durchfällen, aufgetriebenem Leib und Nasenausfluss.<sup>101</sup> Für die Lübecker Ärzte waren diese Erscheinungsarten der Tuberkulose neu. Eine entsprechende Aussage Altstaedts vor dem Ausschuss für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege wurde folgendermaßen protokolliert: „Das ganze Krankheitsbild, wie es sich in Lübeck darstelle, gebe es bisher nach ärztlicher Erfahrung nicht. Man habe nichts gewußt von den Sekreten aus den Ohren, von den Ausschlägen usw.“.<sup>102</sup>

Als ältere Schwester war die gerade vorgestellte Gesprächspartnerin die einzige, die die Krankheit ihres kleinen Bruders selbst miterlebt hatte. In den anderen Interviews kamen

---

<sup>98</sup> vgl. Schürmann und Kleinschmidt, S. 97-98

<sup>99</sup> vgl. Moegling, S. 19

<sup>100</sup> vgl. Schürmann und Kleinschmidt, S. 106

<sup>101</sup> vgl. „An die Bürgerschaft. Bericht des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege über den ihm überwiesenen Antrag von Bruns und Genossen, die mit der Durchführung des Calmette-Verfahrens im Zusammenhang stehenden Vorgänge zu untersuchen und der Bürgerschaft darüber zu berichten.“ AHL, NSA, Sign. 01898

<sup>102</sup> Sitzungsniederschrift Nr. 9 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Sitzung vom 19.06.1930, AHL, NSA, Sign. 01897

nur einzelne Erinnerungsstücke zur Sprache. So hatte eine Betroffene gehört, dass ihr die Erkrankung „auf die Milz geschlagen“ sei.<sup>103</sup> Die Mutter eines anderen Betroffenen habe ihm erzählt, dass er „zu Anfang sehr krank“ gewesen sei. Außerdem sei er als Säugling am Hals „operiert worden, hier die Lymphdrüsen sind rausgenommen worden. [...] Das weiß ich, dass mir die fehlen.“<sup>104</sup> Für ein genaueres Bild der Symptome im Säuglingsalter konnte bei einigen Gesprächspartnern auf alte Gutachten zurückgegriffen werden. Die Krankheitserscheinungen und die daraus resultierenden Leiden von zwei Geimpften sollen hier beispielhaft für die Erkrankungen der Lübecker Säuglinge dargestellt und damit vorstellbar gemacht werden:

Eine der Betroffenen litt laut ihrem Gutachten als Säugling an einer „schwere[n] Fütterungstuberkulose“, deren Sitz der Darm, insbesondere aber die Lunge gewesen sei. Im weiteren Verlauf der Erkrankung sei es zu einer „Entzündung des linken Auges tuberkulosespezifischer Art (Phlyktäne) [gekommen], die mehrfach wiederkehrte“. Sie sei „im ersten Säuglingsalter schwer krank“ gewesen. Folgende Krankheitserscheinungen seien aufgetreten: „Blässe, Anschwellung des Leibes, Anschwellung der Milz, langdauernde[r] Husten, Durchfälle[], Temperatursteigerung.“<sup>105</sup> Die Zeitzeugin selbst konnte über diese Zeit nichts berichten: „Da ist auch keiner, der Auskunft geben kann [...] die sind ja vor mir schon alle gegangen“.<sup>106</sup>

Von der Erkrankung der zweiten Betroffenen berichtete ihre spätere Arbeitskollegin: „Die Kinder sind ja alle gesund geboren, [...] und nach zwei Monaten oder drei Monaten nachher, da stellten sich die ersten Sachen ein“. Die Mutter der Betroffenen habe ihr erzählt, dass ihre Tochter anders geschrien habe, „nicht dieses normale Schreien“ eines Säuglings. Außerdem habe sie „auf nichts reagiert [...] mit Hören“. Der Kinderarzt habe nicht gewusst, worum es sich handelte, bis entdeckt worden sei, „dass es eben durch diese Impfung gekommen ist“.<sup>107</sup> Auch dieses Kind litt laut Gutachten als Säugling an einer „schwere[n] Fütterungstuberkulose“ mit einer in diesem Fall sogar beidseitigen Mittelohrtuberkulose: Im Alter von vier Wochen habe die Erkrankung mit beidseitigem „Ohrlaufen“ begonnen, dazu sei eine „Halsdrüsenanschwellung“ gekommen. Mit 10 Wochen sei eine „Lähmung der linksseitigen Gesichtsnerven“, also eine Fazialisparese, aufgetreten. Diese Lähmung war offenbar keine seltene Folge einer fortgeschrittenen

---

<sup>103</sup> Interview 16, Z. 12

<sup>104</sup> Interview 13, Z. 178-181, Z. 314

<sup>105</sup> Gesundheitliches Gutachten, verfasst von Herrn Kleinschmidt, kein Briefkopf mit Empfänger oder Datum vorhanden, Untersuchung des Kindes am 07.06.1933 (Unterlagen Interview 9)

<sup>106</sup> Interview 9, Z. 202-204

<sup>107</sup> Interview 7, Z. 437-439, Z. 476-481

Mittelohrtuberkulose mit Befall des umliegenden Knochens, in dem auch der Fazialisnerv verläuft.<sup>108</sup> Im ersten Lebensjahr hätten bei diesem Kind „zahlreiche Einschnitte in erweichte Drüsen vorgenommen“ werden müssen, der Gutachter zählte später „insgesamt 18 Narben“. Die Erkrankung sei für den Säugling wohl sehr schmerzhaft gewesen: „Das Kind lag lange Zeit mit stark zurückgebogenem Kopf in seinem Bett und weinte bei jeder Berührung“. Die linksseitige Gesichtslähmung, „welche das Kind völlig entstellt“, bestand noch zum Zeitpunkt der gutachterlichen Untersuchung und sei dauerhaft, das linke Auge könne deshalb nicht ganz geschlossen werden. Außerdem leide das Kind durch die Mittelohrtuberkulose an „hochgradige[r] Schwerhörigkeit“ beider Ohren.<sup>109</sup> Laut ihrer späteren Arbeitskollegin führten die schwere Erkrankung dieser Betroffenen und ihre dadurch entstandenen Behinderungen sogar zum Ende der Ehe ihrer Eltern: „Der Vater hatte sich dann getrennt, weil er nicht mit solchem Kind leben konnte. [...] er konnte das eben nicht verkraften, da mit solchem Kind zusammenzuleben.“<sup>110</sup> Auch in einer weiteren Familie war die schwere Erkrankung des Sohnes für die Trennung seiner Eltern verantwortlich – zumindest erinnerte sich seine Witwe so daran.<sup>111</sup> Bei derartigen Erinnerungen über mehrere Personen hinweg ist es natürlich schwierig zu beurteilen, ob es nicht noch andere Gründe für eine Trennung gegeben haben mag. Trotzdem ist ein chronisch krankes Kind sicherlich eine Herausforderung, die nicht jeder imstande ist zu meistern und die eine Beziehung sehr belasten kann.

Auch wenn diese Kinder zum Teil schwer erkrankt waren und ihre Eltern für einige Zeit in großer Sorge um sie leben mussten, überstanden sie letztlich alle die Infektion mit Tuberkulose. 72 Säuglinge starben jedoch in ihrem ersten Lebensjahr an den Folgen der fatalen Impfung. Die Eltern dieser Kinder konnten mehr als 80 Jahre später nicht mehr zu den damaligen Geschehnissen befragt werden. Zwei Gesprächspartnerinnen hatten aber ein infolge der BCG-Impfung verstorbenes Kind in ihrer näheren oder weiteren Verwandtschaft. Anhand dieser beiden Erinnerungen lässt sich die Tragweite des Impfunglücks, das für die jeweiligen Eltern den Verlust ihres erst wenige Monate alten Säuglings bedeutete, zumindest erahnen. Bei einer von ihnen handelte es sich um die Schwester eines der Opfer des Impfunglücks. Als zwei Jahre jüngerer Geschwisterkind

---

<sup>108</sup> vgl. Schürmann und Kleinschmidt, S. 107. Von den fünf (nicht namentlich genannten) Lübecker Kindern mit Fazialisparese überlebte nur eines (vgl. Schürmann und Kleinschmidt, S. 114-115) – offensichtlich die hier dargestellte Betroffene.

<sup>109</sup> Gesundheitliches Gutachten, verfasst von Herrn Kleinschmidt, gerichtet an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen, Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Utermarck, Köln-Lindenthal, 30.06.1933, Untersuchung des Kindes am 07.06.1933 (Unterlagen Interview 7)

<sup>110</sup> Interview 7, Z. 84-85, Z. 91-92

<sup>111</sup> vgl. Telefon-Interview 3, Z. 14

kannte sie die Geschichte ihres Bruders nur aus Erzählungen. Sie berichtete, dass ihre Mutter 1930 eher von der Impfung überzeugt worden sei als sich selbst dazu zu entschließen. Sie habe eigentlich ein gesundes Kind zur Welt gebracht, das infolge der Impfung dann schwer erkrankt sei. Die Gesprächspartnerin erinnerte sich weiter, dass ihr Bruder Fieber gehabt und viel geschrien habe. Er sei im Krankenhaus behandelt worden und mit einem Vierteljahr schließlich an Tuberkulose gestorben.<sup>112</sup> Aufgrund ihres Alters konnte die Gesprächspartnerin keine Details der Erkrankung ihres Bruders kennen. Aber sie erlebte in ihrer Kindheit die Auswirkungen dieses Verlusts auf ihre Eltern und auf ihre familiäre Situation. So berichtete sie, dass sie ihre Eltern als Kind mit der Frage „genervt“ habe, warum sie keine Geschwister habe. Daraufhin hätten sie ihr langsam erzählt, dass sie einen älteren Bruder gehabt hätte. Der Tod dieses Sohnes sei zumindest an seinem Geburtstag und Todestag thematisiert worden. Dazu erklärte die Gesprächspartnerin: „Wenn man ein Kind verloren hat, das vergisst man sein Leben lang nicht.“ Man habe ein gesundes Kind zur Welt gebracht und durch Verschulden anderer sei es nicht mehr am Leben. Die Gesprächspartnerin erinnerte sich noch, dass sie als kleines Kind mit ihren Eltern regelmäßig am Grab ihres Bruders gewesen sei: Sein Kindergrab auf dem Vorwerker Friedhof hätten ihre Eltern regelmäßig gepflegt, sie habe immer mit zum Friedhof gehen müssen. Ihr als kleinem Kind habe dafür das Verständnis gefehlt, es sei für sie bedrückend und lästig gewesen. Sie habe als Kind noch keine Beziehung dazu gehabt [vermutlich zum Grab oder zum Tod ihres Bruders]. Es sei für sie noch nicht vorstellbar gewesen bzw. habe sie als Kind noch nicht so weit denken können. Sie berichtete weiter, dass sie bestimmt einmal im Monat auf den Friedhof gegangen seien, ihre Eltern hätten das Grab bepflanzt und Blumen gegossen.<sup>113</sup> Dieser Gesprächspartnerin waren die Friedhofsbesuche bei ihrem toten Bruder sehr präsent, sie waren Teil ihrer frühen Kindheitserinnerungen – auch wenn sie damals noch nicht genau verstand, worum es bei diesen Besuchen eigentlich ging. Dass sie als Einzelkind aufwuchs, war eine Auswirkung des Impfunglücks, die sie selbst zu spüren bekam. Das tote Kind war nicht nur an Geburts- und Todestag Teil des Familiengedächtnisses, sondern sein Verlust war auch im Alltag durch die regelmäßigen Friedhofsbesuche präsent. Im Gespräch berichtete sie noch von einer weiteren Konsequenz des Todes ihres Bruders: Ihre Eltern hätten sich strikt geweigert, bei ihr irgendeine Impfungen durchführen zu lassen. Sie seien bei ihrer Tochter besonders vorsichtig gewesen und hätten sie aus Angst nicht impfen lassen. Nur die Pockenimpfung habe sie erhalten, denn „da konnte man sich nicht gegen wehren“. Später habe sie sich sozusagen gegen den

---

<sup>112</sup> vgl. Telefon-Interview 1, Z. 6, Z. 10, Z. 43, Z. 54, Z. 61

<sup>113</sup> Telefon-Interview 1, Z. 8-9, Z. 13-16, Z. 110-124

Willen ihrer Eltern gegen Polio impfen lassen, als sie die Auswirkungen dieser Krankheit in der Nachkriegszeit erlebt habe.<sup>114</sup> Dieses Misstrauen ihrer Eltern gegenüber Impfungen im Allgemeinen ist sicher eine verständliche Reaktion auf die katastrophal misslungene Impfung ihres neugeborenen Sohnes. Sein Tod war im Leben seiner Eltern verankert, ihre Tochter nahm schon als eher widerwilliges Kleinkind an der Wahrung seines Andenkens teil und erlebte die Nachwirkungen dieses Verlustes auch in ihrem eigenen Leben.

Die zweite Gesprächspartnerin hatte eine deutlich entferntere Verbindung zu einem der Opfer des Impfunglücks, denn sie hatte etwa 30 Jahre nach der Katastrophe den jüngeren Bruder des verstorbenen Kindes ihrer Schwiegereltern geheiratet. Dass sie sich trotzdem als Zeitzeugin für das Projekt zur Verfügung stellte, verdeutlicht, wie präsent ihr das Thema in ihrer Schwiegerfamilie vorgekommen sein muss. So kann das Interview einen Einblick in die Lebenswelt der vom Impfunglück betroffenen Eltern vermitteln, die diesen Verlust ihres ersten Kindes nie völlig verarbeiten konnten:

*„Bei uns im Haus, in das ich reingeheiratet hab, war immer von dem Calmette-Skandal [...] die Rede. [...] mein Mann ist 1938 geboren und sein Bruder, der ist 1930 ums Leben gekommen – und zwar durch diese Impfung. Und ist nur elf Wochen alt geworden. Und er war das erste Kind meiner Schwiegereltern, die hatten 1929 geheiratet. [...] Meine [...] Schwiegereltern, die haben da immer von gesprochen, also das war immer, immer kam das wieder zum Vorschein. [...] Ich weiß nur, dass für sie immer das Thema war, dass dieser Junge nun nicht da war und dass das so unglücklich war, und dass sie dazugehörten zu diesem großen Unglück hier, was hier in Lübeck war.“<sup>115</sup>*

Diese Erinnerung verdeutlicht das lange Fortwirken eines solch einschneidenden Ereignisses – selbst die Schwiegertochter wurde Jahrzehnte später noch davon berührt. Offenbar gab es im Kontakt mit den Schwiegereltern auch in deren höherem Alter immer wieder Auslöser für diese Erinnerungen. Die Gesprächspartnerin erzählte noch, dass sie viele Jahre später die aus der Zeitung ausgeschnittene Todesanzeige dieses Kindes gefunden habe: „Da stand dann nur, dass unser Liebling im Alter von elf Wochen an Calmette gestorben ist oder so was Ähnliches“.<sup>116</sup> Damit ähnelt ihr Text den bereits in der Einleitung aufgeführten Anzeigen und führt ebenso die Verzweiflung vor Augen, die diese Eltern angesichts des Todes ihres zu Beginn völlig gesunden Säuglings ergriffen haben muss. Diese und ähnliche Todesanzeigen müssen sich im Sommer 1930 in den Zeitungen

---

<sup>114</sup> Telefon-Interview 1, Z. 5, Z. 7, Z. 26-28, Z. 97-107

<sup>115</sup> Interview 2, Z. 2-7, Z. 24-25, Z. 119-121

<sup>116</sup> Interview 2, Z. 202-204



gehäuft haben, denn so wie die beiden hier dargestellten Geimpften erlagen die meisten Säuglinge ihrer Erkrankung im dritten und vierten Lebensmonat. Einzelne Todesfälle ereigneten sich noch im Herbst und Winter 1930/31, das letzte Kind starb im April 1931 in seinem zwölften Lebensmonat an den Folgen der Tuberkuloseinfektion.<sup>117</sup>

#### **4.2 Behandlung der erkrankten Säuglinge – Dr. Genter und sein ominöses Heilmittel**

Während bis zur endgültigen Aufdeckung und Bekanntmachung des Impfunglücks viel Zeit verstrichen war, leitete der Lübecker Staat im Folgenden rasch erste Hilfsmaßnahmen ein. Um die BCG-geimpften Säuglinge möglichst gut behandeln zu können, wandte er sich an das Hamburger Gesundheitsamt „wegen konsultativer Heranziehung der in Hamburg zur Verfügung stehenden Autoritäten“ auf dem Gebiet der Tuberkulose. So sollte erreicht werden, „daß auch in therapeutischer Hinsicht alles geschieht, was nur möglich ist“. Am 24.05.1930 trafen daraufhin die „Herren Professoren Dr. Brauer, Kleinschmidt, Hegler und Kirchner“ zur näheren Besprechung etwaiger Therapiemaßnahmen in Lübeck ein.<sup>118</sup> Dabei war die größte Schwierigkeit, dass es in den 1930er Jahren noch keine kausale Therapie der Tuberkulose mittels Antibiotika gab. So behandelte man in Lübeck zum einen die verschiedenen Symptome der Erkrankung wie Erbrechen, Durchfall, Husten oder Ohrlaufen und auch Schmerzen oder Unruhe, zum anderen versuchte man mit bestimmten Maßnahmen, „die natürlichen Abwehrkräfte des Organismus aufrechtzuerhalten oder zu heben“.<sup>119</sup> Dafür wurden Mittel verwendet, die aus heutiger Sicht befremdlich erscheinen – so beispielsweise die Gabe von Vitamin A aus Lebertran oder die Injektion einer Kohlenstaubsuspension. Letztere fand allerdings nur bei vier Kindern Verwendung.<sup>120</sup> In einigen Fällen wurden „intramuskuläre Injektionen von Erwachsenenblut“ durchgeführt oder Rinderblut gegeben, außerdem Arsen, Kalzium und Lebertran verabreicht; daneben erfolgten Bestrahlungen mit künstlicher Höhensonne über mehrere Wochen.<sup>121</sup> Auch sogenannte „spezifische Behandlungsverfahren“, von denen man eine direkte Wirkung auf die Tuberkulose erwartete, kamen zum Einsatz. Die damals verwendeten Injektionen von „Tuberkuloseserum“ und „Antialphaserum“ sind in Zeiten der Antibiotikatherapie völlig

---

<sup>117</sup> vgl. Moegling, S. 9

<sup>118</sup> „Reisebericht über meine Dienstreise nach Lübeck und Hamburg vom 22. bis 24. Mai 1930“ von Ministerialrat Prof. Dr. Taute, Anlage 1 der Sitzungsniederschrift Nr. 10 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Sitzung vom 26.06.1930, AHL, NSA, Sign. 01897

<sup>119</sup> Kleinschmidt 1935, S. 396

<sup>120</sup> vgl. Kleinschmidt 1935, S. 397-398

<sup>121</sup> Kleinschmidt 1935, S. 404-405

bedeutungslos geworden und zeigten auch in Lübeck keine besonderen Behandlungserfolge.<sup>122</sup> Obwohl bei der Besprechung der Lübecker und Hamburger Ärzte im Mai 1930 „eingreifende[] Behandlungsmethoden“ wie „starke[] Tuberkulinimpfungen (sog. Ponndorfsches Verfahren)“ oder das „Friedmannsche[] Schildkröten-tuberkelbazillenheilmittel[] als gefährdend“ abgelehnt worden waren und diese Entscheidung auch in den Lübecker Tageszeitungen veröffentlicht worden war, wandte ein „Arzt[] für Biochemie“ das Ponndorfsche Verfahren bei 31 Säuglingen an.<sup>123</sup> Diese Behandlung wurde im Nachhinein als nutzlos und in einigen Fällen sogar als schädlich erachtet. Außerdem wurde kritisiert, dass die Tuberkulinimpfungen bei einigen Kindern in einem so weit fortgeschrittenen Krankheitsstadium begonnen worden waren, dass dieser Therapieversuch sinnlos habe erscheinen müssen.<sup>124</sup> Anhand dieses Beispiels lässt sich vielleicht erahnen, wie groß die Verzweiflung der Eltern angesichts ihres dahinsiechenden Kindes gewesen sein muss. Möglicherweise trieb dies auch Ärzte zu eigentlich vergeblichem Aktionismus.

Eine weitere in Lübeck angewandte Behandlungsmethode war eine Injektionstherapie mit dem von Dr. Karl Genter erfundenen sogenannten „Stärkungsmittel“ „Antiphthisin“. Auf dieses Mittel und seinen Berliner Erfinder soll im Weiteren besonders eingegangen werden: Bei Antiphthisin sollte es sich laut Genter um eine „durch bestimmte Verfahren mit Sauerstoff beladene Lösung von Kampfer, Geosot, Latschenkieferöl, Eukalyptusöl und Lebertran in Olivenöl“ handeln, die den Kranken injiziert werden sollte. Im Tierversuch hatte sich das Mittel 1924/25 als unschädlich erwiesen, aber auch keine „spezifische Wirkung“ gegen die Tuberkulose gezeigt.<sup>125</sup> Ob ein solches Präparat in Lübeck nützlich sein könnte, schien also bereits 1930 fragwürdig. Warum es trotzdem zur Anwendung kam, beschrieb der damalige Vorsitzende des Gesundheitsamts, Senator Mehrlein, dem Lübecker Senat: Auf „Betreiben des Elternausschusses“, den die betroffene Elternschaft schon im Mai 1930 als ihre Vertretung gegründet hatte, sei Genter Anfang Juni 1930 nach Lübeck gekommen.<sup>126</sup>

---

<sup>122</sup> Kleinschmidt 1935, S. 403-404

<sup>123</sup> Kleinschmidt 1935, S. 400. Mit der Bezeichnung „Arzt für Biochemie“ ist hier vermutlich ein Arzt gemeint, der nach den Methoden der Biochemie Dr. Schüßlers arbeitete, also einem der Homöopathie ähnelnden Naturheilverfahren, und kein Biochemiker heutigen Verständnisses. Eine Gesprächspartnerin berichtete, dass ihre selbst geimpfte Mutter als Kind in Behandlung eines homöopathisch tätigen Arztes gewesen sei, der Melhorn geheißen habe (vgl. Interview 8, Z. 69-74). Laut Kleinschmidt hieß der von ihm erwähnte Arzt ebenfalls Melhorn. Angenommen, dass es sich um denselben Arzt handelte, würde das die Theorie einer Tätigkeit nach den Methoden der Biochemie Schüßlers stützen.

<sup>124</sup> vgl. Kleinschmidt 1935, S. 400-402

<sup>125</sup> Kleinschmidt 1935, S. 398

<sup>126</sup> Auf den Elternausschuss wird in Unterkapitel 4.4 genauer eingegangen.

*„Das Gesundheitsamt konnte in jenen erregten Tagen, als alle Beteiligten in größter Unruhe und noch in völliger Unklarheit über die möglichen Auswirkungen des Calmette-Unglücks waren, es nicht verantworten, sich der Anwendung dieses Mittels, das von interessierter Seite den Eltern als vorzüglich wirksam angepriesen war, zu widersetzen, obwohl schon damals Zweifel über die Wirksamkeit der Antiphthisinbehandlung bestanden und sie auch dadurch, daß Dr. Genter persönlich zur Anwendung seines Geheimmittels nach Lübeck kommen mußte, nicht sympathischer wurde.“<sup>127</sup>*

Selbst wenn also von Beginn an zumindest Unsicherheit, wenn nicht Misstrauen bezüglich dieses Heilmittels bestand, wollte man den Eltern diesen Behandlungsversuch als vielleicht letzten Strohalm nicht nehmen.

Auch zwei der hier dargestellten Betroffenen wurden der Behandlung mit Antiphthisin unterzogen. Bei einem von ihnen ermöglichten seine aus dieser Zeit vorhandenen Unterlagen zumindest einen gewissen Einblick in die Motivation seiner Eltern für diese Behandlung. Er wurde am 16.10.1930 während seines Aufenthalts im Kinderkrankenhaus von der „Calmette-Station“ auf die Station Genters verlegt – offenbar war Genter damals sogar eine eigene Station für seine Behandlungen zugeteilt worden. Die Verlegung auf diese Station geschah auf Wunsch der Eltern des Betroffenen:

*„Unser Kind ist am 16.10.1930 von uns freiwillig der Behandlung des Herrn Dr. Genter zugeführt worden. Es befand sich zur damaligen Zeit im Kinderhospital (Calmette-Abteilung) und wurde, weil wir keine Fortschritte sahen, von uns zur Verlegung auf die Station des Herrn Dr. Genter und zur Behandlung durch diesen bei der Direktion des Kinderhospitals gefordert.“<sup>128</sup>*

Auch wenn diese Quelle mit gewisser Vorsicht zu behandeln ist, da es sich um eine eidesstattliche Versicherung handelt, um die die Eltern offenbar von Genter gebeten

---

<sup>127</sup> Schreiben des Gesundheitsamts der freien und Hansestadt Lübeck, gez. Mehrlein, an den Hohen Senat, Betrifft: Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Lübeck, 30.01.1931 (Unterlagen Interview 12; Schreiben ebenfalls vorhanden im AHL, NSA, Sign. 01898)

<sup>128</sup> Eidesstattliche Versicherung der Eltern des Betroffenen über die unwahren Behauptungen in einem Artikel von Dr. W. Kröner („Warum die Heilung und Ausrottung der Tuberkulose verhindert wird“, 01.02.1931, in „Die Sonne“, Breslau) zu dem Mittel des Berliner Arztes Dr. Genter (Unterlagen Interview 12). Da der Familienname der Eltern sowie der Straßename ihres Wohnorts falsch geschrieben wurden, besteht Grund zu der Annahme, dass es sich um einen von Dr. Genter selbst vorformulierten Text handeln könnte, der den Eltern dann zur Unterschrift vorgelegt wurde. Es ist zumindest als eher unwahrscheinlich anzusehen, dass die Eltern derartige Publikationen aktiv verfolgten und aus eigenem Antrieb diese eidesstattliche Versicherung verfassten. Das Datum der Verlegung aus diesem Schreiben entspricht aber dem der Patientenkurve und auch die Umstände der Verlegung können wohl als korrekt angenommen werden.

Vgl. hierzu auch Protokoll über die Ausschusssitzung am Donnerstag, 4.9.30. abds. 8 Uhr. (Unterlagen Interview 12), in dem erwähnt wird, dass Dr. Genter im Hospital „sein eigenes Zimmer hat“.

wurden oder die er sogar selbst verfasste und ihnen nur zur Unterschrift übersandte, führten die dort genannten oder ähnliche Überlegungen sicher bei mehreren Eltern zu einem Wechsel in die Behandlung Genters. Gerade für einen medizinischen Laien war die rein symptomatische Behandlung seines Kindes – in Ermangelung kausaler Therapien – schwer verständlich. Tägliche Injektionen bedeuteten dagegen eine sicht- und greifbare Behandlung, von der sich bei entsprechender Werbung gerade besorgte Eltern sicher begeistern ließen. Laut einem Bericht des „Lübecker Volksboten“ ging Genters Auftreten dabei allerdings über reine Werbung hinaus: Er habe „wiederholt versucht [...], sich Eltern, die ihre Kinder bei anderen Aerzten in Behandlung hatten, aufzudrängen.“<sup>129</sup> Vielleicht erklärt dieses Verhalten, das in einigen Fällen sicher zum Erfolg führte, auch die zu diesem Zeitpunkt eigentlich überraschende Verlegung des hier dargestellten Betroffenen. Denn zumindest laut seiner Patientenkurve befand er sich im Oktober 1930 schon auf dem Weg der Besserung, beispielsweise zeigte sich wieder eine gute Gewichtszunahme.<sup>130</sup> Mit einer gelungenen Werbung für sein eigenes Mittel mag Genter diese Eltern aber von seiner Behandlung überzeugt haben. Auf der Station Genters erhielt dieser Betroffene laut seiner Patientenkurve täglich zwei Antiphthisin-Injektionen. So behandelte Genter insgesamt eine „größere Anzahl von Kindern mit 100 bis 200 Injektionen“, die meistens täglich durchgeführt und intramuskulär verabreicht wurden – eine für die Säuglinge sehr unangenehme und langwierige Prozedur.<sup>131</sup> Dementsprechend wurde in einem Gutachten der zweiten Betroffenen, die diese Therapie erhalten hatte, bei der Aufzählung ihrer Beschwerden besonders hervorgehoben, dass „das Kind der schmerzhaften Einspritzungskur mit Antiphthisin [sic] unterzogen worden“ sei. Weiterhin wurde hier erwähnt, dass die 1933 erfolgte gutachterliche Untersuchung „durch die grosse Aengstlichkeit des Kindes“ erschwert worden sei.<sup>132</sup> Die Betroffene berichtete selbst von dieser Furcht gegenüber Ärzten:

*„Arztgänge, für meine Mutter war das auch 'ne Qual, weil ich eben einfach zu ängstlich war zuletzt [...] wenn meine Mutter erzählte, dass sie immer nach, mit mir dahin musste, zur Nachuntersuchung, und ich dann schon vorher immer scheinbar gebrüllt*

---

<sup>129</sup> Autor ungenannt: Ärztekonsilium über Dr. Genter, in: Lübecker Volksbote. 1. Beilage (22.11.1930), 37. Jg., Nr. 273, ohne Seitenzahl (Unterlagen Interview 1)

<sup>130</sup> vgl. Patientenkurve vom 14.06.1930 bis zum 02.12.1930 (Unterlagen Interview 12)

<sup>131</sup> Kleinschmidt 1935, S. 398-399. Die Veröffentlichung eines Kollegen Kleinschmidts zeigte, wie unangenehm die Injektionstherapie wohl tatsächlich war. Während sich die Lübecker Säuglinge gegen diese Behandlung nicht wehren konnten, brachen seine erwachsenen, an Tuberkulose erkrankten Patienten diesen Therapieversuch nach deutlich weniger Einspritzungen als in Lübeck ab: „Mehr als 40-44 Injektionen ließ sich keiner von den erwachsenen Kranken gefallen.“ Kleinschmidt 1935, S. 400

<sup>132</sup> Gesundheitliches Gutachten (Unterlagen Interview 9). Bei Mehrfachnennung derselben Archivalien werden hier und im Folgenden analog zur Literatur Abkürzungen verwendet.

*habe [...]. Eben aus Angst. Weil man wohl zu viel mit einem aufgestellt hat [...] ich mochte bloß keinen Menschen mit 'nem weißen Kittel, mein Vater trug ja auch 'nen weißen, als Friseur. [...] Und da haben sie mich dann scheinbar auch immer so ein bisschen mit beruhigt, aber wie gesagt, also, ich muss wohl ganz schön gepiesackt worden sein, dass ich immer Angst hatte, wenn wir ins Krankenhaus kamen“.*<sup>133</sup>

Die Vermutung der Betroffenen, dass sie als Kleinkind viel erdulden musste, traf zumindest auf die Injektionstherapie Genters zu. Denn schließlich wurden die Injektionen in den meisten Fällen täglich und auch langfristig durchgeführt. Deshalb ist es gut vorstellbar, dass eine solche Tortur ein Kind traumatisieren und für sein späteres, ängstliches Verhalten zumindest mitverantwortlich sein könnte. Offenbar zeigten sich viele Eltern aber so zufrieden mit dem Ergebnis der Behandlung, dass den Kindern immerhin die besagten 100 bis 200 Spritzen verabreicht werden konnten.

Das Lübecker Gesundheitsamt stand Genters Verfahren allerdings seit seinem Eintreffen in Lübeck skeptisch gegenüber. Im November 1930 wurden schließlich Maßnahmen zur wissenschaftlichen Auswertung seiner Behandlungsmethode ergriffen. Hans Kleinschmidt, der Hamburger Pädiater und Experte auf dem Gebiet der Tuberkulose, sollte das umstrittene Verfahren begutachten.<sup>134</sup> In Zusammenarbeit mit seiner Assistentin Frau Dr. Böcker untersuchte er deshalb Mitte November 1930 die 29 zu diesem Zeitpunkt von Genter behandelten Säuglinge. Kleinschmidt berichtete, dass die Eltern, sofern sie an den Untersuchungen teilgenommen hätten, sehr zufrieden mit dem Zustand ihrer Kinder gewesen seien und die erfolgreiche Behandlung gelobt hätten. Kleinschmidt selbst erschien ein Großteil der Säuglinge bei der Untersuchung „sehr unruhig“. Diese Beobachtung sei von Genter aber „meist, gleichgültig ob Zähne vorhanden waren oder nicht, [...] auf das ‚Zahnen‘ geschoben“ worden.<sup>135</sup> Kleinschmidt nahm jedoch an, dass die Unruhe der Patienten Genters, die ihm auch im Vergleich mit den anderen geimpften Säuglingen im Kinderkrankenhaus aufgefallen war, außer durch die Tuberkuloseerkrankung als solche vor allem durch die zahlreichen Injektionen hervorgerufen worden sei. Hinsichtlich ihres Gesundheitszustands zeigten sich für Kleinschmidt zwischen den Patienten Genters und

---

<sup>133</sup> Interview 9, Z. 222-224, Z. 240-243, Z. 645-649

<sup>134</sup> Der Pädiater Hans Kleinschmidt war einer der vom Lübecker Staat bereits im Mai 1930 hinzugezogenen Experten auf dem Gebiet der Tuberkulose und von 1924 bis 1931 Inhaber des Lehrstuhls für Kinderheilkunde in Hamburg, von 1931 bis 1944 in Köln und von 1945 bis zu seiner Emeritierung 1953 in Göttingen (vgl. Fischer, Isidor (Hg.): Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte der letzten fünfzig Jahre. Band 1, 2. und 3. unveränderte Aufl., Urban & Schwarzenberg, München 1962, S. 771; vgl. weiterhin Voswinckel, Peter (Hg.): Nachträge und Ergänzungen zum Biographischen Lexikon der hervorragenden Ärzte der letzten fünfzig Jahre. Band 3, Georg Olms Verlag, Hildesheim 2002, S. 794).

<sup>135</sup> Kleinschmidt 1935, S. 399

denen des Kinderkrankenhauses keine Unterschiede. Weiterhin stellte Kleinschmidt fest, dass der genaue Ablauf der Behandlung und etwaige Erfolge anhand der von Genter verfassten Krankengeschichten nicht nachvollziehbar seien und dass die von Genter im Vorfeld als schwierig dargestellte Dosierung des Antiphthisins eher willkürlich geschehe:<sup>136</sup>

*„Herr Dr. Genter erklärt zur Dosierungsfrage, daß er manchmal etwas mehr, manchmal etwas weniger als 0,5 ccm gebe, er richte sich da nach dem Allgemeinzustand [...]. Im ganzen gewinnt man aber nicht den Eindruck, daß die Dosierungsfrage so schwierig und bedeutungsvoll ist, wie angegeben wurde.“<sup>137</sup>*

Der „Lübecker Volksbote“ berichtete weitere Details über die Untersuchung von Genters Heilmittel: Am 20.11.1930 habe Genter im Rahmen einer erneuten Ärztekonzferenz zum Impfungsglück, an der auch der Vorsitzende des Gesundheitsamts teilgenommen habe, über sein Verfahren Auskunft geben sollen – offenbar hatte er bis dahin weder Zusammensetzung noch Wirkprinzip oder Erfolge seiner Erfindung näher erläutert. Da die Öffentlichkeit sich zu diesem Zeitpunkt aufgrund widersprüchlicher Berichterstattung sehr mit seinem Verfahren beschäftigt habe, habe die Lübecker Ärzteschaft bei dieser Gelegenheit genauere Informationen einholen wollen. Genter habe bei dieser Konferenz grob die bereits genannte Mischung seines Heilmittels erläutert, „deren genaue Zusammensetzung und Zubereitung sein Geheimnis“ sei. Weiterhin habe er erklärt, dass es sich um ein nicht spezifisch gegen Tuberkulose wirksames Stärkungsmittel handle. Es habe sich bei dieser Versammlung außerdem herausgestellt, dass Genter keine Erfahrungen mit seinem Mittel bei Säuglingen vorzuweisen habe. Nachdem er den Wunsch geäußert habe, alle seine Patienten einer – in diesen Fällen anscheinend völlig unnötigen – Lumbalpunktion zu unterziehen, habe er vor Beantwortung der restlichen Fragen die Versammlung verlassen.<sup>138</sup>

Bis hierhin ist festzustellen, dass es sich bei Genter vermutlich um einen sogenannten „Quacksalber“ handelte, der die Gunst der Stunde mit seiner Erfindung auszunutzen wusste. Ob er dabei bewusst in betrügerischer Absicht handelte oder nur eine günstige Gelegenheit zur Anwendung seines Mittels wahrnahm, von dessen Wirksamkeit er überzeugt war, lässt sich im Nachhinein kaum mehr feststellen. Dass er mit seiner Behandlung allerdings auch Säuglinge schädigte, lag offenbar an seinen mangelhaften medizinischen Fertigkeiten. Im Calmette-Prozess wurde darauf eingegangen, dass fehlende

---

<sup>136</sup> vgl. Kleinschmidt 1935, S. 399-400

<sup>137</sup> Kleinschmidt 1935, S. 400

<sup>138</sup> Autor ungenannt: Ärztekonsilium über Dr. Genter (Unterlagen Interview 1)

Hygiene bei den Injektionen bei mehreren Kindern zur Abszessbildung an der Einstichstelle geführt habe. Gesunde Säuglinge hätten diese Infektion wohl überstanden. Bei drei bereits an Tuberkulose erkrankten Kindern hätten diese zum Teil sehr ausgedehnten Abszesse jedoch den Eintritt des Todes beschleunigt. Eines von ihnen war Günther Pangels, der Sohn des damaligen Vorsitzenden des Elternausschusses. Genter habe damals erst gezeigt werden müssen, „wie man ohne Gefahr der Blutvergiftung eine Injektion zu machen hat. Dr. Genter säuberte weder die Haut sorgfältig, noch seine Spritze.“<sup>139</sup> Außerdem war er offenbar aufgrund einer „unsachgemäß ausgeführte[n] Operation“, die der Berichterstatter nicht näher erläuterte, verantwortlich für die Beinverkürzung eines der geimpften Säuglinge.<sup>140</sup> Obwohl diese Erkenntnisse in der Presse veröffentlicht und damit auch für die betroffenen Eltern zugänglich gemacht wurden, wurde Genter laut Berichterstattung des „Lübecker General-Anzeigers“ trotzdem noch von einigen Eltern zum Retter stilisiert: Auf einer Elternversammlung zur selben Zeit hätten einige Eltern weiterhin „Dr. Genter in Schutz [genommen], der allein ihre Kinder vom Tode gerettet habe“.<sup>141</sup> Genter wurde letztlich „nachgewiesen, daß er nicht mit der nötigen Vorsicht (Asepsis) seine Injektionen gemacht hatte“, und er wurde am 19.06.1933 zu einer zweimonatigen Gefängnisstrafe „wegen fahrlässiger Körperverletzung“ verurteilt.<sup>142</sup> Kleinschmidt kam in seinem Gutachten über die Antiphthisin-Behandlung zu dem Ergebnis, dass sie bei Wahrung der Asepsis zwar unschädlich, aber auch unnötig gewesen sei, da sie im Vergleich keine besseren Behandlungsergebnisse erzielt habe.<sup>143</sup> Abgesehen davon, dass Genters Injektionen offensichtlich nutzlos und seine ärztlichen Fertigkeiten ungenügend waren, kam seine „Beteiligung bei der Behandlung der Calmettekinder Lübeck teuer zu stehen“. Aufgrund täglicher oder sogar zweimal täglicher Verabreichung des Mittels, vieler deshalb durchzuführender Hausbesuche und dementsprechender Kilometergelder – offenbar behandelte Genter seine Patienten sowohl stationär als auch ambulant – hätten sich die „ihm tarifmäßig zugeflossenen Gebühren“

---

<sup>139</sup> Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 19. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (07.11.1931), 50. Jg., Nr. 261, S. 5 (Unterlagen Interview 1)

<sup>140</sup> Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 22. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (12.11.1931), 50. Jg., Nr. 265, S. 5 (Unterlagen Interview 1)

<sup>141</sup> Autor ungenannt: Große Calmette-Elternversammlung, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (12.11.1931), 50. Jg., Nr. 265, S. 7 (Unterlagen Interview 1)

<sup>142</sup> Kleinschmidt 1935, S. 399. Warum die Verurteilung erst 1933, drei Jahre nach dem Impfunglück, erfolgte, führte Kleinschmidt nicht näher aus.

<sup>143</sup> vgl. Kleinschmidt 1935, S. 400

Ende Januar 1931 auf 46.832,85 [!] Reichsmark belaufen.<sup>144</sup> Diese Summe sei zustande gekommen, obwohl „ihm (unter Ablehnung seiner erheblich weitergehenden Forderungen) nur die Mindestsätze der Preußischen Gebührenordnung zugebilligt“ worden seien. Der Betrag stünde „in keinem Verhältnis zu den Liquidationen der Lübecker Ärzte“ – beispielsweise erhielt das Allgemeine Krankenhaus gemeinsam mit dem Kinderhospital laut derselben Abrechnung bis Ende Januar 1931 25.764,76 Reichsmark, also nur gut die Hälfte von Genters Honorar.<sup>145</sup>

Laut dem Bericht des Gesundheitsamts habe Genter Lübeck am 25.01.1931 verlassen, aber angekündigt, dass er im Frühjahr 1931 noch einmal „zu einer ‚Nachkur‘ mit Antiphthisin“ zurückkehren müsse.<sup>146</sup> Ob jene Nachkur noch stattfand oder Lübeck dieses Vorhaben zu verhindern wusste, ging aus den vorliegenden Dokumenten nicht hervor. Das Gesundheitsamt lehnte aber zumindest einen Antrag ab, in dem die Eltern des einen der beiden mit Antiphthisin behandelten Zeitzeugen um Kostenübernahme für eine Weiterbehandlung ihres Kindes durch Genter in Berlin baten. Das Kind blieb daraufhin in Lübeck.<sup>147</sup> Dies war vermutlich der Schlussstrich unter der „Affäre Genter“.

### **4.3 Durchuntersuchungen aller geimpften Kinder – Staatliche Fürsorge**

In den Monaten Mai bis Juli 1930 starben über 50 geimpfte Kinder an den Folgen ihrer Tuberkuloseinfektion.<sup>148</sup> Ausgehend von einer einheitlichen Krankheitsursache war zu dieser Zeit zu befürchten, dass sich die Katastrophe immer weiter fortsetzen und schließlich allen Geimpften das Leben kosten würde.<sup>149</sup> Dementsprechend wichtig war es, eine Übersicht über alle betroffenen Kinder zu erlangen. Der damalige Leiter der Tuberkulosefürsorgestelle, Dr. Hermann Jannasch, hatte zu diesem Zweck bereits eine

---

<sup>144</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12). Zum Vergleich: Der Vertrauensarzt des Lübecker Gesundheitsamts erhielt für seine Tätigkeit vom 19.08.1930 bis zum 27.01.1931 4.134,70 RM. Zu seinem Aufgabengebiet gehörte z. B. die Begutachtung der Anträge auf Heilfürsorge beim Calmette-Ausschuss, weiterhin beteiligte er sich an der Führung einer genauen Krankengeschichte der geimpften Kinder (vgl. Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)).

<sup>145</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>146</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>147</sup> vgl. Auszug aus der Krankenakte vom 20.12.1930-24.01.1931 [Autor vermutlich Dr. Genter oder ein Mitarbeiter, da letzter Eintrag bezüglich Ausscheidens des Betroffenen aus Genters Behandlung] (Unterlagen Interview 12)

<sup>148</sup> vgl. Moegling, S. 9, Tabelle 5

<sup>149</sup> vgl. Moegling, S. 10



vollständige Liste aller geimpften Säuglinge erstellt und mit Unterstützung seiner Mitarbeiter wöchentlich Auskünfte über ihren Gesundheitszustand von den praktischen Ärzten und dem Kinderhospital eingeholt.<sup>150</sup> Um bei einer eher ungewöhnlichen Erkrankung wie der Säuglings- bzw. Fütterungstuberkulose und bei etwa 30 behandelnden Ärzten eine „einheitliche Beurteilung“ der Krankheitsbilder zu ermöglichen, wurde allerdings eine „systematische Durchuntersuchung von einer Stelle aus“ erforderlich.<sup>151</sup> Dr. Albert Moegling wurde mit dieser Aufgabe betraut und untersuchte zwischen dem 01.07. und 31.09.1930 in Zusammenarbeit mit der Lübecker Tuberkulosefürsorgestelle alle bis dahin am Leben gebliebenen Geimpften mehrfach, zuerst gemeinsam mit den behandelnden Ärzten in ihrer Praxis, später auch zuhause bei den Betroffenen. Die Hausbesuche gaben ihm die Gelegenheit, Einblick in die Lebensumstände der geimpften Kinder zu gewinnen und Vorgeschichte und Krankheitsverlauf genauer zu besprechen.<sup>152</sup> Die erste dieser Durchuntersuchungen im Juli 1930 sorgte für eine sehr erfreuliche und wichtige Erkenntnis, denn sie widerlegte die Befürchtung, dass schließlich alle geimpften Säuglinge der Tuberkulose erlügen. Vielmehr kam man dort zu dem „überraschenden Ergebnis der außerordentlichen Verschiedenartigkeit der Krankheitsbilder“.<sup>153</sup> Zu diesem Zeitpunkt zeigten mehrere Kinder keine oder nur leichte Krankheitserscheinungen, ihre Prognose war damit eher günstig. Bereits durch diese Untersuchung wurde also deutlich, dass nicht alle Geimpften in derselben Weise geschädigt worden sein konnten. Auffällig war dabei, dass Säuglinge, die Impfstoff aus einer Charge bzw. Tagesproduktion erhalten hatten, ähnlich schwere oder auch leichte Symptome zeigten und manche Zubereitungen deutlich „giftiger“ als andere gewesen sein mussten.<sup>154</sup> Die Ergebnisse der Untersuchungen wurden dokumentiert und archiviert und die Geimpften auf dieser Grundlage in sechs Gruppen entsprechend ihrem Krankheitsbild eingeteilt – von Gruppe I mit schwerstkranken Kindern mit sehr schlechter Prognose bis Gruppe VI mit Kindern ohne Anzeichen einer Tuberkuloseinfektion. Als Grundlage für weitere „Fürsorgemaßnahmen“ und zur Klärung einer möglichen „Beeinflussung der Erkrankung durch die Umweltverhältnisse“ wurden außerdem die „Familien-, Versicherungs-, Einkommens- und Wohnungsverhältnisse“ betrachtet und die Umweltverhältnisse anhand dessen ebenfalls in Gruppen von „sehr gut“ bis „schlecht“ eingeteilt.<sup>155</sup>

---

<sup>150</sup> vgl. Moegling, S. 1

<sup>151</sup> Moegling, S. 1

<sup>152</sup> vgl. Moegling, S. 1-2

<sup>153</sup> Moegling, S. 11

<sup>154</sup> vgl. Moegling, S. 10-11

<sup>155</sup> Moegling, S. 5

Ab Ende September 1930 übernahmen Hans Kleinschmidt und seine Assistentin Böcker von Moegling „die weitere systematische Überwachung und Untersuchung“ der geimpften Kinder.<sup>156</sup> Diese „Oberleitung über die Calmettekinder“ sollte Kleinschmidt für die nächsten Jahre innehaben.<sup>157</sup> Eine derartige Überwachung der Geimpften hielt nicht nur Lübeck für sinnvoll, sondern sie war auch nach Ansicht des damaligen Präsidenten des Reichsgesundheitsamts, Dr. Hamel, für die nächsten Jahre dringend geboten. Bei einer protokollierten Besprechung mit Mitgliedern der Lübecker Bürgerschaft in Berlin machte er dies deutlich:

*„Die geimpften Kinder seien, selbst wenn sie klinisch keine Krankheitserscheinungen zeigten, noch auf Jahre hinaus als Sorgenkinder zu betrachten und dementsprechend zu überwachen und zu betreuen. In dieser Hinsicht habe ja auch bereits der Staat Lübeck in weitgehendstem Maße seine Hilfe zugesichert.“*<sup>158</sup>

Die Nachwirkungen der Infektion mit Tuberkulose auf die Säuglinge waren also selbst von offiziellen Stellen nicht einzuschätzen. Für die betroffenen Eltern bedeuteten die Erkenntnisse der Durchuntersuchungen deshalb zwar eine gewisse Beruhigung, aber die Sorge vor einem erneuten Ausbruch der Tuberkulose begleitete sie sicherlich noch über einige Monate oder gar Jahre. Angesichts dieser drohenden Gefahren mussten die geimpften Säuglinge möglichst umfassend bei der Gesundung unterstützt oder ihr momentan guter Gesundheitszustand aufrechterhalten werden. Dafür ergriff der Lübecker Staat diverse Maßnahmen, die über die rein medizinische Versorgung der Geimpften im Krankenhaus oder durch niedergelassene Kinderärzte hinausgingen. Die Situation der betroffenen Kinder sollte beispielsweise in Hinblick auf ihre Ernährung und die häusliche Umgebung verbessert werden, die entstehenden Kosten sollte der Lübecker Staat übernehmen.

Das Lübecker Gesundheitsamt wurde am 21.05.1930 vom Senat dazu ermächtigt, „zweckentsprechende Hilfe“ zu organisieren und zu leisten, „ohne damit der Regelung weitergehender eigentlicher Schadensersatzansprüche vorzugreifen“. Die Kosten für die Behandlung der erkrankten Kinder sollten zunächst die jeweiligen Krankenkassen tragen. Für Aufwendungen, die außerhalb ihrer „satzungsmäßigen Krankenkassenleistungen“ lagen, sollte der Lübecker Staat aufkommen, ebenso für alle Nichtversicherten.<sup>159</sup> Das

---

<sup>156</sup> Moegling, S. 5

<sup>157</sup> Schreiben des Senats an den Reichsminister des Innern, AHL, NSA, Sign. 01901

<sup>158</sup> Niederschrift der Besprechung im Reichsgesundheitsamt am 23.06.1930, AHL, NSA, Sign. 01897

<sup>159</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

Überleben der geimpften Säuglinge stand dabei für Regierung und Verwaltung im Vordergrund:

*„Alle Beteiligten waren sich darin einig, daß es in erster Linie darauf ankam, alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, die die Rettung der erkrankten und gefährdeten Kinder zu fördern geeignet wären. Dabei sollten auch zweckdienliche Hilfsmaßnahmen für die Mütter der in Frage kommenden Säuglinge und für etwa angesteckte oder gefährdete Angehörige nicht vergessen werden.“<sup>160</sup>*

Zur Durchführung der geplanten Maßnahmen wurde der „Calmette-Ausschuß beim Gesundheitsamt“ gegründet. Er bestand aus „einem Kinderarzt, einem Vertreter der Elternschaft, dem juristischen Oberbeamten beim Gesundheitsamt und dem Kassenverwalter der Behörde für die innere Verwaltung“. Außerdem waren noch Vertreter der Krankenkassen und des Jugendamts beteiligt.<sup>161</sup> Es wurden Richtlinien zur Durchführung der Heilfürsorge entworfen, die den Rahmen für die Tätigkeit des Ausschusses festsetzen sollten. Sie umfassten

*„für die Kinder freie ärztliche Behandlung, freie Arznei, Heilmittel und etwa erforderliche elektro-physikalische Heilmethoden, Röntgenuntersuchungen, sowie Krankenhausbehandlung einschließlich der Transportkosten, ferner die Fahrtkosten zum Arzt und die Fahrtkosten für die Mutter (ins Kinderhospital) zwecks Stillens; [...] auf Antrag und nach Prüfung von Fall zu Fall [...] die Kosten für notwendige häusliche Pflege [...], Heil- und Pflegemittel für die Mutter des kranken Kindes; ebenso sollten gegebenenfalls auch (obwohl dies streng genommen über eigentliche Fürsorge hinausging) die Beerdigungskosten gemäß Entscheidung des Ausschusses erstattet werden.“<sup>162</sup>*

---

<sup>160</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>161</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>162</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12). Unter die genannten elektro-physikalischen Heilmethoden fiel vermutlich die bei einigen Kindern durchgeführte Höhensonnenbestrahlung (vgl. Kleinschmidt 1935, S. 405), die auch einer der hier dargestellten Betroffenen erhielt (vgl. z. B. die Bewilligung von „12 Bestrahlungen mit Höhensonne“ in einem Schreiben vom Calmette-Ausschuß beim Gesundheitsamt an [Vater des Betroffenen], Lübeck, 17.11.1931 (Unterlagen Interview 10)). Sollten Röntgenaufnahmen statt im Allgemeinen Krankenhaus außerhalb Lübecks durchgeführt werden, war eine zusätzliche Genehmigung erforderlich (vgl. Postkarte von Rechtsanwälten Dres. Wittern und Munck an [Vater des Betroffenen] zur Ausnahmegenehmigung einer Röntgenaufnahme in [Wohnort des Betroffenen] durch den Calmette-Ausschuß, 02.01.1933 (Unterlagen Interview 10)).

Zur Wahrung der Anonymität wurden in diesen und sämtlichen weiteren in dieser Arbeit verwendeten Archivalien Namen und Ortsbezeichnungen entfernt, die Rückschlüsse auf die Gesprächspartner zulassen könnten.

Die geplanten Fürsorgemaßnahmen und Richtlinien wurden den Eltern vom Gesundheitsamt in Form von Handzetteln bzw. Flugblättern bekanntgegeben: Im ersten Flugblatt vom 05.06.1930 (Abb. 3), das „An die Eltern der nach Calmette behandelten Kinder!“ gerichtet war, wurden die Eltern darüber informiert, dass im Kinderkrankenhaus eine Abteilung für gesunde geimpfte Kinder zur Verfügung gestellt worden sei. Dort könnten die Säuglinge kostenlos und auch zusammen mit ihren Müttern aufgenommen werden, „falls die häuslichen Verhältnisse es erfordern“. Außerdem informierte das Gesundheitsamt die Eltern, dass sie sich um die diversen entstehenden Behandlungskosten nicht zu sorgen bräuchten, da sie vermutlich sämtlich vom Lübecker Staat übernommen würden. Entsprechende Richtlinien zur Kostenübernahme sollten in den folgenden Tagen veröffentlicht werden. Genauere Auskünfte könnten auch die „Bezirksfürsorgerinnen“ bei ihren wöchentlichen Hausbesuchen geben. Vermutlich handelte es sich bei diesen Hausbesuchen um die regelmäßigen Kontrollen des Gesundheitszustands der geimpften Säuglinge durch Mitarbeiter der Tuberkulosefürsorgestelle.

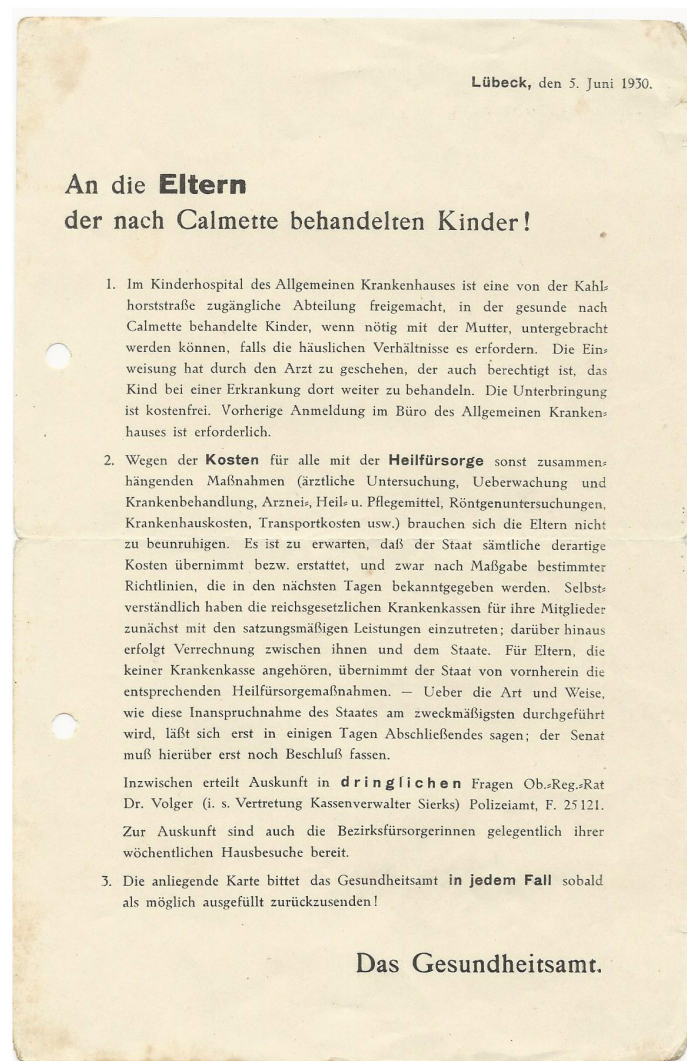


Abb. 3: Flugblatt „An die Eltern der nach Calmette behandelten Kinder!“ vom Lübecker Gesundheitsamt

Wenige Tage später, am 12.06.1930, übersandte der neu gegründete „Calmette-Ausschuß beim Gesundheitsamt“ den Eltern die entsprechenden, vom Senat erlassenen Richtlinien „für die Durchführung der Heilfürsorge“. Erneut wurde in diesem Schreiben auf die Möglichkeit einer stationären Aufnahme der geimpften Kinder hingewiesen, die auch einer Ansteckung von Geschwisterkindern vorbeugen könne. Die Kosten für eine in dieser Zeit eventuell benötigte „Hauspflegerin oder Aushilfe“ übernehme ebenfalls der Lübecker Staat. Außerdem wurde betont, dass der Staat den Eltern so weit möglich „in der Durchführung der Heilfürsorge“ helfen wolle und Eltern, die diese Hilfe nicht annehmen wollten, selbst eine „große Verantwortung“ übernähmen. Sollten Anträge der Eltern über den in den Richtlinien festgesetzten Rahmen hinausgehen, so müssten sie im Vorhinein vom Calmette-Ausschuss bewilligt werden. Die Organisation der Fürsorgeleistungen sollte dabei grobenteils den Krankenkassen und nur für die Nichtversicherten der „Behörde für Arbeit und Wohlfahrt“ obliegen. Der Calmette-Ausschuss selbst sollte nur in bestimmten Fällen direkt entscheiden, z. B. bezüglich der Übernahme von Beerdigungskosten.<sup>163</sup> Diese Praxis der zwischengeschalteten Vermittlung über die Krankenkassen erscheint umständlich und wurde – zumindest für die „Deutsche Angestellten-Krankenkasse“, vermutlich aber für alle Krankenkassen – ab dem 01.04.1931 fallengelassen. Von da an sollte der Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt alle „Fürsorgeanträge“ direkt selbst bearbeiten.<sup>164</sup>

Von diesen Fürsorgemaßnahmen waren den Gesprächspartnern insbesondere die zusätzlichen Nahrungsmittel im Gedächtnis geblieben, die die Betroffenen als Heil- und Stärkungsmittel auf Staatskosten erhielten. Eine reichhaltige Ernährung sollte in Ermangelung kausaler Therapien die Abwehrkräfte stärken und die Ausheilung der Tuberkulose fördern – ein gut genährter Körper war besser in der Lage, die Erreger in Schach zu halten.<sup>165</sup> Mehrere der Gesprächspartner erzählten in diesem Zusammenhang von der damals schwierigen wirtschaftlichen Situation ihrer Familien. Die zusätzlichen fett- und energiereichen Lebensmittel wie Milch, Butter und Eier waren in Zeiten der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit, die sich im Kleinen auch in Lübeck

---

<sup>163</sup> Flugblatt „An die Eltern der nach Calmette behandelten Kinder!“ vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt, Lübeck, 12.06.1930 (Unterlagen Interview 1 und 10). Diese beiden Flugblätter bezüglich der Fürsorgemaßnahmen sind die einzigen, die sich erhalten haben. Ob es noch weitere gab, ist unklar. Beide Gesprächspartner besaßen aber nur die gleichen zwei Flugblätter, sodass die Existenz weiterer eher unwahrscheinlich ist.

<sup>164</sup> Schreiben der Deutschen Angestellten-Krankenkasse „An die Calmette-Eltern“, Lübeck, 02.04.1931 (Unterlagen Interview 1)

<sup>165</sup> Auf gute Ernährung wurde damals auch in den Lungensanatorien in der Schweiz und anderswo Wert gelegt. Thomas Mann stellte diese Behandlungsform in seinem Roman „Der Zauberberg“ besonders anschaulich dar.

widerspiegeln, eine bedeutende Ergänzung. Dass selbst scheinbar kleine Zugaben wie eine wöchentliche Butterrations so wichtig waren, verdeutlicht die angespannte finanzielle Lage einiger Familien. Offenbar wären diese Familien selbst nicht imstande gewesen, ihren Kindern diese zusätzlichen Lebensmittel zu kaufen. Ein Betroffener berichtete außerdem davon, dass seine Eltern aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage erst lange nach seiner Geburt hätten heiraten können:

*„Dann habe ich dann, nun weiß ich nicht, wöchentlich, monatlich, immer ein halbes Pfund Butter bekommen, als Unterstützung.“ [...] (Ehefrau: „Weil sein Vater arbeitslos war, haben sie ja auch nicht geheiratet.“) [...] „Dann kam die Arbeitslosenzeit und [...] 1934, da hat mein Vater dann erst Arbeit bekommen. [...] Und da haben die geheiratet erst“.*<sup>166</sup>

Auch die Tochter einer Betroffenen erzählte von der Arbeitslosigkeit ihres Großvaters und betonte, wie bedeutsam deshalb die zusätzlichen Lebensmittel für ihre Großeltern gewesen seien:

*„Ja, ansonsten weiß ich, dass sie dann Butter, Milch, was weiß ich, kriegten sie zugeteilt, also besondere Rationen für diese Kinder [...]. Sie haben erzählt, dass sie froh über diese Sonderrationen waren, in Form von Lebensmitteln oder so, weil die Zeit wohl ja auch nicht so gut war, mein Großvater war teilweise wohl auch arbeitslos“.*<sup>167</sup>

Dass ihre Eltern finanziell ohnehin schon in einer schwierigen Situation gewesen seien, berichtete die jüngere Schwester eines geimpften Zwillingspaars. Insbesondere ihre Mutter sei durch die Erkrankung ihrer Zwillingstöchter und die ständigen Besuche im Kinderkrankenhaus stark belastet gewesen:

*„Meine Mutter [ist] laufend in die Klinik gefahren, die hatte ja einen Säugling schon von einem Jahr [...]. Die hatte also echt was um die Ohren. [...] erstmal ging das meinen Eltern ja finanziell ganz schlecht und ich weiß überhaupt nicht, wie meine Mutter überhaupt ins Krankenhaus, die ist ja zum Stillen immer ins Krankenhaus gefahren, und das jeden Tag, ich weiß gar nicht, wie die da hingekommen ist.“*<sup>168</sup>

Die Kosten für diese Fahrten zum Stillen müssten gemäß den Fürsorgerichtlinien vom Staat übernommen worden sein. Dass diese Familie angesichts ihrer schwierigen finanziellen Situation noch weitere Formen der Unterstützung erhielt, war bereits im Rahmen des Gesprächs anzunehmen und ließ sich im Nachhinein bestätigen: Laut einer Kostenübersicht über die laufenden Ausgaben für die geimpften Kinder wurden den

---

<sup>166</sup> Interview 5, Z. 13-14, Z. 110-116

<sup>167</sup> Interview 8, Z. 56-58, Z. 197-200

<sup>168</sup> Interview 14, Z. 12-15, Z. 175-178, Z. 415-418

Zwillingen bzw. ihrer Familie sogar noch 1937 ein Mietzuschuss in Höhe von 1,50 Reichsmark, ein halber Liter Milch täglich, ein halbes Pfund Butter wöchentlich und eine Reichsmark wöchentlich für Obst und Gemüse zur Verfügung gestellt.<sup>169</sup> Diese Unterstützungen wurden mit Sicherheit seit 1930 in dieser oder vielleicht sogar noch weiter reichenden Form gewährt. Dass die Zwillinge sie noch 1937 erhielten – also zu einem Zeitpunkt, an dem die akuten Erkrankungen sämtlich abgeklungen waren – hatte neben der Verhütung eines erneuten Krankheitsausbruchs sicher mit der schwierigen finanziellen Situation ihrer Eltern zu tun.<sup>170</sup> Die Familie hatte sich in diesen Jahren außerdem noch um weitere Geschwister vergrößert.

Laut einem Schreiben des Lübecker Senats erhielt ein Betroffener, der seine Eltern ebenfalls als „nicht betucht“ beschrieben hatte, noch im November 1933 die fettreichen zusätzlichen Nahrungsmittel Butter und Milch – „und zwar in Gutscheinen für täglich 1/2 Liter Milch, wöchentlich 1/2 Pfund Butter“ – sowie wöchentlich zwei Reichsmark für Obst und Gemüse. Statt der Milch hätte ihm auch ein Ei täglich zugestanden. Außerdem wurden zumindest bis zu diesem Zeitpunkt die Kosten für „Waschmittel und Waschfeuerung“ übernommen; ob eine weitere Bewilligung möglich sei, wurde 1933 geprüft.<sup>171</sup> Auch dieser Betroffene wurde mindestens bis 1937 mit Milch, Obst und Gemüse unterstützt und seine Familie erhielt einen Mietzuschuss von 9,72 Reichsmark.<sup>172</sup> In den Unterlagen von zwei weiteren Gesprächspartnern fanden sich ebenfalls Schreiben zur Beantragung und Genehmigung zusätzlicher Nahrungsmittel für Kind und stillende Mutter und auch ein Schiedsspruch zur Kostenerstattung für bereits erworbene zusätzliche Lebensmittel für das

---

<sup>169</sup> vgl. Übersicht der Ausgaben für Calmettefälle, Hauptverwaltung an Finanz- und Sozialverwaltung, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>170</sup> Denn bereits „1933 konnte bei allen 174 überlebenden, mit Ausnahme von 6 Kindern mit Dauerschäden, die Tuberkulose als klinisch latent bezeichnet werden“ (Moegling, S. 11).

<sup>171</sup> Interview 12, Z. 442-443; Schreiben vom Senat, Abt. VI, Sozialverwaltung, an Herrn Rechtsanwalt Dr. Wittern, Betr. Calmettesachen [*Name des Betroffenen und weiterer Name*], Lübeck, 20.11.1933 (Unterlagen Interview 12)

<sup>172</sup> vgl. Übersicht der Ausgaben für Calmettefälle, Hauptverwaltung an Finanz- und Sozialverwaltung, AHL, NSA, Sign. 01900

geimpfte Kind.<sup>173</sup> Von dieser Fürsorgeleistung wurde also zumindest unter den hier dargestellten Betroffenen häufig Gebrauch gemacht. Schließlich war die gute und reichliche Ernährung ihrer Kinder auch eine Therapiemaßnahme, die die jeweiligen Eltern selbst einfach umsetzen konnten. Dass sie darauf verständlicherweise besondere Mühe verwandten und dabei manchmal „zu einer Überschätzung des Körpergewichts“ gelangten und „des Guten entschieden zuviel“ taten, stellte Kleinschmidt – für ihn wenig verwunderlich – bereits im Rahmen seiner Durchuntersuchungen fest.<sup>174</sup> Diese Beurteilung traf offensichtlich auch auf einen der hier dargestellten Betroffenen zu, den seine Eltern aus Sorge um seine Gesundheit anscheinend geradezu überfütterten.<sup>175</sup>

Eine weitere Fürsorgeleistung des Lübecker Staates, nämlich die Möglichkeit, bei häuslicher Pflege des erkrankten Kindes eine Haushaltshilfe zu erhalten, nutzten zumindest

---

<sup>173</sup> vgl. z. B. Ärztliche Bescheinigung von Dr. med. Harms, Prakt. Arzt, für [*Mutter des Betroffenen*] vom 19.05.1931, laut der sie, „die ihr Calmette-krankes Kind noch 1x tägl. stillt [...] Wöchentlich: 1/2 Pfund Butter, 3 Mk. für Obst und Gemüse. Täglich: 1/2 Liter Milch“ benötige; Schreiben vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt an [*Vater des Betroffenen*] u. a. zur Weiterbewilligung der Haushaltshilfe, Lübeck, 04.05.1931, dort Nahrungsmittel für das Kind mit wöchentlich 3 RM „für Gemüse, Obst; 1/2 Pfund Butter; täglich 1/2 Liter Milch bewilligt. Wir bitten Sie daher, ab 4.5. Rechnungen über Lebensmittel in dieser Höhe einzusenden.“ (beide Unterlagen Interview 10); vgl. weiterhin Schiedsspruch in Sachen [*Vater des Betroffenen*], Klägers, vertreten durch die Rechtsanwälte Dren. Wittern und Munck zu Lübeck, wider den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde in Lübeck, Beklagten, vertreten durch die Rechtsanwälte Dren. v. Brocken, Ihde, Boettcher zu Lübeck, Reg. Nr. 86, Lübeck, 02.05.1933 (Unterlagen Interview 1). Mit diesem Schiedsspruch wurde der Lübeckische Staat zur Erstattung von Aufwendungen in Höhe von 80 RM für „eine besonders kräftige Verpflegung des Kindes (Obst und Gemüse, Butter und Milch)“ von Ende Oktober 1931 bis einschließlich Juni 1932 verurteilt.

<sup>174</sup> Kleinschmidt 1935, S. 405

<sup>175</sup> vgl. Urteil in Sachen des minderjährigen [*Name des Betroffenen*], vertreten durch seinen gesetzlichen Vertreter, den Arbeiter [*Vater des Betroffenen*], Kläger, Prozessbevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. Wittern, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch den Senat, Abt. IV, Beklagten, Prozessbevollmächtigte Rechtsanwälte Dres. Währer und Munck in Lübeck, wegen Schadensersatzes, erste Zivilkammer des Landgerichts der freien und Hansestadt Lübeck und des oldenburgischen Landesteils Lübeck zu Lübeck, verkündet am 17.10.1934 (Unterlagen Interview 12): Laut diesem Urteil wurde den Eltern nach dem Unglück mitgeteilt, „dass eine reichliche Ernährung den Widerstand der erkrankten Kinder gegen den Krankheitserreger sehr zu stärken in der Lage“ sei. Diese Aussage nahmen die Eltern des Betroffenen anscheinend sehr ernst und fütterten ihren Sohn aus Sorge um seinen Gesundheitszustand zusätzlich zu den ohnehin vom Lübecker Staat bereitgestellten Lebensmitteln noch mit weiteren stärkenden Nahrungsmitteln wie Eiern und Butter. Medizinalrat Dr. Glawatz sagte im Verfahren um die Kostenerstattung als Sachverständiger aus, dass „die dem Kinde nach der Aussage der Mutter zugeführte Nahrungsmenge auch das, was subjektiv von den Eltern noch für richtig gehalten werden könne“, überstiegen habe. Dem Gericht erschien es jedoch plausibel, dass sie dies aus vielleicht übertriebener, aber verständlicher Sorge um ihr Kind taten. Es sei „begreiflich, wenn die Eltern, die diese Krankheit des Kindes erleben mussten, ein Misstrauen gegen die Anordnung von Ärzten haben, da die Calmette-Fütterung selbst durch Ärzte angeordnet war“. Die Eltern seien bei den Zusatznahrungsmitteln „menschlich durchaus verständlich“ über das von Dr. Glawatz „objektiv für richtig Gehaltene“ hinaus gegangen. Sie hätten wohl nicht „leichtfertig aus dem Vollen geschöpft“, da ihnen allein die „vorläufige Geldausgabe“ bei fünf weiteren minderjährigen Kindern „sicherlich nicht leicht geworden“ sei. Dementsprechend würden die Kosten bis Ende des Jahres übernommen, ab dann seien bei deutlich gebessertem Gesundheitszustand „im wesentlichen die Anordnungen des Amtsarztes zu befolgen“.



zwei der hier dargestellten Familien: Eine von ihnen beschäftigte bis November 1931 eine Haushaltshilfe; ihr genauer Arbeitsbeginn ließ sich nicht feststellen, muss aber vor November 1930 gelegen haben.<sup>176</sup> Die andere Familie hatte von Juni 1930 bis Juni 1931 Unterstützung durch eine Haushaltshilfe.<sup>177</sup> Diese Unterstützung musste offenbar jeden Monat neu beantragt und ihre Notwendigkeit begründet werden – ein entsprechend umfangreicher Schriftverkehr zwischen Familienvater und Calmette-Ausschuss fand sich in den Unterlagen der Gesprächspartnerin.<sup>178</sup> Im Dezember 1930 bat ihr Vater z. B. um weitere Genehmigung, da sein Sohn immer noch krank und seine Frau durch die Pflege „stark mit Arbeit überlastet“ sei. Sein Sohn müsse außerdem, „sobald die Witterung es zulässt an die frische Luft gebracht werden“.<sup>179</sup> In dieser Familie wurde die Haushaltshilfe ab Mitte Juni 1931 nicht mehr benötigt, weil sich das geimpfte Kind von da an im Sanatorium aufhielt.<sup>180</sup> Nach seiner Rückkehr beschäftigte die Familie von November 1931 bis Juni 1932 eine Waschfrau und klagte später auf Erstattung der Kosten von 40 Reichsmark. Der Lübecker Staat musste diese schließlich übernehmen, weil das geimpfte Kind auf Anordnung seiner Kinderärztin eine Art häusliche Liegekur machen und dafür „bei gutem Wetter mehrere Stunden am Tage bei geöffnetem Fenster liegen“ sollte. Seine Mutter habe ihn dabei überwachen müssen und sich in dieser Zeit nicht um ihren Haushalt kümmern können.<sup>181</sup>

Aus diesem Fall lässt sich schließen, dass die Fürsorgeleistungen 1931 und 1932 anscheinend nicht mehr so bereitwillig gewährt wurden wie direkt nach dem Unglück.

---

<sup>176</sup> vgl. z. B. Schreiben vom Jugendamt an [*Vater des Betroffenen*] zur Bewilligung einer Haushaltshilfe vom Calmetteausschuss „zu den bisherigen Bedingungen“ für November 1930, Lübeck, 12.11.1930; Schreiben vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt an [*Mutter des Betroffenen*] zur Erstattung von je 20 RM für Dezember 1930 und Januar 1931 für eine Haushaltshilfe, Lübeck, 17.02.1931; Schreiben vom Calmette-Ausschuss an [*Vater des Betroffenen*] u. a. zur Weiterbewilligung der Haushaltshilfe, 04.05.1931; Schreiben vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt an [*Vater des Betroffenen*], dass Weiterbewilligung einer Haushaltshilfe ab jetzt abgelehnt sei, Lübeck, 17.11.1931 (sämtlich Unterlagen Interview 10)

<sup>177</sup> vgl. Zeugnis für [*Vor- und Zuname des Tagesmädchens*], geb. 05.04.1915, vom 01.06.1930 bis zum 15.06.1931 als Tagesmädchen zur Aufsicht für das einjährige Kind angestellt, Lübeck, 17.06.1931 (Unterlagen Interview 1)

<sup>178</sup> vgl. z. B. Schreiben vom [*Vater des Betroffenen*] an den Calmette-Ausschuss wegen Weiterbeschäftigung der Haushaltshilfe und dementsprechend weiterer Bezuschussung, da Gesundheitszustand des Sohnes noch nicht gebessert, Lübeck, 02.04.1931; Mitteilung des Calmette-Ausschusses beim Gesundheitsamt an [*Vater des Betroffenen*] wegen der Kostenübernahme für eine Haushaltshilfe im April, Lübeck, 11.04.1931 (beide Unterlagen Interview 1)

<sup>179</sup> Schreiben vom [*Vater des Betroffenen*] an den Calmette-Ausschuss wegen Weiterbeschäftigung der Haushaltshilfe, Lübeck, 31.12.1930 (Unterlagen Interview 1)

<sup>180</sup> vgl. Schreiben des Calmette-Ausschusses beim Gesundheitsamt an [*Vater des Betroffenen*] wegen Bewilligung der Kosten für eine Haushaltshilfe (7 RM wöchentlich) „für Monat Juni, eventl. bis zur Verschickung“, Lübeck, 04.06.1931 (Unterlagen Interview 1)

<sup>181</sup> Schiedsspruch in Sachen [*Vater des Betroffenen*] gegen den Lüb. Staat, Reg. Nr. 86, Lübeck, 02.05.1933 (Unterlagen Interview 1)

Stattdessen mussten sie zum Teil erst ausführlich begründet und schließlich vor Gericht erstritten werden. Allerdings ging es vielen Kindern zu dieser Zeit schon deutlich besser oder sogar gut und entsprechende Ansprüche mussten sicher einer genaueren Prüfung unterzogen werden als in der akuten Situation 1930. Unabhängig davon waren die Leistungen, die der Lübecker Staat für die geimpften Säuglinge erbrachte, erheblich. Die hier beispielhaft gezeigten Maßnahmen galten schließlich nur einigen wenigen von insgesamt 174 überlebenden und zu versorgenden Kindern. Der Gesamtumfang muss also gewaltig gewesen sein – schon allein hinsichtlich des Verwaltungsaufwands in Anbetracht der zahlreichen zu bearbeitenden Anträge und Genehmigungsschreiben.

Im Laufe des Jahres 1930 wurden die Fürsorgemaßnahmen sogar noch erweitert. Nach der eher unrühmlichen Aufdeckung des Unglücks sollte nun offenbar alles nur Mögliche zur Rettung der Lübecker Säuglinge getan werden. Laut einem Bericht über die durchgeführten Fürsorgemaßnahmen sei das Angebot des Gesundheitsamts, gesunde geimpfte Kinder im Kinderkrankenhaus unterzubringen und so zum einen die Wohnsituation der Säuglinge zu verbessern und zum anderen die Ansteckung von Geschwistern zu vermeiden, wenig genutzt worden.<sup>182</sup> Möglicherweise standen die Eltern der Einrichtung „Krankenhaus“ misstrauisch gegenüber, die in diesem Fall als Ort der Produktion und Ausgabe des Impfstoffs direkt an der Katastrophe beteiligt war.<sup>183</sup> Dafür seien mithilfe des Calmette-Ausschusses einige Geschwisterkinder geimpfter Säuglinge „entweder aus Gründen der häuslichen Verhältnisse oder wegen drohender Ansteckungsgefahr“ für eine Zeit in Ferienheimen des Lübecker Jugendamts in Hamberge oder Scharbeutz untergebracht worden. Außerdem habe man wegen „unzureichende[r] häusliche[r] Verhältnisse“ sieben geimpfte Kinder mit ihren Müttern in einer Pension in Timmendorferstrand untergebracht.<sup>184</sup> Während es sich bei den „häuslichen Verhältnissen“, die zur externen Unterbringung der geimpften Säuglinge führten, höchstwahrscheinlich um feuchte oder schlecht belüftete Wohnungen handelte, wurden Geschwister vielleicht eher aus Platzmangel ausquartiert, weil in der ohnehin kleinen Wohnung nun zusätzlich ein kranker Säugling gepflegt werden musste.

---

<sup>182</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>183</sup> Derartig äußerte sich auch der Sonderberichterstatter von „Hackebeils IZ“: „Ein großer Teil der Säuglinge befindet sich nicht im Kinderhospital, sondern in den Wohnungen der Angehörigen. Man kann dieses Mißtrauen jenem Hause gegenüber verstehen, in dem das Unglück geschah, obwohl natürlich auch hier alles getan wird, um zu retten, was zu retten ist.“ Bellmann: Die Geißel von Lübeck, S. 863 (Unterlagen Interview 1)

<sup>184</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen sorgte der Calmette-Ausschuss aber auch für eine langfristige Verbesserung der Lebenssituation der Säuglinge, indem er sich um die Bereitstellung von geeigneten Wohnungen für Familien in schlechter Wohnsituation bemühte. Denn nur in „gesundheitlich einwandfreien Wohnräumen“ konnten laut dem Vorsitzenden des Gesundheitsamts die weiteren Maßnahmen der Heilfürsorge überhaupt greifen. Mithilfe von Jugend- und Wohnungsamt seien so bis Januar 1931 40 Wohnungen vermittelt worden, davon 20 Neubauwohnungen. Der Staat habe für die Neubauten auch Baugeldzuschüsse übernommen und Mietbeihilfen bei entsprechendem Bedarf gewährt.<sup>185</sup> Ein derartiger Umzug aufgrund einer für das tuberkulosekranke Kind ungeeigneten Wohnung fand in der Gruppe der Gesprächspartner nur einmal statt. Die ältere Schwester dieses Betroffenen berichtete, dass die frühere Wohnung ihrer Eltern feucht gewesen sei und sie deshalb umgezogen seien, als sich die Gelegenheit dazu geboten habe. Die Kosten für diesen Umzug im Interesse der Gesundung ihres Bruders wurden später vom Lübecker Staat erstattet:<sup>186</sup>

*„Wir haben [...] da unten Marlesgrube, Ecke Obertrave, diese Wohnung gewohnt, nur höchstens zwei Jahre. Und da starb mein Großvater hier, das Haus gehörte schon meinen Großeltern. [...] die Wohnung [in der Marlesgrube] war ein bisschen salpetrisch auch. Und weil der kranke Junge, da hieß es, also wir ziehen hierher.“ [...] [Auf Nachfrage zur Bedeutung von „salpetrisch“:] „Ja, dass die Wände feucht sind [...]. So haben meine Eltern das immer gesagt, die Wohnung ist salpetrisch. [...] es war das Elternhaus meiner Mutter, und mein Großvater, wie gesagt, der hatte Krebs, der ist ins Wasser gegangen vor Schmerzen, [...] hat sich das Leben genommen und dann sind wir hierher gezogen. Damit der Junge netter, besser wohnt hier. [...] Da hat meine Großmutter [...], unten hatte sie die Wohnung, die hat sie geräumt für uns, und hat auf'm Boden in zwei Kammern gewohnt extra, damit wir da unten wohnten. Und ich hab dann oben bei meiner Großmutter mit in der Kammer geschlafen.“<sup>187</sup>*

Diese Großmutter, die ihre Wohnung für die Familie ihrer Tochter frei machte und auf den Dachboden zog, war die bereits erwähnte Hebamme, die ihren eigenen Enkel mit dem BCG-Impfstoff gefüttert hatte. Die Gesprächspartnerin berichtete auf Nachfrage zum

---

<sup>185</sup> Schreiben zu Fürsorgeaufgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>186</sup> vgl. Schiedsspruch in Sachen [Vater des Betroffenen], Klägers, vertreten durch die Rechtsanwälte Dres. Wittern u. Munck in Lübeck, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde, Beklagten, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Ihde in Lübeck, Reg. Nr. 45, Lübeck, 30.04.1932, Anlage 2 der Klageschrift an das Landgericht, Zivilkammer 1, Lübeck, von Dr. Wittern wegen Aufhebung dieses Schiedsspruchs, Lübeck, 28.10.1932 (Unterlagen Interview 1)

<sup>187</sup> Interview 1, Z. 249-269

Verhältnis ihrer Eltern zu ihrer Großmutter, dass sie nicht erlebt habe, „dass hier ein großer Krach war. Vielleicht haben sie das auch von mir ferngehalten, ich war ja noch Kind. Aber das Verhältnis war nachher ganz ordentlich“.<sup>188</sup> In den Unterlagen der Gesprächspartnerin fand sich eine Äußerung ihres Vaters zu diesem Thema: „Gerade die Grossmutter hat am meisten mit unter den Leiden des Kindes gelitten. Denn sie selbst hat dem Kinde das Gift als Hebamme eingegeben.“ Sie habe „im Interesse des Kindes ihren eigenen Haushalt aufgegeben“ und sich außerdem wegen der von ihm ausgehenden „grossen Ansteckungsgefahr“ mit ihrem Sohn „überworfen“.<sup>189</sup> Während das Verhältnis laut Darstellung der Gesprächspartnerin immerhin so gut gewesen sein muss, dass ihre Eltern später gemeinsam mit der Großmutter in einem Haus leben konnten, betonte ihr Vater sogar die Mühen, die die Großmutter für ihren Enkelsohn auf sich genommen hatte. Offenbar überwand die Familie die Schwierigkeiten, die aus dieser Begebenheit hätten entstehen können.

Ob und inwieweit weitere der in dieser Arbeit dargestellten Familien die Fürsorgeleistungen des Staates in Anspruch nahmen, ließ sich im Nachhinein kaum nachvollziehen. Denn die der Autorin überlassenen Unterlagen waren nur in drei Fällen derart umfangreich, dass daraus eine recht genaue Rekonstruktion der beanspruchten Maßnahmen möglich war.<sup>190</sup> Im Interview selbst konnten sich an diese Ereignisse aus der frühen Kindheit der Geimpften nur die bereits dargestellten Gesprächspartner erinnern. Einer anderen Betroffenen erschien es geradezu unvorstellbar, dass ihre Eltern Unterstützung vom Lübecker Staat beispielsweise in Form von Lebensmitteln erhalten hätten: „Nein, nein, [...]. Ganz und gar nicht. Die, also das kann ich mit Recht sagen, also sie haben nie irgendwie 'ne Extra-Unterstützung oder so bekommen.“<sup>191</sup> Da sie selbst als Säugling an einer schweren Fütterungstuberkulose litt, hätten ihr sicherlich sämtliche Fürsorgemaßnahmen zugestanden.<sup>192</sup> Möglicherweise erhielten ihre Eltern sie auch, thematisierten das aber gegenüber ihrer Tochter später nicht mehr. Während andere Gesprächspartner schlicht unsicher waren, ob es derartige Maßnahmen gegeben hatte, betonte diese Zeitzeugin vehement, dass ihre Eltern solche Leistungen nicht bekommen

---

<sup>188</sup> Interview 1, Z. 276-279

<sup>189</sup> Schriftsatz des Klägers in Sachen [*Vater des Betroffenen*] gegen Lüb. Staat, Reg. Nr. 86, verfasst von Dr. Wittern, an das ständige Schiedsgericht in Calmette-Sachen – Lübeck –, Lübeck, 11.08.1932, angehängt an Schreiben von Dr. Wittern an [*Vater des Betroffenen*] wegen eines Beweisbeschlusses des Schiedsgerichts, das Gutachten eines Sachverständigen (Prof. Dr. Kleinschmidt, Köln) einzuholen, Lübeck, 12.08.1932 (Unterlagen Interview 1)

<sup>190</sup> Dabei handelt es sich um die Unterlagen der Interviews 1, 10 und 12.

<sup>191</sup> Interview 9, Z. 282-284

<sup>192</sup> vgl. Gesundheitliches Gutachten (Unterlagen Interview 9)

hätten. Vielleicht kam diese Vehemenz dadurch zustande, dass sich diese Betroffene schon hinsichtlich des im Folgenden dargestellten Schadensersatzes betrogen fühlte. Insgesamt schien sie den Eindruck gewonnen zu haben, dass der Lübecker Staat sich nicht ausreichend um die geimpften Kinder gekümmert habe. Ob diese Betroffene nun wirklich keine Fürsorgeleistungen erhalten hatte, ließ sich im Nachhinein nicht mehr feststellen, da sie keine entsprechenden Unterlagen besaß. Ungeachtet dessen erscheinen die ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Geimpften aus heutiger Sicht aber wahrlich zahlreich und auch umfassend. Trotzdem halfen sie den betroffenen Kindern nicht im erhofften Maß: Laut einer im Nachhinein erfolgten Auswertung bedingten schlechtere Umweltverhältnisse weiterhin eine schlechtere Prognose der in diesen Verhältnissen lebenden Kinder.<sup>193</sup>

Waren die bisher dargestellten Fürsorgemaßnahmen sämtlich auf das Überleben der geimpften Kinder ausgerichtet, hatte der Lübecker Staat auch Sorge für diejenigen Eltern zu tragen, deren Kinder an den Folgen der Impfung gestorben waren. Lübeck nahm auch diese Aufgabe wahr, z. B. kümmerte sich der Calmette-Ausschuss um die „Erholungsfürsorge für Mütter verstorbener Kinder“.<sup>194</sup> Diese wurde bewilligt, wenn ein Arzt „die Erschöpfung der Mutter infolge der Pflege des verstorbenen Kindes“ bescheinigte. Daraufhin konnte „für eine angemessene Zeit (4 - 6 Wochen) eine Erholungsfürsorge für die Mutter gewährt werden (Pflegebeihilfe oder Heimaufenthalt gemäß Beschluß des Ausschusses)“.<sup>195</sup> Der Mutter einer Gesprächspartnerin, deren älterer Bruder zu den Opfern des Impfunglücks gehörte, wurde möglicherweise ein solcher Heimaufenthalt gewährt: Die Gesprächspartnerin berichtete, dass ihre Mutter in der Zeit, als ihr wenige Wochen alter Sohn an Tuberkulose erkrankt und schließlich gestorben sei, an einer Entzündung der Brust gelitten habe. Sie sei deshalb nach seinem Tod zur Kur in Bad Ilzburg im Harz gewesen; die Kosten für diesen Aufenthalt habe sie nicht selbst tragen müssen, sondern sie seien übernommen worden.<sup>196</sup>

Weiterhin trug der Lübecker Staat die Beerdigungskosten der verstorbenen Kinder. Der Calmette-Ausschuss setzte für eine „durchschnittliche würdige Bestattung“ einen Pauschalbetrag von 100 Reichsmark (zuzüglich Fahrtkosten) fest, außerdem acht Reichsmark für die erstmalige „Grabherstellung und Bepflanzung“. Für einen „einfachen

---

<sup>193</sup> vgl. Moegling, S. 21-22

<sup>194</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>195</sup> „Für die Senatsitzung, Umdrucksache 1930. Grundsätze für die Beurteilung von Anträgen auf Fürsorge für „Calmette“ gefütterte Kinder.“, AHL, NSA, Sign. 01898

<sup>196</sup> vgl. Telefon-Interview 1, Z. 54-56, Z. 81

Grabstein“ wurden zunächst 30 Reichsmark erstattet, weitergehende Forderungen sollten in der Zukunft in den jeweiligen Schadensersatzprozessen geregelt werden. Bis zum 27.01.1931 betrugen die vom Staat übernommenen Beerdigungskosten einschließlich Grabbepflanzung 6.283,59 Reichsmark.<sup>197</sup> In Anbetracht dieser Summe ist davon auszugehen, dass nicht alle Eltern der 72 verstorbenen Säuglinge diese Unterstützung in Anspruch nahmen.

Für die Opfer des Impfunglücks legte die Friedhofsverwaltung 1930 auf dem städtischen Vorwerker Friedhof ein besonderes Grabfeld an. Die Grabplatten der dort – und nicht beispielsweise im Familiengrab – beerdigten Kinder wurden von der Friedhofsverwaltung bis heute an diesem Ort belassen, obwohl für Kindergräber eigentlich nur eine Ruhefrist von 15 Jahren gilt.<sup>198</sup> Manche Grabsteine sind bis heute gut erhalten und lesbar geblieben (Abb. 4, 5 und 6). Günther Pangels (\* 26.03.1930, † 06.07.1930) war der Sohn des ersten Vorsitzenden des Elternausschusses.



Abb. 4, 5 und 6: Liegesteine von Opfern des Impfunglücks auf dem Vorwerker Friedhof in Lübeck

<sup>197</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>198</sup> vgl. Fick, Wilfried: Lübecker Friedhöfe: Vorwerker Friedhof. 100 Jahre von 1907-2007. Hansestadt Lübeck, Fachbereich Planen und Bauen, Lübeck 2006, S. 51-52. Später wurden noch weitere Kinder in diesem Grabfeld beerdigt, die nicht infolge der Impfung verstorben waren. Es fanden sich z. B. Todesdaten aus den späten 1930er Jahren. Die Liegesteine scheinen aber, so weit noch lesbar, einer gewissen Ordnung zu unterliegen, nach der die Opfer des Impfunglücks in dem einen Halbrund und die der anderen Kinder im anderen Halbrund platziert sind.

Das Belassen der Kindergräber kann man als eine Art stilles Gedenken an die Opfer des Lübecker Impfunglücks bis zum heutigen Tag ansehen. Still ist das Gedenken auch deshalb, weil keine Hinweistafel Erklärungen zum Grabfeld gibt oder Wegweiser dorthin existieren. Ein anderes Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer dieser Katastrophe gibt es in Lübeck nicht.

Abgesehen von der Einleitung sämtlicher Fürsorgemaßnahmen und der erforderlichen Ermittlungsverfahren zog der Lübecker Staat aus dem Impfunglück auch organisatorische Konsequenzen. Auf diese Weise sollten Probleme behoben werden, die möglicherweise zur Entstehung und auch zur verzögerten Aufdeckung des Impfunglücks beigetragen hatten. So bat die Behörde für die innere Verwaltung den Lübecker Senat bereits im Juli 1930, die auf zwei Behörden, nämlich die Behörde für die innere Verwaltung und die Behörde für die Heilanstalten, aufgeteilte Verantwortlichkeit für das Gesundheitswesen in einer Behörde zu vereinen. Dieser neuen Abteilung sollte dann ein ausschließlich für das Gesundheitswesen zuständiger Senator vorstehen. Außerdem sollte eine Dienstordnung erlassen werden, „in welcher alle Fachärzte angewiesen sind, vor Einführung neuer Verfahren, Impfungen pp., die in Deutschland noch nicht erprobt sind, über das Gesundheitsamt stets das Reichsgesundheitsamt zu hören“.<sup>199</sup> Damit schränkte der Lübecker Staat seine Autonomie in solch bedeutenden Entscheidungen selbst ein – vermutlich um einerseits derartige Alleingänge in Zukunft zu vermeiden und andererseits das Wissen der Berliner Autoritäten sinnvoll nutzen zu können.

Das Deutsche Reich musste Lübeck aber auch in anderer Hinsicht zur Seite stehen: In Anbetracht der zahlreichen vom Lübecker Staat ergriffenen Maßnahmen überrascht es nicht, dass das Impfunglück für Lübeck nicht nur eine tragische Katastrophe war, sondern auch eine erhebliche finanzielle Belastung darstellte. Zwar zeigte sich die Lübecker Ärzteschaft mit ihrer Heimatstadt solidarisch und erklärte sich im Hinblick auf die auf den Staat zukommenden Kosten dazu bereit, die Behandlungskosten für alle geimpften Kinder „nach den Mindestsätzen der Preußischen Gebührenordnung zu liquidieren“. Diese Mindestsätze kamen sonst nur im Rahmen eines Vertrags mit der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt bei bedürftigen Personen zur Anwendung.<sup>200</sup> Trotzdem mussten die Ärzte und das Krankenhaus natürlich ebenso wie die zusätzlichen Nahrungsmittel, Mietbeihilfen und – nicht zu vergessen – auch die horrenden Forderungen Genters bezahlt werden. Bis zum

---

<sup>199</sup> Schreiben der Behörde für innere Verwaltung an den Senat, 14.07.1930, AHL, NSA, Sign. 01898; vgl. zum Fortgang dieser Umstrukturierung im Gesundheitswesen Kießling, Kapitel 9.1 „Die Auswirkungen auf das Gesundheitswesen“, S. 79-85

<sup>200</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

27.01.1931 betrugen die „Ausgaben für die Durchführung der Heilfürsorge für die nach Calmette behandelten Kinder“ 172.355,09 Reichsmark. Darin waren z. B. noch nicht die Kosten für auswärtige Ärzte enthalten, „insbesondere für die Hamburger Autoritäten, die in entgegenkommendster Weise ihre helfende Mitarbeit und Beratung zur Verfügung gestellt haben“.<sup>201</sup>

Der Lübecker Staat bemühte sich deshalb bald um Unterstützung von Seiten des Reichs. Am 19.09.1930 fand im Reichsministerium des Innern eine dahingehende Besprechung mit einer Lübecker Gesandtschaft statt und es wurde ein erster Zuschuss von 10.000 Reichsmark gewährt. Dieser sollte für „die klinische Untersuchung der Calmette-Fälle“ verwendet werden, wobei besonders die Therapiemaßnahmen berücksichtigt werden sollten. Denn das Impfungsglück habe „weit über Lübeck hinaus Bedeutung und Beachtung gefunden [...], insbesondere auch bei der deutschen Wissenschaft in klinischer Hinsicht“.<sup>202</sup> Bis Januar 1931 wurden noch zwei weitere Reichszuschüsse „zu den Kosten klinischer Untersuchungen über die im Anschluß an die Calmette-Schutzbehandlung eingetretenen Erkrankungs- und Todesfälle“ in Höhe von insgesamt 25.000 Reichsmark bewilligt.<sup>203</sup> Bei Addition aller im Lübecker Stadtarchiv verzeichneten Reichszuschüsse ergab sich, dass Lübeck bis März 1933 insgesamt 65.000 Reichsmark erhalten haben musste.<sup>204</sup> Die Abrechnung über die korrekte Verwendung dieser Gelder musste Lübeck dem Reichsministerium des Innern zur Prüfung vorlegen. Die Zuschüsse wurden z. B. für die Gehälter der Ärzte Moegling und Kleinschmidt sowie der Mitarbeiter der Tuberkulosefürsorgestelle verwendet, außerdem wurden davon Röntgenaufnahmen und die Anschaffung wissenschaftlicher Bücher bezahlt.<sup>205</sup> Das Reichsministerium des Innern musste Lübeck bei der Bereitstellung eines dieser Zuschüsse offenbar noch einmal an die Vorgaben erinnern, die zur Bewilligung geführt hatten. Es bekräftigte seinen Anspruch,

---

<sup>201</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>202</sup> Protokoll, Lübeck, 19.09.1930, aufgenommen 14 Uhr, betreffs Aussprache im Reichsministerium des Innern – Berlin – mit Senator Mehrlein und Unterzeichner Meyer-Lüerßen mit Ministerialrat Taute und Präsident Hamel nebst Referenten, AHL, NSA, Sign. 01901

<sup>203</sup> vgl. Der Reichsminister des Innern, gez. Dr. Wirth, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten in Lübeck. Zum Schreiben vom 19. September 1930. Berlin, 25.09.1930 – 10.000 RM bewilligt; vgl. Reichsminister des Innern, in Vertretung gez. Zweigert, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 06.01.1931 – 15.000 RM bewilligt; Reichsminister des Innern, gez. Wirth, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 31.01.1931 – 10.000 RM bewilligt; sämtlich AHL, NSA, Sign. 01901

<sup>204</sup> vgl. AHL, NSA, Sign. 01901

<sup>205</sup> vgl. Nachweis über die Verwendung der vom Reich für die wissenschaftliche Auswertung des Calmette-Verfahrens zur Verfügung gestellten RM 10 000, ohne Datum; Das Gesundheitsamt, Lübeck, 26.04.1932, Nachweis über die Verwendung der vom Reiche für die wissenschaftliche Auswertung des Calmette-Verfahrens zur Verfügung gestellten RM 35 000; beide AHL, NSA, Sign. 01901



*„daß die bewilligten Mittel ebenso wie die früheren Reichsbeihilfen nicht etwa als ein Kostenbeitrag zu der Durchführung des Strafprozesses oder zu etwaigen Schadensersatzverpflichtungen verwendet werden, sondern in erster Linie dazu dienen sollen, durch sorgfältige klinische Untersuchungen und Überwachung die Wiederherstellung bzw. Gesunderhaltung der noch am Leben befindlichen geimpften Kinder zu erreichen“.*<sup>206</sup>

Die Wirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre und die entsprechenden staatlichen Sparmaßnahmen wirkten sich auch auf die Reichszuschüsse aus, die teilweise in mehreren Raten bezahlt werden mussten oder eine bestimmte Höhe nicht übersteigen konnten.<sup>207</sup> Trotz dieser Unterstützung vom Reich waren die Kosten für Lübeck gewaltig. So wurden 1930 209.062,46 Reichsmark, 1931 180.907,07 Reichsmark, 1932 107.156,37 Reichsmark und 1933 94.455,26 Reichsmark, also insgesamt 591.581,16 Reichsmark, für das Impfungsglück und seine Folgen aufgewandt. Für das Jahr 1934 waren für diesen Zweck immer noch 85.000 Reichsmark im Haushaltsplan vorgesehen.<sup>208</sup> Bei einem z. B. für das Jahr 1930 geplanten Gesamthaushalt von 38.142.120 Reichsmark oder für 1931 von 38.313.060 Reichsmark waren das zumindest in den ersten Jahren immerhin etwa 0,5 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens des Lübecker Staates. In den Jahren 1932 bis 1934 sank der Gesamthaushalt von 35.794.680 Reichsmark über 30.211.238 Reichsmark auf 27.528.352 Reichsmark, so dass sich die Ausgaben weiterhin auf etwa 0,3 bis 0,4 Prozent des gesamten Lübecker Haushaltsvolumens beliefen.<sup>209</sup>

Welche Belastung diese zusätzlichen Kosten für die Stadtkasse darstellten, lässt sich vielleicht daran erkennen, dass Lübeck die erstbeste Möglichkeit zu ergreifen versuchte, um sie auf einen anderen Träger abzuwälzen: 1937 verlor Lübeck im Zuge des „Groß-Hamburg-Gesetzes“ seine Eigenstaatlichkeit und wurde Teil der preußischen Provinz Schleswig-Holstein.<sup>210</sup> Diesen Umstand versuchte die damalige Lübecker Regierung für

---

<sup>206</sup> Reichsminister des Innern, in Vertretung gez. Zweigert, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 25.01.1932, AHL, NSA, Sign. 01901

<sup>207</sup> vgl. Reichsminister des Innern an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, 25.01.1932; Reichsminister des Innern, gez. Frhr. v. Gayl, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 12.08.1932; beide AHL, NSA, Sign. 01901

<sup>208</sup> vgl. Senat, Abt. IV, an den Herrn Reichsminister des Innern – Berlin –, Lübeck, 31.08.1934, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>209</sup> vgl. Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1930, NSA, Sign. 2714; Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1931, NSA, Sign. 2716; Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1932, Kämmereiamt, Sign. H 001; Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1933, Kämmereiamt, Sign. H 002; Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1934, Kämmereiamt, Sign. H 003

<sup>210</sup> vgl. Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte: Groß-Hamburg-Gesetz, online unter: <http://www.geschichte-s-h.de/gross-hamburg-gesetz/> (Tag des Zugriffs: 07.10.2016)

sich zu nutzen, indem sie dem Land Preußen die im Zuge des Impfunglücks entstandenen und die z. B. für zusätzliche Nahrungsmittel oder Mietzuschüsse zum Teil noch laufenden Kosten übertragen wollte. Zu diesem Zweck wurden eine Zusammenfassung der Ereignisse des Impfunglücks sowie eine Kostenaufstellung verfasst und ein entsprechender Antrag an den „Überleitungskommissar“ in Schleswig gestellt, in dem um die „Übernahme der Calmetteverpflichtungen auf das Land Preussen“ gebeten wurde.<sup>211</sup> Dieses Anliegen wurde aber vom Land Preußen abgelehnt, die Stadt Lübeck zog ihren Antrag zurück.<sup>212</sup> Ein Grund für die Ablehnung sei gewesen, dass „das Calmetteunglück wenigstens zu einem entscheidenden Teile auf einem Versagen des Allgemeinen Krankenhauses – künftig eine städtische Einrichtung – beruhte“.<sup>213</sup> Der Versuch der Lübecker Regierung, auf diese Weise einen Vorteil aus dem Verlust der Eigenstaatlichkeit zu ziehen, war damit gescheitert.

Selbst das verbliebene Geld aus dem von 1930 bis 1933 in mehreren Raten erteilten Reichszuschuss für die Kosten klinischer Untersuchungen musste Lübeck bis 1940 zurückgeben. 1936 erhielt die Reichshauptkasse in Berlin schon knapp die Hälfte der verbliebenen 9.763,06 Reichsmark zurück. Ein Teil des Geldes wurde nach 1936 u. a. noch für Röntgenaufnahmen, Reisekosten, eine „Hilfskraft für die Untersuchung und Klärung der einzelnen Schadensfälle“ und für Büromaterialien verwendet.<sup>214</sup> 1940 erbat das Reichsministerium des Innern „aus haushaltsrechtlichen Gründen“ die Rückerstattung der verbliebenen „Restmittel in Höhe von 3069,70 RM“. Falls es Lübeck „bei Wiederaufnahme der klinischen Untersuchungen nach Kriegsende“ nicht möglich sei, die entsprechenden Kosten zu decken, könne ein neuer Antrag auf einen Reichszuschuss vorgelegt werden. Der Verfasser des Schreibens, Leonardo Conti, werde dann „prüfen, ob die Bereitstellung eines besonderen Zuschusses für diesen Zweck aus preußischen

---

<sup>211</sup> vgl. Schreiben der Hauptverwaltung – Rechtsamt – an die Finanz- und an die Sozialverwaltung, betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Verfahren. Lübeck, 23.04.1937: „Wir beabsichtigen, die aus der Einführung des Calmette-Verfahrens entstandenen Verpflichtungen Lübecks dem Lande Preussen aufzubürden. Zur Begründung eines Antrages, den wir dem Überleitungskommissar in Schleswig einreichen wollen, bitten wir, uns nähere Unterlagen zu geben.“ Anlage: Bericht über „Das Calmette-Unglück in Lübeck.“ vom 08.06.1937, verfasst vom Senator der Sozialverwaltung, mit Übersicht über Zahlungen der vergangenen Jahre und laufende Kosten; Schreiben der Hauptverwaltung an den Herrn Überleitungskommissar in Schleswig, Betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Schäden. 21.08.1937, beide AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>212</sup> vgl. Schreiben des Bürgermeisters an den Herrn Überleitungskommissar in Schleswig, Betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Schäden. 30.09.1937, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>213</sup> Schreiben der Hauptverwaltung, in Vertretung Bürgermeister, an Sozialverwaltung, Betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Schäden. Lübeck, 30.09.1937, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>214</sup> Kasse der Sozialverwaltung, Lübeck, 15.01.1938: Nachweisung über die Verwendung der vom Reich für die wissenschaftliche Auswertung des Calmette-Verfahrens zur Verfügung gestellten Mittel; vgl. Sozialverwaltung an die Hauptverwaltung, Betr. Verwendungsnachweis über den Restbetrag der Reichsbeihilfe für klinische Untersuchungen über die im Anschluss an die Calmette-Schutzbehandlung eingetretenen Erkrankungs- und Todesfälle. Lübeck, 31.03.1939, beide AHL, NSA, Sign. 01901

Haushaltsmitteln angängig ist.“<sup>215</sup> Zu dieser Prüfung sollte es nicht mehr kommen – abgesehen davon, dass Lübeck nach Kriegsende mit ganz anderen Schwierigkeiten konfrontiert war als der Beantragung etwaiger Zuschüsse bei einem nicht mehr existenten Deutschen Reich, überlebte auch der Verfasser dieses Schreibens das Ende des Kriegs nur um wenige Monate. Im Oktober 1945 beging Conti nach seiner Verhaftung Suizid und entging damit einer Anklage im „Nürnberger Ärzteprozess“.<sup>216</sup>

#### **4.4 Organisation der betroffenen Eltern – Einflussnahme durch Berliner Impfgegner**

Die Eltern der geimpften Kinder fanden schon am 19.05.1930, also nur fünf Tage nach Bekanntgabe des Unglücks, zu einer ersten Elternversammlung zusammen. Laut einem Bericht im „Lübecker General-Anzeiger“ wurde diese Versammlung von Diplomingenieur Richard Pangels einberufen. Schätzungen zufolge hätten etwa 800 Personen an der Versammlung teilgenommen, auf der auch der Rechtsanwalt Dr. Derlien zur rechtlichen Situation gesprochen habe. Am Ende der Versammlung habe die anwesende Elternschaft eine Entschließung formuliert, in der sie gegen die Einführung eines Verfahrens, das in der wissenschaftlichen Welt noch umstritten sei, und gegen die mangelnde Aufklärung darüber protestiert habe und eine genaue Erforschung der Unglücksursache, bestmögliche medizinische Versorgung der betroffenen Säuglinge und Übernahme der den Eltern entstandenen und noch entstehenden Kosten durch den Staat gefordert habe. Ein offenbar vor Ort gegründeter oder gewählter Ausschuss sollte diese Ziele weiter verfolgen.<sup>217</sup>

Erster Vorsitzender dieses Elternausschusses wurde der Organisator der Versammlung, Richard Pangels. In dieser Funktion nahm er im Sommer 1930 auch an den Sitzungen des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege teil, den die Lübecker Bürgerschaft mit der Untersuchung des Impfunglücks betraut hatte. Pangels sollte den Ausschuss bei

---

<sup>215</sup> Der Reichsminister des Innern, in Vertretung gez. Dr. Conti, an den Herrn Oberbürgermeister der Hansestadt Lübeck, Hauptverwaltung, Berlin, 13.04.1940, AHL, NSA, Sign. 01901

<sup>216</sup> vgl. Hahn, Judith: Erwin Villain und Leonardo Conti: Scharmützel unter NS-Kameraden. Dtsch Arztebl 104 (2007), S. 2862-2864

<sup>217</sup> vgl. Autor ungenannt: Das dreizehnte Todesopfer des Calmetteschen Verfahrens, S. 6 (Unterlagen Interview 1). Im Rahmen dieses Projekts war es nicht mehr möglich, mithilfe der Eltern der geimpften Kinder Informationen über die damalige Organisation der Elternschaft einzuholen. Deshalb konnten die Aktivitäten der betroffenen Eltern nach dem Impfunglück nur anhand von Presseberichten und mithilfe der in den Unterlagen der Gesprächspartner gefundenen Schreiben, z. B. des Elternausschusses, untersucht werden. Aufgrund des lückenhaften Quellenmaterials konnte diese Darstellung nicht umfassend sein, war aber die einzige Möglichkeit, überhaupt einen Einblick in die Tätigkeiten der Elternschaft zu gewinnen.

Bedarf über den jeweiligen Zustand der erkrankten Säuglinge informieren und wurde deshalb zu den Sitzungen zugelassen.<sup>218</sup>

In den Monaten nach dem Impfunglück blieben die Eltern weiterhin eng verbunden und fanden zu mehreren Versammlungen der Elternschaft zusammen, z. B. in der Lübecker „Stadthalle“ oder in der „Centralhalle“. Auch der Elternausschuss, der die Eltern „vor der Behörde und der Öffentlichkeit“ vertreten wollte, traf sich zu regelmäßigen Sitzungen – im September 1930 z. B. wöchentlich im „Restaurant Knorr am Klingenberg“.<sup>219</sup> Ob wirklich alle Eltern an den Versammlungen der Elternschaft teilnahmen, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Es bestand aber sicher bei allen Eltern ein großes Interesse an der Aufklärung des Unglücks und auch an einer Bestrafung der Schuldigen. Dementsprechend ist es durchaus vorstellbar, dass zumindest in den ersten Wochen und Monaten nach dem Unglück nahezu sämtliche Eltern an diesen Treffen teilnahmen. Einige von ihnen zeigten dabei besonderes Engagement und vertraten die Elternschaft beispielsweise im Elternausschuss. Eine Betroffene berichtete, dass ihr Vater zu diesen Personen gehört habe:

*„Und dann weiß ich, dass mein Vater sich sehr engagiert hat, auch in Lübeck so öffentlich. [...] dass mein Vater damals, also jedenfalls haben sie mir das so erzählt, auf dem Marktplatz große Reden gehalten hat“.*<sup>220</sup>

Weitere Details zu diesem Engagement kannte die Gesprächspartnerin nicht. Dass ihr Vater im Elternausschuss mitgearbeitet habe, hielt sie aber für durchaus möglich. Er sei „sehr engagiert in jeder Beziehung“ gewesen.<sup>221</sup> Ihre Annahme wurde bei einer späteren Recherche bestätigt, denn ihr Vater wurde vom Elternausschuss als Vertreter Pangels' für die Sitzungen des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege vorgeschlagen.<sup>222</sup> Dementsprechend muss er eine gewisse Position in der Elternschaft innegehabt haben. Außerdem fand sich im Protokoll einer Elternversammlung vom 08.09.1930 ein Redebeitrag von ihm. Hier äußerte er, dass er selbst Mitglied im Elternausschuss gewesen sei und wegen Differenzen im Ausschuss über die Zusammenarbeit mit den „Berlinern“ von diesem Amt zurückgetreten sei.<sup>223</sup>

Gemeint ist hier der Berliner „Arbeitsausschuss zur Verfolgung der Lübecker Kindertötung“, der Anfang Juni 1930 als Ausschuss des „Impfgegnervereins Groß-Berlin“

---

<sup>218</sup> vgl. Bericht des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, AHL, NSA, Sign. 01898

<sup>219</sup> Schreiben „An die Eltern der Calmettekinder!“ vom Elternausschuss, i. A. Dipl. Ing. Pangels, Lübeck, 19.09.1930 (Unterlagen Interview 1 und 10)

<sup>220</sup> Interview 16, Z. 10-11, Z. 164-166

<sup>221</sup> Interview 16, Z. 466-472

<sup>222</sup> vgl. Sitzungsniederschrift Nr. 7 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Sitzung vom 16.06.1930, AHL, NSA, Sign. 01897

<sup>223</sup> Protokoll der Elternversammlung in der Zentralhalle am Montag, 08.09.1930 (Unterlagen Interview 12)

ins Leben gerufen wurde.<sup>224</sup> Damit reagierte die große impfgegnerische Szene der Weimarer Republik auf die aktuellen Geschehnisse in Lübeck nahezu umgehend. Der Berliner Arbeitsausschuss war auch Herausgeber der sogenannten Dokumentensammlung „Unsere Kinder = Versuchskaninchen? Die Sachverständigen-Komödie von Lübeck. Das Calmette-Verfahren wissenschaftlich gerichtet“. Dessen Autor Walther Kröner war ein Gegner der BCG-Impfung selbst und versuchte den Impfstoff in seiner Dokumentensammlung mithilfe verschiedener Gegenstimmen zu diskreditieren.<sup>225</sup> Da der Berliner Arbeitsausschuss als Teil einer Vereinigung von Impfgegnern Krönners Schriften veröffentlichte, ist davon auszugehen, dass er dessen Ansichten teilte.

Der Berliner Arbeitsausschuss nahm offenbar im Sommer 1930 Kontakt zur Lübecker Elternschaft auf – wie diese Kontaktaufnahme genau ablief, ließ sich anhand des vorhandenen Materials nicht ermitteln. Zumindest führte sie dazu, dass im Juli 1930 „Diplomingenieur Richard Pangels und Rechtsanwalt Dr. Wittern“ als „Vertreter der Lübecker Elternschaft“ nach Berlin kamen und dort vor dem Arbeitsausschuss „im Rahmen einer Pressebesprechung neues Material gegen die Lübecker Gesundheitsbehörden vorbringen“ sollten.<sup>226</sup>

In der Folgezeit wurde in der Lübecker Elternschaft diskutiert, ob der Elternausschuss den Kontakt zum Berliner Arbeitsausschuss vertiefen und möglicherweise sogar mit ihm zusammenarbeiten sollte oder nicht. Diese Frage führte offenbar zu großen Differenzen unter den Eltern: Vor der bereits angesprochenen Elternversammlung am 08.09.1930 mit ungefähr 200 Teilnehmern war beispielsweise der Vorsitzende Pangels von seinem Posten zurückgetreten. Sein Rücktritt stand ganz offensichtlich im Zusammenhang mit dem Berliner Arbeitsausschuss, denn am Ende dieser Elternversammlung übernahm er auf Bitten eines Großteils der anwesenden Eltern zwar wieder den Vorsitz, aber nur unter der Bedingung, dass „Berlin aus dem Spiele bleibt“.<sup>227</sup> Er begründete seine ablehnende Haltung gegenüber dem Berliner Verein damit, dass dessen Interessen und die der Lübecker Elternschaft grundverschieden seien. In Lübeck ginge es nicht darum, die BCG-Impfung zu verunglimpfen, sondern die Fehlinformationen durch die Ärzteschaft über den Charakter des Schutzmittels aufzudecken. Er glaube,

---

<sup>224</sup> vgl. Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Impfgegner zur Lübecker Katastrophe, in: Vorwärts (05.06.1930), weitere Angaben fehlen, AHL, NSA, Sign. 01905, Blatt 6

<sup>225</sup> Auf Kröner und seine Veröffentlichungen wurde bereits in Unterkapitel 3.1 eingegangen.

<sup>226</sup> vgl. Zeitungsausschnitt: Vorwärts (09.07.1930), weitere Angaben fehlen, AHL, NSA, Sign. 01905, Blatt 40

<sup>227</sup> Protokoll der Elternversammlung, 08.09.1930 (Unterlagen Interview 12)

*„dass Berlin uns keinen reinen Wein einschenken wird. Die Berliner wollen eben nur ihre eigenen Interessen suchen, weswegen wir unbedingt alleine für uns bleiben müssen. [...] Er führte an, dass wir nicht, wie die Berliner gegen Calmette hetzen wollen, sondern darauf fassen, dass man uns betrogen hat. Der Betrug liegt darin, dass man uns von vornherein von Impfen nichts gesagt hat; dieses Wort Impfen hat man von vornherein ängstlich vermieden.“<sup>228</sup>*

Der Berliner Ausschuss hatte kurze Zeit vor dieser Elternversammlung offenbar eine eigene Versammlung in Lübeck abgehalten. Zu dieser Versammlung existieren keine Unterlagen, aber die dort kundgetanen Ansichten des Berliner Ausschusses wurden in der Elternversammlung erwähnt und machen den Standpunkt dieser Gruppe besonders deutlich: „Wenn die Berliner die Lübecker Ärzte Mörder nennen, so müssen sie selbst wissen, ob sie es verantworten können.“<sup>229</sup> Dass ein Teil der Elternschaft nicht mit diesen Ansichten in Verbindung gebracht werden wollte, die zu einem Zeitpunkt geäußert wurden, als die Unglücksursache noch gar nicht aufgeklärt war, ist nachvollziehbar – schon allein, um unabhängig zu bleiben und auch gegenüber dem Lübecker Staat so auftreten zu können.

Der Berliner Arbeitsausschuss hielt aber offenbar nicht nur die besagte Versammlung in Lübeck ab, sondern unterstützte die Lübecker Elternschaft auch auf anderen Wegen: Befürworter einer Zusammenarbeit mit Berlin unter den Eltern erwähnten in der Versammlung am 08.09.1930, dass die Berliner „schon durch Uebermittlung der Spenden geholfen“ hätten. Leider wurde nicht besprochen, welcher Art diese Spenden genau waren. Ob es sich also um Spenden vom Ausschuss bzw. vom Impfgegnerverein selbst oder aus einer anderen Quelle handelte, ob es Geld- oder Sachspenden waren und – im (wahrscheinlicheren) Fall einer Geldspende – um welche Summe es ging, konnte dementsprechend nicht ermittelt werden. Die Hilfe sollte zum Zeitpunkt der Versammlung noch fortgesetzt werden, denn laut den befürwortenden Eltern wollte der Berliner Ausschuss auch noch „einen dortigen Rechtsanwalt neben Dr. Wittern zur Verfügung stellen“.<sup>230</sup> Außerdem versorgte der Arbeitsausschuss die Lübecker Eltern vermutlich mit seinem Informationsmaterial – zumindest befand sich das Heft „Unsere Kinder = Versuchskaninchen?“ auch im Besitz eines der Gesprächspartner.<sup>231</sup>

---

<sup>228</sup> Protokoll der Elternversammlung, 08.09.1930 (Unterlagen Interview 12)

<sup>229</sup> Protokoll der Elternversammlung, 08.09.1930 (Unterlagen Interview 12)

<sup>230</sup> Protokoll der Elternversammlung, 08.09.1930 (Unterlagen Interview 12)

<sup>231</sup> vgl. Kröner 1930 (Unterlagen Interview 12)

Obwohl Pangels am Ende dieser Elternversammlung Anfang September 1930 wieder den Vorsitz des Elternausschusses übernahm, waren die Streitigkeiten über das weitere Vorgehen noch nicht beigelegt. Am 19.09.1930 schickte Pangels ein Rundschreiben „An die Eltern der Calmettekinder!“, laut dem „ein Teil der Eltern durchaus mit den Berlinern in Fühlung treten“ wolle und dadurch „eine Spaltung bei der Elternschaft eingetreten“ sei, die bis zu Verleumdungen seiner Person durch die Befürworter einer Zusammenarbeit reiche. Er forderte die Eltern zu einer Stellungnahme auf, ob sie sich weiter von diesem Elternausschuss und ihm als seinem Vorsitzenden vertreten lassen wollten.<sup>232</sup> Ein paar Tage später erreichte die „Eltern der Calmette-Geschädigten“ eine Einladung dreier Väter – dabei handelte es sich um die Männer, die Pangels als Verleumder genannt hatte – zu einer Versammlung am 25.09.1930, in der sie ihren Standpunkt zu den Ereignissen darstellen wollten.<sup>233</sup>

Was sich im Anschluss an diese Schreiben genau ereignete, ließ sich anhand des vorhandenen Materials nicht nachvollziehen. Offenbar kam es aber zu einer Verständigung zwischen den beiden Parteien und einer Vereinigung dieser in einem neuen Ausschuss. Den Eltern wurde nämlich am 06.10.1930 postalisch von der erfolgreichen Einigung und der neuen Zusammensetzung des Ausschusses berichtet. Im engeren Vorstand waren nun neben Pangels auch zwei der drei Väter der anderen Partei vertreten, aus dem dritten von ihnen sowie vier weiteren Vätern und einer Mutter setzte sich der neue Ausschuss zusammen. Weiterhin wurde dort bekanntgegeben, dass jeden Montagnachmittag von 17 bis 19 Uhr „Beratungen in Fürsorge-Angelegenheiten“ in „Knorrs Restaurant“ stattfinden sollten – vermutlich wurden die Eltern hier bei der Beantragung von Fürsorgemaßnahmen unterstützt. Außerdem sollte der Elternausschuss dort am selben Tag ab 20 Uhr tagen; an diesen Sitzungen könnten die Eltern auch als Zuhörer teilnehmen.<sup>234</sup>

Offenbar hatte sich mit der Einigung auch die Einstellung des Elternausschusses zum Berliner Arbeitsausschuss geändert, denn zumindest hielten Lübecker Elternausschuss und Berliner Arbeitsausschuss am 18.11.1930 eine gemeinsame öffentliche Versammlung ab. Diese Zusammenarbeit wurde von der sozialdemokratischen Zeitung „Lübecker Volksbote“ sehr kritisch gesehen, denn laut ihrem Artikel handelte es sich bei den

---

<sup>232</sup> Pangels: „An die Eltern der Calmettekinder!“, 19.09.1930 (Unterlagen Interview 1 und 10)

<sup>233</sup> Postkarte von Müller, Vick und Bremer „An die Eltern der Calmette-Geschädigten!“, Einladung zu einer Elternversammlung am 25.09.1930, Lübeck, Datum des Poststempels [nicht gut lesbar, vermutlich] 23.09.1930 (Unterlagen Interview 10)

<sup>234</sup> Postkarte vom Eltern-Ausschuss „Mitteilung an die Eltern“ wegen der neuen Zusammensetzung des Elternausschusses nach Einigung zwischen den beiden Ausschüssen. Engerer Vorstand nun bestehend aus „Pangels, Vick, Müller“ und Ausschuss aus „Reimers, Holst, Münstermann, Blöss, Bremer, Frau Garz“. Poststempel Lübeck, 06.10.1930 (Unterlagen Interview 1 und 10)

Berlinern um eine „Clique geschäftstüchtiger Hakenkreuzler“. Die Sozialdemokratie lehne es „grundsätzlich ab, mit dem furchtbaren Calmette-Unglück politische Geschäfte zu machen“.<sup>235</sup> Laut dem „Lübecker General-Anzeiger“ stritt der Berliner Arbeitsausschuss in der besagten Versammlung eine bestimmte politische Gesinnung ab, er setze sich im Gegenteil „aus Angehörigen aller Berufsstände, aller Konfessionen und aller Parteien zusammen“.<sup>236</sup> Die Wahrheit lag vermutlich irgendwo zwischen diesen beiden Darstellungen. Trotzdem war mit dieser Zusammenarbeit gerade das eingetreten, was Teile der Elternschaft zuvor hatten verhindern wollen – die Lübecker Eltern schwebten in Gefahr, für (politische) Interessen anderer Gruppierungen instrumentalisiert zu werden. Denn dem „Impfgegnerverein Groß-Berlin“ ging es sicherlich nicht nur darum, das Unglück in Lübeck aufzuklären, wie sich aus der Namensgebung des Arbeitsausschusses folgern ließe, sondern gegen die BCG-Impfung als solche, wenn nicht gar gegen das gesamte Impfwesen vorzugehen. Selbst wenn die Mitglieder des Berliner Ausschusses nicht eine bestimmte politische Gesinnung vertraten, fanden sie für ihren impfkritischen Standpunkt in Großteilen der Lübecker Elternschaft bestimmt ein interessiertes und vielleicht auch in Hinblick auf eigene Interessen beeinflussbares Publikum. Die Sorge des „Volksboten“, dass mit dem Unglück Geschäfte gemacht werden könnten, war nicht nur in politischer Hinsicht, sondern schon allein in Bezug auf Genter und sein Antiphthisin absolut berechtigt.

An einer Elternversammlung am 19.01.1931, in der über die Entschädigung der „Calmette-Kinder“ und einen dafür geschaffenen Schiedsgerichtsvertrag diskutiert wurde, nahm auch der „Geschäftsführer des Berliner Ausschusses“ teil.<sup>237</sup> Der zu beschließende Vertrag war unter den Eltern offenbar sehr umstritten und veranlasste hitzige Debatten, die im Protokoll wiedergegeben werden. Am Schluss der Versammlung legte der Elternausschuss „sein Amt nieder“. Pangels als Befürworter des Vertrags sah mit seiner Erstellung die Arbeit des Elternausschusses wohl als getan an: „Wir können nach 8 Monaten der Arbeit den Eltern nicht mehr zur Verfügung stehen und wir sind froh, dass wir dies endlich einmal geschafft haben und hiervon erlöst sind.“ Weiter wird im Protokoll erwähnt, dass der Vertreter des Berliner Ausschusses „leider nicht zu Wort“ gekommen sei. Er habe deshalb im Anschluss

---

<sup>235</sup> Autor ungenannt: Eine unwürdige Calmette-Versammlung, in: Lübecker Volksbote. 1. Beilage (20.11.1930), 37. Jg., Nr. 271, keine Seitenzahl (Unterlagen Interview 1)

<sup>236</sup> Autor ungenannt: Neue Calmette-Elternversammlung, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (21.11.1930), 49. Jg., Nr. 272, S. 6 (Unterlagen Interview 1)

<sup>237</sup> Bericht über die am 19. Januar 1931 in der Aula der Ernestinenschule stattgefundene Versammlung der Calmette-Eltern! (Unterlagen Interview 12). Auf die Entschädigung der „Calmette-Kinder“ und den Schiedsgerichtsvertrag wird in Unterkapitel 4.7 genauer eingegangen.



an die Versammlung eine „Parallelversammlung im Restaurant Knorr“ einberufen. Dort sei auch ein neuer „provisorischer“ Elternausschuss gewählt worden.<sup>238</sup> Diese Zusammenkunft war allerdings die letzte Erwähnung des Berliner Arbeitsausschusses in den vorhandenen Materialien. Ob Berlin und Lübeck danach weiterhin kooperierten oder ob die Zusammenarbeit endete, ließ sich heute nicht mehr feststellen.<sup>239</sup>

Laut einem Rundschreiben des neuen vorläufigen Elternausschusses habe ein Großteil der Eltern eine offizielle Vertretung weiterhin befürwortet. Zwei Väter von hier dargestellten Betroffenen waren offenbar Mitglieder in diesem Ausschuss, zumindest stimmen ihre Nachnamen mit den dort aufgeführten überein. Der neue Ausschuss plante, Anträge der Eltern aufzunehmen und weiterzugeben, ihre Interessen vor dem Calmette-Ausschuss zu vertreten und dort selbst mitzuarbeiten, den Strafprozess voranzutreiben und eine „Interessengemeinschaft der Eltern“ zu gründen. Als Anlaufstelle für die Eltern wurde ein Zimmer im „Kontorhaus Schlüsselbuden 16“ angemietet und montags bis samstags zweistündige Sprechzeiten angeboten.<sup>240</sup>

Die Idee, eine Interessengemeinschaft zu gründen, war nicht neu. Schon in der Elternversammlung am 08.09.1930 war dieser Vorschlag gemacht worden – offenbar auch aus finanziellen Gründen: So könnten laut einem Vater „doch nicht immer Mitglieder des Elternausschusses, wie bisher, die Unkosten für die stattfindenden Versammlungen und sonstige Unkosten (Drucksachen, Porto usw.) tragen“. Über einen Verein oder eine Interessengemeinschaft könne leicht ein Beitrag erhoben und diese Kosten gedeckt werden. Da einige der Eltern erwerbslos seien, schlug ein anderer Vater vor, dass jeder nach seinen Möglichkeiten Beiträge entrichten solle.<sup>241</sup> In Hinsicht auf diesen finanziellen Aspekt ist noch erwähnenswert, dass der Lübecker Staat dem Elternausschuss auch einen Teil seiner Unkosten für „Drucksachen, Porto- und Telephonkosten, Saalmiete, Fahrtkosten“ etc. in Höhe von 1.381,70 Reichsmark für den Zeitraum Mitte Mai bis Anfang November 1930 erstattete. Dies sei laut dem Vorsitzenden des Gesundheitsamts „in Würdigung des Umstandes [geschehen], daß die Tätigkeit des Elternausschusses jedenfalls in der ersten Zeit seines Wirkens, auch vom Standpunkt der Allgemeinheit als

---

<sup>238</sup> Bericht über die Versammlung der Calmette-Eltern vom 19.01.1931 (Unterlagen Interview 12)

<sup>239</sup> Von einer in diesem Fall sehr umfangreichen (Zeitungs-)Recherche zur genaueren Klärung jener Zusammenhänge wurde abgesehen, weil für diese Arbeit die entscheidenden Erkenntnisse schon das Bestehen einer solchen Zusammenarbeit und die Einflussnahme durch außenstehende Gruppierungen auf die Elternschaft waren.

<sup>240</sup> Schreiben vom vorläufigen Elternausschuss „An alle Calmette-Eltern!“, Lübeck, 27.01.19[?]0 [Jahreszahl nicht gut lesbar, weder 1930 noch 1940 sinnvoll, höchstwahrscheinlich 1931, möglicherweise Tippfehler kurz nach Jahreswechsel zu 1931] (Unterlagen Interview 10)

<sup>241</sup> Protokoll der Elternversammlung, 08.09.1930 (Unterlagen Interview 12)

zweckentsprechend und förderlich anzuerkennen war“.<sup>242</sup> Ob die Einschränkung auf die Anfangszeit seiner Arbeit im Zusammenhang mit den späteren Differenzen um den Berliner Arbeitsausschuss stand, wurde nicht genauer ausgeführt. Zumindest zu Beginn seiner Tätigkeit hatte der Elternausschuss aber sicher für eine gute Information und Organisation der betroffenen Eltern gesorgt, die auch dem Lübecker Staat entgegengekommen war.

Im Frühjahr 1931 wurden die Bestrebungen zur Gründung einer Interessengemeinschaft schließlich in die Tat umgesetzt. Am 10.04.1931 wurde in einer Elternversammlung für die Gründung votiert und eine Kommission zum Entwerfen der Satzung gewählt. Die Interessengemeinschaft sollte „einen engeren Zusammenschluß“ der Eltern ermöglichen.<sup>243</sup> Im von der Kommission verfassten Satzungsentwurf wurden ihre Ziele noch genauer erläutert: Die „Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten“, kurz I. C. G., bezwecke

*„den Zusammenschluß aller Calmette-Geschädigten, um durch gemeinsame Beratungen und Maßnahmen nach Möglichkeit die Gesundheit der Geschädigten zu fördern und die Interessen seiner Mitglieder (gegenüber dem Lübeckischen Staat) zu vertreten“.*<sup>244</sup>

Mitglied sollte laut Satzungsentwurf jeder werden können, der nachweisen konnte oder „glaubt, nachweisen zu können [...] durch die Calmette-Katastrophe irgendwie geschädigt“ zu sein. Es sollten Mitgliedsbeiträge entrichtet werden, die Aufnahmegebühr sollte 0,50 Reichsmark betragen. Der siebenköpfige, ehrenamtlich tätige Vorstand sollte auf der Jahreshauptversammlung bzw. Generalversammlung jeweils für ein Jahr gewählt werden. Mitgliederversammlungen sollten einmal im Monat stattfinden.<sup>245</sup> Zur offiziellen Gründungsversammlung am 19.05.1931 sollten die Eltern „nur gegen Rückgabe der mitfolgenden Kontrollnummern“ zugelassen werden.<sup>246</sup> Möglicherweise fürchtete man, dass sich ansonsten ungeladene oder unerwünschte Gäste Zutritt verschaffen könnten.

---

<sup>242</sup> Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>243</sup> Schreiben von W. Spahrbier, im Auftrage der Satzungskommission, „An alle Calmette-Geschädigten.“, Lübeck, im Mai 1931; beigelegt Satzung der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck [mit handschriftlicher Korrektur (Tag der Mitgliederversammlungen von Dienstag auf Freitag geändert), offensichtlich unvollständig, Textabbruch auf Seite 3 mitten im Satz] (Unterlagen Interview 12); vollständige Satzung in Unterlagen Interview 10

<sup>244</sup> Satzung der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck, handschriftlich Fragezeichen auf Höhe des Wochentags der Mitgliederversammlung eingefügt (Unterlagen Interview 10). Die eingeklammerte Passage ist in beiden erhaltenen Satzungsentwürfen handschriftlich durchgestrichen worden (vierseitige Satzung Unterlagen Interview 10, dreiseitige Satzung Unterlagen Interview 12).

<sup>245</sup> Satzung der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten (Unterlagen Interview 10)

<sup>246</sup> Schreiben von W. Spahrbier „An alle Calmette-Geschädigten.“ (Unterlagen Interview 12)

#### **4.5 Calmette-Prozess und Revision – Erinnerungen an Ernst Altstaedt und Heinrich Wibel**

Der Calmette-Prozess 1931/32 gehörte zu den sogenannten Sensationsprozessen seiner Zeit, weil er die Öffentlichkeit sehr bewegte, knapp vier Monate andauerte und über 50 Zeugen sowie diverse Sachverständige gehört wurden – nicht zu vergessen die beeindruckende Zahl von 119 als Nebenkläger zugelassenen Kindern, die durch ihre Eltern vertreten wurden.<sup>247</sup> Im Folgenden soll es aber gerade nicht um das an anderen Stellen ausführlich nachvollziehbare „offizielle“ Geschehen im Prozess mit den genauen Aussagen der einzelnen Prozessteilnehmer oder den Streitigkeiten der vor Gericht auftretenden Sachverständigen gehen, sondern um das persönliche Erleben der Betroffenen und ihrer Familien und auch um die Nachwirkungen des Prozesses für die Angeklagten und den Vorsitzenden Richter.<sup>248</sup>

Deycke, Altstaedt und Klotz waren bereits im Sommer 1930 von ihren Ämtern suspendiert worden, die Frage ihrer Schuld oder Unschuld war zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht abschließend geklärt. Wahrscheinlich erfolgte auch deshalb „die damit verbundene Gehaltskürzung bei allen Herren in wohlwollendster Weise – 3/4 des Gehaltes“.<sup>249</sup> Im Dezember 1930 wurden die Untersuchungsergebnisse des Reichsgesundheitsamts, des Berliner Robert Koch-Instituts, der „Deutschen Forschungsanstalt für Tuberkulose“ in Hamburg und des Pathologischen Instituts der Universität Berlin zum Impfunglück in Lübeck veröffentlicht. Aufgrund der an diesen Stellen durchgeführten Untersuchungen war man zu dem Schluss gekommen, dass nicht die BCG-Impfung als solche verantwortlich für die Lübecker Katastrophe gewesen sei. Als wahrscheinlichste Erklärung für die „Giftigkeit“ des Lübecker Impfstoffs wurde hier eine Vermischung der BCG-Kulturen mit „virulenten Tuberkelbazillen“ durch ein „unerkanntes Versehen beim Arbeiten“ angenommen.<sup>250</sup> Damit war zumindest die Unglücksursache weitgehend geklärt und eine Theorie ausgeschlossen, die die verantwortlichen Lübecker Ärzte entlastet hätte – nämlich eine „Giftigkeit“ des reinen BCG-Impfstoffs, z. B. hervorgerufen durch einen Rückschlag in die frühere Virulenz der attenuierten Bakterien.

---

<sup>247</sup> vgl. Autor ungenannt: Beginn des Calmette-Prozesses. 1. Verhandlungstag, in: Lübecker Generalanzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (13.10.1931), 50. Jg., Nr. 239, S. 6-7 (Unterlagen Interview 1)

<sup>248</sup> Zu den Inhalten des Prozesses sei zum einen auf die lokale Presseberichterstattung des „Lübecker General-Anzeigers“ und des „Lübecker Volksboten“ sowie auf die Urteilsausfertigung verwiesen, zum anderen z. B. auf Kießlings Dissertation.

<sup>249</sup> Schreiben der Behörde für innere Verwaltung an den Senat, 14.07.1930, AHL, NSA, Sign. 01898

<sup>250</sup> Autor ungenannt: Endgültiger Calmette-Bericht des Reichsgesundheitsrates, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (14.12.1930), 49. Jg., Nr. 292, S. 5 (Unterlagen Interview 1)

Bis zum Beginn des Prozesses verging aber noch ein knappes Jahr: Am 12.10.1931 wurde er schließlich unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Heinrich Wibel vor der II. Großen Strafkammer des Landgerichts der freien und Hansestadt Lübeck und des oldenburgischen Landesteils Lübeck zu Lübeck eröffnet. Die Ärzte Deycke, Altstaedt und Klotz sowie Deyckes Assistentin im Laboratorium des Allgemeinen Krankenhauses, Schwester Anna Schütze, wurden wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung angeklagt. Aufgrund des zu erwartenden großen Andrangs fand der Prozess nicht im Gerichtsgebäude in der Großen Burgstraße 4 statt, sondern der Verhandlungsort war in die Lübecker Hauptturnhalle in der Mühlenstraße 74 verlegt worden. Die Architektur der umgenutzten Turnhalle lässt sich noch auf den damaligen Zeitungsphotografien erkennen (Abb. 7 und 8). So sind z. B. hinter den Angeklagten Teile einer Sprossenwand zu sehen.



Abb. 7 und 8: Zwei Fotografien der zum Gerichtssaal umgenutzten Turnhalle aus dem „Lübecker General-Anzeiger“

Ernst Altstaedts Tochter berichtete von diesem bedeutenden Ereignis:

*„Der Prozess, das hat ja immer 'ne ziemlich lange Anlaufzeit, das lief eben auch über Monate und war so ein großer Prozess und so viel Andrang und so viel Presse auch, dass das nicht im Gerichtssaal stattfand, sondern [...] in einer Turnhalle, die ist ja jetzt noch da. [...] weil das so ein Andrang war und natürlich also mindestens europaweit, wenn nicht noch weiter, sich verbreitete, auch in der Presse und überall.“<sup>251</sup>*

So wie die Gesprächspartnerin es beschrieb, fand der Calmette-Prozess nicht nur in Lübeck oder vielleicht in Deutschland Beachtung, sondern es wurde europaweit über ihn berichtet.<sup>252</sup> Beispielsweise veröffentlichte die bedeutende medizinische Fachzeitschrift „The Lancet“ aus Großbritannien über die gesamte Dauer der Verhandlungen wöchentlich bis zweiwöchentlich Zusammenfassungen der Prozessgeschehnisse.<sup>253</sup> Eine derart große Resonanz hatte schon das Impfungsglück selbst gefunden, über das sogar amerikanische medizinische Fachzeitschriften berichtet hatten – schließlich ging es hier um einen Impfstoff, der zum Zeitpunkt des Unglücks bereits in mehreren Ländern verwendet wurde.<sup>254</sup> Während für die Öffentlichkeit der Verlauf des Prozesses und die Frage nach der Schuld der Angeklagten von großem Interesse waren, hatte das Prozessergebnis für die medizinischen Fachkreise auch für den weiteren Umgang mit dem BCG große Bedeutung. Die Lübecker Tageszeitungen „Lübecker Volksbote“ und „Lübecker General-Anzeiger“ berichteten über jeden einzelnen Prozesstag – die teils mehrseitigen Artikel des „Lübecker General-Anzeigers“ mit Zeichnungen und Fotografien aus dem Gerichtssaal hob der Vater einer Gesprächspartnerin nahezu vollständig auf.<sup>255</sup> Möglicherweise wollte er seinem geimpften Kind damit später einen Einblick in den Ablauf des Calmette-Prozesses ermöglichen.

---

<sup>251</sup> Interview 4, Z. 41-47

<sup>252</sup> Vgl. für einen tabellarischen Überblick über die Berichterstattung mehrerer regionaler und überregionaler deutscher Tageszeitungen sowie verschiedener deutscher medizinischer Fachzeitschriften Kießling, S. 118-142. Edelhoff nannte in seinem Artikel zum Calmette-Prozess als Beispiel für die internationale Berichterstattung die Wiener „Mittagszeitung“, deren Sonderberichterstatteurin in Lübeck „11 ganzseitige[] Fortsetzungen“ zum Prozessgeschehen verfasst habe (Edelhoff, S. 68).

<sup>253</sup> vgl. From our Berlin Correspondent: The Lübeck Trial. Lancet 218 (1931), S. 927-928, S. 986-987, S. 1038, S. 1098-1099, S. 1160, S.1214, S. 1319-1320, S. 1428-1429; From our Berlin Correspondent: The Lübeck Trial. Lancet 219 (1932), S. 102, S. 154, S. 259-260, S. 365

<sup>254</sup> vgl. beispielsweise Autor ungenannt: The Lübeck Affair. Am J Public Health 20 (1930), S. 1122-1123; vgl. weiterhin From Our Regular Correspondent: Berlin. Report on the Infant Deaths in Lübeck. JAMA 96 (1931), S. 283-284

<sup>255</sup> vgl. Übersicht über die einzelnen Zeitungen und Artikel in Kießling, S. 127-132 und S. 134-136; vgl. weiterhin Artikelsammlung des „Lübecker General-Anzeigers“ zu den einzelnen Prozesstagen 1 bis 75 des Calmette-Prozesses (bis auf eine nachträglich aus anderen Beständen ergänzte Kopie sämtlich Unterlagen Interview 1)

Diese intensive Berichterstattung über den Prozess war offenbar notwendig und auch gefordert. Denn abgesehen vom mangelnden Platz für Zuschauer im Gerichtssaal konnten sicher viele Lübecker und insbesondere berufstätige Eltern nicht knapp vier Monate lang jeden Tag dem Prozess beiwohnen. Sie waren deshalb auf eine gründliche Berichterstattung angewiesen. Zwei Väter von hier dargestellten Betroffenen waren aber zumindest zeitweise im Verhandlungssaal anwesend, denn sie sagten vor Gericht als Zeugen zu den Krankheitserscheinungen ihrer Kinder und dem schwierigen Weg bis zur richtigen Diagnose aus.<sup>256</sup>

Zur Verhandlung war nicht jeder beliebige Zuschauer zugelassen, die Teilnahme wurde im Gegenteil mithilfe von Eintrittskarten und Eingangskontrollen recht streng überwacht. Die Kontrolle der Eintrittskarten an einem der ersten Prozesstage wurde von der „Münchener Illustrierten Presse“ fotografisch festgehalten (Abb. 9).<sup>257</sup> Diese Titelseite hatte die Familie einer Zeitzeugin aufbewahrt, weil es sich bei der gerade kontrollierten Person um die Großmutter der Gesprächspartnerin handelte – dieselbe, die ihrem eigenen Enkel als Hebamme den BCG-Impfstoff verabreicht hatte. Die Gesprächspartnerin und ältere Schwester dieses Betroffenen berichtete, dass sie sich die Zeitung später noch öfter angesehen hätten:

*„Es existiert übrigens auch eine, damals eine Berliner Illustrierte [...], da gibt es ein großes Titelbild, und da steht eine Frau, wie die zu dem Prozess will, hier in der Mühlenstraße, in der Hauptturnhalle, da war der Prozess [...]. Und da stehen dann zwei Polizisten, noch mit dem Tschako, und gucken sich das an [...], dass sie da rein darf. Und da steht drunter, das sei eine Mutter [...]. Und das stimmt nicht, das war meine Großmutter. Und nicht 'ne Mutter. Und meine Großmutter war schon um die sechzig. [...] Die [Zeitschrift] haben wir später noch uns manchmal beguckt.“<sup>258</sup>*

In den Unterlagen einer anderen Familie blieb sogar eine dieser Eintrittskarten erhalten, die für den Zutritt zum Verhandlungsort ausgegeben worden waren (Abb. 10). Sie berechnete

---

<sup>256</sup> vgl. Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 33. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (27.11.1931), 50. Jg., Nr. 277, S. 7; Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 34. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (28.11.1931), 50. Jg., Nr. 278, S. 7 (beide Unterlagen Interview 1)

<sup>257</sup> Auf der Rückseite ist eine kleinere Abbildung der beiden Hauptangeklagten des Calmette-Prozesses, Deycke und Altstaedt, neben zwei weiteren Fotografien (Szene aus dem Reichstag und Adolf Hitler bei der Tagung der „Nationalen Opposition“ in Bad Harzburg) zu sehen. Die begleitenden Abbildungen spiegeln das politische Geschehen der frühen 1930er Jahre rund um den Calmette-Prozess wider.

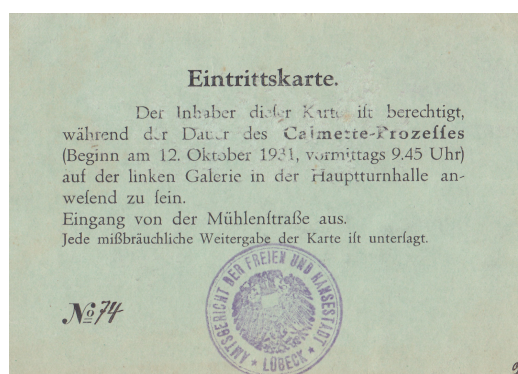
<sup>258</sup> Interview 1, Z. 44-53. Die Zeitschrift war zum Zeitpunkt des Interviews nicht aufzufinden, deshalb nahm die Gesprächspartnerin hier an, dass es sich um eine Berliner Illustrierte gehandelt habe. Bei einem späteren Treffen wurde der Autorin aber die besagte Doppelseite der „Münchener [!] Illustrierten Presse“ mit der entsprechenden Abbildung gezeigt. Beim Tschako handelt es sich um den zu dieser Zeit gebräuchlichen Polizeihelm bzw. die polizeiliche Kopfbedeckung.



den Inhaber für die „Dauer des Calmette-Prozesses (Beginn am 12. Oktober 1931, vormittags 9.45 Uhr) auf der linken Galerie in der Hauptturnhalle anwesend zu sein“.



Abb. 9 und 10: Auf diesem Titel der „Münchener Illustrierten Presse“ wurden die Einlasskontrollen beim Calmette-Prozess festgehalten. Darunter ist das Original einer Eintrittskarte zu sehen.



Ausgehend von der damaligen Presseberichterstattung saßen die Nebenkläger im hinteren Teil der Turnhalle und nicht auf der Galerie.<sup>259</sup> Dementsprechend handelte es sich bei dem

<sup>259</sup> vgl. Autor ungenannt: Der erste Tag des Calmette-Prozesses, in: Lübecker General-Anzeiger (13.10.1931), 50. Jg., Nr. 239, Titelseite/S. 1 (Unterlagen Interview 1)

Platz auf der Eintrittskarte wahrscheinlich um einen Zuschauerplatz. Der Vater dieses geimpften Kindes nahm am Prozess als Nebenkläger teil, deswegen war die Eintrittskarte vermutlich für die Mutter bestimmt.<sup>260</sup> Ob damals z. B. alle betroffenen Eltern, die nicht selbst Teil der Nebenkläger waren, eine Eintrittskarte erhielten oder nach welchem System diese sonst vergeben wurden, ließ sich nicht mehr feststellen. Da auch die Großmutter eines Betroffenen an der Verhandlung teilnehmen durfte, war der zugelassene Verwandtenkreis möglicherweise breiter gefasst – allerdings hatte sie als selbst impfende Hebamme noch eine zweite Verbindung zum Prozess.

Durch das Gespräch mit der Tochter des Angeklagten Ernst Altstaedt konnte der Calmette-Prozess auch aus dieser Perspektive betrachtet werden. Sie erinnerte sich an Erzählungen ihrer Mutter zu bestimmten Begebenheiten im Rahmen des Prozesses. So habe z. B. ihr älterer Bruder die Akten ihres Vaters auf dem Schulweg zum Gericht gebracht:

*„Und was meine Mutter auch immer erzählt hat, dass mein Bruder, war ein Bruder dabei, der ging hier ins Katharineum [...]. Und sei immer mit dem Fahrrad morgens gefahren und habe die Akten ins Gericht gebracht. Solche Sachen, ja, das sind solche Sachen, die man dann so erzählt bekommt, als Kind. [...] um das eben meinem Vater abzunehmen.“<sup>261</sup>*

Offenbar nahmen an dem Ereignis, das nicht nur die Existenz des Vaters, sondern letztlich die der gesamten Familie bedrohte, alle Familienmitglieder Anteil und halfen im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Von einer anderen Begebenheit wurde damals auch in der Presse berichtet: Ernst Altstaedt war anscheinend so fest von der Unschädlichkeit des BCG-Impfstoffs überzeugt, dass er damit seine eigene, im März 1931 geborene Tochter – die ältere Schwester der Gesprächspartnerin – impfen ließ. Laut seiner Aussage vor Gericht wurde der Impfstoff in Gegenwart des Polizeiarztes verabreicht.<sup>262</sup> Wahrscheinlich sollte dieser die Durchführung nötigenfalls bezeugen können. Die Reaktion auf diese Aussage Altstaedts wurde ebenfalls veröffentlicht – vermutlich waren die Zwischenrufer Eltern geimpfter Säuglinge:

---

<sup>260</sup> vgl. Ladung als Nebenkläger zur Hauptverhandlung in der Strafsache gegen den Professor Dr. Deycke und Genossen wegen fahrl. Tötung und fahrl. Körperverletzung, Montag, den 12. Oktober 1931, vor das große Schöffengericht in der Hauptturnhalle, von der Staatsanwaltschaft an [Vater des Betroffenen], 13.08.1931; erneute Ladung zum selben Termin und zur selben Strafsache, aber nun Verhandlung vor der II. Großen Strafkammer und nicht vor dem großen Schöffengericht, von der Staatsanwaltschaft an [Vater des Betroffenen], 08.10.1931 (beide Unterlagen Interview 10). Grund für die Änderung des zuständigen Gerichts war eine Notverordnung des Reichspräsidenten vom 06.10.1931 (vgl. Urteil, S. 2-6). Dieser Umstand ist ein Beispiel für die politisch unruhige Zeit, in die das Impfunglück fiel.

<sup>261</sup> Interview 4, Z. 76-81

<sup>262</sup> vgl. Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 3. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (15.10.1931), 50. Jg., Nr. 241, S. 5 (Unterlagen Interview 1)



*„Mag man Dr. Altstaedt, als er seinerzeit [vor Gericht] sagte, er habe sein eigenes Kind mit dem BCG geimpft, auch von der Galerie zugerufen haben: „Aber mit dem aus Paris!“, das ändert nichts an der Tatsache, daß Dr. Altstaedt sein eigenes Kind zu opfern bereit war für seine wissenschaftliche Ueberzeugung, daß der reine BCG unschädlich sei.“<sup>263</sup>*

Von diesem Versuch, die Ungefährlichkeit des BCG zu demonstrieren, wurde auch der Gesprächspartnerin berichtet: „Das hat meine Mutter ja immer wieder erzählt, und um zu beweisen, dass das eben, Calmette-Impfstoff als solcher in Ordnung ist. Aber ich fand's trotzdem riskant, dass sie das gemacht haben“. Ihre Eltern nahmen das – für sie offenbar nicht bedeutende oder gar nicht existente – Risiko jedoch in Kauf. Auch die Gesprächspartnerin selbst berichtete, als Säugling 1933 die BCG-Impfung erhalten zu haben.<sup>264</sup> Die Überzeugung ihres Vaters von diesem Impfstoff war weiterhin ungebrochen. Der Calmette-Prozess endete am 06.02.1932 mit der Verurteilung Georg Deyckes und Ernst Altstaedts wegen Vergehen der fahrlässigen Tötung sowie der fahrlässigen Körperverletzung. Deycke wurde zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren, Altstaedt zu einer von einem Jahr und drei Monaten verurteilt. Im Rahmen dieser Arbeit kam auch der Kontakt zur Enkelin des damaligen Vorsitzenden Richters, des Amtsgerichtsrats Heinrich Wibel, zustande. Er nahm sich einige Monate nach Ende des Prozesses am 27.08.1932 das Leben. Seine Enkelin konnte ihn dementsprechend nie kennenlernen, sondern nur auf Grundlage der Erinnerungen ihrer Familienmitglieder über ihn berichten. Sie erzählte, dass ihr Großvater sich damals sehr tief in die medizinische Materie eingearbeitet habe:

*„Das hat meine Mutter immer gesagt, dass er fast versucht hat, Medizin zu studieren. Das ging natürlich nicht, aber er hat sich versucht, in diese medizinischen Dinge also ganz intensiv einzuarbeiten und [...] das zu verstehen, wie es möglich war, dass es zu diesem Fehler kommen konnte [...]. Das war für ihn unglaublich schwer, weil er eben wirklich ja auch Freunde verurteilen musste sozusagen, die Ärzte kannte er persönlich und es war dadurch noch besonders schwer für ihn eigentlich, und, das hat ihn sehr mitgenommen“.<sup>265</sup>*

In einer eher kleinen Stadt wie Lübeck waren Angehörige derselben gesellschaftlichen Schicht wohl zumindest miteinander bekannt, selbst wenn sie vielleicht nicht befreundet waren. Die Tragik der Ereignisse, bei denen die beiden Ärzte eigentlich in bester Absicht

---

<sup>263</sup> Autor ungenannt: Gefängnisstrafen für Dr. Deycke und Dr. Altstaedt! in: Lübeckische Anzeigen. Abend-Ausgabe (08.02.1932), 181. Jg., Nr. 32, Titelseite, AHL, NSA, Sign. 01905, Blatt 79

<sup>264</sup> Interview 4, Z. 347-350

<sup>265</sup> Interview 15, Z. 1-10

gehandelt hatten und doch so scheiterten, wird gerade dem Vorsitzenden Richter nicht entgangen sein.

Die Gesprächspartnerin berichtete weiter, dass ihr Großvater nach dem Prozess eine akute Depression entwickelt und sich trotz eines Behandlungsversuchs schließlich das Leben genommen habe:

*„Er hatte natürlich 'ne Anlage sicherlich zu Depressionen, vermute ich, beziehungsweise eigentlich mehr so, dass er wahrscheinlich bei großer Anspannung eben dann so reagiert hat. Und nachdem das vorbei war, ist er eben in 'ne tiefe Depression gerutscht und war ja auch dann in 'ner Klinik [...] länger und wurde dann auch abgeschirmt und, aber, er hat's dann eben doch alles nicht durchgehalten [...]. Das war für meine Mutter sehr, sehr traurig, die war da achtzehn [...]. Also es war für sie ganz schlimm, weil sie es einfach, er fuhr weg und kam nicht wieder. Und da er eben Soldat war, hatte er 'ne Waffe zu Hause und es war also dann sehr einfach, aber war für sie ein großer Schock und für meine Großmutter natürlich auch. [...] die jüngere Schwester, die ist elf Jahre jünger, die hat es nicht so intensiv natürlich mitbekommen, weil sie noch zu klein war.“<sup>266</sup>*

Ihre Familie habe die Ursache dieser Depression ihres Großvaters im Calmette-Prozess und der damit verbundenen großen geistigen Anstrengung gesehen:

*„Ja, er hat sich [...] sicherlich einfach schlicht da völlig übernommen damit [...] oder überarbeitet. [...] Das hat schon damit [mit dem Prozess] zu tun gehabt. [...] Und das war eben auch so, dass also meine Großmutter das besonders mitnahm, weil sie ja durch den ganzen Prozess auch schon im Grunde selber auch mitgenommen war. Dass, die Frauen leiden ja immer mit [...] oder denken mit. Und das, als das dann kam, da ist sie auch zusammengeklappt erstmal, also das ist ganz klar. Das war schon schlimm alles.“<sup>267</sup>*

Heinrich Wibels Frau und Kinder waren in den Monaten seiner Krankheit und schließlich durch den Suizid ohnehin einer immensen Belastung ausgesetzt. Hinzu kam noch, dass die Erkrankung des Vorsitzenden Richters nahezu ebenso große Aufmerksamkeit in der überregionalen Presse fand wie der Calmette-Prozess selbst.<sup>268</sup> Abgesehen von der Bewältigung des persönlichen Schicksalsschlags musste die Familie also auch mit dem öffentlichen Interesse umgehen. Für manche Journalisten stand dabei offenbar zur

---

<sup>266</sup> Interview 15, Z. 10-16, Z. 23-29

<sup>267</sup> Interview 15, Z. 183-184, Z. 351-356

<sup>268</sup> Im Besitz der Gesprächspartnerin befand sich eine Reihe von Zeitungsausschnitten zur Erkrankung ihres Großvaters.

Diskussion, ob das Urteil des Calmette-Prozesses überhaupt rechtskräftig werden könne, da Heinrich Wibel es in seinem aktuellen Zustand nicht unterschreiben könne. Möglicherweise müsse sogar der ganze Prozess wieder aufgerollt werden.<sup>269</sup> In einer anderen Zeitung wurde diese Sorge aber für völlig unbegründet gehalten, da zum einen der älteste beisitzende Richter die Urteilsausfertigung in Vertretung unterzeichnen könne und zum anderen bereits Revision eingelegt worden sei und das Urteil damit ohnehin noch nicht rechtskräftig werden könne.<sup>270</sup> Das Urteil wurde schließlich auch, entsprechend letzterer Meldung, von Landgerichtsrat Staunau, „zugleich für den beurlaubten Amtsgerichtsrat Wibel“, unterzeichnet.<sup>271</sup> Ob diese Presseberichterstattung voll wilder Spekulationen Heinrich Wibel noch weiter belastete, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Allerdings vermittelt auch sie einen Eindruck davon, wie bedeutsam der Calmette-Prozess und sein Ausgang 1931/32 waren.

Heinrich Wibel war in Lübeck offenbar eine sehr geschätzte Persönlichkeit, sein Tod machte die Bürger Lübecks betroffen: Am 31.08.1932 habe in Lübeck eine große Trauerfeier für ihn auf dem Vorwerker Friedhof stattgefunden, an der Trauergäste „aus allen Kreisen der Bevölkerung“ teilgenommen hätten. Abgesehen von Senatsvertretern, Richtern, Rechtsanwälten und Mitgliedern der Staatsanwaltschaft – der Autor nannte noch diverse weitere „Persönlichkeiten der Lübecker Gesellschaft“ – sei „auch eine große Anzahl der Eltern der Calmette-Geschädigten“ zugegen gewesen.<sup>272</sup> Offenbar hatten die Eltern ihn als Richter im Prozess schätzen gelernt und erwiesen ihm so die letzte Ehre.

Gegen das Urteil des Calmette-Prozesses wurde sowohl von Seiten Deyckes und Altstaedts als auch der Nebenkläger Revision eingelegt. Die Revisionsverhandlung fand am 01.06.1933 vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig statt, sämtliche Revisionen

---

<sup>269</sup> vgl. z. B. diese Zeitungsausschnitte: Autor ungenannt: Noch einmal Calmette-Prozess? Der Nervenzusammenbruch des Vorsitzenden, in: Lübeck, 19. Mai, weitere Angaben fehlen; Autor ungenannt: Calmette-Urteil nicht rechtskräftig. Das tragische Schicksal des Gerichtsvorsitzenden in Lübeck, in: Königsberger Allgemeine Zeitung [handschriftlich vermerkt], Berlin, 17.05.1932, weitere Angaben fehlen; Autor ungenannt: Ein neuer Calmette-Prozess, in: [Name der Zeitung handschriftlich ergänzt, vermutlich „Volksstimme“], Berlin, 18. Mai, weitere Angaben fehlen (sämtlich Unterlagen Interview 15)

<sup>270</sup> vgl. Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Eine „Sensation“ der B.Z.: „Calmette-Urteil wird nicht rechtskräftig, weil Amtsgerichtsrat Wibel nervenkrank ist“, in: Zweites Blatt [Zeitungsname abgeschnitten, wohl Lübecker Zeitung, da Wassertemperatur „in den Badeanstalten Falkendamm und Krähenteich“ sowie die Eutin-Lübecker-Eisenbahngesellschaft erwähnt werden] (18.05.1932), Nr. 114, weitere Angaben fehlen (Unterlagen Interview 15)

<sup>271</sup> Urteil, S. 216

<sup>272</sup> Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Trauerfeier für Amtsgerichtsrat Wibel, in: Lübeck, 1. September, weitere Angaben fehlen (Unterlagen Interview 15)

wurden abgelehnt.<sup>273</sup> Laut einem zeitgenössischen Pressebericht habe die Verteidigung Altstaedts das Urteil auch in Bezug auf Wibels vermeintlichen Geisteszustand angegriffen; der „Rüge der Geisteskrankheit des Vorsitzenden Dr. Wibel“ sei aber nicht stattgegeben worden, da „zahlreiche Personen, die mit Dr. Wibel zusammengearbeitet haben, [...], nicht die geringsten Anzeichen bemerkt haben“ und er „im Gegenteil die Verhandlung äußerst sachlich geführt habe.“ Es sei nur eine „hochgradige Erschöpfung des Vorsitzenden am Ende des Prozesses“ erwiesen. „Dieses sei nach der viermonatigen Dauer des Prozesses ebenso denkbar wie die Behauptung, daß er seelisch sehr mitgenommen war.“ Zur genaueren Ergründung dieser Frage sei auch Heinrich Wibels Witwe ersucht worden, den früheren Arzt ihres Mannes von seiner Schweigepflicht zu entbinden, damit er „sich über den Zustand seines ehemaligen Patienten“ äußern könne. Sie habe dies aber verweigert.<sup>274</sup> Diese Reaktion seiner Witwe ist durchaus verständlich, wollte sie doch sicher nicht, dass die Öffentlichkeit nach dem Tod ihres Mannes in seinen Krankenakten herumsuchte. Nach Ablehnung der Revisionen wurden für Deycke und Altstaedt im Juni und Juli 1933 noch mehrere Gnadengesuche eingereicht. Die Lübecker Ärzteschaft bat dabei nicht nur um Milderung der Strafen für ihre Kollegen, sondern auch um eine Minderung der Gerichtskosten, deren volle Übernahme die Angeklagten finanziell ruinieren würde:

*„Wir bitten nicht nur für die eigentlichen Strafen um Milderung, sondern auch für die auferlegten Gerichtskosten. Diese Kosten sind durch den ungewöhnlichen Umfang des Prozesses zu einer Höhe angeschwollen, daß sie nicht nur die letzten Mittel der Verurteilten erschöpfen, sondern darüber hinaus sie bis zu ihrem Lebensende wirtschaftlich vernichten. Eine Erleichterung dieser Kosten ist insbesondere für Herrn Obermed. Rat Dr. Altstaedt Vorbedingung dafür, daß er sich ein neues Leben wieder aufbaut.“*<sup>275</sup>

Dem Gnadengesuch der Lübecker Ärzteschaft hätten sich dabei

*„die Vereinigungen der Heilberufe in Lübeck, und zwar der Apotheker, Zahnärzte, Tierärzte, Hebammen sowie der Verband der Lübecker Wohlfahrtspflegerinnen,*

---

<sup>273</sup> vgl. Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Calmette-Revisionen verworfen. Reichsgericht bestätigt das Urteil des Lübecker Landgerichts, in: Leipzig, 1. Juni, weitere Angaben fehlen (Unterlagen Interview 15); zum Termin vgl. Postkarte von Dr. Wittern an [Vater des Betroffenen] zur Mitteilung des Termins der Revisionsverhandlung in der Strafsache gegen Prof. Deycke und Genossen, Lübeck, 19.04.1933 (Unterlagen Interview 1)

<sup>274</sup> Zeitungsausschnitt: Calmette-Revisionen verworfen (Unterlagen Interview 15)

<sup>275</sup> Gnadengesuch der Lübecker Ärzteschaft, neben 24 Seiten Unterschriftenlisten unterschrieben vom Vorsitzenden der Ärztekammer der Freien und Hansestadt Lübeck, dem Vorsitzenden des Ärztlichen Vereins zu Lübeck und dem Vorsitzenden des Landesverbands Lübeck, Beauftragter des Kommissars der ärztlichen Spitzenverbände, Lübeck, 08.06.1933, AHL, NSA, Sign. 01902

*Jugendleiterinnen und Kindergärtnerinnen und Beamte und Angestellte der Behörde für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheit angeschlossen“.*<sup>276</sup>

Gerade an diesem Gnadengesuch lässt sich der breite Rückhalt für Deycke und Altstaedt in den medizinischen Organisationen Lübecks, aber auch an ihren Arbeitsplätzen erkennen. Bemerkenswert ist dabei noch, dass sich auch insgesamt 14 vom Impfungslück betroffene Eltern diesem Gnadengesuch anschlossen.<sup>277</sup> Auch wenn diese Zahl angesichts 251 geimpfter Kinder eher nichtig erscheint, verdeutlicht sie doch, dass manche Eltern durchaus zur Vergebung bereit waren oder zumindest den beiden in Lübeck bekannten und geschätzten Ärzten einen Gefängnisaufenthalt ersparen wollten. Es wurden noch weitere Gnadengesuche, z. B. von der Tuberkulose-Fürsorgestelle, von acht Sachverständigen aus dem Calmette-Prozess oder vom „Ärztlichen Verein zu Hamburg“ eingereicht, die aber alle erfolglos blieben.<sup>278</sup> Denn am 21.08.1933 lehnte der wenige Monate zuvor eingesetzte „Reichsstatthalter für Mecklenburg und Lübeck“, Friedrich Hildebrandt, sämtliche Gnadengesuche ab. Das Amt des sogenannten „Reichsstatthalters“ war von den Nationalsozialisten neu geschaffen worden, die entsprechenden politischen Ansichten seines Inhabers lassen sich schon an der Betonung des „Volksganzen“ vor dem Individuum in seinem ablehnenden Bescheid erkennen:

*„Eine falsche Sentimentalität, vor allen Dingen eine übertriebene Humanitätsauffassung kann in diesem Fall nicht angewandt werden. Sie würde im Widerspruch stehen mit der nationalsozialistischen Grundauffassung der Bedeutungslosigkeit jedes Einzelschicksals gegenüber dem Volksganzen. Alles Vertrauen zu den Behörden und der Justiz würde in der Bevölkerung wie auch in Kreisen der Wissenschaft verloren gehen, wenn eine Begnadigung ausgesprochen würde. [...] [Deycke ist] in diesem Fall mit einer Rücksichtslosigkeit, wie sie nur ein ganz großer Streber auf wissenschaftlichem Gebiet wagen kann, vorgegangen“.*<sup>279</sup>

Auf welcher Grundlage Hildebrandt zu diesem vernichtenden Urteil über Deycke gelangt war, ging aus seinem Schreiben nicht genauer hervor. Nach Ablehnung der Gnadengesuche war die Haftstrafe für die beiden Ärzte nicht mehr abzuwenden. Allerdings ging nur Altstaedt tatsächlich ins Gefängnis, Deycke war aus gesundheitlichen Gründen nicht

---

<sup>276</sup> Anschreiben zum Gnadengesuch der Ärztekammer der Freien und Hansestadt Lübeck, Lübeck, 15. Juni, Eingangsstempel 16.06.1933, AHL, NSA, Sign. 01902

<sup>277</sup> vgl. Gnadengesuch der Lübecker Ärzteschaft, AHL, NSA, Sign. 01902

<sup>278</sup> vgl. AHL, NSA, Sign. 01902

<sup>279</sup> Schreiben des Reichsstatthalters an den Senat, Landesjustizverwaltung – Lübeck –, Schwerin, 21.08.1933, AHL, NSA, Sign. 01902

haftfähig.<sup>280</sup> Ernst Altstaedts Tochter berichtete, dass sie erst viel später verstanden habe, dass der Termin seines Haftantritts der Tag nach ihrer Taufe gewesen sei. Die Bedeutung, die dieser Tag deshalb für ihre Familie gehabt habe, habe sich ihr erst dann erschlossen:

*„Nur mein Vater [ist haftfähig gewesen], und sinnigerweise, ich, also April geboren, im August bin ich getauft worden, und am Tag danach musste er ins Gefängnis. [...] es gibt 'n Foto, [...] früher hatte man dann die Fotoalben natürlich immer so nett eingeklebt und das haben wir immer voller Andacht angeguckt. Also da ist die ganze Familie, ganz nett, also ich im wunderbaren, so Taufkleid, mit Schleier drüber, und meine Mutter in ihrem Hochzeitskleid, also ganz nett, so 'n Familienfoto. Und ich hab mir das hinterher erst klar gemacht, dass das also der Tag war, bevor er die Haft angetreten hat. Also, da war bestimmt viel gute Miene und sozusagen sich zusammennehmen [...] in der Familie.“<sup>281</sup>*

Ernst Altstaedt wurde nach rund sieben Monaten Haft im Lübecker Gefängnis „Lauerhof“ am 14.04.1934 „infolge der Begnadigung durch den Herrn Reichsstatthalter aus dem Gefängnis entlassen [...]. Er übt seitdem seine Praxis in Lübeck aus.“<sup>282</sup> Offenbar war der Reichsstatthalter nun entgegen seinen 1933 getätigten Äußerungen zu einer Begnadigung bereit. Gründe für diesen Schritt gingen aus den vorhandenen Unterlagen nicht hervor. Die hier genannte eigene Praxis hatte Ernst Altstaedt noch wenige Tage vor Ende des Calmette-Prozesses am 01.02.1932 eröffnet.<sup>283</sup> Schließlich musste er sich nach seiner Entlassung aus dem Gesundheitsamt eine neue Existenz aufbauen. Seine Tochter berichtete vom schweren Schlag der Entlassung, aber auch von dem Erfolg seiner eigenen Praxis, in die später selbst Betroffene des Impfunglücks und ihre Angehörigen gekommen seien:

*„Jedenfalls wurde mein Vater da schon gleich entlassen, also dieses, dies Gesundheitsamt, das kam wohl ziemlich schnell. Und das war, war natürlich 'ne Katastrophe. Er hat sich dann aber niedergelassen, das ging, und, in der Mühlenstraße. [...] also was meine Mutter dann erzählt hat, dass viele von den Eltern, oder auch später Kinder, trotzdem oder gerade zu meinem Vater in die Praxis gekommen sind als Patienten. Also das war nicht, war vielleicht bestimmt welche, die, ja, nicht nur böse,*

---

<sup>280</sup> Es existieren drei ärztliche Gutachten zu Deyckes schlechtem gesundheitlichen Zustand 1933, die einen Haftantritt offenbar unmöglich machten (vgl. AHL, NSA, Sign. 01902).

<sup>281</sup> Interview 4, Z. 90-99

<sup>282</sup> Schreiben der Rechtsanwälte Dres. Hoffmann und Rüsse an Einen Hohen Senat der freien und Hansestadt Lübeck, Abteilung IV – Justizverwaltung –, Lübeck, 26.04.1934, AHL, NSA, Sign. 01903

<sup>283</sup> vgl. von Rohden, Friedrich: Dr. Ernst Altstaedt zum Gedächtnis, in: Sonderdruck aus den Lübeckischen Blättern (24.01.1954), Nummer 2 (Unterlagen Interview 4)

*aber verzweifelt und so waren, aber es war nicht so, dass da so nachher irgendwie ein Hass war oder so was, sondern ganz im Gegenteil.“<sup>284</sup>*

Die ältere Schwester eines der hier dargestellten Betroffenen erinnerte sich sogar, in ihrer Kindheit selbst einmal in Behandlung bei Dr. Altstaedt in seiner Praxis gewesen zu sein.<sup>285</sup> Auch wenn es sicherlich Familien gab, die nie einen Fuß in diese Praxis gesetzt hätten, zeigt diese Erinnerung doch, dass Altstaedt später nicht nur Ablehnung entgegengebracht wurde. Die Eltern dieser Zeitzeugin konnten ihn zumindest als Arzt für ihre Tochter akzeptieren.

Ernst Altstaedts Tochter berichtete weiter, dass ihre Mutter in der Zeit, in der ihr Vater im Gefängnis gewesen sei, seine Praxis übernommen habe:

*„In dem Moment, wo er eben ins Gefängnis musste, hat dann meine Mutter für ihn die Praxis gemacht, wie sie gesagt hat. Sie hat das dann übernommen und konnte ihn dann besuchen [...] oder konnte ihn mehrfach besuchen, weil sie dann sagte, sie müsse mit ihm besprechen über Patienten. Und das haben sie wohl auch gemacht, und dadurch haben sie sich öfters sehen können.“<sup>286</sup>*

So wurde zum einen der persönliche Kontakt der Eheleute aufrecht erhalten, zum anderen konnte dadurch die wirtschaftliche Existenz der Familie – zumindest in Bezug auf die laufenden Kosten – gesichert werden. Schließlich waren die Auswirkungen des Impfunglücks auf das Leben Ernst Altstaedts trotz Ableistung seiner Haftstrafe noch nicht beendet. Denn zum Zeitpunkt seiner Begnadigung standen weiterhin die Kosten des Verfahrens aus, die den Verurteilten auferlegt worden waren – insgesamt 44.123,20 Reichsmark.<sup>287</sup> Die Befürchtung aus dem Gnadengesuch der Lübecker Ärzteschaft, dass diese Summe die beiden Ärzte wirtschaftlich vernichten könne, war durchaus berechtigt. Denn zumindest Deycke war nicht in der finanziellen Lage, auch nur einen Teil dieser Kosten zu übernehmen: Das Honorar für die Lübecker Anwälte der Nebenkläger, Dr. Wittern und Dr. Cantor, sei z. B. von Freunden von ihm ohne sein Wissen

---

<sup>284</sup> Interview 4, Z. 49-52, Z. 72-76

<sup>285</sup> vgl. Interview 1, Z. 564-567

<sup>286</sup> Interview 4, Z. 100-105

<sup>287</sup> vgl. Kostenaufstellung des Gerichtsverfahrens (von Porto über Zeugen- und Sachverständigengebühren, Reisekosten, „Herrichtung der Hauptturnhalle zum Sitzungssaal, Heizung und Reinigung“ bis hin zu Armenanwaltskosten für Rechtsanwälte Dres. Wittern, Cantor und Frey), Gesamtschuldner Deycke und Altstaedt, Betrag 44.123,20 Reichsmark, AHL, NSA, Sign. 01903

zusammengetragen worden.<sup>288</sup> Er verfüge auch über keine Haftpflichtversicherung.<sup>289</sup> Nach ausgiebiger diesbezüglicher Korrespondenz gab es der Lübecker Staat 1935 schließlich auf, Deyckes Anteil an den Gerichtskosten zurückzuerhalten.<sup>290</sup>

Auch Altstaedt musste im Zuge dieser Forderungen seine Vermögensverhältnisse offen legen.<sup>291</sup> Dabei ging es allerdings nicht mehr nur um die Gerichtskosten, sondern es waren bereits zusätzliche Kosten für die Entschädigung der geimpften Kinder entstanden. Zwar verfügte Altstaedt ebenso wenig über größere Geldsummen oder Wertgegenstände, besaß aber im Gegensatz zu Deycke eine Haftpflichtversicherung. Unter Einbeziehung dieser Versicherung wurde am 28.06.1934 ein Vergleich zwischen der Hansestadt einerseits und Ernst Altstaedt und seiner Haftpflichtversicherung andererseits geschlossen. Damit wurde die Kostenfrage abschließend geregelt und Altstaedt von dieser Last für sich und seine Familie entbunden: Unter der Voraussetzung, dass Altstaedt keine Wiederaufnahme des Verfahrens plane, sei

*„die freie und Hansestadt Lübeck bereit, wegen ihrer Schadensersatzansprüche gegen Dr. Altstaedt mit diesem eine Regelung zu treffen, die es ihm ermöglicht, für sich und seine Familie wiederum eine Lebensgrundlage zu schaffen.“*<sup>292</sup>

Dafür sollte die Versicherung den Betrag von 100.000 Reichsmark an die Hansestadt Lübeck zahlen; damit sei die Hansestadt endgültig abgefunden. Altstaedt sollte weiterhin „auf die erdiente Beamtenpension und Witwenversorgung“ und „auf die Auszahlung seines

---

<sup>288</sup> vgl. Schreiben Dres. von Brocken, Ihde, Boettcher an Senator Dr. Böhmcker, Lübeck, 02.12.1933, darin u. a.: Deycke lasse sein Haus verkaufen, bisher aber noch kein Käufer gefunden, ausstehendes Honorar für Dr. Wittern und Dr. Cantor in Höhe von 600 RM „zusammengebracht mit Hilfe von Personen, die Prof. Deycke nahestehen. Dieser weiss von der Angelegenheit nichts.“ AHL, NSA, Sign. 01903; die Nebenklage wurde außerdem von Berliner Rechtsanwälten vertreten, nämlich von Dr. Frey, Dr. Giessner und „nur kurzzeitig“ von Dr. Thiele (Kießling, S. 163).

<sup>289</sup> vgl. „Verhandlung mit Rechtsanwalt Dr. Ihde.“, Lübeck, 09.09.1933, AHL, NSA, Sign. 01903

<sup>290</sup> vgl. „Abschrift. Herrn Senator Dr. Böhmcker.“, darin am Ende: „Eine Auseinandersetzung mit Dr. Deycke ist aufgegeben. Dr. Deycke hat keinerlei Vermögensgegenstände, die der Staat verwenden könnte. L., 29.3.35. gez. Dr. Bö.“ AHL, NSA, Sign. 01903; vgl. auch zur weiteren Korrespondenz AHL, NSA, Sign. 01903

<sup>291</sup> vgl. „Verzeichnis der Vermögensstücke des Herrn Dr. Altstaedt.“, darin enthalten: Auflistung von Grundstück mit Belastungen, über Möbelstücke (keine „echte[n] Teppiche oder sonstige Wertgegenstände“) bis zu verschiedenen Sparbüchern und Konten (z. B. „Sparbuch der Commerz-Bank in Lübeck über RM 43,02“, „Steuerrückzahlungen vom Finanzamt = RM 909,50“) sowie „Versicherungsansprüche gegen die Union- und Rhein Versicherungs Aktien-Gesellschaft, Berlin W. 50, Nürnbergplatz No. 1 = RM 80.000,-“, an Eides statt, unterschrieben von Dr. Altstaedt, Lübeck, 11.09.1933, AHL, NSA, Sign. 01903

<sup>292</sup> Vergleich zwischen der freien und Hansestadt Lübeck, vertreten durch den Senator der Justizverwaltung, Dr. Böhmcker, einerseits, und dem Facharzt für innere Krankheiten Dr. med. Ernst Altstaedt in Lübeck und der Union und Rhein Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin, vertreten durch ihren Vorstand General-Direktor Partzsch als Haftpflichtversicherer des Dr. med. Ernst Altstaedt, andererseits; Anschreiben datiert mit Lübeck, 28.08.1934, unter dem Vergleich Unterschriften von Altstaedt, der Versicherungsgesellschaft sowie Siegel und Unterschrift der Hansestadt Lübeck, datiert mit Berlin, 28.06.1934, AHL, NSA, Sign. 01903



einbehaltenen Gehalts und [...] der ihm zustehenden Gutachtergebühren“ verzichten (ca. 6.711,38 Reichsmark Gehalt und ca. 250 Reichsmark als Gutachtergebühren). Dabei versicherte die Hansestadt Lübeck, „Entschädigungszahlungen mindestens in Höhe von einhunderttausend Reichsmark geleistet“ zu haben, die diese Summe rechtfertigten. Weiterhin verzichte sie „auf Zahlung der im Strafprozess entstandenen Kosten und Auslagen“ von Altstaedt als Schuldner; die Kosten der Anwälte der Nebenkläger seien bis auf Dr. Freys Honorar abgegolten. Bei etwaigen Ansprüchen Dr. Freys – „früher Berlin, jetzt unbekannten Aufenthalts“ – werde die Hansestadt Lübeck Altstaedt dahingehend unterstützen, dass diese Ansprüche „in einer Weise geregelt werden, die Dr. Altstaedt’s Lage gerecht werde“.<sup>293</sup> Vermutlich sah der Lübecker Staat in der Ausschöpfung dieser Haftpflichtversicherung die einzige Möglichkeit, zumindest einen Teil seiner Kosten für das Impfunglück zu decken, da von Altstaedt in der näheren Zeit kein weiteres Geld zu erwarten war. Die von der Versicherungsgesellschaft geleistete Summe von 100.000 Reichsmark wurde vom Lübecker Staat offenbar direkt zur Begleichung der Schadensersatzforderungen für die geimpften Kinder verwendet.<sup>294</sup>

Damit waren die Nachwirkungen des Impfunglücks für Ernst Altstaedt zumindest offiziell beendet. Seine weitere Tätigkeit in der Praxis wurde nur durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen, er lebte bis zu seinem Tod 1953 in Lübeck. In all diesen Jahren habe er das Impfunglück zumindest seiner Tochter gegenüber nie mehr erwähnt:

*„Das war eigentlich immer ziemliches Tabuthema so bei uns in der Familie. Mein Vater hat überhaupt nie darüber gesprochen.“ (Autorin: „Nie?“) „Nie. Ich kann mich nicht erinnern. Er war ja dann auch älter, wie meine Schwester und ich geboren wurden [...]. Da wurde nicht darüber gesprochen. Aber meine Mutter hat das immer mal wieder angeschnitten, also nicht angeschnitten, es kam immer wieder darauf. Und dann hat sie natürlich immer ihre Version so geschildert.“<sup>295</sup>*

All das, was diese Gesprächspartnerin zum Impfunglück berichten konnte, hatte sie also von ihrer Mutter erfahren. Dabei betonte sie an dieser Stelle und insgesamt mehrfach im

---

<sup>293</sup> Vergleich zwischen der Hansestadt Lübeck, einerseits, und Dr. med. Ernst Altstaedt und der Union und Rhein Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, andererseits, AHL, NSA, Sign. 01903. Der in Berlin tätige jüdische Rechtsanwalt Erich Frey emigrierte 1933 nach Paris und weiter nach Südamerika (vgl. Forum Anwaltsgeschichte: Erich Frey (1882-1964), online unter: <http://www.anwaltsgeschichte.de/kriminalmagazin/erich-frey.html> (Tag des Zugriffs: 10.10.2016)).

<sup>294</sup> vgl. Niederschrift über die Besprechung betr. Auszahlung der Calmetteschmerzengelder im Amtszimmer von Herrn Senator Dr. Böhmcker. Anwesend Senator Dr. Böhmcker (Justizverwaltung), Regierungsdirektor Dr. Beuthien und Assessor Keibel (Sozialverwaltung), Amtsgerichtsrat Dübel (Vormundschaftsgericht), Landgerichtspräsident Rischau (als Obmann des Calmette-Schiedsgerichts), Bankdirektor Hagenström (Kreditanstalt), [zum Teil handschriftlich korrigiert], Lübeck, 30.08.1934, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>295</sup> Interview 4, Z. 54-64

Gespräch, dass die Informationen, die sie geben könne, eben die persönlich gefärbten Erinnerungen ihrer Mutter und keine eigenen Eindrücke seien. Trotzdem erlebte sie als Tochter die Nachwirkungen des Impfunglücks in ihrer Familie. Denn auch wenn ihr Vater mit ihr nie mehr über das Impfunglück sprach, waren diese Katastrophe, das anschließende Gerichtsverfahren und sein Gefängnisaufenthalt sicher nicht spurlos an ihm vorübergegangen. In diesem Zusammenhang erinnerte sich seine Tochter an eine Anekdote ihrer Familie:

*„Ich nehme an, dass er [im Gefängnis] gelesen, geschrieben hat, und er hat Gartenarbeit gemacht, und des – [lacht] das war auch so’n Thema, weil er danach keine Dahlien mehr leiden konnte, weil da immer in dem Gefängnisgarten Dahlien zu pflanzen und zu pflegen waren. Und wir hatten in unserem Garten nie Dahlien. [...] Das war, nein, out.“<sup>296</sup>*

Offensichtlich erinnerten Ernst Altstaedt gerade diese Pflanzen so besonders an seine Zeit im Gefängnis, dass er sie zuhause nicht mehr ertragen konnte. Die damaligen Ereignisse wurden dementsprechend zwar nie mehr direkt thematisiert, begleiteten ihn und damit auch seine Familie jedoch ein Leben lang.

Als erwachsene Frau kam Ernst Altstaedts Tochter noch manchmal selbst mit dem Impfunglück in Berührung. Einmal sei sie in der Schule ihrer Kinder einer anderen Mutter begegnet, die zu den Betroffenen des Impfunglücks gehört habe. Diese Mutter habe sie als Tochter Ernst Altstaedts angesprochen. Allerdings habe die Gesprächspartnerin bei dieser Begegnung keine Wut oder ähnliche Emotionen erlebt: „Diese Mutter hat mich angesprochen, hat aber, auch nicht böse, sie hat nur gesagt, sie sei eine von denen gewesen. Das hat sie gesagt.“<sup>297</sup> Abgesehen von dieser selbst am Impfunglück beteiligten Mutter sei sie auch von anderen Personen auf das Impfunglück angesprochen worden:

*„Aber eigentlich immer freundlich, also so nach dem Motto mitfühlend. Was meine Eltern damals durchgemacht haben. Wie sie das eben, und dass meine Mutter eben, frisch verheiratet, wie sie war, und so, dass sie sofort dann hier die Patienten übernommen hat.“<sup>298</sup>*

Anscheinend erwartete die Gesprächspartnerin eher andere Gefühle wie Wut oder Abneigung und war dann geradezu überrascht von der ihr entgegengebrachten Empathie und Offenheit. Abgesehen davon, dass sie selbst nicht schuldhaft an den Ereignissen

---

<sup>296</sup> Interview 4, Z. 117-121

<sup>297</sup> Interview 4, Z. 478-480

<sup>298</sup> Interview 4, Z. 355-360

beteiligt war, mögen auch der zeitliche Abstand und der Umgang der jeweiligen Personen mit ihrer Vergangenheit zu diesen Reaktionen beigetragen haben.

Eine zufällige und völlig unerwartete Begegnung mit diesem Thema in einem ganz anderen Kontext erlebte die Gesprächspartnerin wenige Jahre vor dem Interview im „Jüdischen Museum“ in Berlin. Dort habe sie in einem der Ausstellungsfenster im Untergeschoss in der sogenannten „Achse des Holocaust“ auf einmal ihren Familiennamen gelesen. Diese Begegnung mit ihrer eigenen Geschichte habe sie damals sehr ergriffen:

*„Da gehe ich da und dann plötzlich sehe ich in einem der ersten Fenster so eine aufgeschlagene Zeitungsseite und ein Bild daneben. Und da habe ich geguckt, was da so steht, und da hatte ein, ja, ich weiß nicht, ob es ein Arzt war oder ein Journalist, geschrieben, über den Prozess. [...] und hatte das auch [...] gutgeheißen, [...] dass er verurteilt wurde, und dass es eben zu Recht so geurteilt wurde. Und das stand da und das war offensichtlich ein jüdischer Journalist, der das geschrieben hatte. Und deswegen war das da. [...] aber dass es ausgerechnet, ich geh da hin und seh’ da unseren Namen. Das war schon seltsam.“* (Tochter: *„Da warst du extrem betroffen.“*)  
*„Ja, war ich auch.“*<sup>299</sup>

Obwohl ihr Vater selbst nie mit ihr über seine Erlebnisse gesprochen hatte, berührte sie noch im höheren Alter diese Begegnung mit ihrer bzw. seiner Vergangenheit so stark. Sein Schicksal blieb somit auch in ihrem eigenen Leben verankert. Ihre und ebenso die Familie Heinrich Wibels gehören damit in gewisser, wenn auch eher indirekter Weise ebenfalls zu den Betroffenen des Lübecker Impfunglücks.

---

<sup>299</sup> Interview 4, Z. 322-344. Dass sie im Jüdischen Museum in Berlin eine Vitrine über das Impfunglück gesehen habe, berichtete noch eine weitere Gesprächspartnerin. Auch sie habe die Erwähnung Lübecks und des Impfunglücks in diesem Zusammenhang sehr berührt (vgl. hierzu Interview 8, Z. 36-50). Bei einem Besuch im Jüdischen Museum im Mai 2013 war diese zweimal beschriebene Vitrine allerdings nicht mehr aufzufinden. Die Autorin erfuhr vor Ort, dass die Vitrinen regelmäßig umgestaltet und andere Schicksale vorgestellt würden. Eine schriftliche Kontaktaufnahme zur Wissenschaftlichen Leitung der Dauerausstellung ergab, dass am ehesten ein Beitrag zum Gesundheitspolitiker Julius Moses für das Beschriebene in Frage komme: Vom 09.09.2001 bis zum 21.07.2003 sei ein Erinnerungsband von Julius Moses aus dem Jahr 1936 in einer Vitrine in der „Achse des Holocaust“ gezeigt worden. Folgender Text sei dazu zu lesen gewesen: „Ein Erinnerungsalbum für den Sohn. ‚Ich gebe meinen Kindern Rechenschaft ...‘ So überschrieb Dr. Julius Moses dieses Album seines politischen Lebens. Er schenkte es seinem Sohn Kurt zum 11. Geburtstag, gleichsam als Vermächtnis und Botschaft an die nachfolgende Generation. Der sozialdemokratische Gesundheitspolitiker Moses war von 1920 bis 1932 Mitglied des Reichstags. Infolge der Nürnberger Rassengesetze von 1935 musste er aus der Wohnung ausziehen, in der er mit Anna Nemitz und dem gemeinsamen Sohn Kurt lebte. Das Album entstand in den darauf folgenden Monaten. Anna Nemitz versteckte es später in ihrem Kohlenkeller in Berlin-Köpenick. Julius Moses starb am 24. September 1942 im Alter von 74 Jahren in Theresienstadt.“ (Korrespondenz mit Jüdischem Museum Berlin im Besitz der Autorin) Moses beschäftigte sich damals ausführlich mit dem Lübecker Impfunglück und verfasste das Buch „Der Totentanz von Lübeck“ (vgl. Kapitel 3.1). Möglicherweise waren gerade diese Seiten aus seinem Erinnerungsband in der Vitrine in Berlin zu sehen.

#### 4.6 Frühe Kindheit im Krankenhaus und in Sanatorien – Lange Trennung von den Eltern

Zwar hatten die Durchuntersuchungen im Sommer 1930 ergeben, dass nicht alle geimpften Kinder in Lebensgefahr schwebten, aber zu dieser Zeit waren trotzdem viele Säuglinge schwer erkrankt und mussten über einen längeren Zeitraum hinweg im Kinderkrankenhaus behandelt werden. Einige von ihnen waren ein Jahr oder länger in stationärer Behandlung.<sup>300</sup> Manche Säuglinge befanden sich auch bei eher leichten Krankheitserscheinungen für lange Zeit zur Beobachtung im Kinderkrankenhaus. So glaubte ein Betroffener zwar nicht, als Säugling schwer krank gewesen zu sein, berichtete aber von einem einjährigen Krankenhausaufenthalt nach seiner Geburt und Impfung:

*„Naja, und dann hab ich ein Jahr im Krankenhaus gelebt. [...] in der Kinderklinik. [...] warum weiß ich nicht, ich war da, ich war ja so klein. Und das haben sie dann wohl vorsichtshalber gemacht.“ (Ehefrau: „War wohl zur Beobachtung.“) „Dann war ich unter Kontrolle“.*<sup>301</sup>

Ein anderer Gesprächspartner, dessen Symptome für „mittelschwer“ gehalten wurden, wurde über neun Monate von „Ende Juli 1930 bis Ende April 1931 [...] im Kinderhospital beobachtet“.<sup>302</sup> Als Symptome seiner Fütterungstuberkulose wurden in einem Gutachten Schwellungen der Halslymphknoten, zeitweise „gehäufte[] Stühle[], leichte[] Milzschwellung, geringe[] Temperatursteigerungen und vorübergehende[] Entwicklungshemmung“ genannt. Außerdem habe das Kind über Monate an einer chronischen eitrigen Mittelohrentzündung gelitten, allerdings ohne Nachweis von „Tuberkelbazillen“ im Ohreiter.<sup>303</sup> Ob damals allein diese Symptome einen derartig langen Krankenhausaufenthalt rechtfertigten, ließ sich im Nachhinein nicht mehr feststellen. Möglicherweise war diese für viele Ärzte neuartige Erkrankung so schwer einzuschätzen, dass mit besonderer Vorsicht vorgegangen wurde. Vielleicht hatte die lange stationäre Betreuung aber auch mit der familiären Situation des Betroffenen zu tun. Denn er wurde unehelich

---

<sup>300</sup> Ein Kind war z. B. vom 13.06.1930 bis zum 05.06.1931, ein anderes vom 10.06.1930 bis zum 22.07.1931 im Kinderkrankenhaus (vgl. Jannasch, Hermann; Remé, Gertrud: Röntgenbefunde im Bereich des Thorax bei der Lübecker Säuglingstuberkulose, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 345 und S. 351).

<sup>301</sup> Interview 5, Z. 7-12, Z. 177-182

<sup>302</sup> Schreiben von den Rechtsanwälten Dr. Karl Derlien und Dr. Wolfgang Hollensteiner an die Mutter des Betroffenen, Lübeck, 02.01.1933 (Unterlagen Interview 6)

<sup>303</sup> Zwei handschriftliche Abschriften eines gesundheitlichen Gutachtens, verfasst von Herrn Kleinschmidt, gerichtet an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen, Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Utermarck, Köln-Lindenthal, 10.07.1933, Untersuchung des Kindes am 07.06.1933 (Unterlagen Interview 6), eine der Abschriften im Interview verlesen

geboren und seine Mutter hatte sich vom Kindesvater noch vor seiner Geburt getrennt. Dementsprechend war es für sie zu Beginn schwierig, sich intensiv um ihr Kind zu kümmern:

*„Und nun hatte meine Mutter mich, aber sie musste ja arbeiten. Sie kriegte zwar Alimente für mich, aber sie ist dann in Schwartau gewesen, in Stellung. Und ich war bei einem Ehepaar in Pflege [offenbar nach dem Aufenthalt im Kinderkrankenhaus]. [...] die wollten mich auch adoptieren. [...] Meine Mutter war bei einem Oberstleutnant [...] in Stellung, und dann hat sie meinen Stiefvater kennen gelernt [...] und dann hat sie mich nachher zu sich genommen. Und das war, so viel wie ich weiß, war das 'ne schwere Zeit für mich, ich war mit Mama und Papa, hat wochenlang gedauert, bis ich mich an meine neue Mutti gewöhnt hab“.*<sup>304</sup>

Die Trennung von seiner leiblichen Mutter war bei diesem Betroffenen besonders lang. Aber auch bei anderen geimpften Kindern, die mehrere Monate im Kinderkrankenhaus lagen, zeigte die Loslösung von den Eltern sicherlich Auswirkungen. Dass eine solche Trennung für die Eltern ebenfalls schwer zu verkraften war, lässt sich vielleicht am Krankenbericht eines weiteren Zeitzeugen erkennen. Denn er sei nach einem Aufenthalt im Kinderkrankenhaus vom 14.06.1930 bis zum 02.12.1930 „auf den ausdrücklichen Wunsch der Eltern“ hin nach Hause entlassen worden.<sup>305</sup> Gut zwei Wochen später, am 20.12.1930, seien die Eltern „leider nicht zu bewegen [gewesen], das Kind erneut dem Kinderhospital zuzuführen“, obwohl es aufgrund der „furchtbaren Wohnungsverhältnisse“ wünschenswert gewesen wäre.<sup>306</sup> Diese Eltern wollten ihren Sohn offenbar dringend wieder bei sich zuhause haben. Der Betroffene selbst wusste von seinen ersten Lebenswochen aus Erzählungen, dass er „immer gebrochen und Durchfall“ gehabt habe und „wochenlang“ im Krankenhaus gewesen sei – die lange Dauer seines Aufenthalts war auch ihm noch präsent.<sup>307</sup> Im Gespräch berichtete er weiterhin, dass sich seine zu diesem Zeitpunkt sechs- oder siebenjährige Schwester noch daran erinnere, wie er ins Krankenhaus eingeliefert worden sei. Sie habe sich damals große Sorgen gemacht, ob er von dort auch wieder zurückkommen werde:

*„Die erzählt immer noch Kram: ‚Hach, was hab ich geweint, die haben meinen Bruder abgeholt, die haben meinen Bruder abgeholt. Hoffentlich kriege ich ihn wieder.‘ [...] Erzählt sie heute noch. Ich mein, man lacht darüber.“*<sup>308</sup>

---

<sup>304</sup> Interview 6, Z. 15, Z. 20-25, Z. 254-256, Z. 263-264, Z. 270-275

<sup>305</sup> Patientenkurve vom 14.06.1930 bis zum 02.12.1930 (Unterlagen Interview 12)

<sup>306</sup> Auszug aus Krankenakte vom 20.12.1930-24.01.1931 (Unterlagen Interview 12)

<sup>307</sup> Interview 12, Z. 425-426, Z. 432-433

<sup>308</sup> Interview 12, Z. 246-250, Z. 255-256

Auch wenn es sich für den Betroffenen im Alter nur noch um eine Anekdote handelte, lässt sich an ihr die Bedrohlichkeit der Erkrankung der Säuglinge und die Angst ihrer Familienangehörigen eindrücklich erkennen.

Ein gutes Jahr nach der Entdeckung des Impfunglücks, im Sommer 1931, hatte sich die Lage in Lübeck deutlich beruhigt: Von 174 überlebenden Kindern zählten nur noch drei zu den schwer oder mittelschwer Erkrankten, die anderen 171 Geimpften waren auf dem Wege der Besserung oder gesund.<sup>309</sup> Zur endgültigen Ausheilung oder zur weiteren Stärkung ihrer Gesundheit wurden viele Geimpfte „nach dem Säuglingsalter [...] auf Kosten des Staates auf viele Wochen bzw. Monate verschickt“; die Verschickung erfolgte dabei bevorzugt ans Meer, sowohl an die Ostsee als auch nach St. Peter an die Nordsee.<sup>310</sup> Teilweise wurden die geimpften Kinder im Juni 1931 direkt aus dem Kinderkrankenhaus nach St. Peter-Ording in die Behandlung Dr. Feltens verlegt, der das dortige Sanatorium leitete.<sup>311</sup> Einige Kinder lebten so mehr als ein Jahr getrennt von ihren Eltern.

Einer der selbst geimpften Gesprächspartner wusste noch, dass er als Kleinkind in St. Peter war und hatte sogar noch den Namen des behandelnden Arztes in Erinnerung: „Ich war als kleines Kind 'ne lange Zeit in Sankt Peter, bei Doktor Felten, das weiß ich noch. [...] '31/'32, so was war das.“<sup>312</sup> In einem gesundheitlichen Gutachten über ihn fand sich die Angabe, dass er im August 1931 an der Nordsee gewesen sei und dort schließlich das seit seiner achten Lebenswoche bestehende „Ohrlaufen“ aufgehört habe.<sup>313</sup> Er besaß sogar noch zwei Fotografien aus dieser Zeit (Abb. 11 und 12).

Eine andere Gesprächspartnerin berichtete, dass ihr verstorbener Ehemann ebenfalls in St. Peter-Ording und außerdem auf Amrum im Sanatorium gewesen sei.<sup>314</sup> Ein weiterer

---

<sup>309</sup> vgl. Moegling, S. 11

<sup>310</sup> Kleinschmidt 1935, S. 405

<sup>311</sup> vgl. Remé, Gertrud: Das weiße Blutbild bei der Lübecker Säuglingstuberkuloseerkrankung, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 388-391; vgl. weiterhin Mitteilung von Dr. med. F. und R. Felten, Nordseekuranstalt „Goldene Schlüssel“ in den Dünen von St. Peter, an den Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt Lübeck, wegen der Aufnahme des Kindes [*Name des Betroffenen*], 05.09.1933 (Unterlagen Interview 1). Das Ehepaar Dr. med. Richard Felten und Dr. med. Felicitas Felten-Stolzenberg hatte 1913 ein „Ärztliches Erholungshaus für Erwachsene und Kinder“ „in den Dünen des Dorfes St. Peter“ eröffnet, das in den folgenden Jahren vergrößert wurde und in dem z. B. 1929 über das Jahr verteilt bereits mehr als 1000 Patienten behandelt wurden; 1955 übernahm der DRK-Landesverband Schleswig-Holstein die Trägerschaft (DRK-Nordsee-Reha-Klinik Goldene Schlüssel St. Peter-Ording: Reise in die Vergangenheit – 100 Jahre Klinikgeschichte, online unter: <http://www.drk-nordsee-reha-klinik.de/klinik/100-jahre-fuer-die-gesundheit/klinikgeschichte.html> (Tag des Zugriffs: 10.10.2016)). Die DRK-Nordsee-Reha-Klinik Goldene Schlüssel in St. Peter-Ording existiert heute noch.

<sup>312</sup> Interview 6, Z. 138-141

<sup>313</sup> Handschriftliche Abschriften eines gesundheitlichen Gutachtens (Unterlagen Interview 6)

<sup>314</sup> vgl. Telefon-Interview 3, Z. 149-151

Betroffener erzählte, dass er als „kleiner Bursche“ zusammen mit seiner Mutter zur Kur gewesen sei. Von diesem Aufenthalt war ihm vor allem die Ziege ihres Vermieters in Erinnerung geblieben, die ihn als Kleinkind wohl besonders interessierte:

*„Da war ich mal in Arnsee, [...] das ist da oben bei Zinnowitz [...]. Der Hauswirt, wo wir da logiert haben, der hatte 'ne Ziege. Konnte ich ja Ziege noch nicht sagen, dann habe ich immer ‚Tiege, Tiege‘ gesagt, ‚das ist die Tiege‘. Da musste ich immer die Tiege erst sehen.“<sup>315</sup>*



Abb. 11 und 12: Kleine Kurgäste in St. Peter auf dem Töpfchen, vermutlich 1931. Der Gesprächspartner selbst ist auf der oberen Aufnahme als zweiter von rechts, auf der unteren rechts außen zu sehen.

Die nicht selbst geimpften Gesprächspartner konnten teilweise nicht sicher differenzieren, ob es sich bei den Verschickungen, von denen ihre Verwandten ihnen erzählt hatten, um Sanatoriumsaufenthalte wegen der Tuberkuloseerkrankung oder um sogenannte

<sup>315</sup> Interview 12, Z. 650-662

Kinderlandverschickungen unter den Nationalsozialisten gehandelt hatte. So berichtete die Tochter einer Betroffenen:

*„Sie war oft verschickt, auch das weiß ich, unabhängig von dieser, nachher im Dritten Reich, von dieser Kinderlandverschickung, war sie wegen der Impfung auch verschickt worden, zur Erholung. [...] Ich meine, dass sie am Semmering in Österreich war [...]. Und da war sie öfter. Sie war noch, in einer anderen Ecke in Österreich, sie war ganz oft auf Rügen, nun kann ich das nicht mehr genau auseinander kriegen, ob das jetzt diese Kinderlandverschickungen waren, weil die, [...] das reihte sich im Grunde an [...]. Ob meine Großmutter da mitgefahren ist, glaube ich jetzt nicht, keine Ahnung, aber – und wie klein, ich glaube, meine Mutter erzählte mal, sie war zum Teil, also wohl auch noch sehr klein. Da hat sie schon auch drunter gelitten [...] und dann war die Zeit, das waren dann sechs Wochen oder so, [...] das hat sie oft erzählt, das war für sie die ersten Jahre wohl sehr, sehr schwierig.“<sup>316</sup>*

Gerade bei den Aufenthalten an weiter entfernten Orten wie in Österreich handelte es sich höchstwahrscheinlich um Kinderlandverschickungen in der Zeit des Nationalsozialismus. Der Lübecker Staat brachte die geimpften Kinder eher in Kurorten in der Region unter, wie z. B. in St. Peter-Ording oder Timmendorferstrand.<sup>317</sup> Ob Rügen noch zu den von Lübeck ausgewählten Zielen an der Ostsee zählte, lässt sich heute nicht mehr sagen. Zumindest existierten auf Rügen mehrere sogenannte „KLV-Lager“, von denen ein anderer Gesprächspartner sogar berichtete. Er sei dort von 1943 bis Kriegsende mit seiner Schwester untergebracht worden, weil seine damalige Heimatstadt Stettin häufigen Bombardements ausgesetzt gewesen sei.<sup>318</sup> Die jüngere Schwester eines geimpften Zwillingspaars wusste zwar, dass ihre Schwestern „zwei- oder dreimal im Gebirge“ gewesen seien, konnte aber ebenfalls nicht mehr differenzieren, ob die Impfung der Grund für diese Aufenthalte gewesen sei.<sup>319</sup> Die Eltern einer weiteren Betroffenen kümmerten sich sozusagen selbst um die Kuraufenthalte ihrer Tochter: „Bis ich zur Schule kam, haben wir die Sommer immer in Timmendorf verbracht, weil das Kind an die frische Luft

---

<sup>316</sup> Interview 8, Z. 58-69, Z. 211-216

<sup>317</sup> Allerdings berichtete Kleinschmidt, dass ein geimpftes Kind noch „im 12. Lebensjahr zu einer vorbeugenden Kur nach Davos geschickt worden“ sei. Dieses „zarte, exsudative, sensible Kind“ sei „durch Untergewichtigkeit aufgefallen“ und wohl deshalb verschickt worden – im Gegensatz zu anderen Betroffenen Jahre später und sogar ins Ausland. „Eine Exacerbation der Tuberkulose war jedoch nicht nachzuweisen.“ (Kleinschmidt, Hans: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder im Alter von 12 Jahren. Beiträge zur Klinik der Tuberkulose und spezifischen Tuberkulose-Forschung 99 (1943), S. 302) Dabei handelte es sich aber offenbar um das einzige Kind, das in diesem Alter noch im Zusammenhang mit der Impfung verschickt wurde.

<sup>318</sup> vgl. Interview 11, Z. 13-14, Z. 71-78

<sup>319</sup> Interview 14, Z. 300-305



musste.“ [lacht]<sup>320</sup> An vom Lübecker Staat organisierten Sanatoriumsaufenthalten habe sie nie teilgenommen. Ihren Eltern sei es aber auch „finanziell gut“ gegangen – offenbar waren sie auf derartige Unterstützungen nicht angewiesen.<sup>321</sup>

Am besten konnte sich die ältere Schwester eines Betroffenen an die verschiedenen Sanatoriumsaufenthalte ihres Bruders erinnern. Der erste habe ihn im Juni 1931 im Gegensatz zu anderen Geimpften nicht in die Umgebung Lübecks, sondern in die Nähe von Potsdam geführt.<sup>322</sup>

*„Mein Vater hatte selber mal Tuberkulose im Knie, und das war wohl so in den, ja, zwei, drei Jahre, nachdem ich geboren war, so ungefähr in der Zeit, und da hat der Arzt ihn nach Hermannswerder geschickt, bei Potsdam. [...] ich hab noch schwache Erinnerungen, meine Mutter hat mich mitgenommen einmal zu Besuch, da lag er da auf'm Balkon, in der Sonne, auf den weißen Betten alle, also Licht, Luft und Sonne. Und da wollte mein Vater nun meinen Bruder hinhaben, weil die hatten ja nun richtig Tuberkulose, die Kinder. Und das wollten die Lübecker Ärzte nicht, oder die, wie soll ich sagen, die Stadt [...]. Und da hat er ihn aber doch hingeschickt, meine Mutter hat ihn hingebracht und er hat es erst bezahlt, und hat dann nachher später sehr lange prozessiert [...], dass er das Geld wiedergekriegt hat. Und da ist er auch gut ausgeheilt, die Schwestern, die hatten ihre Freude dann mit dem kleinen Jungen da, da hat er Laufen gelernt, und sie haben uns auch öfter Fotos geschickt und wirklich viel erzählt. An sich waren da nur Erwachsene, zur Heilung.“<sup>323</sup>*

In den Unterlagen der Gesprächspartnerin fanden sich mehrere handschriftliche Briefe einer Krankenschwester, die offenbar hauptsächlich für ihren Bruder zuständig gewesen war und regelmäßig an ihre Mutter geschrieben hatte. In diesen „Sonntagsgrüßen von Ihrem Jungen“ berichtete sie der Mutter vom Alltag und den Fortschritten ihres Sohnes beim Laufen- oder Sprechenlernen (z. B. „Mama will er nicht sagen, wenn wir sagen, er soll Mama sagen, lacht er schelmisch und sagt prompt Papa“) und nach seiner Entlassung im Oktober 1931 von seinen Vorlieben beim Essen.<sup>324</sup> Letztere hatten sich in den vier Monaten Abwesenheit wohl deutlich verändert und waren der Mutter neu. Während seines

---

<sup>320</sup> Interview 16, Z. 13-14

<sup>321</sup> Interview 16, Z. 207-211, Z. 286-294

<sup>322</sup> Der genaue Zeitpunkt – Juni 1931 – war der Gesprächspartnerin nicht mehr in Erinnerung und wurde anhand der von ihr übergebenen Unterlagen ermittelt.

<sup>323</sup> Interview 1, Z. 24-38. Die Gesprächspartnerin wurde 1921 geboren (vgl. Interview 1, Gesprächsprotokoll). Auf die hier erwähnten Prozesse wird im Rahmen des folgenden Unterkapitels eingegangen.

<sup>324</sup> Elf handschriftliche Briefe und Postkarten, zehn von Schwester Liesbeth, einer von ihrer Vertretung, Schwester Charlotte, in der Zeit von Schwester Liesbeths Urlaub, an [Mutter des Betroffenen], erster vom 16.06.1931, letzter vom 13.01.1932 [zum Teil schwer leserlich] (Unterlagen Interview 1)

Aufenthalts in Hermannswerder habe ihre Mutter ihren Bruder nie besucht: „Nein, zwischendurch sind, ist da keiner gewesen. War ja auch 'ne Reise, ich meine, damals, kost ja auch. [...] Und hätte vielleicht auch nur gestört, [...] weil er sie ja da gar nicht kannte mehr“.<sup>325</sup> Die Gesprächspartnerin berichtete weiter, dass ihrem Bruder die Rückkehr nach Lübeck und die Umgewöhnung schwer gefallen seien:

*„Er saß ganz scheu in der Ecke und kannte ja nun uns alle nicht. Auch in Hermannswerder selber, die Mutter wollte ihn ja nun gerne in den Arm nehmen, er rannte zurück zur Schwester [...]. Ja, meine Mutter kannte er nicht mehr. Wenn er als Baby [...] dahin kommt und da laufen lernt und, und dies ganze halbe Jahr da lebt, da kennt er doch dann meine Mutter nicht mehr, nein. Das war sehr traurig für meine Mutter. [...] Für eine Mutter muss das doch schlimm sein, wenn das Kind nicht zu ihr will, sondern zu der Fremden. Ja, dann kam er hier[her], und dann haben wir natürlich Tierchen gekauft und Sachen, anderthalb Jahr vielleicht war er.“<sup>326</sup>*

Die lange Trennung von den Eltern führte hier sogar dazu, dass das Kind seine eigene Mutter nicht mehr erkannte. Damit ihr Sohn gesund werden konnte, waren diese Eltern aber offenbar bereit, ihn für so lange Zeit in fremde Obhut zu geben und sich dabei auch noch über die Auflagen des Lübecker Staates hinwegzusetzen. Darüber hinaus nahmen sie erhebliche Kosten auf sich, deren Erstattung sich im Nachhinein als sehr schwierig erwies. Die Gesprächspartnerin erzählte, dass in den folgenden Jahren noch zwei weitere, nun vom Lübecker Staat organisierte Sanatoriumsaufenthalte stattgefunden hätten. 1932 und 1933 sei ihr Bruder jeweils für mehrere Wochen zur Ausheilung seiner Tuberkuloseerkrankung in der Umgebung Lübecks untergebracht worden. Zumindest beim ersten Aufenthalt habe ihn diesmal seine Mutter begleitet:

*„Im nächsten Jahr haben sie ihn dann noch mal von der Stadt aus da verschickt, mit meiner Mutter zusammen, in Bosau, am Plöner See. Da waren sie wohl, ich weiß nicht, für sechs oder acht Wochen. Ich war da dann auch als Kind mit meinem Vater mal, haben sie besucht, [...] da war er ganz mobil. Und dann das nächste Jahr noch mal in Sankt Peter-Ording. Da bin ich aber nie gewesen. Und dann war Schluss, da haben sie nichts mehr bewilligt.“<sup>327</sup>*

Aus der Aussage der Gesprächspartnerin lässt sich schließen, dass die Familie noch weitere Kuraufenthalte wünschte, diesen Anträgen aber nicht mehr stattgegeben wurde. Vermutlich war der Zustand ihres Bruders zu diesem Zeitpunkt bereits so gut, dass der Lübecker Staat

---

<sup>325</sup> Interview 1, Z. 498-507

<sup>326</sup> Interview 1, Z. 489-497, Z. 509-512

<sup>327</sup> Interview 1, Z. 193-199

keine weiteren Sanatoriumsaufenthalte für nötig hielt. Seinen Eltern, die sich um das Wohl ihres eigenen Kindes sorgten, wäre sicher jede Maßnahme zur Stärkung seiner Gesundheit willkommen gewesen, auch wenn sie nicht mehr zwingend erforderlich gewesen wäre.

Während die akuten Erkrankungen nahezu vollständig abgeklungen waren und der Lübecker Staat nun die Konstitution der geimpften Kinder, z. B. durch Sanatoriumsaufenthalte oder fortgesetzte Ernährungsbeilagen, zu heben versuchte, wurde ihr Gesundheitszustand weiterhin überwacht. Kleinschmidt und seine Assistentin Böcker setzten die regelmäßigen Untersuchungen der geimpften Kinder bis zum April 1931 fort, als sie zu dem beruhigenden Ergebnis kamen, dass nahezu alle Erkrankungen ausgeheilt oder im Abklingen begriffen waren. Im Herbst 1931 und in den Jahren 1932 und 1933 fanden noch weitere Durchuntersuchungen aller geimpften Kinder statt.<sup>328</sup> Außerdem wurden von 1932 bis 1933 Röntgenserien der Bauchorgane der Betroffenen angefertigt.<sup>329</sup> Bei immerhin 126 von 174 überlebenden Kindern zeigten diese laut Moegling „Verkalkungen im Bereich der Mesenterialdrüsen“ und wiesen damit sicher die durchgemachte Darmtuberkulose nach. Manche dieser Kinder hatten sich klinisch immer gesund oder nur leicht erkrankt präsentiert, die Verkalkungen bewiesen aber auch ihre Infektion mit Tuberkulose – selbst wenn sie in diesen Fällen glimpflich abgelaufen war.<sup>330</sup> 1935 kam Kleinschmidt zu dem Ergebnis, dass die überlebenden Kinder „ihre vielfach recht schwere Erkrankung meist weitgehend überwunden“ hätten. Einzelne Kinder hätten aber noch bis ins „2., ja 3. und 4. Lebensjahr Krankheitserscheinungen dargeboten“. Außerdem sei es bei einigen Kindern zu „Dauerschädigungen [...] insbesondere durch schwere Folgeerscheinungen an Ohren und Augen“ gekommen.<sup>331</sup> Beispielsweise litt einer der hier dargestellten Betroffenen seit der Säuglingszeit an einer „Ohreiterung“, die noch bei einer Untersuchung im Alter von drei Jahren im August 1933 bestand. Die Mittelohrtuberkulose hatte ihn auf diesem Ohr außerdem stark schwerhörig werden lassen.<sup>332</sup> Damit zählte er neben den anderen hier dargestellten Betroffenen mit Mittelohrtuberkulose zu den von Kleinschmidt genannten Kindern mit dauerhaften

---

<sup>328</sup> vgl. Moegling, S. 5

<sup>329</sup> Eine entsprechende Benachrichtigung für eine Röntgenuntersuchung am 21.09.1932 in der Physikalischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses fand sich in den Unterlagen eines Betroffenen (vgl. Schreiben des Calmette-Ausschusses beim Gesundheitsamt an [*Mutter des Betroffenen*] zur Bekanntgabe eines Termins zur Röntgenuntersuchung ihres Kindes, Lübeck, 17.09.1932 (Unterlagen Interview 1)).

<sup>330</sup> Moegling, S. 5

<sup>331</sup> Kleinschmidt 1935, S. 406

<sup>332</sup> Gesundheitliches Gutachten, Teil mit Name des Verfassers abgerissen [Verfasser nach Ansicht der Autorin mit großer Sicherheit wie bei allen anderen Gutachten Kleinschmidt], gerichtet an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen, Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Utermarck, Köln-Lindenthal, 18.09.1933, Untersuchung des Kindes am 28.08.1933 (Unterlagen Interview 12)

Schädigungen. Kleinschmidt stellte 1935 weiterhin fest, dass bei den geimpften Kindern allgemein „die Heilungstendenz eine erfreulich gute“ gewesen sei. Dies habe „sich insbesondere durch die schnelle Ausbildung von Verkalkungen im Bereiche der mesenterialen Drüsen, aber auch der Lunge mit den zugehörigen Drüsen“ gezeigt. Seine schon drei Jahre zuvor geäußerte Auffassung, „daß man dem weiteren Schicksal der Lübecker Tuberkulosesäuglinge mit Optimismus entgegen sehen könne“, habe sich bisher bestätigt.<sup>333</sup>

Obwohl die Ergebnisse der Durchuntersuchungen so erfreulich waren, wurden die Geimpften als Kleinkinder weiterhin gut beobachtet. Mehrere Betroffene erinnerten sich an regelmäßige Arztbesuche, eine von ihnen erzählte anschaulich von diesen Ausflügen in die Stadt zum Kinderarzt.<sup>334</sup> Dort sei sie damals sogar als Beispiel für eine gute Ausheilung fotografiert worden:

*„Das Einzige, was ich erinnere, ist, dass wir zu einem Doktor Schmidt, das war der Kinderarzt, der zuständig war für uns, in die Innenstadt mussten. Ich bin im Vorort Herrenwyk geboren und der Doktor Schmidt war ein sehr netter Arzt und hat sich sehr um uns, das heißt, es waren noch mehrere [geimpfte] Kinder da, um uns bemüht. Als Belohnung kriegte ich, weil ich ein Zappelphilipp war, immer Oblaten, erst Schokolade, und dann nachher Oblaten. Wir mussten mit der klapprigen Straßenbahn vom Vorort dorthin fahren, aber das war für mich jedes Mal eine gute Reise. [...] Also ich kann es erinnern vom vierten, fünften Lebensjahr. [...] Und dann, die Kontrollabstände wurden größer, erst mussten wir, ich glaube, alle halbe oder viertel Jahr, das kann ich nicht mehr – jedenfalls mussten wir zur Kontrolle zu diesem Dr. Schmidt und es hat sich nie etwas erwiesen, das schädlich war. Ich wurde dann fotografiert, die Fotos habe ich leider nicht mehr, als Paradekind. [...] weil es mir gut ging. [...] bei dem Dr. Schmidt wurde ich fotografiert, auf der Waage mit der Messlatte, als Nackedei mit drei Jahren. Und ein Foto gibt es noch, hat es gegeben, da sitze ich auf'm Kopfkissen als Baby und kann so ungefähr sitzen. Den Daumen meiner Mutter kann man noch sehen, an der Seite, dass sie mich stützt.“<sup>335</sup>*

Die dort durchgeführte Untersuchung mit einem Hörrohr blieb ihr ebenfalls im Gedächtnis:

*„Mit diesem komischen, heute macht man das doch anders, [...] aber dies war ja dieses braune Ding, das kann ich erinnern, beige-braun und dann war das aus Holz, eine*

---

<sup>333</sup> Kleinschmidt 1935, S. 406

<sup>334</sup> vgl. dazu auch Interview 13, Z. 5-8. Der Betroffene war ebenfalls bei Herrn Dr. Schmidt in Behandlung.

<sup>335</sup> Interview 3, Z. 6-25, Z. 115-119

*Öffnung groß, die kam an den Körper, [...] und die kleine Öffnung hatte er am Ohr, das war so ein Ding [zeigt Länge von ungefähr 30 cm]. Das kann ich erinnern.“<sup>336</sup>*

Sie berichtete weiter, dass sie auf dem Weg zum Kinderarzt in der Bahn regelmäßig eine andere Mutter mit ihrer geimpften Tochter getroffen hätten. Dieses Mädchen „hatte ein kurzes Bein, das kann ich erinnern. Die sehr behindert dadurch war“. In diesem Fall und dem eines anderen ihr bekannten Mädchens habe sich die Tuberkulose also anscheinend auf „die Gliedmaßen“ ausgewirkt und „die Lunge wahrscheinlich gar nicht betroffen, oder wenig, und das dem Contergan gleichzusetzen wäre“.<sup>337</sup> In den vorhandenen Materialien fanden sich keine Hinweise darauf, dass unter den geimpften Kindern Beinlängenverkürzungen durch die Tuberkuloseinfektion aufgetreten seien, auch wenn diese Krankheit durchaus den Knochen befallen kann.<sup>338</sup> Interessant ist aber trotzdem, dass die Gesprächspartnerin dieses Krankheitsbild sofort mit dem „Contergan-Skandal“ in Verbindung brachte, den sie als junge Erwachsene selbst miterlebt haben musste. Sie erinnerte sich weiter, dass sie dem Mädchen aus der Bahn mit dem verkürzten Bein stets etwas von ihrer Schokolade abgegeben habe. Ihre andere Belohnung habe sie jedoch nicht geteilt: „Aber Oblaten nicht, die hatte ich dann behalten.“<sup>339</sup> Auf Grundlage dieser Erinnerung lässt sich mutmaßen, dass nicht nur die offiziellen Durchuntersuchungen zu festen Terminen stattfanden, sondern zumindest Dr. Schmidt, wenn nicht alle niedergelassenen Kinderärzte ihre geimpften Patienten an bestimmten Tagen gebündelt hintereinander untersuchten. Anderenfalls hätte es nicht zu diesen regelmäßigen Begegnungen in der Bahn kommen können. Durch ähnliche Untersuchungszeitpunkte hätte sich für die Pädiater in der Praxis zumindest eine gewisse Vergleichbarkeit der betroffenen Patienten erreichen lassen.

---

<sup>336</sup> Interview 3, Z. 269-277

<sup>337</sup> Interview 3, Z. 179-183

<sup>338</sup> Einziger Hinweis auf eine im Rahmen des Impfunglücks eingetretene Beinverkürzung war die bereits erwähnte Schädigung durch eine misslungene Operation Dr. Genters. Eine andere, theoretisch mögliche Erklärung dieses Krankheitsbilds wäre eine Tuberkulose des Hüftgelenks mit nachfolgender Störung des Knochenwachstums bzw. Zerstörung des Knochens (vgl. Deycke, Georg: Praktisches Lehrbuch der Tuberkulose. Verlag von Julius Springer, Berlin 1920, S. 281). In der Übersicht über Röntgen- und andere Befunde 1942, in der auch dauerhafte Leiden wie chronische Mittelohrtuberkulose oder Schwerhörigkeit aufgeführt wurden, fand sich aber kein Hinweis auf eine Beinlängenverkürzung bei den Geimpften (vgl. Kießling, S. 146-156). Die durch die Injektionsbehandlung Genters hervorgerufene Beinlängenverkürzung wurde dort allerdings auch nicht genannt. Vermutlich wurde sie nicht erwähnt, weil sie nicht Folge der Impfung, sondern eines missglückten Behandlungsversuchs war. Theoretisch könnte so auch die Beinverkürzung der von der Gesprächspartnerin genannten Kinder entstanden sein. Dazu fanden sich allerdings keine weiteren Hinweise.

<sup>339</sup> Interview 3, Z. 277-279

Eine weitere Betroffene erzählte, dass nicht nur sie selbst öfter nachuntersucht worden sei, sondern dass auch ihre Mutter sich regelmäßig im Krankenhaus habe vorstellen müssen:

*„Mein Vater hatte ein Geschäft, meine Mutter musste im Geschäft mithelfen, hatte aber immer das kranke Kind. Die musste ja zwei, drei Jahre lang, ich glaub, zuerst jede Woche, nachher jeden Monat zur Untersuchung, ins Krankenhaus. Weil mein Vater ’n Geschäftsmann, ein Geschäft hatte. Also wegen Tuberkulose.“<sup>340</sup>*

Vermutlich sollte so eine mögliche Ansteckung der Mutter bei ihrer tuberkulosekranken Tochter frühzeitig erkannt und eine Weitergabe dieser Infektionskrankheit an ihre Kunden vermieden werden. Damit hätte sich die Tuberkuloseinfektion der Tochter nicht nur auf die Gesundheit der anderen Familienmitglieder, sondern auch auf ihre wirtschaftliche Existenz auswirken können.

#### **4.7 Schadensersatz für die „Calmette-Kinder“ – Schiedsgerichtsbarkeit und unvorhergesehener Verlust**

Die geimpften Kinder sollten für ihre Erkrankung und die damit verbundenen Schmerzen und Beeinträchtigungen einen angemessenen Schadensersatz erhalten. Auch diejenigen Eltern, deren Kinder infolge der Impfung verstorben waren, hatten Anspruch auf eine Entschädigung. Laut einem Schreiben des Gesundheitsamts an den Senat habe der Lübecker Staat die Abgeltung dieser Schadensersatzansprüche ursprünglich bis zur Klärung der Schuldfrage vertagen und bis dahin die Familien mithilfe der bereits dargestellten Fürsorgemaßnahmen unterstützen wollen. Dabei sei man allerdings auf Schwierigkeiten gestoßen, denn obwohl die Fürsorgerichtlinien in diesem Fall deutlich weiter gefasst gewesen seien als z. B. bei der Familienfürsorge, habe nicht allen Anträgen stattgegeben werden können. Zum Teil habe es sich dabei nämlich nicht um Fürsorgemaßnahmen, sondern um Schadensersatzforderungen gehandelt („so z. B. Beschaffung von Trauerkleidung beim Tode des Kindes; Kuraufenthalt von Müttern, deren Kinder schon vor längerer Zeit verstorben waren“). In anderen Fällen sei man bei der Bewilligung von Fürsorgemaßnahmen über das eigentliche Maß hinausgegangen und habe beispielsweise „Grabsteinkosten in begrenzter Höhe“ übernommen.<sup>341</sup> Die vorher geplante strikte Trennung zwischen Fürsorge und Schadensersatz ließ sich in der Praxis also nur

---

<sup>340</sup> Interview 9, Z. 55-59

<sup>341</sup> Schreiben des Gesundheitsamts der freien und Hansestadt Lübeck, gez. Mehrlein, an den Hohen Senat, Betrifft: Schiedsgerichtsvertrag in Calmette-Sachen, Lübeck, 22.01.1931 (Unterlagen Interview 12); inhaltlich nahezu identisches Schreiben in leicht anderer Form und Satz, mit handschriftlichen Korrekturen und Ergänzungen, AHL, NSA, Sign. 01898

schwer umsetzen. Darüber hinaus wurde auch die anfängliche Entscheidung, Entschädigungen erst nach vollständiger Aufklärung des Unglücks zu gewähren, in Frage gestellt. So sei es für das Gesundheitsamt in den vergangenen Monaten immer deutlicher geworden, dass die Regelung des Schadensersatzes nicht zu lange hinausgezögert werden sollte:

*„Dabei kam auch die Überzeugung zu Raum, daß ganz unabhängig von dem Ausgang des eingeleiteten Strafverfahrens gegen die beteiligten Amtspersonen der Staat sich der Verpflichtung, die betroffenen Familien in vollem Umfange zu entschädigen, überhaupt nicht entziehen kann; unabweisbare Billigkeitserwägungen und Gründe der Staatsmoral zwingen unbedingt zu solcher uneingeschränkten Schadloshaltung der ohne ihre Schuld vom Calmette-Unglück betroffenen Familien.“<sup>342</sup>*

Darum sei das Gesundheitsamt in Absprache mit der Finanzbehörde an die Eltern der geimpften Kinder herantreten, „um einen Weg zu beiderseits befriedigender Lösung der Schadensersatzfrage zu finden“. Dies sei auch deshalb nötig geworden, weil bereits mehrere Eltern „beim ordentlichen Gericht“ Klagen auf Schadensersatz eingereicht hätten. Diese würden „fast ausnahmslos von Rechtsanwalt Dr. Wittern, dem Berater des Eltern-Ausschusses“, vertreten.<sup>343</sup> Dazu gehörten auch die Eltern von zwei der hier dargestellten Betroffenen: So berichtete die Kanzlei Dr. Witterns einem Vater schon Anfang September 1930, dass seine Zivilklage gegen den Lübeckischen Staat auf Schadensersatz eingereicht sei, ihm das Armenrecht bewilligt und Wittern selbst ihm als Armenanwalt beigeordnet worden sei.<sup>344</sup> Im Oktober 1930 fand eine Verhandlung statt, bei der die nächste Zusammenkunft in dieser Sache auf den Dezember 1930 vertagt wurde. Bis dahin sollte der Lübecker Staat, vertreten durch „Herrn Rechtsanwalt Dr. Ihde“, zur Klageschrift des Vaters „eingehend Stellung [...] nehmen“.<sup>345</sup> Ein identisches Schreiben mit demselben vertagten Verhandlungstermin fand sich in den Unterlagen eines weiteren Betroffenen – die Verhandlungen für mehrere Kläger wurden offenbar gemeinsam geführt. Auch dieser Vater musste also bereits im Herbst 1930 seine Klage eingereicht haben.<sup>346</sup> Dementsprechend

---

<sup>342</sup> Schreiben zum Schiedsgerichtsvertrag in Calmette-Sachen, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>343</sup> Schreiben zum Schiedsgerichtsvertrag in Calmette-Sachen, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>344</sup> vgl. Postkarte von Dres. Wittern, Munck, Wähler an [Vater des Betroffenen], Betr. Calmette-Angelegenheit, Lübeck, 09.09.1930 (Unterlagen Interview 1)

<sup>345</sup> Mitteilung von Dr. Wittern, kein Empfänger angegeben, Betr. Ihre Sache gegen den Lüb. Staat wegen Schadensersatzes, Lübeck, 23.10.1930 (Unterlagen Interview 1)

<sup>346</sup> vgl. Mitteilung von Dr. Wittern, kein Empfänger angegeben, Betr. Ihre Sache gegen den Lüb. Staat wegen Schadensersatzes, Lübeck, 23.10.1930 (Unterlagen Interview 10)

dringlich war es für den Lübecker Staat, in der Schadensersatzfrage zu einer Lösung zu kommen, da sich diese Verfahren sicher nicht unbegrenzt hinauszögern ließen.

Wittern als Vertreter der Eltern und Ihde als Vertreter des Lübecker Staates verhandelten über die Regelung der Schadensersatzfrage und kamen schließlich im Januar 1931 zu einer Einigung. Diese wurde im Schreiben des Gesundheitsamts an den Senat genauer ausgeführt: Zwischen den beiden Parteien wurde ein Vertrag vereinbart, laut dem ein ständiges „paritätische[s] Schiedsgericht[]“ über die Schadensersatzansprüche entscheiden sollte. Das Schiedsgericht sollte einerseits die „einheitliche und gleichmäßige Behandlung aller Beteiligten“ und den flüssigen Ablauf der Verfahren besser gewährleisten als die ordentliche Gerichtsbarkeit, andererseits den Eltern die Möglichkeit geben, durch Einsetzen eigener Schiedsrichter „in der entscheidenden Instanz selbst beteiligt zu sein“. Im Schiedsgerichtsvertrag sollte die Schuldfrage gänzlich ausgeklammert werden, die Schadensersatzregelung sollte „völlig unabhängig davon, ob das Strafverfahren gegen die angeklagten Amtspersonen zu einer Verurteilung führt oder nicht“, greifen. Der Lübecker Staat sollte in diesem Fall allgemein für seine Beamten und für alle durch das Impfunglück entstandenen Schäden haften. Dadurch sollten die Schadensersatzansprüche möglichst zeitnah abgegolten und so auch die „dringend wünschenswerte Beruhigung der Öffentlichkeit“ erreicht werden.<sup>347</sup> Dementsprechend wurden die Verhandlungsergebnisse auch veröffentlicht: Im Februar 1931 gab der „Lübecker General-Anzeiger“ bekannt, dass die Hansestadt entschieden habe, die Schadensersatzfrage unabhängig vom Strafprozess anzugehen, dessen Abschluss sich „wegen erneuter Anträge der Verteidiger auf Heranziehung weiterer Sachverständiger“ wiederum verzögert habe.<sup>348</sup>

Der Schiedsgerichtsvertrag besagte, dass der Lübecker Staat „den Calmette-Geschädigten“ den „vollen Schaden zu ersetzen“ habe, der ihnen „durch Anwendung des vom Staat verfolgten sogen. Calmette-Mittels [...] erwachsen ist und noch erwachsen wird“. Das Ausmaß des Schadensersatzes sollte sich dabei nach den Maßgaben des Bürgerlichen Gesetzbuchs richten. Mit Abschluss des Vertrags verzichteten die Geschädigten auf alle weiteren Ansprüche, die ihnen z. B. gegenüber den vier angeklagten Personen – also Deycke, Altstaedt, Klotz und Schütze – oder weiteren Beamten oder Angestellten des Lübecker Gesundheitswesens wie Hebammen oder Schwestern zustehen mochten. Für alle diese Ansprüche sollte der Lübecker Staat leisten. Die Geschädigten verzichteten weiter

---

<sup>347</sup> Schreiben zum Schiedsgerichtsvertrag in Calmette-Sachen, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>348</sup> Autor ungenannt: Regulierung der Calmette-Schäden, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (26.02.1931), 50. Jg., Nr. 48, S. 5-6 (Unterlagen Interview 1)



auf die Möglichkeit, Buße im Strafverfahren zu fordern.<sup>349</sup> Für jene Eltern, deren Kinder an den Folgen der Impfung gestorben waren, gab es die Möglichkeit, bei Verzicht auf weitere Ansprüche einmalig 300 Reichsmark zu erhalten, ohne die tatsächliche Höhe des Schadens genauer belegen zu müssen. Diese Vereinbarung wurde wohl auf Wunsch „aus Elternkreisen“ getroffen und sollte langwierigen Verhandlungen vorbeugen.<sup>350</sup>

Das Schiedsgericht sollte sich laut Vertrag aus einem Obmann und vier Beisitzern zusammensetzen, von denen zwei vom Lübecker Staat und zwei von den Eltern der Geimpften ernannt werden sollten. Als Beisitzer nicht zugelassen waren Ärzte, Beamte oder Angestellte des Lübecker Staates – abgesehen von Richtern und Notaren – sowie „Calmette-Geschädigte[]“ selbst oder verwandte und verschwägte Personen. Zum ersten Obmann des Schiedsgerichts wurde der damalige Landgerichtspräsident Dr. Utermarck ernannt.<sup>351</sup> Als staatliche Beisitzer schlug das Gesundheitsamt je einen Juristen und einen Nichtjuristen vor und präsentierte dafür mehrere Kandidaten.<sup>352</sup> Laut zwei erhaltenen Schiedssprüchen von 1932 und 1933 wurde dieser Vorschlag, einen Juristen und einen Nichtjuristen als Beisitzer zu verpflichten, von staatlicher Seite auch umgesetzt. Die Beisitzer von elterlicher Seite waren zumindest bei diesen Entscheidungen beide Rechtsanwälte.<sup>353</sup> Alle Schadensersatzforderungen sollten zuerst dem Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt vorgelegt werden, bei Ablehnung durch den Ausschuss sollte dann das Schiedsgericht entscheiden. Die Kosten für die Schiedsgerichtsverfahren sollte der Lübecker Staat tragen.<sup>354</sup>

---

<sup>349</sup> Vertrag zwischen dem Lübecker Staat, vertreten durch die Finanzbehörde, und den durch Rechtsanwalt Dr. Wittern vertretenen Calmette-Geschädigten, Lübeck, Januar 1931 (Unterlagen Interview 1 und 10)

<sup>350</sup> Schreiben zum Schiedsgerichtsvertrag in Calmette-Sachen, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>351</sup> Vertrag zwischen dem Lübecker Staat und den Calmette-Geschädigten (Unterlagen Interview 1 und 10)

<sup>352</sup> Schreiben von Senator Mehrlein, Gesundheitsamt, an den Hohen Senat, Lübeck, 10.03.1931: „Betrifft: Zusammensetzung des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen.“, AHL, NSA, Sign. 01899

<sup>353</sup> vgl. Schiedsspruch in Sachen [*Vater des Betroffenen*], gegen den Lübeckischen Staat, Reg. Nr. 45, Lübeck, 30.04.1932, Zusammensetzung des Schiedsgerichts: Vorsitzender Landgerichtspräsident Dr. Utermarck, vom Kläger benannte Beisitzer Rechtsanwälte Schorer und Dr. Schütz, vom Beklagten benannte Beisitzer Richter Dr. Böhmcker und Bürovorsteher Frederiksen; Vorläufige Entscheidung in Sachen des minderjährigen [*Name des Betroffenen*], gesetzlich vertreten durch seinen Vater, den Buchhalter [*Vater des Betroffenen*], Klägers, vertreten durch die Rechtsanwälte Dren. Wittern und Munck in Lübeck, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde, Beklagten, vertreten durch die Rechtsanwälte Dren. von Brocken, Ihde, Boettcher in Lübeck, Reg. Nr. 164, durch das Schiedsgericht, Zusammensetzung: Vorsitzender Landgerichtspräsident Dr. Utermarck, vom Kläger benannte Beisitzer Rechtsanwälte Schorer und Dr. Haun, vom Beklagten benannte Beisitzer Kaufmann Severin und Richter Dr. Böhmcker, Lübeck, 31.08.1933 (beide Unterlagen Interview 1)

<sup>354</sup> vgl. Vertrag zwischen dem Lübecker Staat und den Calmette-Geschädigten (Unterlagen Interview 1 und 10)

Der Schiedsgerichtsvertrag wurde von den Eltern letztlich recht gut angenommen: Rechtsanwalt Dr. Wittern sei es bis zum 22.01.1931 bereits gelungen, 165 Eltern, also fast zwei Drittel der Elternschaft, zum Vertragsabschluss zu bewegen. Er habe dabei erst ein „recht erhebliche[s] (sachlich übrigens unverständliche[s]) Mißtrauen[] der Eltern“ überwinden müssen. Ein Großteil dieser Eltern habe Wittern dazu ermächtigt, die beiden Schiedsrichter der Seite der Geschädigten für sie zu ernennen. Weitere Eltern wollten dem Vertrag ohne Vermittlung Witterns beitreten, dazu kämen noch die von Rechtsanwalt Dr. Derlien „als Pfleger vertretenen unehelichen Kinder“.<sup>355</sup> Am 30.01.1931 waren bereits 177 Eltern dem Schiedsgerichtsvertrag beigetreten.<sup>356</sup>

Dass einige Eltern ohne seine Vermittlung den Vertrag abschließen wollten, an dessen Entstehung er selbst mitgewirkt hatte, erfüllte Wittern offenbar mit Bitterkeit; seine Reaktion gewährt Einblick in seine politische Gesinnung: Dem Vater eines der hier dargestellten Betroffenen, der noch im Februar 1931 unter seiner Vermittlung dem Vertrag beitrug, schrieb Wittern, dass einige Leute „von Juden und Sozialdemokraten gegen mich verhetzt“ seien. Wenn sie den Vertrag ohne ihn abschließen wollten, sollten sie das tun können. „Es gibt ja Leute, die mit Vorliebe dort ernten, wo sie nicht gesät haben und in Häusern wohnen, die sie nicht gebaut haben.“<sup>357</sup> Dass dieser Vater selbst jüdischer Herkunft war, dürfte Wittern wohl nicht bekannt gewesen sein.<sup>358</sup> Neben dem Einblick in sein Gedankengut ging aus diesem Schreiben Witterns auch hervor, dass offenbar noch nach dem im Januar 1931 ermittelten Stand von 177 Eltern weitere, eben wie dieser Vater, dem Schiedsgerichtsvertrag beitraten. Wie viele Eltern es schließlich insgesamt waren, ließ sich im Nachhinein nicht mehr feststellen. Zumindest schloss sich auch ein Großteil der anderen hier dargestellten Betroffenen bzw. ihrer Eltern dem Schiedsgerichtsvertrag an. Denn die Namen von acht weiteren von ihnen tauchten in Unterlagen auf, in denen es z. B. um Änderungen am Schiedsgerichtsvertrag in späteren Jahren ging. Fünf von ihnen wurden durch Rechtsanwalt Wittern vertreten, die Namen von den drei anderen fanden sich bei den Mandanten des Rechtsanwalts Dr. Cantor, der wie Wittern ebenfalls einen Teil der

---

<sup>355</sup> Schreiben zum Schiedsgerichtsvertrag in Calmette-Sachen, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12). Zum hier beschriebenen Misstrauen der Elternschaft siehe z. B. die Debatte, die in der bereits erwähnten Elternversammlung am 19.01.1931 geführt wurde (vgl. Bericht über die Versammlung der Calmette-Eltern vom 19.01.1931 (Unterlagen Interview 12)).

<sup>356</sup> vgl. Schreiben zu Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Gesundheitsamt an Senat (Unterlagen Interview 12)

<sup>357</sup> Mitteilung von Rechtsanwalt Wittern an [*Vater des Betroffenen*], zur Sache: Calmette-Angelegenheit, Lübeck, 16.02.1931 (Unterlagen Interview 10)

<sup>358</sup> vgl. Interview 10, Z. 650-654

Nebenkläger beim Calmette-Prozess vertrat.<sup>359</sup> Offenbar waren diese beiden Rechtsanwälte, abgesehen von Rechtsanwalt Derlien als Pfleger der unehelichen Kinder, die beiden Hauptvertreter der sogenannten „Calmette-Geschädigten“ gegenüber dem Lübecker Staat.

So weit es sich mithilfe der vorhandenen Dokumente nachvollziehen ließ, führte nur der Vater eines Gesprächspartners seine Klage auf Schadensersatz und Erstattung von Kosten für zusätzliche Lebensmittel vor der ordentlichen Gerichtsbarkeit anstatt vor dem Schiedsgericht. Auch er wurde dabei von Rechtsanwalt Wittern vertreten. Bezüglich der Höhe des zu gewährenden Schmerzensgeldes verglich das Landgericht die Krankheitserscheinungen dieses Geimpften mit einem vor dem Schiedsgericht verhandelten, ähnlich gelagerten Fall und sprach dem Betroffenen dieselbe Schadensersatzsumme von 1.500 Reichsmark zu.<sup>360</sup> Warum sein Vater sich nicht dem Schiedsgerichtsvertrag anschloss, ging aus den Unterlagen dieses Gesprächspartners nicht genauer hervor. Als einziger Hinweis und mögliche Erklärung fand sich dort ein Schreiben des Berliner Rechtsanwalts Dr. Frey, der dringend von der Annahme des Schiedsgerichtsvertrags abriet. Neben dem Verzicht auf die Möglichkeit, Buße im Strafverfahren zu verlangen, bemängelte Frey, dass der Lübecker Staat großen Einfluss auf die Besetzung des Schiedsgerichts habe. In der ersten Instanz verhandle man zwar auch bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit vor einem Lübecker Gericht, Berufungsinstanz wäre aber in diesem Fall das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg. Dort seien „die Garantien für eine objektive Entscheidung m. E. größer“, da dieses Gericht „der Lübecker Atmosphäre gänzlich entrückt“ sei.<sup>361</sup>

---

<sup>359</sup> vgl. Schreiben von Dres. Wittern und Munck an den Senat, Abteilung IV – Justizverwaltung –, Lübeck, 16.01.1934, sowie Schreiben von Dr. Cantor an den Hohen Senat der freien und Hansestadt Lübeck, Abt. IV – Justizverwaltung –, Lübeck, 08.12.1933, beide AHL, NSA, Sign. 01900. Beim Calmette-Prozess vertrat Cantor allerdings nur neun geschädigte Kinder, Wittern dagegen 76; den zweitgrößten Anteil an Geschädigten mit 29 Kindern vertrat der Berliner Rechtsanwalt Dr. Frey (vgl. Autor ungenannt: Beginn des Calmette-Prozesses. 1. Verhandlungstag, S. 6-7 (Unterlagen Interview 1)).

<sup>360</sup> vgl. Teil-Urteil in Sachen des minderjährigen [*Name des Betroffenen*], vertreten durch seinen gesetzlichen Vertreter, den Arbeiter [*Name des Vaters*], Klägers, Prozessbevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. Wittern, wider den Lübeckischen Staat, vertreten durch den Senat, Abt. IV, Beklagten, Prozessbevollmächtigte Rechtsanwälte Dres. Wahrer [sic] und Munck, wegen Schadensersatzes, erste Zivilkammer des Landgerichts der freien und Hansestadt Lübeck und des oldenburgischen Landesteils Lübeck zu Lübeck, verkündet am 14.07.1934; Urteil in Sachen des minderjährigen [*Name des Betroffenen*], wegen Schadensersatzes, erste Zivilkammer des Landgerichts Lübeck, verkündet am 17.10.1934 (beide Unterlagen Interview 12)

<sup>361</sup> Abschrift des Schreibens Dr. Frey, Berlin, an Herrn H. Blöss, Lübeck (Unterlagen Interview 12). Blöss war zeitweise Mitglied des Elternausschusses (vgl. Postkarte vom Eltern-Ausschuss, 06.10.1930: Engerer Vorstand „Pangels, Vick, Müller“, Ausschuss „Reimers, Holst, Münstermann, Blöss, Bremer, Frau Garz“ (Unterlagen Interview 1 und 10)).

Nachdem ein Großteil der Eltern dem Schiedsgerichtsvertrag beigetreten war, mussten die Krankheitsbilder der einzelnen geimpften Kinder vergleichbar gemacht werden, um eine jeweils angemessene Entschädigung gewähren zu können. Zu diesem Zweck wurde der Kinderarzt Kleinschmidt, der bereits mit den regelmäßigen Durchuntersuchungen betraut worden war, als Gutachter bestellt. Laut einem Schreiben des Gesundheitsamts an den Vater eines geimpften Kindes sollte er ab dem 03.10.1932 nach Lübeck kommen, „um durch die Untersuchungen der Kinder, deren Eltern dem Schiedsgerichtsvertrag beigetreten sind, die Grundlagen für die Regelung der Schmerzensgeldangelegenheit zu schaffen“. Auf Kleinschmidts Wunsch sollten die Eltern an dieser Untersuchung ihres Kindes teilnehmen. Weiterhin teilte das Gesundheitsamt den genauen Untersuchungstermin dieses Betroffenen mit, nämlich am 05.10.1932 im Kinderhospital.<sup>362</sup>

Laut einem Beweisbeschluss des Schiedsgerichts zur Klage dieses Betroffenen sollte Kleinschmidt als Sachverständiger feststellen, welche Krankheitserscheinungen das Kind gezeigt habe und welche davon noch bestünden, wie lange sie voraussichtlich noch andauern würden, wie schwer diese Krankheitserscheinungen seien, ob in Zukunft noch weitere zu erwarten seien und ob und wenn ja, wann das Kind unter Schmerzen gelitten habe bzw. ob es in Zukunft noch unter Schmerzen leiden werde. Dabei sollten die Krankengeschichte des Kindes und das Gutachten Dr. Moeglings, das dieser im Strafprozess erstattet hatte, Verwendung finden. Außerdem sollte der Gutachter Kleinschmidt ein Gespräch mit dem behandelnden Arzt des Kindes führen. Dafür müsse der Vater des Betroffenen den behandelnden Arzt von seiner Schweigepflicht entbinden.<sup>363</sup> Ein solcher Beweisbeschluss erging sicherlich nicht nur im Fall dieses Betroffenen, sondern auch in denen aller anderen Geimpften, über deren Schmerzensgeld das Schiedsgericht entscheiden sollte. Zumindest sind alle gesundheitlichen Gutachten, die im Rahmen dieser Arbeit eingesehen werden konnten, nach demselben Schema aufgebaut und orientieren sich an den Fragen des Beweisbeschlusses. Die Gutachten befanden sich im Besitz von insgesamt fünf Gesprächspartnern; neben der Urteilsausfertigung des Prozesses waren sie zum Teil die einzigen Dokumente, die im Zusammenhang mit dem Impfunglück aufbewahrt worden waren.<sup>364</sup> Vermutlich erschienen gerade sie wert, aufbewahrt zu

---

<sup>362</sup> Schreiben des Gesundheitsamts an [Vater des Betroffenen] anlässlich Untersuchungen durch Herrn Prof. Kleinschmidt ab dem 03.10.1932, Lübeck, 27.09.1932 (Unterlagen Interview 1)

<sup>363</sup> vgl. Schreiben von Dr. Wittern an [Vater des Betroffenen] wegen eines Beweisbeschlusses des Schiedsgerichts, das Gutachten eines Sachverständigen einzuholen, Lübeck, 12.08.1932 (Unterlagen Interview 1)

<sup>364</sup> vgl. Handschriftliche Abschriften von gesundheitlichen Gutachten (Unterlagen Interview 1 und Interview 6), Gesundheitliches Gutachten (Unterlagen Interview 7, Interview 9 und Interview 12)

werden, weil in den Gutachten der Verlauf der Erkrankung des jeweiligen Kindes recht genau dargestellt wurde und sie im Fall eines Wiederauftretens von Symptomen dem dann zuständigen Arzt leicht hätten vorgelegt werden können.

Die Termine der gutachterlichen Untersuchungen dieser fünf Kinder lagen zwischen Oktober 1932 und August 1933. Kleinschmidt untersuchte die Kinder offenbar an bestimmten Terminen in größeren Gruppen hintereinander, denn bei dreien der hier dargestellten Betroffenen fand die Untersuchung am selben Tag, dem 07.06.1933, statt. Abgesehen von der großen Anzahl an zu begutachtenden Kindern zogen sich die Untersuchungen möglicherweise auch deshalb so lange hin, weil Kleinschmidt 1932 schon in Köln und nicht mehr im nahen Hamburg tätig war.

Bei drei von fünf der hier dargestellten Geimpften stellte Kleinschmidt fest, dass ihre Tuberkuloseerkrankung weitgehend abgeklungen sei. Beim vierten Kind habe zum Zeitpunkt der Untersuchung noch immer eine von seiner Mittelohrtuberkulose ausgehende Ohreiterung bestanden, die „zu Bedenken Anlass“ gebe.<sup>365</sup> Beim fünften Kind habe die Mittelohrtuberkulose beide Ohren befallen, das Mädchen leide infolgedessen an „hochgradige[r] Schwerhörigkeit“ beider Ohren. Zum Zeitpunkt der gutachterlichen Untersuchung, also im Alter von drei Jahren, sei sie „gezwungen, die meisten Wünsche durch Zeichensprache kenntlich zu machen. Die Sprache selbst ist nur ganz unvollkommen entwickelt.“ Das Kind leide demzufolge „noch jetzt unter den Folgen der sog. Calmette-Fütterung in schwerster Weise“. Die Schädigung sei insgesamt „die schwerste, die mit überhaupt unter den lebenden sog. Calmette-Kindern bekannt geworden ist.“ Es handle sich um eine „Dauerschädigung für das ganze Leben“.<sup>366</sup>

Ihrem schweren Krankheitsbild entsprechend erhielt diese Betroffene im Gegensatz zu allen anderen hier dargestellten Geschädigten, von denen die Entschädigungssumme zu ermitteln war, nicht nur ein einmaliges Schmerzensgeld, sondern eine Rente von der Hansestadt Lübeck. Diese Rente sei „auf Lebenszeit“ festgesetzt worden.<sup>367</sup> Ob der Betroffenen die Rente allerdings schon vom Schiedsgericht in den 1930er Jahren zugesprochen wurde oder ob sie dort wie die anderen Kinder ein Schmerzensgeld erhielt und die Rente erst in späteren Verfahren, möglicherweise nach dem Zweiten Weltkrieg, bewilligt wurde, war mithilfe der vorhandenen Dokumente nicht zu klären. Ein Hinweis darauf, dass die Rente wohl erst später zugesprochen wurde, war, dass sie in einer 1937

---

<sup>365</sup> vgl. Gesundheitliches Gutachten (Unterlagen Interview 12). Die Befunde dieses Kindes und seine starke einseitige Schwerhörigkeit wurden bereits in Unterkapitel 4.6 dargestellt.

<sup>366</sup> Gesundheitliches Gutachten (Unterlagen Interview 7)

<sup>367</sup> Interview 7, Z. 276

erstellten Übersicht über die Dauerausgaben für das Impfunglück nicht auftauchte – im Gegensatz zu den Kosten zusätzlicher Nahrungsmittel für dieses Kind und der monatlichen Rente von 123,71 Reichsmark für die Hebamme, die selbst den BCG-Impfstoff eingenommen hatte.<sup>368</sup>

Auf der Grundlage von Kleinschmidts Gutachten sprach das Schiedsgericht den einzelnen Kindern ihre Entschädigungen zu. Wie sich der Anspruch auf Schadensersatz dabei für das Schiedsgericht genau begründete und welchen Zweck das Schmerzensgeld erfüllen sollte, ging aus einem seiner Urteile hervor:

*„Es sollen durch ihn [den Anspruch auf Entschädigung] nicht die einzelnen körperlichen und seelischen Schmerzen, die der Kläger erlitten hat, in Geld aufgewogen werden. Vielmehr soll der Kläger eine Entschädigung erhalten, die es ihm ermöglicht, sich zum Ausgleich für die erlittenen körperlichen und seelischen Schmerzen eine besondere Freude, ein besonderes Wohlbefinden ideeller oder materieller Art zu verschaffen.“*<sup>369</sup>

Die zu diesem Zweck zugesprochenen Entschädigungssummen lagen zwischen 300 und 1.500 Reichsmark – zumindest fanden sich in den vorhandenen Dokumenten keine Beträge außerhalb dieses Rahmens. Die von den Eltern geforderten Summen lagen zum Teil deutlich höher. So wurden beispielsweise 5.000 oder 3.000 Reichsmark gefordert, das Schiedsgericht bewilligte aber letztlich nur 750 bzw. 300 Reichsmark.<sup>370</sup> Die Summe richtete sich dabei nach der Schwere der Erkrankung und der Dauer der Beschwerden. Die folgenden Beispiele sollen einen Einblick in die Bemessung der Entschädigungen geben: Den mutmaßlichen Höchstsatz von 1.500 Reichsmark erhielt z. B. das Kind mit der in der Säuglingszeit schweren Fütterungstuberkulose, der bis zum Zeitpunkt des Gutachtens anhaltenden Ohreiterung und der Schwerhörigkeit – in diesem Fall zwar vom Landgericht Lübeck, aber orientiert an einer Entscheidung des Schiedsgerichts.<sup>371</sup> Eine andere Betroffene litt laut ihrem gesundheitlichem Gutachten als Säugling ebenfalls an einer schweren Fütterungstuberkulose, die aber zum Zeitpunkt der Untersuchung 1933 weitgehend abgeheilt gewesen sei. Sie erhielt nach eigener Aussage 1.000 Reichsmark

---

<sup>368</sup> vgl. Übersicht der Ausgaben für Calmettefälle, Hauptverwaltung an Finanz- und Sozialverwaltung, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>369</sup> Vorläufige Entscheidung in Sachen des minderjährigen [Name des Betroffenen], gesetzlich vertreten durch seinen Vater, gegen den Lübeckischen Staat, Reg. Nr. 164, Lübeck, 31.08.1933 (Unterlagen Interview 1)

<sup>370</sup> vgl. Schreiben von Dres. Wittern und Munck an Justizverwaltung, z. Hd. von Herrn Senator Dr. Böhmcker, Betr. Calmette-Schmerzensgeldklagen, Lübeck, 27.09.1933, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>371</sup> vgl. Teil-Urteil in Sachen des minderjährigen [Name des Betroffenen], wegen Schadensersatzes, erste Zivilkammer des Landgerichts Lübeck, verkündet am 14.07.1934 (Unterlagen Interview 12)

Entschädigung.<sup>372</sup> Bei einem weiteren Kind wurden die Krankheitserscheinungen als „mittelschwer“ bezeichnet, es bekam ein Schmerzensgeld von 600 Reichsmark.<sup>373</sup> Den Eltern eines im September 1930 verstorbenen Kindes wurde eine Entschädigung von 1.200 Reichsmark zugesprochen.<sup>374</sup>

Auch wenn die jeweiligen Schmerzensgelder bereits vor dem Schiedsgericht erstritten waren, sollte es noch dauern, bis sie bei den geimpften Kindern eintrafen. Denn der Lübecker Staat fürchtete offenbar, dass manche Eltern das Geld für sich verwenden würden, anstatt es für ihre Kinder aufzubewahren. Der Senat erkundigte sich im November 1933 daher beim Vormundschaftsgericht nach rechtlichen Möglichkeiten, um „zu verhindern, daß die Eltern der Calmette-Kinder das ihnen zugesprochene Schmerzensgeld für die Kinder ohne jede obrigkeitliche Aufsicht verwalten“. Die Kinder sollten „das Geld zu einem Zeitpunkt erhalten, zu dem sie von dem Geld wirklich etwas haben“. Die Gefahr, dass die Eltern „das Geld für sich verbrauchen“, bestünde „bei einer Mehrzahl der Eltern“.<sup>375</sup> Das Vormundschaftsgericht schlug daraufhin „die mündelsichere Belegung des Geldes auf gesperrtem Sparkonto“ vor. Denjenigen Eltern, die das Schmerzensgeld dringend für den Unterhalt ihres Kindes benötigten, könne man aber nicht verwehren, es zu verwenden. Allerdings sollte auch in diesen Fällen eine strenge Kontrolle durch das Vormundschaftsgericht stattfinden.<sup>376</sup> Diesem Vorschlag schloss sich der Lübecker Staat an.<sup>377</sup> Die von Rechtsanwalt Cantor vertretenen Eltern überzeugte diese Lösung allerdings nicht:

*„Die von Ihnen vorgesehene Art der Auszahlung der Schmerzensgelder durch Belegung auf Sperrkonto stösst bei den Eltern, mit denen ich bisher zu sprechen Gelegenheit hatte, auf Widerstand. Die Eltern sind der Auffassung, dass Ihnen die Möglichkeit*

---

<sup>372</sup> vgl. Interview 9, Z. 33-35

<sup>373</sup> Handschriftliche Abschrift eines gesundheitlichen Gutachtens, verfasst von Herrn Professor Dr. Kleinschmidt, gerichtet an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Calmettesachen, Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Utermarck in Lübeck, 28.12.1932, Untersuchung des Kindes am 05.10.1932 (Unterlagen Interview 1); vgl. Schreiben von Wittern und Munck an Justizverwaltung, Betr. Calmette-Schmerzensgeldklagen, 27.09.1933, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>374</sup> vgl. Schreiben von Dr. Cantor an den Senat, Abt. IV – Justizverwaltung –, Betr. Schmerzensgeldangelegenheiten in Calmette-Sachen, Lübeck, 17.11.1933, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>375</sup> Schreiben An den Herrn Vormundschaftsrichter über den Herrn Landgerichtspräsidenten. Lübeck, 08.11.1933, „Eilt sehr!“: Bericht zu Möglichkeiten einer Aufsicht über die Verwaltung der Schmerzensgelder erbeten [unlesbare Unterschrift, offenbar von der Justizverwaltung, siehe Antwortschreiben], AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>376</sup> Antwortschreiben des Vormundschaftsgerichts, Richter Rodenberg, an den Senat der freien und Hansestadt Lübeck, Abteilung IV – Justizverwaltung –, über den Herrn Landgerichtspräsidenten, Lübeck, 09.11.1933, „Betrifft Ersuchen vom 8. November 1933“, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>377</sup> vgl. Schreiben von Dr. Cantor, Rechtsanwalt, Breite Str. 31, an den Hohen Senat, Abt. Justizverwaltung, Lübeck, 10.11.1933, AHL, NSA, Sign. 01900

*gegeben sein müsste, mit diesen Geldern ihren geschädigten Kindern zusätzliche Hilfe zu gewähren. Teilweise werden auch Inflationsängste mit Rücksicht auf die ausserordentlich lange Dauer der Festlegung geäußert. Ich gestatte mir daher [...] den Vorschlag, dass ein Mittelweg zwischen den Wünschen des Senats und denen der Eltern gesucht werden sollte. Vielleicht ist es möglich [...], wenn die Belegung zwar wie vom Senat vorgesehen erfolgt, jedoch Verfügungen über das belegte Geld gestattet sind, wenn der jeweilige Vormundschaftsrichter des hiesigen Amtsgerichts die geplante Verfügung nach billigem Ermessen im Interesse eines Kindes für geboten erachtet.“<sup>378</sup>*

Offenbar wurde das Schmerzensgeld von manchen Eltern dringend für den Unterhalt ihrer Kinder benötigt. Beispielsweise hatten einige von ihnen unter Vermittlung Cantors schon im frühen Herbst 1933 um kleine Vorschüsse auf das bereits zugesprochene, aber noch nicht ausgezahlte Schmerzensgeld gebeten, „um den Calmette-Kindern warme Kleidung zu beschaffen“. Zu dieser Ausgabe seien „sie sonst infolge Arbeitslosigkeit nicht in der Lage“, ohne Winterkleidung drohe den Kindern „aber gesundheitliche[r] Schaden“. Da der Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt „Vorschüsse prinzipiell mit Rücksicht auf die bevorstehende Gesamtregelung der Angelegenheit abgelehnt“ habe, hatte Cantor schon damals gebeten, diese Gesamtregelung möglichst bald umzusetzen.<sup>379</sup>

Letztlich wurde Cantors Vorschlag zur Anlage des Schmerzensgeldes, der im Folgenden genauer erläutert werden soll, angenommen: Das Schmerzensgeld für seine Klienten sollte auf ein „auf den Namen des Kindes lautendes Sparkassenbuch bei der Lübeckischen Kreditanstalt bis zum 31. Januar 1934“ eingezahlt werden. Das Sparkassenbuch sollte so gesperrt werden, dass über die darauf eingezahlte Summe und die entsprechenden Zinsen vor der Volljährigkeit des Kindes – damals erst mit Vollendung des 21. Lebensjahrs – „ganz oder zum Teil [...] nur mit Zustimmung des Vormundschaftsrichters beim Amtsgericht Lübeck verfügt werden“ könne. Dem „gesetzliche[n] Vertreter des Kindes“ sollte es aber möglich sein, „bei dessen Konfirmation oder am 1. April des Jahres, in dem das Kind sein 14. Lebensjahr vollendet [...] und am 1. April des Jahres, in dem das Kind sein 18. Lebensjahr vollendet“, jeweils ein Drittel des eingezahlten Betrags, allerdings höchstens 200 Reichsmark, abzuheben. Für fünf seiner Mandanten bat Cantor um Sonderregelungen, weil in diesen Fällen das Schmerzensgeld z. B. zum Bau eines Hauses in einer der neu geschaffenen Stadtrandsiedlungen oder zur Tilgung einer Hypothek auf ein

---

<sup>378</sup> Schreiben von Dr. Cantor an den Hohen Senat, Abt. Justizkommission, z. Hd. von Herrn Senator Dr. Böhmcker, Betr. Auszahlung der Schmerzensgelder. Lübeck, 16.11.1933, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>379</sup> Schreiben von Dr. Cantor an den Hohen Senat, Abt. Justizverwaltung, Betr. Calmette-Schmerzensgeldsachen, Lübeck, 01.11.1933, AHL, NSA, Sign. 01900



Siedlungshaus verwendet werden sollte. Im letzteren Fall könne der Vater, der als Arbeiter bei Übernahme des Hauses wöchentlich 40 Reichsmark netto verdient habe, aktuell aber nur noch 26 Reichsmark netto erhalte, das Haus nicht mehr halten, obwohl es „unter allgemeinen Gesichtspunkten der sozialen-, Gesundheits- und Wohlfahrtspflege und insbesondere mit Rücksicht auf das Calmette-Kind von grösster Bedeutung“ sei. Dieser Vater wolle, wenn er die 450 Reichsmark Schmerzensgeld zur Tilgung verwenden dürfe, zum Ausgleich ein gesperrtes Sparbuch für sein Kind anlegen „und darauf wöchentlich unter Kontrolle des Vormundschaftsgerichts“ drei Reichsmark einzahlen. Zur Sicherung des Anspruchs des Kindes gegen ihn würde er „dem Kind seine Ansprüche gegen die Pensionskasse des Konsumvereins in Höhe des Schmerzensgeldes abtreten“.<sup>380</sup>

Die tatsächliche Ausgabe der Sparbücher sollte sich aber entgegen der vorher zumindest von Cantor gesetzten Frist bis zum 31.01.1934 noch länger hinauszögern. Ende Juli 1934 wandte sich Rechtsanwalt Wittern deshalb hilfesuchend an eine höhere Stelle, nämlich an das Reichsjustizministerium in Berlin. Dort habe er laut dem Reichsminister der Justiz ausgeführt, dass die Auszahlung der Entschädigungssummen „auf Schwierigkeiten“ stoße, die wohl „letzten Endes auf finanziellen Gründen“ beruhten. Der Reichsminister der Justiz übergab die Angelegenheit, die seiner Meinung nach möglichst zeitnah erledigt werden sollte, dem Reichsminister des Innern.<sup>381</sup> Offenbar kümmerte sich jener bald um diesen Missstand, denn am 30.08.1934 fand in Lübeck eine Besprechung mit Mitgliedern der Justiz- und Sozialverwaltung, des Vormundschafts- und des Schiedsgerichts sowie der Kreditanstalt statt, in der auf die Beschwerde Witterns eingegangen wurde. Die Mutmaßung Witterns, dass die noch nicht erfolgte Auszahlung finanzielle Gründe habe, war wohl korrekt. Denn laut der Niederschrift dieser Besprechung habe man sich zwar mit Cantor für seine 42 Mandanten auf die bereits geschilderte Auszahlungspraxis mit gesperrtem Sparbuch und möglichen Abhebungen zum 14. und 18. Geburtstag geeinigt. Diese Vereinbarung habe aber

*„bisher nicht [...] durchgeführt werden können, da nach Mitteilungen der Finanzverwaltung die Stadtkasse hätte in Schwierigkeiten kommen können, wenn*

---

<sup>380</sup> Dr. Cantor an den Senat, Abt. IV – Justizverwaltung –, Lübeck, 08.12.1933; vgl. Schreiben des Senats, Abt. IV – Justizverwaltung –, Dr. Böhmcker, an Dr. Cantor: Cantors Vorschlag zu Sparbüchern vom 08.12.1933 angenommen, Lübeck, 03.01.1934, beide AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>381</sup> Schreiben des Reichsministers der Justiz, gez. Dr. Gürtner, an den Herrn Reichsminister des Inneren, Betrifft: Schmerzensgeldansprüche der „Calmette-Geschädigten“. Berlin, 02.08.1934, AHL, NSA, Sign. 01900

*grössere Beträge auf einmal – es handelt sich hier um 25 - 30 000 RM – der Kreditanstalt hätten überwiesen werden müssen“.*<sup>382</sup>

Die Überweisung einzelner Schmerzensgelder habe man aber ebenso wenig für sinnvoll gehalten. Das Schmerzensgeld sei nur „in einigen dringenden Fällen [...] ausgekehrt worden, wenn das Vormundschaftsgericht eine andere mündelsichere Belegung genehmigt habe“ – vermutlich waren damit z. B. die bereits geschilderten Verwendungen für Hausbau oder Hypotheken gemeint. Es sei geplant gewesen, die Schmerzensgelder gesammelt auszuzahlen, sobald die Versicherungssumme von Dr. Altstaedts Haftpflichtversicherung in Höhe von 100.000 Reichsmark eingetroffen sei. Das sei laut dem Direktor der Kreditanstalt „vor einiger Zeit“ geschehen, der Auszahlung stehe nun nichts mehr im Wege. Aus der Beschwerde Witterns sei erkennbar, „dass die Eltern auf eine baldige Auszahlung der Schmerzensgelder Wert legen“. Deshalb entschloss man sich in der Besprechung, nicht weiter mit Wittern über die genaue Belegung der Sparbücher zu verhandeln, auch wenn man im Gegensatz zu Cantor mit ihm noch keine Einigung in diesem Punkt erzielt hatte, sondern die Beträge, die bereits feststünden, sofort „auf ein Sparbuch bei der Lübeckischen Kreditanstalt“ einzuzahlen und das Sparbuch „mit dem allgemeinen Sperrvermerk“ zu versehen. Dieser gestatte Abhebungen nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts, über die Zinsen könnten Witterns Mandanten frei verfügen. Auch die Schmerzensgelder für Cantors Mandanten sollten nun unverzüglich auf die Sparbücher überwiesen werden. Bei der Bewilligung von Abhebungen sollte für das Vormundschaftsgericht maßgeblich sein, dass das Schmerzensgeld dazu gedacht sei, „dem Kinde eine besondere Freude als Ausgleich für die erlittenen Schmerzen zu bieten, und nicht für die Befriedigung der laufenden Bedürfnisse in Frage komme“.<sup>383</sup> Dieser Passus zeigt erneut das Misstrauen, dass die Vertreter des Lübecker Staates den Eltern der „Calmette-Kinder“ entgegenbrachten. Wiederum wurde hier bezweifelt, dass sie ohne äußere Einschränkungen in der Lage seien, die Entschädigung für ihre Kinder zu verwahren.

Wittern war mit dieser Regelung zur Belegung der Sparbücher offenbar zufrieden, denn er teilte seinen Mandanten mit, dass der Lübecker Staat nun die „Einschränkungen“ habe fallen lassen, „die ursprünglich von uns verlangt wurden (Auszahlung eines Drittels erst mit dem 14. Lebensjahr, eines weiteren Drittels mit dem 18. Lebensjahr u. s. w.)“. Über

---

<sup>382</sup> Niederschrift über die Besprechung betr. Auszahlung der Calmetteschmerzensgelder, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>383</sup> Niederschrift über die Besprechung betr. Auszahlung der Calmetteschmerzensgelder, AHL, NSA, Sign. 01900

Abhebungen entscheide nun „allein das Vormundschaftsgericht“ und auch in Fällen, in denen eine Verwendung des Geldes für eine Hypothek o. Ä. gewünscht werde, müsse jetzt nur noch mit dem Vormundschaftsgericht direkt verhandelt werden.<sup>384</sup> So ergaben sich für die Sparbücher der geimpften Kinder je nach vertretendem Rechtsanwalt zwei etwas unterschiedliche Bestimmungen in Bezug auf Auszahlungen und Abhebungen.

Das Schiedsgericht entschied aber nicht nur über die Schmerzensgelder für die geimpften Kinder, sondern es wurde dort z. B. auch über die Kostenerstattung für den bereits dargestellten Aufenthalt eines Betroffenen in einem Sanatorium in Potsdam-Hermannswerder gestritten – laut Kläger ging es dabei insgesamt um 1.162,75 Reichsmark. Offenbar war der Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt nicht bereit, die Kosten für diesen vom Vater in die Wege geleiteten Aufenthalt zu übernehmen. Das Schiedsgericht entschied, dass der Lübecker Staat zwar die Kosten für den Aufenthalt als solchen zu erstatten habe, dass aber die Behandlung durch einen Chirurgen in Hermannswerder, auch wenn er dem Vater des Kindes bekannt gewesen und von ihm geschätzt worden sei, unnötig gewesen sei und auch die Verpflegungskosten zu hoch gewesen seien.<sup>385</sup> Dieser Schiedsspruch wurde später aus verschiedenen verfahrenstechnischen Gründen in zweiter Instanz vom Hanseatischen Oberlandesgericht aufgehoben.<sup>386</sup> Letztlich einigte man sich ein Jahr später vor dem Schiedsgericht auf einen Vergleich und die Übernahme eines weiteren Teils der Kosten.<sup>387</sup>

Für diesen Betroffenen wurde 1933 auch ein „Erholungsaufenthalt“ vor dem Schiedsgericht erstritten, weil er im Winter 1932 weiterhin unter Schwellungen der Halslymphknoten gelitten habe. Allerdings sollte das Kind entgegen dem Wunsch des Klägers diesmal allein „5 Wochen in einem ärztlich geleiteten Kinderheim“ anstatt gemeinsam mit der Mutter in Bosau untergebracht werden. Bei einem dreijährigen Kind sei den Eltern diese Trennung zuzumuten, „irgendeine Schädigung des Kindes“ sei dadurch

---

<sup>384</sup> Schreiben von Rechtsanwalt Dr. jur. Ernst Wittern, ohne Empfänger, Betr. Calmette-Schmerzensgeld, Schmerzensgelder nun auf Sparbüchern belegt, Lübeck, 12.09.1934 (Unterlagen Interview 1 und 10)

<sup>385</sup> vgl. Schiedsspruch in Sachen [*Vater des Betroffenen*], gegen den Lübeckischen Staat, Reg. Nr. 45, Lübeck, 30.04.1932 (Unterlagen Interview 1)

<sup>386</sup> vgl. Urteil des III. Zivilsenats des Hanseatischen Oberlandesgerichts zu Hamburg in Sachen [*Vater des Betroffenen*], Prozessbevollmächtigte Rechtsanwälte Dres. Wittern und Munck in Lübeck, Klägers, Berufungsklägers, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde, Prozessbevollmächtigte Rechtsanwälte Dres. v. Brocken, Ihde, Boettcher in Lübeck, Beklagten, Berufungsbeklagten, wegen Aufhebung eines Schiedsspruchs, verkündet am 30.05.1933 (Unterlagen Interview 1)

<sup>387</sup> vgl. Reg. Nr. 45. Schiedsgericht in Calmette-Sachen. In Sachen [*Familiennamen des Betroffenen*], Klägerin, gegen Lüb. Staat, Beklagten. Vergleich geschlossen, Lübeck, 05.05.1934 (Unterlagen Interview 1)

nicht zu erwarten.<sup>388</sup> Als ärztlich geleitetes Kinderheim wurde offenbar die Kuranstalt in St. Peter-Ording ausgewählt – zumindest berichtete es so seine ältere Schwester.<sup>389</sup> Gerade diese Mutter hätte ihren Sohn nach seiner monatelangen Abwesenheit während seines Aufenthalts in Hermannswerder sicher gern begleitet. Ob diese wiederholte Trennung von Mutter und Kind nicht doch gewisse Auswirkungen hatte, ließ sich Jahre nach ihrer beider Tod nicht mehr feststellen.

Das 1931 ins Leben gerufene Schiedsgericht bestand bis in den Zweiten Weltkrieg hinein. Dementsprechend ließen sich die politischen Geschehnisse dieser Jahre auch am Schiedsgericht ablesen: Schon im August 1933 beschäftigte sich die nationalsozialistische Lübecker Regierung mit der Frage, „ob und inwieweit die sozialdemokratischen Beisitzer, insbesondere Dr. Haun, aus dem Schiedsgericht auszuschneiden hätten“.<sup>390</sup> Zumindest im Falle des Rechtsanwalts Dr. Haun wurde diese Überlegung auch in die Tat umgesetzt. Da er einer der von den Eltern bestimmten Beisitzer war, wandte sich der Lübecker Staat an Rechtsanwalt Wittern und forderte ihn auf, den Schiedsvertrag mit dem von ihm benannten Schiedsrichter Haun zu kündigen.<sup>391</sup> Erst auf Nachfrage Witterns wurde zur Begründung ausgeführt, dass „Dr. Haun politisch nicht zuverlässig“ sei. Dieser Umstand dürfe Wittern „hinreichend bekannt sein“. Laut dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seien

*„Richter, die nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, aus dem Dienst zu entlassen. Wäre Dr. Haun Berufsrichter, wäre er bereits entlassen. [...] Es widerspricht der Würde und dem Ansehen eines Schiedsgerichts, in das der Staat seine Richter entsendet und das ausschließlich über*

---

<sup>388</sup> Reg. Nr. 218, in Sachen des minderjährigen [*Name des Betroffenen*], vertreten durch seinen Vater, den Buchhalter [*Name des Vaters*], Antragsteller, vertreten durch die Rechtsanwälte Dres. Wittern und Munck, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde in Lübeck, Antragsgegner, vertreten durch die Rechtsanwälte Dres. v. Brocken, Ihde, Boettcher, durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts Dr. Utermarck einstweilige Verfügung erlassen, dem Antragsteller einen Erholungsaufenthalt zu beschaffen, Lübeck, 22.08.1933 (Unterlagen Interview 1)

<sup>389</sup> Ihre Erinnerungen an die Sanatoriumsaufenthalte ihres Bruders wurden in Unterkapitel 4.6 dargestellt.

<sup>390</sup> „Vermerk. Heute erschien nach fernmündlicher Vereinbarung mit Senator Schröder Oberregierungsrat Dr. Volger. Mit ihm wurde die Behandlung der Calmette-Schiedssachen besprochen.“ Fünf Punkte aufgeführt. „L. den 7.8.33.“ AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>391</sup> vgl. Schreiben des Senats, Abteilung IV – Landesjustizverwaltung –, gez. Dr. Böhmcker, an Herrn Rechtsanwalt Dr. Wittern, Lübeck, 21.08.1933, AHL, NSA, Sign. 01899

*Ansprüche gegen den Staat entscheidet, daß eine vom Richteramt ausgeschlossene Person im Schiedsgericht beisitzt.*“<sup>392</sup>

Die Frage Witterns, ob der Staat gegebenenfalls auch ohne ein Einverständnis der Elternschaft Rechtsanwalt Haun als Schiedsrichter entfernen würde, blieb unbeantwortet.<sup>393</sup> Daraufhin kündigte Wittern im Namen einer Reihe von Eltern den Schiedsgerichtsvertrag mit Haun. Als Reaktion darauf habe Haun laut Wittern „sein Schiedsrichteramt auch für diejenigen Calmette-Geschädigten“ niedergelegt, die sich der Kündigung bis dahin nicht angeschlossen hatten. Wittern benannte als Ersatz für Haun einen anderen Rechtsanwalt als Schiedsrichter.<sup>394</sup>

Außerdem musste Ende des Jahres 1933 „anstelle des verstorbenen Schiedsrichters Dr. Solmitz [ein neuer] Ersatzschiedsrichter“ bestimmt werden.<sup>395</sup> Entgegen dem Beiklang der hier gewählten neutralen Formulierung war dieser Schiedsrichter nicht etwa einem langen Leiden erlegen, sondern ein frühes Opfer des nationalsozialistischen Regimes geworden: Solmitz, Sozialdemokrat, ehemaliges Mitglied der Lübecker Bürgerschaft und Redakteur des Lübecker Volksboten, war bereits wenige Wochen nach der sogenannten „Machtübernahme“ durch die Nationalsozialisten verhaftet worden. Am 19.09.1933 wurde er im Konzentrationslager Hamburg/Fuhlsbüttel tot aufgefunden. Ob er in den Suizid getrieben oder ermordet worden war, konnte nie geklärt werden.<sup>396</sup>

Rechtsanwalt Cantor hingegen, der Ende des Jahres 1933 noch um die Neubesetzung des Schiedsrichteramts nach Solmitz' Tod gebeten hatte, sollte einige Monate später Deutschland verlassen. Er war jüdischer Herkunft, wie Solmitz Sozialdemokrat und Mitglied des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ sowie der „Eisernen Front“. Im September 1933 wurde er als Jude aus dem Amt eines Notars entlassen, im März 1934

---

<sup>392</sup> Anlage 2: Antwort der Justizverwaltung, gez. Dr. Böhmcker, Lübeck, 30.08.1933, eines Schreibens von Dr. Wittern an [Vater des Betroffenen], zur Sache: Schiedsgericht, Lübeck, 02.09.1933; Anlage 1: Fragen Dr. Witterns an die Justizverwaltung vom 25.08.1933 (Unterlagen Interview 1); Antwortschreiben des Senats, Abt. IV – Justizverwaltung –, an Herrn Rechtsanwalt Dr. Wittern, Lübeck, 30.08.1933, ebenfalls vorhanden im AHL, NSA, Sign. 01899

<sup>393</sup> vgl. Schreiben von Wittern an [Vater des Betroffenen], zur Sache: Schiedsgericht, 02.09.1933, mit 2 Anlagen (Unterlagen Interview 1)

<sup>394</sup> Schreiben von Dres. Wittern und Munck an den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanz- und Wirtschaftsverwaltung, Lübeck, 18.09.1933; vgl. mehrere Kündigungsschreiben von Rechtsanwalt Dr. Wittern an Rechtsanwalt Dr. Haun mit Auflistungen der jeweils kündigenden Eltern vom 09.09. bis zum 12.09.1933, sämtlich AHL, NSA, Sign. 01899

<sup>395</sup> Dr. Cantor an den Senat, Abt. IV – Justizverwaltung –, Lübeck, 08.12.1933, AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>396</sup> vgl. Erzbischöfliche Stiftung Lübecker Märtyrer: Feier für die Opfer des Faschismus 1945. Artikel der Lübecker Post vom 19. September 1945. Lübecker Feier für die Opfer des Faschismus, online unter: <http://www.luebeckermaertyrer.de/de/geschichte/dokumente/post.html> (Tag des Zugriffs: 23.10.2016); Schröder, Wilhelm H.: Fritz Solmitz, GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, online unter: [http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop\\_db/biosop\\_db.php](http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop_db/biosop_db.php) (Tag des Zugriffs: 23.10.2016)

emigrierte er mit seiner Familie nach Palästina.<sup>397</sup> Ob seine ehemaligen Klienten ab dann von Wittern oder einem anderen Rechtsanwalt vertreten wurden oder ob ihre Schiedsgerichtsverfahren ohnehin abgeschlossen waren, ließ sich anhand der vorhandenen Dokumente nicht weiter ermitteln. Immerhin erklärte sich so, warum im Sommer 1934 nur Rechtsanwalt Wittern Beschwerde über die fehlende Auszahlung der Schmerzensgelder einlegte. Denn Cantor befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Palästina.

Anhand der vorhandenen Dokumente ließ sich das Fortbestehen des Schiedsgerichts bis in den Zweiten Weltkrieg hinein verfolgen. In diesem Zeitraum unterlag das Gericht noch gewissen Veränderungen: Im Herbst 1933 wünschte der Lübecker Staat eine Verkleinerung des Schiedsgerichts „aus Kostengründen“.<sup>398</sup> Die Schiedsrichter erhielten nämlich für jede Sitzung eine Vergütung von 20 Reichsmark, die bei „höherem Verdienstausschlag oder laufenden Bürokosten“ um einen Zuschuss von bis zu 40 Reichsmark ergänzt werden konnte.<sup>399</sup> Diese Kosten wollte der Lübecker Staat offenbar nicht mehr in voller Höhe tragen. Als Wittern von diesem Änderungswunsch in Kenntnis gesetzt wurde, bezweifelte er, dass alle von ihm vertretenen Eltern mit dieser Verkleinerung einverstanden wären.<sup>400</sup> Letztlich müssen aber doch alle Beteiligten überzeugt worden sein, denn im Januar 1934 wurde der Schiedsgerichtsvertrag dahingehend geändert, dass sich das Schiedsgericht von nun an aus einem Obmann und zwei statt vier Beisitzern zusammensetzte. Der Lübecker Staat und die gesetzlichen Vertreter der geimpften Kinder konnten jeweils einen der beiden Beisitzer ernennen.<sup>401</sup>

Im Februar 1938 regte der Obmann des „Schiedsgerichts in Calmette-Sachen“, der damalige Landgerichtspräsident Rischau, an, das ständige Schiedsgericht aufzuheben, da seine Tätigkeit „im Laufe des letzten Jahres soweit zurückgegangen [ist], dass kaum noch eine Verhandlung stattzufinden brauchte.“ Das ständige Schiedsgericht habe damit wohl „seinen Zweck erfüllt“; für die wenigen noch ausstehenden oder für sich neu ergebende

---

<sup>397</sup> vgl. Guttkuhn, Peter: Leopold Jacobsohn, Dr. Martin Meyer, Dr. Leo Landau, Ludolf Alexander Häusler und Dr. Alfred Cantor – Lebensskizzen jüdischer Rechtsanwälte in Lübeck und ihr Schicksal in der NS-Zeit, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen – Justizministerialblatt Schleswig-Holstein: Anwalt ohne Recht. Schicksale jüdischer Rechtsanwälte nach 1933 – insbesondere in Schleswig-Holstein –, Sonderdruck 2014, S. 29-30

<sup>398</sup> Schreiben von Dres. Wittern und Munck an die Justizverwaltung, z. Hd. von Herrn Senator Dr. Böhmcker, Lübeck, 10.11.1933, AHL, NSA, Sign. 01899

<sup>399</sup> Schreiben von Dr. Utermarck an Herrn Rechtsanwalt Dr. Ihde, zur Vergütungsregelung der Schiedsrichter, Lübeck, 22.03.1933, AHL, NSA, Sign. 01898

<sup>400</sup> vgl. Schreiben von Wittern und Munck an Justizverwaltung, 10.11.1933, AHL, NSA, Sign. 01899

<sup>401</sup> vgl. „Nachtrag zu dem Schiedsgerichtsvertrag, der zwischen dem Lübecker Staat und den Calmette-Geschädigten vereinbart worden ist.“ Lübeck, 02.01.1934, AHL, NSA, Sign. 01899

Verhandlungen könne stets ein neues Schiedsgericht zusammengesetzt werden.<sup>402</sup> Wittern riet seinen Klienten bei der Annahme dieses Vorschlags zur Vorsicht, weil die Folgen der Impfung auch jetzt noch nicht abzusehen seien: Die „erste gefährliche Zeit“ für „Rückfälle in der Krankheit“ ihrer Kinder liege ungefähr zwischen dem 12. und 22. Lebensjahr, diese Fälle könnten erst dann zur Verhandlung kommen. Außerdem könnten sich „schwerwiegende Nachteile, besonders psychische Schäden, einstellen, wenn die betroffenen Kinder erst voll zur Erkenntnis dessen kommen, was mit ihnen früher geschehen ist“.<sup>403</sup> Offenbar führten Witterns Bedenken dazu, dass die Eltern diesen Vorschlag tatsächlich nicht annahmen und das ständige Schiedsgericht noch nicht aufgehoben wurde. Zumindest erkundigte sich Landgerichtspräsident Rischau etwa ein Jahr später wieder, ob das „Calmette-Schiedsgericht“ nicht aufgelöst werden könne – diesmal bei Lübecks Oberbürgermeister. Der letzte Fall sei „im Sommer vorigen Jahres vorgekommen“ und in dieser Sache sei „dann ohne Verhandlung verglichen worden“. Es gebe keine weiteren ausstehenden Fälle.<sup>404</sup> Rischau wurde daraufhin mitgeteilt, dass eine „Nachprüfung“ ergeben habe, „dass die Auflösung des Calmetteschiedsgerichts zurzeit leider noch nicht möglich ist“.<sup>405</sup> Die Ergebnisse der Nachprüfung oder die Gründe, die gegen eine Auflösung sprachen, wurden hier nicht näher erläutert. Rischau wurde offenbar bald nach Kriegsbeginn „zum Heeresdienst einberufen“, sein Amt des Vorsitzenden des Schiedsgerichts übernahm Landgerichtsdirektor Dr. Bergmann.<sup>406</sup> Dieser musste wohl tatsächlich noch eine Verhandlung vor dem Schiedsgericht leiten. Zumindest fand sich ein Schreiben vom November 1939, laut dem den „beiden Parteien der Vergleichsvorschlag vom 24. Oktober ds. Js. nicht annehmbar“ erscheine und deshalb „entschieden werden“ müsse. Für einen der Beisitzer, der ebenfalls eingezogen worden sei, müsse deshalb noch

---

<sup>402</sup> Anlage: Abschrift eines Schreibens des Obmanns des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen, Lübeck, 11.02.1938, Gerichtshaus, Gr. Burgstr. 4, zu einem Schreiben von Dr. jur. Ernst Wittern, Rechtsanwalt und Notar, an [Väter der Betroffenen], Betr. Calmette-Schiedsgericht, Lübeck, 22.02.1938 (Unterlagen Interview 1 und 10)

<sup>403</sup> Schreiben von Wittern an [Väter der Betroffenen], Betr. Calmette-Schiedsgericht, 22.02.1938 (Unterlagen Interview 1 und 10)

<sup>404</sup> Schreiben vom Präsident des Landgerichts, Rischau, an den Herrn Oberbürgermeister der Hansestadt Lübeck – Hauptverwaltung –, Betr.: Beisitzer im Calmette-Schiedsgericht, Lübeck, 20.03.1939, AHL, NSA, Sign. 01899

<sup>405</sup> Schreiben der Hauptverwaltung, im Auftrag unterschrieben vom Stadtsyndikus, an den Herrn Präsidenten des Landgerichts, Betrifft: Calmette-Schiedsgericht, Lübeck, 03.04.1939, AHL, NSA, Sign. 01899

<sup>406</sup> Schreiben von Dr. Wittern an den Herrn Oberbürgermeister der Hansestadt Lübeck – Socialverwaltung –, Betr. Schiedsgericht in Calmette-Sachen, Lübeck, 04.10.1939; vgl. Schreiben der Hauptverwaltung, im Auftrag Stadtsyndikus, an Dr. Wittern, „Betrifft: Calmette-Schiedsgericht.“, 19.10.1939, beide AHL, NSA, Sign. 01899

ein entsprechender Ersatz gestellt werden.<sup>407</sup> Zu dieser Verhandlung existierten keine weiteren Unterlagen, bei dem genannten Schreiben handelte es sich insgesamt um das letzte Schriftstück zum Schiedsgericht im Lübecker Stadtarchiv – abgesehen von der Bestellung des neuen Beisitzers.<sup>408</sup> Vermutlich stellte das Gericht in Kriegszeiten seine Tätigkeit völlig ein, die Notwendigkeit seines Bestehens war schließlich schon in den vorherigen Jahren bezweifelt worden. Mit zunehmendem Alter der geimpften Kinder und fehlenden neuen Krankheitserscheinungen oder Rückfällen gab es für seinen weiteren Erhalt wohl endgültig keinen Bedarf mehr.

Nach Auszahlung der Schmerzensgelder 1934 und Klärung sämtlicher noch strittigen Fragen ruhten die Entschädigungen bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus auf ihren Sparbüchern. Die ehemaligen „Calmette-Kinder“ waren in der Zwischenzeit fast erwachsen geworden, mit Erreichen ihrer Volljährigkeit mit 21 Jahren – im Jahr 1951 – hätten ihnen die Entschädigungssummen vollständig zur Verfügung gestanden. Zum Zeitpunkt dieser Regelung in den 1930er Jahren waren aber weder der Zweite Weltkrieg noch das Ende des Deutschen Reichs und auch der Reichsmark vorauszusehen gewesen. Im Zuge der Währungsreform 1948 mit der Einführung der Deutschen Mark in Westdeutschland wurden auch sämtliche Reichsmark-Sparguthaben im Verhältnis 10:1 umgewertet.<sup>409</sup> Zu diesen Reichsmark-Sparguthaben gehörten auch die Sparbücher der geimpften Kinder und damit die Schmerzensgelder, für die ihre Eltern Anfang der 1930er Jahre gestritten hatten. Die früheren „Calmette-Kinder“ waren zu diesem Zeitpunkt 18 Jahre alt und hatten ihre Entschädigungen nie nutzen können. Im Gespräch mit einer Betroffenen konnte man über 60 Jahre nach diesem Ereignis noch die Wut erahnen, die sie angesichts dieses Verlusts empfunden hatte:

*„Ich mein ja, wir sind alle ein bisschen betrogen worden, die Calmette-Kinder, die Schmerzensgeld gekriegt haben. Meine Eltern kriegten für mich 1.000 Reichsmark, zu der Zeit war ja noch Reichsmark. Und Sparbuch, aber gesperrtes, ich seh's heut noch, rot: ‚gesperrt‘. Da durften meine Eltern nur die Zinsen für sich verbrauchen oder für mich, aber ich kriegte das erst mit 21 Jahren ausgezahlt, das Geld. Naja, und dann 20. Juni '48 war Währung. Ich habe acht Tage vor der Währung geheiratet, war gerade 18,*

---

<sup>407</sup> Schreiben vom Obmann des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen an die Sozialverwaltung – Rechtsabteilung –, „Betr.: Leutloff ./ Hansestadt Lübeck.“, Lübeck, 03.11.1939, AHL, NSA, Sign. 01899

<sup>408</sup> vgl. Schreiben An den Herrn Vorsitzenden des Calmette-Schiedsgerichts, „Betrifft: Beisitzer im Calmette-Schiedsgericht.“, 27.11.1939, AHL, NSA, Sign. 01899

<sup>409</sup> vgl. Deutsches Historisches Museum: Der Fotograf Henry Ries. Brennpunkt Berlin Blockade 1948/1949. Währungsreform 1948, online unter: <http://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/berliner-blockade/raum1.html> (Tag des Zugriffs: 24.10.2016)



*und wollte dann, ja, jetzt bin ich verheiratet, jetzt kriege ich auch mein Geld. Und von dem, meine Eltern hatten keinen Pfennig da runter genommen, da waren 1.390 Reichsmark drauf, und nachher waren es 139 D-Mark. [...] Und dann wollte ich es haben. Nee, kriegte ich aber nicht. [...] Nein, das musste ich, vom Gericht musste ich das mir erlauben lassen, weil ich noch keine 21 war. Obwohl ich schon verheiratet war. [...] Ja, aber die durften nachher, also acht Tage, wie die Währung kam, da durften sie 40 [...] D-Mark von meinem Sparbuch dann noch nehmen, die durften das. Vater Staat durfte das, ich nicht. Ja, da können Sie sich vorstellen, was ich da alles von gehabt hab. Mit den 40 noch abgezogen, da waren das 99 D-Mark, hab ich behalten. Und dafür, wie gesagt, immer 'n schwaches Auge.“<sup>410</sup>*

Ihre Eltern hatten offenbar das gesamte Schmerzensgeld für ihre Tochter aufsparen wollen und noch nicht einmal die Zinsen abgehoben: „Dadurch ergab sich die 1.390, ich werd's nie vergessen.“<sup>411</sup> Obwohl sich die Betroffene damals nach eigenen Worten betrogen fühlte, habe sie nach der Währungsreform nie wieder Schadensersatz beantragt:

*„Nee, hab ich nicht. Was soll's, also das, das war damals alles. Und es war 'ne Zeit, als wenn es alles in Vergessenheit geraten ist. Und man selber hat es nachher natürlich auch [vergessen], also was soll's.“<sup>412</sup>*

Diese Betroffene artikuliert ihre Enttäuschung und Wut über den Verlust des ihr eigentlich zustehenden Schmerzensgeldes selbst nach so langer Zeit noch deutlich. Derart starke Gefühlsäußerungen kamen bei den anderen hier dargestellten Betroffenen nicht vor. Möglicherweise war die Bedeutsamkeit dieses Verlusts davon abhängig, wie dringend die jeweiligen Betroffenen das Geld zu diesem Zeitpunkt oder im späteren Leben gebraucht hätten. Zwei weitere Betroffene erzählten im Vergleich dazu eher nüchtern von der Entwertung ihres Schmerzensgeldes. So erwähnte einer von ihnen: „Wir haben ja alle 500 Mark gekriegt, die sind aber im Laufe der, 1948, der Währungsreform weggegangen. Also da ist nichts mehr von da gewesen.“<sup>413</sup> Der andere von ihnen konnte sich nicht mehr genau an die Höhe seines Schmerzensgeldes erinnern und schien die Ereignisse auch ansonsten recht weit hinter sich gelassen zu haben. So betonte er mehrfach im Gespräch, dass er unter keinerlei Nachwirkungen der Impfung gelitten habe. Seine Äußerung, dass er zum Zeitpunkt der Entwertung schon größer gewesen sei, ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Er war nicht nur älter, sondern vor allem wieder völlig gesund:

---

<sup>410</sup> Interview 9, Z. 33-49

<sup>411</sup> Interview 9, Z. 275-279

<sup>412</sup> Interview 9, Z. 50-54

<sup>413</sup> Interview 13, Z. 13-15

*„Und dann hab ich nachher auch ein Geld, auf einem Sparbuch gehabt. Jetzt weiß ich nicht, waren das 30 Mark oder... (Ehefrau: „Nee, hundert waren das. Dreißig nicht.“) „Hundert. Naja, und dann kam nachher die Währungsreform und und, und und, und dann habe ich bloß circa 30 Mark ausbezahlt bekommen überhaupt.“ (Ehefrau: „Das war dann nichts mehr wert.“) „Nein, da war das nichts mehr wert, und da war ich ja auch schon größer. [...] Das war mündelsicher angelegt auf einem Sparbuch, und das lag immer im Schrank. Und wie das dann nachher so weit war, ja, da hab ich das dann gekriegt. Aber nur 'nen Bruchteil.“<sup>414</sup>*

Ein dritter Betroffener, der immerhin eine Summe von 1.500 Reichsmark erhalten hätte, erklärte, dass auch die damals Verantwortlichen diesen Verlust der Sparguthaben bzw. die Währungsreform nicht hätten voraussehen können. Außerdem habe der Verlust alle Beteiligten getroffen:

*„Ja, zehn Prozent. [...] ich mein, das hat ja nicht, das hat ja jeden getroffen. Das ist ja nun nicht, wollen mal sagen, die Schuld des Vertrages, sondern es ist eben, naja, die Schuld des Vertrages ist das, aber wie sollten die sich das [...] formulieren, denn die konnten ja nicht reinschreiben ‚bei Währungsreform‘.“<sup>415</sup>*

Auch er schien die Geschehnisse weitgehend akzeptiert zu haben und erklärte eher diesen Verlust anstatt ihn zu bedauern. Ein vierter Betroffener überlegte im Gespräch, was er mit dem verbliebenen Rest des Schmerzensgeldes, das er auch als „Starthilfe“ bezeichnete, eigentlich angefangen habe. Wie in den vorher aufgeführten Interviews tauchte auch hier der Ausdruck „mündelsicher“ auf, der den Gesprächspartnern offenbar in Erinnerung geblieben war:

*„Und wir haben damals nachher auch eine Entschädigung gekriegt. Mündelsicher, 500 Reichsmark wurden damals aufs Konto, aufs Bankkonto gelegt. Und das hat sich dann vermehrt. Aber nachher bei der Währungsreform ist das ja flöten gegangen. Dann hatt ich nachher, weiß ich gar nicht mehr, wie viel, [...] vielleicht hab ich mir ein Rad gekauft oder irgendwas, oder 'nen Fahrradrahmen, und das andere da angebaut. Oh Gott, nee, was für ein Kram. Oder da het miene Fru 'nen Mantel drauf, von kriegen oder irgendsowat war dat.“<sup>416</sup>*

Wie in diesem Fall war der verbliebene Betrag bei den hier dargestellten Betroffenen so gering, dass er für andere Geimpfte vielleicht gar nicht mehr erwähnenswert erschien oder die Entschädigung als Kind wirklich in Vergessenheit geraten war. So berichteten nämlich

---

<sup>414</sup> Interview 5, Z. 14-21, Z. 210-212

<sup>415</sup> Interview 12, Z. 514-530

<sup>416</sup> Interview 6, Z. 551-557, Z. 732-733

zwei Verwandte von Geimpften, dass ihnen nie etwas von Schmerzensgeldern oder einem Sparbuch für die „Calmette-Kinder“ erzählt worden sei.<sup>417</sup> Der Name einer dieser Betroffenen fand sich aber in einem Schreiben des sie vertretenden Anwalts Cantor – sogar mit der zugesprochenen Entschädigungssumme von 1.200 Reichsmark. Der Nachname der anderen Familie tauchte zumindest unter den von Wittern vertretenen Eltern auf, allerdings ohne Nennung einer Entschädigungssumme.<sup>418</sup> In beiden Fällen ist es vorstellbar, dass den späteren Gesprächspartnerinnen – der Tochter und der jüngeren Schwester von Geimpften – nie etwas von einer Entschädigung berichtet wurde, da sie zum Zeitpunkt eines gemeinsamen Gesprächs über das Impfunglück ohnehin wertlos geworden war.

Im Gegensatz zu diesen beiden Verwandten von Geimpften erinnerte sich die Witwe eines Betroffenen genau daran, dass ihr Mann „als Entschädigung ein Sparbuch gekriegt“ habe. Als er alt genug gewesen sei, um es verwenden zu dürfen, „da war das ja sowieso nichts mehr wert, da hatte er gar nichts davon“.<sup>419</sup> Für seine einseitige Taubheit gab es also keinerlei Entschädigung mehr. Vielleicht berichtete er seiner Frau eher von der entgangenen Entschädigung als die anderen Betroffenen ihren zuvor genannten Verwandten, weil er im Gegensatz zu ihnen unter einer dauerhaften Beeinträchtigung zu leiden hatte. In seinen Unterlagen zum Impfunglück fanden sich zwei „Freigabebescheide“ vom 23.07.1948 für ein Konto beim Postsparkassenamt Hamburg und für ein weiteres bei der Handelsbank in Lübeck. Die 880 Reichsmark des ersteren wurden in 88 Deutsche Mark umgewandelt, von den 600 Reichsmark des letzteren blieben nach Abzug von 540 Reichsmark für den – vermutlich bereits ausgezahlten – sogenannten „Kopfbetrag“ noch 60 Reichsmark übrig, die in sechs D-Mark umgewertet wurden. Wahrscheinlich handelte es sich bei letzterem Betrag um das Schmerzensgeld, das laut einem Schreiben des Betroffenen 500 Reichsmark betragen habe.<sup>420</sup> Zuzüglich Zinsen könnte sich der Betrag von 600 Reichsmark ergeben haben, von dem diesem Betroffenen letztlich ganze sechs D-Mark blieben. Auch wenn ihm davon bereits 60 D-Mark als Kopfbetrag ausgezahlt worden waren, war diese Umwertung sicherlich ein bitterer Moment, der anhand der Freigabebescheide greifbar wird.

---

<sup>417</sup> vgl. Interview 8, Z. 368-394; Interview 14, Z. 211-214, Z. 474-475

<sup>418</sup> vgl. Schreiben von Cantor an Senat, Abt. Justizverwaltung, 10.11.1933; Schreiben von Wittern und Munck an Senat, Abt. Justizverwaltung, 16.01.1934, beide AHL, NSA, Sign. 01900

<sup>419</sup> Interview 10, Z. 185-188

<sup>420</sup> vgl. Schreiben von [Name des Betroffenen] an das Versorgungsamt Lübeck, „Betr.: Anerkennung meines Impfschaden“, ohne Datum (Unterlagen Interview 10)

Nach Ansicht der Schwester eines Betroffenen war die Entschädigungssumme ihres Bruders auch schon vor der Entwertung recht gering. Immerhin hatte ihr Bruder eine einseitige Schwerhörigkeit infolge seiner Tuberkuloseinfektion davongetragen:

*„Also die Kinder, das auch noch, die Kinder, oder zumindest mein Bruder, bekamen ja etwas Geld, ich glaube, es waren 700 Reichsmark, und die wurden mündelsicher angelegt bis zum 21. Geburtstag. Aber dann kam ja 1948 die Währungsreform, da war er ja noch keine 21, waren sie ja alle nicht, und dann waren's dann nachher nur noch 70 D-Mark. [...] Naja, und drei Tage vor dieser Währungsreform, da starb mein Vater und das war auch mit dem Geld alles, 52 war der erst, Herzschlag. [...] War ja eigentlich nicht viel. [lacht] [...] Auch 700 Reichsmark war ja eigentlich nicht viel. Aber, naja, wie gesagt.“ (Ehemann: „Mit heute alles nicht zu vergleichen.“)<sup>421</sup>*

Die Gesprächspartnerin und ihr Mann waren offenbar der Ansicht, dass ihr Bruder heute in einer ähnlichen Situation eine ganz andere, deutlich höhere Schadensersatzsumme erhalten hätte – diese Annahme ist sicherlich korrekt. Für die Familie in ihrer finanziell ohnehin schwierigen Situation wäre jedoch auch die niedrige Entschädigungssumme willkommen gewesen, ihr Wegfall war in Verbindung mit dem frühen Verlust des Vaters tragisch.

Die einzige Entschädigung, die von diesen Ereignissen anscheinend unberührt blieb, war die bereits erwähnte lebenslange Rente für die nahezu vollständig ertaubte Betroffene. Allerdings ist es wahrscheinlich, dass sie ihr erst nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der Auflösung des Schiedsgerichts zugesprochen wurde – möglicherweise sogar erst nach Entwertung der eigentlichen Entschädigung dieser Betroffenen. Ihre spätere Arbeitskollegin erzählte dazu, dass die Mutter dieser Betroffenen gegen die Stadt Lübeck geklagt und erreicht habe, dass ihre Tochter zum einen eine lebenslange „sogenannte[] Calmette-Rente“ und zum anderen eine „Stellung auf Lebenszeit“ in der Nähstube des Allgemeinen Krankenhauses erhalten habe.<sup>422</sup> Der genaue Zeitpunkt der Klage war ihr nicht bekannt. Allerdings habe die Betroffene vor ihrer Anstellung im Allgemeinen Krankenhaus noch zwei Jahre im „Heim Vorwerk“ für „Essen und Trinken gearbeitet, bis ihre Mutter das eben durchbekommen hat [...], von Gericht her gesehen, mit der Anstellung und mit der Rente.“<sup>423</sup> Zu dieser Zeit muss die Betroffene also zumindest Jugendliche gewesen sein, anderenfalls hätte sie noch nicht begonnen zu arbeiten. In der Nähstube des Krankenhauses, in dem sich damals die Katastrophe ereignet hatte, sei die Betroffene schließlich bis zu ihrer Pensionierung tätig gewesen:

---

<sup>421</sup> Interview 1, Z. 89-97, Z. 374-379

<sup>422</sup> Interview 7, Z. 29-31, Z. 35-40

<sup>423</sup> Interview 7, Z. 97-101

*„Ihre Mutter [hatte] das durchgeboxt [...], auf Deutsch gesagt, diese Rente von der Hansestadt Lübeck, weil es ja an der Klinik Süd verdorben worden ist, diese Kultur von Calmette. Und dann hat sie diese Lebensstellung sozusagen bekommen in dieser Nähstube, wie sich das damals nannte, im Krankenhaus Süd, und hat da wirklich 40 Jahre gearbeitet, treu und brav, und ist dann mit 60 in Rente gegangen, durch die Behinderung [...]. Dass sie dann eben versorgt war, [...] sie hatte Angehörige, es hat sich aber niemand um sie gekümmert, und als ihre Mutter verstorben ist, hätte sie vollkommen alleine dagestanden. Und für diese Menschen ist es ja sehr schwer, sich irgendwo steif zu machen und irgendwas zu erreichen.“<sup>424</sup>*

Dementsprechend wichtig war es für die Mutter dieser Betroffenen, ihr Kind auch in Zukunft gut versorgt zu wissen. Dass ihre Tochter später bei ihrer Arbeit im Krankenhaus die Gesprächspartnerin kennen lernen sollte und diese sich nach dem Tod ihrer Mutter um die Betroffene kümmern würde, war ein nicht vorauszusehender glücklicher Umstand. Die Gesprächspartnerin erzählte weiter, dass die Rente dieser Betroffenen „dann immer angeglichen [wurde] an das Beamtengehalt. Also wenn die Beamten mehr Geld bekamen, dann gab es auch zwei Mark mehr bei der Calmette-Rente oder je nachdem prozentual.“ So weit sich die Gesprächspartnerin erinnerte, habe die Rente „damals mit 200 Mark“ begonnen. „Aber die war dann eben festgesetzt und die musste die Hansestadt Lübeck dann bezahlen, weil ja damals dieses Krankenhaus Süd städtisch war“.<sup>425</sup> Dementsprechend trug die Stadt Lübeck auch die finanzielle Verantwortung für die infolge des Impfunglücks eingetretenen Gesundheitsschäden. Ein Mitarbeiter des Lübecker Gesundheitsamts berichtete, dass der Posten dieser Rentenzahlung bis zum Tod der Betroffenen immer fest im Haushalt des Gesundheitsamts habe eingeplant werden müssen. Da er an der Erstellung der Haushaltspläne mitgearbeitet habe, könne er sich daran gut erinnern.<sup>426</sup> So fand sich auch eine Bestätigung dieser sogenannten „Calmette-Rente“ von behördlicher Seite.

#### **4.8 Fortgang der Interessengemeinschaft – Letzte Nachuntersuchungen**

Die Aktivitäten der „Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten“ nach ihrer Gründung im Frühjahr 1931 konnten anhand der Erinnerungen der Gesprächspartner und der vorhandenen Dokumente nicht kontinuierlich verfolgt werden. Trotzdem ergaben die

---

<sup>424</sup> Interview 7, Z. 7-13, Z. 35-43, Z. 97-101

<sup>425</sup> Interview 7, Z. 276-286

<sup>426</sup> Interview 7, Z. 756-765

einzelnen Erinnerungsstücke einen Einblick in die Tätigkeiten dieser aus eigener Initiative gegründeten Elterngemeinschaft. So bemühte sich die Interessengemeinschaft z. B. darum, die Inhalte des Calmette-Prozesses möglichst allen Eltern zugänglich zu machen und ließ deshalb die Urteilsausfertigung vervielfältigen. In einem Schreiben an die Eltern der geimpften Kinder warb sie für den Erwerb zum Preis von drei Reichsmark: Mithilfe des Urteils könnten sich auch „Eltern, welche an der Verhandlung nicht ständig haben teilnehmen können [...] ein genaues Bild über den Verlauf der Verhandlung machen“. Das Urteil sollte sowohl den Mitgliedern der Interessengemeinschaft als auch „Eltern, die der Interessen-Gemeinschaft noch fernstehen“, zugänglich gemacht werden. Die Abschrift enthalte

*„die Namen sämtlicher geimpften, verstorbenen und noch kranken Kinder, mit genauer Angabe des Geburts-, Impf- und Todestages, der ersten Krankheitserscheinungen, der Einführung des Mittels in Lübeck, der Voruntersuchung durch die nach Lübeck entsandten Professoren usw. usw. Es muß daher ein jeder das Urteil selbst gelesen haben. Es darf den Eltern nicht einfach genügen, daß sie wissen, die Angeklagten Deycke und Altstaedt sind vor der Strafkammer verurteilt. Aus dem Urteil läßt sich noch manches andere ersehen, wonach gerade wir Eltern den noch lebenden Kindern gegenüber die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß die Kinder, welche gesund und kräftig zur Welt gekommen sind, auch wieder gesund werden und bleiben.“<sup>427</sup>*

Wie wichtig es sei, die Erinnerung an das Impfunglück zu bewahren und das Wissen der Eltern darüber zu vermehren, wurde hier besonders betont. Laut dem Schreiben der I. C. G. war sogar der Farbton der Einbanddecke für jede Abschrift nach Wunsch wählbar – offenbar wollte man den Eltern bei ihrer Kaufentscheidung auch in geschmacklicher Hinsicht möglichst weit entgegenkommen. Das Urteil konnte im Oktober 1932 elf Tage lang im Vereinslokal „Restaurant F. Geerds“ in der Untertrave 103 bestellt werden, die Hälfte des Kaufpreises musste im Voraus bezahlt werden.<sup>428</sup> Das heißt, es mussten jeden Nachmittag Vorstandsmitglieder der I. C. G. im Vereinslokal zugegen sein – die Tätigkeit in der Interessengemeinschaft war dementsprechend mit einem beträchtlichen Zeitaufwand verbunden. Offenbar fanden sich für diese Arbeiten aber genügend engagierte Eltern.

Der Kaufaufforderung für die Urteilsabschrift kamen offenbar zahlreiche Eltern nach – zumindest besaßen mehrere Gesprächspartner das Prozessurteil, das sie von ihren Eltern

---

<sup>427</sup> Schreiben der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck „An die Eltern der Calmette-geschädigten Kinder!“, 30.09.1932 (Unterlagen Interview 10)

<sup>428</sup> vgl. I. C. G.: „An die Eltern der Calmette-geschädigten Kinder!“, 30.09.1932 (Unterlagen Interview 10)

übernommen hatten.<sup>429</sup> Vielleicht kauften manche Eltern die Urteilsabschrift, damit ihre Kinder sich in späteren Jahren selbst über die Geschehnisse informieren könnten – die Geimpften nutzten diese Möglichkeit allerdings in sehr unterschiedlicher Weise: Ein Betroffener erzählte, dass er das Urteil zwar von seinen Eltern bekommen, es dann aber jahrelang nicht angesehen habe: „Ja, von den Eltern war das wohl, und ich hab das hier weggelegt, und das hat da 50 Jahre gelegen.“ [lacht]<sup>430</sup> Ein anderer Betroffener hatte das Urteil als junger Erwachsener durchgelesen und sich damals über die Ausmaße des Unglücks erschreckt:

*„Das hat meine Mutter verwahrt, ich sag ihr: ‚Das kannst du mir mal geben‘. Da war ich schon verheiratet. Und da hab ich mir das mal mitgenommen: ‚Hier, das kannst du kriegen. Andern nützt das nichts.‘ Und dann habe ich den ganzen Quatsch mal damals gelesen. ‚Oje‘, hab ich gedacht.“<sup>431</sup>*

Die Familie eines dritten Betroffenen verließ Lübeck 1932 und musste bei Kriegsende 1945 aus Stettin fliehen – möglicherweise besaß sie das Urteil deshalb nie oder es ging in jenen Jahren verloren. Dieser Gesprächspartner erhielt rund 30 Jahre nach dem Impfunglück erstmals Einblick in das Gerichtsurteil:

*„Unterlagen habe ich mir durch einen früheren Kollegen [besorgt], mit dem ich zufällig ins Gespräch gekommen bin über Calmette, und er hatte die Akte vom Prozess, und die habe ich mir dann kopiert und da habe ich erstmal alles gelesen, über 100 Seiten, und bin erstmal dann dahinter gekommen, was da überhaupt los war. Das war so in den, Anfang der 60er Jahre.“<sup>432</sup>*

Im Gegensatz zu anderen Betroffenen war das Impfunglück in seiner Kindheit offenbar nicht weiter thematisiert worden und dieser Gesprächspartner freute sich über die Möglichkeit, seine Vergangenheit genauer zu erforschen.

Die „Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten“ befasste sich aber nicht nur mit der Erinnerung an das Impfunglück oder z. B. mit organisatorischen Fragen bei der Beschaffung von zusätzlichen Fürsorgemaßnahmen. Sie kümmerte sich vielmehr auch persönlich um das Wohlergehen der geimpften Kinder und veranstaltete Feiern für sie und ihre Familien. Sicherlich sollte so auch der Zusammenhalt der Gemeinschaft über die Jahre

---

<sup>429</sup> Die Gesprächspartner aus Interview 5, 6, 9, 10, 12 und 13 zeigten der Autorin die Urteilsabschrift, die Schwester der Gesprächspartnerin aus Interview 14 besaß die Abschrift ebenfalls im Original und der Gesprächspartner aus Interview 11 verfügte über eine Kopie. Tatsächlich variierten die Farben der Einbanddecken bei den einzelnen Abschriften.

<sup>430</sup> Interview 5, Z. 90-91

<sup>431</sup> Interview 6, Z. 498-501

<sup>432</sup> Interview 11, Z. 39-43

aufrecht erhalten werden. Ein Betroffener berichtete von der jährlich stattfindenden Adventsfeier, an die er sich noch detailliert erinnern konnte:

*„Und dann hatten wir immer kurz vor Weihnachten eine Adventsfeier. Damals waren wir ja noch kleine Jungs und Mädels [...] das war dann auf'm Adventssonntag, ich glaub, dritten oder vierten Advent war das immer so und das war dann im katholischen Gesellenhaus, da beim Krankenhaus gegenüber. Und dann, das ging dann am frühen Nachmittag los und dann so, waren natürlich noch Veranstaltungen und dann verschiedene, ja, Kinder haben auch Gedichte vorgetragen da, und Weihnachtslieder und so 'ne Kaffeetafel, kam der Nikolaus, hat jeder ein Geschenk gekriegt und so weiter [...]. Und dann am späten Nachmittag [...] kommen die Eltern noch, so ein kleiner Tanztee war da anschließend, und dann nachher, im Laufe des Abends, war dann Feierabend irgendwann. Und das ist '38 wohl zuletzt gewesen. [...] Adventsfeiern waren das, Adventsfeiern. Von dieser Calmette-Gesellschaft, wollen wir mal sagen, oder Gemeinschaft. Die haben, das sind verschiedene engagierte Leute gewesen, jetzt lebt natürlich alles lange nicht mehr, das sind 70 Jahre, vor 70 Jahren ist das gewesen. Ja, da war ich 'n lütter Butscher, ich bin jetzt 81, da war ich 'n lütter Butscher von acht Jahren. [...] Acht, neun Jahre alt. [...] Weihnachten '39 war schon der Krieg [...]. Und nachher ist das alles eingeschlafen, während des Krieges und nach dem Krieg hat sich da keiner mehr um gekümmert. Da hebbt se all wat anneres to doon gehabt.“<sup>433</sup>*

Offenbar war dem Betroffenen diese Feier als Kind besonders wichtig und er konnte sich vielleicht gerade deshalb so gut an ihren Ablauf erinnern – „da haben wir uns schon wochenlang drauf freut, kommt der Nikolaus, Weihnachtsmann und Nikolaus“.<sup>434</sup> Beim Blättern im Prozessurteil erkannte dieser Betroffene auch mehrere Namen anderer geimpfter Kinder wieder, die er von den besagten Feiern und aus der Schule kannte:

*„Verschiedene hab ich gekannt, von früher. Mit verschiedenen bin ich zur Schule gegangen. [...] Wir haben uns ja manchmal getroffen [...], bei den Feiern, [...] ein, zwei, drei Mädels und ein Junge, die waren in meiner Klasse.“<sup>435</sup>*

Die Feierlichkeiten hielten also auch die Verbindungen zwischen den einzelnen „Calmette-Kindern“ aufrecht. Der Gesprächspartner berichtete noch von weiteren Kontakten zu Betroffenen, die über die Nachbarschaft oder später über das Arbeitsleben entstanden seien.<sup>436</sup> Im Gegensatz dazu konnten sich andere Betroffene nur an einzelne ihnen

---

<sup>433</sup> Interview 6, Z. 1-11, Z. 38-43, Z. 414-416. Gemeint ist wohl das Katholische Gesellenhaus in der Parade 8 gegenüber dem Marienkrankenhaus.

<sup>434</sup> Interview 6, Z. 620-621

<sup>435</sup> Interview 6, Z. 354-364

<sup>436</sup> vgl. Interview 6, Z. 403-407, Z. 473-482



bekannte „Calmette-Kinder“ erinnern – und das, obwohl doch so viele Kinder eines Jahrgangs gleichzeitig geimpft worden waren.<sup>437</sup> Vielleicht war die Verteilung der „Calmette-Kinder“ in der Schule und im weiteren Umfeld der jeweiligen Betroffenen zufällig sehr verschieden. Eine weitere Erklärung könnte sein, dass man als Schulkind selten über die Teilnahme an einer Impfung sprach, die man nicht bewusst miterlebt hatte und über die man vielleicht selbst nicht viel wusste. Die Erkenntnis, dass bestimmte Schulkameraden ebenfalls „Calmette-Kinder“ waren, stellte sich wohl eher bei den Feiern der Interessengemeinschaft ein – vorausgesetzt, man nahm an diesen teil.

Zwei weiteren Gesprächspartnerinnen war ebenfalls von den Festen der I. C. G. erzählt worden: Die Witwe eines Betroffenen hatte von ihrem Mann erfahren, dass es „einmal im Jahr ein Kinderfest von den Calmette-Kindern [gegeben hat], da ist er auch gewesen, da hat er von erzählt.“ Er habe „vom Fest erzählt, wo sie waren“, von den „Calmette-Kindern“, „da gab’s Geschenke“.<sup>438</sup> Auch die Tochter einer Betroffenen erinnerte sich auf Nachfrage an Treffen der geimpften Kinder. Sie betonte ebenfalls den Umstand, dass es dort Geschenke gegeben habe. Vermutlich waren diese gerade für Kinder aus nicht besonders wohlhabenden Familien oder in wirtschaftlich schwierigen Zeiten etwas Bedeutsames:

*„Das kann gut sein, das kann gut sein. Dass die Kinder mit den Müttern [...]. Ja, das kann sein. Da hat sie mal was von gesagt. Aber ich hab den Zusammenhang nicht gesehen. Da gab es dann auch Geschenke. [...] da ist sicherlich meine Großmutter mit ihr hingegangen. Aber wo das stattgefunden hat, das weiß ich nicht. [...] Es gab wohl irgendwie 'ne Tüte mit, was weiß ich, Süßigkeiten oder Obst, jedenfalls etwas, was damals schon besonders war.“<sup>439</sup>*

Im Rahmen der Suche nach potentiellen Zeitzeugen und Materialien zum Lübecker Impfungsglück wurden der Autorin auch zwei Fotografien übergeben (Abb. 13 und 14). Laut ihrer Besitzerin, die selbst 1930 BCG-geimpft worden war, stammten diese Aufnahmen von einem Treffen der „Calmette-Kinder“. Zum Datum oder Ort der Aufnahmen konnte sie keine genaueren Angaben machen, die abgebildeten Kinder scheinen aber etwa vier bis höchstens sechs Jahre alt zu sein. Die Fotografien konnten allerdings nicht eine der beschriebenen Adventsfeiern zeigen, denn sie wurden offensichtlich bei einem Sommerfest im Freien gemacht. Laut einem Schreiben an den Vater eines Betroffenen veranstaltete die

---

<sup>437</sup> So berichtete ein Betroffener: „Mit dem einen ging ich nachher noch in die Schule zusammen in Lübeck.“ (Interview 5, Z. 39-47) Ein anderer erinnerte sich an einen ebenfalls geimpften Mitschüler: „Er war, glaube ich, eine Klasse tiefer oder eine Klasse höher, ich weiß es nicht mehr genau.“ (Interview 13, Z. 343-344)

<sup>438</sup> Telefon-Interview 3, Z. 120-124

<sup>439</sup> Interview 8, Z. 292-305

I. C. G. aber nicht nur Adventsfeiern, sondern auch Sommerfeste für die geimpften Kinder und ihre Familien.<sup>440</sup> Auf den Aufnahmen sind mehrere Frauen, mutmaßlich die Mütter, und auch einzelne Männer und noch jüngere Kinder zu sehen. Offenbar nahm gelegentlich die ganze Familie an diesen Festlichkeiten teil – auch hier sicherlich zur Stärkung der Schicksalsgemeinschaft der „Calmette-Geschädigten“, die sich durch dieses einmalige schreckliche Ereignis für lange Zeit verbunden blieb.



Abb. 13 und 14: Ein Sommerfest für die „Calmette-Kinder“

Diese Verbundenheit fand sich insbesondere bei den Müttern der geimpften Kinder. So wurde in zwei Gesprächen berichtet, dass sich Mütter beim gemeinsamen Krankenhausaufenthalt im Rahmen der Geburt ihrer Kinder kennengelernt hätten. Beim ersten Fall blieb es bei zwei Begegnungen, beim zweiten entstand eine langjährige Freundschaft: Die Ehefrau eines Betroffenen erzählte, dass ihre Schwiegermutter bei der

---

<sup>440</sup> Die Adventsfeiern und Sommerfeste der geimpften Kinder wurden hier indirekt bestätigt: 1935 sei es der I. C. G. aufgrund ihrer „Kassenverhältnisse“ nicht möglich gewesen, für die Kinder ein „Sommerfest“ oder eine „Adventsfeier“ zu veranstalten (Schreiben der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck, verfasst von ihrem Obmann W. Münstermann, persönlich an [Vater des Betroffenen], Lübeck, 26.02.1936 (Unterlagen Interview 10)).

Geburt ihres zweiten Kindes im Krankenhaus derselben Frau begegnet sei, die sie schon bei der Entbindung ihres ersten Kindes 1930 kennen gelernt habe:

*„Als meine Schwägerin geboren ist und meine Schwiegermutter im Krankenhaus lag, da hat meine Schwiegermutter ihr erzählt, dass da auch 'ne Frau war, die auch ein Calmette-Kind hatte und sie dann gleich gefragt hat: ‚Wie geht's denn Ihrem Sohn. Ich weiß ja, dass Sie einen Sohn haben. Wie geht's dem.‘ Und bei der anderen Frau war der wohl verstorben.“*<sup>441</sup>

Die Eltern dieses Betroffenen verließen Lübeck 1932 und kehrten erst nach dem Krieg zurück. Ansonsten wären sie vielleicht mit Familien wie dieser aus dem Krankenhaus in Verbindung geblieben oder hätten den Kontakt sogar vertieft – zumindest mutmaßte das die Ehefrau des Betroffenen: „Wenn meine Schwiegermutter, wenn die Schwiegereltern in Lübeck geblieben wären, dann hätte sie wahrscheinlich Kontakt [gehabt]“.<sup>442</sup>

Die zweite Gesprächspartnerin berichtete von einer Freundschaft ihrer Mutter, die ebenfalls im Krankenhaus bei der Entbindung entstanden sei. Auch diese beiden Familien verband die BCG-Impfung, die beide Kinder erhalten hatten:

*„Die haben sich im Krankenhaus kennen gelernt, [...] ich wurde am 21. [...] geboren und der Junge am 22. [...] da haben sich meine Eltern, das war 'ne nette Freundschaft auch. Wir sind öfters zusammengekommen, die haben im Lyzeum am Koberg, [...] Ernestinenschule, da [...] war er [der Vater des Jungen] Hausmeister, und da haben wir nachher, wie wir älter waren und so, da hat dann der Ludwig [gesagt]: ‚Komm man her, mein Vater ist nicht da‘, dann haben wir dann in der Schule rumgetobt und getan. Das war, das ist mir noch sehr gut bekannt. Aber ich weiß auch, dass er immer mit den Ohren hatte [...]. Und dann sind wir nachher auseinander gekommen, also das war nachher nicht mehr so.“*<sup>443</sup>

Mit dem Bedeutungsverlust des gemeinsamen Nenners der BCG-Impfung über die Jahre schlossen möglicherweise auch diese Freundschaften ein.

Die I. C. G. selbst wurde letztlich auch mit diesem Problem konfrontiert. Einen Einblick in ihre damaligen Tätigkeiten vermitteln zwei Rundschreiben der Interessengemeinschaft, die von ihrem damaligen Obmann, Walter Münstermann, verfasst wurden. Münstermann war neben Pangels bereits einer der Elternvertreter der Nebenklage im Calmette-Prozess

---

<sup>441</sup> Interview 11, Z. 132-137, Z. 746-747

<sup>442</sup> Interview 11, Z. 62, Z. 74-76, Z. 130-132

<sup>443</sup> Interview 9, Z. 384-395. Der Name „Ludwig“ ist ein Pseudonym.

gewesen.<sup>444</sup> Vermutlich wurden diese Rundschreiben jährlich anlässlich der Generalversammlung und als Bericht über das vergangene Jahr an alle Mitglieder versandt. Dort wurde z. B. auch eine 1936 abgehaltene Adventsfeier erwähnt: „Auch unsere Adventsfeier war sehr gut besucht und alle Kinderherzen konnten viel Freude hinnehmen von all dem Dargebotenen.“<sup>445</sup> Die weiteren Aufgaben, mit denen die Interessengemeinschaft fünf Jahre nach dem Impfunglück noch beschäftigt war, wurden im Rundschreiben über das Jahr 1935 aufgelistet. So kümmere sie sich u. a. um

*„die vertrauensärztlichen Untersuchungen oder die weitere Abgabe von Zusatzpflegescheinen, allgemeine Fürsorge, Abhebung von Zinsen oder Geld vom Kapital, Schulverschickung zur Erholung, Schiedsgerichtsurteile, Milchabgabe in den Schulen, Ausgabe von Krankenscheinen“.*<sup>446</sup>

In dem persönlichen Schreiben an den Vater eines Betroffenen wurden diese Tätigkeiten noch genauer erläutert: Der Vorstand habe sich 1935 vornehmlich mit „den verschiedensten einzigartigen Fällen“ beschäftigt, „z. B. Beschwerden über die Zustellung von Zusatzpflegescheinen oder Krankenscheinen“. Bei anderen Familien seien Pflegemittel gekürzt worden. Außerdem habe man sich um „Eingaben zwecks Erholung des Kindes mit der Mutter“ gekümmert und für die Mitglieder der Interessengemeinschaft Anträge bei verschiedenen Behörden gestellt. „Oder wir waren bei Schiedsgerichtsverhandlungen zugegen, die heute allerdings nur noch wenig vorkommen.“ Diese eher verwaltenden Tätigkeiten hatten offenbar über die Jahre abgenommen, die geimpften Kinder waren älter und in der Mehrzahl gesund geworden. Auch vor dem Schiedsgericht waren die meisten Fälle bereits abschließend verhandelt. Weiterhin widmete sich die Interessengemeinschaft dem Gedenken an die Opfer des Impfunglücks: „Wir haben aber auch diesmal, wie in den verflossenen Jahren, der verstorbenen Kinder gedacht durch eine Kranzniederlegung auf dem Vorwerker Friedhof.“<sup>447</sup> Im Rundschreiben über das Jahr 1935 wurde besonders betont, wie wichtig der Zusammenschluss der Eltern in der Interessengemeinschaft sei. Die Eltern dürften sich „keinen Augenblick von dem zufälligen guten Gesundheitszustand der

---

<sup>444</sup> vgl. Kießling, S. 163, sowie Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 74. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (30.01.1932), 51. Jg., Nr. 25, S. 6 (Unterlagen Interview 1)

<sup>445</sup> Jahresbericht 1936 der Interessen-Gemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck, verfasst von ihrem Obmann W. Münstermann, „An unsere Mitglieder!“, Lübeck, im März 1937 (Unterlagen Interview 10)

<sup>446</sup> Rundschreiben der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten zu Lübeck, Obmann: W. Münstermann, „An unsere Mitglieder.“, Lübeck, im Januar 1936 [Text bricht auf erster Seite ab, weitere Seiten fehlen] (Unterlagen Interview 10)

<sup>447</sup> Schreiben der Interessengemeinschaft an [Vater des Betroffenen], 26.02.1936 (Unterlagen Interview 10). Die beschriebene Kranzniederlegung erfolgte vermutlich am Grabfeld der „Calmette-Kinder“ auf dem Vorwerker Friedhof.

Kinder leiten lassen“. Schließlich seien „genügend Beweise vorhanden [...], daß doch bei manchem Kinde immer wieder von neuem Rückschläge aufgetreten sind und auch in Zukunft auftreten werden“. Die Gemeinschaft biete die Möglichkeit, sich stets gegenseitig über das Ergehen seiner Kinder zu unterrichten. Gerade jetzt, da ein Großteil der geimpften Kinder eingeschult würde, sei „doppelte Aufmerksamkeit notwendig“. Es dürfe kein Mitglied geben,

*„das aus der Interessengemeinschaft austritt. Ein jeder Einzelne muß unbedingt wissen und davon durchdrungen und überzeugt sein, daß der Einzelne auf verlorenem Posten steht, und nur durch den Zusammenschluß wir weiter für unsere Kinder das erreichen können, was zur weiteren gesundheitlichen Förderung dringend notwendig ist.“<sup>448</sup>*

Warum in diesem Bericht die Wichtigkeit eines Zusammenschlusses derart emphatisch betont wurde, lässt sich im Nachhinein nur mutmaßen. In ihrem eigenen Schreiben hatte die I. C. G. dargestellt, dass ihre Tätigkeiten zurückgegangen waren. Möglicherweise hatten bereits mehrere Eltern die Interessengemeinschaft verlassen, weil es ihren Kindern mittlerweile deutlich besser ging und sie auf Unterstützung in Fürsorgefragen oder bei Schiedsgerichtsverhandlungen nicht mehr angewiesen waren. Das Rundschreiben sollte nun vielleicht die Eltern von einem Austritt abhalten, die aus diesen Gründen ebenfalls über eine Beendigung ihrer Mitgliedschaft nachdachten. Ende des Jahres 1935 hatte die I. C. G. laut ihrem Obmann aber zumindest noch rund 120 Mitglieder – angenommen, dass Elternpaare als ein Mitglied zählten, wären das immerhin fast die Hälfte aller betroffenen Eltern gewesen. Trotzdem war zumindest der Bedarf an regelmäßigen Treffen über die Jahre geringer geworden. Denn ab 1936 sollten die Mitgliederversammlungen der Interessengemeinschaft „nur noch alle 2 Monate stattfinden, falls sich nicht besondere Dinge ereignen“. Die monatlichen Mitgliedsbeiträge betrügen weiterhin 25 Pfennig.<sup>449</sup> Laut Bericht über das Jahr 1936 seien ab September 1936 die „Zusatzpflegemittel“ für die meisten geimpften Kinder gestrichen worden. „Nur, wo noch dringende Notwendigkeit vorliegt, erhalten die Kinder noch etwas.“ Im vergangenen Jahr seien „ernstere Krankheitserscheinungen [...] nicht vorgekommen“. Auch wenn diese Umstände den sehr guten Zustand der meisten Kinder verdeutlichten und dieser ein möglicher Austrittsgrund hätte sein können, führte Münstermann weiter aus, dass nur „vereinzelte Mitglieder“ aus der Interessengemeinschaft ausgetreten seien. Er selbst sei 1937 als Obmann wiedergewählt worden. Dabei war Münstermann offenbar nicht nur für die I. C. G. tätig, sondern hatte auch „innerhalb der nationalsozialistischen Gliederungen verschiedene

---

<sup>448</sup> Rundschreiben der Interessengemeinschaft an ihre Mitglieder, Januar 1936 (Unterlagen Interview 10)

<sup>449</sup> Schreiben der Interessengemeinschaft an [Vater des Betroffenen], 26.02.1936 (Unterlagen Interview 10)

Ehrenämter“ inne. Weil er dadurch „gerade dieses erste Vierteljahr stark mit Arbeit beschäftigt“ gewesen sei, sei sein Bericht 1937 nicht wie üblich im Januar, sondern erst im März fertiggestellt worden.<sup>450</sup> Offenbar hatten sich sieben Jahre nach dem Impfunglück die Prioritäten schließlich doch verschoben und die Interessengemeinschaft war in ihrer Bedeutsamkeit selbst für ihren Obmann etwas in den Hintergrund gerückt. Das Rundschreiben vom März 1937 war das letzte Dokument zum Elternausschuss und zur I. C. G. im Besitz der Gesprächspartner.<sup>451</sup> Wie lange die Interessengemeinschaft danach noch bestand, konnte deshalb nicht ermittelt werden. Vermutlich löste sich der Verein in der Kriegs- oder Nachkriegszeit und mit dem Erwachsenwerden der „Calmette-Kinder“ auf.

In einem ähnlichen Zeitraum fanden auch die regelmäßigen Nachuntersuchungen der geimpften Kinder ein Ende; ihr überwiegend guter Gesundheitszustand machte weitere Durchuntersuchungen wohl irgendwann überflüssig. Ein Betroffener berichtete, dass er und andere geimpfte Kinder aber zumindest noch in ihrer Schulzeit regelmäßig untersucht worden seien:

*„Vorm Krieg war das. Weil da hatten wir einen Medizinaldirektor in Lübeck, Dr. Glawatz. [...] da mussten wir dann immer einmal im Jahr [hingehen], das war im Spätherbst, war das. Und dann zur Untersuchung und dann wurden wir abgehört, wie wir uns entwickelten. [...] Einmal im Jahr, und das ist nachher alles eingeschlafen. [...] Ja, da war das ungefähr zeitgleich mit unserer Adventsfeier.“<sup>452</sup>*

Die Kontrolluntersuchungen fanden wohl im Lübecker Gesundheitsamt statt, denn dort war Glawatz laut einem Gutachten zumindest 1933 tätig.<sup>453</sup> Offenbar erschienen die „Calmette-Kinder“ dort 1938 zum letzten Mal: Laut der Lübecker Sozialverwaltung hätten die „klinischen Untersuchungen“ eigentlich „im Herbst 1939 fortgesetzt werden“ sollen. Das habe aber „infolge des Ausbruchs des Krieges“ nicht geschehen können, „weil der für

---

<sup>450</sup> Jahresbericht 1936 der Interessen-Gemeinschaft an ihre Mitglieder, März 1937 (Unterlagen Interview 10)

<sup>451</sup> Die drei Schreiben der I. C. G. aus den Jahren 1936 und 1937 befanden sich sämtlich im Besitz eines Gesprächspartners, dessen Vater jüdischer Herkunft war. Ob das Fehlen weiterer Dokumente zur I. C. G. nach 1937 auch mit diesem Umstand in Zusammenhang steht, ist natürlich Spekulation. Die Witwe des Betroffenen berichtete im Gespräch allerdings, dass sich die Familie ihres Mannes in der Zeit des Nationalsozialismus aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen habe; ihr Schwiegervater sei sogar zeitweise inhaftiert gewesen (vgl. Interview 10, Z. 647-682).

<sup>452</sup> Interview 6, Z. 609-619

<sup>453</sup> vgl. Schreiben vom Gesundheitsamt, gez. Dr. Glawatz, an die Behörde für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheit, Betr. das Kind [*Name des Betroffenen*], bezüglich Verlängerung eines Kuraufenthalts, Lübeck, 10.10.1933, Anlage A der Klagbeantwortung in Sachen [*Familienname des Betroffenen*] (R. A. Dres. Wittern & Munck) gegen Lübeckischen Staat (Sozialverwaltung), Reg. Nr. 239, vom Senat, Abt. VI, Sozialverwaltung, an das ständige Schiedsgericht in Calmettesachen beim Landgericht Lübeck, Lübeck, 18.12.1933 (Unterlagen Interview 1)

dieses Arbeitsgebiet zuständige Amtsarzt zur Wehrmacht einberufen worden ist. Die weiteren Untersuchungen sollen nach Beendigung des Krieges stattfinden.“<sup>454</sup> Der Verfasser dieses Schreibens konnte 1940 weder die Dauer des Kriegs noch seine Folgen für Deutschland übersehen, die hier angekündigte Fortsetzung der Untersuchungen wurde in der Nachkriegszeit nicht mehr in die Tat umgesetzt. Zumindest berichteten weder die Gesprächspartner von Untersuchungen nach dem Zweiten Weltkrieg noch fanden sich dazu Hinweise im Lübecker Stadtarchiv oder in den Unterlagen der Gesprächspartner.

Waren damit die Nachuntersuchungen von städtischer Seite beendet, fand noch während des Kriegs 1942 eine letzte Untersuchung durch den Pädiater Hans Kleinschmidt statt. Beauftragt wurde Kleinschmidt hierzu durch den „Reichsminister des Innern“, finanziert wurden die Untersuchungen durch den „Reichstuberkuloseausschuss“. Kleinschmidt veröffentlichte die Ergebnisse dieser Nachuntersuchung und betonte auch hier noch einmal, dass sich die Sterblichkeit der Lübecker Säuglinge „im Vergleich zu der allgemein bekannten ungünstigen Prognose der Tuberkuloseinfektion im Neugeborenenalter in mäßigen Grenzen“ gehalten habe. „Nur“ 29% der gefütterten Säuglinge starben an oder mit einer ausgedehnten Tuberkulose.“ Dabei handele es sich um „die niedrigste Sterbeziffer, die bisher bei so frühzeitiger Tuberkuloseinfektion beobachtet worden“ sei.<sup>455</sup> Er berichtete weiterhin über regelmäßige Nachuntersuchungen, zum einen durch ihn selbst für das „Schiedsgericht in Calmette-Sachen“, zum anderen sei ein „Teil der Kinder [...] in Beobachtung der Tuberkulosefürsorgestelle oder von Privatärzten“ geblieben.<sup>456</sup> Die Untersuchungen fanden 1942 inklusive radiologischer Diagnostik im Allgemeinen Krankenhaus in Lübeck statt. Zur Untersuchung erschienen zwölf Jahre nach dem Impfunglück nicht alle 174 überlebenden Kinder. Zwei von ihnen waren in der Zwischenzeit verstorben, das eine 1936 an Diphtherie, das andere war 1937 ertrunken. Ein Todesfall im Zusammenhang mit der Tuberkuloseinfektion hatte sich nicht ereignet. Von den 172 noch lebenden „Calmette-Kindern“ konnte Kleinschmidt 122 untersuchen, über acht weitere erhielt er Berichte. Von den anderen 42 Kindern war ein Teil „in weit abgelegene Städte und Orte verzogen, ein kleiner Teil zur Zeit nicht auffindbar“.<sup>457</sup> Einer der hier dargestellten Betroffenen lebte zu diesem Zeitpunkt z. B. bereits in Stettin und

---

<sup>454</sup> Sozialverwaltung an die Hauptverwaltung, Betr. Verwendung des Restbetrages der Reichsbeihilfe für klinische Untersuchungen über die im Anschluss an die Calmette-Schutzbehandlung eingetretenen Erkrankungs- und Todesfälle, Lübeck, 13.03.1940, AHL, NSA, Sign. 01901

<sup>455</sup> Kleinschmidt 1943: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder, S. 291; vgl. zu den Untersuchungsergebnissen und Röntgenbefunden auch die Aufstellung bei Kießling, S. 146-156

<sup>456</sup> Kleinschmidt 1943: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder, S. 292

<sup>457</sup> Kleinschmidt 1943: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder, S. 292

konnte dementsprechend nicht mehr erfasst werden. Vielleicht bestand bei manchen Eltern zwölf Jahre nach der Impfung auch kein Interesse mehr an einer weiteren Untersuchung – insbesondere, wenn es ihren Kindern gut ging. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft hatte aber sicherlich auch der große Luftangriff auf Lübeck Palmarum 1942. Kleinschmidt äußerte sich dazu wie folgt:

*„Und schließlich wurden die terminmäßig bereits festgelegten Untersuchungen beeinträchtigt durch die in aller Welt bekanntgewordene erschütternde Katastrophe, die wenige Wochen vorher durch einen englischen Fliegerangriff auf die engen Wohnviertel der Lübecker Altstadt über die Bevölkerung hereingebrochen war.“<sup>458</sup>*

So war auch hier die Nachgeschichte des Impfunglücks ähnlich wie schon bei den Schiedsgerichtsverfahren mit der damaligen (Welt-)Politik verwoben. Dass der Angriff auch an den Lübecker Kindern nicht spurlos vorüber ging, ist nicht verwunderlich. So berichtete Kleinschmidt von einem geimpften Kind, das seine früheren „Darmstörungen“ eigentlich verloren habe, „aber nach dem großen Fliegerangriff auf Lübeck Durchfälle bekommen und 4 Tage nichts gegessen“ habe.<sup>459</sup> Hier war wohl eher der Schock Ursache der Beschwerden, nicht die Impfung.

Im Rahmen insbesondere seiner radiologischen Untersuchungen konnte Kleinschmidt feststellen, dass sich bei 15 Kindern „weder früher noch jetzt eine Ansiedlung des Tuberkelbacillus“ nachweisen ließ. 34 Kinder zeigten Hinweise „für eine Primärinfektion im Munde bzw. Mittelohr“, bei 104 Kindern konnten „Verkalkungen von intraabdominalen Drüsen“ nachgewiesen werden. Bei den Kindern mit oraler Primärinfektion habe meist zeitgleich eine Darminfektion stattgefunden.<sup>460</sup> Kleinschmidt zeigte sich hinsichtlich ihrer körperlichen Entwicklung zufrieden mit den Lübecker „Calmette-Kindern“: „Der Gesamteindruck, den die Kinder boten, war ein guter.“ Wie es sich auch in den Gesprächen mit den Zeitzeugen darstellte, blieben für die geimpften Kinder „unangenehme Residuen [...] nur von der primären Mittelohrtuberkulose“.<sup>461</sup>

Zwei der hier dargestellten Betroffenen nahmen an dieser Untersuchung 1942 teil. Eine von ihnen erzählte, wie damals ein Professor, der im Gespräch mutmaßlich als Kleinschmidt identifiziert wurde, zu ihr in die Schule gekommen sei:

*„Was ich noch weiß, das ist, dass nachher in der Oberschule, also da muss ich ja schon elf, zwölf gewesen sein, dreizehn, [...] das weiß ich nicht so genau, aber ich war schon*

---

<sup>458</sup> Kleinschmidt 1943: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder, S. 292

<sup>459</sup> Kleinschmidt 1943: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder, S. 323

<sup>460</sup> Kleinschmidt 1943: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder, S. 333

<sup>461</sup> Kleinschmidt 1943: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder, S. 334; vgl. zu den Erinnerungen der Zeitzeugen Unterkapitel 4.9



*auf der Oberschule. Da kam ein Professor [...] aus dem Westen, also Frankfurt am Main, glaube ich, oder so. Also ich glaub, das sagten Sie [gemeint ist die Autorin], dass das Kleinschmidt sein könnte [...]. Denn ich dachte ‚Klein‘, ‚Klein‘ wusste ich noch. Aber, also das kann durchaus sein. Ich seh den noch vor mir, großer, großer älterer Mann, und eben, der kam dann [in die Klasse]: ‚Ist hier ein Calmette-Kind?‘ [...] Hatten ja noch so Katheder und dann stand er denn und dann tappelte ich nach vorne, und was sie dann mit mir gemacht haben, weiß ich aber gar nicht mehr. [...] Also wahrscheinlich hat er mir nur tief in die Augen geguckt, gesagt: ‚Die ist ja gesund.‘ [lacht] Und dann ist es im Sande verlaufen. [...] Wär da was gewesen, hätten sie wohl was getan, nehme ich an.“<sup>462</sup>*

An den genauen Ablauf der Untersuchung, die eigentlich im Allgemeinen Krankenhaus stattgefunden hatte, konnte sich diese Gesprächspartnerin nicht erinnern. In einer Übersicht über die Untersuchungsbefunde 1942 war auch ein Röntgenbefund von ihr aufgeführt.<sup>463</sup> Die Röntgenuntersuchung war ihr aber offenbar nicht mehr präsent, während die Begegnung mit Kleinschmidt ihr so deutlich in Erinnerung geblieben war. Sie selbst sagte, dass Kleinschmidt sie als Person „eben sehr beeindruckt“ habe.<sup>464</sup>

Der zweite Betroffene berichtete vermutlich von derselben Durchuntersuchung, an deren Ablauf und Inhalte er sich aber etwas anders als die gerade erwähnte Gesprächspartnerin erinnerte. Kleinschmidt habe den geimpften Kindern dort z. B. empfohlen, nicht zu rauchen, und habe ihnen jede weitere Impfung untersagt:

*„1942, da kriegten meine Mutter Bescheid, auch die anderen, mit denen ich so auf der Nachbarschaft wohnte, und, ein Professor Kleinschmidt, der wollte uns mal untersuchen. [...] Das war im Krankenhaus Süd, das nannte sich damals Allgemeines Krankenhaus. [...] [Dort] wurde uns gesagt, wir sollten ein, also ein solides Leben führen, nicht hier Ausschweifern, als junge Leute, [...] sollte nicht rauchen [...]. Nun wurden wir ja untersucht und so weiter, wir hatten aber uns ganz gut entwickelt, [...] [aber] ich hatte das mit dem Gehör. Ich kann rechts nicht hören, [...] das war eine Mittelohrentzündung. Und es kann davon, muss nicht, aber es kann davon sein [von der Tuberkuloseinfektion]. [...] Ich weiß gar nicht, was Stereohören ist, mit beiden Ohren. [...] nur mal als Beispiel, ich hör ein Flugzeug, dann kann ich nicht feststellen, oder wenn mich einer ruft, so zwischen die Büsche, kann ich im Moment nicht feststellen, von wo das kommt. [...] Und der Doktor, Professor Kleinschmidt, der hat uns gesagt, wir*

---

<sup>462</sup> Interview 16, Z. 15-31

<sup>463</sup> vgl. Kießling, S. 146-156

<sup>464</sup> Interview 16, Z. 539

*sollten keinerlei Impfung [bekommen], bin nicht gegen Pocken geimpft und nichts. [...] Damals war im Krieg so die Schutzimpfung gegen Scharlach, Diphtherie und so weiter [...]. Da meinte meine Mutter: ‚Der wird nicht geimpft.‘ Da hat sie so einen Zettel geschrieben und der Amtsarzt hat das zur Kenntnis genommen [...]. Zwingen kann man keinen. [...] ich hab genug schlechten Kram im Körper drin.“<sup>465</sup>*

Dieses Verbot weiterer Impfungen für die „Calmette-Kinder“ erwähnten noch andere Gesprächspartner. Allerdings stellten sie nicht die Verbindung zu der Nachuntersuchung durch Kleinschmidt her, wie es dieser Betroffene tat. Ein anderer Betroffener erzählte nur, dass er als Kind von jeder Impfung freigestellt und erst später auf eigenen Wunsch geimpft worden sei:

*„Aber 'ne Impfung, Pockenimpfung, was fast jeder hatte, habe ich nicht. [...] ich wurde von jeder Impfung befreit. [...] Und dann kam nachher mal für Kinder die Diphtherie-, oder irgendwas, und das hab ich dann, da war ich aber schon bisschen größer, das hab ich dann freiwillig mitgemacht.“<sup>466</sup>*

Von der Befreiung von der eigentlich gesetzlich vorgeschriebenen Pockenimpfung berichtete noch ein weiterer Betroffener: „Soweit ich mich erinnere, oder meine Mutter hat’s mir erzählt, dass das, Pockenschutzimpfung für mich oder für die Kinder nicht infrage käme. Warum und wieso, weshalb, keine Ahnung.“<sup>467</sup> Vermutlich erfolgte diese Befreiung aus Vorsicht, weil man die Konsequenzen der katastrophal misslungenen Impfung im Säuglingsalter nicht überblicken konnte. Schließlich hatten alle Kinder, die mit dem virulenten Impfstoff geimpft worden waren, zumindest eine latent bestehende Infektion mit Tuberkulose davongetragen. Jedes auch nur mögliche Risiko einer Reaktivierung oder Veränderung der Immunitätslage sollte wohl vermieden werden. Eine weitere Betroffene berichtete, nach dem Impfunglück „nie wieder geimpft worden“ zu sein. In ihrem Fall war diese Entscheidung aber offenbar nicht ärztlicherseits angeordnet, sondern von ihrem Vater getroffen worden: „Mein Vater war dann Impfgegner“.<sup>468</sup> Der Vater eines anderen Betroffenen wandte sich 1936 an Rechtsanwalt Wittern, um die Konsequenzen einer Impfverweigerung in Erfahrung zu bringen. Wittern antwortete ihm, dass in so einem Fall generell wohl eine Bestrafung bevorstünde, aber seines Wissens niemand endgültig zur Impfung seines Kindes gezwungen werden könne. In diesem besonderen Fall sollte aber bestimmt eine Befreiung von der gesetzlichen Impfpflicht

---

<sup>465</sup> Interview 6, Z. 44-71, Z. 302-311

<sup>466</sup> Interview 5, Z. 22-29

<sup>467</sup> Interview 13, Z. 62-64

<sup>468</sup> Interview 16, Z. 31-32

möglich sein, „wenn Sie bei dem zuständigen Physikus Ihre Bedenken gegen die Impfung im vorliegenden Falle geltend machen“.<sup>469</sup> Ob das offizielle Impfverbot wirklich erst 1942 durch Kleinschmidt ausgesprochen wurde und deshalb diese Anfrage an Wittern notwendig war oder ob es zu diesem Zeitpunkt nur erneuert wurde, ließ sich nicht mehr feststellen. Wahrscheinlicher als eine erstmalige Erwähnung erscheint jedoch, dass den Eltern bereits viel früher von weiteren Impfungen abgeraten worden war und diese Befreiung 1942 nun auch den groß gewordenen „Calmette-Kindern“ persönlich mitgeteilt wurde – passend zum Zeitpunkt der mit zwölf Jahren anstehenden Wiederholungsimpfung gegen Pocken.<sup>470</sup> Mit dieser letzten offiziellen Kontrolle des Gesundheitszustands der geimpften Kinder durch Kleinschmidt fanden die Durchuntersuchungen 1942 offenbar endgültig ihr Ende.<sup>471</sup>

#### **4.9 Leben mit dauerhaften Gesundheitsschäden – Jahrzehntelange Nachwirkungen einer Säuglingsimpfung**

Mit dem Zweiten Weltkrieg endete die staatliche Auseinandersetzung mit dem Impfungsglück und seinen Folgen und damit z. B. auch jeder offizielle Schriftverkehr. Die Verfolgung des weiteren Lebenswegs der Betroffenen musste sich deshalb vor allem auf die Erinnerungen der Zeitzeugen stützen – passend dazu wurden mit ihrem Erwachsenwerden auch ihre Erinnerungen klarer. Wie stark die Beteiligung am Lübecker Impfungsglück in den Familien der Betroffenen thematisiert wurde, war sehr unterschiedlich. Je nach Wichtigkeit dieser Erinnerungen und Häufigkeit ihrer Erwähnung variierte sicher auch die Erinnerungsdichte der Betroffenen selbst – je nachdem, wie viel oder wenig und wie oft sie über die Katastrophe von ihren Eltern gehört hatten. Während einige Gesprächspartner wenige Erinnerungen an diese Zeit hatten, hatten andere Eltern offenbar

---

<sup>469</sup> Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Wittern an [Vater des Betroffenen], bezüglich Impfverweigerung, Lübeck, 04.05.1936 (Unterlagen Interview 10)

<sup>470</sup> vgl. § 1 zur Impfpflicht aus dem Reichsimpfgesetz vom 08.04.1874 (Gesundheitsamt: Reichsimpfgesetz, Paragraph 1 (Impfpflicht), online unter: <http://www.gesundheitsamt.de/alle/gesetz/seuche/rig/p/p01.htm> (Tag des Zugriffs: 23.10.2016)).

<sup>471</sup> Zwar fand sich in den Unterlagen eines Betroffenen die Angabe, dass er noch 1943 an einer Nachuntersuchung im Allgemeinen Krankenhaus durch einen gewissen Professor Hansen teilgenommen habe (vgl. Schreiben von [Name des Betroffenen] an das Versorgungsamt Lübeck, „Betr.: Anerkennung meines Impfschaden“, Antwort auf Schreiben des Versorgungsamts vom 18.08.1988, beigelegt Liste seiner „Impfschäden durch die Calmette Schutzimpfung“, u. a. mit Jahresangabe der Nachuntersuchung [vermutlich eigene Durchschrift oder Vorschrift], ohne Datum (Unterlagen Interview 10)). Dass es in diesem Jahr eine zweite, groß angelegte Nachuntersuchung wie im Vorjahr gegeben haben sollte, erscheint aber unwahrscheinlich. Da dieser Betroffene laut der bereits genannten Übersicht nicht an der Kontrolluntersuchung 1942 teilgenommen hatte, fand diese Nachuntersuchung vielleicht unabhängig von der offiziellen als Einzeluntersuchung statt.

häufig vom Impfunglück und seinen Nachwirkungen erzählt. So berichtete ein Betroffener, der sich detailreich an Nachuntersuchungen und Treffen der „Calmette-Kinder“ erinnern konnte, dass seine Mutter ihm als Kind von der Impfung und seiner Krankheit erzählt habe:

*„Ja, das hat sie mir erzählt, dass ich doll krank war [...]. Mit der Tuberkulose, dass ich sehr krank gewesen bin und so weiter. [...] das wusste ich ja nachher als kleiner Junge, als Schulbub. Dass ich nicht ganz gesund bin.“<sup>472</sup>*

Eine andere Betroffene berichtete, dass das Impfunglück in ihrer Familie während ihrer Kindheit nicht mehr erwähnt worden sei:

*„Ich nehme auch an, [...] meine Eltern wollten mich auch als gesundes Kind aufwachsen lassen und nicht ständig, also damit konfrontieren, dass ich nicht normal war. Also da wurde nicht drüber gesprochen und mir ging's ja auch gut.“<sup>473</sup>*

Diese Gesprächspartnerin litt, wie sie hier selbst feststellte, an keinen Spätfolgen der Impfung. Möglicherweise war das ein Grund, warum das Thema mit ihr nicht besonders besprochen werden musste. Denn im Gegensatz zu Kindern mit dauerhaften Beeinträchtigungen, zu denen auch der zuerst genannte Betroffene aufgrund seiner Schwerhörigkeit gehörte, musste ihr eben nicht die Ursache eines Leidens oder einer Behinderung erklärt werden. Doch auch diese Gesprächspartnerin erinnerte sich an einige Erlebnisse und Geschichten im Zusammenhang mit dem Impfunglück. Das Thema wurde also sicher irgendwann aufgegriffen, stand aber in ihrer Kindheit keinesfalls im Vordergrund. Die Erinnerungen eines weiteren Betroffenen waren ähnlich wie bei dieser Gesprächspartnerin eher bruchstückhaft oder stichwortartig – wie Aussagen, die zwar in mehreren Gesprächen gefallen, aber nicht weiter erklärt oder „ausgeschmückt“ worden waren. So erinnerte er sich beispielsweise an bestimmte Äußerungen seiner Mutter: „Meine Mutter [hat] mir immer erzählt, die Tuberkelbazillen wären im Bauchraum eingekapselt. Ob das nun stimmt, weiß ich nicht.“ Sie habe ihm gesagt, dass er „zu Anfang sehr krank war und öfter zum Arzt war und öfter zum Röntgen. Das ist eigentlich das, was ich weiß“. In seiner Familie sei gelegentlich über das Impfunglück gesprochen worden. Diese Gespräche fanden aber offenbar erst nach dem Zweiten Weltkrieg statt, als der Betroffene schon etwas älter war: „Naja, das kam schon vor ab und zu. Also mit meiner Mutter und so. Mein Vater ist ja im Krieg gefallen“.<sup>474</sup> Eine andere Betroffene berichtete, dass das Thema „Impfunglück“ in ihrer Familie „nachher totgeschwiegen“ worden sei.

---

<sup>472</sup> Interview 6, Z. 671-677

<sup>473</sup> Interview 16, Z. 350-355

<sup>474</sup> Interview 13, Z. 127-130, Z. 299-315

Selbst als sie bereits älter gewesen sei, hätten ihre Eltern ihr nicht davon erzählt. Angesichts des Kriegs sei das Thema wohl endgültig in den Hintergrund getreten:

*„Auch nicht mehr, also meine Mutter hat überhaupt nicht mehr da[rüber gesprochen], und an mir ist es vorübergegangen. [...] [Meine Eltern], die haben es ruhen lassen. Die waren froh, dass sie das von sich gegeben hatten [...]. Man hätte ja vielleicht auch mal was unternehmen können, aber das haben sie nicht gemacht, und das war ja auch Krieg dann, und im Krieg war man ja froh, wenn man schon mit dem Leben davongekommen ist, durch Bombenangriffe oder was weiß ich alles.“<sup>475</sup>*

Der Begriff „totgeschwiegen“ fiel in diesem Gespräch viermal und wurde auch in einem anderen Interview verwendet. Dort berichtete die Witwe eines Betroffenen, dass über das Impfunglück später nicht mehr gesprochen worden sei: „Sagte mein Schwager heute Morgen noch, es wurde ja immer alles totgeschwiegen in früheren Zeiten“.<sup>476</sup> In beiden Gesprächen schien damit ein generelles Verhalten dieser Zeit gemeint zu sein, das nicht nur auf die eigene Familie zutraf. Vergangenheitsbewältigung fand zumindest nach Ansicht dieser Gesprächspartnerinnen über Verdrängen und Vergessen statt. Dabei überdeckten die Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs sicher nicht nur für die Eltern dieser Betroffenen die Ereignisse des Impfunglücks. Allein schon die akute Bedrohung ihrer Kinder durch Bombenangriffe und Kampfhandlungen oder Hunger und Krankheit in der Nachkriegszeit bot vielen Eltern ausreichend Grund zur Sorge und ließ keinen Platz mehr für eine weitere Auseinandersetzung mit dem Impfunglück und seinen Folgen. Doch selbst in den Familien, die nicht häufig über das Impfunglück sprachen, gab es bestimmte Anlässe, bei denen diese Vergangenheit erwähnt wurde. Beispielsweise berichteten mehrere Gesprächspartner, dass die Impfung bei ihrer Einschulung noch einmal zur Sprache gekommen sei. Eine Betroffene erzählte, dass ihre Lehrerin sich erkundigt habe, ob sie als Geimpfte überhaupt am Sport teilnehmen könne. Laut eigener Erinnerung war die Gesprächspartnerin zum Zeitpunkt ihrer Einschulung aber wieder völlig gesund:

*„Als ich zur Schule kam, musste meine Mutter das auch angeben, das kann ich erinnern. Als ich eingeschult wurde. [...] dann hat die Lehrerin auch paar Mal nachgefragt und so, ob ich am Sport teilnehmen durfte. Das kann ich noch erinnern. Aber was hat man früher schon für Sport gemacht, 'n bisschen Singen und Hüpfen auf'm Schulhof. [...] Und später bin ich geschwommen und ich war 'ne gute Schwimmerin [...]. Quer über die Trave hier an der engsten Stelle.“<sup>477</sup>*

---

<sup>475</sup> Interview 3, Z. 227-228, Z. 255-266

<sup>476</sup> Interview 10, Z. 84-88

<sup>477</sup> Interview 3, Z. 286-300

Ein zweiter Betroffener erinnerte sich ebenfalls, dass sein Grundschullehrer über seine Beteiligung am Impfunglück informiert gewesen sei: „Mein erster Lehrer, der hat es gewusst. Das hat meine Mutter ihm erzählt“.<sup>478</sup> Die Mutter eines dritten Betroffenen habe kaum etwas vom Impfunglück erzählt, aber bei seiner Einschulung erwähnt, dass er ein „Calmette-Kind“ sei:

*„Ich erinnere mich daran, wie ich eingeschult wurde, normalerweise wäre das ja mit sechs Jahren geschehen, bin ich erst mit sieben zur Schule gekommen, und dass meine Mutter da irgendwie den Namen ‚Calmette‘ erwähnt hat. Aber das ist nur ganz weit hinten im Gedächtnis. [...] da hatte ich gar keine Vorstellung über Krankheiten. [...] Über Krankheiten wurde überhaupt nicht gesprochen, das war kein Thema.“<sup>479</sup>*

Als Kind habe er nur gewusst, „dass ich Calmette-Kind bin und ein Loch im Trommelfell hab“.<sup>480</sup> Ansonsten wurde das Impfunglück in seiner Familie offenbar nicht weiter thematisiert. In diesen ersten ihm erinnerlichen Jahren habe er unter keinerlei Beschwerden infolge der Impfung gelitten. Selbst die starke Schwerhörigkeit seines linken Ohrs, die vermutlich auch bei ihm Folge einer Mittelohrtuberkulose war, sei ihm als Kind nicht bewusst gewesen. Offenbar hatte er sich an die eingeschränkte Hörfähigkeit gewöhnt – ganz im Gegensatz zu seiner für ihn offensichtlichen Kurzsichtigkeit:

*„Wenn man nichts merkt, dann denkt man nicht drüber nach. Mit den Augen, weiß ich, ich konnte die Straßenschilder auf der anderen Seite nicht lesen, das weiß ich, ich hab 'ne Brille gekriegt und [...] dann konnte ich Straßenschilder lesen [...]. Aber Hören war ganz normal für mich.“<sup>481</sup>*

Das erste Mal habe ihm sein Ohr als Jugendlicher Beschwerden bereitet, als er 1945 mit seiner Mutter und seiner Schwester nach Lübeck zurückgekehrt sei:

*„Wir sind 1939 nach Stettin gezogen aus beruflichen Gründen und mussten 1945 da wieder weg. Und sind wieder nach Lübeck gekommen, wo meine Mutter herkommt. Und da kriegte ich die Quittung mit meinem linken Ohr, das eiterte und lief. Sie ist mit mir zum Ohrenarzt gegangen, hat damals gesagt, ich bin Calmette-Kind, und zu der Zeit, [...] da war ich ja fünfzehn Jahre alt, da hatten die Ärzte noch 'ne Vorstellung von Calmette, was da war. Und hatte auch [...] keine Erklärung weiter zu geben und ich bin behandelt worden, gespült, mit Tropfen behandelt, das ging dann paar Wochen und war dann paar Wochen auch oder paar Monate wieder in Ordnung, da fing es wieder an,*

---

<sup>478</sup> Interview 13, Z. 352-353

<sup>479</sup> Interview 11, Z. 6-12

<sup>480</sup> Interview 11, Z. 407-409

<sup>481</sup> Interview 11, Z. 278-291, Z. 384-388

*und dann ging diese Prozedur von vorne los. [...] Das [Ohr] hat nie was gemacht, ob in Stettin oder Binz, ob das hier die Luft in Lübeck war, ich weiß es nicht. Nach dem Krieg fing das an. Vorher habe ich nie was am Ohr gewusst und gemerkt.“<sup>482</sup>*

Zwei weitere Gesprächspartner waren ebenfalls auf jeweils einem Ohr stark schwerhörig oder taub, im Gegensatz zu diesem Betroffenen hatten sie jedoch während ihrer ganzen Kindheit mit Ohrenbeschwerden zu kämpfen. Beide litten unter Eiterungen und Ohrenausfluss und mussten ihr Ohr deshalb regelmäßig reinigen. Einer von ihnen erzählte, dass seine Mutter ihm erklärt habe, wie das Ohr zu versorgen sei:

*„Es hat ja immer geeitert, immer geeitert. Und dann, das tat nicht weh, bin ich immer, hat meine Mutter mir auch beigebracht, mit 'nem Wattebausch und 'nem Streichholz und dann schön sauber gemacht und dann das Ohr, damit das nicht unangenehm riecht, mit Watte zugestopft.“<sup>483</sup>*

Der zweite Betroffene wurde von seiner Mutter mit einer ähnlichen Prozedur behandelt:

*„Also war ja alles zerfressen durch die Vereiterung. Es war ja dauernd vereitert. Es musste immer von Mutter, ja, die Mutter hat das gemacht, musste ja zwei-, dreimal am Tag mit Sauerstoffhyperoxid, hieß das, musste es mit 'nem Wattebausch gereinigt werden und neue Watte [zum Zstopfen eingebracht werden]. [...] riecht ja auch nun nicht immer so schön. [...] Ja, das hat immer mit diesem Zeug [gereinigt werden müssen], das verschrieb der Arzt und wurde aus der Apotheke geholt dann, waren immer so Viertelliter-Flaschen.“<sup>484</sup>*

Die einseitige Taubheit sei für ihn „schon ein Handicap in der Schule“ gewesen. „Da musste man schon aufpassen“. Er habe deshalb in der Klasse weit vorne sitzen müssen, „in der zweiten Reihe saß ich“.<sup>485</sup> Aufgrund seiner Erkrankung habe er außerdem an verschiedenen Aktivitäten nicht teilnehmen können:

*„Man hat vieles nicht mitgekriegt und nicht mitmachen können. Turnunterricht, Leistungssport oder irgendwelche Art, aber allgemein Sport war nicht drin. Man hat immer gesagt: ‚Also bloß nicht überfordern, denn es könnte mal was passieren.‘ [...] Ja, dass irgendwas mal wieder aufbricht und da sollte man doch sich zurückhalten. [...] Ich hätte ja auf'm Bau gar nicht, normalerweise gar nicht arbeiten dürfen, aber es lag mir eben so.“<sup>486</sup>*

---

<sup>482</sup> Interview 11, Z. 12-22, Z. 389-393

<sup>483</sup> Interview 6, Z. 194-198

<sup>484</sup> Interview 12, Z. 21-43

<sup>485</sup> Interview 12, Z. 17-18, Z. 588

<sup>486</sup> Interview 12, Z. 708-724

In diesem Fall erlebte der Betroffene die gesundheitlichen Folgen der katastrophal misslungenen Impfung als deutliche Einschränkung in seinem Alltag. Auch der festgelegte Sitzplatz im Klassenzimmer stigmatisierte ihn umgehend als „krank“. Die ältere Schwester eines Betroffenen berichtete genauso, wie sehr die einseitige Taubheit ihren Bruder im Alltag gestört habe:

*„Er war sehr beeinträchtigt [da]durch, konnte ja nun einfach nur mit einem Ohr hören, da nützt ja nichts mehr. Als Kind musste er [in der Schule] immer in der ersten Reihe sitzen, Kinder haben natürlich oft gelacht, wenn er was falsch verstanden hat, [...] er war sehr beeinträchtigt. [...] Er war immer sehr, irgendwie, [...] bedrückt, also dass er nicht so hören konnte und so. [...] Das hat ihn immer sehr belastet, das glaub ich. Er musste dann, wenn man mit ihm spazieren ging, auf der richtigen Seite gehen, [...] dass er besser hörte“.*<sup>487</sup>

War die einseitige Schwerhörigkeit für den Bruder dieser Gesprächspartnerin schon belastend, veränderte die beidseitige Mittelohrtuberkulose eines der am schwersten erkrankten überlebenden „Calmette-Kinder“ seine ganze Zukunft. Abgesehen von der dauerhaften Lähmung einer Gesichtshälfte durch eine Fazialisparese konnte diese Betroffene durch die fast vollständige Taubheit beider Ohren als Kleinkind nicht richtig sprechen lernen. Entsprechende technische Hilfsmittel wie Hörgeräte gab es damals noch nicht, eine besondere Förderung war offenbar nur in begrenztem Umfang vorhanden. Ihre spätere Arbeitskollegin berichtete dazu: „Sie war dann auch zu so einem Behindertenverein für Schwerhörige oder schwer Geschädigte und hat dann da die Zeichensprache erlernt und eben dieses vom Mund ablesen“.<sup>488</sup> Einem Kind mit einem ähnlichen Leiden wie dem ihren hätte man heutzutage bei entsprechender Förderung und mit technischen Hilfsmitteln sicher relativ gut helfen können. Derselben Ansicht war auch ihre Kollegin: „Also wenn das in der heutigen Zeit gewesen wär, hätte sie, denke ich mal, ordentlich was Anderes auf die Beine stellen können [...], beruflich auch so“.<sup>489</sup> In den 1930er Jahren sei der Umgang mit Menschen mit Behinderungen aber generell anders gewesen als heute:

*„Ihre Mutter hat eben für sie gesorgt, so wie es eben früher bei Behinderten war, in dem Sinne versteckt. [...] Man hat jetzt dieses behinderte Kind und die kann sowieso nicht hören und die kann auch nicht sprechen [...]. Aber wie gesagt, es war eben so wie früher, dass diese Menschen eben doch mehr bisschen versteckt wurden. Ihre Mutter hat*

---

<sup>487</sup> Interview 1, Z. 19-23, Z. 331-334

<sup>488</sup> Interview 7, Z. 5-7

<sup>489</sup> Interview 7, Z. 532-534



*es zwar immer auf der einen Seite ja sehr gut gemacht oder gut gemeint, aber für [sie] selbst war es ja immer 'ne Abgrenzung, war ja so 'ne kleine Isolierung dann.“<sup>490</sup>*

Ihre Schulzeit habe diese Betroffene in einem Kinderheim verbracht. Ob das Heim speziell auf Hörgeschädigte ausgerichtet war, wurde im Gespräch nicht deutlich.<sup>491</sup> Ihre Kollegin berichtete nur, dass sie dort nicht besonders gefördert worden sei:

*„In Schleswig war sie, sieben Jahre. Also zu der Zeit, wo praktisch sozusagen die Schule anfang und bis quasi die sieben Jahre so ungefähr, bis Schulende, wo sie ja aber auch nicht, nichts in dem Sinne gelernt haben.“<sup>492</sup>*

Dass sie in einem Kinderheim weit entfernt von Lübeck zur Schule ging, passt in das Bild einer Isolation von Menschen mit Behinderungen. Laut ihrer Arbeitskollegin habe ihre Mutter zu dieser Zeit noch einmal geheiratet; auch das sei vielleicht ein Grund gewesen, die Tochter aus erster Ehe ins Heim zu geben.<sup>493</sup> Die Erkrankung dieser Geimpften veränderte somit ihr gesamtes Leben, aufgrund ihrer Taubheit erfuhr sie Ausgrenzung und konnte z. B. nicht frei entscheiden, wo sie später arbeiten wollte. Die unbefristete Anstellung im Allgemeinen Krankenhaus sowie ihre Rente boten ihr in ihrer Situation zumindest eine finanzielle Absicherung, konnten den erlittenen Schaden aber in keiner Weise aufwiegen.

Die Erkrankung dieser Betroffenen war unter den hier vorgestellten Geimpften sicher die schwerwiegendste. Aber auch die anderen Gesundheitsschäden nahmen deutlichen Einfluss auf das Leben der Betroffenen. Wie zuvor dargestellt war auch die regelmäßige Pflege eines entzündeten Ohrs mit Aufwand verbunden und die Dauerschädigung der einseitigen Schwerhörigkeit oder Taubheit nicht mehr rückgängig zu machen. Für einen der hier dargestellten Betroffenen wurde seine chronische Mittelohrtuberkulose sogar noch im Erwachsenenalter lebensbedrohlich. Er berichtete, dass er 1959 an einer „Gehirnhautentzündung“ erkrankt sei, „das wurde ja durch diese Eiterung [im Ohr] ausgelöst. Die hat ja die Gehirnhaut also beschädigt.“ Die Symptome hätten plötzlich begonnen und schnell zugenommen; er sei daraufhin vom Ohrenarzt umgehend nach Kiel in die HNO-Klinik geschickt und dort operiert worden:

---

<sup>490</sup> Interview 7, Z. 4-5, Z. 94-97, Z. 596-597, Z. 606-609; Vorname der Betroffenen entfernt, durch „sie“ ersetzt

<sup>491</sup> Kleinschmidt berichtete in einer Veröffentlichung anlässlich der Nachuntersuchung der geimpften Kinder 1942, dass das einzige überlebende Kind mit beidseitiger Mittelohrtuberkulose und einseitiger Fazialisparese – die hier dargestellte Betroffene – „beiderseits sehr schwerhörig und deshalb in einer Gehörlosenschule untergebracht“ sei (Kleinschmidt, Hans: Über primäre und subprimäre Mittelohrtuberkulose. Archiv für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfheilkunde 152 (1943), S. 233). Vermutlich handelte es sich dabei um die Schule in Schleswig, die dann doch speziell auf Hörgeschädigte ausgerichtet zu sein schien.

<sup>492</sup> Interview 7, Z. 55-58

<sup>493</sup> vgl. Interview 7, Z. 94-97

*„Dann hab ich dann nachher im Baugewerbe gearbeitet und dann mit einem Mal innerhalb von ein, zwei Tagen wurde es so schlimm, [dass ich] zum Teil bewusstlos wurde, und wurde dann noch, hier zum Ohrenarzt, und der Ohrenarzt sagt, er kann da nichts bei machen [...] er würde mich dahin überweisen nach Kiel in die Uni, HNO-Uni [...]. Da wurde ich dann abends noch hier punktiert, das Rückenmark punktiert [gemeint ist eine Liquorpunktion]. [...] Meine Frau war noch dabei und ‚das war ganz furchtbar‘, sagt sie dann, ‚da haben die da reingestochen‘. Ich hab ja nicht mehr viel mitgekriegt. [...] Und dann hat er eben das untersucht und dann wurde ich anderen Morgen [operiert], schon um acht sind die angefangen, die Ärzte.“<sup>494</sup>*

Bei dieser akuten Erkrankung habe es sich laut einem Arztbrief im Besitz des Betroffenen um eine „nekrotisierende[] Mittelohr- und Labyrinthentzündung und Nekrose der benachbarten harten Hirnhaut und eine[] eitrige[] Hirnhautentzündung“ gehandelt. Diese Entzündung war sicher mit starken Schmerzen verbunden und bedingte einen immerhin fünfwöchigen Krankenhausaufenthalt des Betroffenen. Laut bakteriologischer Untersuchung sei sie zwar nicht durch Tuberkulosebakterien verursacht worden, bei der Vorgeschichte des Betroffenen sei aber „mit Sicherheit anzunehmen, daß die jetzt durchgemachte Mittel-, Innenohr- und Hirnhautentzündung eine unspezifische Folge der damals durchgemachten schweren Ohrtuberkulose“ gewesen sei.<sup>495</sup> Diese erneute Erkrankung infolge der Impfung im Säuglingsalter wirkte sich sogar auf das Berufsleben des Betroffenen aus – körperliche Anstrengung und Arbeit im Freien waren nun untersagt:

*„Musste ich mich ja neu orientieren im Beruf, bin über ein Jahr krank gewesen. [...] Ich durfte ja nicht, also schwer körperlich arbeiten. Überhaupt nicht mehr. Und vor allen Dingen, ich durfte auch nicht draußen arbeiten, Witterungseinflüsse, wegen Erkältungskrankheiten und Infektionskrankheiten.“<sup>496</sup>*

Damit war eine Rückkehr in seine frühere Tätigkeit im Baugewerbe unmöglich geworden. Nach verschiedenen kurzfristigen Anstellungen habe er schließlich Anfang der 1960er Jahre gegen die Stadt Lübeck geklagt und erreicht, dass er eine neue Ausbildung bei der Stadt beginnen konnte:

*„Mit der Zeit hatte ich ja [...] 'ne Klage eingereicht gegen die Stadt wegen Rehabilitation, damit ich wieder eingegliedert wurde, und da hatte ich dann mit der Stadt also einen Vergleich geschlossen, dass die mich ausbilden. Auf deren Kosten. [...]*

---

<sup>494</sup> Interview 12, Z. 45-48, Z. 63-78

<sup>495</sup> Schreiben von Prof. Dr. Klaus Vogel, Direktor der Universitätsklinik und Poliklinik für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten, an Ob. Med. Rat Dr. med. Apitz, Gesundheitsverwaltung der Hansestadt Lübeck, Kiel, 23.03.1960 (Unterlagen Interview 12)

<sup>496</sup> Interview 12, Z. 136-143

*'61/'62 bin ich nachher bei der Stadt dann angefangen. Da wurde ich noch mal ausgebildet. [...] mit der [...] Ausbildung vom Bau, da konnte ich nichts mit anfangen. [...] Und dann sollte ich dann erst Bauschreiber werden, ,nee, das geht nicht. Er kann nicht draußen arbeiten.' Dann sollte ich Bauaufsichten machen, ,nee, das kann er auch nicht machen'. Konnte ich alles nicht machen, alle meine Lieblingsberufe konnte ich dann nicht ausführen. Wäre ja lieber draußen gewesen, aber es ging nicht. Musste drinnen arbeiten. [...] dann musste ich noch mal drei Jahre Schulung machen.“<sup>497</sup>*

Schließlich habe er seine Ausbildung im Bauamt absolviert; während dieser Zeit habe die Stadt ihn schon als fest Angestellten mit entsprechendem Gehalt geführt. Im Bauamt sei er für die Dauer seines restlichen Berufslebens geblieben, aufgrund seiner Erkrankung sei er „aber frühzeitig ausgeschieden“.<sup>498</sup>

In diesem Fall war die Impfung im Säuglingsalter also noch 30 Jahre später dafür verantwortlich, dass der Betroffene als junger Erwachsener seiner favorisierten Tätigkeit nicht mehr nachgehen konnte und sich aufgrund dieser Beeinträchtigung einer Umschulung unterziehen musste. Ein ohrenfachärztliches Gutachten, das vermutlich im Rahmen des Prozesses gegen die Stadt Lübeck entstand, soll seine damaligen Beschwerden weiter verdeutlichen: Laut diesem Gutachten sei der Betroffene infolge der Entzündung auf dem rechten Ohr nun völlig taub, das Innenohr sei zerstört worden. Außerdem leide er unter Gleichgewichtsstörungen mit „Schwindel und Schwanken“ und „Schmerzen in der rechten Kopfseite über und hinter dem Ohr“, „übelriechende[r] Absonderung aus dem rechten Ohr“ und fehlender Leistungsfähigkeit. Seine Erwerbsfähigkeit sei „durch die Erkrankung erheblich gemindert“. Durch die „Störungen in der Funktion der Gleichgewichtsapparate“ sei er nicht in der Lage, „körperliche Arbeit zu leisten“, die mit Haltungsänderungen, „Heben von Lasten“ oder körperlicher Anstrengung verbunden sei. Außerdem dürfe er sich nicht erkälten, um keine „erneute lebensbedrohende Verschlimmerung der noch bestehenden Mittelohreiterung“ zu provozieren. Die von ihm angegebenen, seit der Operation häufiger auftretenden Kopfschmerzen seien vermutlich Folge der Hirnhautentzündung, durch körperliche Anstrengung träten sie verstärkt auf. Als „Rammer“ könne der Betroffene deshalb auf keinen Fall mehr arbeiten. Da seiner Ansicht nach keine besondere Aussicht auf eine Verbesserung der Symptomatik bestehe, empfahl der Gutachter eine Umschulung seines Patienten, um ihm „eine Büroarbeit zu ermöglichen, wo er im geschlossenen Raum bei normaler Temperatur, im Trocknen, in ruhiger

---

<sup>497</sup> Interview 12, Z. 160-180. Zu diesem Rechtsstreit mit der Stadt Lübeck besaß der Gesprächspartner noch ausführliche Unterlagen.

<sup>498</sup> Interview 12, Z. 181-188

Umgebung arbeiten könnte“. Der Betroffene sei seines Erachtens dazu fähig, „noch etwas zu lernen“ und man könne ihm so „ein neues Lebensziel“ geben:

*„So könnte man vielleicht wieder einen zufriedenen Menschen aus ihm machen, der dann keine Ansprüche mehr stellen würde. Sicher wäre das für alle Beteiligten eine bessere Lösung als ihm dauernd Renten und Entschädigungen zahlen zu müssen.“<sup>499</sup>*

Dieser Empfehlung des Gutachters wurde offenbar Folge geleistet und sie führte auch zum gewünschten Ergebnis, einen jungen Mann nicht früh verrenten zu müssen. Der Betroffene berichtete weiter, dass die Operation die Entzündung seines Ohrs zwar habe beheben können, das Ohr selbst jedoch bis heute einer gewissen Pflege bedürfe. So stopfe er es immer mit Watte aus, um die Feuchtigkeit im Ohr zu verringern, und sei regelmäßig in ohrenärztlicher Behandlung.<sup>500</sup>

Eine derartig schwere Erkrankung trat bei den anderen Betroffenen, die unter einer chronischen Mittelohreiterung litten, nicht mehr auf. Einer von ihnen musste sich Anfang der 1970er Jahre aber ebenfalls akut einer Ohrenoperation unterziehen. Bei ihm war allerdings als Kleinkind nicht sicher feststellbar gewesen, ob die chronische Ohreiterung durch seine Tuberkuloseinfektion oder durch eine unspezifische Entzündung hervorgerufen worden war. Im Alter von 40 Jahren seien seine Beschwerden wieder aufgetreten, nachdem das Ohr mehrere Jahre trocken gewesen sei:

*„Und dann, Jahre später, in den 60er Jahren, dann hört das auf, ‚oh‘ denk ich, ‚das eitert gar nicht, das ist ja prima, wunderbar‘. Und dann hab ich das mal ab und zu, dann juckte das mal, habe ich das von einer Ohrenärztin [behandeln lassen] [...] und die hat das dann sauber gemacht. Und ein paar Jahre später, bei 1970/71, fing das wieder an zu laufen, und das nicht so knapp. Und das tat weh [...]. Uns wurde [als Jugendliche] gesagt, ‚das kann man nicht operieren‘ [...]. [Sein Ohrenarzt habe 1970/71 aber gesagt:] ‚Das muss operiert werden.‘ Na, [...] dann bin ich nach Krankenhaus Ost. [...] Und dann haben die festgestellt, habe ich denen das auch von der Calmette-Sache erzählt, und, sagt er, das ist 'ne chronische Mittelohrknochen-eiterung, und das muss sofort operiert werden. [...] nachmittags halb vier sollte ich auf'n Tisch. Und dann ist das operiert worden, eine Totaloperation. [...] war ich drei*

---

<sup>499</sup> Ohrenfachärztliches Gutachten von Prof. Dr. med. Klaus Vogel, Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, über den Fabrikarbeiter [Name des Betroffenen], Kiel, 14.12.1961, Untersuchung durchgeführt auf Veranlassung der 2. Zivilkammer des Landgerichtes Lübeck (Unterlagen Interview 12)

<sup>500</sup> vgl. Interview 12, Z. 25-31, Z. 96-110, Z. 634

*Wochen da, und das ist geheilt worden, das eitert nicht mehr. [...] nur, das kann sich von innen nicht alleine reinigen. Mit Ohrschmalz und so, wie das linke.“<sup>501</sup>*

Deshalb gehe er bis heute „alle paar Monate“ zum Ohrenarzt und lasse das Ohr dort säubern. „Aber sonst habe ich da keinerlei Beschwerden. [...] nur, dass ich rechts nicht höre. Aber da hab ich mich dran gewöhnt, ich kenn das nicht anders.“<sup>502</sup> Schließlich war sein Ohr in der Säuglingszeit ertaubt und er hatte beidseitiges Hören nie bewusst erlebt. Mit dieser körperlichen Einschränkung schien er sich zumindest zum Zeitpunkt des Interviews gut arrangiert zu haben.

Bei einem dritten Betroffenen sei 1988 zwar ebenfalls eine Operation am Ohr durchgeführt worden, sie habe aber keinen langfristigen Erfolg gebracht:

*„[Danach] hatte ich dann ein gutes Jahr Ruhe [...] und da fing es wieder an zu laufen. Da bin ich zu keinem Ohrenarzt mehr gegangen, hab einfach ein Stück Papier aufgedreht, sauber gemacht und das mache ich an und für sich jeden Morgen nach dem Waschen und manchmal ist bisschen Eiter, weiß ich nicht genau, dran, meistens aber nicht.“<sup>503</sup>*

Wie die anderen beiden musste auch dieser Betroffene sein erkranktes Ohr bis ins Alter pflegen, auch wenn es ihm nicht mehr dauerhaft Beschwerden bereitete.<sup>504</sup>

Die Witwe eines Betroffenen, der sich laut seinen Unterlagen 1947 ebenfalls einer „Radikaloperation“ am linken Ohr unterziehen musste, berichtete, dass die Kosten für die regelmäßigen Besuche ihres Mannes beim Ohrenarzt bis zu seinem Tod von der Stadt Lübeck übernommen worden seien:<sup>505</sup> „Er musste ja alle halbe Jahr [...] zum Hals-Nasen-Ohren-Arzt und dann wurde das gesäubert. Und dann musste er extra 'nen Kostengarantieschein anfordern vom Senat aus Lübeck.“ Im Verlauf des Gesprächs berichtete seine Witwe noch genauer, dass er die entsprechenden Unterlagen „nach Lübeck in die Schmiedestraße“ habe schicken müssen.<sup>506</sup> Dort befand sich früher das Lübecker Gesundheitsamt, das als Kostenträger auch deutlich wahrscheinlicher erscheint als der

---

<sup>501</sup> Interview 6, Z. 198-228. Dass eine Operation vor seiner lebensbedrohlichen Hirnhautentzündung technisch noch nicht möglich gewesen sei, berichtete auch der zuvor dargestellte Betroffene (vgl. Interview 12, Z. 565-570).

<sup>502</sup> Interview 6, Z. 234-239, Z. 501-503

<sup>503</sup> Interview 11, Z. 22-29

<sup>504</sup> Von dieser lebenslangen Reinigung der Ohren berichtete auch die Witwe eines vierten Betroffenen (vgl. Telefon-Interview 3, Z. 85-90).

<sup>505</sup> Schreiben von [Name des Betroffenen] an das Versorgungsamt Lübeck, „Betr.: Anerkennung meines Impfschaden“, ohne Datum (Unterlagen Interview 10)

<sup>506</sup> Interview 10, Z. 287-310

Lübecker Senat.<sup>507</sup> Warum die Hansestadt gerade für diesen Betroffenen die Behandlungskosten übernommen haben sollte, während die vorher dargestellten Geimpften davon nichts berichteten, blieb ungeklärt. Möglicherweise wurden die Kosten für die anderen Betroffenen nicht erstattet, weil einer von ihnen Lübeck als Kind vorübergehend verlassen hatte und ein zweiter als Erwachsener von dort fortzog, während die Erkrankung beim dritten nicht sicher mit der Tuberkuloseinfektion in Verbindung gebracht werden konnte. Der Kontakt Lübecks zu den ersten beiden brach also vielleicht ab, beim dritten Betroffenen war die Stadt vermutlich gar nicht zu einer Übernahme verpflichtet.

Abgesehen von dieser Erstattung von Behandlungskosten wurde in drei Gesprächen thematisiert, dass die Betroffenen noch im Erwachsenenalter Anträge auf Rentenzahlungen gestellt hätten. So berichtete die Arbeitskollegin der Betroffenen, die als einzige der hier dargestellten Geimpften bereits eine „Calmette-Rente“ erhielt, von der Beantragung einer zweiten Rente beim Lübecker Versorgungsamt.<sup>508</sup> Zu diesem Zeitpunkt Anfang der 1980er Jahre habe die Betroffene bereits als Untermieterin bei ihrer Arbeitskollegin gewohnt:

*„Als ihre Mutter verstorben ist, [...] hab ich mich um sie gekümmert, und sie ist dann zu mir gezogen und dann hab ich eben festgestellt, dass ihre Mutter eben diese Calmette-Rente von der Hansestadt nur durchgeboxt hatte, aber dass sie keine hohen Prozente bekam, Steuern bezahlen musste[], und da hab ich gesagt, ‚versuch es beim Versorgungsamt‘, und habe es erreicht, dass sie dann erstmal diese 100 Prozent bekam [gemeint ist der Grad der Behinderung laut Schwerbehindertenausweis] und steuerfrei war und dann nachher hab ich mich noch mal erkundigt, dass an und für sich auch diese Menschen eine, dass denen eine Rente zusteht, und habe dann einen Antrag gestellt. Und kamen eben noch mal die Untersuchungen, und es wurde auch laut dieses Prozesses, den damals ihre Mutter geführt hat, wurde dann es genehmigt, dass sie dann vom Versorgungsamt noch zusätzlich eine Rente bekam bis zum Lebensende. [...] seitdem hat sie dann ihre Rente zusätzlich zu dieser sogenannten Calmette-Rente von der Hansestadt zusätzlich bekommen. Also die Calmette wurde nicht gestrichen, die*

---

<sup>507</sup> vgl. Lübeck Fenster. Offizielle Website der Hansestadt Lübeck: Digitales Pressedienstarchiv. Teilnehmer für neue Männergesprächsgruppe gesucht. 17.02.1998, online unter: <http://luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/1998/2/9801021/> (Tag des Zugriffs: 24.10.2016). Der Betroffene selbst erwähnte in einem Schreiben, dass das Lübecker Gesundheitsamt die Kosten für seine HNO-ärztliche Behandlung übernehme (vgl. Schreiben von [Name des Betroffenen] an das Versorgungsamt Lübeck, „Betr.: Anerkennung meines Impfschaden“, ohne Datum (Unterlagen Interview 10)).

<sup>508</sup> Zum Personenkreis, dem eine sogenannte „Soziale Entschädigung“ über das Versorgungsamt zusteht, gehören u. a. auch Impfgeschädigte. Für sie ist nach dem Bundesseuchengesetz das Bundesversorgungsgesetz anwendbar (vgl. Landesamt für soziale Dienste: Soziale Entschädigung, online unter: <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/LASD/Aufgaben/SozialeEntschaedigung/SozialeEntschaedigungHauptartikel.html> (Tag des Zugriffs: 07.10.2016)).

*war auch auf Lebenszeit festgestellt worden [...]. Zumindest dann eine Entschädigung für diese ganzen Jahre und für dieses Kranksein.“<sup>509</sup>*

Wie die Gesprächspartnerin schon hier deutlich machte, habe sie die zweite Rente für ihre Kollegin selbst organisieren müssen: „Wenn man sich nicht intensiv drum gekümmert hat, hat sich die Hansestadt Lübeck gar nicht bemüht, die wirklich zu entschädigen“.<sup>510</sup> Die Stadt Lübeck hatte mit dem Thema der Entschädigungen vermutlich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen. Dabei geriet offenbar in Vergessenheit, dass die Betroffenen nach der Währungsreform zwar ohne ihre Entschädigungen, aber teils weiterhin mit chronischen Folgen der Impfung zu leben hatten. Dass gerade diese Betroffene mit ihren sehr schweren gesundheitlichen Schädigungen noch eine zweite Rente erhielt, war offenbar nur dem Betreiben ihrer Kollegin zu verdanken.<sup>511</sup> Vielleicht löste jedoch dieser Antrag auf Rente für eine Betroffene des Impfunglücks weitere Ermittlungen im Versorgungsamt aus.<sup>512</sup> Zumindest fand sich in den Unterlagen eines Betroffenen, der aufgrund einer psychischen Erkrankung erwerbsunfähig geworden war, ein entsprechendes Schreiben des Versorgungsamts aus dem Jahr 1988:

*„Sehr geehrter Herr [...], nach den bisherigen Ermittlungen und ausweislich Ihrer Schwerbehindertenakte (Az. [...]) haben Sie im Jahre 1930 an der in Lübeck durchgeführten Calmette-Impfung teilgenommen. Durch diese Impfung könnten Sie einen Impfschaden im Sinne des § 51 Bundesseuchengesetzes erlitten und infolgedessen einen Anspruch auf Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) haben. Zur Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen stelle ich Ihnen daher anheim, beim*

---

<sup>509</sup> Interview 7, Z. 14-34

<sup>510</sup> Interview 7, Z. 471-473

<sup>511</sup> Die Gesprächspartnerin kümmerte sich nicht nur in finanzieller Hinsicht um die Belange dieser Betroffenen, sondern bemühte sich, nachdem sie sie als Untermieterin und in ihre Familie aufgenommen hatte, z. B. auch darum, ihr Hör- und Sprechvermögen durch Hörgeräte und regelmäßiges Üben zu verbessern und sie sozial besser zu integrieren (vgl. dazu Interview 7).

<sup>512</sup> Im Rahmen der Suche nach Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks im September 2011 meldete sich auch ein Herr, der berichtete, ehemaliger Mitarbeiter des Lübecker Versorgungsamts gewesen zu sein (heute das Landesamt für soziale Dienste in der Großen Burgstraße 4). Er habe dort etwa 1985 angeregt, Betroffene des Impfunglücks zu ermitteln, da sie möglicherweise nach dem Bundesseuchengesetz entschädigt werden könnten. Von 1985 bis 1990 hätten sich etwa drei Personen gemeldet und Anträge auf Entschädigung gestellt. Am häufigsten hätten sie unter Schwerhörigkeit gelitten. Eine entsprechende Entschädigung nach dem Bundesseuchengesetz werde generell nur gewährt, wenn die Impfung empfohlen worden sei – das traf in Lübeck zu. Aufgrund dieser Auskunft wurde eine entsprechende Frage nach Entschädigungen im Erwachsenenalter, insbesondere durch das Versorgungsamt, in den Interviewleitfaden aufgenommen. Bis auf die drei hier dargestellten Fälle ergaben sich dadurch aber keine weiteren Hinweise. Eine Kontaktaufnahme mit dem Landesamt für soziale Dienste zur Suche nach entsprechenden Akten blieb erfolglos, da die Akten nicht nach Rechtsgebieten geordnet waren, sondern nur unter Nennung von Namen, die der Autorin eben nicht bekannt waren, hätten ermittelt werden können.

*Versorgungsamt Lübeck einen formlosen Antrag auf Anerkennung eines Impfschadens einzureichen.*<sup>513</sup>

Offenbar war hier in Akten ermittelt worden, die dem Versorgungsamt aufgrund der Berufsunfähigkeit des Betroffenen und einer deshalb gewährten Rente ohnehin vorlagen. Seine Witwe konnte sich erinnern, dass ihr Mann bei der Beantragung seiner Berufsunfähigkeitsrente Ende der 1970er Jahre angegeben habe, Betroffener des Lübecker Impfunglücks zu sein.<sup>514</sup> Diese Angabe habe aber damals keine Auswirkung auf die Höhe der Rente gehabt:

*„Bei der Rente hat er das damals angegeben und versucht, noch irgendwas rauszukriegen [...]. Er ist ja Frührentner geworden. Und da musste er ja Formulare, diverse Sachen ausfüllen und da hat er unter anderem das auch mit angegeben, dass er ein Calmette-Kind ist, [...] aber das wurde nicht berücksichtigt. [...] Nee, kamen nur die anderen Sachen. Die Depressionen und so diese.“*<sup>515</sup>

An die Kontaktaufnahme des Versorgungsamts Ende der 1980er Jahre konnte sich die Gesprächspartnerin nicht erinnern. Aus den Unterlagen ihres Mannes war aber ersichtlich, dass er das Schreiben des Versorgungsamts beantwortete und einen Antrag auf eine Versorgungsrente stellte. Dafür fertigte er eine zweiseitige Liste seiner „Impfschäden durch die Calmette Schutzimpfung“ an. In dieser Aufstellung führte er neben einer Mittellohrentzündung mit einseitiger Schwerhörigkeit und späterer Operation sowie Lymphknotenschwellungen und -verkalkungen im Halsbereich u. a. auch einen Unfall als Kleinkind mit Verbrennungen der Hände, einen halbseitigen Großwuchs und seine psychische Erkrankung auf die BCG-Impfung zurück.<sup>516</sup> Bei letzteren Erkrankungen scheint ein Zusammenhang zu seiner Tuberkuloseinfektion aus heutiger Sicht unwahrscheinlich. Vermutlich übernahm der Betroffene diese Überzeugung von seinen Eltern, denn zumindest der Großwuchs wurde bereits in zwei ärztlichen Gutachten Ende 1931 thematisiert.<sup>517</sup> Laut diesen Gutachten sahen die beiden untersuchenden Ärzte aber

---

<sup>513</sup> Schreiben des Versorgungsamts Lübeck, gez. Rempe, an [Name des Betroffenen], Lübeck, 18.08.1988 (Unterlagen Interview 10)

<sup>514</sup> Laut eigenen Angaben bezog dieser Betroffene seit 1977 eine Erwerbsunfähigkeitsrente (vgl. Schreiben von [Name des Betroffenen] an das Versorgungsamt Lübeck, „Betr.: Anerkennung meines Impfschaden“, ohne Datum (Unterlagen Interview 10)).

<sup>515</sup> Interview 10, Z. 487-493, Z. 511-519

<sup>516</sup> Schreiben von [Name des Betroffenen] an das Versorgungsamt Lübeck, „Betr.: Anerkennung meines Impfschaden“, ohne Datum (Unterlagen Interview 10)

<sup>517</sup> Natürlich wäre es möglich, dass der Betroffene seine Erkrankungen zur Unterstützung seines Rentenanspruchs absichtlich sämtlich auf die Impfung zurückführte. Dagegen spricht, dass auch seine Witwe im Gespräch von mehreren Leiden und Schwierigkeiten, wie z. B. einem Operationsverbot, berichtete, die offenbar in der ganzen Familie als im Zusammenhang mit der Impfung stehend betrachtet wurden (vgl. Interview 10, Z. 10-31, Z. 98-103).



schon damals keinen Zusammenhang zwischen der „halbseitigen Riesenwuchsbildung“ und der „Calmette-Fütterung“ und hielten auch das „späte Laufenlernen“ des Betroffenen nicht für eine Folge der Impfung.<sup>518</sup> In seinem Schreiben ans Versorgungsamt führte der Betroffene zum Teil die Ärzte an, die den Zusammenhang zwischen Impfung und z. B. dem halbseitigen Großwuchs festgestellt hätten. In den vorliegenden Dokumenten fanden sich aber keine Schreiben dieser Ärzte oder andere Hinweise auf ihre Ansichten. Ob sie seine Eltern oder ihn in dieser Meinung bestärkten oder sie sogar begründeten, ließ sich dementsprechend nicht mehr ermitteln. Unabhängig davon lässt sich die Reaktion, sämtliche gesundheitlichen Probleme auf diese staatlich empfohlene und derart misslungene Impfung zurückzuführen, gerade bei medizinischen Laien nachvollziehen. Ein solcher vermeintlicher Kausalzusammenhang wurde nicht nur in dieser Familie zwischen der Impfung und diversen Erkrankungen hergestellt.

Der 1988 gestellte Rentenantrag endete für den Betroffenen zehn Monate später völlig ergebnislos, da das Versorgungsamt als Folgen der Impfung im Säuglingsalter lediglich die Taubheit des linken Ohrs und die „reizlose Radikaloperationshöhle linkes Ohr“ anerkannte. Alle anderen aufgeführten Leiden wie die psychische Erkrankung oder der eingeschränkte Bewegungsumfang der Hände seien laut den Unterlagen der behandelnden Ärzte und den Ergebnissen „der HNO-ärztlichen und neurologischen Begutachtungen [...] nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit auf die Calmette-Impfung zurückzuführen“. Eine „Fehlentwicklung der linken Körperseite“ sei nicht festzustellen gewesen. Die Schäden an seinem linken Ohr führten aber nur zu einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von „weniger als 25 v. H.“, der „rentenberechtigende Grad“ liege erst ab mindestens 25 v. H. vor. Unter diesen Bedingungen habe er nur „Anspruch auf Heilbehandlung“.<sup>519</sup> Diese Auskunft war für den Betroffenen, der immerhin nur auf einem Ohr hören konnte, sicher ernüchternd. Nach der Entwertung seines Schmerzensgeldes wurde ihm nun auch auf diesem Weg keine Entschädigung gewährt.

Die Witwe eines weiteren Betroffenen berichtete, dass ihr Mann wenige Monate vor seinem Tod 1987 noch eine Rente bei der Hansestadt Lübeck beantragt habe. Dafür habe er „direkt an die Stadt“ geschrieben. Da er an einer chronischen Ohrenentzündung und

---

<sup>518</sup> Schreiben des Calmette-Ausschusses beim Gesundheitsamt Lübeck, gez. Volger, in Sachen [*Vater des Betroffenen*], bezüglich zweier Untersuchungen von [*Name des Betroffenen*] und ihrer Ergebnisse, erster Bericht von Dr. Mommsen vom 07.11.1931, zweiter Bericht von Prof. Rominger, Kieler Universitäts-Kinderklinik, von Anfang Dezember 1931, Lübeck, 12.08.1932 (Unterlagen Interview 10)

<sup>519</sup> Schreiben des Versorgungsamts Lübeck, gez. Rempe, an [*Name des Betroffenen*], Bescheid auf den Antrag vom 24.08.1988, Lübeck, 22.06.1989, Anlage: Informationsblatt über Heilbehandlung (Unterlagen Interview 10)

Schwerhörigkeit gelitten habe, habe er sich in Lübeck ohrenärztlich untersuchen lassen sollen. Dazu sei es aber nicht mehr gekommen, da er sich vorher wegen unerträglicher Schmerzen im Rahmen einer Krebserkrankung das Leben genommen habe. Die Rente sei jedoch letztlich genehmigt worden, denn nach seinem Tod habe sie noch 1000 oder 2000 Mark von der Stadt Lübeck für die Zeit zwischen Antragstellung und dem Tod ihres Mannes erhalten.<sup>520</sup>

Über weitere Rentenanträge, Entschädigungen oder Klagen gegen den Lübecker Staat wurde in den Gesprächen nicht berichtet. Ein Betroffener erzählte allerdings von einer ganz anderen Form der Schädigung als indirekte Folge der BCG-Impfung. Er äußerte im Gespräch den Verdacht, dass seine spätere Zeugungsunfähigkeit aufgrund der hohen Belastung mit Röntgenstrahlen als Kind zustande gekommen sei:

*„Also, wo ich mich dran erinnern kann überhaupt, ist sehr viele Besuche beim Kinderarzt, damals Herrn Doktor Schmidt, in der Mengstraße, das weiß ich. Und dass wir öfter geröntgt wurden, das weiß ich auch. Und wahrscheinlich bin ich deshalb zeugungsunfähig.“<sup>521</sup>*

Tatsächlich wurden von allen geimpften Kindern Röntgenaufnahmen der Lunge angefertigt, insgesamt sollen ungefähr 2000 Bilder entstanden sein.<sup>522</sup> Mit den Röntgenuntersuchungen wurde direkt nach Bekanntwerden der ersten Krankheits- und Todesfälle begonnen. „Eine größere Anzahl von Kindern, darunter alle, die im Kinderhospital in Behandlung waren“, erhielt „in den ersten Monaten alle 8 Tage, später alle 2-3 Wochen, schließlich in größeren Zeitabständen“ eine Röntgenuntersuchung. Die daraus entstandenen Bilderserien umfassten „zum Teil 30 und mehr Einzelaufnahmen aus den 3 bzw. 4 ersten Lebensjahren der Kinder“.<sup>523</sup> Sollte dieser Betroffene ebenfalls einer derartigen Prozedur unterzogen worden sein, wäre eine daraus resultierende Zeugungsunfähigkeit zumindest nicht abwegig – vor allem, wenn nicht auf entsprechenden Strahlenschutz geachtet worden wäre.

Die meisten anderen hier dargestellten Betroffenen wurden durch die Teilnahme an der BCG-Impfung nicht derart in ihrem späteren Leben beeinflusst. Trotzdem wurde in mehreren Gesprächen thematisiert, dass die „Calmette-Kinder“ in ihrer Kindheit aufgrund ihrer Erkrankung im Säuglingsalter und der teilweise fortbestehenden Symptome

---

<sup>520</sup> Telefon-Interview 3, Z. 23-36, Z. 141-142, Z. 211-232

<sup>521</sup> Interview 13, Z. 5-8

<sup>522</sup> vgl. Moegling, S. 2

<sup>523</sup> Jannasch und Remé, S. 326

besonders behandelt worden seien. So erzählte die Tochter einer Betroffenen, dass ihre Mutter sehr „behütet“ aufgewachsen sei:

*„Meine Mutter war wirklich ein oberbehütetes Kind, die durfte zum Beispiel nicht Rad fahren lernen, weil meine Großeltern gesagt haben, da kommt ja mal ein Auto die Straße lang. Damals fuhren drei Autos am Tag. Sie durfte es aber nicht. Da hat sie drunter gelitten. Und es gab wohl verschiedene Dinge, die sie nicht durfte, weil es viel zu gefährlich war, und da hatten meine Großeltern Angst. Sicher 'ne Folge von dieser Impfgeschichte. [...] meine Großmutter hat sie sehr, sehr lange begleitet. Sie sagte immer, ich bin mit meiner Mutter, wir sind dann da und da hingegangen. Die hatten verschiedene Bekannte, Freunde in Lübeck, und damals ging man zu Fuß, man fuhr nicht mit der Straßenbahn, und dann sind wir zum, was weiß ich, zu dem gegangen [...] und immer war die Mutter dabei. Nun weiß ich nicht, ob sie schon zehn war oder zwölf, keine Ahnung, aber es wurde wohl sehr aufgepasst auf sie. [...] Als Jugendliche war, hatte sie dann ein bisschen mehr Freiheiten, glaube ich, da haben sie sie ein bisschen mehr gelassen, das hat sie schon erzählt, sie war segeln und sie war tanzen und da war sicher meine Großmutter dann nicht mehr mit. Also von daher denke ich, haben sie sie dann auch ein bisschen loslassen können, irgendwann.“<sup>524</sup>*

Eine selbst Geimpfte erzählte zwar, dass sie als Kind keinerlei Beschwerden gehabt und ständig draußen gespielt habe. Dabei sei sie nicht mit besonderer Vorsicht behandelt worden:

*„Ich hab getobt, ich war wirklich – die Nachbarschaft, das waren Jungs, und mit denen war ich dann auf'm Rodelberg [...] und die haben mich auch überall mitgenommen. [...] Rücksicht in dem Sinne, nein.“<sup>525</sup>*

An einer anderen Stelle erinnerte sie sich jedoch, dass ihre Eltern in bestimmten Situationen besonders gut auf sie geachtet hätten:

*„Also ich bin immer sehr gehütet worden, das weiß ich. [...] Also so behütet auch wiederum nicht, wir wohnten ja im Freien. [...] aber ich durfte nicht mit jemandem spielen, die hieß Doris Grundeis, und die war lungenkrank. Das kann ich genau erinnern. [...] da sagte meine Mutter immer: ‚Du gehst da nicht hin, du bleibst hier.‘ Also muss das ja schon die Angst gewesen sein, weil das eine Impfung gegen Tuberkulose ersten Ranges war [...]. Dass sie gesagt hat: ‚Du bleibst hier.‘ Nicht um*

---

<sup>524</sup> Interview 8, Z. 441-465

<sup>525</sup> Interview 3, Z. 94-100

*diesem Mädchen weh zu tun, sondern weil es so war, [...] dass meine Mutter Angst um mich hatte.*“<sup>526</sup>

Als Kind habe diese Betroffene den Begriff „Calmette-Kind“ gekannt, ihre Mutter habe ihn z. B. immer beim Hausarzt verwendet. Der Arzt habe sie daraufhin mit besonderer Sorgfalt abgehört; aufgrund ihrer Vergangenheit erfuhr sie also auch dort eine spezielle Behandlung:

*„Ja, das hieß immer Calmette-Kind. [...] wir hatten dann einen Hausarzt hier, [...] der war nicht sehr freundlich, und der war auch kein Kinderarzt. Aber meine Mutter hat dann immer gesagt, so und so, und dann hat er aber doch gründlich immer untersucht, vor allen Dingen immer abgehört, die Lunge.“*<sup>527</sup>

Beide Betroffenen litten zur Zeit dieser Erlebnisse nicht mehr unter Folgeerscheinungen der Tuberkuloseinfektion – eine besondere Rücksichtnahme wäre also ganz objektiv betrachtet nicht erforderlich gewesen. Trotzdem neigten ihre Eltern, die sich um ihre Gesundheit als Säuglinge gesorgt hatten, sicher dazu, diese Sorge als besondere Vorsicht in den Alltag zu transferieren. Schließlich hatten sie bereits genug Ängste um ihr Kind ausgestanden und brauchten es nicht erneuter Gefahr auszusetzen. Ähnliches erleben sicher auch heute noch Kinder und Jugendliche, die z. B. zu früh geboren wurden oder eine schwere Erkrankung in jungen Jahren durchleben mussten.

Ein weiterer Betroffener erinnerte sich, dass seine Eltern ihm zwar nicht viel über seine Erkrankung erzählt hätten, sein Vater aber darauf geachtet habe, dass er mit entsprechender Rücksicht behandelt wurde. Einem Lehrer, der ihn auf sein erkranktes Ohr geschlagen habe, habe er deshalb z. B. Prügel angedroht:

*„Also ich glaube, erst mit sechs, sieben Jahren, ist mir das Bewusstsein [gekommen], dass ich überhaupt krank war. Weil man wurde ja dann auch [...] behandelt aufgrund seiner Krankheit von allen Leuten. Das heißt, ob die nun Rücksicht nahmen oder nicht. Die Schule, der Lehrer hatte mich mal einmal gemäßregelt, indem er mir auch an die Wange geschlagen hat, und da ist mein Vater hingegangen, der war ja auch so ein Riesenkerl, und hat ihn dann halb in den Schwitzkasten genommen und hat gesagt, wenn es noch einmal passiert, haue ich dir auf den Kopp. Dann wirst du sehen, wie du hier dann rumläufst. Und seitdem hat er mich dann ganz sachte behandelt. [...] Er hat sich wohl gesagt, wenn der Junge schon krank ist, dann braucht man ihm nicht noch unbedingt da noch eins drauf hauen [auf das ohnehin beschädigte Ohr].“*<sup>528</sup>

---

<sup>526</sup> Interview 3, Z. 79-93. Der Name des lungenkranken Mädchens wurde pseudonymisiert.

<sup>527</sup> Interview 3, Z. 139-151

<sup>528</sup> Interview 12, Z. 377-390

In seiner Familie sei er stets „das geimpfte Kind“ gewesen, die Teilnahme an dieser Impfung habe sogar gelegentlich als Erklärung für ein Fehlverhalten herhalten müssen:

*„Der Junge war krank und das kommt von Calmette und fertig. Den Stempel, war wie so ein Stempel. Da hast du ‚Calmette‘ hinten auf den Buckel gekriegt und dann warst du Calmette-Kind so in der Familie. Ja, wenn irgendwas war, verprügelt hatte ich mal das Mädchen von der Nachbarschaft: ‚Da kann er nichts für, das kommt von Calmette.‘“<sup>529</sup>*

Ein Zusammenhang zwischen der Infektion mit Tuberkulose im Säuglingsalter und diesem Zwischenfall erscheint zumindest für Außenstehende geradezu absurd. Wie bereits angeführt stellten Betroffene oder über sie berichtende Gesprächspartner aber in mehreren Interviews eine Verbindung zwischen der Impfung und diversen Beschwerden im Kindes- und Erwachsenenalter her, zwischen denen höchstwahrscheinlich kein ursächlicher Zusammenhang bestand. Dabei handelte es sich z. B. um eine gewisse Nervosität und allgemeine Unruhe als Kind, um Magenprobleme oder Beschwerden an den Füßen als Erwachsene.<sup>530</sup> Die Reaktion, eine gewisse fassbare Erkrankung oder ein Ereignis als Ursache für nahezu sämtliche späteren Beschwerden zu sehen, ist wohl durchaus menschlich – insbesondere, wenn die Erkrankung wie in diesem Fall durch externe Einwirkung entstanden ist.<sup>531</sup>

Von einem besonders tragischen vermuteten Zusammenhang berichtete die Schwester eines Betroffenen. Dieser sei mit 27 oder 28 Jahren schwer psychisch erkrankt, vermutlich habe er an einer Schizophrenie gelitten: „Er fühlte sich irgendwie verfolgt, das trat mit einem Mal so auf in der Zeit“. Ihre Mutter habe immer einen Zusammenhang zwischen dieser Krankheit und der BCG-Impfung in der Säuglingszeit gesehen. Die Ärzte, die ihren Bruder behandelten, seien aber anderer Meinung gewesen: „Meine Mutter wollte immer da bei den Ärzten, sie sagte, das kommt bestimmt nur durch diese Calmette-Geschichte und so. Aber die Ärzte sind da nicht drauf eingegangen.“ Ihr Bruder habe sich schließlich mit 31 Jahren nach zwei Suizidversuchen und einem Aufenthalt in der Psychiatrie das Leben genommen.<sup>532</sup> Auch wenn die Verbindung zwischen Tuberkuloseinfektion und psychiatrischer Erkrankung eher vage erscheint, verdeutlicht diese Erinnerung doch, wie

---

<sup>529</sup> Interview 12, Z. 837-845

<sup>530</sup> vgl. Interview 12, Z. 700-715; Telefon-Interview 3, Z. 6-7, Z. 92-94; Interview 7, Z. 443-451

<sup>531</sup> Ähnliches berichtete schon Kleinschmidt anlässlich seiner Nachuntersuchungen 1942: Hätten in den Vorjahren bestimmte Kinder unter „Leibschmerzen“ gelitten und diese in der Zwischenzeit verloren, hätten 1942 „die Mütter über *andere Kinder jetzt Klagen*“ vorgebracht. „Man muß hierbei bedenken, daß aus verständlichen Gründen bei diesen durch eine ärztliche Maßnahme geschädigten Kindern die Tendenz bestand, alle auch recht geringfügigen Beschwerden vorzubringen.“ Kleinschmidt 1943: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder, S. 325

<sup>532</sup> Interview 1, Z. 66-88, Z. 345-348

stark das Impfunglück im Leben der betroffenen Familien weiterwirkte. Diese Mutter hatte ein gesundes Kind geboren und musste seine Krankheit im Säuglingsalter und als Kleinkind mit ansehen. Dass sie, als ihr Kind als junger Erwachsener erneut krank wurde, gleich eine Verbindung zur BCG-Impfung herstellte, ist nachvollziehbar. Rein hypothetisch wäre vielleicht ein Zusammenhang mit den langen Sanatoriumsaufenthalten des Betroffenen und der Trennung von seiner Familie im frühen Kindesalter wahrscheinlicher. Möglicherweise blieben eher diese Geschehnisse nicht ohne psychische Folgen – ohne die Impfung hätten sie allerdings nie stattgefunden.

Nicht nur die „Calmette-Kinder“ selbst, sondern sogar die Geschwister von verstorbenen oder auch von überlebenden Betroffenen des Impfunglücks erfuhren manchmal eine besondere Behandlung in ihrer Kindheit. Ihre Eltern waren durch den Verlust eines Säuglings oder die Sorge um erkrankte Kinder besonders vorsichtig und vielleicht auch ängstlich geworden. So berichtete die Witwe des jüngeren Bruders eines der Opfer des Impfunglücks, dass ihr Mann „ganz behütet aufgewachsen“ sei. Nachdem seine Eltern ihr erstes Kind durch das Impfunglück verloren und danach noch mehrere Totgeburten erlebt hatten, hätten sie auf ihr einziges überlebendes Kind besonders geachtet: „Den hat man richtig in Watte gepackt“.<sup>533</sup> Die jüngere Schwester eines geimpften Zwillingspaars erlebte noch als Jugendliche, wie vorsichtig ihre Mutter nach der Krankheit ihrer Zwillinge in gesundheitlichen Fragen geworden war:

*„Dreizehn war ich, da war so 'ne Untersuchung [...] in der Schule, da wurden wir in der Schule ja immer geröntgt auch unter anderem, und da hatten die bei mir 'nen Schatten auf der Lunge festgestellt. Dann hatten sie 'ne Senkung gemacht, und die Senkung war aber ganz normal, das war nicht beängstigend [...]. Und wahrscheinlich war das 'ne Erkältung oder was. Also es war nicht relevant, es war, also nicht so, [...] dass man jetzt Angst haben musste. Aber meine Mutter war so ängstlich, die ist sofort zum [...] Gesundheitsamt gegangen und hat gesagt: ‚Und meine Tochter verschicken Sie.‘ [...] Und dann sagt sie [die Mitarbeiterin des Gesundheitsamts]: ‚Ja, es ist aber nicht beängstigend. Die Senkung war [...] nicht hoch‘. [...] ‚Ja‘, hat sie [die Mutter] gesagt, ‚auf dem Röntgenbild war ein Schatten auf der Lunge und das ist für mich ausschlaggebend, dass Sie das unternehmen.‘ Und sie [die Eltern] hatten ja auch kein Geld, uns irgendwohin zu schicken. [...] Dann bin ich mit dreizehn nach Niendorf an der Ostsee gekommen. [...] Das weiß ich, das hat sie durchgesetzt. Da hat sie so lange gebohrt, [...] bis sie da gesagt haben: ‚Ok‘. [...] Ich hatte zwölf Pfund Untergewicht zu*

---

<sup>533</sup> Interview 2, Z. 4-10, Z. 17-19

*der Zeit. Und da haben die Ärzte in Niendorf gesagt: ‚Sie kommen nicht eher nach Hause, bevor Sie nicht zehn Pfund zugenommen haben.‘ [...] Da hat sie aber für gesorgt, also da hat sie für aufgepasst, sie war ja schließlich gebranntes Kind.“<sup>534</sup>*

Bei dieser Mutter saß die Angst insbesondere vor einer Tuberkuloseerkrankung ihrer Tochter offensichtlich tief – gerade ein „Schatten auf der Lunge“ hätte schließlich für diese Krankheit sprechen können. Die unauffälligen weiteren Untersuchungen waren für sie in diesem Moment der Sorge belanglos. Ähnlich wie um die Gesundheit ihrer Zwillinge kämpfte sie auch für die der jüngeren Tochter.

Zwar hatte die besondere Behandlung der geimpften Kinder mit ihrem Erwachsenwerden meist ein Ende. Zwei Betroffene erzählten aber, dass sich ihre Eltern noch mit dieser Vergangenheit befassten, als sie selbst schon Jugendliche oder junge Erwachsene waren. Eine Betroffene berichtete von einer recht drastischen Aktion ihres Vaters:

*„Eine Entschädigung sollten wir haben, das ist auch angelaufen, aber das war, als ich 18 wurde, oder zwischen 16 und 18 Jahren. Mein Vater, der sehr erbost war darüber, hat das Sparkassenbuch, was natürlich trödelig eingezahlt wurde, es sollten bis zum 18. Lebensjahr 300 Reichsmark sein. Die sind es aber nie geworden und mein Vater hat gesagt, das ist alles Bluff und hat es verbrannt, mit dem Gedanken, wenn ich mal einen Mann kennen lerne, dass der nicht Anstoß nimmt daran. [...] Also mein Vater [...], der war so böse und so wütend, das kann ich erinnern, dass er gesagt hat: ‚Was soll so was, also die Kinder krank machen, [...] können die nicht aufpassen.‘“<sup>535</sup>*

Ihr Vater sei auch wütend gewesen, dass das Geld nicht rechtzeitig eingezahlt worden sei; ausschlaggebend für seine Handlung sei aber die Furcht gewesen, dass seine Tochter aufgrund dieses Sparbuchs als „krank“ gelten würde:

*„Der Hauptgrund war aber, falls ich, falls du einen Mann kennen lernst“, sagt er, „dass der nicht Anstoß daran nimmt“. [...] dass der betroffene Mann dann eine kranke Frau heiratet. Man wusste ja nie um die Folgeschäden, wusste man ja nicht. [...] Aber nun bin ich ja schon 82.“<sup>536</sup>*

Ihr Vater fürchtete also nicht nur die Stigmatisierung seiner Tochter als Kranke oder vielleicht insbesondere die einer als an der bedrohlichen Seuche Tuberkulose Erkrankten, sondern sorgte sich noch in ihrer Jugend um ein mögliches Wiederauftreten der bei ihr vollständig ausgeheilten Infektion. Gerade bei der Tuberkulose war die Angst vor einem erneuten Ausbruch aber durchaus nachvollziehbar. Denn zumindest bei einer Infektion auf

---

<sup>534</sup> Interview 14, Z. 140-141, Z. 536-555

<sup>535</sup> Interview 3, Z. 25-32, Z. 224-227

<sup>536</sup> Interview 3, Z. 234-242

natürlichem Weg kann diese Erkrankung in Schüben auftreten und zwischenzeitlich Phasen der Besserung zeigen. Möglicherweise kannte ihr Vater diesen Verlauf aus seinem persönlichen Umfeld, außerdem litt er später selbst an einer offenen Tuberkulose.<sup>537</sup>

Ging es bei dieser Betroffenen darum, einen potentiellen Ehemann nicht durch diese überstandene Erkrankung abzuschrecken, sollte ein anderer Betroffener seine zukünftige Frau ganz explizit auf seine Vergangenheit als „Calmette-Kind“ hinweisen. Er litt allerdings noch als junger Erwachsener an einer dauerhaften Ohreiterung und Schwerhörigkeit infolge der Impfung und war damit tatsächlich nicht völlig gesund:

*„[Sie haben] immer gesagt [...]: ‚Sei sehr vorsichtig damit [...] und du hast ja die Krankheit und so‘. Und ich sag: ‚Ich will jetzt heiraten.‘ Und ‚ja‘, sagt die Mutter, ‚überleg dir das, du belastest ja auch deine Frau damit. Denn die muss da ja, weiß die das.‘ Ich sag, ‚ja‘, sag ich, ‚dass ich nicht hören kann und dass es entzündet ist, aber sie hat ja gesagt, da kann man auch mit leben.‘ ‚Naja, dann ist ja gut.‘ [...] Das ging ja auch – fast vierzig Jahre gut.“<sup>538</sup>*

Zu einer Zeit, in der die Rollenverteilung in der Ehe noch eine andere war als heute, war es vielleicht gerade der Mutter des Betroffenen wichtig, dass ihr Sohn seine zukünftige Ehefrau auch versorgen konnte. Wenn seine Erkrankung irgendwann wieder schwerer geworden wäre, wäre er möglicherweise arbeitslos geworden und seine Frau hätte allein für die Familie sorgen müssen.

#### **4.10 Denkanstöße – Konfrontation und Umgang mit der eigenen Vergangenheit**

Je weiter das Lübecker Impfunglück in die Vergangenheit rückte, desto mehr verschwand es aus der aktiven Erinnerung der Betroffenen und der ihnen nahestehenden Personen. Mit zunehmendem Alter musste das Erinnern durch äußere Anlässe – sozusagen Anstöße des Gedächtnisses – ausgelöst werden. Dann konnte die Erinnerung an das Impfunglück aber plötzlich wieder sehr präsent sein.

Einer dieser Anstöße war die Wiedereinführung der BCG-Impfung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. 1947 begannen das schwedische und dänische Rote Kreuz mit den Immunisierungen, zunächst wurden allerdings Schulkinder und nicht Säuglinge wie

---

<sup>537</sup> vgl. Interview 3, Z. 39-43

<sup>538</sup> Interview 12, Z. 883-894



bei der Lübecker Katastrophe geimpft.<sup>539</sup> Die ältere Schwester eines Betroffenen konnte sich noch genau an die Wiedereinführung dieser Impfung erinnern, denn ihr 1943 geborener Sohn sollte als Schulkind an einer BCG-Impfung teilnehmen:

*„Aber was mir nachher aufgefallen ist, ich hatte später einen Jungen [...]. Und der ging hier in die Schule, und der kam mal mit einem Zettel nach Hause, ob er wohl gegen, mit Calmette geimpft werden durfte. Da habe ich natürlich strikt ‚Nein‘ gesagt. [lacht] Also man hat’s dann noch mal wieder versucht. Ich versteh das, aber ich glaube, das hat wohl keinen großen Andrang gefunden [...]. Ja, das saß natürlich im Hinterkopf. Das hab ich ja nun all die Jahre mitgekriegt mit meinen Eltern, nicht viel, aber immerhin doch. Es wurde ja immer von erzählt, von dieser Geschichte. [...] so lange wie mein Bruder noch lebte, und, wie gesagt, als er nun zuletzt so krank war.“<sup>540</sup>*

Im Gesprächsverlauf machte sie noch einmal deutlich, dass sie nur gegenüber dieser bestimmten Impfung so reagiert habe. Auch wenn ihr offenbar bewusst war, dass an der Lübecker Katastrophe nicht die BCG-Impfung als solche schuld war, saß die Furcht vor diesem Mittel tief:

*„Es war nur das Wort ‚Calmette‘, wie er damit kam, also da wollte ich ja nichts mit zu tun haben. Wenngleich das ja an und für sich, das Mittel ja wohl in Ordnung ist, sie haben es ja nur verunreinigt“.<sup>541</sup>*

Dass die BCG-Impfung nach ihrer zweiten Einführung in Lübeck wenig verbreitet bzw. unpopulär gewesen sei, berichtete auch die Tochter Ernst Altstaedts: „Das ist auch noch so 'ne Folge, dass dann eben hier nicht mehr geimpft wurde, oder wenn überhaupt wurde man gefragt, ob man das will.“<sup>542</sup> Ob die Ablehnung der BCG-Impfung wirklich so lange anhielt, wie es diese Gesprächspartnerin annahm, ist fraglich. Laut einer Dissertation über die Lübecker Kinderklinik seien zumindest ab 1959 in Lübeck wieder Neugeborene geimpft und die Impfung auch gut angenommen worden – die Impfquote habe „nahezu 100%“ betragen.<sup>543</sup> Zu diesem Zeitpunkt lag das Impfunglück allerdings schon 30 Jahre

---

<sup>539</sup> vgl. Lindner, Ulrike: Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit: Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Oldenbourg, München 2004, S. 145-146. Lindner führt hier weiter aus, dass die deutschen Behörden in Erinnerung an das Lübecker Impfunglück noch 1947 der BCG-Impfung gegenüber misstrauisch eingestellt gewesen seien. Entgegen der dänischen Empfehlung, Säuglinge zu impfen, seien Schulkinder geimpft worden; die Durchimpfungsquote sei regional sehr unterschiedlich gewesen. Lindner nennt für Schleswig im Jahr 1947 die recht niedrige Quote von 18,5 Prozent. Auch wenn diese Zahl nicht aus Lübeck selbst stammt, so handelt es sich bei Schleswig immerhin um eine Stadt im selben Bundesland. Diese Quote kann also zumindest einen Anhaltspunkt für die Impfbereitschaft in Schleswig-Holstein geben.

<sup>540</sup> Interview 1, Z. 136-151, Z. 284-288. Gemeint ist hier die psychische Erkrankung ihres Bruders, die von ihrer Mutter in Verbindung zur BCG-Impfung gebracht wurde und die schließlich zu seinem Suizid führte.

<sup>541</sup> Interview 1, Z. 299-304

<sup>542</sup> Interview 4, Z. 232-233

<sup>543</sup> Steinlechner, Irene: Zur Geschichte der klinischen Pädiatrie in Lübeck. Med. diss. Lübeck, 1976, S. 45

zurück. Dass es sich in der Nachkriegszeit noch auf die Akzeptanz der BCG-Impfung in der Bevölkerung auswirkte, ging hingegen nicht nur aus der bereits dargestellten Erinnerung der Schwester eines Betroffenen, sondern auch aus Zuschriften an die Autorin hervor. Die Ablehnung der Impfung reichte laut diesen „Erinnerungsstücken“, die ihr im Rahmen der Suche nach Zeitzeugen berichtet oder gesendet wurden, zum Teil weit über Lübeck hinaus. Eines dieser Schreiben soll hier beispielhaft angeführt werden:

*„Nach dem Krieg, es muß das Jahr 1947 gewesen sein, sollten wir Schüler/innen der Volksschule Gronenberg/ Pönitz gegen Tuberkulose geimpft werden. Ich war damals im vierten Schuljahr und habe mich, wie andere auch, für alles interessiert, was getuschelt wurde, in der Schule, beim Gemüseman in der Schlange, kurz überall dort, wo man warten mußte und daher Zeit zum Lauschen hatte. Dort haben andere Kinder und ich erfahren, was in Lübeck schon vor dem Krieg passiert war. Wir hatten von da an Angst und wollten uns nicht impfen lassen. Natürlich habe ich meinen beiden kleineren Geschwistern von all dem erzählt, auch sie hatten nun Angst. In langen Gesprächen hat es unsere Mutter geschafft, uns diese Angst zu nehmen. Wir ließen uns impfen und haben natürlich alles gut überstanden, wie alle anderen Dorfkiner auch, die auf diese Weise Vorsorge getroffen haben. Ich meine, diese Erlebnisse lassen erkennen, wie lange tragische Ereignisse nachwirken können und wie wichtig es ist, dass sie nicht vergessen werden, aber mit richtigen und guten Informationen.“<sup>544</sup>*

Diese Erinnerung verdeutlicht in der Tat, wie lange ein derartiges Unglück fortwirken kann, auch wenn die Ursache der Katastrophe im Falle Lübecks recht eindeutig geklärt und der BCG-Impfstoff selbst entlastet werden konnte. Trotzdem war der Name „Calmette“ noch knapp 20 Jahre später untrennbar mit dem Impfunglück verbunden und seine Erwähnung weckte die entsprechenden Assoziationen.

Richtete sich dieses Misstrauen speziell gegen die BCG-Impfung, berichteten manche Gesprächspartner auch von Bedenken gegen Impfungen im Allgemeinen. So erinnerte sich die Witwe eines Betroffenen, dass ihr Mann ihr erstes Kind zunächst nicht habe impfen lassen wollen:

*„War mein Mann aber auch anfangs gegen. [...] Aber er hat sich dann doch mit dem Arzt unterhalten und der hat dann, da hatte er volles Vertrauen zu und der hat gesagt, es wäre besser. [...] erst war er da nicht mit einverstanden, aber dann, wie gesagt, nach dem Gespräch mit dem Doktor [...], dann hat er gesagt, ‚gut, ok‘. Nein, er hatte Bedenken. Er war da nicht so von begeistert. [...] aber dann nach 'ner Weile sah er ja,*

---

<sup>544</sup> Dieser Text wurde mit dem Einverständnis der Verfasserin veröffentlicht, das Original befindet sich wie alle anderen Briefe und E-Mails zum Lübecker Impfunglück im Besitz der Autorin.

*dass das alles gut gegangen war, und deshalb gab's nachher, bei der Tochter gab's nachher keine Schwierigkeiten mehr, das war nur bei dem Sohn. [...] Ja, er hat immer drauf geachtet, ob er auch isst, [...] quengelig ist oder sonst was, ob ihm was weh tut und solche Fragen, ja, hat er dann ja gestellt und so. Ist Gott sei Dank alles gut gegangen“.*<sup>545</sup>

Beide Kinder hätten letztlich verschiedene Impfungen, auch gegen Tuberkulose, erhalten. Ihr Mann selbst habe sich später außer gegen Tetanus nicht mehr impfen lassen, die Tetanusimpfung sei für ihn als Fleischer verpflichtend gewesen.<sup>546</sup> Die Witwe eines weiteren Betroffenen erzählte, dass ihr Mann sich später ebenfalls nicht mehr habe impfen lassen und eigentlich auch keine Impfungen bei seinen Kindern habe durchführen lassen wollen. Sie seien aber letztlich doch geimpft worden.<sup>547</sup> In einem dritten Gespräch berichtete ein Betroffener, dass er sich später außer gegen Tetanus nicht mehr habe impfen lassen. Um die Impfungen seiner Tochter habe sich allerdings seine Frau gekümmert, in dieses Thema habe er sich nicht eingemischt.<sup>548</sup> Die jüngere Schwester eines der Opfer des Impfunglücks berichtete, dass sie ihre Kinder zwar habe impfen lassen, aber dabei auch nicht ganz frei von Bedenken gewesen sei. Sie habe es so gesehen, dass das Impfunglück ein großes Versehen oder ein großes menschliches Versagen gewesen sei und das so etwas bei jeder Impfung passieren könne. Sie habe ihre Kinder zwar beobachtet, aber darauf gehofft, dass es gut ginge.<sup>549</sup>

Abgesehen von diesen Erinnerungen war die Mehrheit der Gesprächspartner dem Thema „Impfungen“ gegenüber aber positiv eingestellt. Die meisten von ihnen berichteten, dass sie ihre Kinder später regulär hätten impfen lassen.<sup>550</sup> Ob ihr Nachwuchs auch die BCG-Impfung erhielt oder nicht, spielte dabei anscheinend eine untergeordnete Rolle. So berichtete die Ehefrau eines Betroffenen über ihren Sohn: „Diese Impfungen, die vorgeschrieben waren, die hat er alle gekriegt.“ Auf Nachfrage nach Bedenken bei der BCG-Impfung antwortete sie: „Das weiß ich gar nicht, ob er die gekriegt hat. [...] So Kinderlähmung und diese Impfungen, die hat er gekriegt.“ Sorgen hätten sie sich damals nicht gemacht, ihr Mann bestätigte dies: „Nee, für uns war das erledigt. Ich war gesund und fertig.“<sup>551</sup> So ähnlich sah es auch eine weitere Betroffene:

---

<sup>545</sup> Interview 10, Z. 369-384, Z. 394-414

<sup>546</sup> vgl. Interview 10, Z. 19, Z. 374-380, Z. 385-389

<sup>547</sup> vgl. Telefon-Interview 3, Z. 167-177, Z. 185-190

<sup>548</sup> vgl. Interview 12, Z. 302-333, Z. 746, Z. 751-789

<sup>549</sup> vgl. Telefon-Interview 1, Z. 86-94

<sup>550</sup> Zur Haltung zu Impfungen ihrer Kinder vgl. z. B. Interview 6, Z. 533-534, Z. 854-862; Interview 8, Z. 314-327; Interview 11, Z. 483-512, Z. 524-525; Interview 16, Z. 324-342, Z. 414-420

<sup>551</sup> Interview 5, Z. 289-301

*„Impfungen, die sein mussten, zum Beispiel die [...] Pockenimpfung, [...] die haben wir machen lassen [...]. Also was so sein musste für die Kinder, nein, das war ja 'ne ganz andere Impfung, [...] die haben sie alle drei gekriegt“.*<sup>552</sup>

Bedenken habe sie dabei nicht gehabt: „Nein, gar nicht, nein, wie gesagt, das ist alles untergegangen, das ist abgeschlossen für uns gewesen, wir sind dankbar, dass wir nicht so krank waren“.<sup>553</sup> Die BCG-Impfung war bei diesen Gesprächspartnern gar nicht mehr präsent; nach Meinung einer weiteren Betroffenen, deren Kind ebenfalls an allen Schulimpfungen teilgenommen habe, sei die Impfung gegen Tuberkulose damals „ganz von der Bildfläche verschwunden“.<sup>554</sup>

Dass in den Gesprächen mit den Zeitzeugen so wenig Bedenken gegenüber Impfungen geäußert wurden, war geradezu überraschend. Insbesondere bei dieser Gruppe wäre eine solche Reaktion nachvollziehbar gewesen. Eine mögliche Erklärung für dieses Ergebnis könnte der große zeitliche Abstand zum Impfungslück oder der auch für die Gesprächspartner erkennbare wissenschaftliche Fortschritt sein. Aber auch der Umstand, dass sie ihre eigene Erkrankung gar nicht bewusst erlebten, sollte als Begründung nicht außer Acht gelassen werden. Damit erklärte zumindest eine Betroffene, warum ihr Vater seit dem Unglück Impfgegner gewesen sei, sie später aber ihre eigenen Kinder und auch sich selbst habe impfen lassen:

*„Na, ich hab es ja aber nicht erlebt. Also es ist vielleicht anders, wenn man das erlebt [...] und um, ja, [...] den kleinen Wurm bangt, dass man dann noch anders ist als, für mich ist das ja, ich hab keine Erinnerungen daran.“*<sup>555</sup>

Einen weiteren Denkanstoß neben den Impfungen ihrer Kinder, bei denen sich die Betroffenen zum Teil mit ihrer eigenen Vergangenheit konfrontiert sahen, bildete der 1964 ausgestrahlte Fernsehfilm „Der Fall Calmette“.<sup>556</sup> Bei diesem Film, der sich hauptsächlich mit dem Calmette-Prozess beschäftigte, handelte es sich um ein sogenanntes „Dokumentarspiel“. Dabei wechselten sich Spielszenen aus dem Gerichtssaal und aus der Zeit der Impfungen mit Kommentaren eines Juristen ab – eine Art Mischung aus Kriminalfilm und Dokumentation. Der Film selbst war der zweite Teil einer drei Fälle umfassenden und im Zweiten Deutschen Fernsehen ausgestrahlten Reihe namens „Das

---

<sup>552</sup> Interview 9, Z. 405-413

<sup>553</sup> Interview 9, Z. 414-417

<sup>554</sup> Interview 3, Z. 213-224

<sup>555</sup> Interview 16, Z. 333-337

<sup>556</sup> Der Fall Calmette. Reihe: Das Kriminalgericht. Regie: Georg Tressler. Drehbuch: Peter Ernst, Günther Wolf. BRD: Tele-Universal Film- und Fernsehproduktion GmbH 1963/64, Zweites Deutsches Fernsehen, Sendedatum 21.05.1964, Dauer 61 Min.

Kriminalgericht“. Der erste Teil dieser Reihe, „Der Fall Krantz“, handelte von dem auch als „Steglitzer Schülertragödie“ bekannt gewordenen Vorfall aus dem Jahr 1927 und seiner gerichtlichen Aufarbeitung, er war ebenfalls mit einem juristischen Kommentar versehen. Der dritte Teil, „Der Fall Nebe“, beschäftigte sich mit dem Schicksal des nationalsozialistischen „Reichskriminaldirektors“ Arthur Nebe. Alle Filme wurden 1964 ausgestrahlt.<sup>557</sup> Die Art dieser Sendungen passte offenbar in den Zeitgeist, schließlich wurden in diesen Jahren zahlreiche kriminalistische sogenannte „Straßenfeger“ produziert, z. B. die Francis-Durbridge- oder Edgar-Wallace-Filme.

Der Film über die gerichtliche Aufarbeitung des Lübecker Impfunglücks wurde in vier Interviews erwähnt und prägte vielleicht auch das Bild der Gesprächspartner vom Impfunglück bzw. wurde Teil ihrer Erinnerungen daran. So benutzte ein Betroffener, bevor er auf das Dokumentarspiel zu sprechen kam, einen Ausdruck, der ihm möglicherweise aus dem Film im Gedächtnis geblieben war. Vorher hatte er im Prozessurteil geblättert und etwas über das Bekanntwerden des Unglücks vorgelesen:

*„An die Presse heranzutreten, um zu verhindern, dass die Angelegenheit auf nichtamtlichem Wege allgemein bekannt war.“ Also sofort alles vernichten. Es gab mal einen Dokumentarfilm im Fernsehen, das ist aber, ach, [...] da gab's noch gar kein Farbfernsehen.“<sup>558</sup>*

Ein nur leicht abgewandelter Satz, nämlich „Sofort alle Calmette-Kulturen vernichten! Sofort!“, fiel in diesem Fernsehfilm. Die Anweisung des Darstellers von Georg Deycke an die Darstellerin Schwester Anna Schützes wurde „als eine der entscheidendsten Szenen“ auch in einer Ankündigung des Films in der Presse genannt (Abb. 15). Allerdings wurden auch im Prozessurteil ähnliche Formulierungen verwendet.<sup>559</sup>

Zwei Schwestern von Betroffenen erwähnten den Film ebenfalls im Interview. Eine von ihnen berichtete, dass dort „die ganze Geschichte, mit den Schwestern und so“, gezeigt worden sei.<sup>560</sup>

---

<sup>557</sup> vgl. Steinbauer, Hans-Gerhard: Die Krimihompage. Kriminalgericht, online unter: <http://krimiserien.heimat.eu/k/kriminalgericht.htm> (Tag des Zugriffs: 08.03.2017)

<sup>558</sup> Interview 6, Z. 326-334; zitierter Satz aus dem Urteil, S. 60

<sup>559</sup> z. B. „Darauf gab Deycke der Schwester die Anweisung, sofort diese 3 Emulsionen zu vernichten und ferner sofort die Emulsionen von der Entbindungsanstalt holen zu lassen und gleichfalls zu vernichten.“ Urteil, S. 57

<sup>560</sup> Interview 1, Z. 306-316. Gleichfalls erwähnt wurde der Film in Telefon-Interview 1, Z. 12.



Abb. 15: Presseankündigung zum Fernsehfilm „Der Fall Calmette“

Bedeutsam war der Dreh dieses Fernsehfilms auch für die Familie Ernst Altstaedts.<sup>561</sup> Altstaedt selbst war bereits 1953 verstorben, für seine Witwe war die Darstellung ihres Mannes in diesem Film aber natürlich von großer Wichtigkeit. Dementsprechend reagierte sie offenbar umgehend, als sie 1963 von den Dreharbeiten für diesen Film aus der Zeitung erfuhr.<sup>562</sup> Sie wandte sich an das Zweite Deutsche Fernsehen als Auftraggeber des Fernsehfilms und bat um Einsichtnahme in Drehbuch und Film vor der Ausstrahlung: „Denn ich müsste Widerspruch gegen diese Sendung erheben, wenn dadurch das Ansehen meines Mannes geschädigt würde.“<sup>563</sup> Nach einer Information über die Filminhalte durch die Produktionsfirma, die sich aber nicht für zuständig hielt, über eine Einsichtnahme zu

<sup>561</sup> Seine Tochter berichtete ebenfalls mehrfach von dem Film (vgl. Interview 4, Z. 132-140, Z. 257-259, Z. 263-267, Z. 353-355, Z. 593-605).

<sup>562</sup> vgl. Zeitungsausschnitt: Autorenkürzel cep: Das 2. Programm bringt nach dem „Fall Rohrbach“ den Lübecker Calmette-Prozeß. Aktueller Bezug zu den Contergan-Fällen der Gegenwart. Dreharbeiten in Hamburg – Schauplätze werden rekonstruiert, in: L. N. [handschriftlich notiert, Kürzel der Lübecker Nachrichten], 16.06.1963 (Unterlagen Interview 4)

<sup>563</sup> Schreiben an die Hauptabteilung Fernsehspiel Mainz, ohne Unterschrift [vermutlich Durchschlag, offensichtlich von Frau Dr. Altstaedt], 19.06.1963 (Unterlagen Interview 4)

entscheiden, wandte sich Frau Altstaedt 1964 mit der erneuten Bitte um Einsichtnahme in Drehbuch und Film an das Justizariat des ZDF. Als weitere Begründung führte sie an, dass sie dem Schreiben der Produktionsfirma entnommen habe, dass für den Film „ausser den Gerichtsakten auch Presseberichte aus der damaligen Zeit herangezogen“ worden seien. Dieser Umstand erfülle sie „doch mit einer gewissen Sorge“.<sup>564</sup> Ihre Bitte wurde aber vom Justizariat des Zweiten Deutschen Fernsehens „aus grundsätzlichen Erwägungen“ abgelehnt, da ein „ordnungsgemäßer Sendeablauf“ nicht mehr gewährleistet sei, „wenn ein Teil der Produktionen bereits vor der Ausstrahlung privaten Interessenten zugänglich gemacht würde“. Die Sendung „Der Fall Calmette“ sei aber „eingehend, insbesondere auch von juristischer Seite auf etwaige Persönlichkeitsrechtsverletzungen hin, überprüft worden“. Der Film stütze sich inhaltlich auf die Akten der Gerichtsverhandlungen, Presseberichte fänden nur am Rande Erwähnung. Die von Frau Altstaedt genannten Befürchtungen seien deshalb unbegründet.<sup>565</sup> Dass Frau Altstaedt sich in einer deutschlandweit ausgestrahlten Sendung um die Darstellung ihres Mannes sorgte, die bei einer nur einstündigen Produktion geradezu verkürzt sein musste, ist nachvollziehbar. Die Presseberichterstattung hatte sie damals selbst mitverfolgen können und fürchtete vermutlich deren zum Teil polemische, wenn nicht gar falsche Äußerungen, die in einem Fernsehfilm die Zeit hätten überdauern können. Was sie letztlich von dem Film hielt, ließ sich anhand der vorhandenen Unterlagen nicht mehr rekonstruieren; denn außer verschiedenen Ankündigungen und einer Rezension des Films fanden sich keine weiteren Hinweise. Der besagte Rezensent der Lübecker Nachrichten befand zumindest, dass der Fernsehfilm „die ganze Tragik“ des Impfunglücks in seiner nur einstündigen Dauer nicht habe erfassen können. So seien einerseits die beiden Angeklagten Deycke und Altstaedt – ähnlich wie von seiner Frau wohl befürchtet – verkürzt dargestellt worden. Die Aufarbeitung der Filmfigur Altstaedt habe dem echten Menschen nicht gerecht werden können:

---

<sup>564</sup> Schreiben an den Herrn Justitiar des ZDF Hauptabteilung, ohne Unterschrift [vermutlich Durchschlag, offensichtlich von Frau Dr. Altstaedt], 19.04.1964; vgl. Schreiben des Geschäftsführers, Tele Universal, Film- und Fernseh-Produktion GmbH, Hamburg-Wandsbek, an Frau Dr. Altstaedt, Hamburg, 05.07.1963 (beide Unterlagen Interview 4)

<sup>565</sup> Schreiben vom Zweiten Deutschen Fernsehen, Anstalt des öffentlichen Rechts, Verwaltungsdirektion, Justizariat, an Frau Dr. Altstaedt, Mainz, 28.04.1964, Betr.: Produktion „Der Fall Calmette“ (Unterlagen Interview 4)

*„Obermedizinalrat Dr. Altstaedt – das war auf dem Bildschirm ein kühler, nüchterner Beamtentyp; verborgen blieb, daß sein ganzes Wirken dem Kampf gegen die Tuberkulose gewidmet war, die ihm die erste Frau entrissen hatte.“<sup>566</sup>*

Andererseits sei das unermessliche Leid der betroffenen Familien nicht ausreichend dokumentiert worden:

*„Hier hätte es nicht bei schwarzen Kleidern bewenden bleiben dürfen, um der Sendung die erschütternde Ausstrahlung zu geben, die vor fast 34 Jahren von Lübeck aus in die Welt getragen wurde, die heute noch nicht vergessen ist und ständig eine Mahnung bleiben wird.“<sup>567</sup>*

Zumindest für den Autoren dieses Zeitungsartikels war das Impfungsglück rund 30 Jahre später noch so präsent, dass er diese flammenden Abschlussworte für seine Rezension fand. Möglicherweise hatte er die Katastrophe in jungen Jahren selbst miterlebt. Die Betroffenen, die diesen Film sahen, erlebten hier erstmalig einen Teil der Ereignisse in Bildern, an die sie selbst keine Erinnerungen besaßen. Auch wenn der Film offenbar Schwächen hatte, wird er die damals selbst Beteiligten sicher berührt haben – wenn auch vielleicht in einer eher ablehnenden Weise wie den Rezensenten.

Mit zunehmendem Alter der Betroffenen wurden die Berührungspunkte mit dem Impfungsglück immer weniger. Einige Zeitzeugen berichteten über Bekannte aus Schulzeiten oder aus dem Arbeitsleben, die ebenfalls geimpft worden waren. Einen offiziellen Zusammenschluss der damals Geimpften gab es aber nicht mehr. Die Witwe eines Betroffenen erzählte, dass ihr Mann diesen Umstand später gern geändert hätte:

*„Ich weiß nur, dass mein Mann einmal gesagt hat, er hat sich mal erkundigt, ob da noch irgendwelche Überlebende sind von damals und, aber er hatte nie jemanden angetroffen. [...] er wollte ja immer sich mit einigen Leuten treffen und deshalb hat er sich ja auch nach Adressen erkundigt, aber die ja nie ausfindig gemacht. Vielleicht war er auch nicht intensiv genug auf der Suche, das kann natürlich auch sein. Aber das hat er mitunter gesagt, man könnte sich ja mal treffen und mal sehen, wie es den Leuten geht und ob man nicht irgendwie einen Verein gründen könnte“.<sup>568</sup>*

Diesem Betroffenen fehlten offenbar die eher zufälligen Kontakte anderer Geimpfter, die so zumindest einen gewissen Einblick in das Leben weiterer ehemaliger „Calmette-Kinder“ hatten. Anscheinend hätte er sich gern mit anderen Beteiligten ausgetauscht.

---

<sup>566</sup> Zeitungsausschnitt: Hallerbach, Walter: 77-Tage-Prozeß in einer Stunde. Der „Fall Calmette“ brachte die ganze Tragik nicht zum Ausdruck, in: Lübecker Nachrichten (23.05.1964), S. 7, weitere Angaben fehlen (Unterlagen Interview 4)

<sup>567</sup> Zeitungsausschnitt: Hallerbach: 77-Tage-Prozeß in einer Stunde (Unterlagen Interview 4)

<sup>568</sup> Interview 10, Z. 613-616, Z. 636-646



Grund für diese Isoliertheit im Vergleich zu anderen Gesprächspartnern war wohl, dass er etwas außerhalb Lübecks aufgewachsen war und dort sein Leben lang blieb. So konnten sich im Gegensatz zu anderen Zeitzeugen z. B. keine Begegnungen am gemeinsamen Arbeitsplatz ergeben. Sein Interesse am Impfunglück blieb offenbar sein Leben lang bestehen oder wurde sogar im höheren Alter stärker – in Rückschau auf das eigene Leben gewann die früheste Kindheit vielleicht erneut an Bedeutung. Ähnliches gilt für einen anderen Betroffenen. Auch er begann sich anscheinend erst mit zunehmendem Alter vermehrt für das Impfunglück zu interessieren. Er hatte Lübeck allerdings als Kleinkind verlassen und seine Kindheit in Stettin verbracht. Dementsprechend hatte er als Kind keine Möglichkeit, Informationen über das Impfunglück z. B. über Freunde oder über die Interessengemeinschaft zu erlangen. Vielleicht interessierte ihn seine Vergangenheit deshalb besonders. So zeigte er während des Interviews seine Sammlung an Zeitungsartikeln zum Impfunglück aus der jüngeren Vergangenheit: „Was ich in der Zeitung gefunden habe, hab ich mir alles ausgeschnitten.“<sup>569</sup> Dabei stieß er auch auf die Ankündigung eines Vortrags über das Impfunglück in der Lübecker Universität. Damit ist er der einzige der hier dargestellten Betroffenen, für den dieser Vortrag ein erneuter Anstoß zur Auseinandersetzung mit seiner Vergangenheit war.<sup>570</sup> Gleichzeitig war sein Erscheinen dort auch der Anstoß für das Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks“ selbst. Der Gesprächspartner berichtete, dass er am Vortrag im Winter 2010 teilgenommen habe, um weitere Informationen über das Unglück zu erlangen: „Wollte ich doch hören, was daraus geworden ist.“<sup>571</sup> Bei diesem Vortrag sei auch der Norddeutsche Rundfunk anwesend gewesen; eine Mitarbeiterin habe ihn angesprochen und von einem Interview überzeugt:

*„Dann war ja diese Zeitungsanzeige über den Vortrag bei den Studenten, [...] hab mir das dann angehört und da war dann das Fernsehen, das Dritte, NDR war da und die haben mich danach ausgemacht, weil ich der Einzige war, der altersmäßig betroffen sein könnte und haben mich dann gekrallt, [...] nach dem Vortrag. Ich bin dann nach hinten gegangen und hab gefragt nach dieser Prozessakte und da bin ich gesehen worden [...]. Und da hat die mich gesehen und hat mich dann gleich angesprochen und*

---

<sup>569</sup> Interview 11, Z. 623

<sup>570</sup> Zumindest berichtete keiner der anderen Zeitzeugen von einer Kenntnisnahme der Ankündigung oder einer Teilnahme an diesem Vortrag.

<sup>571</sup> Interview 11, Z. 717-720

*ich wollte, ich hab gesagt, ich kann nicht, nur das, was ich Ihnen jetzt auch gesagt hab, trotzdem hat sie sich dafür interessiert und ich bin dann ins Fernsehen geraten.“<sup>572</sup>*

Ohne das späte Interesse des Betroffenen an diesem Thema wäre die vorliegende Arbeit möglicherweise gar nicht zustande gekommen.

Das Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks“, der damit verbundene Zeitungsaufruf und selbstverständlich das Interview zu ihrer Vergangenheit als Betroffene oder als nahestehende Personen von Betroffenen waren die vorerst letzten großen Anlässe für die Gesprächspartner, sich noch einmal intensiv mit diesem Thema zu befassen. Das neue Interesse der Autorin an ihrer Geschichte nahmen sie wohlwollend auf. Abgesehen davon hatten sie die Präsenz des Impfunglücks in ihrem persönlichen Umfeld bisher sehr unterschiedlich wahrgenommen. So berichtete beispielsweise die Enkelin Heinrich Wibels, wie viele ihrer Bekannten vom Impfunglück und dem Prozess gehört hätten:

*„Es war ja offensichtlich ein wirklich großer Skandal, wenn man das Wort nehmen will, weil das, wenn man das anspricht, doch viele das wissen, die gar nicht jetzt Lübecker sind und überhaupt nichts damit zu tun haben. [Das] muss [...] wirklich so durch alle Zeitungen gegangen sein, dass das viele auch, dabei schalten, also dass da was war.“<sup>573</sup>*

Im Gegensatz dazu erzählte die Ehefrau eines Betroffenen, dass vom Impfunglück zumindest in ihrem Umfeld nur wenige gehört hätten: „Denn an und für sich ist das unbekannt. Wenn mein Mann mal erzählt, dass er, das kennen eigentlich wenige.“<sup>574</sup> Da ihr Bekanntenkreis vermutlich zu einem großen Teil aus etwa gleichaltrigen Personen bestand und der Betroffene seit seiner Geburt in Lübeck lebte, war diese Wahrnehmung des Ehepaars überraschend. Gerade in dieser Konstellation wäre doch ein hoher Bekanntheitsgrad des Impfunglücks zu erwarten gewesen. Weitere Gesprächspartner hatten den Eindruck, dass sich lange niemand für dieses Thema interessiert habe. So erschien es einer Betroffenen, als ob das Impfunglück und mit ihm die „Calmette-Kinder“ vollkommen in Vergessenheit geraten seien: „Das ist irgendwie, das ist alles untergegangen. Vielleicht sollte es so sein, ich weiß es nicht.“<sup>575</sup> Die Witwe eines Betroffenen bestätigte diese Ansicht: „Es war ja auch wirklich so, es hat ja auch wirklich keiner Interesse gezeigt“.<sup>576</sup> In der Familie ihres Mannes sei das Impfunglück zum

---

<sup>572</sup> Interview 11, Z. 44-56. Gemeint sind der bereits in Unterkapitel 3.2 erwähnte Vortrag „Fortschritt und Fortschritts Glaube: Ein Rückblick auf den Lübecker Impfskandal von 1930 und seine Bedeutung für die Biomedizin des 20. Jahrhunderts“ von Christian Bonah am 16.12.2010 sowie der am 01.02.2011 vom NDR gesendete Beitrag.

<sup>573</sup> Interview 15, Z. 72-76

<sup>574</sup> Interview 5, Z. 160-161

<sup>575</sup> Interview 9, Z. 400-404

<sup>576</sup> Interview 10, Z. 610-616

Zeitpunkt ihrer Heirat und auch danach nicht mehr thematisiert worden. Dass Jahre später dieses Projekt entstehen sollte, habe man damals nicht vorausahnen können:

*„Dann war da schon Gras drüber gewachsen, wie man so schön sagt. Da wurde da nicht mehr so viel geredet und gesprochen. Das – aber wenn man das alles geahnt hätte, dass Sie eines Tages mal hier sind – [lacht] – und Fragen stellen, hätte man sich vielleicht da doch noch etwas mehr für interessiert und nachgefragt“.<sup>577</sup>*

Ob ihr selbst möglicherweise das Interesse an dieser Vergangenheit ihres Mannes fehlte oder ob sie ein Thema nicht wieder anschneiden wollte, mit dem ihre Schwiegerfamilie abgeschlossen hatte, blieb fraglich. Doch selbst wenn das Lübecker Impfunglück nicht mehr im Tagesgeschehen dieser Gesprächspartner präsent war, ist es sicherlich noch nicht in Vergessenheit geraten. Schon die unerwartet große Reaktion auf die Bekanntgabe des Forschungsvorhabens zeigte, wie viele Menschen sich noch mit dem Impfunglück beschäftigten und das Projekt gerne unterstützen wollten.

Auf das Interview, das sich ihrer Geschichte widmen sollte, bereiteten sich die Gesprächspartner entsprechend vor. So berichteten mehrere von ihnen, speziell für das Interview gewisse Unterlagen wie z. B. das Prozessurteil oder Dokumente und Zeitungsausschnitte zum Impfunglück herausgesucht zu haben, die bis dahin zum Teil jahrelang unberührt in einem Schrank oder auf dem Dachboden gelegen hatten. Ein Betroffener und seine Ehefrau wollten nach dem Interview, in dem mehrere ihnen unbekannte Themen wie Sanatoriumsaufenthalte zur Sprache gekommen waren, erneut das Prozessurteil lesen: (*Ehefrau*: „Ich werde da später auch noch mal mehr drin lesen [...]“.) „Ja, jetzt werden wir da noch mal mehr reingucken, sonst hab ich da nicht reingeguckt, nö.“<sup>578</sup> Nur die ältere Schwester eines Betroffenen überließ der Autorin sämtliche ihrer Dokumente zum Impfunglück – mit Ausnahme der Zeitung, auf der ihre Großmutter abgebildet war und die für sie deshalb eine besondere Bedeutung hatte. Alle anderen Gesprächspartner liehen ihre Dokumente bereitwillig aus, baten aber um Rückgabe derselben. Anscheinend besaßen sie weiterhin eine gewisse Bedeutung für sie, auch wenn sie vor Jahren das letzte Mal hervorgeholt worden waren. In einigen Fällen hatten auch ihre Kinder bei der Erwähnung des Interviews auf einmal Interesse an diesen Dingen bekundet. So berichtete z. B. die Witwe eines Betroffenen: „Mein Sohn hat auch gleich gesagt, ‚wenn du das dann nachher wieder hast, das interessiert mich auch‘. Also er hatte sich da bisher auch noch nie für interessiert.“<sup>579</sup> Eine Betroffene erzählte, dass sie das Prozessurteil

---

<sup>577</sup> Interview 10, Z. 538-546

<sup>578</sup> Interview 5, Z. 241-243

<sup>579</sup> Interview 10, Z. 607-609

zweimal an sie behandelnde Ärzte ausgeliehen habe. Vielleicht wollte sie sich diese Option für die Zukunft erhalten und ihre Unterlagen deshalb nicht ganz aus der Hand geben. Möglicherweise wollte sie die Entscheidung über den Verbleib der Dokumente aber auch ihrer Familie überlassen, selbst wenn sie recht sicher zu sein schien, dass ihre Kinder diese Dinge wegwerfen würden:

*„Das dürfen Sie sich ausleihen, wenn ich's wieder krieg. [...] Ich meine, ich weiß es nicht, ob meine Kinder Wert drauf legen, meine Tochter, die sprach es an, weil ich gesagt hatte, dass Sie sich gemeldet hätten und so weiter und sagte, ‚ja, weißt du denn noch einiges und so‘, ich sag, [...] ‚die Kinder haben keine Interessen und die Enkelkinder sind auch schon erwachsen, [...] also die werden auch keine Interessen mehr dran haben, was die alte Oma mal gehabt hat‘. [...] es ist nur eben halt, dass ich es noch aufgehoben hab, und es ist zweimal verliehen worden. Einmal, wie ich [...] [als Seniorin im Krankenhaus] war und da bin ich mit dem Oberarzt ins Gespräch gekommen und der [...] war [...] selbst interessiert gewesen an dieser Calmette-Geschichte. Wir konnten uns unterhalten und das hörte noch ein anderer Arzt [...] und der hatte dann gefragt, ob ich ihm das ausleihen konnte und das hab ich gemacht. Und auch meine Hausärztin hat sich das auch mal ausgeliehen gehabt, also warum sollte man das nicht geben? Hier liegt es nur rum und meine Kinder werden es mal vernichten, also, so ist es ja.“<sup>580</sup>*

Abgesehen davon, dass die Gesprächspartnerin schon in dieser kurzen Passage die Bedeutung ihrer Unterlagen so unterschiedlich einschätzte, fiel hier auf, dass sie auch als Seniorin noch ihre Vergangenheit als Betroffene des Impfunglücks erwähnte. Vielleicht kam das Thema beim Erheben der Anamnese auf, denn außer durch ihre eigene Erwähnung konnten diese Gespräche mit ihren Ärzten eigentlich nicht zustande gekommen sein.<sup>581</sup> Die Betroffene berichtete weiter, dass die Angabe, als Säugling an Tuberkulose erkrankt zu sein, für sie bei einem Krankenhausaufenthalt geradezu verhängnisvoll gewesen sei: Sie sei daraufhin mit dem – völlig unberechtigten – Verdacht auf eine Tuberkuloseinfektion isoliert worden. Offenbar handelte es sich dabei um ein großes Missverständnis, das aber

---

<sup>580</sup> Interview 9, Z. 71-89

<sup>581</sup> Dass ihr Mann die Beteiligung am Impfunglück bei dieser Gelegenheit erwähnt habe, berichtete die Ehefrau eines anderen Betroffenen: „Sogar wie er zum Hausarzt [ging], [...] da kamst du zuerst und da hat er gefragt, was du alles hattest. Und da hast du's auch vom Calmette gesagt.“ (Interview 5, Z. 314-317) Zur gesundheitlichen Vergangenheit dieses Betroffenen gehörte selbstverständlich auch seine Beteiligung am Impfunglück. Trotzdem war es in diesem Fall auffällig, dass er sie erwähnte, weil die Tuberkuloseinfektion bei ihm später keinerlei Auswirkungen mehr hatte und er diese Tatsache im Interview auch mehrfach betonte.

erst sehr umständlich habe aufgeklärt werden müssen.<sup>582</sup> Die Ereignisse ihrer frühesten Kindheit waren für diese Betroffene also noch im hohen Alter ein Ärgernis.

Eine andere Betroffene berichtete, dass sie einige Monate vor dem Interview nach einer Operation im Krankenhaus gelegen und dort bei der Visite erzählt habe, ein „Calmette-Kind“ zu sein. Mit dieser Aussage erntete sie im Gegensatz zu der vorher dargestellten Betroffenen aber lediglich Interesse und Erstaunen:

*„Da habe ich das mal, als die Operation längst vorbei war und alles, und der Professor [...] zur Visite kam mit seinem Stab da, und da sag ich, so und so. ‚Achso‘, sagt der Professor [...], die jungen Ärzte sagten: ‚Was sind Sie?‘[...] Und der Professor [...] guckte: ‚Sie?‘ ‚Ja.‘ ‚Aha, haben Sie Beschwerden?‘ Ich sag, ‚nein‘. Aber ich glaube, er hat doch 'ne Notiz nachher gemacht“.*<sup>583</sup>

Offenbar war ihr ihre Vergangenheit doch so wichtig, dass sie sie bei dieser Gelegenheit – und vielleicht auch vor diesem besonderen medizinischen Publikum – erwähnte, auch wenn sie keine gesundheitlichen Schädigungen davongetragen hatte und das Impfunglück in ihrem späteren Leben nicht sonderlich präsent zu sein schien.

Während die bisher dargestellten Betroffenen ihre Unterlagen zumindest aufbewahrten oder sogar ergänzten – z. B. um neue Zeitungsausschnitte –, reagierte eine weitere Betroffene völlig anders auf den Fund einer solchen Dokumentensammlung:

*„[Mein Vater] hat das alles gesammelt, also alles, das damit zusammenhing von Anfang an, das hatte er gesammelt und gebunden. [...] Also insofern waren sie [die Eltern] schon sehr, ja, auf dem Laufenden, was da los war. [...] Ich hab im Grunde genommen nach dem Tode meiner Eltern, wie das Haus aufgelöst wurde, da hab ich einen alten Schrank, der war, stand bei uns im Spielzimmer, da hatten wir die Spielsachen drin, und oben, obendrauf war so 'ne Schieblade, [...] solche verborgene Schieblade, sah aus wie 'ne Verzierung. [...] Und da stellte ich aber fest, die konnte man rausziehen. Und in dieser Schieblade lag dieses Buch [...] über Calmette. [...] diesen Schrank, den hat jetzt meine Tochter noch, und das Buch haben wir dann damals entsorgt. Das war ja lange her und wen interessierte das nun noch, das ist wie '70/'71 der Krieg [...]. Das war Vergangenheit.“*<sup>584</sup>

Diese Gesprächspartnerin trennte sich rigoros von einem Teil ihrer Vergangenheit, der für sie in weiter Ferne lag. Ein solches Verhalten war unter den Gesprächspartnern einzigartig, denn selbst diejenigen, die zum Zeitpunkt des Interviews keine Dokumente (mehr)

---

<sup>582</sup> vgl. Interview 9, Z. 429-439, Z. 485-516

<sup>583</sup> Interview 3, Z. 134-143

<sup>584</sup> Interview 16, Z. 190-195, Z. 449-458

besaßen, berichteten jemals davon, dass sie sich selbst von diesen Dingen getrennt hätten. Im Gesprächsverlauf erklärte die Betroffene diesen Schritt noch genauer:

*„Das war bei mir so weit weg, das ist, also ich hab da keine Beschwerden, und das war so weit weg, also das war wie Zähnekriegen oder Laufenlernen oder was weiß ich, also ich war da nun eben mal krank und hab das überstanden [...] und damit war die Sache erledigt für mich.“*<sup>585</sup>

Erst das Interview sei für sie ein Anlass gewesen, sich wieder mit dem Impfunglück zu befassen: „Bis Sie kamen, existierte das nicht.“ [lacht]<sup>586</sup>

Schon anhand dieser kleinen Beispiele lässt sich erkennen, wie unterschiedlich der in den Interviews thematisierte Umgang mit der Vergangenheit als „Calmette-Kind“ oder Nahestehender eines solchen war. Am einen Rand des Spektrums findet sich die Sichtweise der gerade dargestellten Betroffenen, die mit dem Impfunglück vollkommen abgeschlossen hatte und sich auch als Erwachsene nicht mehr dafür interessierte – natürlich abgesehen davon, dass sie, wenn auch über Umwege, zumindest Kontakt zur Autorin aufnahm.<sup>587</sup> Mit Sicherheit gab es auch am Impfunglück Beteiligte, die sich gar nicht als Zeitzeugen zur Verfügung stellten, weil sie kein Interesse an dieser Vergangenheit hatten oder aus anderen Gründen nicht mehr darüber sprechen wollten.<sup>588</sup> Dieser Umgang mit dem Thema „Lübecker Impfunglück“ konnte in der vorliegenden Arbeit natürlich nicht abgebildet werden.

Am anderen Rand lässt sich die Witwe des jüngeren Bruders eines der Opfer des Impfunglücks verorten, deren Verbindung zu diesem Ereignis nur über mehrere Zwischenglieder zustande kam. So konnte sie das erste Kind ihrer Schwiegereltern, das als Säugling an den Folgen der Impfung starb, natürlich nie kennenlernen. Trotzdem hatte das Geschehene in der Familie ihres Mannes für sie offenbar eine so deutliche Präsenz, dass sie sich als Zeitzeugin meldete.

---

<sup>585</sup> Interview 16, Z. 414-417

<sup>586</sup> Interview 16, Z. 339

<sup>587</sup> Der Kontakt zu dieser Betroffenen, die als junge Frau aus Lübeck weggezogen war, kam erst mehrere Monate nach dem Zeitungsaufruf in den „Lübecker Nachrichten“ Mitte Februar 2012 zustande. Die Betroffene erzählte später, dass sie von einer Schulfreundin von dem Aufruf erfahren habe. Deren Sohn habe das Projekt wohl im Internet entdeckt (vermutlich auf der Homepage des IMGWF). Daraufhin schrieb die Betroffene der Autorin einen Brief, in dem sie u. a. berichtete, ein „Calmette-Kind“ zu sein und unter keinen Nachwirkungen der Impfung zu leiden.

<sup>588</sup> In Interview 11 berichtete die Ehefrau eines Betroffenen z. B. von einem Geimpften, der mit diesem Thema nichts mehr zu tun haben wolle und deshalb auch nicht bereit zu einem gemeinsamen Interview mit ihrem Mann und ihr gewesen sei (vgl. Interview 11, Z. 338-339, Z. 451, Z. 576-578, Z. 600-610, Z. 647-661).

Dazwischen stehen die Erinnerungen der Tochter einer Betroffenen. Ihr war es zum einen möglich, die Erzählungen ihrer Mutter und ihrer Großmutter zum Impfunglück zu vergleichen. Zum anderen konnte sie als Tochter einschätzen, wie oft ihre Mutter von diesem Thema gesprochen und welche Relevanz es deshalb mutmaßlich für sie gehabt hatte. Das von dieser Gesprächspartnerin gezeichnete Bild ihrer Mutter als Betroffene des Impfunglücks könnte vielleicht sinnbildlich für die Ansichten der meisten Gesprächspartner stehen, in deren Leben die Beteiligung am Impfunglück zwar nicht vergessen worden war, aber doch nicht im Vordergrund stand:

*„Also das war eigentlich, wenn man sie ansprach darauf, klar, aber sonst nicht. Sie hat irgendwann, ist vielleicht zwei, drei Jahre her, gab es in der Zeitung einen Artikel [...] darüber, und da hat sie gesagt, ‚ach Mensch, ja guck mal, das ist ja‘ – das wollte sie auch ausschneiden, den Artikel. Da hat sie noch mal gesagt, ‚ja, da gehör ich ja auch zu, und jetzt wird das mal wieder bekannt gegeben‘, aber das war’s dann auch. Genauso wie meine Großeltern, ich hab nie den Eindruck gehabt, dass sie gelitten haben am Ende noch, und Jahrzehnte lang das ihr Lebensthema war.“<sup>589</sup>*

Ein Anlass wie der genannte Zeitungsartikel brachte diese Betroffene also gelegentlich auf das Thema „Lübecker Impfunglück“, von sich aus sprach sie aber kaum darüber. Das Impfunglück hatte bei ihr und auch bei mehreren anderen Gesprächspartnern offenbar noch eine gewisse Präsenz, die aber im Alltag überdeckt durch das jetzige Leben war. So ähnlich schilderte es die Tochter dieser Betroffenen selbst. Für ihre Mutter sei das Impfunglück zwar Teil ihres Lebens gewesen, habe aber keine besondere Rolle gespielt: „Das war überhaupt nicht obenauf bei ihr – es gehörte zu ihrem Leben sicher dazu, aber das war nicht oben.“<sup>590</sup> Die Gesprächspartnerin erinnerte sich, dass ihre Großmutter deutlich öfter über das Impfunglück gesprochen habe als ihre Mutter:

*„Meine Großmutter, die hat allerdings oft erzählt, [...] dass sie um meine Mutter gekämpft hat. [...] das muss auch für meine Großeltern 'ne schwere oder 'ne schlimme Zeit gewesen sein. [...] Also das hat sie, meine Großmutter, viel öfter erzählt als meine Mutter, ist ja auch klar, meine Großmutter war da ja auch anders beteiligt als meine Mutter. Das hat meine Großmutter oft erzählt, dass sie, ja, mit allen Mitteln für ihre Tochter gekämpft hat, dass sie überlebt.“<sup>591</sup>*

Möglicherweise beeinflusste das Impfunglück das Leben der Eltern der „Calmette-Kinder“ in einigen Fällen wirklich mehr als das der Betroffenen.

---

<sup>589</sup> Interview 8, Z. 335-346

<sup>590</sup> Interview 8, Z. 407-408

<sup>591</sup> Interview 8, Z. 428-439

Auch wenn ihre Vergangenheit als „Calmette-Kind“ – diesen Begriff habe ihre Mutter immer verwendet – nicht das Lebensthema dieser Betroffenen gewesen sei, fand ihre Tochter doch, dass ihre Beteiligung daran auf ihrer Beerdigung Erwähnung finden sollte. Schließlich hätte ein anderer Ausgang der Impfung ihr Leben sehr früh beenden können – ebenso wie das der anderen Gesprächspartner. Deshalb habe sie mit dem Pastor besprochen, dass er auch diesen Aspekt ihres Lebens in seiner Traueransprache anführen sollte: „Sie wäre fast gestorben und ist 81 geworden und das hat er auch noch mal erwähnt. Ich fand, das gehörte dann auch zum Ende dazu, dass man das noch mal sagt.“<sup>592</sup>

---

<sup>592</sup> Interview 8, Z. 361-367



## 5. Schluss

Das Lübecker Impfunglück war eine der größten medizinischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Dass die Beurteilung als medizinische Katastrophe allein aber viel zu kurz greift, konnte diese Arbeit zeigen. Denn das Impfunglück bedeutete eben nicht nur, dass Lübeck 1930 aus seinen kleinstädtischen Verhältnissen herausgerissen und kurzzeitig zum Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit ganz Deutschlands bis hin in die Vereinigten Staaten wurde. Auch dass Lübeck mit dem Calmette-Prozess 1931/32 noch einmal zum Schauplatz weltpolitisch bedeutsamer Geschehnisse wurde oder dass die Stadt seitdem einen Platz in der Geschichte der Medizin einnimmt, umfasst nicht die gesamte Tragweite des Impfunglücks. Das singuläre historische Ereignis wirkte vielmehr bis ins Heute fort. Zwar sind die Opfer des Impfunglücks schon über 80 Jahre begraben und ihre Grabsteine auf dem Vorwerker Friedhof nur noch mit Mühe zu entziffern. Überlebende des Impfunglücks aber gibt es bis heute und sie müssen mit der Tatsache, ein „Calmette-Kind“ zu sein, bis ins hohe Alter leben. Während dieses Leben zu Beginn von großer Sorge geprägt war – bei einigen von ihnen hing es am sprichwörtlichen „seidenen Faden“ –, entwuchsen die „Calmette-Kinder“ mit zunehmendem Alter der Gefahr und es stellte sich in ihren Familien ein Gefühl von Alltag ein. In diesem Alltag tauchte die Erinnerung an die Vergangenheit zumindest bei den wieder Gesunden und ihren Eltern immer seltener auf. Trotzdem prägte die Teilnahme am Impfunglück ihr Leben – und sei es nur, weil jeder Sommerurlaub an der See verbracht wurde. Die chronisch Kranken mussten sich mit ihrem Leiden letztlich arrangieren und lernen, mit ihrer körperlichen Einschränkung zu leben. In den ersten Jahren wurden sie vom Lübecker Staat noch vielfältig unterstützt, nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie dabei mehr oder weniger auf sich allein gestellt. Die eigene Vergangenheit war mittlerweile Geschichte geworden. Dass es immer noch Menschen gab, die diese Vergangenheit selbst miterlebt hatten, geriet in der Öffentlichkeit zunehmend in Vergessenheit.

Das Interview im hohen Alter bot den Betroffenen die Möglichkeit einer Rückschau auf ihr Leben als „Calmette-Kind“. Im Umgang mit dieser Vergangenheit zeigten sich in den Gesprächen mit den Zeitzeugen verschiedene Verhaltensmuster. Die Gruppe der Betroffenen mit Langzeitschäden wie z. B. einer Schwerhörigkeit setzte sich tagtäglich mit der eigenen Geschichte auseinander, da sie allein die tägliche Pflege des Ohrs oder die mangelnde Hörfähigkeit daran erinnerten. Die hier dargestellten Betroffenen schienen sich über die Jahre zwar mit ihrer Behinderung arrangiert zu haben. Trotzdem beeinflusste sie ihr gesamtes Leben und bereitete ihnen abgesehen von den bereits bestehenden

Einschränkungen auch neue Schwierigkeiten. So mussten sich mehrere Betroffene als Erwachsene am erkrankten Ohr operieren lassen. Für einen von ihnen war die durch die Eiterung im Mittelohr verursachte Hirnhautentzündung sogar lebensbedrohlich. Möglicherweise bedingte die tägliche Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit auch die Bereitschaft gerade dieser Gruppe Betroffener, sich als Zeitzeugen zur Verfügung zu stellen.

Die Betroffenen, die das Impfunglück ohne Langzeitschäden überstanden hatten, waren sich zwar auch im Alter ihrer Teilnahme an diesem historischen Ereignis bewusst, setzten sich aber im Alltag meist nicht damit auseinander. Dabei variierte der Grad an Interesse an der eigenen Vergangenheit bei diesen Betroffenen deutlich. Während einige von ihnen die Beteiligung am Impfunglück bei bestimmten Gelegenheiten gegenüber Außenstehenden erwähnten, war für andere erst das Interview Anlass, sich erneut mit dieser Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Bei jeder allgemeinen Betrachtung des Umgangs der „Calmette-Kinder“ mit ihrer Vergangenheit ist allerdings zu bedenken, dass dem ganzen Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks 1930“ ein Bias immanent ist. Schließlich konnten nur diejenigen Betroffenen oder Nahestehenden zu Wort kommen, die sich selbst für ein Interview zur Verfügung stellten. Diese Personen hatten also offenbar ein gewisses Interesse an der eigenen Geschichte. Andere möglicherweise vorhandene Gruppen von Betroffenen – beispielsweise diejenigen, die so weitgehend mit ihrer Vergangenheit abgeschlossen hatten, dass sie sich gar nicht als Zeitzeugen meldeten, oder jene, die aus Wut oder Verbitterung über die damaligen Ereignisse nicht zu einem Gespräch bereit waren – konnten hier nicht abgebildet werden. Dass es Betroffene dieser beiden Gruppen gab, wurde im Rahmen der Interviews berichtet. Außerdem war die Suche nach Zeitzeugen durch die Bekanntgabe vor allem in lokalen Zeitungen auch regional begrenzt. Möglicherweise erfuhren potentielle Gesprächspartner nie von der Existenz des Projekts – selbst wenn über Vermittlung Dritter auch der Kontakt zu Zeitzeugen außerhalb Lübecks hergestellt werden konnte. Trotz jener Lücken war der hier beschrittene Weg der einzig realistisch gangbare, um ein solches Projekt durchzuführen und das Erleben der Betroffenen und ihnen Nahestehender für die Zukunft festzuhalten. So ist jetzt eine weite Einsicht in das Leben der „Calmette-Kinder“ möglich, auch wenn sie nicht jedes einzelne Schicksal umfassen kann.

Bisher waren aus der Nachgeschichte des Impfunglücks vor allem medizinische und strafrechtliche Details bekannt. Im Rahmen dieser Arbeit konnten viele neue Erkenntnisse gewonnen und bereits bekannte Themengebiete ergänzt werden: Die Person Karl Genters mit seinem „Wundermittel“ Antiphthisin ist nach der medizinischen Aufarbeitung des

Impfunglücks durch Zeitgenossen nie mehr beachtet worden. Er steht einerseits sinnbildlich für die Verzweiflung der Eltern angesichts des Siechtums ihrer Kinder. Sie ließ die Eltern – menschlich völlig nachvollziehbar – nach jedem noch verfügbaren Strohalm greifen. Einige von ihnen waren in diesem Zustand sogar bereit, ihr Kind wiederholt einer derart schmerzhaften Prozedur wie der Injektionstherapie Genters zu unterziehen. Andererseits steht er für den Vertrauensverlust dieser Eltern in die Lübecker Ärzte und ihre medizinischen Methoden. Die todbringende Impfung war vom öffentlichen Gesundheitswesen empfohlen worden, nun sollten die eigenen Kinder in genau dem Krankenhaus behandelt werden, in dem auch der Impfstoff „verdorben“ worden war. Auch die Ärzte, die an der Einführung des Impfstoffs mitgewirkt hatten, waren in diesem Krankenhaus tätig. Dieser Institution erneut Vertrauen zu schenken, fiel vielen Eltern schwer. Genter nutzte diese Verzweiflung für sich aus und konnte mehrere Eltern als medizinische Laien für seine Methoden begeistern. Einige stilisierten ihn geradezu zum Retter ihrer Kinder. Wie bei so vielen Ereignissen, die Menschen zur Verzweiflung bringen, gab es mit Genter auch in Lübeck einen großen Profiteur der Katastrophe und des Unglücks anderer.

Die vom Lübecker Staat ergriffenen sozialpolitischen Maßnahmen waren bisher völlig unbekannt. Das Engagement Lübecks nach Entdeckung der Katastrophe war geradezu erstaunlich umfangreich und auch kostspielig. Mit diversen Maßnahmen sollte den betroffenen Familien möglichst umfassende Hilfe zuteil werden. Zwar konnte der entstandene Schaden auch so nie wieder gutgemacht werden, aber immerhin kümmerte man sich um die betroffenen Familien und vergaß nicht die Aufgaben des Staates in einer solchen Situation. Auch in rechtlicher Hinsicht bemühte sich Lübeck um eine möglichst genaue Aufklärung des Unglücks. Der Calmette-Prozess zog sich – zumindest aus damaliger Sicht – über eine so lange Zeit hin und beschäftigte so viele verschiedene Sachverständige, weil das Gericht die Ursachen der Katastrophe so gut wie möglich verstehen wollte. Nach gewissen Anlaufschwierigkeiten erklärte sich Lübeck außerdem recht schnell bereit, die geimpften Kinder unabhängig vom Ausgang des Prozesses zu entschädigen. Wie groß dabei der öffentliche Druck war, der zu dieser Entscheidung führte, lässt sich heute nur noch schwer abschätzen. Aber auch hier erklärte sich der Staat zumindest zur Übernahme von Verantwortung bereit. Die Organisation mithilfe eines Schiedsgerichts sollte die Wartezeit bis zur gerichtlichen Einigung möglichst kurz halten und zu gerechten Entscheidungen beitragen. In der Praxis vergingen zwischen den Schiedssprüchen und der tatsächlichen Auszahlung der Entschädigungen trotzdem viele Monate oder gar Jahre. Die finanzielle Lage Lübecks war in dieser Zeit angespannt,

außerdem fehlte mehrere Jahre nach dem Impfunglück vielleicht auch der öffentliche Druck, der 1930 zu raschen Entscheidungen geführt hatte. Der politische Umbruch tat möglicherweise sein Übriges.

Neben den staatlichen Maßnahmen war auch das private Engagement der betroffenen Eltern bemerkenswert. Zu dieser Zeit war die Kommunikation in größeren Gruppen und die Beschaffung von Informationen nicht so einfach möglich wie heute im Rahmen der medialen Vernetzung. Trotzdem gelang es den Eltern, zusammenzufinden und sich mithilfe eines Elternausschusses zu organisieren. So konnten sie geschlossen gegenüber dem Lübecker Staat und der Öffentlichkeit auftreten. Schon vor über achtzig Jahren verhielten sich die Eltern also als „mündige Erwachsene“, die nicht auf Hilfe von außen angewiesen waren, um ihre Interessen durchzusetzen.

Die „offizielle“ Nachgeschichte des Impfunglücks wurde durch den Zweiten Weltkrieg abgebrochen, der sowohl den städtischen als auch den staatlich organisierten Durchuntersuchungen ein Ende setzte und den auch die Interessengemeinschaft nicht überstand. Dieser weltpolitische Einschnitt zeigt, wie wenig planbar der langfristige Umgang mit den Betroffenen einer Katastrophe wie dem Impfunglück ist. Die erneute Katastrophe des Weltkriegs und schließlich auch noch des verlorenen Kriegs stellte so viele neue Herausforderungen an Lübeck und seine Einwohner, dass die „alte“ Katastrophe des Impfunglücks in Vergessenheit geriet. Dabei waren die langfristigen Auswirkungen des Impfunglücks auch zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht zu ermessen, das gefährliche Potential der Infektion wurde möglicherweise schlicht unterschätzt. Denn obwohl die Aufarbeitung des Impfunglücks offiziell mit der Auszahlung der Entschädigungen abgeschlossen war, wurden die Langzeitschädigungen durch die Tuberkuloseinfektion für die chronisch Kranken noch als Erwachsene zur gesundheitlichen Bedrohung. Eigentlich wäre eine weitere Entschädigung bei neuen Symptomen durchaus vorgesehen gewesen. Den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und damit das Ende aller Strukturen, die für eine erneute Entschädigung zuständig gewesen wären, konnte Anfang der 1930er Jahre aber kaum jemand vorausahnen. Auch ein Ereignis wie die Währungsreform war bei der Entscheidung für die Anlage der Entschädigungen auf Sparbücher nicht einzuplanen gewesen. Die langfristige Versorgung der Betroffenen scheiterte damit vor allem an äußeren Umständen. Dass sich nur wenige Betroffene nach dem Zweiten Weltkrieg um staatliche Unterstützung bemühten, ist einerseits dem Umstand zuzuschreiben, dass viele von ihnen als Erwachsene gesund waren. Andererseits hatten sie gelernt, mit ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung zu leben, die ohnehin nicht rückgängig zu machen war.

Über die Jahre bis ins Heute gerieten die Personen hinter der Katastrophe in Vergessenheit. Die juristische Aufarbeitung oder die Ursachen und medizinpolitischen Folgen der Katastrophe wurden erforscht, nach den Betroffenen fragte bis zu diesem Projekt aber niemand. Vielleicht hatten sich die ehemaligen „Calmette-Kinder“ in gewisser Weise auch selbst vergessen. Im Rahmen der Interviews zeigten sich viele von ihnen zwar interessiert, ob und wie viele andere Überlebende es noch gäbe. Zwischen einigen Betroffenen bestand auch im privaten Rahmen Kontakt und bei zufälligen Begegnungen mit anderen Geimpften sprach man gelegentlich über die gemeinsame Vergangenheit. Zu einem Treffen einer größeren Gruppe von Betroffenen scheint es aber nie mehr gekommen zu sein. Ein solcher Zusammenschluss der Geimpften hätte neben der Pflege persönlicher Kontakte auch dazu genutzt werden können, um gemeinsame Interessen zu vertreten und beispielsweise erneut Schadensersatzansprüche gegenüber der Stadt Lübeck durchzusetzen. Möglicherweise reichte die gemeinsame Vergangenheit als „Calmette-Kinder“, deren entscheidender Teil vor dem bewussten Erleben der Geimpften stattgefunden hatte, aber einfach nicht für eine derartige Identifikation aus. Vielleicht hatten manche Betroffene auch ganz bewusst mit dieser Vergangenheit abgeschlossen oder im Alltag das Interesse daran verloren. Für diese Betroffenen hätte dementsprechend auch eine erneute Entschädigung keine Bedeutung mehr gehabt. Dass das Impfunglück die selbst Betroffenen in seiner Bedrohlichkeit gar nicht mehr so erreichte wie ihre Eltern, lässt sich auch an ihrem weiterhin bestehenden Vertrauen in die Medizin und ihren Fortschritt erkennen. Zwar berichteten einige von ihnen von einer gewissen Vorsicht im Umgang mit dem Gesundheitssystem, echte Impfgegner waren unter den Betroffenen aber z. B. selten zu finden.

Die vielschichtigen Nachgeschichten des Impfunglücks wurden im Hauptkapitel dieser Arbeit ausführlich dargestellt. Sie alle zeigen, wie ein einzelnes katastrophales Ereignis die Lebenswelten der Betroffenen, aber auch von Beteiligten wie Verwandten, Verursachern oder Helfenden über Jahrzehnte prägt. Diese Erkenntnis fordert zum einen zu einem besonderen Umgang mit den Betroffenen einer solchen Katastrophe auf: So sollte nach Entdeckung eines derartigen Unglücks in Zukunft rascher gehandelt und die Betroffenen schneller informiert werden als damals in Lübeck. Dieses Projekt konnte außerdem zeigen, wie wichtig es ist, auf lange Sicht an die Opfer, aber gerade auch an die überlebenden Betroffenen zu erinnern. Die hier dargestellten Zeitzeugen waren erfreut über das Interesse an ihrem Schicksal, auch wenn es erst spät in ihrem Leben bestand. Selbst wenn eine derartige Katastrophe durch eine Entschädigung oder Verurteilung der Verantwortlichen offiziell abgeschlossen ist, beschäftigt sie die Betroffenen weiterhin. Dass der Schadensersatz für die Lübecker Betroffenen verloren ging, wurde durch eine Verkettung

von Ereignissen hervorgerufen, die damals nicht vorauszusehen war. Etwas Vergleichbares würde heutzutage wohl nicht mehr geschehen, da niemand eine derart langfristige Anlage einer Entschädigung planen würde. Doch unabhängig davon, wie die Entschädigung durchgeführt würde oder ob es zu einer Verurteilung von Verantwortlichen käme, sollten die Betroffenen einer solchen Katastrophe nicht einfach vergessen werden. Eine Wiedergutmachung im Wortsinne ist auch bei heutigen, deutlich höheren Entschädigungssummen nicht möglich. Tote können nicht zurückgeholt und Behinderungen kaum rückgängig gemacht werden, der entstandene Schaden kann demzufolge niemals ganz ausgeglichen werden. Betroffene können höchstens lernen, mit ihrer wie auch immer gearteten Schädigung zu leben. Dabei sollte ihnen zumindest die Unterstützung des „Nicht-Vergessens“ zuteil werden.

Schon deshalb war es bedeutsam, dass das Impfunglück zumindest im Lübecker Medizinstudium als lokalhistorisches Ereignis zur Sprache kam. Es wäre wünschenswert, dass dies nicht nur in Lübeck geschieht. Denn diese Katastrophe ist nicht nur aufgrund ihrer Dimensionen wert, sich an sie zu erinnern, sondern sie kann auch Respekt vor den Tücken des medizinischen Fortschritts lehren oder zumindest eine kritische Beurteilung desselben verlangen. Denn eben jenen Fortschritt sollte die Einführung der BCG-Impfung in Lübeck schließlich einleiten. Die Hansestadt sollte zum deutschen Vorreiter im Kampf gegen die Tuberkulose werden, hier sollte eine Impfung, die vorher nur sporadisch Verwendung gefunden hatte, in großem Umfang angewendet und dem Schreckgespenst Tuberkulose ein Ende bereitet werden. Die an der Impfkation beteiligten Ärzte waren selbst lange Jahre in der Behandlung der Tuberkulose tätig, im Falle von Altstaedt hatte die Seuche ihm auch ein sehr persönliches Opfer abverlangt. Möglicherweise spielte bei der Einführung der BCG-Impfung in ihrer Heimatstadt auch persönlicher Ehrgeiz eine gewisse Rolle, aber gerade diese beiden Ärzte waren aufgrund ihrer beruflichen Laufbahn vom Sinn einer solchen Präventionsmaßnahme aus medizinischen Gründen fest überzeugt. Die Empfehlung der Impfung erfolgte deshalb sicherlich in bester Absicht. Die Lübecker Katastrophe warf jedoch die Einführung der BCG-Impfung in Deutschland ganz entgegen dieser Absicht weit zurück – obwohl der BCG im Calmette-Prozess von aller Schuld freigesprochen wurde. Der Glaube an den medizinischen Fortschritt hatte hier einen harten Schlag erlitten, die Namen „BCG“ und „Calmette“ waren nun zumindest in Deutschland untrennbar mit der Lübecker Katastrophe verbunden. Erst in der Nachkriegszeit sollte den Lübecker Ärzten nachträglich Recht gegeben werden, als die Impfung auch in Deutschland endgültig eingeführt und damit rehabilitiert wurde. In den 1990er Jahren büßte die

Impfung in Deutschland wieder ihre Bedeutung ein, ihre Wirksamkeit gilt seitdem als eher klein und kann die Nebenwirkungen nicht überwiegen. Dafür hat der BCG in der Urologie bei der Therapie des Harnblasenkarzinoms ein neues Anwendungsfeld gefunden. Der BCG steht damit selbst für den medizinischen Fortschritt, der sich seit 1930 immer wieder in andere Richtungen gewandt hat – auf erste Begeisterung folgten Zweifel und Vertrauensverlust, später die Wiedereinführung und Rehabilitation, dann das erneute Verlassen und schließlich die Entdeckung einer völlig neuen Verwendung.

Die Medizin ist heute viel weiter fortgeschritten als 1930, aus heutiger Sicht könnten sich genau diese Ereignisse wohl kaum wiederholen. Niemand würde heute z. B. Impfstoffe unter den damaligen räumlichen Voraussetzungen herstellen, derartige Alleingänge einzelner Städte wären ebenfalls nicht mehr möglich. Aus heutiger Perspektive war das damalige Wissen über die recht neu entdeckten Bakterien eher dürftig, der Umgang mit ihnen war geradezu leichtfertig. Aus Unwissen unterschätzte man z. B. die Risiken einer Verunreinigung völlig. Doch auch wenn wir heute über gerade dieses Themengebiet deutlich mehr wissen, gibt es viele aktuelle Forschungsfelder, in denen unser Wissen tatsächlich ähnlich dürftig wie damals über die Bakterien ist. Medizinische Entwicklungen der Neuzeit beruhen weiterhin vielfach auf Annahmen und Vermutungen, langfristige Folgen medikamentöser Behandlungen sind auch heute kaum abzuschätzen. Beispielsweise sind die Erfolge in der HIV-Therapie äußerst erfreulich, die Langzeitnebenwirkungen der dort gebrauchten Medikamente und die so verursachten gesundheitlichen Probleme ließen sich aber erst erkennen, als es die ersten Langzeitüberlebenden gab. Andere Medikamente konnten mithilfe der heute bekannten Details über die Funktionen des Körpers zwar genau auf ihre Wirksamkeit an einer bestimmten Stelle zugeschnitten werden, ihre (Neben-)Wirkungen an anderer Position überraschten ihre Entwickler dennoch. Teils waren diese Nebenwirkungen gefährlich, teils überwogen sie lediglich den Nutzen der Medikation, teils wurde die anfängliche Nebenwirkung zur jetzigen Hauptwirkung des Medikaments umgenutzt. Bei anderen, seit Jahrzehnten verwendeten Medikamenten ist die genaue Wirkung bis heute nicht bekannt – angewendet werden sie aufgrund ihres großen Nutzens trotzdem. Medizinischer Fortschritt beruht also auch heute noch auf einem Prinzip des „Trial and Error“.

Zwar werden Arzneimittel oder neue Behandlungsmethoden heute sicher genauer geprüft als noch 1930. Der geringe Umfang der Prüfung und Erprobung des Impfstoffs war aber höchstwahrscheinlich gar nicht Ursache der Katastrophe, sondern trug lediglich zu ihrem Entstehen bei. Verursacher war in Lübeck nicht der BCG selbst, sondern es waren die handelnden Personen. Denn vermutlich geschah die Verunreinigung bei der Herstellung

des Impfstoffs durch einen Fehlgriff oder eine nicht sauber durchgeführte Arbeit eines Menschen. Andere Menschen hielten es zumindest für zulässig, Impfkulturen und virulente Tuberkulosebakterien in einem gemeinsamen Laboratorium zu verwenden. Sie waren dadurch ebenfalls verantwortlich für das Unglück, auch wenn das Laboratorium nach damaligem Stand des Wissens zumindest leidlich für die Impfstoffherstellung geeignet war. Erst aus den Lübecker Fehlern konnte schließlich für die Zukunft gelernt und es konnten z. B. die entsprechenden baulichen Maßnahmen ergriffen werden. Diese menschliche Komponente, die – auch in bester Absicht – Fehler macht, wird bei allem Fortschritt und aller Technisierung der Medizin bestehen bleiben. Die Menschen werden es auch weiterhin sein, die diese Fehler erleiden und ertragen müssen.

Für die Weiterentwicklung der Medizin ist es wichtig und nötig, dass Forschende überzeugt sind vom Nutzen und von der Wirksamkeit ihrer Entwicklungen und dass sie auch die Anwendenden von ihrer Sinnhaftigkeit überzeugen. Dabei wird es immer gewisse Unklarheiten geben, ein Medikament oder ein Verfahren wird als gut und wirksam vermarktet, ohne dass ganz genau bekannt ist, ob wirklich alles an ihm gut und wirksam ist. Doch ohne diese letzte Unsicherheit ist medizinischer Fortschritt nicht möglich. Das Lübecker Impfunglück hat angesichts dessen bis heute nicht an Aktualität verloren. Es fordert auch heute noch zu einem achtsamen Umgang mit dem medizinischen Fortschritt auf, dessen Konsequenzen wir niemals ganz überblicken können. Dieses Bewusstsein sollte uns immer erhalten bleiben, denn absolute Sicherheit wird es in der Medizin nie geben.



## 6. Zusammenfassung

Das Lübecker Impfunglück war eine der größten medizinischen Katastrophen des frühen 20. Jahrhunderts. Ein Impfstoff gegen Tuberkulose wurde bei der Herstellung verunreinigt und 251 Neugeborene wurden mit Tuberkulose infiziert, 72 von ihnen starben an den Folgen. Seitdem war das Impfunglück zwar Gegenstand verschiedener Forschungen, die Betroffenen dieser Katastrophe fanden bisher aber kaum Beachtung. Das Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks 1930“ schließt diese Lücke. 80 Jahre nach der Katastrophe wurde damit die letzte Gelegenheit wahrgenommen, das Wissen der damals Geimpften und ihrer Angehörigen zu bewahren. Mithilfe ihrer Erinnerungen konnten Antworten auf die Leitfrage gefunden werden, was es eigentlich bedeutete, ein sogenanntes „Calmette-Kind“ zu sein.

Nachdem im September 2011 in mehreren lokalen Medien, u. a. in den „Lübecker Nachrichten“, über die Suche nach Zeitzeugen berichtet worden war, konnten insgesamt 18 Interviews geführt werden. Acht der Gesprächspartner waren selbst BCG-geimpft worden, bei acht weiteren handelte es sich um Verwandte oder Nahestehende Geimpfter. In zwei Gesprächen berichteten Verwandte nicht über Betroffene, sondern über Akteure des Impfunglücks: Auch auf das Leben eines der beteiligten Ärzte sowie des Vorsitzenden Richters des Calmette-Prozesses hatte das Impfunglück weitreichende Auswirkungen. In allen Gesprächen wurde ein Interviewleitfaden verwendet, auf den nach einem offenen Gesprächsbeginn zurückgegriffen wurde. 16 Interviews wurden persönlich geführt, aufgenommen und anschließend wortgetreu transkribiert, zu den beiden telefonischen Gesprächen wurden Mitschriften erstellt. Außerdem wurden persönliche Archivalien der Zeitzeugen gesammelt. Die Auswertung der Interviews erfolgte angelehnt an die Methodik der zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring. So konnten zunächst 18 „Porträts“ erstellt werden, in denen die Lebensgeschichte der einzelnen Betroffenen in Bezug auf das Impfunglück geordnet dargestellt wurde. Die wiederholte Analyse aller Transkripte, Porträts sowie persönlicher und allgemein zugänglicher Archivalien konnte schließlich übergeordnete Themenbereiche aufdecken.

Im Hauptkapitel der Arbeit wurden sämtliche so gewonnenen neuen Erkenntnisse zum Impfunglück und seiner Nachgeschichte anhand einer losen zeitlichen Ordnung aufgeschlüsselt: Krankenberichte, Todesanzeigen und nicht zuletzt die Erinnerungen der älteren Schwester eines Geimpften machten das Leiden der Betroffenen und ihrer Eltern in den Wochen und Monaten nach der Entdeckung der Katastrophe greifbar. Die teils schweren Erkrankungen der Säuglinge erforderten lange Krankenhaus- und

Sanatoriumsaufenthalte, Eltern und Kinder wurden über Wochen und Monate voneinander getrennt. Die Verzweiflung einiger Eltern angesichts des Siechtums ihrer Kinder machte sich ein Berliner Arzt zunutze. In sein heute zu Recht vergessenes „Wundermittel“ namens „Antiphthisin“ setzten mehrere Familien ihre letzten Hoffnungen – von der kostspieligen Anwendung profitierte nur sein Erfinder. Die Eltern der geimpften Säuglinge verhielten sich nach Bekanntwerden des Unglücks keineswegs passiv, sondern gründeten rasch einen Elternausschuss zur Vertretung ihrer Interessen. Aus diesem Elternausschuss ging später die „Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten“ hervor, die unter anderem regelmäßige Feste für die „Calmette-Kinder“ veranstaltete – einem der Gesprächspartner waren sie noch in lebhafter Erinnerung. Der Lübecker Staat ergriff 1930 geradezu erstaunlich umfangreiche und kostspielige Maßnahmen, um die betroffenen Familien zu unterstützen. Neben regelmäßigen Durchuntersuchungen der Geimpften reichten sie von Fürsorgeleistungen wie Nahrungsmittelbeigaben über Haushaltshilfen bis hin zu Unterstützungen beim Wohnungswechsel. Die Erinnerungen Betroffener – z. B. an ihre wöchentliche Buttermilch – vermittelten, wie wichtig diese Unterstützungen in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit waren. Die geimpften Kinder erhielten außerdem einen je nach Schwere ihres Krankheitsbildes gestaffelten Schadensersatz von einem eigens dafür eingerichteten Schiedsgericht. Während die Vergabe dieser Schmerzensgelder anhand von Archivalien rekonstruierbar war, ergaben erst die Gespräche mit den Zeitzeugen, dass die Währungsreform 1948 zum nahezu vollständigen Verlust dieser auf Sparbüchern angelegten Entschädigungssummen führte. Selbst im Erwachsenenalter musste ein Teil der Betroffenen mit chronischen Folgeschäden der Impfung umgehen. So führte z. B. eine Tuberkulose des Mittelohrs bei mehreren Geimpften zu starker Schwerhörigkeit, die chronische Entzündung machte noch spät Operationen erforderlich. Das Interview im hohen Alter bot den Zeitzeugen die Möglichkeit einer umfassenden Rückschau – die Präsenz des Impfunglücks in ihrem Leben reichte dabei vom täglichen Umgang mit Folgeschäden bis zur bloßen Erinnerung, doch ein „Calmette-Kind“ zu sein.

Diese vielschichtigen Nachgeschichten des Impfunglücks zeigen, wie ein einzelnes katastrophales Ereignis die Lebenswelten der Betroffenen, aber auch von Beteiligten wie Verwandten, Verursachern oder Helfenden über Jahrzehnte prägt. Das Impfunglück fordert deshalb auch heute noch zu einem achtsamen Umgang mit dem medizinischen Fortschritt auf – absolute Sicherheit wird es nie geben.

## 7. Archivalien-, Literatur- und Abbildungsverzeichnis

### Archivalien:

#### Unterlagen Interview 1:

Autor ungenannt: Ärztekonsilium über Dr. Genter, in: Lübecker Volksbote. 1. Beilage (22.11.1930), 37. Jg., Nr. 273, ohne Seitenzahl

Autor ungenannt: Beginn des Calmette-Prozesses. 1. Verhandlungstag, in: Lübecker Generalanzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (13.10.1931), 50. Jg., Nr. 239, S. 6-7

Autor ungenannt: Bisher acht Opfer des Calmetteschen Verfahrens in Lübeck, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (15.05.1930), 49. Jg., Nr. 112, S. 5-6

Autor ungenannt: Das Calmette-Verfahren. – Unwürdige Szenen. – Arbeitsbeschaffung. in: Lübecker General-Anzeiger. 5. Beilage: Aus der Lübecker Bürgerschaft (27.05.1930), 49. Jg., Nr. 122, S. 19

Autor ungenannt: Das dreizehnte Todesopfer des Calmetteschen Verfahrens, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (20.05.1930), 49. Jg., Nr. 116, S. 5-6

Autor ungenannt: Der Calmetteprozeß. Der 2. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (14.10.1931), 50. Jg., Nr. 240, S. 6

Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 3. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (15.10.1931), 50. Jg., Nr. 241, S. 5

Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 4. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (16.10.1931), 50. Jg., Nr. 242, S. 6

Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 19. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (07.11.1931), 50. Jg., Nr. 261, S. 5

Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 22. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (12.11.1931), 50. Jg., Nr. 265, S. 5

Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 33. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (27.11.1931), 50. Jg., Nr. 277, S. 7

Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 34. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (28.11.1931), 50. Jg., Nr. 278, S. 7

Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 74. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (30.01.1932), 51. Jg., Nr. 25, S. 6

Autor ungenannt: Der erste Tag des Calmette-Prozesses, in: Lübecker General-Anzeiger (13.10.1931), 50. Jg., Nr. 239, Titelseite/S. 1

Autor ungenannt: Eine unwürdige Calmette-Versammlung, in: Lübecker Volksbote. 1. Beilage (20.11.1930), 37. Jg., Nr. 271, keine Seitenzahl

Autor ungenannt: Endgültiger Calmette-Bericht des Reichsgesundheitsrates, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (14.12.1930), 49. Jg., Nr. 292, S. 5

Autor ungenannt: Große Calmette-Elternversammlung, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (12.11.1931), 50. Jg., Nr. 265, S. 7

Autor ungenannt: Neue Calmette-Elternversammlung, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (21.11.1930), 49. Jg., Nr. 272, S. 6

Autor ungenannt: Regulierung der Calmette-Schäden, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (26.02.1931), 50. Jg., Nr. 48, S. 5-6

Bellmann, Hans Olaf (Sonderberichterstatte): Die Geißel von Lübeck. Müssen alle gegen Tuberkulose geimpften Kinder sterben? in: Hackebeils IZ. Illustrierte Zeitung (07.08.1930), 6. Jg., Nr. 32, S. 862-864

Doppelseite der Münchner Illustrierten Presse (25.10.1931), 8. Jg., Nr. 43

Elf handschriftliche Briefe und Postkarten, zehn von Schwester Liesbeth, einer von ihrer Vertretung, Schwester Charlotte, in der Zeit von Schwester Liesbeths Urlaub, an [Mutter des Betroffenen], erster vom 16.06.1931, letzter vom 13.01.1932 [zum Teil schwer leserlich]

Flugblatt „An die Eltern der nach Calmette behandelten Kinder!“ vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt, Lübeck, 12.06.1930

Flugblatt „An die Eltern der nach Calmette behandelten Kinder!“ vom Gesundheitsamt, Lübeck, 05.06.1930

Flugblatt „Kampf gegen die Tuberkulose!“

Handschriftliche Abschrift eines gesundheitlichen Gutachtens, verfasst von Herrn Professor Dr. Kleinschmidt, gerichtet an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Calmettesachen, Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Utermarck in Lübeck, 28.12.1932, Untersuchung des Kindes am 05.10.1932

Klagbeantwortung in Sachen [Familiennamen des Betroffenen] (R. A. Dres. Wittern & Munck) gegen Lübeckischen Staat (Sozialverwaltung), Reg. Nr. 239, vom Senat, Abt. VI, Sozialverwaltung, an das ständige Schiedsgericht in Calmettesachen beim Landgericht Lübeck, Lübeck, 18.12.1933, Anlage A: Schreiben vom Gesundheitsamt, gez. Dr. Glawatz, an die Behörde für Arbeit, Wohlfahrt und Gesundheit, Betr. das Kind

[*Name des Betroffenen*], bezüglich Verlängerung eines Kuraufenthalts, Lübeck, 10.10.1933

Mitteilung des Calmette-Ausschusses beim Gesundheitsamt an [*Vater des Betroffenen*] wegen der Kostenübernahme für eine Haushilfe, Lübeck, 11.04.1931

Mitteilung von Dr. med. F. und R. Felten, Nordseekuranstalt „Goldene Schlüssel“ in den Dünen von St. Peter, an den Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt Lübeck, wegen der Aufnahme des Kindes [*Name des Betroffenen*], 05.09.1933

Mitteilung von Dr. Wittern, kein Empfänger angegeben, Betr. Ihre Sache gegen den Lüb. Staat wegen Schadensersatzes, Lübeck, 23.10.1930

Postkarte vom Eltern-Ausschuss „Mitteilung an die Eltern“ wegen der neuen Zusammensetzung des Elternausschusses, Poststempel Lübeck, 06.10.1930

Postkarte von Dres. Wittern, Munck, Währer an [*Vater des Betroffenen*], Betr. Calmette-Angelegenheit, Lübeck, 09.09.1930

Postkarte von Dr. Wittern an [*Vater des Betroffenen*] zur Mitteilung des Termins der Revisionsverhandlung in der Strafsache gegen Prof. Deycke und Genossen, Lübeck, 19.04.1933

Reg. Nr. 45. Schiedsgericht in Calmette-Sachen. In Sachen [*Familienname des Betroffenen*], Klägerin, gegen Lüb. Staat, Beklagten. Vergleich geschlossen, Lübeck, 05.05.1934

Reg. Nr. 218, in Sachen des minderjährigen [*Name des Betroffenen*], vertreten durch seinen Vater, den Buchhalter [*Name des Vaters*], Antragsteller, vertreten durch die Rechtsanwälte Dres. Wittern und Munck, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde in Lübeck, Antragsgegner, vertreten durch die Rechtsanwälte Dres. v. Brocken, Ihde, Boettcher, durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts Dr. Utermarck einstweilige Verfügung erlassen, dem Antragsteller einen Erholungs-aufenthalt zu beschaffen, Lübeck, 22.08.1933

Schiedsspruch in Sachen [*Vater des Betroffenen*], Klägers, vertreten durch die Rechtsanwälte Dres. Wittern u. Munck in Lübeck, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde, Beklagten, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Ihde in Lübeck, Reg. Nr. 45, Lübeck, 30.04.1932, Anlage 2 der Klageschrift an das Landgericht, Zivilkammer 1, Lübeck, von Dr. Wittern wegen Aufhebung dieses Schiedsspruchs, Lübeck, 28.10.1932

Schiedsspruch in Sachen [*Vater des Betroffenen*], Klägers, vertreten durch die Rechtsanwälte Dren. Wittern und Munck zu Lübeck, wider den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde in Lübeck, Beklagten, vertreten durch die

Rechtsanwälte Dren. v. Brocken, Ihde, Boettcher zu Lübeck, Reg. Nr. 86, Lübeck, 02.05.1933

Schreiben „An die Eltern der Calmettekinder!“ vom Elternausschuss, i. A. Dipl. Ing. Pangels, Lübeck, 19.09.1930

Schreiben der Deutschen Angestellten-Krankenkasse „An die Calmette-Eltern“, Lübeck, 02.04.1931

Schreiben des Calmette-Ausschusses beim Gesundheitsamt an [*Mutter des Betroffenen*] zur Bekanntgabe eines Termins zur Röntgenuntersuchung ihres Kindes, Lübeck, 17.09.1932

Schreiben des Calmette-Ausschusses beim Gesundheitsamt an [*Vater des Betroffenen*] wegen Bewilligung der Kosten für eine Haushilfe, Lübeck, 04.06.1931

Schreiben des Gesundheitsamts an [*Vater des Betroffenen*] anlässlich Untersuchungen durch Herrn Prof. Kleinschmidt ab dem 03.10.1932, Lübeck, 27.09.1932

Schreiben des Gesundheitsamts und der Tuberkulosefürsorgestelle an die Eltern der geimpften Kinder: „Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß im Anschluß an die Calmette’sche Fütterung bei einigen Kindern aus bisher noch ungeklärter Ursache gesundheitliche Störungen beobachtet wurden [...]“, Lübeck, 14.05.1930

Schreiben Dr. Witterns an das ständige Schiedsgericht in Calmette-Sachen, Reg. Nr. 45, Lübeck, 11.07.1932

Schreiben vom [*Vater des Betroffenen*] an den Calmette-Ausschuss wegen Weiterbeschäftigung der Haushilfe, Lübeck, 31.12.1930

Schreiben vom [*Vater des Betroffenen*] an den Calmette-Ausschuss wegen Weiterbeschäftigung der Haushilfe, Lübeck, 02.04.1931

Schreiben von Dr. jur. Ernst Wittern, Rechtsanwalt und Notar, an [*Vater des Betroffenen*], Betr. Calmette-Schiedsgericht, Lübeck, 22.02.1938, Anlage: Abschrift eines Schreibens des Obmanns des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen, Lübeck, 11.02.1938, Gerichtshaus, Gr. Burgstr. 4

Schreiben von Dr. Wittern an [*Vater des Betroffenen*] wegen eines Beweisbeschlusses des Schiedsgerichts, das Gutachten eines Sachverständigen einzuholen, Lübeck, 12.08.1932

Schreiben von Dr. Wittern an [*Vater des Betroffenen*] zur Sache: Schiedsgericht, Lübeck, 02.09.1933, Anlage 1: Fragen Dr. Witterns an die Justizverwaltung vom 25.08.1933, Anlage 2: Antwort der Justizverwaltung, gez. Dr. Böhmcker, Lübeck, 30.08.1933

Schreiben von Rechtsanwalt Dr. jur. Ernst Wittern, ohne Empfänger, Betr. Calmette-Schmerzensgeld, Lübeck, 12.09.1934

Schriftsatz des Klägers in Sachen [*Vater des Betroffenen*] gegen Lüb. Staat, Reg. Nr. 86, verfasst von Dr. Wittern, an das ständige Schiedsgericht in Calmette-Sachen – Lübeck

—, Lübeck, 11.08.1932, angehängt an Schreiben von Dr. Wittern an [*Vater des Betroffenen*] wegen eines Beweisbeschlusses des Schiedsgerichts, das Gutachten eines Sachverständigen (Prof. Dr. Kleinschmidt, Köln) einzuholen, Lübeck, 12.08.1932

Urteil des III. Zivilsenats des Hanseatischen Oberlandesgerichts zu Hamburg in Sachen [*Vater des Betroffenen*], Prozessbevollmächtigte Rechtsanwälte Dres. Wittern und Munck in Lübeck, Klägers, Berufungsklägers, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde, Prozessbevollmächtigte Rechtsanwälte Dres. v. Brocken, Ihde, Boettcher in Lübeck, Beklagten, Berufungsbeklagten, wegen Aufhebung eines Schiedsspruchs, verkündet am 30.05.1933

Vertrag zwischen dem Lübecker Staat, vertreten durch die Finanzbehörde, und den durch Rechtsanwalt Dr. Wittern vertretenen Calmette-Geschädigten, Lübeck, Januar 1931

Vorläufige Entscheidung in Sachen des minderjährigen [*Name des Betroffenen*], gesetzlich vertreten durch seinen Vater, den Buchhalter [*Vater des Betroffenen*], Klägers, vertreten durch die Rechtsanwälte Dren. Wittern und Munck in Lübeck, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanzbehörde, Beklagten, vertreten durch die Rechtsanwälte Dren. von Brocken, Ihde, Boettcher in Lübeck, Reg. Nr. 164, durch das Schiedsgericht, Lübeck, 31.08.1933

Zeugnis für [*Vor- und Zuname des Tagesmädchens*], geb. 05.04.1915, vom 01.06.1930 bis zum 15.06.1931 zur Aufsicht für das einjährige Kind angestellt, Lübeck, 17.06.1931

#### Unterlagen Interview 4:

Schreiben an den Herrn Justitiar des ZDF Hauptabteilung, ohne Unterschrift [vermutlich Durchschlag, offensichtlich von Frau Dr. Altstaedt], 19.04.1964

Schreiben an die Hauptabteilung Fernsehspiel Mainz, ohne Unterschrift [vermutlich Durchschlag, offensichtlich von Frau Dr. Altstaedt], 19.06.1963

Schreiben des Geschäftsführers, Tele Universal, Film- und Fernseh-Produktion GmbH, Hamburg-Wandsbek, an Frau Dr. Altstaedt, Hamburg, 05.07.1963

Schreiben vom Zweiten Deutschen Fernsehen, Anstalt des öffentlichen Rechts, Verwaltungsdirektion, Justitiariat, an Frau Dr. Altstaedt, Mainz, 28.04.1964, Betr.: Produktion „Der Fall Calmette“

von Rohden, Friedrich: Dr. Ernst Altstaedt zum Gedächtnis, in: Sonderdruck aus den Lübeckischen Blättern (24.01.1954), Nummer 2

Zeitungsausschnitt: Autorenkürzel cep: Das 2. Programm bringt nach dem „Fall Rohrbach“ den Lübecker Calmette-Prozeß. Aktueller Bezug zu den Contergan-Fällen der

Gegenwart. Dreharbeiten in Hamburg – Schauplätze werden rekonstruiert, in: L. N. [handschriftlich notiert, Kürzel der Lübecker Nachrichten], 16.06.1963

Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: „Fall Calmette“ im Fernsehen, in: weitere Angaben fehlen

Zeitungsausschnitt: Hallerbach, Walter: 77-Tage-Prozeß in einer Stunde. Der „Fall Calmette“ brachte die ganze Tragik nicht zum Ausdruck, in: Lübecker Nachrichten (23.05.1964), S. 7, weitere Angaben fehlen

#### Unterlagen Interview 6:

Schreiben von den Rechtsanwälten Dr. Karl Derlien und Dr. Wolfgang Hollensteiner an die Mutter des Betroffenen, Lübeck, 02.01.1933

Zwei handschriftliche Abschriften eines gesundheitlichen Gutachtens, verfasst von Herrn Kleinschmidt, gerichtet an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen, Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Utermarck, Köln-Lindenthal, 10.07.1933, Untersuchung des Kindes am 07.06.1933

#### Unterlagen Interview 7:

Gesundheitliches Gutachten, verfasst von Herrn Kleinschmidt, gerichtet an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen, Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Utermarck, Köln-Lindenthal, 30.06.1933, Untersuchung des Kindes am 07.06.1933

#### Unterlagen Interview 9:

Gesundheitliches Gutachten, verfasst von Herrn Kleinschmidt, kein Briefkopf mit Empfänger oder Datum vorhanden, Untersuchung des Kindes am 07.06.1933

#### Unterlagen Interview 10:

Ärztliche Bescheinigung von Dr. med. Harms, Prakt. Arzt, für [*Mutter des Betroffenen*] vom 19.05.1931

Bewilligung von „12 Bestrahlungen mit Höhensonne“ in einem Schreiben vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt an [*Vater des Betroffenen*], Lübeck, 17.11.1931

Eintrittskarte für die Dauer des Calmette-Prozesses (Beginn 12.10.1931, vormittags 9.45 Uhr), auf der linken Galerie in der Hauptturnhalle, abgestempelt vom Amtsgericht der Freien und Hansestadt Lübeck, No. 74

Flugblatt „An die Eltern der nach Calmette behandelten Kinder!“ vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt, Lübeck, 12.06.1930



Flugblatt „An die Eltern der nach Calmette behandelten Kinder!“ vom Gesundheitsamt, Lübeck, 05.06.1930

Jahresbericht 1936 der Interessen-Gemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck, verfasst von ihrem Obmann W. Münstermann, „An unsere Mitglieder!“, Lübeck, im März 1937

Ladung als Nebenkläger zur Hauptverhandlung in der Strafsache gegen den Professor Dr. Deycke und Genossen wegen fahrl. Tötung und fahrl. Körperverletzung, Montag, den 12. Oktober 1931, vor das große Schöffengericht in der Hauptturnhalle, von der Staatsanwaltschaft an [*Vater des Betroffenen*], 13.08.1931

Ladung als Nebenkläger zur Hauptverhandlung in der Strafsache gegen den Professor Dr. Deycke und Genossen wegen fahrl. Tötung und fahrl. Körperverletzung, Montag, den 12. Oktober 1931, vor die II. Große Strafkammer, von der Staatsanwaltschaft an [*Vater des Betroffenen*], 08.10.1931

Mitteilung von Dr. Wittern, kein Empfänger angegeben, Betr. Ihre Sache gegen den Lüb. Staat wegen Schadensersatzes, Lübeck, 23.10.1930

Mitteilung von Rechtsanwalt Wittern an [*Vater des Betroffenen*], zur Sache: Calmette-Angelegenheit, Lübeck, 16.02.1931

Postkarte vom Eltern-Ausschuss „Mitteilung an die Eltern“ wegen der neuen Zusammensetzung des Elternausschusses, Poststempel Lübeck, 06.10.1930

Postkarte von Müller, Vick und Bremer „An die Eltern der Calmette-Geschädigten!“, Einladung zu einer Elternversammlung am 25.09.1930, Lübeck, Datum des Poststempels [nicht gut lesbar, vermutlich] 23.09.1930

Postkarte von Rechtsanwälten Dres. Wittern und Munck an [*Vater des Betroffenen*] zur Ausnahmegenehmigung einer Röntgenaufnahme in [*Wohnort des Betroffenen*] durch den Calmette-Ausschuss, 02.01.1933

Rundschreiben der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten zu Lübeck, Obmann: W. Münstermann, „An unsere Mitglieder.“, Lübeck, im Januar 1936 [Text bricht auf erster Seite ab, weitere Seiten fehlen]

Satzung der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck

Schreiben „An die Eltern der Calmettekinder!“ vom Elternausschuss, i. A. Dipl. Ing. Pangels, Lübeck, 19.09.1930

Schreiben der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck „An die Eltern der Calmette-geschädigten Kinder!“, 30.09.1932

Schreiben der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck, verfasst von ihrem Obmann W. Münstermann, persönlich an [*Vater des Betroffenen*], Lübeck, 26.02.1936

Schreiben des Calmette-Ausschusses beim Gesundheitsamt Lübeck, gez. Volger, in Sachen [*Vater des Betroffenen*], bezüglich zweier Untersuchungen von [*Name des Betroffenen*] und ihrer Ergebnisse, erster Bericht von Dr. Mommsen vom 07.11.1931, zweiter Bericht von Prof. Rominger, Kieler Universitäts-Kinderklinik, von Anfang Dezember 1931, Lübeck, 12.08.1932

Schreiben des Gesundheitsamts und der Tuberkulosefürsorgestelle an die Eltern der geimpften Kinder: „Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß im Anschluß an die Calmette'sche Fütterung bei einigen Kindern aus bisher noch ungeklärter Ursache gesundheitliche Störungen beobachtet wurden [...]“, Lübeck, 14.05.1930

Schreiben des Versorgungsamts Lübeck, gez. Rempe, an [*Name des Betroffenen*], Bescheid auf den Antrag vom 24.08.1988, Lübeck, 22.06.1989, Anlage: Informationsblatt über Heilbehandlung

Schreiben des Versorgungsamts Lübeck, gez. Rempe, an [*Name des Betroffenen*], Lübeck, 18.08.1988

Schreiben vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt an [*Vater des Betroffenen*], Ablehnung Weiterbewilligung einer Haushaltshilfe, Lübeck, 17.11.1931

Schreiben vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt an [*Mutter des Betroffenen*] zur Kostenerstattung für eine Haushaltshilfe, Lübeck, 17.02.1931

Schreiben vom Calmette-Ausschuss beim Gesundheitsamt an [*Vater des Betroffenen*] u. a. zur Weiterbewilligung der Haushaltshilfe, Lübeck, 04.05.1931

Schreiben vom Jugendamt an [*Vater des Betroffenen*] zur Bewilligung einer Haushaltshilfe Lübeck, 12.11.1930

Schreiben vom vorläufigen Elternausschuss „An alle Calmette-Eltern!“, Lübeck, 27.01.19[?]0 [Jahreszahl nicht gut lesbar, weder 1930 noch 1940 sinnvoll, höchstwahrscheinlich 1931, möglicherweise Tippfehler kurz nach Jahreswechsel zu 1931]

Schreiben von Dr. jur. Ernst Wittern, Rechtsanwalt und Notar, an [*Vater des Betroffenen*], Betr. Calmette-Schiedsgericht, Lübeck, 22.02.1938, Anlage: Abschrift eines Schreibens des Obmanns des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen, Lübeck, 11.02.1938, Gerichtshaus, Gr. Burgstr. 4

Schreiben von [*Name des Betroffenen*] an das Versorgungsamt Lübeck, „Betr.: Anerkennung meines Impfschaden“, Antwort auf Schreiben des Versorgungsamts vom

18.08.1988, beigelegt Liste seiner „Impfschäden durch die Calmette Schutzimpfung“ [vermutlich eigene Durchschrift oder Vorschrift], ohne Datum  
Schreiben von Rechtsanwalt Dr. jur. Ernst Wittern, ohne Empfänger, Betr. Calmette-Schmerzensgeld, Lübeck, 12.09.1934  
Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Wittern an [*Vater des Betroffenen*], bezüglich Impfverweigerung, Lübeck, 04.05.1936  
Vertrag zwischen dem Lübecker Staat, vertreten durch die Finanzbehörde, und den durch Rechtsanwalt Dr. Wittern vertretenen Calmette-Geschädigten, Lübeck, Januar 1931

#### Unterlagen Interview 12:

Abschrift des Schreibens Dr. Frey, Berlin, an Herrn H. Blöss, Lübeck  
Auszug aus der Krankenakte vom 20.12.1930-24.01.1931 [Autor vermutlich Dr. Genter oder ein Mitarbeiter, da letzter Eintrag bezüglich Ausscheidens des Betroffenen aus Genters Behandlung]  
Bericht über die am 19. Januar 1931 in der Aula der Ernestinenschule stattgefundene Versammlung der Calmette-Eltern!  
Eidesstattliche Versicherung der Eltern des Betroffenen über die unwahren Behauptungen in einem Artikel von Dr. W. Kröner („Warum die Heilung und Ausrottung der Tuberkulose verhindert wird“, 01.02.1931, in „Die Sonne“, Breslau) zu dem Mittel des Berliner Arztes Dr. Genter  
Gesundheitliches Gutachten, Teil mit Name des Verfassers abgerissen [Verfasser nach Ansicht der Autorin mit großer Sicherheit wie bei allen anderen Gutachten Kleinschmidt], gerichtet an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen, Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Utermarck, Köln-Lindenthal, 18.09.1933, Untersuchung des Kindes am 28.08.1933  
Kröner, Walther: Unsere Kinder = Versuchskaninchen? Die Sachverständigen-Komödie von Lübeck. Das Calmette-Verfahren wissenschaftlich gerichtet. Herausgegeben vom Arbeitsausschuss zur Verfolgung der Lübecker Kindertötung, Berlin 1930  
Ohrenfachärztliches Gutachten von Prof. Dr. med. Klaus Vogel, Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, über den Fabrikarbeiter [*Name des Betroffenen*], Kiel, 14.12.1961, Untersuchung durchgeführt auf Veranlassung der 2. Zivilkammer des Landgerichtes Lübeck  
Patientenkurve vom 14.06.1930 bis zum 02.12.1930  
Protokoll der Elternversammlung in der Zentralhalle am Montag, 08.09.1930  
Protokoll über die Ausschusssitzung am Donnerstag, 4.9.30. abds. 8 Uhr.

Schreiben des Gesundheitsamts der freien und Hansestadt Lübeck, gez. Mehrlein, an den Hohen Senat, Betrifft: Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Lübeck, 30.01.1931

Schreiben des Gesundheitsamts der freien und Hansestadt Lübeck, gez. Mehrlein, an den Hohen Senat, Betrifft: Schiedsgerichtsvertrag in Calmette-Sachen, Lübeck, 22.01.1931

Schreiben des Gesundheitsamts und der Tuberkulosefürsorgestelle an die Eltern der geimpften Kinder: „Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß im Anschluß an die Calmette'sche Fütterung bei einigen Kindern aus bisher noch ungeklärter Ursache gesundheitliche Störungen beobachtet wurden [...]“, Lübeck, 14.05.1930

Schreiben vom Senat, Abt. VI, Sozialverwaltung, an Herrn Rechtsanwalt Dr. Wittern, Betr. Calmettesachen [*Name des Betroffenen und weiterer Name*], Lübeck, 20.11.1933

Schreiben von Prof. Dr. Klaus Vogel, Direktor der Universitätsklinik und Poliklinik für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten, an Ob. Med. Rat Dr. med. Apitz, Gesundheitsverwaltung der Hansestadt Lübeck, Kiel, 23.03.1960

Schreiben von W. Spahrbier, im Auftrage der Satzungskommission, „An alle Calmette-Geschädigten.“, Lübeck, im Mai 1931; beigelegt Satzung der Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten in Lübeck [offensichtlich unvollständig, Textabbruch im Satz]

Teil-Urteil in Sachen des minderjährigen [*Name des Betroffenen*], vertreten durch seinen gesetzlichen Vertreter, den Arbeiter [*Name des Vaters*], Klägers, Prozessbevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. Wittern, wider den Lübeckischen Staat, vertreten durch den Senat, Abt. IV, Beklagten, Prozessbevollmächtigte Rechtsanwälte Dres. Wahrer [sic] und Munck, wegen Schadensersatzes, erste Zivilkammer des Landgerichts der freien und Hansestadt Lübeck und des oldenburgischen Landesteils Lübeck zu Lübeck, verkündet am 14.07.1934

Urteil in Sachen des minderjährigen [*Name des Betroffenen*], vertreten durch seinen gesetzlichen Vertreter, den Arbeiter [*Vater des Betroffenen*], Kläger, Prozessbevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. Wittern, gegen den Lübeckischen Staat, vertreten durch den Senat, Abt. IV, Beklagten, Prozessbevollmächtigte Rechtsanwälte Dres. Wahrer und Munck in Lübeck, wegen Schadensersatzes, erste Zivilkammer des Landgerichts der freien und Hansestadt Lübeck und des oldenburgischen Landesteils Lübeck zu Lübeck, verkündet am 17.10.1934

#### Unterlagen Interview 15:

Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Calmette-Revisionen verworfen. Reichsgericht bestätigt das Urteil des Lübecker Landgerichts, in: Leipzig, 1. Juni, weitere Angaben fehlen

Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Calmette-Urteil nicht rechtskräftig. Das tragische Schicksal des Gerichtsvorsitzenden in Lübeck, in: Königsberger Allgemeine Zeitung [handschriftlich vermerkt], Berlin, 17.05.1932, weitere Angaben fehlen

Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Eine „Sensation“ der B.Z.: „Calmette-Urteil wird nicht rechtskräftig, weil Amtsgerichtsrat Wibel nervenkrank ist“, in: Zweites Blatt [Zeitungsnamen abgeschnitten, wohl Lübecker Zeitung, da Wassertemperatur „in den Badeanstalten Falkendamm und Krähenteich“ sowie die Eutin-Lübecker Eisenbahngesellschaft erwähnt werden] (18.05.1932), Nr. 114, weitere Angaben fehlen

Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Ein neuer Calmette-Prozess, in: [Name der Zeitung handschriftlich ergänzt, vermutlich „Volksstimme“], Berlin, 18. Mai, weitere Angaben fehlen

Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Noch einmal Calmette-Prozess? Der Nervenzusammenbruch des Vorsitzenden, in: Lübeck, 19. Mai, weitere Angaben fehlen

Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Trauerfeier für Amtsgerichtsrat Wibel, in: Lübeck, 1. September, weitere Angaben fehlen

#### Archiv der Hansestadt Lübeck (AHL):

##### Kämmereiamt:

##### Sign. H 001:

Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1932

##### Sign. H 002:

Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1933

##### Sign. H 003:

Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1934

#### Neues Senatsarchiv (NSA):

##### Sign. 01804:

Vertrag zwischen dem lübeckischen Senat und der durch das Calmette-Mittel geschädigten Hebamme W. Schwarz

Sign. 01897:

„Niederschrift über eine Besprechung im Reichsgesundheitsamt am 23. Juni 1930 mit den Mitgliedern des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Lübecker Bürgerschaft“, angefügt an die Sitzungsniederschrift Nr. 11 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Sitzung vom 02.07.1930

„Reisebericht über meine Dienstreise nach Lübeck und Hamburg vom 22. bis 24. Mai 1930“ von Ministerialrat Prof. Dr. Taute, Anlage 1 der Sitzungsniederschrift Nr. 10 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Sitzung vom 26.06.1930

Schreiben von Klotz in der Sitzungsniederschrift Nr. 8 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, 17.06.1930

Sitzungsniederschrift Nr. 7 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Sitzung vom 16.06.1930

Sitzungsniederschrift Nr. 9 des Bürgerschaftsausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege der Sitzung vom 19.06.1930

Sign. 01898:

„An die Bürgerschaft. Bericht des Ausschusses für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege über den ihm überwiesenen Antrag von Bruns und Genossen, die mit der Durchführung des Calmette-Verfahrens im Zusammenhang stehenden Vorgänge zu untersuchen und der Bürgerschaft darüber zu berichten.“

„Für die Senatssitzung, Umdrucksache 1930. Grundsätze für die Beurteilung von Anträgen auf Fürsorge für „Calmette“ gefütterte Kinder.“

Schreiben des Gesundheitsamts der freien und Hansestadt Lübeck, gez. Mehrlein, an den Hohen Senat, Betrifft: Fürsorgeausgaben für die Calmette-Familien, Lübeck, 30.01.1931

Schreiben des Gesundheitsamts der freien und Hansestadt Lübeck, gez. Mehrlein, an den Hohen Senat, Betrifft: Schiedsgerichtsvertrag in Calmette-Sachen, Lübeck, 22.01.1931  
[mit handschriftlichen Korrekturen und Ergänzungen]

Schreiben von der Behörde für die innere Verwaltung, gez. Mehrlein, an den Hohen Senat in Lübeck, Lübeck, 14.07.1930

Schreiben von Dr. Utermarck an Herrn Rechtsanwalt Dr. Ihde, zur Vergütungsregelung der Schiedsrichter, Lübeck, 22.03.1933

Sign. 01899:

Antwortschreiben des Senats, Abt. IV – Justizverwaltung –, an Herrn Rechtsanwalt Dr. Wittern, Lübeck, 30.08.1933

Diverse Kündigungsschreiben von Rechtsanwalt Dr. Wittern an Rechtsanwalt Dr. Haun mit Auflistungen der jeweils kündigenden Eltern vom 09.09. bis zum 12.09.1933

„Nachtrag zu dem Schiedsgerichtsvertrag, der zwischen dem Lübecker Staat und den Calmette-Geschädigten vereinbart worden ist.“ Lübeck, 02.01.1934

Schreiben An den Herrn Vorsitzenden des Calmette-Schiedsgerichts, „Betrifft: Beisitzer im Calmette-Schiedsgericht.“, 27.11.1939

Schreiben der Hauptverwaltung, im Auftrag Stadtsyndikus, an Dr. Wittern, „Betrifft: Calmette-Schiedsgericht.“, 19.10.1939

Schreiben der Hauptverwaltung, im Auftrag unterschrieben vom Stadtsyndikus, an den Herrn Präsidenten des Landgerichts, Betrifft: Calmette-Schiedsgericht, Lübeck, 03.04.1939

Schreiben des Senats, Abteilung IV – Landesjustizverwaltung –, gez. Dr. Böhmcker, an Herrn Rechtsanwalt Dr. Wittern, Lübeck, 21.08.1933

Schreiben vom Präsident des Landgerichts, Rischau, an den Herrn Oberbürgermeister der Hansestadt Lübeck – Hauptverwaltung –, Betr.: Beisitzer im Calmette-Schiedsgericht, Lübeck, 20.03.1939

Schreiben von Dres. Wittern und Munck an den Lübeckischen Staat, vertreten durch die Finanz- und Wirtschaftsverwaltung, Lübeck, 18.09.1933

Schreiben von Dres. Wittern und Munck an die Justizverwaltung, z. Hd. von Herrn Senator Dr. Böhmcker, Lübeck, 10.11.1933

Schreiben von Dr. Wittern an den Herrn Oberbürgermeister der Hansestadt Lübeck – Socialverwaltung –, Betr. Schiedsgericht in Calmette-Sachen, Lübeck, 04.10.1939

Schreiben vom Obmann des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen an die Sozialverwaltung – Rechtsabteilung –, „Betr.: Leutloff ./ Hansestadt Lübeck.“, Lübeck, 03.11.1939

Schreiben von Senator Mehrlein, Gesundheitsamt, an den Hohen Senat, Lübeck, 10.03.1931: „Betrifft: Zusammensetzung des Schiedsgerichts in Calmette-Sachen.“

Sign. 01900:

Antwortschreiben des Vormundschaftsgerichts, Richter Rodenberg, an den Senat der freien und Hansestadt Lübeck, Abteilung IV – Justizverwaltung –, über den Herrn Landgerichtspräsidenten, Lübeck, 09.11.1933, „Betrifft Ersuchen vom 8. November 1933“

Niederschrift über die Besprechung betr. Auszahlung der Calmetteschmerzensgelder im Amtszimmer von Herrn Senator Dr. Böhmcker. Anwesend Senator Dr. Böhmcker (Justizverwaltung), Regierungsdirektor Dr. Beuthien und Assessor Keibel (Sozialverwaltung), Amtsgerichtsrat Dübel (Vormundschaftsgericht), Landgerichtspräsident Rischau (als Obmann des Calmette-Schiedsgerichts), Bankdirektor Hagenström (Kreditanstalt), [zum Teil handschriftlich korrigiert], Lübeck, 30.08.1934

Schreiben An den Herrn Vormundschaftsrichter über den Herrn Landgerichtspräsidenten. Lübeck, 08.11.1933, „Eilt sehr!“. Bericht zu Möglichkeiten einer Aufsicht über die Verwaltung der Schmerzensgelder erbeten [unlesbare Unterschrift, offenbar von der Justizverwaltung, siehe Antwortschreiben]

Schreiben der Hauptverwaltung an den Herrn Überleitungskommissar in Schleswig, Betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Schäden. 21.08.1937

Schreiben der Hauptverwaltung, in Vertretung Bürgermeister, an Sozialverwaltung, Betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Schäden. Lübeck, 30.09.1937

Schreiben der Hauptverwaltung – Rechtsamt – an die Finanz- und an die Sozialverwaltung, betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Verfahren. Lübeck, 23.04.1937. Anlage: Bericht über „Das Calmette-Unglück in Lübeck.“ vom 08.06.1937, verfasst vom Senator der Sozialverwaltung

Schreiben des Bürgermeisters an den Herrn Überleitungskommissar in Schleswig, Betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Schäden. 30.09.1937

Schreiben des Reichsministers der Justiz, gez. Dr. Gürtner, an den Herrn Reichsminister des Inneren, Betrifft: Schmerzensgeldansprüche der „Calmette-Geschädigten“. Berlin, 02.08.1934

Schreiben des Senats, Abt. IV – Justizverwaltung –, Dr. Böhmcker, an Dr. Cantor, Lübeck, 03.01.1934

Schreiben von Dr. Cantor an den Hohen Senat, Abt. Justizkommission, z. Hd. von Herrn Senator Dr. Böhmcker, Betr. Auszahlung der Schmerzensgelder. Lübeck, 16.11.1933

Schreiben von Dr. Cantor an den Hohen Senat, Abt. Justizverwaltung, Betr. Calmette-Schmerzensgeldsachen, Lübeck, 01.11.1933

Schreiben von Dr. Cantor an den Hohen Senat der freien und Hansestadt Lübeck, Abt. IV – Justizverwaltung –, Lübeck, 08.12.1933

Schreiben von Dr. Cantor an den Senat, Abt. IV – Justizverwaltung –, Betr. Schmerzensgeldangelegenheiten in Calmette-Sachen, Lübeck, 17.11.1933

Schreiben von Dr. Cantor, Rechtsanwalt, Breite Str. 31, an den Hohen Senat, Abt. Justizverwaltung, Lübeck, 10.11.1933



Schreiben von Dres. Wittern und Munck an den Senat, Abteilung IV – Justizverwaltung –, Lübeck, 16.01.1934

Schreiben von Dres. Wittern und Munck an Justizverwaltung, z. Hd. von Herrn Senator Dr. Böhmcker, Betr. Calmette-Schmerzensgeldklagen, Lübeck, 27.09.1933

Senat, Abt. IV, an den Herrn Reichsminister des Innern – Berlin –, Lübeck, 31.08.1934

Übersicht der laufenden Ausgaben für Calmettefälle, Schreiben der Hauptverwaltung – Rechtsamt – an die Finanz- und an die Sozialverwaltung, betrifft: Lübeck-Preussen Calmette-Verfahren. Lübeck, 23.04.1937

„Vermerk. Heute erschien nach fernmündlicher Vereinbarung mit Senator Schröder Oberregierungsrat Dr. Volger. Mit ihm wurde die Behandlung der Calmette-Schiedssachen besprochen.“ Fünf Punkte aufgeführt. „L. den 7.8.33.“

#### Sign. 01901:

Das Gesundheitsamt, Lübeck, 26.04.1932, Nachweis über die Verwendung der vom Reiche für die wissenschaftliche Auswertung des Calmette-Verfahrens zur Verfügung gestellten RM 35 000

Der Reichsminister des Innern, gez. Dr. Wirth, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten in Lübeck. Zum Schreiben vom 19. September 1930. Berlin, 25.09.1930

Der Reichsminister des Innern, in Vertretung gez. Dr. Conti, an den Herrn Oberbürgermeister der Hansestadt Lübeck, Hauptverwaltung, Berlin, 13.04.1940

Kasse der Sozialverwaltung, Lübeck, 15.01.1938: Nachweisung über die Verwendung der vom Reich für die wissenschaftliche Auswertung des Calmette-Verfahrens zur Verfügung gestellten Mittel

Nachweis über die Verwendung der vom Reich für die wissenschaftliche Auswertung des Calmette-Verfahrens zur Verfügung gestellten RM 10 000, ohne Datum

Protokoll, Lübeck, 19.09.1930, aufgenommen 14 Uhr, betreffs Aussprache im Reichsministerium des Innern – Berlin – mit Senator Mehrlein und Unterzeichner Meyer-Lüerßen mit Ministerialrat Taute und Präsident Hamel nebst Referenten

Reichsminister des Innern, in Vertretung gez. Zweigert, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 06.01.1931

Reichsminister des Innern, in Vertretung gez. Zweigert, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 25.01.1932

Reichsminister des Innern, gez. Frhr. v. Gayl, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 12.08.1932

Reichsminister des Innern, gez. Wirth, an die Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten, Berlin, 31.01.1931

Schreiben des Senats an den Herrn Reichsminister des Innern – Berlin –, Lübeck, 23.12.1930 [vermutlich Entwurf]

Sozialverwaltung an die Hauptverwaltung, Betr. Verwendung des Restbetrages der Reichsbeihilfe für klinische Untersuchungen über die im Anschluss an die Calmette-Schutzbehandlung eingetretenen Erkrankungs- und Todesfälle, Lübeck, 13.03.1940

Sozialverwaltung an die Hauptverwaltung, Betr. Verwendungsnachweis über den Restbetrag der Reichsbeihilfe für klinische Untersuchungen über die im Anschluss an die Calmette-Schutzbehandlung eingetretenen Erkrankungs- und Todesfälle. Lübeck, 31.03.1939

Sign. 01902:

Anschreiben zum Gnadengesuch der Ärztekammer der Freien und Hansestadt Lübeck, Lübeck, 15. Juni, Eingangsstempel 16.06.1933

Gnadengesuch der Lübecker Ärzteschaft, neben 24 Seiten Unterschriftenlisten unterschrieben vom Vorsitzenden der Ärztekammer der Freien und Hansestadt Lübeck, dem Vorsitzenden des Ärztlichen Vereins zu Lübeck und dem Vorsitzenden des Landesverbands Lübeck, Beauftragter des Kommissars der ärztlichen Spitzenverbände, Lübeck, 08.06.1933

Schreiben des Reichsstatthalters an den Senat, Landesjustizverwaltung – Lübeck –, Schwerin, 21.08.1933

Sign. 01903:

„Abschrift. Herrn Senator Dr. Böhmcker.“, darin am Ende: „Eine Auseinandersetzung mit Dr. Deycke ist aufgegeben. Dr. Deycke hat keinerlei Vermögensgegenstände, die der Staat verwenden könnte. L., 29.3.35. gez. Dr. Bö.“

Kostenaufstellung des Gerichtsverfahrens (von Porto über Zeugen- und Sachverständigengebühren, Reisekosten, „Herrichtung der Hauptturnhalle zum Sitzungssaal, Heizung und Reinigung“ bis hin zu Armenanwaltskosten für Rechtsanwälte Dres. Wittern, Cantor und Frey), Gesamtschuldner Deycke und Altstaedt, Betrag 44.123,20 Reichsmark

Schreiben „Betrifft: Professor Dr. Deycke und Obermedizinalrat Dr. Altstaedt.“

Schreiben der Rechtsanwälte Dres. Hoffmann und Rüsse an Einen Hohen Senat der freien und Hansestadt Lübeck, Abteilung IV – Justizverwaltung –, Lübeck, 26.04.1934

Schreiben Dres. von Brocken, Ihde, Boettcher an Senator Dr. Böhmcker, Lübeck,  
02.12.1933

„Verhandlung mit Rechtsanwalt Dr. Ihde.“, Lübeck, 09.09.1933

Vergleich zwischen der freien und Hansestadt Lübeck, vertreten durch den Senator der Justizverwaltung, Dr. Böhmcker, einerseits, und dem Facharzt für innere Krankheiten Dr. med. Ernst Altstaedt in Lübeck und der Union und Rhein Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin, vertreten durch ihren Vorstand General-Direktor Partzsch als Haftpflichtversicherer des Dr. med. Ernst Altstaedt, andererseits; Anschreiben datiert mit Lübeck, 28.08.1934, unter dem Vergleich Unterschriften von Altstaedt, der Versicherungsgesellschaft sowie Siegel und Unterschrift der Hansestadt Lübeck, datiert mit Berlin, 28.06.1934

„Verzeichnis der Vermögensstücke des Herrn Dr. Altstaedt.“, darin enthalten: Auflistung von Grundstück mit Belastungen, über Möbelstücke bis zu verschiedenen Sparbüchern und Konten sowie „Versicherungsansprüche gegen die Union- und Rhein Versicherungs Aktien-Gesellschaft, Berlin W. 50, Nürnbergplatz No. 1 = RM 80.000,- -“, an Eides statt, unterschrieben von Dr. Altstaedt, Lübeck, 11.09.1933

#### Sign. 01905:

Blatt 6: Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: Impfgegner zur Lübecker Katastrophe, in: Vorwärts (05.06.1930), weitere Angaben fehlen

Blatt 40: Zeitungsausschnitt: Vorwärts (09.07.1930), weitere Angaben fehlen

Blatt 79: Autor ungenannt: Gefängnisstrafen für Dr. Deycke und Dr. Altstaedt! in: Lübeckische Anzeigen. Abend-Ausgabe (08.02.1932), 181. Jg., Nr. 32, Titelseite

#### Sign. 2714:

Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1930

#### Sign. 2716:

Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1931

#### **Literatur:**

Abrams, Lynn: Oral History Theory. Routledge, London 2010

Autor ungenannt: Der geplante Kindermord in Lübeck durch die Calmette-Impfung zur Tatsache geworden! Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung 3 (1930), S. 44-45

- Autor ungenannt: In Lübeck sollen Kinder durch die Calmette-Impfung sterben! Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung 3 (1930), S. 14-16
- Autor ungenannt: The Lübeck Affair. Am J Public Health 20 (1930), S. 1122-1123
- Autor ungenannt: Zum Säuglingsmord durch die Calmette-Impfung in Lübeck. Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung 3 (1930), S. 64-66
- Bachmann; Kröner, W.; Hennes (Medizinisch-Biologische Gesellschaft): Irreführung der Öffentlichkeit über die Calmette-Impfung auf dem Internationalen Tuberkulosekongress in Oslo durch Prof. Calmette (Paris) und Prof. Neufeld (Berlin). Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung 3 (1930), S. 89-90
- Bonah, Christian: 'Experimental rage': the development of medical ethics and the genesis of scientific facts. Ludwik Fleck: an answer to the crisis of modern medicine in Interwar Germany? Soc Hist Med 15 (2002), S. 187-207
- Bonah, Christian: Fortschritt und Fortschrittsglaube. Ein Rückblick auf den Lübecker Impfskandal von 1930 und seine Bedeutung für die Biomedizin des 20. Jahrhunderts. (focus) uni lübeck 28 (2011), S. 20-29
- Bonah, Christian: Packaging BCG: Standardizing an anti-tuberculosis vaccine in Interwar Europe. Sci Context 21 (2008), S. 279-310
- Bonah, Christian; Menut, Philippe: BCG vaccination around 1930: dangerous experiment or established prevention? Debates in France and Germany, in: Roelcke, Volker; Maio, Giovanni (Hgg.): Twentieth Century Ethics of Human Subjects Research. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2004, S. 111-127
- Condrau, Flurin: Lungenheilanstalt und Patientenschicksal. Sozialgeschichte der Tuberkulose in Deutschland und England im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2000
- Deycke, Georg: Praktisches Lehrbuch der Tuberkulose. Verlag von Julius Springer, Berlin 1920
- Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935
- Edelhoff, Julius: Der Calmette-Prozess, in: Saltzwedel, Rolf (Hg.): Der Wagen. Ein Lübeckisches Jahrbuch. Hansisches Verlagskontor, Lübeck 1984, S. 62-68
- Fick, Wilfried: Lübecker Friedhöfe: Vorwerker Friedhof. 100 Jahre von 1907-2007. Hansestadt Lübeck, Fachbereich Planen und Bauen, Lübeck 2006

- Fischer, Isidor (Hg.): Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte der letzten fünfzig Jahre. Band 1, 2. und 3. unveränderte Aufl., Urban & Schwarzenberg, München 1962
- From our Berlin Correspondent: The Lübeck Trial. Lancet 218 (1931), S. 927-928, S. 986-987, S. 1038, S. 1098-1099, S. 1160, S.1214, S. 1319-1320, S. 1428-1429
- From our Berlin Correspondent: The Lübeck Trial. Lancet 219 (1932), S. 102, S. 154, S. 259-260, S. 365
- From Our Regular Correspondent: Berlin. Report on the Infant Deaths in Lübeck. JAMA 96 (1931), S. 283-284
- Guttkuhn, Peter: Leopold Jacobsohn, Dr. Martin Meyer, Dr. Leo Landau, Ludolf Alexander Häusler und Dr. Alfred Cantor – Lebensskizzen jüdischer Rechtsanwälte in Lübeck und ihr Schicksal in der NS-Zeit, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen – Justizministerialblatt Schleswig-Holstein: Anwalt ohne Recht. Schicksale jüdischer Rechtsanwälte nach 1933 – insbesondere in Schleswig-Holstein –, Sonderdruck 2014, S. 22-31
- Hagemann, Karen: „Ich glaub’ nicht, dass ich Wichtiges zu erzählen hab’...“ Oral History und historische Frauenforschung, in: Vorländer, Herwart (Hg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, S. 29-48
- Hahn, Judith: Erwin Villain und Leonardo Conti: Scharmützel unter NS-Kameraden. Dtsch Arztebl 104 (2007), S. 2862-2864
- Hahn, Susanne: Der „Lübecker Totentanz“ (1930), ein Beispiel für ethische Debatten zum Problem der Tuberkulose, in: Kaiser, Wolfram; Hübner, Hans (Hgg.): Robert Koch (1843-1910) (Hallesches Symposium 1982), Halle (Saale) 1983, S. 91-98
- Hahn, Susanne: „Der Lübecker Totentanz“. Zur rechtlichen und ethischen Problematik der Katastrophe bei der Erprobung der Tuberkuloseimpfung 1930 in Deutschland. Medizinhist J 30 (1995), S. 61-79
- Hau, Michael: Experten für Menschlichkeit? Ärztliche Berufsethik, Lebensreform und die Krise der Medizin in der Weimarer Republik, in: Frewer, Andreas; Neumann, Josef N. (Hgg.): Medizingeschichte und Medizinethik. Kontroversen und Begründungsansätze 1900-1950. Campus Verlag, Frankfurt (Main) 2001, S. 124-142
- Jannasch, Hermann; Remé, Gertrud: Röntgenbefunde im Bereich des Thorax bei der Lübecker Säuglingstuberkulose, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 326-365

- Jütte, Robert: Spannend rekonstruiert. Dtsch Arztebl 99 (2002), S. 1509
- Kießling, Katrin: Der Lübecker Ärzteprozess 1931/32 in der zeitgenössischen Diskussion. Med. diss. Hamburg, 2007
- Kleinschmidt, Hans: Einfluß therapeutischer Maßnahmen auf den Ablauf der Lübecker Säuglingstuberkuloseerkrankungen, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 396-406
- Kleinschmidt, Hans: Über primäre und subprimäre Mittelohrtuberkulose. Archiv für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfheilkunde 152 (1943), S. 228-236
- Kleinschmidt, Hans: Untersuchungen der als Neugeborene tuberkuloseinfizierten Lübecker Kinder im Alter von 12 Jahren. Beiträge zur Klinik der Tuberkulose und spezifischen Tuberkulose-Forschung 99 (1943), S. 291-335
- Kröner, Walther; Noack, Ernst-Viktor: Anti-Calmette. Die Lübecker Calmette-Katastrophe im Lichte der Wissenschaft. Horodisch & Marx Verlag, Berlin 1931
- Kröner, Walther: Unsere Kinder = Versuchskaninchen? Die Sachverständigen-Komödie von Lübeck. Das Calmette-Verfahren wissenschaftlich gerichtet. Herausgegeben vom Arbeitsausschuss zur Verfolgung der Lübecker Kindertötung, Berlin 1930
- Lindner, Ulrike: Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit: Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Oldenbourg, München 2004
- Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. Aufl., Beltz Verlag, Weinheim 2010
- Menut, Philippe: The Lübeck catastrophe and its consequences for anti-tuberculosis BCG vaccination, in: Moulin, Anne Marie; Cambrosio, Alberto (Hgg.): Singular Selves. Historical Issues and Contemporary Debates in Immunology. Elsevier, Amsterdam 2001, S. 202-210
- Moegling, Albert: Die „Epidemiologie“ der Lübecker Säuglingstuberkulose, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 1-24
- Moses, Julius: Der Totentanz von Lübeck. Verlag Dr. Madaus & Co., Radebeul b. Dresden 1930

- Neumann, Josef N.: Hauptströmungen der medizinischen Theoriediskussion in ihrer Bedeutung für die Medizinethik zur Zeit der Weimarer Republik, in: Frewer, Andreas; Neumann, Josef N. (Hgg.): Medizingeschichte und Medizinethik. Kontroversen und Begründungsansätze 1900-1950. Campus Verlag, Frankfurt (Main) 2001, S. 85-123
- Portelli, Alessandro: What makes oral history different, in: Perks, Robert; Thomson, Alistair (Hgg.): The oral history reader. 2. Aufl., Routledge, London 2006, S. 32-42
- Remé, Gertrud: Das weiße Blutbild bei der Lübecker Säuglingstuberkuloseerkrankung, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 383-395
- Reuland, Andreas: Menschenversuche in der Weimarer Republik. Books on Demand GmbH, Norderstedt 2004
- Rieder, Hans L.: Die Abklärung der Lübecker Säuglingstuberkulose. Pneumologie 57 (2003), S. 402-405
- Ritchie, Donald A.: Doing Oral History. A Practical Guide. 2. Aufl., Oxford University Press, Oxford 2003
- Schürmann, Paul; Kleinschmidt, Hans: Pathologie und Klinik der Lübecker Säuglingstuberkuloseerkrankungen, in: Die Säuglingstuberkulose in Lübeck. Zusammenfassung der anlässlich der Lübecker Säuglingserkrankungen auf Veranlassung und mit Unterstützung des Reichsministeriums des Innern durchgeführten Untersuchungen. Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt, 69. Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1935, S. 25-204
- Spiess, Heinz; Heininger, Ulrich; Jilg, Wolfgang (Hgg.): Impfkompandium. 7. Aufl., Georg Thieme Verlag, Stuttgart 2012
- Steinlechner, Irene: Zur Geschichte der klinischen Pädiatrie in Lübeck. Med. diss. Lübeck, 1976
- Steinmann, Reinhard: Die Debatte über medizinische Versuche am Menschen in der Weimarer Zeit. Med. diss. Tübingen, 1975
- Thießen, Malte: Praktiken der Vorsorge als Ordnung des Sozialen: Zum Verhältnis von Impfungen und Gesellschaftskonzepten im „langen 20. Jahrhundert“, in: Hähner-Rombach, Sylvelyn (Hg.): Geschichte der Prävention. Akteure, Praktiken, Instrumente. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2015, S. 203-227

Thießen, Malte: Vom immunisierten Volkskörper zum „präventiven Selbst“. Impfen als Biopolitik und soziale Praxis vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Vierteljahr Zeitges 61 (2013), S. 35-64

Urteil gegen Prof. Dr. F. G. B. Deycke: Calmette-Prozess. Eigenverlag, Lübeck 1932

Vorländer, Herwart: Mündliches Erfragen von Geschichte, in: Vorländer, Herwart (Hg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1990, S. 7-28

Voswinckel, Peter (Hg.): Nachträge und Ergänzungen zum Biographischen Lexikon der hervorragenden Ärzte der letzten fünfzig Jahre. Band 3, Georg Olms Verlag, Hildesheim 2002

Zankl, Heinrich: Fälscher, Schwindler, Scharlatane. Betrug in Forschung und Wissenschaft. Wiley VCH, Weinheim 2003

### **Internetquellen:**

Deutsches Historisches Museum: Der Fotograf Henry Ries. Brennpunkt Berlin Blockade 1948/1949. Währungsreform 1948, online unter: <http://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/berliner-blockade/raum1.html> (Tag des Zugriffs: 24.10.2016)

DRK-Nordsee-Reha-Klinik Goldene Schlüssel St. Peter-Ording: Reise in die Vergangenheit – 100 Jahre Klinikgeschichte, online unter: <http://www.drk-nordsee-reha-klinik.de/klinik/100-jahre-fuer-die-gesundheit/klinikgeschichte.html> (Tag des Zugriffs: 10.10.2016)

Erzbischöfliche Stiftung Lübecker Märtyrer: Feier für die Opfer des Faschismus 1945. Artikel der Lübecker Post vom 19. September 1945. Lübecker Feier für die Opfer des Faschismus, online unter: <http://www.luebeckermaertyrer.de/de/geschichte/dokumente/post.html> (Tag des Zugriffs: 23.10.2016)

Forum Anwaltsgeschichte: Erich Frey (1882-1964), online unter: <http://www.anwaltsgeschichte.de/kriminal-magazin/erich-frey.html> (Tag des Zugriffs: 10.10.2016)

Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte: Groß-Hamburg-Gesetz, online unter: <http://www.geschichte-s-h.de/gross-hamburg-gesetz/> (Tag des Zugriffs: 07.10.2016)

Gesundheitsamt: Reichsimpfgesetz, Paragraph 1 (Impfpflicht), online unter: <http://www.gesundheitsamt.de/alle/gesetz/seuche/rig/p/p01.htm> (Tag des Zugriffs: 23.10.2016)



Landesamt für soziale Dienste: Soziale Entschädigung, online unter: <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/LASD/Aufgaben/SozialeEntschaedigung/SozialeEntschaedigungHauptartikel.html> (Tag des Zugriffs: 07.10.2016)

Lübeck Fenster. Offizielle Website der Hansestadt Lübeck: Digitales Pressedienstarchiv. Teilnehmer für neue Männergesprächsgruppe gesucht. 17.02.1998, online unter: <http://luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienstarchiv/view/1998/2/9801021/> (Tag des Zugriffs: 24.10.2016)

Robert Koch-Institut: Robert Koch, online unter: [http://www.rki.de/DE/Content/Institut/Geschichte/robert\\_koch\\_node.html](http://www.rki.de/DE/Content/Institut/Geschichte/robert_koch_node.html) (Tag des Zugriffs: 21.07.2016)

Schröder, Wilhelm H.: Fritz Solmitz, GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, online unter: [http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop\\_db/biosop\\_db.php](http://zhsf.gesis.org/ParlamentarierPortal/biosop_db/biosop_db.php) (Tag des Zugriffs: 23.10.2016)

Steinbauer, Hans-Gerhard: Die Krimihomepage. Kriminalgericht, online unter: <http://krimiserien.heimat.eu/k/kriminalgericht.htm> (Tag des Zugriffs: 08.03.2017)

### **Filme:**

Der Fall Calmette. Reihe: Das Kriminalgericht. Regie: Georg Tressler. Drehbuch: Peter Ernst, Günther Wolf. BRD: Tele-Universal Film- und Fernsehproduktion GmbH 1963/64, Zweites Deutsches Fernsehen, Sendedatum 21.05.1964, Dauer 61 Min.

Schleswig-Holstein Magazin. Beitrag 06: Der Impfskandal. Regie/Drehbuch: Martina Gawaz. D: Produktionsfirma ungenannt 2010/11, Norddeutscher Rundfunk, Sendedatum 30.01.2011, ca. 6 Min.

### **Abbildungen:**

Abb. 1: Flugblatt „Kampf gegen die Tuberkulose!“ (Unterlagen Interview 1)

Abb. 2: Autor ungenannt: Lübecker Kinderlied. Zeitschrift für medizinische Volksaufklärung 3 (1930), S. 97

Abb. 3: Flugblatt „An die Eltern der nach Calmette behandelten Kinder!“ vom Gesundheitsamt, Lübeck, 05.06.1930 (Unterlagen Interview 1 und 10)

Abb. 4: Liegestein Günther Pangels, Lebensdaten 26.03.-06.07.1930, Grabfeld für die Calmette-Opfer, Vorwerker Friedhof, Lübeck (Fotografie der Autorin)

Abb. 5: Liegestein Gerda Kiencke, Lebensdaten 27.02.-23.07.1930, Grabfeld für die Calmette-Opfer, Vorwerker Friedhof, Lübeck (Fotografie der Autorin)

Abb. 6: Liegestein Christa Biendl, Lebensdaten 18.03.-29.06.1930, Grabfeld für die Calmette-Opfer, Vorwerker Friedhof, Lübeck (Fotografie der Autorin)

- Abb. 7: Die vordere Angeklagtenreihe, in: Autor ungenannt: Der Calmetteprozeß. Der 2. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (14.10.1931), 50. Jg., Nr. 240, S. 6 (Unterlagen Interview 1)
- Abb. 8: Blick auf die Sachverständigen und Nebenkläger, in: Autor ungenannt: Der Calmette-Prozeß. 4. Verhandlungstag, in: Lübecker General-Anzeiger. 1. Beilage: Lübeckische Angelegenheiten (16.10.1931), 50. Jg., Nr. 242, S. 6 (Unterlagen Interview 1)
- Abb. 9: Titelseite der Münchner Illustrierten Presse (25.10.1931), 8. Jg., Nr. 43 (Unterlagen Interview 1)
- Abb. 10: Eintrittskarte für die Dauer des Calmette-Prozesses (Beginn 12.10.1931, vormittags 9.45 Uhr), auf der linken Galerie in der Hauptturnhalle, abgestempelt vom Amtsgericht der Freien und Hansestadt Lübeck, No. 74 (Unterlagen Interview 10)
- Abb. 11: Neun Kleinkinder auf Töpfchen, vermutlich Sanatorium St. Peter 1931 (Privatbesitz Gesprächspartner 6)
- Abb. 12: Drei Kleinkinder auf Töpfchen, vermutlich Sanatorium St. Peter 1931 (Privatbesitz Gesprächspartner 6)
- Abb. 13: Gartentafel mit kleinen Kindern im Vorschulalter, dahinter stehend mehrere Frauen, mutmaßlich die Mütter, vermutlich Sommerfest der I. C. G., Jahr unbekannt (Privatbesitz)
- Abb. 14: Gruppenaufnahme mit über 100 Personen, darunter vor allem Kinder und Frauen, aber auch einzelne Männer, mutmaßlich Geimpfte, Geschwister und Eltern, vermutlich Sommerfest der I. C. G., Jahr unbekannt (Privatbesitz)
- Abb. 15: Zeitungsausschnitt: Autor ungenannt: „Fall Calmette“ im Fernsehen, in: weitere Angaben fehlen (Unterlagen Interview 4)

## 8. Anhänge

### 8.1 Tafeln und Wandfahnen der Ausstellung „Das Lübecker Impfunglück 1930. Bilder und Erinnerungen von Zeitzeugen“

#### Das Lübecker Impfunglück 1930 Bilder und Erinnerungen von Zeitzeugen



Realisation der Ausstellung:  
Hanna Jonas (Doktorandin des IMGWF) & Bettina Langner  
Photographie: Michael Jonas  
Bearbeitung: Jennifer Bannick (JeyB. - Makeup)  
Layout: Matthias Lohse  
Betreuung der Dissertation: Prof. Dr. Cornelius Borck

Die im Rahmen der Ausstellung gezeigten Materialien und Ergebnisse  
sind Teil der laufenden Dissertation von Hanna Jonas.

## Das Projekt „Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks“

Das Lübecker Impfunglück und die Ereignisse des Frühjahrs 1930 sind weithin bekannt: Ein verunreinigter Impfstoff ließ mehr als 200 von 251 geimpften Säuglingen erkranken, 72 von ihnen starben qualvoll an Tuberkulose. Aber welche Bedeutung hatte die Beteiligung am Impfunglück für die geimpften Kinder - oder für die Familien, die ihr Kind verloren hatten? Was hieß es, ein „Calmette-Kind“ zu sein? Welche Rolle spielte die Impfung als Säugling im weiteren Leben? Kam es zu langfristigen Gesundheitsschädigungen? Wie wurde vonseiten der Hansestadt Lübeck mit den Betroffenen umgegangen? Wurden sie nach der Impfung unterstützt oder entschädigt?

Mit der Hilfe von Zeitzeugen der Katastrophe sollten auf diese und weitere Fragen Antworten gefunden werden - so entstand 2011 das Dissertationsvorhaben am Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung. Ziel dieses Projekts sollte eine möglichst umfassende Dokumentation der Erinnerungen an das Lübecker Impfunglück sein - so weit das mit einem damals bereits 81-jährigen Abstand zu bewerkstelligen wäre. Dass Erinnerungen durch Einflüsse von außen über die Jahre verändert werden können, musste dabei klar sein. Außerdem würde es sich zum Teil um keine eigenen, sondern erzählte Erinnerungen handeln.

Der Kontakt zu einem ersten Zeitzeugen war bereits im Dezember 2010 bei einem öffentlichen Vortrag zum Impfunglück in der Lübecker Universität geknüpft worden. Nun wurde auf mehreren Wegen auf das Vorhaben aufmerksam gemacht - für die größte Resonanz sorgte der im September 2011 in den „Lübecker Nachrichten“ erschienene Aufruf mit einer Vorstellung des Projekts. Neben der Suche nach Zeitzeugen, bei denen es sich sowohl um direkt Betroffene als auch Angehörige oder Nahestehende handeln konnte, wurde dort auch das Interesse an Dokumenten zum Impfunglück - wie Berichten ärztlicher Untersuchungen, Gerichtsakten oder Fotografien - bekundet. Auf diesen Artikel hin meldete sich ein Großteil der späteren Gesprächspartner und auch viele weitere interessierte Lübecker, die wertvolle Hinweise für das Projekt liefern konnten.

Im Oktober und November 2011 wurden die ersten zwölf Gespräche mit Zeitzeugen geführt, vier weitere im Herbst 2012. Von den insgesamt sechzehn Gesprächspartnern waren acht 1930 selbst BCG-geimpft worden, bei den anderen acht handelte es sich um Geschwister, Ehepartner oder anderweitig den Geimpften nahestehende Personen. Die mit ihnen geführten Interviews wurden aufgezeichnet und transkribiert. Einige Zeitzeugen stellten auch Unterlagen über das Unglück wie Krankenberichte und Zeitungsausschnitte zur Verfügung: Während manche nur ein einzelnes Gutachten zum Gesundheitszustand als Kleinkind oder die Urteilsausfertigung des „Calmette-Prozesses“ von 1931/32 behalten hatten, war in anderen Familien beinahe jedes Schreiben mit Bezug zum Impfunglück aufbewahrt worden. Ein Teil dieser Dokumente wird in der Ausstellung gezeigt.

Die Ausstellung stellt einen Zwischenstand des Dissertationsprojekts dar und rückt die Zeitzeugen und ihre Erinnerungen in den Vordergrund. Acht von ihnen ließen sich für die Ausstellung porträtieren, bei einem neunten, 2013 verstorbenen Gesprächspartner stellte seine Witwe Fotografien zur Verfügung. Die mit den Zeitzeugen geführten Interviews haben im Lübecker Impfunglück ihren weit zurückliegenden Bezugspunkt, trotzdem tauchen manche Details in mehreren Gesprächen auf. So stehen die einzelnen Zeitzeugen nicht nur für sich allein, sondern ihre Erinnerungen fügen sich wie Puzzleteile zu einem gemeinsam geteilten und doch jeweils sehr persönlichen Bild des Lübecker Impfunglücks zusammen.

Hanna Jonas  
Doktorandin des IMGWF  
im Juni 2014

## Das „Lübecker Impfunglück“

1930 sollte Lübeck zum Vorreiter im Kampf gegen die Volkskrankheit Tuberkulose in Deutschland werden - tatsächlich wurde es Schauplatz eines der größten Impfunglücke des 20. Jahrhunderts. Wie konnte es dazu kommen?

Obwohl ihr Erreger seit 1882 bekannt war, war es bis dahin nicht gelungen, ein Heilmittel der Tuberkulose zu finden. Umso bedeutsamer wurde die Suche nach einem Impfstoff, der die Erkrankung selbst verhindern sollte. Eine Reihe von Wissenschaftlern beteiligte sich an diesem Vorhaben, eines der erfolgsversprechenderen Ergebnisse war der BCG-Impfstoff (Bacille-Calmette-Guérin), benannt nach seinen französischen Entdeckern Albert Calmette und Camille Guérin. Dieses Mittel aus abgeschwächten lebenden („attenuierten“) Erregern der Rindertuberkulose sollten Säuglinge in den ersten Lebenswochen als Schluckimpfung erhalten. Seit 1924 wurde das Verfahren Calmettes in Frankreich in größerem Umfang angewandt und auch andere Länder begannen mit der BCG-Impfung. In Deutschland blieb sie jedoch umstritten. So sollten laut Reichsgesundheitsrat vor einer groß angelegten Einführung weitere Untersuchungen zur Wirksamkeit abgewartet werden. Allerdings impften schon damals einzelne deutsche Ärzte in kleinem Umfang mit BCG.

Diese Entwicklungen verfolgten die Lübecker Ärzte Georg Deycke, Direktor des Allgemeinen Krankenhauses (heute *Sana Kliniken*), und Ernst Altstaedt, Stadtphysikus und Leiter des Gesundheitsamts. Beide hatten sich in ihrer ärztlichen Tätigkeit der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose gewidmet, Altstaedt war Leiter der Lübecker Tuberkulosefürsorgestelle gewesen. 1929 beschlossen sie die Einführung der BCG-Impfung in Lübeck. Eine BCG-Kultur wurde von Calmette nach Lübeck gesandt, Deycke veranlasste die Weiterzucht dieser Kultur durch seine technische Assistentin Schwester Anna Schütze. Lübecker Gesundheitsrat und ärztlicher Verein stimmten der allgemeinen Einführung der Impfung zu. Zur Aufklärung der Eltern wurde ein Flugblatt entworfen, in dem die Impfung unabhängig vom Ansteckungsrisiko für alle Neugeborenen empfohlen wurde. Das Gesundheitsamt veröffentlichte außerdem eine Bekanntmachung in den Lübecker Zeitungen. Hebammen und Ärzte sollten die Eltern ebenfalls auf das Verfahren hinweisen. Nach Einwilligung der Eltern gab das Laboratorium des Allgemeinen Krankenhauses den Impfstoff in je drei Fläschchen aus.

Am 24. Februar 1930 begann das offizielle Impfverfahren. In den folgenden zwei Monaten wurde die Schluckimpfung 248 Säuglingen und damit rund 60 Prozent aller Neugeborenen verabreicht. Drei weitere Kinder waren schon vor der offiziellen Einführung geimpft worden. Am 26. April 1930 fanden die Impfungen ein jähes Ende: Bei einer Obduktion wurde die Ursache für die vorher mysteriösen Erkrankungen und Todesfälle mehrerer Säuglinge entdeckt. Sie litten an „Fütterungstuberkulose“, hervorgerufen durch den offenbar „vergifteten“ Impfstoff.

Warum wurde das Unglück erst so spät entdeckt?

Bereits im März traten bei einigen Impfungen Ausschlag, Müdigkeit und häufiges Erbrechen auf. Zu diesem Zeitpunkt waren aber alle Beteiligten von der Unschädlichkeit des Impfstoffs überzeugt, man hielt diese Erscheinungen für eine normale Reaktion auf die Impfung. Im April begannen sich dann Erkrankungen bei den geimpften Kindern zu häufen, fast täglich wurden ab Mitte dieses Monats Säuglinge ins Kinderkrankenhaus eingewiesen. Sie litten an Hautausschlag und Lymphknotenschwellungen, einige waren durch schweres Erbrechen abgemagert, andere hatten eine Lungenentzündung. Manche Eltern äußerten bereits den Verdacht, dass ein Zusammenhang zwischen Impfung und Erkrankung ihres Kindes bestehe. Auch Georg Deycke wurde am 25. April ein solches Kind vorgeführt, er lehnte jedoch eine Verbindung ab. Erst am nächsten Tag, dem 26. April, erkannte Deycke bei der Sektion des dritten verstorbenen Impflings die Fütterungstuberkulose. Daraufhin ließ er die Ausgabe des Impfstoffs sofort einstellen und noch im Laboratorium vorhandenen vernichten. Direkt nach Entdeckung des Unglücks nahm man an, dass nur die Impfstoffproduktion eines Ausgabetags „vergiftet“ sei. Das ganze Ausmaß der Katastrophe wurde am 5. Mai klar, als ein Kind erkrankte, das mit Impfstoff eines anderen Ausgabetags gefüttert worden war. Erst dann wurde der Vorsitzende des Gesundheitsamts über die Todesfälle informiert, der Gesundheitsrat einberufen und am 14. Mai die Presse von den Vorfällen in Kenntnis gesetzt. Nun teilte man endlich auch den Eltern mit, dass einige Impflinge erkrankt und die Impfungen daraufhin eingestellt worden seien.

Von den 251 geimpften Kindern verstarben 76 im ersten und ein Kind im zweiten Lebensjahr, bei 72 davon war eine Fütterungstuberkulose Todesursache oder begünstigte zumindest die letztlich tödliche Erkrankung. Die Befürchtung, dass schließlich alle Impflinge der Tuberkulose erliegen würden, bewahrheitete sich glücklicherweise nicht. Die Krankheitsbilder waren in ihrer Schwere vielmehr sehr unterschiedlich, manche Kinder zeigten kaum Symptome.

Die rechtliche Aufarbeitung des Unglücks erfolgte im Rahmen des „Calmette-Prozesses“ vom 12. Oktober 1931 bis zum 6. Februar 1932. Angeklagt waren die Ärzte Altstaedt, Deycke und Max Klotz, Leiter des Kinderkrankenhauses, sowie die Labor-Assistentin Schütze. Aufgrund des zu erwartenden Andrangs fand der Prozess in der Lübecker Hauptturnhalle in der Mühlenstraße statt. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass - auch wenn ein „Rückschlag“ des BCG in seine ursprüngliche Virulenz („Giftigkeit“) für theoretisch möglich gehalten wurde - in Lübeck eine Verwechslung oder Verunreinigung der Impfkulturen mit den ebenfalls im Laboratorium gelagerten humanen Tuberkulosebakterien des Stammes „Werner“ aus Kiel stattgefunden haben musste. Der genaue Hergang dieser Verwechslung konnte allerdings nicht aufgedeckt werden. Die Angeklagten Deycke und Altstaedt wurden wegen Vergehen der fahrlässigen Tötung sowie der fahrlässigen Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren bzw. einem Jahr und drei Monaten verurteilt. Klotz und Schütze wurden freigesprochen.





**Ursula Grube \* 1921**

**berichtet von ihrem jüngeren Bruder:  
Betroffener des Impfunglücks  
einseitige Taubheit infolge der BCG-Impfung**

Ursula Grube war neun Jahre alt, als ihr Bruder Gerhard geimpft wurde. Sie ist die einzige Gesprächspartnerin, die - in diesem Fall als Schwester - Impfung und Erkrankung bewusst miterlebt hat:

*„Mein Bruder war sehr krank. Also die Babys hier haben zuerst ja furchtbar geschrien alle, und keiner wusste, was los war. Meine Mutter hat immer erzählt, wenn sie zur Kinderärztin in die Mühlenstraße ging, dann kamen die anderen Frauen mit ihren Kindern, die schrien von weitem, und waren alle —. Das war ganz schlimm. Meine Großmutter war Hebamme, die hielt das natürlich für gut [die Impfung], gegen Tuberkulose. Aber mein Vater hätte wahrscheinlich niemals unterschrieben, das hat er immer betont, aber meine Großmutter hat das einfach unterschrieben [die Einwilligung zur Impfung]. Und dann hat sie es ihm gegeben [die Fläschchen mit dem Impfstoff]. Es waren ja wohl drei Fläschchen, da soll er dabei auch ein bisschen gespuckt haben, so dass er nicht alles zu sich genommen hat. Nachher traten dann diese, wie soll ich das nun sagen, also diese Eiterbeulen auf, ganz schlimm, mehrere [hinter dem Ohr]. Manchmal wurden sie vom Arzt schon vorher aufgeschnitten, sonst sind sie auch einfach im Bettchen aufgegangen. Als dann später mein Vater, wie man das so macht mit kleinen Kindern, „Hör mal die Uhr ticken“ gespielt hat, da hat er festgestellt, dass er nicht hört. Und da ist es dann natürlich vom Arzt untersucht worden, also es war vollkommen zerfressen das Ohr. Es war kaputt.“*

Immer wieder kam ihr Bruder zur Erholung in ein Sanatorium - zuerst mit gut einem Jahr im Sommer 1931 für einige Monate nach Hermannswerder bei Potsdam. In dieser Klinik war bereits der Vater von Ursula Grube erfolgreich wegen Tuberkulose behandelt worden, deshalb sollte dort auch sein Sohn gesund werden. „Und da ist er auch gut ausgeheilt. Vor allem die Schwestern, die hatten ihre Freude dann mit dem kleinen Jungen da. Da hat er Laufen gelernt, und sie haben uns auch öfter Fotos geschickt und wirklich viel erzählt. Sonst waren da an sich nur Erwachsene zur Heilung.“

Aber Potsdam war weit weg. Keiner aus der Familie konnte nach Hermannswerder zu Besuch kommen: „War ja auch 'ne Reise, ich meine damals, kost' ja auch. Und hätte vielleicht auch nur gestört.“ So sah die Mutter ihren Gerhard erst nach viereinhalb Monaten beim Abholen wieder, aber Gerhard fremdelte nun: „In Hermannswerder wollte die Mutter ihn ja nun gerne in den Arm nehmen, aber er rannte zurück zur Schwester. Wenn er als Baby dahin kommt [ins Sanatorium] und da laufen lernt und dies ganze halbe Jahr da lebt, da kennt er doch dann meine Mutter nicht mehr. Das war sehr traurig für meine Mutter.“ Auch Lübeck war für Gerhard inzwischen eine fremde Welt geworden, nach seiner Rückkehr saß er „ganz scheu in der Ecke und kannte ja nun uns alle nicht“.

In den folgenden beiden Jahren war ihr Bruder dann nochmals auf Veranlassung der Hansestadt Lübeck für einige Wochen zur Kur, „mit meiner Mutter zusammen, in Bosau, am Plöner See. Da waren sie wohl für sechs oder acht Wochen. Ich war da dann auch als Kind mit meinem Vater mal, haben sie besucht, da war er ganz mobil. Und dann das nächste Jahr noch mal in Sankt Peter-Ording. Da bin ich aber nie gewesen. Und dann war Schluss. Dann haben sie nichts mehr bewilligt.“

Als Erwachsener wurde ihr Bruder psychisch krank. 1961 nahm er sich das Leben. Für die Mutter hatte immer ein Zusammenhang zwischen der BCG-Impfung und der psychischen Erkrankung ihres Sohnes bestanden: „Sie sagte, das kommt bestimmt nur durch diese Calmette-Geschichte. Aber die Ärzte sind da nicht drauf eingegangen.“

**„Die Babys hier  
haben zuerst ja  
furchtbar geschrien  
alle, und keiner  
wusste, was los war.“**



Ursula Grube mit ihrem Bruder  
Gerhard



Gerhard mit seinen Eltern



Gerhard als Erwachsener



**Eva Mangel \* 1930**

**Betroffene des Impfunglücks  
keine langfristigen Gesundheitsschäden erlitten**

Eva Mangel wurde im Marienkrankenhaus geboren, dort gegen Tuberkulose geimpft - und sie überstand die Impfung recht glimpflich. Warum sie nicht schwerer erkrankte, wurde ihr später folgendermaßen erklärt: Ihre Mutter hatte nach der Geburt „sehr viel Besuch und aus irgendeinem Grunde wurde ich dann früher oder später gebracht zum Stillen [als eigentlich vorgesehen]. So hat sich die Muttermilch dann wohl mit dem Serum da vermischt.“ Weiterhin wurde ihr erzählt, dass sich ihr Vater damals „öffentlich sehr engagierte, auch in Lübeck auf dem Marktplatz große Reden hielt“. Wofür ihr Vater sich damals eingesetzt hat, weiß Eva Mangel heute nicht mehr. Ihr eigenes Leben wurde durch die Impfung nicht weiter beeinträchtigt. Unter langfristigen Beschwerden litt sie nicht, aber eine Konsequenz war, dass sie nie wieder geimpft wurde: „Mein Vater war dann Impfgegner.“ Außerdem verbrachten ihre Eltern jeden Sommer mit ihr an der Ostsee, damit sie sich dort erholen konnte: „Bis ich zur Schule kam, haben wir die Sommer immer in Timmendorf verbracht, weil das Kind an die frische Luft musste.“

**„Ist hier ein  
Calmette-Kind?“**

Als Schulkind kam Eva Mangel noch einmal mit dem Impfunglück in Berührung: „Und was ich noch weiß, das ist, dass nachher in der Oberschule, also da muss ich ja schon elf, zwölf gewesen sein, dreizehn, das weiß ich nicht so genau, aber ich war schon auf der Oberschule. Da kam ein Professor aus dem Westen, also Frankfurt am Main, glaube ich, oder so. Also ich glaub', das sagten Sie, dass das Kleinschmidt sein könnte. Denn ich dachte 'Klein', Klein wusste ich noch. Aber das kann durchaus sein. Ich seh' den noch vor mir, großer älterer Mann, und eben, der kam dann [in die Klasse]: 'Ist hier ein Calmette-Kind?' Wir hatten ja noch so'n Katheder, und da stand er denn, und dann tappelte ich nach vorne. Was sie dann mit mir gemacht haben, weiß ich aber gar nicht mehr. Also wahrscheinlich hat er mir nur tief in die Augen geguckt und gesagt: 'Die ist ja gesund.' [lacht] Und dann ist es im Sande verlaufen.“

Prof. Hans Kleinschmidt, Inhaber des Lehrstuhls für Kinderheilkunde in Köln und Spezialist für Infektionskrankheiten, war mit Nachuntersuchungen der geimpften Kinder betraut worden. Seine Gutachten dienten u. a. als Grundlage für die Bemessung des Schadensersatzes.

Eva Mangel weiß bis heute, dass sie ein „Calmette-Kind“ ist, auch wenn ihre Beteiligung am Impfunglück in ihrem weiteren Leben nicht mehr im Vordergrund gestanden hat: „Außer dass ich das eben irgendwie wusste, ich bin Calmette-Kind [lacht], spielte das überhaupt keine Rolle.“ In ihrer Familie wurde darüber auch nicht gesprochen. „Also ich nehme an, meine Eltern wollten mich auch als gesundes Kind aufwachsen lassen, und nicht ständig damit konfrontieren, dass ich nicht normal war. Also da wurde nicht darüber gesprochen und mir ging's ja auch gut.“

Das Thema „Lübecker Impfunglück“ gab es für sie gar nicht mehr: „Bis Sie kamen, existierte das nicht!“



Eva Mangel als Säugling



**Antje Herzig \* 1941**

**berichtet von Gerda Grothkaß, die 26 Jahre bei ihr lebte:  
Betroffene des Impfunglücks  
Taubheit beider Ohren und einseitige Gesichtslähmung  
infolge der BCG-Impfung**

Von allen überlebenden „Calmette-Kindern“ hatte Gerda Grothkaß eine der schwersten Gesundheitsschädigungen erlitten. Sie wuchs bei ihrer Mutter auf, ihr Vater verließ die Familie, „weil er nicht mit einem solchen Kind leben konnte“. Ihre Mutter kümmerte sich zwar um Gerda, „aber es war eben so früher, dass diese Menschen ein bisschen versteckt wurden. Man hat jetzt dieses behinderte Kind und die kann sowieso nicht hören und die kann auch nicht sprechen. Ihre Mutter hat es zwar auf der einen Seite sehr gut gemacht oder gut gemeint, aber für Gerda selbst war es immer eine Abgrenzung, so eine kleine Isolierung.“ Wegen ihrer Taubheit lernte Gerda Grothkaß als Kleinkind nicht richtig sprechen. Später erlernte sie die Gebärdensprache und das Lippenlesen.

Ihre Mutter führte erfolgreich einen Prozess gegen die Stadt Lübeck, um die Versorgung ihrer Tochter zu sichern: Gerda Grothkaß erhielt eine lebenslange „Calmette-Rente“ und eine „Stellung auf Lebenszeit“ in der Nähstube des Allgemeinen Krankenhauses: „Damit sie versorgt war. Denn sie hatte zwar Angehörige, es hat sich aber niemand um sie gekümmert und als ihre Mutter verstorben ist, hätte sie vollkommen alleine dagestanden.“

In der Nähstube lernte Antje Herzig Gerda Grothkaß 1974 kennen, als sie selbst dort eine Stelle antrat. Zu dieser Zeit lebte Gerda noch mit ihrer Mutter zusammen. Als diese 1981 starb, begann Antje Herzig, sich um ihre Kollegin zu kümmern. Sie half Gerda bei der Organisation der Beerdigung und nahm sie vorübergehend bei sich auf: „Denn sie mochte auch nicht alleine sein, sie hatte dann Angst.“ 1983 zog Gerda Grothkaß schließlich bei Familie Herzig zur Untermiete ein. Sie nahm am Familienleben teil - „was sie alles miterlebt hat, sechs Enkelkinder, und zu jeder Taufe mit, zu jeder Konfirmation“ - und verreiste mit Familie Herzig: „Sie war nicht mehr so abgeschottet.“

Die fehlende Akzeptanz Behinderter erlebte Antje Herzig aber auch in dieser Zeit noch: „Eine Nachbarin sagte wörtlich zu mir: ‚Wieso hast du dir denn eine solche Bekloppte ins Haus geholt?‘ Daraufhin sag' ich: ‚Entschuldige mal bitte, stell' dich mal bitte vor'n Spiegel und dann beguck' mal, wer jetzt bekloppt ist. Gerda ist nicht geistig behindert. Gerda arbeitet. Sie hat das körperliche Hindernis.“

Antje Herzig sorgte dafür, dass Gerda Grothkaß eine zweite Rente vom Versorgungsamt bekam: „Zumindest eine Entschädigung für diese ganzen Jahre und für dieses Kranksein.“ Außerdem half sie Gerda, ihre Fertigkeiten im Lesen und Schreiben zu verbessern und übte mit ihr das Sprechen: „Da haben wir lange geübt, es gab bittere Tränen erst, aber bei jedem neuen Erfolg ging es besser. Man konnte sich [an ihre Art des Sprechens] ein bisschen gewöhnen oder wusste dann, was sie doch nicht so gut raus bekam, das ging dann wunderbar. Wenn man sie gefördert hat - also wenn das in der heutigen Zeit gewesen wäre, hätte sie, denke ich, ordentlich was anderes auf die Beine stellen können, auch beruflich.“ Anfang der 1990er Jahre bekam Gerda Hörgeräte, mit deren Hilfe sie zumindest Geräusche wahrnehmen konnte: „Das war für sie ja schon viel. Wenn ich das ganze Leben lang nichts höre, dann war das schon sagenhaft für sie. Sie konnte nicht hören, was man sagt, nur dass da ein Laut war. Aber sie war dann nicht mehr so unsicher, als wenn das alles tot ist.“

Bis kurz vor ihrem Tod im Februar 2010 lebte Gerda Grothkaß bei Familie Herzig: „Und so hat sie es dann doch bis zu ihrem Lebensende, denke ich mal, ganz gut gehabt - und wir haben auch viel Freude [mit ihr] gehabt.“

**„Wieso hast du dir denn eine solche Bekloppte ins Haus geholt?“**



Gerda Grothkaß als Säugling



Gerda Grothkaß zu Ostern 1936



Gerda Grothkaß im Sommer 2000





**„Und dann hatte ich dieses mündelsichere Sparbuch.“**



Egon Wohlers als Säugling mit seiner Mutter



Im Kinderhospital 1930 (Egon Wohlers links)



Egon Wohlers im Juni 1933

## Egon Wohlers † 1930 - 2013

### Betroffener des Impfunglücks keine langfristigen Gesundheitsschäden erlitten

Nach seiner BCG-Impfung als Säugling verbrachte Egon Wohlers ein Jahr im Lübecker Kinderkrankenhaus. Den Grund für diesen langen Aufenthalt weiß er nicht, seiner Erinnerung nach war er nicht schwer krank. Möglicherweise handelte es sich um eine Vorsichtsmaßnahme, um seinen Gesundheitszustand besser beobachten zu können: „Ich war da, ich war ja so klein. Und das haben sie dann wohl vorsichtshalber gemacht.“ Später erhielten seine Eltern regelmäßig ein halbes Pfund Butter als Ernährungszulage für ihren Sohn. Von einer derartigen Unterstützung durch den Lübecker Staat berichteten mehrere Gesprächspartner. Da es zu dieser Zeit keine kausale Therapie der Tuberkulose gab, sollten die Kinder durch verbesserte Ernährung zumindest in ihrer natürlichen Abwehr gestärkt werden. Außerdem erhielten die geimpften Kinder für die erlittene Krankheit eine Entschädigung. Über deren Höhe entschied ein dafür eingesetztes Schiedsgericht, das sich dabei u. a. nach der Schwere des jeweiligen Krankheitsbildes richtete. Die Entschädigungszahlung wurde bis zur Volljährigkeit der Kinder mit 21 Jahren auf einem Sparbuch angelegt. Was als Sicherheit für die Kinder gedacht gewesen war, schlug durch die politischen Umstände in ihren Nachteil um. Denn noch bevor die geimpften Kinder volljährig wurden, vernichtete die Währungsreform 1948 fast die gesamten Spareinlagen: „Ich kriegte nur als Unterstützung ein halb Pfund Butter, Geld war ja auch knapp. Und dann hatte ich dieses mündelsichere Sparbuch, da durfte ich auch vor 'ner gewissen Zeit nicht beugehen. Und dann kam aber inzwischen schon die neue Währung, da waren die Mark weg und dann kriegte ich auch nur noch 'nen Bruchteil von den hundert Mark da. Ich mein' dreißig Mark. Aber das werden Sie ja vielleicht anderweitig noch irgendwo hören dann, was da rauskommt. Ich hab' auch keinen Kontakt mit anderen nachher noch gehabt, ich hab' normal weitergelebt und das war's.“

Zum Zeitpunkt des Gesprächs war die Calmette-Impfung für Egon Wohlers nur noch Teil seiner Kindheitserinnerungen, gesundheitliche Schäden hatte er auf Dauer nicht davongetragen. „Ich könnte noch mal Rente einreichen. [lacht] Nee, das ist sonst alles ganz glatt verlaufen.“



**„Sein Bruder, der ist 1930  
ums Leben gekommen - und  
zwar durch diese Impfung.“**

## **Johanna Reichert \* 1940**

**berichtet vom ältesten Bruder  
ihres Ehemanns:**

### **Opfer des Impfunglücks**

*„Im Haus, in das ich reingeheiratet hab', war immer von dem Calmette-Skandal die Rede. Mein Mann ist 1938 geboren und sein Bruder, der ist 1930 ums Leben gekommen - und zwar durch diese Impfung. Und ist nur elf Wochen alt geworden. Er war das erste Kind meiner Schwiegereltern, die hatten 1929 geheiratet.“*

Johanna Reichert fand später auch die Todesanzeige, die ihre Schwiegereltern in der Zeitung veröffentlicht hatten. Darin hatten sie die Ursache für den Tod ihres Kindes deutlich zum Ausdruck gebracht: *„Da stand so was Ähnliches wie, dass ‚Unser Liebling im Alter von elf Wochen an Calmette gestorben ist.“*

Besonders schwer für die Schwiegereltern von Johanna Reichert war, dass sie nach dem Verlust ihres ersten Kindes mehrere Totgeburten zu verkraften hatten: *„Sie haben immer wieder versucht, Kinder zu bekommen - und das hat so viel Schwierigkeiten gegeben, denn es kamen mehrere Geschwister meines Mannes tot zur Welt. Die kamen alle verhungert zur Welt, weil die Nabelschnur um den Hals war.“*

Von sieben Kindern überlebte allein Johanna Reicherts späterer Mann. Dementsprechend behütet wuchs er auf: *„Den hat man richtig in Watte gepackt.“*

Obwohl Johanna Reichert erst viele Jahre später in die Familie kam, war das Impfunglück dort immer noch sehr präsent: *„Meine Schwiegereltern haben da immer von gesprochen, also immer kam das wieder zum Vorschein. Dass es ein Skandal war und dass so viele Kinder verstorben sind.“*

Die genauen Umstände der Impfung und Krankheit ihres ersten Kindes haben ihr ihre Schwiegereltern nicht erzählt und Johanna Reichert wollte damals auch *„nicht in den Wunden rühren“*, indem sie weiter nachfragte. Aber das Impfunglück gehörte immer zur Familie: *„Nee, so genau haben sie da nicht drüber gesprochen. Ich weiß nur, dass für sie immer das Thema war, dass dieser Junge nun nicht da war und dass das so unglücklich war, und dass sie dazugehörten zu diesem großen Unglück hier, was hier in Lübeck war.“*



**Margarete Stödter-Grawunder**  
\* 1939

berichtet von ihren 1930 geborenen  
Zwillingsschwestern:  
beide Betroffene des Impfungsglücks  
beide haben keine langfristigen  
Gesundheitsschäden erlitten

Die Zwillinge waren das zweite und dritte von insgesamt acht Kindern. Sie wurden zuhause geboren und vermutlich auch dort BCG-geimpft - die Hebammen, in seltenen Fällen die Eltern selbst, führten die Impfungen auch zuhause durch. Als Säuglinge waren sie für eine lange Zeit im Krankenhaus „und es hat ziemlich lange gedauert, bis sie wieder zuhause waren“. Margarete Stödter-Grawunders Mutter musste „zum Stillen immer ins Krankenhaus fahren, und das jeden Tag. Und dann hatte sie ja das Einjährige, den einjährigen Säugling zuhause auch noch. Die hat ganz schön was durchgemacht. Also ich glaub' mit den Zwillingen, das war ganz schön schlimm.“

Als neun Jahre jüngerer Schwester sind Margarete Stödter-Grawunder keine weiteren Einzelheiten über die Impfung und Erkrankung ihrer Geschwister im Säuglingsalter bekannt. Inwieweit die Krankheit der Zwillinge ihre Mutter prägte, lässt sich am ehesten an einem Erlebnis aus Margarete Stödter-Grawunders eigener Kindheit erkennen:

„Als ich dreizehn war, da war so 'ne Untersuchung in der Schule. Da wurden wir geröntgt, und da haben die bei mir 'nen Schatten auf der Lunge festgestellt. Dann haben sie 'ne Senkung gemacht, aber die Senkung war ganz normal, das war nicht beeinträchtigend. Und wahrscheinlich war das 'ne Erkältung oder so etwas. Also es war nicht relevant, es war also nicht so, dass man jetzt Angst haben musste. Aber meine Mutter war so ängstlich, die ist sofort zum Gesundheitsamt gegangen und hat gesagt: 'Meine Tochter verschicken Sie! Ja', hat sie gesagt, auf dem Röntgenbild war ein Schatten auf der Lunge und das ist für mich ausschlaggebend, dass Sie etwas unternehmen.' Sie [ihre Eltern] hatten ja auch kein Geld, uns irgendwohin zu schicken. Und dann bin ich mit dreizehn nach Niendorf an der Ostsee gekommen. Das weiß ich genau, das hat sie durchgesetzt. Da hat sie so lange gebobrt, bis sie da gesagt haben, ok. Ich hatte zwölf Pfund Untergewicht zu der Zeit. Da haben die Ärzte in Niendorf gesagt: 'Sie kommen nicht eher nach Hause, bevor Sie nicht zehn Pfund zugenommen haben.' Da hat meine Mutter dafür gesorgt, also darauf hat sie aufgepasst, sie war ja schließlich ein gebranntes Kind.“

### „Meine Tochter verschicken Sie!“



Die Zwillinge mit Mutter,  
Vater und älterer  
Schwester



Die Zwillinge  
als Kinder



Die Zwillinge mit Margarete  
Stödter-Grawunder 2000



**Astrid Lutz \* 1952**

**berichtet von ihrer 1930 geborenen Mutter:  
Betroffene des Impfunglücks  
keine langfristigen Gesundheitsschäden erlitten**

Die Großeltern von Astrid Lutz hatten erst recht spät geheiratet. Deshalb war ihre Großmutter bei der Geburt ihres ersten Kindes 1930 - Astrid Lutz' Mutter - bereits 33 Jahre alt. Ihre Tochter wurde geimpft und als sie infolge der BCG-Impfung erkrankte, war Astrid Lutz' Großmutter klar, „dass sie keine Kinder mehr bekommen würde. Und so hat sie meine Mutter über ein Jahr gestillt, also ganz lange. Sie hat dann alles gegessen, was man damals [als Stillende] essen musste, von Milchprodukten angefangen über was weiß ich, und sie war dann ganz schön rund geworden, wie 'ne kleine Kugel. Aber sie hat im Grunde alles getan, um ihre Tochter rüberzukriegen.“

Für ihr krankes Kind erhielten Astrid Lutz' Großeltern zusätzliche Lebensmittel. Ihnen wurde „Butter, Milch, was weiß ich, zugeteilt, also besondere Rationen für diese Kinder.“ Ihre Großeltern erzählten ihr später, „dass sie froh über diese Sonderrationen waren, weil die Zeit wohl ja auch nicht so gut war, mein Großvater war teilweise wohl auch arbeitslos.“ Außerdem war ihre Mutter als Kind häufiger in Sanatorien: „Unabhängig von dieser Kinderlandverschickung nachher im Dritten Reich war sie wegen der Impfung auch verschickt worden, zur Erholung.“

Als Erwachsene litt Astrid Lutz' Mutter nicht mehr an Folgen der BCG-Impfung. Das einzige Überbleibsel ihrer Erkrankung waren Vernarbungen am Hals: „Das waren zum Teil richtig so große Stellen. Und da hat sie immer gesagt, das ist von der Impfung.“

Ansonsten spielte das Impfunglück im Leben ihrer Mutter aber keine besondere Rolle: „Das war überhaupt nicht obenan bei ihr - es gehörte zu ihrem Leben sicher dazu, aber das war nicht oben.“

Auch bei ihren Großeltern hatte Astrid Lutz „nie den Eindruck, dass sie gelitten haben und dass Jahrzehnte lang das ihr Lebenssthema war.“ Ihre Großmutter erzählte „allerdings oft, dass sie um meine Mutter gekämpft hat. Also - das muss auch für meine Großeltern 'ne schwere oder 'ne schlimme Zeit gewesen sein. Das hat meine Großmutter viel öfter erzählt als meine Mutter, ist ja auch klar, meine Großmutter war da ja auch anders beteiligt als meine Mutter.“

Wenn ihre Mutter vom Impfunglück sprach, bezeichnete sie sich selbst - wie auch andere Gesprächspartner - immer als „Calmette-Kind“: „Das gehörte vorzusagen zu ihr. Wenn sie darauf kam, war es das.“

Als ihre Mutter 2011 starb, bat Astrid Lutz den Pastor, ihre Vergangenheit als Betroffene des Impfunglücks in der Traueransprache zu erwähnen. „Das gehörte ja auch letztendlich dazu: Sie wäre [als Säugling] fast gestorben und ist doch 81 geworden. Ich fand, das gehörte dann auch zum Ende dazu, dass man das noch mal sagt.“

**„Sie wäre fast  
gestorben und ist 81  
geworden.“**



Astrid Lutz' Mutter im Juli 1931



Astrid Lutz' Mutter 2004





**Gerhard Brandt \* 1930**

**Betroffener des Impfunglücks  
einseitige Taubheit infolge einer Mittelohrentzündung,  
vermutlich begünstigt durch die Tuberkulose-Infektion**

Gerhard Brandt erzählte als erster Gesprächspartner von einer „Calmette-Gesellschaft“, die u. a. Adventsfeiern für die von der BCG-Impfung betroffenen Kinder veranstaltet habe. Diese sogenannte „Interessengemeinschaft der Calmette-Geschädigten“ hatten betroffene Eltern 1931 gegründet, um ihr Schicksal zu teilen und gemeinsam ihre Anliegen besser vertreten zu können – eine frühe Form der Selbsthilfe.

„Und dann hatten wir immer kurz vor Weihnachten eine Adventsfeier. Damals waren wir ja noch kleine Jungs und Mädels. Das war dann auf'm Adventssonntag, ich glaub', dritten oder vierten Advent war das immer so, im katholischen Gesellenhaus, da beim [Marien-]Krankenhaus gegenüber. Das ging dann am frühen Nachmittag los, natürlich noch mit Veranstaltungen, Kinder haben auch Gedichte vorgelesen da, und Weihnachtslieder und so 'ne Kaffeetafel. Dann kam der Nikolaus und jeder hat ein Geschenk gekriegt. Erst am späten Nachmittag kamen die Eltern dazu, da war so ein kleiner Tanztee anschließend.“

Diese Feiern der Interessengemeinschaft sind Gerhard Brandt besonders im Gedächtnis geblieben: „Das sind verschiedene engagierte Leute gewesen, jetzt lebt natürlich alles lange nicht mehr, vor 70 Jahren ist das gewesen. Ja, da war ich 'n lüfter Butscher. Ich bin jetzt 81, da war ich 'n lüfter Butscher von acht Jahren. [Auf die Adventsfeier] haben wir uns schon wochenlang drauf gefreut. Nachher ist das alles eingeschlafen, während des Krieges und nach dem Krieg hat sich da keiner mehr um gekümmert. Da hebbt se all wat anneres to doon gehabt.“

Als Kleinkind verbrachte Gerhard Brandt 1931 mehrere Wochen in Sankt Peter-Ording im Sanatorium und während der Schulzeit wurde er wegen der Impfung regelmäßig nachuntersucht: „Wir mussten dann immer einmal im Jahr, das war im Spätherbst, dahin zur Untersuchung, dann wurden wir abgehört, wie wir uns entwickelten.“

1942 kam der Kinderarzt und Spezialist für Infektionskrankheiten Prof. Hans Kleinschmidt nach Lübeck, um die „Calmette-Kinder“ noch einmal im Auftrag der Stadt zu untersuchen: „1942 kriegte meine Mutter Bescheid, auch die anderen, mit denen ich so auf der Nachbarschaft wohnte: ein Professor Kleinschmidt, der wollte uns mal untersuchen.“ Das Ganze fand im Allgemeinen Krankenhaus statt. „[Dort] wurde uns gesagt, wir sollten ein solides Leben führen, nicht hier ausschweifern als junge Leute, sollten nicht rauchen.“ Prof. Kleinschmidt riet außerdem von weiteren Impfungen ab: „Wir sollten keinerlei Impfung machen lassen: Ich bin nicht gegen Pocken geimpft und nichts.“

Sein entzündetes Ohr bereitete Gerhard Brandt auch als Erwachsenen immer wieder Beschwerden, bis eine Operation in den 1970er Jahren endlich Abhilfe schuf: „Es hat ja immer geitert, immer geitert.“ Schon seine Mutter hatte ihm beigebracht, wie er das Ohr reinigen sollte: „Mit 'nem Wattebausch und 'nem Streichholz und dann schön sauber gemacht und dann das Ohr, damit das nicht unangenehm riecht, mit Watte zugestopft.“ Aber die Taubheit konnte die Operation nicht beheben, an sie hat Gerhard Brandt sich gewöhnt: „Ich kenn' das ja nicht anders.“

**„Und dann hatten wir immer kurz vor Weihnachten eine Adventsfeier.“**



Im Sanatorium in Sankt Peter-Ording 1931  
(Gerhard Brandt 2. von rechts)



Gerhard Brandt (rechts) im Sanatorium 1931



Gerhard Brandt im Alter von 4 Jahren



**Hildegard Fiedler \* 1933**

**Tochter von Dr. Ernst Altstaedt, einem der Initiatoren der BCG-Impfung in Lübeck**

Der Lübecker Arzt Ernst Altstaedt arbeitete zusammen mit Georg Deycke im Allgemeinen Krankenhaus, bevor er zum Stadtphysikus und Leiter des Gesundheitsamts ernannt wurde: „Mein Vater ist derjenige, der das [Impfvorhaben] mit seinem damaligen Chef, Professor Deycke, angefangen hat oder in die Wege geleitet hat, weil damals eben die Tuberkulose so die verbreitete Volkskrankheit war.“ Ernst Altstaedt hatte 1928 auch seine eigene Frau durch diese Krankheit verloren: „Seine erste Frau war auch Ärztin, und die verstarb etwa innerhalb von einer Woche an so einer infektiösen Tuberkulose, ganz schnell.“ Sie hatte sich vermutlich bei einem ihrer Patienten angesteckt.

1930 heiratete Ernst Altstaedt Hildegard Fiedlers Mutter: „Meine Eltern haben geheiratet Ende Januar, und im Februar fing das eben gleich mit der Impfung an.“ Als Hildegard Fiedler im April 1933 geboren wurde, lag das Impfungsglück zwar schon drei Jahre zurück. Die Auswirkungen, die es auf ihre Familie hatte, dauerten aber noch an. Ihr Vater war 1932 im „Calmette-Prozess“ zusammen mit Georg Deycke zu einer Haftstrafe verurteilt worden, ihr Revisionsgesuch wurde im Juni 1933 abgelehnt. Doch Georg Deycke musste seine Haft aus gesundheitlichen Gründen nie antreten: „Nur mein Vater. Und sinnigerweise, ich, im April geboren, bin im August getauft worden, und am Tag danach musste er ins Gefängnis. Es gibt ein Foto, das haben wir immer voller Andacht angeguckt. Da ist die ganze Familie, ganz nett, ich im wunderbaren Taufkleid, mit Schleier drüber, und meine Mutter in ihrem Hochzeitskleid, also ganz nett, so ein Familienfoto. Und ich hab' mir das hinterher erst klar gemacht, dass das der Tag war, bevor er die Haft angetreten hat. Da war bestimmt viel gute Miene und sozusagen Sich-zusammen-Nehmen in der Familie.“

Nach Bekanntwerden des Impfungsglücks war Ernst Altstaedt sofort aus allen Ämtern entlassen worden: „Jedenfalls wurde mein Vater da schon gleich entlassen, also aus dem Gesundheitsamt. Das kam wohl ziemlich schnell. Und das war natürlich 'ne Katastrophe. Er hat sich dann aber niedergelassen, das ging.“ Während ihr Vater im Gefängnis war, führte ihre Mutter - ebenfalls Ärztin - die Praxis für ihn weiter. Ernst Altstaedt wurde nach sieben Monaten begnadigt und arbeitete danach für viele Jahre in seiner Lübecker Praxis: „Meine Mutter hat erzählt, dass viele von den Eltern [der „Calmette-Kinder“], oder auch später Kinder, trotzdem oder gerade zu meinem Vater in die Praxis gekommen sind als Patienten. Es gab bestimmt welche, die nicht nur böse, sondern verzweifelt waren. Aber es war nicht so, dass da nachher irgendwie ein Hass war oder so was, sondern ganz im Gegenteil.“

Ernst Altstaedt war vom Nutzen der BCG-Impfung als solcher überzeugt, seine Töchter - Hildegard Fiedler und ihre 1931 geborene Schwester - wurden beide BCG-geimpft: „Das hat meine Mutter immer wieder erzählt. Um zu beweisen, dass der Calmette-Impfstoff als solcher in Ordnung ist.“

Ihr Vater sprach später nie mehr über das Impfungsglück: „Das war eigentlich immer ein ziemlich Tabuthema bei uns in der Familie. Mein Vater hat überhaupt nie darüber gesprochen.“

**„Mein Vater ist derjenige, der das mit seinem damaligen Chef, Professor Deycke, angefangen hat.“**



Hildegard Fiedlers Taufe - hinter ihr und ihrer älteren Schwester der Vater Ernst Altstaedt



Familienfoto, das für ihren Vater während seiner Haft aufgenommen wurde

## 8.2 Interviewleitfaden

### 1) „Familiengeschichte“

*Erzählen Sie etwas über Ihre Familie, z. B.:*

- Was haben Ihre Eltern beruflich gemacht?
- Wo haben Sie gewohnt? Wie, z. B. Wohnung oder Haus?
- Haben Sie Geschwister? Wenn ja, wie viele?
- Wie würden Sie den „sozialen Stand“ Ihrer Eltern beschreiben (z. B. Einkommen, Umfeld, Interesse an bestimmter politischer Richtung)?
- Wie groß war das Interesse an Impfungen oder die Überzeugung von Impfungen allgemein in Ihrer Familie und im Umfeld?
- Welche Haltung hatten Ihre Eltern zu Impfungen? Wurden Sie oder Ihre Geschwister ansonsten überhaupt geimpft, und wenn wogegen?
- Gab es in Ihrer Familie ein ausgeprägtes Gesundheitsbewusstsein (Gesundheit als hohes Gut, das es zu pflegen gilt)?
- Wie ausgeprägt waren Ihr Kontakt und der Ihrer Familie zu Ärzten oder zum Gesundheitswesen allgemein als Kind?
- Auf welche Weise sind Sie mit der BCG-Impfung in Kontakt gekommen? Wurden Ihre Eltern z. B. von der Hebamme geworben?
- Wurden Sie zuhause oder im Krankenhaus geboren?

### 2) Erinnerungen an Erlebnisse 1930 bzw. Erzähltes darüber

- Erinnern Sie sich, welche unerwarteten Krankheitszeichen Ihren Eltern als Erstes an Ihnen aufgefallen sind?
- Unter welchen Symptomen litten Sie? Welche Befunde haben Ihre Eltern bekommen?
- Wie krank waren Sie? Waren die Tuberkulose oder Folgeerkrankungen jemals lebensbedrohlich?
- Mussten Sie im Krankenhaus behandelt werden oder in einer Praxis? Gab es lange Krankenhausaufenthalte (Wochen-Monate)?
- Wie wurden Sie behandelt? (z. B. Antiphthisin-Behandlung, andere Versuche?)

### 3) Folgen für den Impfling und die Eltern

*in Bezug auf die Eltern:*

- Haben Ihre Eltern nach Schuldigen gesucht?

- Haben sie (Mutter, Vater oder beide zusammen) am Prozess 1931/32 teilgenommen, als Zuschauer, als Zeugen oder Nebenkläger?
- Wurde der Impfstoff von Ihren Eltern selbst zuhause verabreicht? Wenn ja, gab es deshalb Schuldgefühle?
- Haben Ihre Eltern Unterstützung für Nahrungsmittel, Wohnung etc. nach dem Unglück erhalten? Wenn ja, von wem genau (Stadt Lübeck, Staat o. ä.)? Gab es weitere Formen der Unterstützung oder Schadensersatz?

*Interviewpartner (selbst geimpft):*

- Unter welchen Spätsymptomen litten Sie (z. B. Gedeihstörungen als Kleinkind)?
- Lief die weitere Entwicklung ganz normal ab oder gab es Beeinträchtigungen (z. B. häufige Krankheiten)? Welche Konsequenzen hatte das für Ihr weiteres Leben (z. B. Schule, Beruf)?
- Wurden Sie nach Ende der akuten Symptome regelmäßig nachuntersucht (z. B. Röntgen) oder zu einer Kur geschickt (z. B. St. Peter-Ording)?
- Haben Sie an Treffen der geimpften Kinder teilgenommen (z. B. Adventsfeier)?
- Haben Sie Beeinträchtigungen durch die Krankheit für Ihr gesamtes Leben behalten (z. B. Hörminderung, Narben, Anfälligkeit für Krankheiten...)?
- Haben Sie eigene Kinder? Wenn ja, wurden diese geimpft? Wenn nicht, hätten Sie diese impfen lassen?
- Empfinden Sie Misstrauen gegenüber Impfungen oder dem Gesundheitssystem allgemein? Inwiefern haben Sie Angebote des Gesundheitssystems später wahrgenommen? Hat das Unglück damals Ihr Verhalten beeinflusst?

*Interviewpartner (nicht selbst betroffen):*

- Welche Folgen hatte das Unglück für die Familie (schwere Krankheit, möglicherweise Tod eines (Geschwister-)Kindes)?
- Haben diese Ihr eigenes Verhalten beeinflusst, haben Sie z. B. eigene Kinder impfen lassen? Wie war bzw. ist Ihr Verhältnis zum Gesundheitssystem (Misstrauen, Wahrnehmen von Angeboten)?

*ab hier wieder für alle Interviewpartner:*

- War das Impfungsglück auch später noch Thema in der Familie (oder in der Schule, im Beruf)? Wie war die Haltung zum Unglück? Z. B. eher Akzeptanz bzw. wurde es als nicht abzuänderndes Schicksal angesehen? Oder hatten Sie bzw. Ihre Familie



Schwierigkeiten damit, gab es Vorwürfe in Richtung Eltern (von geimpften Kindern), Ärzte, an die Medizin an sich?

- Haben Sie später (auch nach dem Zweiten Weltkrieg) noch Schadensersatzanforderungen gestellt oder auf Schadensersatz geklagt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Gibt es dazu Unterlagen? Weitere Beteiligte?

*Das Eingehen auf interessante Gesprächsaspekte ist möglich, dann unabhängig vom Leitfaden. Außerdem kann der Leitfaden um wichtige Aspekte vorangegangener Interviews ergänzt werden (Optimierung des Leitfadens).*

## 8.3 Transkript des Interviews 1

### Interview 1

Interviewpartnerin (IntPa): Ältere Schwester (geboren 1921) eines damals geimpften Mannes, der bereits vor vielen Jahren gestorben ist

Interviewerin (Int): Hanna Jonas

Der Kontakt kam durch den Zeitungsaufruf in den „Lübecker Nachrichten“ vom 21. September 2011 zustande. Die Interviewpartnerin las den Artikel und meldete sich daraufhin telefonisch im IMGWF. Während des Telefonats mit der Sekretärin gab sie an, Unterlagen und Zeitungsartikel zu besitzen und hinterließ ihre Nummer. Beim späteren Rückruf durch die Interviewerin wurde deutlich, dass der Bruder der Zeitzeugin damals geimpft wurde und ein Gespräch vor allem deshalb, nicht nur wegen der vorhandenen Materialien, interessant sein würde.

Das Interview wurde am Samstag, dem 1. Oktober 2011, ab 11 Uhr im Esszimmer des Hauses der Gesprächspartnerin geführt, in dem sie schon seit ihrer Kindheit lebt. Der Ehemann war im direkt angrenzenden Wohnzimmer in Hörweite anwesend und kommentierte ab und zu das Gespräch, unter anderem die Krankheit des Bruders als Erwachsenen. Im Rahmen des Interviews übergab die Zeitzeugin der Interviewerin einen Stapel Zeitungen und eine Mappe mit Briefen und anderen Schriftstücken. Darin fanden sich bei der späteren Durchsicht unter anderem Unterlagen zum Schadensersatzprozess sowie handschriftliche Briefe von Krankenschwestern aus dem Sanatorium, in dem ihr Bruder sich als Kleinkind aufgehalten hatte, an ihre Mutter. Vor Beginn des Interviews fand die Aufklärung über den Datenschutz und die Art der Aufzeichnung statt. Währenddessen erzählte die Interviewpartnerin schon einige Dinge, auf die zu Beginn der Aufzeichnung erneut eingegangen wurde. Das Gespräch selbst war recht leichtgängig, sie erzählte von sich aus und auch Dinge, die über die eigentlichen Themen des Interviews hinausgingen. Obwohl es für die Interviewerin das erste, dementsprechend mit gewisser Unsicherheit verbundene Interview war, schien es möglich, Vertrauen herzustellen. Die Gesprächspartnerin hatte auch nichts gegen einen möglichen zweiten Besuch einzuwenden.

Am 11. Februar 2012 fand ein Telefongespräch wegen einer Rückfrage zu den Treffen der Calmette-Kinder statt. Außerdem fragte die Interviewerin an, ob die Zeitzeugin bereit sei, sich für die „Lübecker Nachrichten“ für einen zweiten Artikel über das Projekt fotografieren zu lassen. Sie wäre damit einverstanden gewesen, allerdings kam der Artikel nie zustande. Am Samstag, dem 18. Februar 2012, ab 11

Uhr wurde bei einem zweiten Besuch über diesen Artikel gesprochen sowie die Einverständniserklärung für die Verwendung der überlassenen Unterlagen unterzeichnet. Am Samstag, dem 22. Februar 2014, wurden von der Gesprächspartnerin Porträtaufnahmen für eine Ausstellung über die Zeitzeugen des Lübecker Impfunglücks angefertigt. Im Rahmen dieses Treffens berichtete sie davon, selbst einmal Patientin Ernst Altstaedts gewesen zu sein.

- 1 Int: Also Frau E.<sup>1</sup>, dann erzählen Sie das nochmal von Anfang an mit Ihrem Bruder.  
2 IntPa: Ja, mein Bruder der hatte, war sehr krank, also die Babies hier haben zuerst ja  
3 furchtbar geschrien alle, und keiner wusste, was los war. Meine Mutter hat immer  
4 erzählt, wenn sie zur Kinderärztin in die Mühlenstraße ging, dann kamen die anderen  
5 Frauen mit ihren Kinderwagen, die schrien von weitem, und waren alle, das war ganz  
6 schlimm, ne. Und meine Großmutter war Hebamme, wollen Sie den Namen wissen?  
7 [Name entfernt]. Und die hielt das natürlich für gut, gegen Tuberkulose, und, aber  
8 mein Vater hätte wahrscheinlich niemals unterschrieben, hat er immer betont, aber  
9 meine Großmutter hat das einfach unterschrieben. Und hat es ihm gegeben. Und er  
10 soll aber auch dabei, es waren ja wohl drei Fläschchen, und ein bisschen gespuckt  
11 haben, also dass er nicht alles zu sich genommen hat. (Int: Ihr Bruder, ja.) Und  
12 nachher traten dann diese, wie soll ich das nun sagen, Eiter (Int: Also Beulen?),  
13 Beulen auf, ja, ganz schlimm, mehrere. Und mal wurden sie vom Arzt schon vorher  
14 aufgeschnitten, und auch einfach im Bettchen aufgegangen. Und dann später hat  
15 mein Vater dann, wie mans so macht mit kleinen Kindern, die Uhr „Hör mal die Uhr  
16 ticken“, da hat er festgestellt, dass er nicht hört. Und da ist es dann natürlich vom  
17 Arzt untersucht worden, also es war vollkommen zerfressen das Ohr. Es war kaputt,  
18 ja.  
19 Int: Und dann hat, später, war er da auch noch durch beeinträchtigt dann oder...?  
20 IntPa: Ja, sehr, nicht. Er war sehr beeinträchtigt, durch, konnte ja nun einfach nur mit  
21 einem Ohr hören, da nützt ja nichts mehr. Als Kind musste er immer in der ersten  
22 Reihe sitzen, Kinder haben natürlich oft gelacht, wenn er was falsch verstanden hat,  
23 (Int: in der Schule), er war sehr beeinträchtigt, ja. Naja, und dann, wie gesagt, wollte  
24 ich erst erzählen, mein Vater hatte selber mal Tuberkulose im Knie, und das war

---

<sup>1</sup> Pseudonym, ebenso alle weiteren erwähnten Namen, die nicht allgemein bekannt sind

25 wohl so in den, ja, zwei drei Jahre, nachdem ich geboren war, so ungefähr in der  
 26 Zeit, und da hat der Arzt ihn nach Hermannswerder geschickt, bei Potsdam. Das war  
 27 dann eine, wie nennt man das, Klinik, ja. Da hab ich, ich hab noch schwache  
 28 Erinnerungen, meine Mutter hat mich mitgenommen einmal zu Besuch, da lag er da  
 29 aufm Balkon, in der Sonne, auf den weißen Betten alle, also Licht, Luft und Sonne.  
 30 Und da wollte mein Vater nun meinen Bruder hinhaben, weil die hatten ja nun richtig  
 31 Tuberkulose, die Kinder, ne. Und das wollten die Lübecker Ärzte nicht, oder die wie  
 32 soll ich sagen, die Stadt, oder wie man das nennen soll. Und da hat er ihn aber doch  
 33 hingeschickt, meine Mutter hat ihn hingebraht und er hat es erst bezahlt, und hat  
 34 dann nachher später sehr lange prozessiert, und das sind die ganzen Akten von  
 35 diesem Prozess [*der Interviewerin übergeben*], dass er das Geld wiedergekriegt hat.  
 36 Und da ist er auch gut ausgeheilt, die Schwestern, die hatten ihre Freude dann mit  
 37 dem kleinen Jungen da, da hat er Laufen gelernt, und sie haben uns auch öfter Fotos  
 38 geschickt und wirklich viel erzählt. An sich waren da nur Erwachsene, zur Heilung.  
 39 Naja, dann kam er, ich weiß es aber nicht genau, wie lang er da war, aber (Int: So  
 40 ungefähr?), joa, halbes Jahr vielleicht, ja. Dann kam er nach Hause. Und...  
 41 Int: Und wie alt war er, als er da hingegangen ist?  
 42 IntPa: Ja, als Baby, ne.  
 43 Int: Also so vielleicht nach der Impfung zwei drei Monate?  
 44 IntPa: Ja, so ungefähr, ja. Es existiert übrigens auch eine, damals eine Berliner  
 45 Illustrierte, ich kann die leider nicht finden, wir haben die aufbewahrt, da gibt es ein  
 46 großes Titelbild, und da steht eine Frau, wie die zu dem Prozess will hier in der  
 47 Mühlenstraße, in der Hauptturnhalle, da war der Prozess, das wissen Sie, ne. Und  
 48 da stehen dann zwei Polizisten, noch mit dem Tschako, und gucken sich das an, was  
 49 wie, dass sie da rein darf. Und da steht drunter, das sei eine Mutter, also auch eine  
 50 Betroffene oder so da rein will. Und das stimmt nicht, das war meine Großmutter.  
 51 Und nicht ne Mutter. Und meine Großmutter war schon um die sechzig. Wir haben  
 52 diese Zeitschrift und wir wollten sie Ihnen zeigen, aber wir können sie nicht finden.  
 53 Die haben wir später noch uns manchmal beguckt, und, ich weiß nicht, wo die liegt.  
 54 Ja, aber wenn Sie ihnen woanders gezeigt wird, vielleicht hat jemand sie aufbewahrt,  
 55 denn da steht ja sicher einiges drin, dann wissen Sie (Int: Dann weiß ich, wer das  
 56 ist.) Das ist keine Mutter, sondern meine Großmutter, die Hebamme, ja.  
 57 Naja, mein Bruder hat dann, war ja sowieso ne schlechte Zeit, später mit Beruf, die  
 58 Kinder, 1930 geboren, dann kam 45 Kriegsende, sehen Sie, da war er 15, 16, sollte

59 nun nen Beruf suchen, hier wurde alles demontiert, Fabriken und alles, und er war  
60 mathematisch an sich gut drauf, hätte eigentlich mehr Ingenieur oder so was werden  
61 müssen, aber mein Vater hielt es nun für richtig, dass er ein Handwerk,  
62 selbstständiger Handwerker wird oder so. Und da hat er eben gesagt, da hat er den  
63 Bäckerberuf genommen, hat gelernt, und während der Lehre, in der Huxstraße, da ist  
64 mein Vater gestorben. Da ist er hier, habe ich ihn nachts noch geholt, als mein Vater  
65 einschlief. Und er ist fürchterlich zusammengebrochen am Bett von seinem Papa [?],  
66 da war er ungefähr siebzehn oder so. Naja, er hat dann nachher auch noch den  
67 Meister gemacht für die Bäckerei, aber er hat keine gefunden und dann wurde er  
68 irgendwie krank, dann hat er versucht, sich das Leben zu nehmen, erst hier zuhause,  
69 da haben wir ihn gefunden, da lag er aufm Fußboden, mit Schlafmitteln und so. Dann  
70 ist er ja ins Krankenhaus gekommen, da kriegte er dann all diese großen Spritzen  
71 und all so was. Und dann war er wieder zuhause, dann irgendwann hat er's wieder  
72 versucht, da ist er, aufm Ratzeburger See hat er sich n kleines Boot gemietet und hat  
73 dann auch wohl Schlaftabletten genommen und wollt sich da ertränken. Und das  
74 haben Leute vom Ufer aus beobachtet, da ist er dann gerettet worden. Und weil er's  
75 nun zwei Mal versucht hatte, da hat dann das Gericht veranlasst, dass er in die  
76 Anstalt kommt, und zwar nach Neustadt. Und da wurde er dann nur immer ruhig  
77 gestellt mit so Medikamenten, ne. Er fühlte sich irgendwie verfolgt, das trat mit einem  
78 Mal so auf in der Zeit, da war er so kurz vor dreißig Jahren, so ungefähr.  
79 Naja, da ist er längere Zeit gewesen, meine Mutter hat ihn auch, wir haben ihn da oft  
80 besucht. Und dann wurde er mal nach Hause geschickt, durfte sozusagen auf  
81 Urlaub, und dann ist er hier bei uns wieder gewesen und eines Abends kam er nicht  
82 wieder nach Hause. Da ahnten wir schon was und da kam da auch morgens die  
83 Polizei. Und da hatte er sich im Riesebusch erhängt. Und da hat er's geschafft, denn  
84 dann war er tot. Und das war 1961, und das ist heute, der 1. Oktober, oder der  
85 zweite, man weiß es nicht so genau, wann das... Da war er 31, ne. (Int: Nicht alt,  
86 nee.) Ne. Und meine Mutter wollte immer da bei den Ärzten, sie sagte, das kommt  
87 bestimmt nur durch diese Calmette-Geschichte und so. Aber die Ärzte sind da nicht  
88 drauf eingegangen. Können Sie sich ja denken, ja. Hätten sie ja...  
89 Also die Kinder, das auch noch, die Kinder, oder zumindest mein Bruder, bekamen ja  
90 etwas Geld, ich glaube, es waren siebenhundert Reichsmark, und die wurden  
91 mündelsicher angelegt bis zum 21. Geburtstag. Aber dann kam ja 1948 die

92 Währungsreform, da war er ja noch keine einundzwanzig, waren sie ja alle nicht, und  
 93 dann waren's dann nachher nur noch siebzig D-Mark.

94 Int: Stimmt, das hatte ich mir noch gar nicht so überlegt. Ich hab das mal gelesen,  
 95 aber, klar, dass dann 1948...

96 IntPa: Naja, und drei Tage vor dieser Währungsreform, da starb mein Vater und das  
 97 war auch mit dem Geld alles, zweiundfünfzig war der erst, Herzschlag. Ja, das ist es  
 98 wohl so, was ich Ihnen erzählen konnte.

99 Int: Und können Sie mir noch was über Ihre Familie erzählen, also über Ihre Eltern,  
 100 was die so gemacht haben...

101 IntPa: Achso, mein Vater war Buchhalter, und kriegte nachher auch Prokura in seiner  
 102 Firma, und wie gesagt, mit zweiundfünfzig, also das war auch kurz vor der  
 103 Währungsreform, da hatten wir die Hungerjahre, er hatte auch plötzlich durch eine  
 104 Grippe so dreißig Pfund abgenommen, und sah sehr schlecht aus, und dann kam  
 105 dies plötzlich mit dem, kriegte er 14 Tage vorher so wahnsinnige Herzschmerzen,  
 106 dann war er noch zur Untersuchung, geröntgt, dann hieß es, er hätte ein Pferdeherz,  
 107 also war zu groß. Aber ins Krankenhaus, zu den Zeiten, so wie heute, wo gleich alle  
 108 hingelegt werden. Da, wo er geröntgt wurde, das war die AOK, ich kannte das selbst,  
 109 da musste er mindestens in den zweiten Stock, die Treppe hoch und all so was,  
 110 nicht, das, man würde ja mit so nem Menschen, der es mit dem Herzen hat, heute  
 111 ganz anders umgehen.

112 Und meine Mutter, die ist 97 geworden. Die hat hier oben die Wohnung gehabt die  
 113 ganze Zeit und jetzt wohnen wir hier alleine, mein Mann und ich, und haben unten  
 114 die Küche uns umgebaut zum Bad und schlafen unten und wohnen hier oben, ja. Wir  
 115 sind ja nun auch schon, das Laufen uns bisschen schwer, aber sonst kommen wir  
 116 noch so einigermaßen zurecht.

117 Int: Und Ihre Mutter, was hat die gemacht?

118 IntPa: Meine Mutter war an und für sich Schneiderin. Die hat, da unten hängt auch so  
 119 ein Diplom von ihr. Ja, und die hat dann zuerst, aber später hatte sie dann ihre Rente  
 120 und so, jaja. Und ist nicht sehr ernsthaft krank gewesen. Sie ist einfach, die letzten  
 121 zwei Jahre ging es mit einem Mal nicht mehr gut. Da haben wir ihr dann immer das  
 122 Essen hingestellt, haben sie angezogen, haben sie betreut. Nur die letzten zehn  
 123 Wochen, da sagte sie mit einem Mal morgens: Ich kann nicht mehr, da fiel sie ins  
 124 Bett zurück, ich konnte sie nicht halten, sie konnte einfach nicht mehr stehen, es war

125 aus. Und dann die letzten zehn Wochen gings in dem Heim dann auch so. Ist einfach  
 126 so dann nachher eingeschlafen.  
 127 Int: Und hatten Sie nur einen Bruder?  
 128 IntPa: Andere Geschwister hab ich nicht, nein.  
 129 Wir waren dann sozusagen neun Jahre auseinander, achteinhalb oder neun. Ich hab  
 130 in den nächsten, zwei Wochen hab ich Geburtstag.  
 131 Int: Und Ihre Eltern, hatten die so ein Gesundheitsbewusstsein, also wurden Sie  
 132 geimpft, oder ...  
 133 IntPa: Ich geimpft, nö. Nö, das war damals noch nicht, ne.  
 134 Int: Aber BCG, mit dem Calmette-Mittel auch nicht, wurden Sie nicht auch noch  
 135 geimpft.  
 136 IntPa: Nein, nein, nein, das haben sie ja nur für die Babies. Aber was mir nachher  
 137 aufgefallen ist, ich hatte später einen Jungen, Sie haben ihn ja eben getroffen, das  
 138 war mein Sohn. Und der ging hier in die Schule, und der kam mal mit einem Zettel  
 139 nach Hause, ob er wohl gegen, mit Calmette geimpft werden durfte. Da habe ich  
 140 natürlich strikt Nein gesagt. [*lacht*]  
 141 Also man hat's dann nochmal wieder versucht. Ich versteh das, aber ich glaube, das  
 142 hat wohl keinen großen Andrang gefunden hier in Lübeck, ich weiß nicht, ich hab da  
 143 nie wieder was von gehört.  
 144 Int: Aber es war so immer noch im Hinterkopf?  
 145 IntPa: Ja, das saß natürlich im Hinterkopf. Das hab ich ja nun all die Jahre  
 146 mitgekriegt mit meinen Eltern, nicht viel, aber immerhin doch. Es wurd ja immer von  
 147 erzählt, von dieser Geschichte.  
 148 Int: Und auch nach dem Krieg, war das immer noch...  
 149 IntPa: Ja, natürlich, jaja. Naja, eben, ich sag ja, so lange wie mein Bruder noch lebte,  
 150 und wie gesagt, als er nun zuletzt so krank war. Da hat meine Mutter ja immer bei  
 151 den Ärzten das versucht, aber... naja.  
 152 Wir haben uns an sich gut verstanden, obgleich wir soweit auseinander waren, mein  
 153 kleiner Bruder, aber wir haben uns immer gut verstanden.  
 154 Int: Wurden Sie zuhause geboren und Ihr Bruder?  
 155 IntPa: Ja-  
 156 Int: Ihr Bruder auch?  
 157 IntPa: Ja, alle beide. Beide entbunden von meiner Oma, ne, von der Hebamme.

158 Int: Ja, praktisch, wenn man die... Und wissen Sie noch, wie das aufgefallen ist, dass  
159 Ihr Bruder krank war?  
160 IntPa: Ja, ich sag ja, sie schrien so, die Babies, und wie. Meine Mutter sagte ja, sie  
161 hörte sie von weitem schon, wenn sie zur Kinderärztin ging, dass die anderen Mütter  
162 mit ihrem Kinderwagen kamen und das Kind, das schrie da drin. So ist das  
163 langsam... Vielleicht haben sie schon langsam gemerkt, dass sie da Mist gebaut  
164 haben, aber die haben es nicht so schnell zugegeben, so was habe ich mal gehört.  
165 Int: Ja, dass sie es vielleicht nicht gleich verstanden haben, was das bedeutet.  
166 IntPa: Ich mein, mein Bruder ist am [Datum entfernt] März geboren, sie haben ja  
167 schon viel eher geimpft, ne. Und es hat ja wohl auch ne Hebamme das mal  
168 genommen. Hat gesagt, da zu den Eltern, gucken Sie mal her, ich nehme es auch,  
169 und so, und die war wohl sehr krank, ne. Wissen Sie, ne.  
170 Int: Ja, ich habe so was im Archiv gelesen.  
171 IntPa: Ja, so was wurde mir erzählt.  
172 Int: Und was hatte er dann so für Symptome, also außer dass er geschrien hat?  
173 IntPa: Ja, ich sagte ja, diese Eiterdinger, immer hier, hinterm Ohr. Diese Geschwüre,  
174 die kamen dann, mehrere. Und das war dann alles zerschnitten hier und später, und  
175 das waren ja alles Narben, und später, als er dann größer war, ist noch vom Arzt das  
176 ein bisschen geglättet worden, diese Narbengeschichte da. Und dann war er ja auch  
177 immer, wir haben doch damals immer Reihenuntersuchungen gehabt, ich weiß nicht,  
178 für die ganze Bevölkerung.  
179 Int: Röntgenreihenuntersuchungen?  
180 IntPa: Ja, und da ging er ja auch hin. Und er kriegte immer sofort Bescheid vom  
181 Gesundheitsamt, er musste sich wieder zeigen. Und also das war hier drin alles  
182 vernarbt, alles kaputt, und deshalb fiel er auf beim Röntgen, ne, und dann musste er  
183 dahin, und denen da wohl erzählen, was los war, oder wie. Das erinnere ich noch.  
184 Int: Und dann, war er denn dann schwer krank, also so dass Ihre Eltern richtig Angst  
185 hatten um ihren Sohn?  
186 IntPa: Naja, ich meine, wenn immer eins nach dem anderen von diesen Geschwüren  
187 kommt, nicht, das ist klar. Aber er war an und für sich ein kräftiges Kind, als er  
188 geboren ist. Ich weiß nicht, wie viel er gewogen hat, aber ganz gut, ja.  
189 Int: Und war er dann im Krankenhaus als Baby oder hier zuhause? Immer hier  
190 zuhause?



191 IntPa: Nein, der war zuhause, nein, im Krankenhaus war er nicht. Da haben sie ihn  
 192 dann, meine Mutter ist dann da hingefahren nach Berlin, ja, Potsdam. Mein Vater hat  
 193 dann wohl mit denen gesprochen da, telefonisch nehme ich an. Und nachher später  
 194 im nächsten Jahr haben sie ihn dann nochmal von der Stadt aus da verschickt, mit  
 195 meiner Mutter zusammen, in Bosau, am Plöner See. Da waren sie wohl, ich weiß  
 196 nicht, für sechs oder acht Wochen. Ich war da dann auch als Kind mit meinem Vater  
 197 mal, haben sie besucht, und da ist eben, da war er ganz mobil. Und dann das  
 198 nächste Jahr nochmal in Sankt Peter-Ording. Da bin ich aber nie gewesen. Und dann  
 199 war Schluss, da haben sie nichts mehr bewilligt.  
 200 Int: Und dann ist er dann einfach regelmäßig zum Kinderarzt gegangen am Anfang  
 201 dann als Baby...  
 202 IntPa: Ja, wie gesagt, meine Mutter war ja immer bei dieser Frau Dr. Degner, da bin  
 203 ich auch als Kind, wissen Sie, Kinderärztin in der Mühlenstraße, die hat wohl  
 204 mehrere solche Fälle als Kinder da gehabt. Frau Dr. Degner in der Mühlenstraße. D-  
 205 e-g-n-e-r, so hab ich das in Erinnerung. [*oder Degener, unterschiedliche*  
 206 *Schreibweisen gefunden*] Ich bin da ja auch, wie gesagt, gewesen, als Kind.  
 207 Int: Und wissen Sie noch, wie Ihr Bruder dann behandelt wurde? Also was mit ihm  
 208 gemacht wurde?  
 209 IntPa: Da in dieser, nee, das weiß ich ja nicht. Ich weiß nur, dass mein Vater, ja was  
 210 hat man denn mit Tuberkulosekranken gemacht, die mussten doch hauptsächlich  
 211 viel... (Int: Viel Sonne), ja, ruhen, Licht, Luft und Sonne, so was hat man mir erzählt.  
 212 Und so war es dann mit dem Kleinen auch, ne. Ich weiß nicht, ob sie dann  
 213 Medikamente kriegen oder so, das weiß ich nun auch nicht.  
 214 Int: Nee, wahrscheinlich nicht. Also ich glaube, es gab da nichts, was es wirklich  
 215 hätte kurieren können.  
 216 IntPa: Ich weiß auch nicht. Ich meine, das gab doch früher ja viel Tuberkulosekranke,  
 217 es gab ja auch viele Heime und so was alles, oder Sanatorium oder wie man das  
 218 nennt. Und da wollten sie ihn ja auch hinschicken, hier irgendwo um Lübeck rum.  
 219 Aber mein Vater kannte nun das, weil er da so gut behandelt war und ausgeheilt, und  
 220 da wollte er partout, dass der Junge dahin kommt. Und das wollten die nicht. Die  
 221 Stadt Lübeck wollte das nicht. Da hat er dann, ich hab hier auch gesehen hier  
 222 irgendwie, hier, dreihundert D-Mark Krankenhaus Hermannswerder, hat mein Vater,  
 223 das ist seine Schrift, meines Vaters Schrift, hat er das Geld hingeschickt. Sogar noch  
 224 1931. Mein Bruder ist vielleicht, ich weiß nicht, mit fünf Monaten oder so ungefähr,

225 dahin gekommen, und dann ein halbes Jahr...So genau weiß ich das eben auch  
 226 nicht. (Ehemann: Das war, glaube ich, auch ein jüdischer Arzt...) Ja, er war, mein  
 227 Vater war hier bei einem jüdischen Arzt in Behandlung gewesen. Und vielleicht war  
 228 das ein jüdischer Professor. Ich weiß es nicht. Das weiß ich aber nicht genau.  
 229 (Ehemann: Jedenfalls war das ja schon ein Grund von der Stadt, das abzulehnen.)  
 230 Ja, sie hatten irgendwas gegen den Professor. So haben meine Eltern mir das immer  
 231 gesagt.  
 232 Int: Und dann hat Ihre Oma ihn zuhause geimpft dann, ihm das zu Trinken gegeben  
 233 wahrscheinlich...  
 234 IntPa: Ja, wo haben sie das gemacht? Ja, ob sie's zuhause gemacht...Aber da wären  
 235 doch meine Eltern dabei gewesen, das ist ja, jetzt wo Sie das so sagen... Wo kann  
 236 sie denn sonst das Kind gehabt haben? Oder gab es eine bestimmte Stelle vielleicht,  
 237 wo die Kinder das alle bekamen?  
 238 Int: Man konnte das auch mitnehmen, also...nach Hause.  
 239 IntPa: Aha. Aber meine Eltern sind bestimmt nicht dabei gewesen, wie sie ihm das  
 240 gegeben hatte. Mein Vater hätte das nicht erlaubt. Es muss wohl eine Stelle  
 241 gewesen sein, wo, vielleicht im Krankenhaus, dass sie ihn da mit hingenommen hat,  
 242 das weiß ich wirklich nicht genau, wie sich das abgespielt hat.  
 243 Int: Und haben sie dann, Ihre Eltern dann Unterstützung noch bekommen, also für  
 244 das... für Wohnung, für Essen oder so von der Stadt?  
 245 IntPa: Nee, das glaube ich nicht. Habe ich nie gehört, nein, nein.  
 246 Int: Das habe ich gelesen, dass es das manchmal gab, dass man zum Beispiel in  
 247 eine größere Wohnung dann umziehen konnte, aber kommt wahrscheinlich auch  
 248 drauf an, was man vorher für ne Wohnung hatte.  
 249 IntPa: Ja, das hat damit wohl nichts zu tun. Wir haben, wie gesagt, da unten  
 250 Marlesgrube, Ecke Obertrave, diese Wohnung gewohnt, nur höchstens zwei Jahre.  
 251 Und da starb mein Großvater hier, das Haus gehörte schon meinen Großeltern. Und  
 252 da, und die Wohnung war ein bisschen salpetrisch auch. Und weil der kranke Junge,  
 253 da hieß es, also wir ziehen hierher.  
 254 Int: Was meinen Sie mit salpetrisch?  
 255 IntPa: Salpetrisch, also Salpeter, ne. Wie nennt man das denn sonst jetzt.  
 256 (Ehemann: Schimmel) Ja, dass die Wände feucht sind und so, dass, jaja, salpetrisch.  
 257 (Ehemann: Schimmelbildung) Ja, so haben meine Eltern das immer gesagt, die  
 258 Wohnung ist salpetrisch.

259 Int: Ja, das kannte ich noch gar nicht.

260 IntPa: Es ist so aufgeschnappt. Und wie gesagt, es war das Elternhaus meiner  
 261 Mutter, und mein Großvater, wie gesagt, der hatte Krebs, der ist ins Wasser  
 262 gegangen vor Schmerzen, der konnte, glaub Magenkrebs, und hat sich das Leben  
 263 genommen und dann sind wir hierher gezogen. Damit der Junge netter, besser  
 264 wohnt hier. Aber er war ja noch gar nicht hier. Als er wiederkam von  
 265 Hermannswerder, da kam er dann hier in dieses Haus. Da hat meine Großmutter,  
 266 unten, diese Wohnung war noch vermietet, unten hatte sie die Wohnung, die hat sie  
 267 geräumt für uns, und hat aufm Boden in zwei Kammern gewohnt extra, damit wir da  
 268 unten wohnten. Und ich hab dann oben bei meiner Großmutter mit in der Kammer  
 269 geschlafen. Naja, wie gesagt, ich wohne hier nun schon achtzig Jahre bald und es  
 270 ging immer so rund hier. Dann kamen ja später noch die Flüchtlinge, das war auch  
 271 noch sehr voll alles.

272 Int: Auch hier ins Haus einquartiert?

273 IntPa: Ja, sicher, unten, und bei meiner Großmutter, die behielt nur ein Zimmer. Und  
 274 oben die Bodenkammern wurden alle belegt, die mussten sich dann bei uns Wasser  
 275 holen, da oben ist ja kein Wasser, und die Toilette benutzen. Ja, das war schlimm.

276 Int: Und wie war dann das Verhältnis von Ihren Eltern zu Ihrer Großmutter?

277 IntPa: Ja [*mit Nachdruck*], das, ich hab eigentlich nicht mitgekriegt, dass hier ein  
 278 großer Krach war. Vielleicht haben sie das auch von mir ferngehalten, ich war ja  
 279 noch Kind. Aber das Verhältnis war nachher ganz ordentlich, ja. Meine Großmutter  
 280 starb 1950, kurz vor Weihnachten. Also so ungefähr, ja.

281 [*Berichtet über Sohn und Enkel in Mexiko. (25:30-27:05)*]

282 Int: Und Sie haben einen Sohn dann?

283 IntPa: Ja.

284 Int: Wurde der denn dann sonst noch geimpft oder, außer, also das Calmette auf  
 285 keinen Fall, genau, und andere Impfungen?

286 IntPa: Nein, nein. Aber sonst auch nicht, nein. Ich glaube nicht, das war damals noch  
 287 nicht. Der ist 1943 im Krieg geboren, (Int: Ja, da fing das erst an.) da war das nicht  
 288 mit Impfen.

289 Int: Aber... wie hätten Sie sich denn gegenüber Impfungen sonst verhalten?

290 IntPa: Naja, ich hätte das eingesehen, ne, dass man das muss. Ja, das verstehe ich  
 291 schon. Gegen, wie hieß das mal noch, ich komm manchmal nicht auf (Int:  
 292 Diphtherie?), jaja, ich komm manchmal nicht mehr so auf die Wörter. Ich hab als

293 Kind auch Scharlach gehabt, also das wäre dann vielleicht nicht gewesen. Aber er  
 294 hat keine Diphtherie gehabt, Keuchhusten, er hatte da mit der Mandel viel Theater,  
 295 und später sind auch die Mandeln entfernt worden, als er Junge war noch.  
 296 Ehemann: Und jetzt sind wir beide Pflegestufe 1.  
 297 IntPa: Und wir kriegen jetzt immer die Gripeschutzimpfung. Aber sonst keine. Naja,  
 298 Tetanus natürlich, ist klar.  
 299 Int: Würden Sie sagen, das hat Ihr Verhältnis zum Gesundheitssystem so verändert?  
 300 IntPa: Nein, eigentlich nicht. Es war nur das Wort „Calmette“, wie er damit kam, also  
 301 da wollte ich ja nichts mit zu tun haben. Wenngleich das ja an und für sich das Mittel  
 302 ja wohl in Ordnung ist, sie haben es ja nur verunreinigt, ne. (Int: Ja, wahrscheinlich.)  
 303 Ja. Man sagte ja, sie hätten die echten Bakt..., Tuberkelbazillen mit dem Mittel in  
 304 einem Schrank stehen gehabt.  
 305 Int: Ja, genau. Aber so ganz klären konnten sie es ja nie.  
 306 IntPa: Es gab ja auch einen Film, ne, kennen Sie, Stahlnetz, ne. Kennen Sie die  
 307 Reihe Stahlnetz? Da gab es, gibt es einen Film „Calmette“.  
 308 Int: So aus den Sechzigern oder so? Ungefähr?  
 309 IntPa: Ja, jaja. (Ehemann: Jürgen Roland, ne.) Ja, Jürgen Roland, der hatte doch all  
 310 diese, diese Serien, diese Stahlnetz, waren immer verschiedene Sachen, und da war  
 311 ein Film bei von Calmette. Die ganze Geschichte, mit den Schwestern und so.  
 312 (Ehemann: Einen Film hat er hier auch gedreht, an der Ecke, da war früher ne  
 313 Kneipe drin, und da war, ist, hat sich dann ein junger Mann...[unverständlich]) Ja, das  
 314 ist aber wieder was anderes. (Ehemann: Nö, ist nichts anderes. Naja, mit Calmette  
 315 hat das nichts zu tun. Mit Jürgen Roland nur. Dass da ein Mord war, ein Taxifahrer.)  
 316 Ja, hier an der Ecke da. Ein Taxi. Das war auch im Stahlnetz, ja richtig.  
 317 Int: Und wissen Sie noch, wie die Haltung zu diesem Unglück war, später, also in  
 318 Ihrer Familie, wurde dann darüber gesprochen oder...war das, wie haben sie das  
 319 später gesehen, war das ein Unglück oder... ja, hatte jemand Schuld?  
 320 IntPa: Ja, natürlich, das war natürlich ein Unglück, dass der Junge das so hatte, ne.  
 321 Sicher. Aber, wie gesagt, wie er nun krank wurde, dass meine Mutter da sehr drauf  
 322 gedrungen hat, das immer sagte, aber, ob nun, wie sie sich in der Familie drüber  
 323 unterhalten haben, mit Onkel und Tante, ja, da war ich ja noch klein, ich weiß es  
 324 nicht mehr. Das kann ich leider nicht... Insofern werden Sie auch keine Zeitzeugen  
 325 finden, ne. (Int: Nee, solche nicht.) Die damals noch älter waren, die leben ja dann

326 schon gar nicht mehr. Ich werde jetzt neunzig, also... Ja, zehn Jahre, wenn ich da  
 327 noch älter gewesen wäre, wäre ich auch nicht mehr hier. Das kann ich nicht sagen.  
 328 Int: Aber gabs da vielleicht Streit, oder...  
 329 IntPa: Nein, das wüsste ich nicht.  
 330 Int: Oder wie hat Ihr Bruder das dann so empfunden gegenüber seinen Eltern?  
 331 IntPa: Er selber, ja. Er war immer sehr, irgendwie, dadurch, dass er, bedrückt, ne,  
 332 also dass er nicht so hören konnte und so. (Int: Ja.) Das hat ihn immer sehr belastet,  
 333 das glaub ich. Er musste dann, wenn man mit ihm spazieren ging, auf der richtigen  
 334 Seite gehen, (Int: Für das richtige Ohr.) dass er besser hörte, und so. Also es war  
 335 immer das, ne, mit dem Hören, ja. Das war natürlich sehr beeinträchtigend, das ist ja  
 336 klar.  
 337 Int: Und Ihre Mutter hat dann auch gedacht, dass das was mit seiner Krankheit  
 338 später zu tun hatte.  
 339 IntPa: Ja, dieses, dass er so anfang, sichs Leben nehmen, und dass er sich so  
 340 verfolgt fühlte, mit einem Mal. Das trat mit einem Mal auf. Er hatte da irgendwie ne  
 341 junge Frau kennen gelernt, nicht, Hans, war das doch. (Ehemann: Ja, ja.) Und da  
 342 fing er an und erzählte uns, ja. Die will mir bloß ne Krankheit anhängen, ne, und  
 343 irgendsowas war das doch. (Ehemann: Naja, es war ja alles zuletzt, wenn man mit  
 344 ihm gesprochen hat,...er hatte wohl Schizophrenie, ne.) Ja, genau. (Ehemann: War  
 345 nicht Depression, sondern so Verwirrung, Verfolgungswahn.) Aber wie gesagt, das  
 346 war vorher alles nicht, das trat mit einem Mal, vielleicht war er so ungefähr 27. Er ist  
 347 ja dann 31 Jahre geworden. Ja. Länger hat sich das nicht abgespielt. Sieben- oder  
 348 achtundzwanzig war er, da trat das plötzlich auf. Und vorher hat er sich ja immer um  
 349 seinen Beruf da gekümmert. Er war bei mehreren Bäckereien, außerhalb von Lübeck  
 350 auch, war dann da untergebracht, der Geselle schlief dann, wohnte dann da bei  
 351 denen, und... und dann war er wieder hier zuhause und hat seine Meisterprüfung  
 352 gemacht. Musste er ja auch. Dann hat er sich auch noch bemüht, aber, waren ja  
 353 auch schlechte Jahre. Wir waren auch schon drauf und dran, das Haus hier zu  
 354 verkaufen, damit er Geld hat, um sich ne Bäckerei zu kaufen. (Int: Ne eigene, mhm.)  
 355 Aber da kam das dann dies mit der Krankheit, da war das dann alles kein Thema  
 356 mehr. Da saß er dann hier nur, ja. (Ehemann: Man kann so einem Menschen im  
 357 Gespräch das nicht ausreden. Denn 10 Minuten hört er zu und sagt, jaja, da hast du  
 358 Recht, aber 10 Minuten später ist das schon wieder alles vorbei.)

359 Int: Nee, das kann man nicht so verstehen, glaube ich, was da vorgeht in dem. Das  
 360 stimmt.  
 361 Ehemann: Nee, das war schon ziemlich schlimm zuletzt mit ihm.  
 362 IntPa: Jaja. Eigentlich war das ne Erlösung für ihn. Dass er nicht mehr da war. Wo  
 363 auch sein Vater nicht mehr lebte, das war auch nicht, das, der Vater wollte ihn ja  
 364 dann auch unterstützen, wenn er sich selbstständig machte und so, ne. Vielleicht wär  
 365 er später ja doch noch was anderes angefangen, wer weiß, aber...ja. Ja, das erste  
 366 Mal wars hier zuhause, fanden wir ihn.  
 367 Int: Ähmm, ist ne ganz andere Frage, wissen Sie, ob es später noch  
 368 Schadensersatzforderungen gab, also außer diesem Mündelgeld, diese 700  
 369 Reichsmark, oder...?  
 370 IntPa: Nö, da..  
 371 Int: So nach dem 2. Weltkrieg?  
 372 IntPa: Nein. (Int: War nichts?) Er war... Nein, nein, nein. Er hat da nichts  
 373 unternommen oder irgendwie... Nein, da war nichts, nein, nein.  
 374 Int: Dann hatte er eigentlich nur sein Konto, sozusagen, dieses Geld, was er bis 21  
 375 hätte bekommen können.  
 376 IntPa: Ja, genau. War ja eigentlich nicht viel. [*ach!*]  
 377 Int: Nee, letztlich nicht, nee.  
 378 IntPa: Auch 700 Reichsmark war ja eigentlich nicht viel. Aber, naja, wie gesagt.  
 379 Ehemann: Mit heute alles nicht zu vergleichen.  
 380 Int: Nee.  
 381 Ehemann: Wenn heute etwas passiert, wie viel Diplom-Psychologen gleich  
 382 eingesetzt werden und naja, wenn ich dann auch so an den Krieg zurückdenke. Die  
 383 Schwerverletzten und so die lagen dann noch bei einem ...[*unverständlich*]... bevor  
 384 sie dann mitm Karren zu irgend so ner Sammelstelle gefahren wurden und da hat  
 385 sich auch kein Mensch hinterher drum gekümmert, wie sie das psychologisch  
 386 verkraftet haben. Aber heute, ist es enorm, der Aufwand. (Int: Wird viel gemacht, ja,  
 387 das stimmt.) Ist ja nicht verkehrt, aber ich staune bloß immer, nicht. Als älterer  
 388 Jahrgang, da denkt man immer „Donnerwetter, nicht, was heute alles so gemacht  
 389 wird“.  
 390 IntPa: Jaja, genauso, wie ich damals neunzehnhundert, wann war das? (Ehemann:  
 391 1952, das Eisenbahnunglück.) N Eisenbahnunglück mitgemacht. Aber da kriegte

392 man, ganze 150 D-Mark hab ich gekriegt für meine Sachen, die da kaputt waren oder  
 393 oder verschwunden. Das war alles, wunderbar.  
 394 Int: Was ist denn da passiert?  
 395 IntPa: Nichts. Ich war, Gott sei Dank, gehörte ich ja zu den...äh... Leichtverletzten,  
 396 aber da waren ja welche ganz, das war ganz schlimm. Das war in Hamburg beim  
 397 Berliner Tor. (Int: Ja.) Der erste Wagen, der ist entgleist, und hat sich dann von der  
 398 Lokomotive auch abgerissen, die ist plötzlich alleine weitergefahren und wir fuhren  
 399 auf den Gleisen, da kam bei mir der Gedanke „Eisenbahnunglück“, da war ich weg.  
 400 Ja. Und dann hat sich dieser Wagen um so'n Brückenpfeiler gelegt. Diese alten  
 401 Brückenpfeiler, wissen Sie, diese gemauerten, diese großen breiten Dinger, da hat  
 402 sich der Wagen drumgelegt, ist dagegen gerammt, und da sind, ach, da saßen sie,  
 403 ich konnte, ich gehörte ja Gott sei Dank zu den Leichtverletzten, der Wagen war ja  
 404 ganz anders, das Fenster war mit einem Mal da oben. Als ich zu mir kam. Ich war ja  
 405 erst weg. Und musste dann da oben rausklettern, auf'n Wagen, auf'n Puffer, und  
 406 dann standen da welche von der Feuerwehr, die haben uns dann aufgefangen. Uns,  
 407 n paar mehrere waren das ja noch. Aber die anderen, ich hab zurückgeguckt durchs  
 408 Fenster, mit Blut überströmt, ein furchtbares Geschrei, das war schlimm. Da waren  
 409 sieben oder acht Tote, und 31 oder was Schwerverletzte. Ich fuhr damals jeden Tag  
 410 nach Hamburg zur Arbeit. (Int: Achso, und dann auf dem Weg da ist das passiert.)  
 411 Ja. Beim Berliner Tor. Na, inzwischen ist Berliner Tor ja ganz anders umgebaut und  
 412 so, aber damals war da noch diese alte Brücke, also mit diesen Brückenpfeilern, und  
 413 ausgerechnet da kippt der Wagen um, als er bei dem Brückenpfeiler ist, ne. Die  
 414 andern, im hinteren Zug, die haben alle nichts mitgekriegt, nur dieser erste Wagen.  
 415 (Int: Nur der eine Wagen.) Aber wer hat sich da um uns gekümmert [*lacht*]. (Int: Ja,  
 416 das stimmt.) Ich bin dann erst mit meinem Kollegen, der war dann auch leicht  
 417 verletzt, sind wir dann selbst auf den Schienen gelaufen, dass wir dann richtig zum  
 418 Bahnsteig kamen, vom Berliner Tor. Und draußen war ne, ähm, so ne Stelle von der  
 419 Feuerwehr, hier habe ich, hatte ich, können Sie sehen [*zeigt Narbe am Arm/Hand*],  
 420 und der hat das verbunden und dann sollten wir weitergehen, ganzes Stück runter,  
 421 da war das Sankt-Georg-Krankenhaus. Alles zu Fuß, hat sich keiner drum  
 422 gekümmert. Da bin ich da untersucht worden und konnte nach Hause gehen. Und  
 423 dann haben sie wohl langsam die anderen alle versorgt, also die Kranken da, die  
 424 schlimmen (Int: Die Schwerverletzten.), ja. Aber von wegen psychologische  
 425 Betreuung und so was. Oder Schmerzensgeld, nix. (Ehemann: Jahrelang

426 [*unverständlich*]) Die haben gehandelt mit mir, was, musste erzählen, dass meine  
 427 Tasche Schrammen hatte und und dass meine Mütze weg war und und meine Bluse  
 428 und Rock mussten in die Reinigung, das wurde gerechnet, alles, und dann hatte ich  
 429 einen Mantel mir grade gekauft, das war nämlich Anfang September, ich hatte mir  
 430 so'n Trenchcoat gekauft, wo man das Futter austrennen konnte, so, der war grade  
 431 drei Tage alt so ungefähr, da hatte ich noch die Quittung, und der musste ja nu in die  
 432 Reinigung und für den haben sie dann, weil er ganz neu war, so 50 oder 60 Euro, äh  
 433 D-Mark gerechnet, so dass es 150 D-Mark wurden. Das stellen Sie sich mal vor.  
 434 [*lachf*] (Int: Das stimmt.) In Hamburg...  
 435 Ehemann: Ja aber wenn wir jahrelang nachher noch mitm Zug immer in Urlaub  
 436 fahren und dann so'n Rütteln durch den Zug kam... IntPa: Ja, ich hab lange damit zu  
 437 tun gehabt mit dem, (Ehemann: ...*[unverständlich]* mit meiner Frau)...Schockwirkung.  
 438 (Int: Ja, das glaube ich.) Ehemann: Das hat noch jahrelang nachgewirkt.  
 439 IntPa: Ich hab zuerst, weil, hab ich, da bin ich hier gelaufen wie so ne alte Frau. Ich  
 440 war dreißig.  
 441 Int: Hmm. Nee, das ist ja auch nicht ohne (IntPa: Hmm?) Das ist auch nicht ohne, so  
 442 was zu erleben, nee, das stimmt.  
 443 IntPa: Naja.  
 444 Int: Und ähm wissen Sie noch, ob Ihr Bruder, war der häufig krank, also häufiger als  
 445 andere Kinder?  
 446 IntPa: Nein, kann ich nicht sagen. Nein, nein, habe ich nicht in Erinnerung.  
 447 Int: Also nachdem sozusagen das ausgeheilt war, dann, mehr oder weniger, war's  
 448 dann...  
 449 IntPa: Jaja, wie gesagt, mit dem Ohr, und dass dann immer bei der  
 450 Reihenuntersuchung da nachgefragt wurde, er musste immer nochmal im  
 451 Gesundheitsamt erscheinen, ne, das brauchten wir ja nicht, die wir gesund waren.  
 452 Aber sonst...  
 453 Int: Achso, und dann wurden Sie einmal geröntgt (IntPa: Hmm?). Sie wurden dann  
 454 einmal geröntgt und dann geguckt, und..., und er musste dann nochmal kommen.  
 455 IntPa: Ja, er musste dann noch, äh, die Röntgenuntersuchungen waren ja so in so  
 456 nem Bus, ne, in so nem Wagen. (Int: Ah, ja.) Ja, die standen dann aufm Markt oder  
 457 wo, nicht, so war das doch. (Ehemann: Ja, jaja.) Ja, da mussten wir dann hin. In  
 458 dem, in so nem Wagen, ja. Und äh, wenn dann nichts war, hat man dann nie wieder



459 was von gehört. Und bei ihm war dann eben das Bild nicht in Ordnung, und dann  
 460 musste er aufm, kriegte er nen Brief, dass er zum Gesundheitsamt kommen musste.  
 461 Int: Ja, ok. Mhm. Ja, verstehe.  
 462 IntPa: Ja. Und das war, das war ja, diese Untersuchung war ja jedes Jahr, ne.  
 463 Mehrere Jahre war das, ja.  
 464 Sonst, er war nicht irgendwie anders krank. Ich wüsste auch nicht...  
 465 Kinderkrankheiten sicherlich wohl, aber... Er hat auch nichts mit den Mandeln, so wie  
 466 ich, ich war ja auch mit den Mandeln mal, der hier, unser Sohn ja auch, aber er nicht,  
 467 nein. Und... ich wüsste keine besonderen Krankheiten, nö.  
 468 Int: Und, ja, also hat ihn das denn so, eben mit dem Ohr, dann doch beeinträchtigt  
 469 (IntPa: Sehr, ja.) im täglichen Leben, und...  
 470 IntPa: Ja, genau. Und als Erwachsenen sicher auch.  
 471 Int: Und, ja, jetzt die Schule...  
 472 IntPa: Wenn Sie nicht alles mitkriegen, und, es ist, als junger Mensch, ist es immer...,  
 473 ne.  
 474 Int: Ja. Und Sie haben gesagt, in der Schule musste er immer ganz vorne sitzen.  
 475 IntPa: Ja, ja. Hat der Lehrer dann ihn da hingesetzt. Jaja. Dass er auch alles  
 476 versteht, ne.  
 477 Int: Ja, ja.  
 478 Ehemann: Meine Frau kann das heute sehr gut nachempfinden, weil sie jetzt  
 479 schwerhörig ist.  
 480 IntPa: *[fällt ihm ins Wort]* Ja, weil ich nicht gut hör. *[lacht]* Aber ich habe ja Hörgeräte,  
 481 aber er hatte ja nichts, das nützte ja wohl auch nichts, wenn das Ohr kaputt ist.  
 482 Int: Wenn's richtig kaputt ist, wahrscheinlich, nee.  
 483 IntPa: Nee, wahrscheinlich nicht, nee. So was hat er nicht gehabt.  
 484 Int: Ja. Ich überleg grad, aber...  
 485 IntPa: Ja, sonst wüsst ich nichts.  
 486  
 487 *Interview vorläufig beendet, dann noch einmal wegen Rückfrage gestartet.*  
 488  
 489 Int: Ich wollt Sie nämlich noch fragen, ähm, Sie haben gesagt, dass Ihr, als Ihr  
 490 Bruder wiederkam, dann war er ein bisschen so, hat er gefremdelt.

491 IntPa: Ganz, ja. Er saß ganz scheu in der Ecke und kannte ja nun uns alle nicht.  
 492 Auch in Hermannswerder selber, die Mutter wollte ihn ja nun gerne in den Arm  
 493 nehmen, er rannte zurück zur Schwester, ne.  
 494 Int: Und, weil er die deutlich besser kannte.  
 495 IntPa: Ja, meine Mutter kannte er nicht mehr. Wenn er als Baby, fünf Monate alt,  
 496 dahin kommt und da laufen lernt und, und dies ganze halbe Jahr da lebt, da kennt er  
 497 doch dann meine Mutter nicht mehr, nein. Das war sehr traurig für meine Mutter.  
 498 Int: Ja, das glaube ich. Wie oft konnten Sie ihn da besuchen?  
 499 IntPa: Gar nicht sind wir da gewesen.  
 500 Int: Gar nicht?  
 501 IntPa: Nein.  
 502 Int: Und Ihre Mutter dann?  
 503 IntPa: Die hat ihn nur wieder abge-, hingebracht und danach wieder abgeholt, ja.  
 504 Int: Ja, das ist dann ne lange Zeit.  
 505 IntPa: Ja. Nein, zwischendurch sind, ist da keiner gewesen. War ja auch ne Reise,  
 506 nicht, ich meine, damals, kost ja auch. (Int: Ja, Berlin.) Ja. Und hätte vielleicht auch  
 507 nur gestört, wie gesagt, weil er sie ja da gar nicht kannte mehr.  
 508 Int: Und wie war das für Ihre Mutter?  
 509 IntPa: Ja, sehr, sehr traurig, ne. Das ist ja klar. Für eine Mutter muss das doch  
 510 schlimm sein, wenn das Kind nicht zu ihr will, sondern zu der Fremden. Jaa, dann  
 511 kam er hier, und dann haben wir natürlich Tierchen gekauft und Sachen, anderthalb  
 512 Jahr vielleicht war er.  
 513 Int: Und wie lang war das so dann, wie lang hat er gebraucht?  
 514 IntPa: Ja, das weiß ich nicht, das kann ich Ihnen nicht sagen. Nee, das weiß ich  
 515 dann nicht mehr. Es musste ja, es war ja kein, niemand anders da, ne, er musste ja  
 516 dann...  
 517 Wenn dann nachher die Mama ihn ins Bett bringt und das Essen macht und so  
 518 weiter und so fort, dann wird es wohl irgendwann Kontakt wieder gegeben haben, ne.  
 519 Die andern kamen ja nicht, die kamen ja nie mehr in Erscheinung, die waren ja in  
 520 Berlin, (Int: Die Schwestern.), sie kamen ja nie hierher. Also die hat er ja nie wieder  
 521 gesehen. Da musste er ja, sich irgendwie,...  
 522 Int: Das stimmt. Und wissen Sie das noch, wie war das für Sie, als dann Ihr Bruder  
 523 wieder da war auf einmal?

524 IntPa: Naja, das war das kleine Baby, ne, ich mein, sicher, ich war dann zehn, ja, an  
 525 meinem zehnten Geburtstag sind wir hierher gezogen, ich war dann zehn. Ja, gut.  
 526 Dann musste ich ihn immer ausfahren, dann habe ich auch gequakt manchmal,  
 527 wieder ausfahren...*[lacht]* Das weiß ich noch. Naja. Wie das so ist mit Geschwistern.  
 528 Man hat ja dann mit zehn Jahren was anderes im Sinn als mit so nem Kleinen. Und  
 529 nachher später war es ja immer, ich hatte so Zöpfe, wenn ich hier saß, Schularbeiten  
 530 machte, dann zupfte er immer an meinem Zopf. Naja, da war er ja schon bisschen  
 531 älter. Ja, wie das dann so ist. Aber wir haben uns immer verstanden, wir haben uns  
 532 nicht irgendwie... gestritten oder so.  
 533 Er mochte, nachher, später hat er das auch geäußert, seine große Schwester gerne.  
 534 Int: Das ist doch schön.  
 535 IntPa: Ja.  
 536 Int: Und in der Pflegeanstalt, also in diesem Sanatorium, war er immer das Baby, der  
 537 Sonnenschein sozusagen.  
 538 IntPa: Sehr.... Achso, in dem Sanatorium, ja, ja natürlich, unbedingt. Das ist ja für  
 539 Schwestern mal was anderes, ne, wenn sie so nen kleinen Jungen mal da haben, als  
 540 wie immer die Erwachsenen pflegen.  
 541 Int: Und später war er dann nochmal mit Ihrer Mutter auch weg, in Sankt Peter-  
 542 Ording und so?  
 543 IntPa: Ja, das waren dann die nächsten Jahre, ne. Erst Bosau und dann Sankt Peter-  
 544 Ording, ja.  
 545 Int: Und wie war das dann für Sie, wenn Ihre Mutter dann so ne lange Zeit gar nicht  
 546 da war?  
 547 IntPa: Naja. Meine Großmutter wohnte ja hier mit im Haus, sie hat ja dann den  
 548 Haushalt gemacht und uns Essen gemacht und so. (Int: Stimmt, das ist dann  
 549 praktisch.) Ja, das war, nicht, kein großes Problem. Ich war versorgt und mein Papa  
 550 auch, ja.  
 551  
 552  
 553 *Ende des Interviews*  
 554  
 555  
 556 *Telefongespräch 11.02.12:*

557 *Frage nach Treffen der Calmette-Kinder: kann sich nicht erinnern, weiß darüber*  
558 *nichts. Ein Elternpaar [Name des Kindes entfernt] war mit ihren Eltern bekannt, aber*  
559 *kein größerer Kreis*  
560  
561  
562 *22.02.14: Treffen anlässlich der Porträtaufnahme für die Ausstellung über das*  
563 *Impfunglück im Juni 2014:*  
564 *Im Gespräch über den Fortgang des Projekts erzählt die Interviewerin, dass sie auch*  
565 *mit der Tochter Ernst Altstaedts gesprochen habe. Die Interviewpartnerin berichtet*  
566 *daraufhin, in ihrer Kindheit selbst einmal als Patientin bei Dr. Altstaedt in seiner*  
567 *Praxis gewesen zu sein.*

## 8.4 Votum der Ethikkommission



UNIVERSITÄT ZU LÜBECK

Universität zu Lübeck · Ratzeburger Allee 160 · 23538 Lübeck

Herrn  
Prof. Dr. med. Cornelius Borck  
Institut für Medizingeschichte und  
Wissenschaftsforschung  
Königstraße 42  
  
23552 Lübeck

### Ethik-Kommission

Vorsitzender:  
Herr Prof. Dr. med. Dr. phil. H. Raspe  
Universität zu Lübeck  
Stellv. Vorsitzender:  
Herr Prof. Dr. med. F. Gieseler  
Ratzeburger Allee 160  
23538 Lübeck

Sachbearbeitung: Frau Janine Erdmann  
Tel.: +49 451 500 4639  
Fax: +49 451 500 3026  
janine.erdmann@medizin.uni-luebeck.de

Aktenzeichen: 11-141  
Datum: 31. August 2011

**Sitzung der Ethik-Kommission am 23. August 2011**

**Antragsteller: Herr Prof. Borck**

**Titel: Der Lübecker Impfskandal 1930 in der Wahrnehmung von Zeitzeugen heute**

Sehr geehrter Herr Prof. Borck,

der Antrag wurde unter berufsethischen, medizinisch-wissenschaftlichen und berufsrechtlichen Gesichtspunkten geprüft.

Die Kommission hat nach der Berücksichtigung folgenden **Hinweises** keine Bedenken: Konzept und Methodik der qualitativen Auswertung sind genauer zu beschreiben.

Bei Änderung des Studiendesigns sollte der Antrag erneut vorgelegt werden. Über alle schwerwiegenden oder unerwarteten und unerwünschten Ereignisse, die während der Studie auftreten, muss die Kommission umgehend benachrichtigt werden.

Nach Abschluss des Projektes bitte ich um Übersendung eines knappen Schlussberichtes (unter Angabe unseres Aktenzeichens), aus dem der Erfolg/Misserfolg der Studie sowie Angaben darüber, ob die Studie abgebrochen oder geändert bzw. ob Regressansprüche geltend gemacht wurden, ersichtlich sind.

Die ärztliche und juristische Verantwortung des Leiters der klinischen Studie und der an der Studie teilnehmenden Ärzte bleibt entsprechend der Beratungsfunktion der Ethikkommission durch unsere Stellungnahme unberührt.

Mit freundlichem Gruß bin ich  
Ihr

Prof. Dr. med. Frank Gieseler  
Stellv. Vorsitzender

#### anwesende Kommissionsmitglieder: ☒

☒ Prof. Dr. Dr. H.-H. Raspe  
(Sozialmedizin, Vorsitzender der EK)  
☒ Prof. Dr. Schweiger  
(Psychiatrie)  
Prof. Dr. Handels  
(Medizinische Informatik)  
☒ Frau Prof. E. Stubbe  
(Theologin)  
☒ Prof. Dr. Borck  
(Medizin- und Wissenschaftsgeschichte)

☒ Frau H. Müller  
(Pflege)  
☒ Dr. Kaiser  
(Kinderchirurgie)  
☒ Herr Dr. Fieber  
(Richter am Amtsgericht Ahrensburg)  
☒ Prof. Schwinger  
(Humangenetik)  
☒ Dr. R. Vonthein  
(Zentrum für Klin. Studien)

☒ Herr Prof. Dr. Giesler  
(Med. Klinik I, Stellv. Vorsitzender)  
Frau Prof. Dr. M. Schrader  
(Plastische Chirurgie)  
☒ Herr PD Lauten  
(Kinder- und Jugendmedizin)  
Frau A. Farries  
(Richterin am Amtsgericht Lübeck)

## **9. Danksagungen**

Ich danke meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. med. Cornelius Borck für die Überlassung dieses spannenden Themas und seine stete konstruktive Kritik, Unterstützung und Geduld bei der Entstehung und Durchführung des Projekts und der Dissertation.

Weiterhin danke ich Herrn Prof. Dr. phil., dipl. biol. Christoph Rehmann-Sutter für seine wertvollen Hinweise zum Umgang mit der Quellengattung des Interviews.

Außerdem danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung für die bereitwillige Annahme zahlreicher Anrufe potentieller Zeitzeugen und sonstiger interessierter Lübecker, für ihre Mithilfe bei der Realisation der Ausstellung und ihre Unterstützung beim Beschaffen von Literatur sowie bei der Klärung vieler Fragen.

Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Archivs der Hansestadt Lübeck, die mich bei der Suche nach historischen Dokumenten zum Impfunglück unterstützten, gilt mein Dank.

Ich danke außerdem meinem Partner Matthias und meiner Familie für ihre stete Unterstützung und Begeisterung für das Thema meiner Dissertation – und nicht zuletzt auch für ihre praktische Hilfe bei der Konzeption der Ausstellung.

Abschließend möchte ich meinen Gesprächspartnerinnen und -partnern für ihre Mitarbeit und ihr Vertrauen danken – ohne sie wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen.

## 10. Lebenslauf

### Persönliche Daten

Name: Hanna Elisabeth Jonas

Geburtsdatum: 6. August 1988



### Hochschulstudium und Dissertationsprojekt

- 10/2008 - 05/2015: Studium der Humanmedizin an der Universität zu Lübeck
- 09/2010: 1. Abschnitt der Ärztlichen Prüfung
- 02/2011: Annahme als Doktorandin am Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Universität zu Lübeck (IMGWF),  
Doktorvater: Prof. Dr. med. Cornelius Borck
- 2011 - 2013: Studentische Hilfskraft am IMGWF
- 10/2011 - 02/2012: Durchführung von 14 Interviews (davon zwei telefonisch)
- 02/2012 - 07/2012: ERASMUS-Semester an der Medizinischen Universität Graz
- 09/2012 - 11/2012: Durchführung von vier weiteren persönlich geführten Interviews
- 04/2014: 2. Abschnitt der Ärztlichen Prüfung
- 05/2014 - 04/2015: Praktisches Jahr (Pädiatrie, Winterthur; Innere Medizin, Schleswig; Chirurgie, Heide; Kinderchirurgie, St. Gallen)
- 06/2014: Ausstellungseröffnung „Das Lübecker Impfunglück 1930. Bilder und Erinnerungen von Zeitzeugen“;  
Durchführung eines dritten telefonischen Interviews
- 05/2015: 3. Abschnitt der Ärztlichen Prüfung, Gesamtnote: gut (1,66)
- 15.06.2015: Approbation als Ärztin
- 06/2015 - 12/2015: Promotionssemester an der Universität zu Lübeck
- 09/2016: Vortrag zum Projekt und seinen Ergebnissen bei der 112. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin in Hamburg; Veröffentlichung eines Abstracts im Supplement der Monatsschrift für Kinderheilkunde (Monatsschr Kinderheilkd 164 (2016), S. S248)

### Beruflicher Werdegang

- seit 01/2016: Assistenzärztin an der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin des Evangelischen Klinikums Bethel, Bielefeld